





# SILVIO GESELL

---

## GESAMMELTE WERKE

Band 13 · 1921 – 1922

VERLAG FÜR  
S O Z I A L  
Ö K O N O M I E

## SILVIO GESELL | GESAMMELTE WERKE

© 1988 - 2009 Gauke GmbH | Verlag für Sozialökonomie  
Hofholzallee 67, 24109 Kiel | Deutschland  
Telefax: [49]0431-6793651 | [www.gauke.net](http://www.gauke.net) | eMail: [mail@gauke.net](mailto:mail@gauke.net)

Internet: [www.silvio-gesell.de](http://www.silvio-gesell.de)  
[www.sozialoekonomie.info](http://www.sozialoekonomie.info) | [www.sozialoekonomie.de](http://www.sozialoekonomie.de) [Shop]

Herausgegeben von der "Stiftung für Reform der Geld- und Bodenordnung",  
Hamburg [[www.stiftung-geld-boden.de](http://www.stiftung-geld-boden.de)]

Lektorat: Werner Onken

### ISBN-GESAMTÜBERSICHT der Printausgabe:

ISBN 3-87998-410-7 (Gesamtausgabe)

ISBN 3-87998-411-5 (Band 1)

ISBN 3-87998-412-3 (Band 2)

ISBN 3-87998-413-1 (Band 3)

ISBN 3-87998-414-X (Band 4)

ISBN 3-87998-415-8 (Band 5)

ISBN 3-87998-416-6 (Band 6)

ISBN 3-87998-417-4 (Band 7)

ISBN 3-87998-418-2 (Band 8)

ISBN 3-87998-419-0 (Band 9)

ISBN 3-87998-420-4 (Band 10)

ISBN 3-87998-421-2 (Band 11)

ISBN 3-87998-422-0 (Band 12)

**ISBN 3-87998-423-9 (Band 13)**

ISBN 3-87998-424-7 (Band 14)

ISBN 3-87998-425-5 (Band 15)

ISBN 3-87998-426-3 (Band 16)

ISBN 3-87998-427-1 (Band 17)

ISBN 3-87998-428-X (Band 18)

ISBN 3-87998-429-8 (Register)

## Übersicht

- 19\_ Was wir wollen  
*Die Freistatt Nr. 1/1921*
- 20\_ Riesenblüten des C. Papyrus Havensteinius  
*Die Freiwirtschaft durch Freiland und Freigeld Nr. 4/1921*
- 21\_ Die statistischen Grundlagen der absoluten Währung  
*Die Freiwirtschaft durch Freiland und Freigeld Nr. 5/1921*
- 25\_ Der Untergang Roms und seine Ursachen  
*Die Freiwirtschaft durch Freiland und Freigeld Nr. 6/1921*
- 27\_ Veränderlicher Erbbauzins  
*Die Freiwirtschaft durch Freiland und Freigeld Nr. 6/1921*
- 28\_ Unterliegen die Bankdepositen dem Einfluß des Freigeldes?  
*Die Freiwirtschaft durch Freiland und Freigeld Nr. 8/1921*
- 33\_ Freigeld? – Eine Erwiderung auf Dr. Otto Heyns Kritik  
*Technik und Wirtschaft –  
Monatsschrift des Vereins deutscher Ingenieure Nr. 2/1921*
- 45\_ Der Abbau des Staates nach Einführung der Volksherrschaft  
*Erfurt: Steigerverlag, 2. Auflage 1921*
- 79\_ Zur Tat! Zur Tat! Das Not-Wirtschaftsprogramm für die Einheitsfront  
*Der Befreier Nr. 1/1921*
- 86\_ Was wir wollen!  
*Der Befreier Nr. 1/1921*
- 87\_ Waffen für das Proletariat!  
*Der Befreier Nr. 1/1921*
- 90\_ Proletarische Stellungnahme zu den Forderungen der Entente  
*Der Befreier Nr. 1/1921*
- 92\_ Freikohle: Die Formel für den Frieden in Oberschlesien  
*Der Befreier Nr. 1/1921*
- 94\_ Bergarbeiterführer und Bergarbeiter  
*Der Befreier Nr. 1/1921*
- 98\_ Woher kommt die Krise in England und Amerika?  
*Der Befreier Nr. 1/1921*
- 99\_ Ich und der Stamm  
*Der Befreier Nr. 1/1921*
- 100\_ Wir und die Reparation – Politischer Ausblick  
*Der Befreier Nr. 2/1921*
- 103\_ Die Grenzen unserer Zahlungsfähigkeit  
*Der Befreier Nr. 2/1921*
- 109\_ Wieviel gewinnt Deutschland durch die Abtretung der polnischen Gebiete?  
*Der Befreier Nr. 2/1921*

- 110\_ Wir warnen vor Fortsetzung des Experiments  
*Der Befreier Nr. 2/1921*
- 112\_ Die Bekämpfung der Valutaschwankungen  
*Der Befreier Nr. 2/1921*
- 113\_ Die Schuld am Zusammenbruch  
*Der Befreier Nr. 2/1921*
- 114\_ Marx und Proudhon  
*Der Befreier Nr. 2/1921*
- 115\_ Wir „verwerfen“  
*Der Befreier Nr. 2/1921*
- 116\_ Die Kommunisten  
*Der Befreier Nr. 2/1921*
- 119\_ Der Abbruch der Herrenhäuser  
*Der Befreier Nr. 3 /1921*
- 121\_ Kapitalismus in Rußland – Bolschewismus in England  
*Der Befreier Nr. 4/1921*
- 126\_ Die Geldsteuer  
*Der Befreier Nr. 4/1921*
- 128\_ Hoffnung, Hoffnung!  
*Der Befreier Nr. 4/1921*
- 131\_ Eine letzte Warnung an unsere Reichsregierung  
*Der Befreier Nr. 5/1921*
- 133\_ Die Aussichten für den Wiederaufbau der kapitalistischen Ordnung  
*Der Befreier Nr. 5/1921*
- 137\_ Die sieghafte Einheitsfront des schaffenden Volkes und ihr Programm –  
Richtlinien für unsere Taktik  
*Der Befreier Nr. 5/1921*
- 140\_ Der Preisabbau und das Ultimatum  
*Der Befreier Nr. 6/1921*
- 145\_ Petrol-Trust  
*Der Befreier Nr. 6/1921*
- 147\_ Die Ursachen der Kriege  
*Der Befreier Nr. 6/1921*
- 149\_ Wie man Proletarier macht  
*Der Befreier Nr. 6/1921*
- 150\_ Das Freigeld und der Mond  
*Der Befreier Nr. 6/1921*
- 152\_ Richtlinien für die künftige deutsche Goldpolitik  
*Der Befreier Nr. 7/1921*
- 156\_ Der Freigeld und der bargeldlose Verkehr  
*Der Befreier Nr. 7 /1921*

- 160\_ Preisabbau und Schutzzoll  
*Der Befreier Nr. 7 /1921*
- 161\_ Arbeiterferien?  
*Der Befreier Nr. 7/1921*
- 169\_ Mitteilung des Herausgebers  
*Der Befreier Nr. 7/1921*
- 170\_ Das Agrarprogramm des Landwirtschaftsministers –  
Zugleich ein Wort über die „Reparation“  
*Die Freiwirtschaft durch Freiland und Freigeld Nr. 10/1921*
- 174\_ Gewinnbeteiligung  
*Die Freiwirtschaft durch Freiland und Freigeld Nr. 11/1921*
- 176\_ Die Vervollständigung des Programms des Reichsfinanzministers  
*Die Freiwirtschaft durch Freiland und Freigeld Nr. 12/1921*
- 181\_ Der verblüffte Philanthrop – Eine wahre Geschichte über Wohnungsnot,  
Arbeitslosigkeit und andere gleichgültige Dinge  
*Die Freiwirtschaft durch Freiland und Freigeld Nr. 1/1921*
- 185\_ Lohnrückgang und Arbeiterschaft  
*Die Freiwirtschaft durch Freiland und Freigeld Nr. 2/1921*
- 189\_ Der Einfluß des Schwundsatzes auf den Ertrag der Geldsteuer  
*Die Freiwirtschaft durch Freiland und Freigeld Nr. 2/1921*
- 190\_ Das deutsche „Papiervermögen“  
*Die Freiwirtschaft durch Freiland und Freigeld Nr. 2/1921*
- 192\_ Die Freiwirtschaft in Jugoslawien  
*Die Freiwirtschaft durch Freiland und Freigeld Nr. 3/1921*
- 193\_ Denkschrift für die Deutschen Gewerkschaften zum Gebrauch bei ihren  
Aktionen in der Frage der Währung, der Valuta und der Reparationen  
*Potsdam: ohne Verlag, 1922*
- 351\_ Die Ausbeutung, ihre Ursachen und ihre Bekämpfung – Eine  
Gegenüberstellung meiner Kapitaltheorie und derjenigen von Karl Marx  
*Potsdam: ohne Verlag, 1922*





## Vorwort

Nachdem bereits der erste Weltkrieg mittels der Notenpresse und der Aufnahme von Schulden finanziert worden war, erlagen die Politiker anschließend der Versuchung, sich auch der Folgen des Krieges durch eine Inflation zu entledigen. So verfiel die Kaufkraft der deutschen Reichsmark immer mehr. Hatte sie bei Kriegsende noch rund die Hälfte ihres Vorkriegswerts gehabt, so sank sie Mitte 1919 auf ein Drittel und Ende 1919 auf ein Achtel ab. Was dann folgte, waren ein Absturz des Geldwertes ins Bodenlose und ein Zahlenrausch von Millionen, Milliarden und schließlich Billionen. Im Sommer 1922 hatte die Reichsmark nur noch ein Hundertstel ihres Vorkriegswertes.

Rechtzeitig hatte Silvio Gesell vor dieser völligen Zerrüttung Deutschlands gewarnt und 1919 in seiner Denkschrift an die Weimarer Nationalversammlung gesetzliche Vorkehrungen für eine Stabilisierung der Währung verlangt. Doch nun mußte er dem Unglück zusehen, und es blieb ihm nur die enttäuschte Feststellung: "Die Nationalversammlung vergaß, das Geldwesen in die Verfassung einzubauen. So hat nun in dieser weitaus wichtigsten öffentlichen Angelegenheit ein armseliges Häufchen welfremder Bürokraten autokratische Vollmacht. [Silvio Gesell, Riesenblüten des C. Papyrus Havensteinus, in: SGW Band 13, S. 20. – Nur bei einem Mitglied der Weimarer Nationalversammlung fand Gesell ein gewisses Verständnis für seine Vorschläge, und zwar bei dem Nürnberger Amtsrichter Alexander Schneider; vgl. dessen Buch: Geldreform als Voraussetzung der Wirtschaftsgesundung, München 1919.]

Von einer verantwortungslosen Währungspolitik destabilisiert, taumelte die Weimarer Republik in ihren Anfängen zwischen den Gefahren einer Restauration der alten Ordnung und des Durchmarsches zu einer proletarischen Revolution. Und den Sozialdemokraten, denen die politische Macht gleichsam über Nacht in den Schoß gefallen war, fehlte ein Konzept für die Überwindung der katastrophalen Lage, die sie – wie der Historiker Arthur Rosenberg schrieb – "kaum in ihrem ganzen Umfang durchschauten." [Arthur Rosenberg, Entstehung und Geschichte der Weimarer Republik, Frankfurt 1961/1983, S. 32.] Zwar wurde eine Sozialisierungskommission gebildet; doch kam es entgegen vielen Absichtserklärungen weder zur Sozialisierung des ostelbischen Großgrundbesitzes noch des Bergbaus. Das Betriebsrätegesetz von 1920 gestand den Betriebsräten im wesentlichen nur beratende Funktionen zu. Und auch der Reichswirtschaftsrat konnte zu keiner Zeit die ihm zgedachte Rolle spielen. [Dem Reichswirtschaftsrat gehörte der mit Silvio Gesell eng befreundete Angestelltengewerkschafter Wilhelm Beckmann an; vgl. dessen Broschüren: Sozialisierung, Bodenreform, Freiwirtschaft / Die Besteuerung der Sachwerte – Ihre unbedingte Notwendigkeit und ihre Durchführung (beide Erfurt 1921).]

Neben der binnenwirtschaftlichen Instabilität erschwerten die Reparationsforderungen der Siegermächte es der bürgerlich-sozialistischen Koalition aus SPD, Zentrum und der liberalen "Deutschen Demokratischen Partei" (DDP), die

Weimarer Demokratie zu festigen. Unter dem Druck dieser Probleme verschoben sich die politischen Gewichte nach rechts. Im Gefolge der Dolchstoß-Legende wurden besonders die Reparationen als nationale Demütigung empfunden. Und im durch die Inflation entwurzelten Bürgertum und Kleinbürgertum fanden jene nationalistischen Kräfte zunehmend Gehör, die mit finanzieller Unterstützung vonseiten des Großkapitals die Sozialdemokratie, das Zentrum und das sogenannte "Weltjudentum" als Urheber der Mißstände diffamierten. "Als Völkische konnten sie", wie Arthur Rosenberg die damalige politische Gesamtlage darstellte, "zugleich die Novemberrepublik und das jüdische Börsenkapital bekämpfen und sich dabei unklaren Hoffnungen auf eine Erneuerung Deutschlands hingeben." [Arthur Rosenberg, Entstehung und Geschichte der Weimarer Republik, S. 113. – Vgl. auch Helmut Heiber, Die Republik von Weimar, München 1981, S. 102: "Die demokratische Freiheit war eben auch eine Freiheit der Zügellosigkeit, eine Freiheit für Börsenjobber und politisierende Mittelmäßigkeiten."]

Andererseits weckte die Inflation bei einer schnell anwachsenden Zahl von Menschen auch das Verständnis dafür, daß es einer gründlichen Reform des Geldwesens bedurfte, um das Chaos zu bändigen. So schwoll auch die Anhänger-schaft Silvio Gesells sprunghaft an. Zulauf erhielt sie vor allem aus bildungs-bürgerlichen und kleinbürgerlichen Kreisen, zum kleineren Teil auch aus der Arbeiterschaft.

Nach den Erlebnissen in München, wo er sich in den Dienst des Proletariats gestellt hatte ["Und nun, da mich das Proletariat aufforderte, sollte ich mich, mein ganzes Leben verleugnen, sollte ich das Proletariat verraten?" (Silvio Gesell, Verteidigungsrede, in: SGW Band 12, S. 34.) Und in einem Brief an Georg Blumenthal vom 12. Januar 1919 schrieb Gesell: "Was macht man nicht alles, wenn man in diese Proletarier verliebt ist?"], umriß Silvio Gesell im "Not-Wirtschaftsprogramm für die sozialistische Einheitsfront" seine politischen Positionen für die revolutionäre Nachkriegszeit. Einerseits distanzierte er sich von der Reaktion des Großkapitals und der Großagrarien – andererseits beklagte er den "vollkommenen Mißerfolg der bisherigen Arbeiterpolitik", zu dem 1921 noch Lenins Hinwendung zur "Neuen Ökonomischen Politik" hinzukam. [Vgl. Silvio Gesell, SGW Band 10, S. 328. – Nachdruck des Not-Wirtschaftsprogramms für die sozialistische Einheitsfront in SGW Band 13, S. 79-86. Zu Lenin vgl. den Aufsatz: Bolschewismus in England – Kapitalismus in Rußland, in: Der Befreier, im: Band 13, S. 121ff.] Gesell wollte verhindern, daß die Reaktion von der Schwäche der Regierung und dem Unvermögen der in marxistischen Dogmen verfangenen revolutionären Kräfte profitierte. Deshalb wollte er die sich in ideologischen Grabenkriegen bekämpfende, tief zerspaltene Linke sammeln und auf der Basis seiner Boden und Geldreformkonzeption "... die zertrümmerte Einigkeit des Proletariats wieder herstellen." [Silvio Gesell, Das Not-Wirtschaftsprogramm für die sozialistische Einheitsfront, in: SGW Band 10, S. 329, und in SGW Band 13, S. 86. – Zur Spaltung der Arbeiterbewegung vgl. Arthur Rosenberg, Entstehung und Geschichte der Weimarer Republik, S. 116 ff., Helmut Heiber, Die Republik von Weimar, S. 85 ff; Günter Bartsch, Kommunismus – Sozialismus – Anarchismus – Marx und die sozialen Bewegungen, Bonn 1975.] Zum Kern einer solchen freiheitlichen Einheitsfront gegen den Kapitalismus sollte eine Einheits-

organisation aller Anhänger Silvio Gesells werden. Diese boten jedoch aufgrund ihrer sehr unterschiedlichen geistigen und politischen Herkunft ein inhomogenes Gesamtbild. Seit Kriegsende nahm die von Georg Blumenthal gegründete "Physiokratische Vereinigung" ihre Bemühungen wieder auf, im Proletariat Fuß zu fassen. Von Berlin aus konnte sie in Hamburg und im Ruhrgebiet Ableger bilden; doch war sie durch die Auseinandersetzung um Blumenthals "Aufteilungsplan" geschwächt. [Vgl. Silvio Gesell, SGW Band 10, S. 354 ff. Symptomatisch für diese Uneinigkeit innerhalb der "Physiokratischen Vereinigung" war auch der Austritt Gesells; vgl. dazu seinen Brief an Jenny Blumenthal vom 24. März 1919.] In Berlin wirkte ebenfalls der von Paulus Klüpfel gegründete "Freiland-Freigeld-Bund" weiter, der wie der Hamburger "Freiwirtschaftsbund Deutschlands" unter Fritz Bartels mehr in bürgerlichen Kreisen warb. Und unter der Leitung von Helmut Haacke bildete sich in Mittel- und Süddeutschland ein völkisch orientierter "Bund für Freiwirtschaft".

Als erstes Ergebnis der Einigungsbestrebungen hatten sich im September 1919 der "Freiland-Freigeld-Bund" und der "Bund für Freiwirtschaft" zum "Deutschen Freiland-Freigeld-Bund" zusammengeschlossen. Die "Physiokratische Vereinigung" und der "Physiokratische Landesverband Westdeutschland" blieben vorerst als selbständige Organisationen bestehen. Ihre Einbeziehung in die Einheitsorganisation hielt Gesell zu diesem Zeitpunkt noch für verfrüht. "Die Gesellschaft muß sich noch mausern", schrieb er an Blumenthal. "In demselben Maße, wie die Mitglieder der neuen Vereinigung ihre Ansichten klären und ihren Blick erweitern, werden sie zur Physiokratischen Vereinigung übergehen, ähnlich wie die brauchbaren Elemente der Bodenreformer auch zu uns stießen und noch stoßen werden. So betrachte ich diese neue Vereinigung als eine Durchgangsschule für die Phy. V., als ein Fegefeuer". [Brief Silvio Gesells an Georg Blumenthal vom Oktober 1919 (ohne genaues Datum).] In diesem "Fegefeuer" sollten vor allem die völkisch eingeengten Blicke erweitert werden. Haackes "... nationalistische Liebhabereien haben in unserer Bewegung keinen Platz." [Brief Silvio Gesells an Alfred Bader, Georg Blumenthal, Helmut Haacke, Hermann Stendler und Fritz Schwarz vom 31. Dezember 1920. In einem weiteren Brief an Georg Blumenthal vom 31. Oktober 1920 äußerte sich Gesell zu einer Kritik von Gottfried Feder in der Zeitschrift "Hammer" Nr. 441/1920, S. 405-408 unter dem Titel "Die Irrlehre des Freigeldes": "Der Feder-Artikel im 'Hammer' könnte für uns nicht besser geschrieben sein. Die ganze Borniertheit Feders kommt da recht hübsch zum Vorschein." Vgl. auch die ablehnende Haltung zum Freiland und Freigeld bei Rudolf Jung, Der nationale Sozialismus, München 1922, S. 118.] In der Folgezeit wurden sie tatsächlich zurückgedrängt, was äußerlich in der Umbenennung des Bundesorgans "Deutsche Freiwirtschaft" in "Die Freiwirtschaft durch Freiland und Freigeld" zum Ausdruck kam. Die Schriftleitung ging von Helmut Haacke auf Otto Maaß über. Daraufhin forcierte Silvio Gesell die Einigungsbemühungen und gab zu diesem Zweck die Zeitung "Der Befreier – Kampfblatt für das arbeitende Volk" heraus, welche ab Mitte März 1921 in Abständen von zwei Wochen erschien und von Georg Blumenthal redigiert wurde. Ursprünglich sollte sie "Der Kettenbrecher" heißen. [Dies geht aus dem Brief Silvio Gesells an Alfred Bader, Georg Blumenthal, Helmut Haacke, Hermann Stendler und Fritz Schwarz vom 31. Dezember 1920 hervor. – Der "Kettenbrecher" erinnert an eine Passage in der

"Natürlichen Wirtschaftsordnung": "Armut ist eine Kette und Reichtum ist eine Kette. Und der Anblick von Ketten muß jedem Freien ein Greul sein. Wo er sie sieht, muß er sie brechen." (in: SGW Band 11, S. 226) Friedrich Landmann und Willy Hess gaben in ihren Verzeichnissen der Werke Gesells an, daß mit einem besonderen Prospekt für die erste Ausgabe des "Befreiers" geworben wurde. Dieser Prospekt ist nicht erhalten geblieben und muß in den Gesammelten Werken deshalb leider fehlen.] Nach ihrer siebenten Ausgabe stellte Gesell das Erscheinen der Zeitung ein, weil – wie es in einer redaktionellen Notiz hieß – "der Zweck erfüllt, das Ziel erreicht ist." [Silvio Gesell, Mitteilung des Herausgebers, in: SGW Band 13, S. 169. Der "Befreier" war das letzte Zeitungsprojekt, das Gesell und Blumenthal gemeinsam unternahmen. Im Laufe der 20er Jahre zog sich Georg Blumenthal immer mehr zurück und wandte sich schließlich den parapsychologischen Forschungen seines Freundes Emil Matthiesen zu.] Im Mai 1921 hatten sich nämlich die "Physiokratische Vereinigung", der "Physiokratische Landesverband Westdeutschlands", der "Deutsche Freiland-Freigeld-Bund" und der "Freiwirtschaftsbund Deutschlands" auf einer Einigungskonferenz in Kassel aufgelöst, um zum neuen "Freiwirtschaftsbund FFF" zu verschmelzen. FFF war die Abkürzung für die wirtschaftspolitischen Kernforderungen: Freiland – Freigeld – Festwährung, die der Bund zu seinem Programm erhob. Um interne Auseinandersetzungen zu begrenzen, verpflichtete sich der Bund zu strikter Neutralität gegenüber allen Weltanschauungen, Parteien und menschlichen Rassen. Ziel des überkonfessionellen und überparteilichen Bundes waren die Aufklärung der Öffentlichkeit, insbesondere der Wirtschaftsverbände (Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände, Landwirtschafts-, Gewerbe- und Handelskammern), und die Vorbereitung eines Versuchs, die Programmforderungen mittels Volksbegehren und Volksentscheid durchzusetzen. Der auf Karl Polenske zurückgehende Gedanke einer "Befreiungsdiktatur" stand jedoch weiter im Raum. Jene Physiokraten, die damit sympathisierten, blieben der Einheitsorganisation fern und bildeten einen auf Revolution und Diktatur ausgerichteten "Kampfbund der Freiwirte an Rhein und Ruhr". [Karl Polenske, Entwurf eines freiwirtschaftlichen Staatsprogramms, in: Die Freiwirtschaft durch Freiland und Freigeld Dezember 1920, S. 51/52. – Hans Timm, Fünf Jahre Freiwirtschaft, in: Die Freiwirtschaft durch Freiland und Freigeld Nr. 7/1924, S. 189-191. – Ohne Verfasser, Fünf Jahre Freiland-Freigeld-Verlag, in: Der neue Kurs Nr. 46/1924, S. 2. – Hans Timm nannte übrigens eine Zahl von "mehr als 2000 Abonnenten" für 1920. – Vgl. die historische Übersicht von Günter Bartsch, Die NWO-Bewegung Silvio Gesells – Geschichtlicher Grundriß 1891-1992. Lütjenburg 1994. – Hans-Joachim Werner, Geschichte der Freiwirtschaftsbewegung – 100 Jahre Kampf für eine Marktwirtschaft ohne Kapitalismus, Münster und New York 1990.]

Zur Strategie des "Freiwirtschaftsbundes FFF" gehörte neben der Öffentlichkeitsarbeit auch ein Herantreten an Politiker und Wissenschaftler. An die Deutsche Reichsbank richtete Silvio Gesell ebenso Briefe wie an den Reichsfinanzminister und Reichskanzler Josef Wirth (Zentrum) oder an den schwedischen Völkerbund Finanzexperten Professor Gustav Cassel. [Zu Josef Wirth vgl. den Hinweis im "Befreier" Nr. 5 sowie einen Offenen Brief an Wirth in: "Die Empörung – Physiokratische Zeitung / Sozialökonomisches Kampfblatt für alle schaffenden Stände" Nr. 2/1922. – Hans Timm berichtete später in der "Letzten Politik" (Nr. 17/1930, S. 2), daß Gesell auch mit Albert Einstein Verbindung aufgenommen habe. Interessant ist, daß Einstein sich unter Berufung auf Keynes die Forderung nach einer vom Gold losgelösten Indexwährung zu eigen machte. (Vgl. "Mein Weltbild", München 1972, S. 74-75; Erstausgabe Amsterdam 1934)] Mit dem Wiederaufbau- und

Außenminister Walter Rathenau (DDP) nahm er Kontakt auf. Mit ihm verabredete er sich – wie Werner Schmid berichtete – zu einer Besprechung. “Aber am Tage vorher, am 24. Juni 1922, traf Rathenau die Kugel des Mörders. Auch mit seinem Nachfolger Gustav Stresemann bestanden Verbindungen.” [Werner Schmid, Silvio Gesell – Lebensgeschichte eines Pioniers, Bern 1954, S. 309. – Mit Rathenau hatte schon Paulus Klüpfel Briefe gewechselt; sie wurden im "Freiwirtschaftlichen Archiv" veröffentlicht. (Nr. 9-12/1928, S. 128-140)]

Es schmerzte Silvio Gesell sehr, daß ausgerechnet die Sozialdemokratie gemäß den Marxschen Doktrinen “... für die Goldwährung, die Hochburg des Kapitals” eintrat und seinen Vorschlägen verschlossen blieb. [Silvio Gesell, Waffen für das Proletariat, in: SGW Band 13, S. 87. -Im November 1919 hatte Wilhelm Beckmann in einem Offenen Brief an den Reichspräsidenten Friedrich Ebert die Bildung einer Kommission für Geld- und Währungsfragen gefordert, in der Gesell mitarbeiten sollte. ("Deutsche Freiwirtschaft" Nr. 2/ 1919, S. 87-90)] Dennoch gab er die Hoffnung nicht auf, daß die “rote Garde vor Mammons Tempel” [Silvio Gesell, Vaterland und Kommunismus, in: SGW Band 12, S. 219 ff.] noch umdenken könnte. Genährt wurde diese Hoffnung zum Beispiel durch Äußerungen von Karl Kautsky, der Privatsekretär von Friedrich Engels gewesen war und zu den einflußreichsten marxistischen Theoretikern gehörte. Nicht die Aufhebung des privaten Produktionsmitteleigentums sei das eigentliche Ziel, sondern die “Aufhebung jeder Art der Ausbeutung und Unterdrückung”. Wenn sich nachweisen ließe, “daß etwa die Befreiung des Proletariats und der Menschheit überhaupt auf der Grundlage des Privateigentums an Produktionsmitteln allein oder am zweckmäßigsten zu erreichen sei”, dann müsse – so Kautsky – die Verstaatlichung der Wirtschaft über Bord geworfen werden. [Karl Kautsky, Die Diktatur des Proletariats, Wien 1919, S. 4. – Vgl. "Das Endziel", SGW Band 13, S. 352 und Pavel Stanisic, Marx oder Gesell, Hamburg 1925.] Gerade in jener Zeit, in der es den Anschein haben konnte, daß Rußland nach den Mißerfolgen des Bolschewismus zum Kapitalismus zurückkehren könnte, sah Silvio Gesell in diesen Worten Kautskys ein Zeichen für eine Bereitschaft der Arbeiterführer, das Wesen des Kapitals aus einem anderen Blickwinkel zu analysieren und hierüber den Weg zu einem freiheitlichen Sozialismus zu suchen. Die Worte Kautskys stellte er als Motto einem Vortrag über die “Ausbeutung, ihre Ursachen und ihre Bekämpfung” voran, der als 2. Denkschrift an die deutschen Gewerkschaften gerichtet wurde. Darin wollte Gesell ein “klares Bild von der Natur der Ausbeutung” zeichnen und damit die Voraussetzung für die “Einheitsfront aller Sozialisten” – schaffen. [Silvio Gesell, Die Ausbeutung, ihre Ursachen und ihre Bekämpfung, in: SGW Band 13, S. 356.] Zuvor hatte er den Gewerkschaften seine Vorschläge zur Kaufkraftstabilisierung, Valuta- und Reparationsfrage bereits in einer ersten Denkschrift unterbreitet.

In seiner zweiten Denkschrift an die Gewerkschaften stellte Gesell seine Kapitaltheorie derjenigen von Marx gegenüber und machte auf Widersprüche zwischen den Bänden 1 und 3 von Marx’ “Kapital” aufmerksam. Aus der Mehrwerttheorie im Band 1 ergebe sich als praktische Konsequenz zwangsläufig die

Abschaffung von Privateigentum und Eigeninitiative, während im Band 3 schon diemonetäre Kapitalerklärung vorgezeichnet sei, welche zu einem monopol-freien Wettbewerb in einer 'Marktwirtschaft ohne Kapitalismus' führe. In dieser Denkschrift fehlt allerdings ein Hinweis auf die Auswirkungen einer Boden- und Geldreform auf die Arbeitswelt, der für sozialistische Leser wichtig gewesen wäre. An anderer Stelle stellte sich Gesell vor, daß die Produktionsmittel, die im Kapitalismus in wenigen privaten Händen und im Kommunismus in den Händen des Staates konzentriert sind, nach Einführung dieser Reform breit gestreut werden. In einer Dezentralisierung der Produktionsmittel und in der wirtschaftlichen Selbständigkeit breiter Bevölkerungsschichten sah er einen Weg zur Überwindung des Klassengegensatzes zwischen Kapital und Arbeit. "Keine Proletarier, nein, nicht einen; keine Knechte, keine Herren!" Stattdessen sollten die Menschen zu freien, selbständigen und selbstverantwortlichen Bürgern werden. [Vgl. hierzu Silvio Gesell, Verteidigungsrede, in: SGW Band 12, S. 35.]

Es gibt wohl kaum ein anderes Gedankengebäude, das Silvio Gesells Modell einer freiheitlichen Alternative zum Kapitalismus und zum Kommunismus so ähnlich ist, wie der von seinem Zeitgenossen Franz Oppenheimer (1861-1943) entwickelte Liberalsozialismus. Auch Oppenheimer warb in bürgerlichen und proletarischen Kreisen um Verständnis für seine begriffliche Unterscheidung zwischen "Marktwirtschaft" und "Kapitalismus". In der historischen Realität traten der Markt und die kapitalistischen Monopole gleichsam wie siamesische Zwillinge auf. Weil man das kapitalistische Zerrbild des Marktes für das eigentliche Wesen des Marktes hielt, wurde er verurteilt. Doch war dieses Urteil voreilig, denn die Menschheit hat bisher noch niemals einen wirklich freien Markt erlebt. Deshalb müsse man beim Kampf gegen den Kapitalismus nicht wie die Kommunisten den Markt abschaffen, sondern überlegen, wie sich die Monopolbildung überwinden und eine vollständige Konkurrenz verwirklichen läßt: "Der zu Ende geführte Liberalismus ist der Sozialismus! Es gibt nur einen Weg zum Sozialismus: die volle Wirtschaftsfreiheit, die wirklich 'freie' Konkurrenz." [Franz Oppenheimer, Der Ausweg – Notfragen unserer Zeit, Berlin 1919. S. 8. (Interessanterweise beginnt auch diese Broschüre mit den von Gesell zitierten Worten Kautskys.) – Weitere Veröffentlichungen von Franz Oppenheimer, in denen Grundzüge des Liberalsozialismus dargestellt sind: Die soziale Forderung der Stunde, Leipzig 1919; Die soziale Frage und der Sozialismus, Berlin 1912/1925; Weder Kapitalismus noch Kommunismus, Jena 1932; Weder so noch so – Der Dritte Weg, Potsdam 1933.]

Trotz ihrer geistigen Verwandtschaft fanden Oppenheimer und Gesell leider zu keinem gegenseitigen Verständnis. Ihre Zusammenarbeit hätte für beide Seiten sehr anregend und für den Liberalsozialismus insgesamt eine Stärkung sein können. So fehlte er später nach dem zweiten Weltkrieg als Gegengewicht zur Restauration des kapitalistischen Systems. Und nach der Wende in Mittel- und Osteuropa fehlt er als eine Kraft, die verhindern könnte, was Gesell schon zu Beginn der 20er Jahre für Rußland befürchtete, daß nämlich "... die Wirtschaft wieder zwangsläufig in die Bahnen des Kapitalismus gedrängt wird."



[Silvio Gesell, Kapitalismus in Rußland – Bolschewismus in England, in: SGW Band 13, S. 122. – Zum Verhältnis zwischen Gesell und Oppenheimer vgl. die Anmerkung 8 im Geleitwort zu SGW Band 6 sowie Franz Oppenheimer, Freiland-Freigeld – Kritik der Geld- und Krisentheorie Silvio Gesells, in: Zeitschrift für schweizerische Statistik und Volkswirtschaftslehre 1935, S. 313-343. – Jörg Gude, Gesells Natürliche Wirtschaftsordnung in der Kritik von Franz Oppenheimer, in: Zeitschrift für Sozialökonomie 116. Folge (1998), S. 13-22.] Gleichwohl kann Gesells zweite Denkschrift an die deutschen Gewerkschaften auch nach diesem großen politischen Umbruch noch in theoretischen Nachhutgefechten mit dem Marxismus Orientierung geben. Sie ist deshalb ins Russische und Polnische übersetzt worden. [Im Auftrag der "Internationalen Vereinigung für Natürliche Wirtschaftsordnung" haben Walter Telle und Anna Sikora den Text ins Russische und Polnische übertragen. Die als Manuskriptdruck erschienenen Übersetzungen sind inzwischen vergriffen und nur noch in den Freiwirtschaftlichen Bibliotheken vorhanden. – Vgl. auch Dieter Suhr, Der Kapitalismus als monetäres Syndrom – Aufklärung eines Widerspruchs in der Marxschen Politischen Ökonomie, Frankfurt 1988.] –

Neben der Auseinandersetzung mit dem Marxismus und der Suche nach einem gangbaren Weg zur Verwirklichung der Boden- und Geldreform blieb es für Silvio Gesell wichtig, sein Theoriegebäude weiter auszubauen und zu kritischen Einwänden Stellung zu nehmen.

Die Verwendung eines Preisindex anstelle des Goldes als Maßstab für die Kaufkraft des Geldes setzte eine gut funktionierende Preisstatistik voraus. Deshalb beobachtete Gesell aufmerksam die Entwicklung auf diesem Gebiet, die von Sauerbeck, Soetbeer und besonders von dem amerikanischen Geldtheoretiker Irving Fisher vorangetrieben wurde. Fisher hatte die berühmte quantitätstheoretische Verkehrsgleichung aufgestellt ( $\text{Preisniveau} = \text{Geldmenge} \times \text{Umlaufgeschwindigkeit} : \text{Güternvolumen}$ ), von der auch Theophil Christen bei seiner mathematischen Formulierung von Gesells Theorie ausging. Fisher gehörte zu den wenigen Fachökonomien, die Gesells Gedankenleistungen anerkannten und sich zu eigen machten. [Gesell wurde schon 1912 auf Fisher aufmerksam. Vgl. seine Rezension eines Buches von Fisher in: SGW Band 7, S. 196ff. – Von Irving Fisher vgl. den Aufsatz "Schwundgeld?", in Leopold Schwarzschild (Hg.), Das Tage-Buch 13. Jg. 1932, Nr. 52, S. 2053-2057. Stamp Scrip, New York 1933. – Feste Währung – Zur Entwicklungsgeschichte einer Idee, Uchtdorf und Weimar 1937. – Hans Cohnsen, Das beginnende Experiment der Wissenschaft für eine gesunde Geldordnung, in: Fragen der Freiheit Nr. 162/1983, S. 10-20.] In seinem Aufsatz "Die mathematischen Grundlagen der absoluten Währung" trat Gesell jenen Kritikern entgegen, die es für unmöglich hielten, die Vielfalt der Waren in einem statistischen Warenkorb in angemessener Weise zu gewichten. [in: SGW Band 13, S. 21. Karl Walker nahm diesen Aufsatz 1949 in die 9. Auflage der "Natürlichen Wirtschaftsordnung" auf.]

Eine Stabilisierung der Kaufkraft des Geldes setzt nicht nur eine funktionsfähige Preisstatistik voraus, sondern auch eine eindeutige Definition der zu steuernden Geldmenge. Gesell betrachtete allein die Bargeldmenge als die für die Preisbildung ausschlaggebende Geldmenge, deren stetige Zirkulation zu sichern sei. Die Sichtguthaben waren für ihn dagegen kein Geld, sondern ledig-

lich Forderungen auf Geld. Damit stieß er auf die Kritik derer, die auch die Sichteinlagen als preiswirksames Geld ansahen. Um dieses Problem entstand eine erste Kontroverse mit dem Syndicus der Nürnberger Handelskammer, Otto Heyn. Von ihm hatte die Münchener Staatsanwaltschaft im Zusammenhang mit dem Gerichtsverfahren gegen Gesell und Christen ein Gutachten über die Freigeldlehre erbeten. Heyn argumentierte, daß bei einer Beschränkung umlauf-sichernder Maßnahmen auf das Bargeld eine Einführung von Freigeld nicht zum Absinken des Zinsniveaus führen würde, weil Geldhalter der periodischen Wertminderung des Geldes entgehen könnten, indem sie vom Bargeld auf Sichtguthaben umsteigen. Außerdem zweifelte Heyn an der Möglichkeit einer mengengesteuerten Papierwährung und plädierte deshalb für eine Goldkernwährung. Im übrigen hat er den unglücklichen Begriff "Schwundgeld" anstelle von "Freigeld" geprägt – paradoxerweise gerade zu jener Zeit, in der die deutsche Reichsbank die Reichsmark im buchstäblichen Sinn zu einem Schwundgeld machte. Anfangs übernahm Gesell diesen Begriff sogar selbst einige Male, der dann bald in diffamierender Absicht gegen ihn verwendet werden sollte. [Otto Heyn, Die Geldtheorien Silvio Gesells, in: Technik und Wirtschaft 13. Jg. 1920, Nr. 10, S. 619-628.] Auf die Kritik Otto Heyns reagierte Gesell in der Zeitschrift des "Vereins deutscher Ingenieure", in der Heyn seine Einwände veröffentlicht hatte. In zwei weiteren Aufsätzen bemühte er sich um den Nachweis, daß das bare Freigeld und die Bankdepósitos doch wie Rädchen eines Uhrwerks ineinandergreifen und daß sich die Wirkung des Freigeldes auch auf die Bankdepósitos überträgt. [Vgl. die Aufsätze "Freigeld?", "Unterliegen die Bankdepósitos dem Einfluß des Freigeldes?", "Das Freigeld und der bargeldlose Zahlungsverkehr", S. 33 ff, 28 ff und 156 ff in SGW Band 13.] Wenig später wiederholte Edmund Kleinschmitt die These, daß der bargeldlose Zahlungsverkehr sich der Wirkung des Freigeldes entziehen könne und überhaupt auch vom Volumen her sehr viel bedeutender sei als der bar bezahlte Absatz. Bankdepósitos führten ein vom Bargeld unabhängiges Eigenleben, so daß das Bargeld auch für die Inflationsentstehung und -bekämpfung nur von untergeordneter Bedeutung sei. Wie schnell hätte denn damals die Notenpresse noch laufen sollen, um den Zusammenhang zwischen Bargeldmengenexpansion und Inflation sichtbar zu machen? Nochmals antwortete Gesell, daß die Sichtguthaben nur durch Bargeldeinzahlungen entstehen, daß sie also vom Bargeld abgeleitet sind: "Über dieses Geld können nicht die Depositäre und die Banken gleichzeitig verfügen, sondern nur nacheinander." [Edmund Kleinschmitt, Hilft uns Freigeld? – Zur Kritik der Lehre Silvio Gesells und der Freigeldbewegung, in: Die Kultur des Kaufmanns, Dezember 1922. – Silvio Gesell, Der bargeldlose Verkehr und das Freigeld, in: Die Freiwirtschaft durch Freiland und Freigeld 5. Jg. 1923, Nr. 3, S. 77-79 (SGW Band 14). – Diese Antwort Gesells an Kleinschmitt sowie die Aufsätze "Bargeldloser Verkehr?" und "Unterliegen die Bankdepósitos dem Einfluß des Freigeldes?" (SGW Band 12, S. 229 und Band 13, S. 28) veröffentlichte Karl Walker 1949 im Anhang zur "Natürlichen Wirtschaftsordnung"; vgl. dazu die Anm. 3 zum Geleitwort von SGW Band 11.] Für die Stabilität der Währung sei allein die Menge des zirkulierenden Bargeldes entscheidend.



John Maynard Keynes bezeichnete den Gedanken des Freigeldes später zwar als "gesund". Aber auch er hielt es für möglich, daß Geldbesitzer durch ein Umsteigen auf Giralgeld, Diamanten oder Edelsteine dem Umlaufantrieb des Freigeldes ausweichen könnten. [John Maynard Keynes, Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, Berlin 1936, S. 302.] Und da die ökonomische Fachwissenschaft mit der Theorie der Kreditschöpfung der Geschäftsbanken ebenfalls diese Argumentationsrichtung einschlug, systematisierte Karl Walker Gessells Betrachtungsweise und stellte sie in seinem Buch "Das Buchgeld" der fachwissenschaftlichen Theorieentwicklung gegenüber. Dieses Buch blieb jedoch auch innerhalb der freiwirtschaftlichen Denkschule nicht ohne Widerspruch. Deshalb ist es auch weiterhin notwendig, diesen schwierigen theoretischen Fragenbereich unter Berücksichtigung der technischen Neuerungen auf dem Gebiet des bargeldlosen Zahlungsverkehrs zu klären. [Karl Walker, Das Buchgeld – Ein Beitrag zur theoretischen Klärung, Heidelberg 1951. –Herbert K. R. Müller, Währung und Wirtschaftsschicksal, Bonn 1959. – Karl Walker, Neue Europäische Währungsordnung, Lauf bei Nürnberg 1962. – Eine Gegenposition hierzu vertrat Werner Zimmermann, Geld und Boden – Schicksalsfragen aller Völker, Bern 1966, S. 61 ff. – Vgl. außerdem A. Woll, B. Faulwasser, B.-T. Ramb, Beschäftigung, Geld und Preisniveaustabilität – Empirische Untersuchungen zum Inflationsproblem, Opladen 1977. – Helmut Creutz, Geldschöpfung durch Banken, in: Fragen der Freiheit Nr. 167/1984, S. 37-49. – Helmut Creutz, Buchgeldschöpfung und Bankenwirklichkeit, in: Fragen der Freiheit Nr. 178/1986, S. 26-37. – Elimar Rosenbohm, Zur Buchgeldschöpfung der Geschäftsbanken, in: Fragen der Freiheit Nr. 178/1986, S. 38-47. – In der Zeitschrift "Der Dritte Weg" fand vom August 1989 bis Oktober 1990 eine Diskussion über das Buchgeld statt, an der sich Helmut Creutz, Elimar Rosenbohm, Hans Beier, Eberhard Knöller, Kurt Kessler, Johannes Jenetzky, Reiner Bischoff, Dieter Schad und Hans Bernhard Zill beteiligten. Siehe außerdem INWO (Hg.), Gerechtes Geld – Gerechte Welt, Lütjensburg 1992, S. 92-97. – Johannes Jenetzky, Die Knappheit des Kapitals oder warum die Zinssätze nicht fallen, in: Zeitschrift für Sozialökonomie 91. Folge 1991, S. 3-13 und Helmut Creutz, Geld und Guthaben, in: Zeitschrift für Sozialökonomie 93. Folge 1992, S. 21-34. – Dirk Löhr, Konsequente Neutralisierung der Liquiditätsprämie des Geldes durch Einbeziehung des Buchgeldes in die 'Umlaufsicherung', in: Zeitschrift für Sozialökonomie 123. Folge (Dezember 1999).]

In den Werkeverzeichnissen von Friedrich Landmann und Willy Hess fehlt die unter dem Pseudonym Walter Klarheit erschienene Satire "Der verblüffte Philantrop", die von Humor und Ironie zeugt. Sie ist in den Band 13 aufgenommen worden, da Gesell mehrfach solche Stilmittel verwendete. Auffällig ist zudem, daß die schon in seinen Frühschriften phantasievoll dargestellte "Insel Barataria" etwa zur selben Zeit nochmals unter dem Titel "Der verblüffende Sozialdemokrat" beschrieben wurde. ["Der verblüffte Philantrop" ist im Werkeverzeichnis von Hess inmitten einer Reihe von Aufsätzen erwähnt, die 1929 in der schweizerischen "Freiwirtschaftlichen Zeitung" erschienen. Bei diesen Aufsätzen handelt es sich um Nachdrucke früherer Veröffentlichungen. Somit ist der Rückschluß erlaubt, daß auch "Der verblüffte Philantrop" von Gesell stammt.]



## **Was wir wollen.**

Die Demokratie soll sich nicht in Schall und Worten erschöpfen. Wir sollen zur Tat übergehen, aktive Demokratie betreiben.

Die Grundlage des Volkslebens ist die Wirtschaft. Unsere Volkswirtschaft wollen wir also scharf ins Auge fassen.

Als Kennzeichen einer demokratischen Wirtschaftsverfassung erklären wir die absolute Herrschaft des Rechtes auf den vollen Arbeitsertrag.

Das Recht auf den vollen Arbeitsertrag verlangt nichts mehr noch weniger als die restlose Beseitigung des arbeitslosen Einkommens.

Das arbeitslose Einkommen wollen wir also angreifen und zur Strecke bringen.

Das arbeitslose Einkommen besteht aus Kapitalzins und Grundrente.

Den Zins setzen wir mit Freigeld allmählich auf 0 herab.

Das arbeitslose Einkommen aus der Grundrente schaffen wir mit Freiland ab.

Krisen und Arbeitslosigkeit können wirksam nur mit denselben Reformen – Freigeld – bekämpft werden, die auch dem Zins den Garaus machen.

Der Bürgerfriede verlangt die Beseitigung des arbeitslosen Einkommens.

Der Völkerfriede stellt den allgemeinen Weltfreihandel als eherne Forderung auf, und zum Weltfreihandel kann man nur durch Freiland und Freigeld gelangen.

Das Recht auf den vollen Arbeitsertrag bricht die Übermacht des Besitzes und stellt das wirtschaftliche und politische Gleichgewicht gleichberechtigter Bürger her. Macht und Einfluß des Einzelnen sind dann nur allein noch abhängig von den geistigen Kräften. Den Tüchtigsten, nicht den Geldsäcken, fällt die Führung zu.

Mit der Forderung des Rechtes auf den vollen Arbeitsertrag erheben wir uns über alles Parteiwesen hoch hinaus mit der Überzeugung, uns als Kristallisationskern des kommenden parteilosen Volkes betrachten zu dürfen.

## Riesenblüten des C. Papyrus Havensteinius.

Wir veröffentlichen hier einen uns zugegangenen Klagebrief und geben ihn ohne Umstände der Reichsbankdirektion zur Beantwortung weiter. Wir können, so wie die Dinge heute liegen, nur jedem davon abraten, irgend einen Vertrag in Mark d. R. W. abzuschließen, solange die Richtlinien der Währungspolitik nicht gesetzlich festgelegt sind. Der Freiland-Freigeldbund lenkte s. Zt. die Aufmerksamkeit der Nationalversammlung in Weimar durch eine Eingabe und Denkschrift frühzeitig genug auf die Währungsfrage. Der Erfolg war überraschend. – *Die Nationalversammlung vergaß, das Geldwesen in die Verfassung einzubauen!! So hat nun in dieser weitaus wichtigsten öffentlichen Angelegenheit ein armseliges Häufchen weltfremder Bürokraten autokratische Vollmacht.*

Vor Jahren schloß ich einen Vertrag ab, wonach meinem Geschäftsführer 40 Prozent des Betriebsgewinnes zufallen. Nach den Bestimmungen des Vertrages soll zur Ermittlung des Gewinnes bei der Inventur der Tagespreis der Waren, nicht der Kostenpreis, in Anrechnung gebracht werden. (Anm. d. Schriftl.: Diese Bestimmung ist ganz vernünftig, da der Verkaufspreis ja auch von den Tagespreisen beherrscht wird.)

So entstand mit der Inflation ein ständig steigender, zahlenmäßiger Gewinn, auf den mein Geschäftsführer Anspruch erhob, und den ich bisher auch immer zahlen zu müssen glaubte. Als die ersten 100 Prozent der Inflation erreicht waren, gingen von meinem Kapital 20 Prozent als Betriebsgewinn über auf das Konto meines Geschäftsführers – ein Gewinn, der eigentlich nichts mit dem Betrieb zu tun hatte, da er ja auf Lager entstanden, also reiner Inventurgewinn war. Dieser Gewinn stieg fortwährend und beträgt nunmehr bei einer 16fachen Inflation der hier in Betracht kommenden Waren 40,96 Prozent meines Warenkapitals – d. h. das Kapital, das vordem zu 100 Prozent mir gehörte, steht jetzt zu Buche mit 59,04 Prozent auf meinem Konto und mit 40,96 Prozent auf Konto meines Geschäftsführers.

Diese Rechnung ist leicht nachzuprüfen.

„Warenkapital 100, Inflation 100 Prozent, Inventurwert also 200. Zahlenmäßiger Gewinn 100. Anteil meines Geschäftsführers daran 40 Prozent. Der mir verbleibende Rest des Inventurwertes also 160 in Geld und – in Anbetracht der 100 Prozent Inflation – 80 in Waren. Verlust in Waren also 20 Prozent. Jede weitere Verdoppelung der Inflation bringt mir einen weiteren Verlust an meinem Warenkapital von 20 Prozent des verbliebenen Restes, also 80 – 20 Prozent davon = 64 (4-fache

Inflation der Preise)  $64 - 20$  Prozent = 51,20 (8-f. Infl.) und jetzt  $51,20 - 20$  Prozent = 40.96 bei der heutigen 16-f. Inflation.

Ich bemerke, daß es sich um große Summen handelt, neben denen die durch die Inflation erfolgte Verwässerung des Gehaltes meines Geschäftsführers kaum eine Rolle spielt. „Was soll ich tun? Der Sinn des Vertrages wird doch hier zu offenbarem Unsinn. Kann ich mich darauf berufen, daß der Vertrag von *Betriebsgewinnen*, nicht von Inflationsgewinnen redet? Welche Ansichten hätte ich mit dieser Unterscheidung vor Gericht?“

Wir können Sie nur damit trösten, daß der Inflationsgewinn Ihres Geschäftsführers als Kriegsgewinn konfisziert wird und daß Sie diese Summe, als durch die Inflation bewirkten Verlust bei der kommenden neuen Vermögensabgabe (Reichsnotopfer) in Rechnung stellen können.

## **Die statistischen Grundlagen der absoluten Währung.**

Meine in der Schrift „Das Reichswährungsamt“ gemachten Vorschläge bezwecken das Gleichgewicht im Haushalt des Reiches herzustellen, damit die alles zerrüttende *Notenpresse außer Betrieb* gesetzt werden kann.

Der Vorschlag gründet auf der Erkenntnis, daß die Steuerkraft *des Volkes als Ganzes* zusammen mit den Warenpreisen wächst und schwindet, daß somit eine zehnfache Preisinflation auch ohne weiteres die zehnfachen Steuererträge liefern muß, ohne daß dadurch die Last der Steuern eine Änderung erfährt. Aus dem gleichen Grund ist auch nicht einzusehen, warum *die Inflation* nicht auch *voll und ganz auf sämtliche Tarife der Reichspost, der Eisenbahnen usw. übertragen* werden könnte, warum man den Hauswirten, den Grundbesitzern das Recht nimmt, die Mieten und Pachtzinsen den Marktverhältnissen anzupassen. Ich verlange darum auch die vollkommene und ausgesprochene Preisgabe des Gedankens eines Abbaues der Preise, *weil der Preisabbau gleichbedeutend sein würde mit einem Abbau der Steuererträge*, der wieder die Notenpresse zu Hilfe rufen würde. Ich verlange die dauernde Aufrechterhaltung der Preise auf der zurzeit erreichten Höhe, damit den Kaufleuten und Unternehmern endlich eine sichere Grundlage für ihre Berechnungen geschaffen wird.

Die *absolute Währung*, die einen integrierenden Bestandteil dieses Programmes bildet, bedeutet, daß der allgemeine Preisstand der Waren durch aktive Währungspolitik dauernd auf gleicher Höhe erhalten werden soll, so daß man von da ab mit der gleichen Geldsumme stets die gleiche Lebenshaltung wird bestreiten können. Die Warenpreise sollen nicht im Sinne von einzelnen Höchst- und Mindestpreisen festgestellt werden. Die Preise sollen freihändig durch Angebot und Nachfrage gebildet werden wie vor dem Kriege, Jedem steht es völlig frei, zu fordern, so viel er glaubt nach Lage des Marktes fordern zu können, jedoch wird das Währungsamt die umlaufende Geldmasse stets so genau bemessen, daß Preisstürze und Preistreibereien nicht mehr vorkommen können. Die Grundlage zur Führung solcher „aktiven Währungspolitik bildet die *Preisstatistik*, mittels der die Bewegungen im allgemeinen Freiland der Waren ermittelt werden sollen.

Die oft genannten *Indexzahlen des Economist* gehen aus den Preisen von 22 Stapelartikeln hervor. Man kann diese Zahl natürlich beliebig mehren, doch wird das Ergebnis dadurch nicht nennenswert verbessert, da ja die Preise der Waren in einer natürlichen durch die Produktionskosten beherrschten Rangordnung stehen. Darum ist anzunehmen, daß, wenn der Index der Stapelartikel unverändert geblieben ist, auch der Preis der übrigen Waren sich nicht geändert hat. So will es das Gesetz des Wettbewerbs.

Wichtiger als die Anzahl der Preise ist die *richtige Erfassung der Bedeutung der einzelnen Waren in ihrem Verhältnis zu den anderen Waren*. Die gleiche Rolle, die etwa das Brot und der Pfeffer im Familienhaushalt spielen, sollen Brot und Pfeffer auch in der Währungsstatistik spielen. Geschieht das mit der gebotenen Gründlichkeit, so wird das Ergebnis für die Bedürfnisse der Volkswirtschaft vollauf genügen. Der Einwand, der hier erhoben werden könnte, daß solche Statistik keine „mathematisch“ genauen Zahlen liefert, kann unbeachtet bleiben. Solchen Kritiken sagen wir: Wir hindern niemand daran, das Indexermittlungsverfahren zu vervollkommen. Die Kritik darf uns aber nicht hindern, das Gute zu tun, bloß weil mit der Zeit das Verfahren verbessert werden kann. Wir backen doch schon immer Brot, obschon man seit 10 000 Jahren unausgesetzt den Backofen verbessert. Namentlich vom Standpunkt der herkömmlichen Währungsverhältnisse wirkt solche Kritik direkt lächerlich.

Um den Index zu gewinnen, können wir die Zahlen benutzen, die das statistische Jahrbuch d. D. R. liefert. Wir multiplizieren die

Preise mit den Produktionszahlen (bei eingeführten Waren den Verbrauch) und haben dann unmittelbar vergleichbare Größen.

Um ein Bild dieser Verhältnisse zu geben, lasse ich hier einige Zahlen folgen (auf Zuverlässigkeit erheben sie keinen Anspruch.)

Produktion bzw. Einfuhr	1910 Preise	Betrag B	1911 Preise	Betrag C
Roggen	8.552.000 t	152,30	168,30	1.439
Weizen	5.240.000 tt	211,00	204,00	1.068
Baumwolle	4.360.000 dz	151,00	134,00	584
Roheisen	14.739.000 t	66,00	64,80	957
Roheisen	152.827.000 t	10,46	<u>1.598</u>	<u>1.552</u>
			5.634	5.600

Erweitert man diese Liste auf alle Hauptwaren und findet sich, daß die Summen B und C nicht oder nur unerheblich – wie oben – von einander abweichen, so wird man darauf schließen, daß die Kosten der Lebenshaltung sich nicht geändert haben und man wird dem Reichswährungsamt das Zeugnis geben, daß es seine Sache gut gemacht hat. Es ist nämlich unausbleiblich, daß, wenn der Preis der Rohstoffe unverändert bleibt, auch die Preise der Fertigwaren sich nicht ändern. Lohnveränderungen gehen dann auf Rechnung des Kapitalzinses oder der Grundrente.

Da die Warenproduktion, von Witterungseinflüssen abgesehen, wenn sie nicht durch Krisen und Streik gestört wird, ebenso beständig sein muß wie die Zahl der Menschen, so können die Beiwerte oder Produktionszahlen für lange Zeit, mindestens fürs ganze Jahr ohne Bedenken verwendet werden, so daß man dann nur die Preisveränderungen zu ermitteln braucht, um dann nach Wunsch den Index alle Monate, Wochen oder Tage aufrechnen zu können. Wenn also der Direktor des Währungsamtes Wert darauf legt, daß ihm täglich nach Schluß der Börse der Index auf den Tisch gelegt werde, so wird man solchen Wunsch leicht erfüllen können

In Bezug auf die Beiwerte ist noch folgendes zu sagen: Die Erzeugungsziffern ändern sich nicht nur relativ, sondern auch absolut. Dies macht es nötig, den Betrag der Spalte B auf den Ausgangspunkt oder Vergleichsindex, hier also 5634 zurückzuführen, indem man alle Einzelposten einem gleichmäßigen Zu- und Abschlag unterwirft.

Hat man z.B.	statt	8.552.000 t	Roggen	8.000.000
	"	5.240.000 t	Weizen	6.000.000
	"	4.360.000 t	Baumwolle	5.000.000 usw.

so müssen zunächst diese neuen Zahlen zu den alten Preisen (1910) aufgerechnet werden. Diese neuen Zahlen mögen dann zusammen den Betrag von etwa 6197 geben oder 10 Prozent über 5634. In diesem Falle zieht man von allen Produktionsziffern gleich-

mäßig 10 Prozent ab. Dann könnten erst die so gewonnenen Beiwerte mit den neuen Preisen multipliziert werden.

Handelt es sich nun darum, den Index einer 10fachen Inflation zu gewinnen, wie sie für die Aufrechterhaltung des Zahlungsverkehrs wohl nötig sein wird, so beginnt man damit, eine Liste der hauptsächlichsten Waren mit den Preisen der Vorkriegszeit, nur 10fach aufgebläht, zu veröffentlichen. Dann heißt es: Die hier aufgeführten Preise stehen in der natürlichen, durch die Produktionsbedingungen der einzelnen Waren geschaffenen Rangordnung. Diese Rangordnung ist durch die Zwangswirtschaft zerstört worden. Die Preise werden in diese Rangordnung zurückfallen, wenn die gesetzlichen Hemmungen beseitigt werden. Wir warnen daher Jedermann, von den Waren, deren Preise heute über den in der Liste veröffentlichten Preisen stehen, mehr als den unmittelbaren Bedarf einzukaufen, weil sie voraussichtlich bald im Preise steigen werden. Das Währungsamt wird dafür sorgen, daß der allgemeine Preisstand sich nicht vom 10fachen Index entfernen wird. Ein jeder rechne hiermit und richte sich danach! Und im übrigen sehe jeder, wo er bleibe. Jeder verlange für seinen Kram den Preis, den er nach Lage des Marktes glaubt erzielen zu können. Macht er dabei ein gutes Geschäft, so gewinnt er dadurch die Mittel, um auch einmal ein schlechtes Geschäft ertragen zu können. Das Reichswährungsamt wird jedoch dafür sorgen, daß mit der absoluten Währung der Spielraum für Verluste und Gewinne immer kleiner wird, so daß mit der Zeit nicht nur der Index fest bleibt, sondern daß auch die Rangordnung der Preise durch Währungsereignisse nicht mehr gestört werden wird. Es ist nämlich zu beachten, daß jede allgemeine, auf Währungspuschereien zurückzuführende Veränderung des Preisstandes auch die natürliche Rangordnung der Preise zerstört, indem solche Währungsänderungen die Kaufkraft der einzelnen Volksklassen ungleich berührt. Eine Preissteigerung z.B. begünstigt die werbenden Klassen (Schuldnerklasse). Diese Klasse kauft und verbraucht aber ganz andere Waren, als die durch dieselbe Preissteigerung benachteiligte Klasse der Gläubiger. Es werden mehr teure Lebensmittel, mehr volkstümliche Luxuswaren gekauft, während die Nachfrage nach Waren, die hauptsächlich von Rentner gekauft werden, entsprechend nachläßt. Diese Störung setzt sich dort in Preisaufschlägen, hier in Preisrückgängen um. Mit der absoluten Währung fällt darum auch die Hauptursache der Schwankungen in den Einzelpreisen fort.

In der Schweiz, wo die vom Schweizer Freiland-Freigeld-Bund gemachten Vorschläge der absoluten Währung die Presse schon stärker beschäftigte, ist von Seiten der Goldwährungsinteressenten der Einwand erhoben worden, daß eine aktive Währungspolitik,



wie wir sie erstreben, nicht durchzuführen sei, weil Aufgabe und Einzug von Geld nicht unmittelbar auf die Preise wirken, sondern erst nach längerer Zeit, nach Nikolson sogar erst nach 3 Monaten. Wir lassen diesen Verteidigungsversuch der Hochfinanz mit sattem Geschmunzel gelten – gibt es doch kein Beweismaterial, das die heutigen Währungsmittel gründlicher in den Boden verurteilt, als die genannte Tatsache. Wenn die Zügel eines Pferdes sich erst nach 3 Monaten fühlbar machen, so ist solches Pferd unlenkbar – man ersetzt es durch ein anderes. So handele man auch hier. Ist die Währung unlenkbar, zügel-lahm, dann fort mit ihr. Mit dem Freigeldpferd wird man nicht drei Monate auf die Wirkung der Zügel zu warten brauchen. Das Freigeld ist ein empfindlicher Gaul. Noch am selben Tage, wo die Geldmenge vermehrt oder vermindert wird, nimmt man auch schon die Wirkung auf dem Markte wahr.

Jeder Versuch der Haute Finance, an der absoluten Währung zu rütteln, wird immer auf die Goldwährung abprallen.

## **Der Untergang Roms und seine Ursachen.**

Immer mehr gewinnt die Ansicht Boden, daß Rom an der Geldschwindsucht zugrunde ging. Immer neue Beweise hierfür liefert die geschichtliche Forschung. In einer Vorlesung in Zürich sagte darüber der italienische Historiker Guglielmo Ferrero [Ferrero: Größe und Niedergang Roms, 6 Bände, Hoffmann, Stuttgart. D. Schriftl.] folgendes nach einem Bericht der N. Z. Z. v. 3. 2. 21.

„Die ökonomische Krise des 3. Jhrh., die unter Alexander Severus einsetzt (222 – 235), hat in den politischen und wirtschaftlichen Krisen unserer Zeit ihre Parallelen. Eine komplette politische Desorganisation, innere und äußere Kriege – die Barbareninvasionen nehmen ihren Anfang [Der Bericht der NZZ ist offenbar nicht genau; es wird dadurch aber nicht das Geringste an dem verändert, worauf es hier ankommt. D. Schriftl.] – sind die Begleiterscheinungen des wirtschaftlichen Niedergangs des Römischen Reiches, der sich einmal in der bedrohlichen Geldentwertung spiegelt. Diese untergräbt das gesamte Geldsystem des Staates, das wir uns in Ermangelung bestimmter Angaben aus den Münzfunden rekonstruieren müssen. Die beiden gebräuchlichsten Münzarten, der Aureus (Gold) und der Denarius (Silber) galten unter Augustus ungefähr 25 Fr. bzw. 80 Cent. Dann vermindert sich langsam das Gewicht dieser ersten, vollwertigen Münzen, und auch der Gehalt an Edelmetall nimmt ab. Seit Septimius Severus (193 – 211) verfolgt man diesen Zersetzungsprozeß, der

unter Alexander Severus bereits so weit gediehen ist, daß der Silbergehalt des Denars bloß noch 2 Prozent beträgt. Wie während des Weltkrieges unserer Tage die Regierungen Papiergeld ausgaben, so haben die Römischen Kaiser des 3. Jhrh. gezwungenermaßen das Geld verschlechtert.

Die Folgen dieser Münzverschlechterung zeigten sich in einem rapiden Steigen aller Preise. Die darauf entstehende Geldanarchie die nicht nur einen täglichen Wechsel des Geldwertes, sondern oft auch einen stündlichen hervorrief, suchte ein Erlaß Diokletians [Edictum de pretiis 301 D. Schriftl.] nach Kräften zu steuern. Es ergibt sich aus diesen Verfügungen, daß es damals eine ganze Menge verschiedenwertiger Denare gegeben haben muß. Gelegentlich liest man von Geschäften, die gegen „gutes Geld“ abgeschlossen wurden. Auf alle Fälle aber war diese Verschiedenartigkeit der Denare für das ökonomische Leben von katastrophaler Bedeutung.“

Es ist sehr schade, daß die Historiker zumeist nichts von der Währungsfrage wissen. Wenn Ferrero die Freigeldlehre könnte – wieviel mehr Licht würden die erwähnten Tatsachen ihm gebracht haben! [Zumal in ihrem Zusammenhange mit anderen! Es sei hier nur hingewiesen auf das Versiegen des Edelmetallzuflusses aus Kriegsbeuten und Bergwerken und auf das Abströmen des Geldstoffes nach dem fernen Osten. Nach China allein gingen jährlich Silbermengen im Vorkriegspreis von 22 Millionen Mark, hauptsächlich für die Einfuhr von Seide. D. Schriftl.]

Ja, Rom ging an den Mängeln seines Geldwesens zugrunde. Rom kannte kein Papiergeld (es fehlte dazu neben der Theorie des Papiergeldes noch die dazu gehörige Technik – (Papier und Druckerei); Rom war durchaus davon abhängig, ob Geldmetall gefunden wurde oder nicht. Mit gefälschten Kupfermünzen, gefälschten Silbermünzen, mit Münzen verschiedener Legierungen von 100 Prozent bis herab auf 2 Prozent Silbergehalt, kann man keinen Handel treiben. Denken wir uns unsere 80 Milliarden Papiergeld in Gestalt von Münzen von 2, 3, 4, 7, 10, 11, 12,5 13 usw. v. H. Silbergehalt! – Daneben behördliche Puschereien, Höchstpreise usw. Da kann nur der Schieber, der Geldwechsler, der Spekulant gedeihen. *Rom wurde das Dorado der Schwindler, wie das Deutsche Reich zu einem solchen geworden ist.*

Um die Münzen auf *einen* Münzfuß zu bringen, hätte Rom die Münzen bei jeder neuen Verwässerung sämtlich einschmelzen müssen. Das war technisch unmöglich.

Immerhin, die gefälschten Münzen Roms waren immer noch besser, als gar kein Geld. Die Fundgruben der Münzmetalle waren in der Zeit, von der Ferrero berichtet, so gut wie abgebaut, und ohne Metall konnte man damals kein Geld machen. Die Fäl-

schungen waren der einzige Weg, um die Geldwirtschaft und damit auch den römischen Staat aufrecht zu erhalten. *Ohne sie wäre Rom schon vor dem Barbareneinbruch zusammengestürzt* – Sie hemmten den Sturz, wie sie umgekehrt 1000 Jahre später, bei ihrem Neuerscheinen, den eingeschlafenen Handel und die dazu gehörige Arbeitsteilung wieder ins Leben riefen – und sie notdürftig so lange unterhielten, bis die Entdeckung der deutschen Silbergruben und der amerikanischen Schätze der Geldwirtschaft wieder neues Leihen gaben.

## Veränderlicher Erbbauzins.

Von *Albrecht Müller*.

[Pseudonym für S. Gesell / Die Red.]

Unsere Preisrevolution ermöglicht so manche Erfahrung, die durch keinerlei Wortbelehrung ersetzt werden kann. So wird allmählich die geistige Vorbedingung für eine Umgestaltung unserer Wirtschaft im Sinne von Freiland und Freigeld geschaffen. Das gilt nicht nur für das Gebiet des Geldwesens, sondern auch für das *Bodenrecht*. Für unsere Aufklärungs- und Werbearbeit ist es wichtig, diesbezügliche Tatsachen festzuhalten.

In Magdeburg schweben schon seit längerer Zeit Verhandlungen mit einer gemeinnützigen Baugenossenschaft zwecks Festsetzung eines Normal-Erbbauvertrages. Das *Erbbaurecht*, das auf Grund des bürgerlichen Gesetzbuches schon früher verlangt werden konnte, kam hier nie in Anwendung, weil durch die notdürftigen Bestimmungen des bürgerlichen Gesetzbuches die Beleihung des Erbbaurechts auf fast unüberwindliche Schwierigkeiten stieß. Durch die Verordnung über das Erbbaurecht vom 15. Januar 1919 wird diesem Übelstande abgeholfen. Der Magistrat war nun gezwungen, neue Bedingungen festzusetzen. In den Richtlinien dafür wird die Dauer des Erbbaurechts auf 80 Jahre bestimmt. Bauzwang tritt spätestens 2 Jahre nach Vertragsabschluß ein. Die Entschädigung für das Bauwerk nach Ablauf des Erbbaurechts soll zwei Drittel des gemeinen Wertes betragen. [Eine Kritik ist in diesem Rahmen nicht beabsichtigt. D. Schriftl.] Bei der Festsetzung der Mieten ist die Zustimmung des Magistrats erforderlich. Der Erbbauzins soll getrennt bemessen werden. Und zwar soll der Zins für den Grund und Boden auf 4 v. H., für die Straßenbaukosten auf 0,5 v. H. festgesetzt werden. Auf Grund der Richtlinien wurde ein *Normal-Erbbaurechtsvertrag* aufgestellt, der sich in den Grundzügen fast garnicht von den Verträgen anderer

Städte unterscheidet. Ein Absatz aber verdient unsere Beachtung. Im Abschnitt über Verpflichtungen des Erbbauberechtigten heißt es im Paragr. 6: Wird der Mietzins für die aus dem Erbbaugelände errichteten Mietsräumlichkeiten mit Genehmigung des Magistrats um mehr als 10 Prozent erhöht oder herabgesetzt, so kann auch der Erbbauzins (nach Maßgabe der gesamten wirtschaftlichen Verhältnisse) angemessen erhöht oder herabgesetzt werden. Es wurde also ein „*variabler Erbbauzins*“ vorgesehen! Gleitende Preise – gleitende Löhne und Gehälter – gleitender Zins! Das Wirtschaftsbarometer steht aus „veränderlich“. Dem paßt sich das Denken allmählich an. Es wird selber veränderlich, bis wir ihm den festen Stützpunkt geben.

In der Stadtverordnetenversammlung wurde der „variable Erbbauzins“ gestrichen. Man fürchtete die „Beileihungsschwierigkeiten“, wußte natürlich auch nicht, was eigentlich in einem Vertrag für eine *gemeinnützige* Genossenschaft stehen muß. Das kann nur jemand wissen, der Konjunkturgewinn, Zins und Grundrente kennt. Beachtlich ist es aber doch: Gleitende Preise rufen den Gedanken gleitender Löhne, Mieten und Zinsen hervor. Die Vorstellung von festen, inneren Werten geht zum Teufel. Bei der Einrichtung der „Gleit- und Anpassungsmaschine“ erschrickt man vor den Schwierigkeiten und – muß schließlich zur *stetigen Währung* kommen. Die aber erfordert das *Schwundgeld*. Das Schwundgeld wiederum befreit uns von der *Zinsknechtschaft* und ermöglicht uns, *Freiland* zu schaffen. – Sehen wir zu, daß wir diese Entwicklung beschleunigen!

## **Unterliegen die Bankdepotiten dem Einfluß des Freigeldes?**

[Die Beziehungen zwischen Schwundgeld, „bargeldlosem“ Zahlungsverkehr und Zins sind immer von neuem Gegenstand von Fragen und Bedenken. Und mancher unserer Freunde ist im Zweifel darüber, ob er imstande sei, allen Einwänden zu begegnen. Darum wird es zweckmäßig sein, alles, was bisher in der Freiwirtschaft *noch nicht oder noch nicht ausreichend geklärt worden ist*, hier zu beleuchten und dann in einem Sonderdruck zusammenzustellen. Es ist deshalb sehr erwünscht, alle hierher gehörende Unklarheiten, Fragen, Bedenken, Einwände und „Widerlegungen“ der Schriftleitung – Erfurt, Rudolfstraße 55 – mitzuteilen.]

In einer Kritik des Freigeldes, die der kürzlich verstorbene Dr. Heyn im Oktober 1920 der Zeitschrift „Technik und Wirtschaft“ veröffentlichte, gelangte er zum Schluß, daß von der Verwirklichung der Pläne Gesells dringend abzuraten sei. Er begründete sein Urteil nicht mit einer

Begutachtung des Zieles dieser Pläne, sondern damit, daß die empfohlenen Mittel nicht wirksam seien. Er suchte nachzuweisen, *daß durch den bargeldlosen Verkehr das Freigeld wirkungslos gemacht werden könnte*. In einer Erwiderung, die im 2. Heft 1921 derselben Zeitschrift erschien, zeigte ich, daß bei jeder Hemmung des Geldumlaufes durch die Inhaber der Bankdepositen das im Verkehr befindliche Geld zu den Banken strömt, daß dort die Bargeldbestände zunehmen und daß dann der mit dem Freigeld verbundene Schwundverlust die Banken zwingen würde, entweder selber das Geld in den Verkehr zurückzupressen oder aber den genannten Verlust auf die Depositen abzuwälzen, was dann die Inhaber dieser Depositen veranlassen würde, das Geld durch Herabsetzung ihrer Zinsforderungen dem Verkehr zurückzugeben. In beiden Fällen würde dann der Zweck des Freigeldes doch erreicht werden. *Denn mehr, als daß das Freigeld umläuft, wird mit dem Freigeld nicht erstrebt.*

Dr. Heyn suchte meine Ausführungen in einer Antwort, die gleich hinter meiner Erwiderung folgte, damit zu entkräften, daß er auf Grund des Bankausweises von sieben Berliner Großbanken ausrechnen konnte, der Schwundverlust von 5% im Jahre würde nur etwa 10 Pf. im Jahre für je 100 M. der Kreditoren ausmachen. Jene sieben Banken hatten nämlich auf 38 179 Mill. M. Kreditoren nur einen Kassenbestand von 2524,8 Mill. M. Aus diesen Verhältnissen folgert Dr. Heyn, daß man mit einem Verlust von 10 Pf. auf 100 M., aufs Jahr berechnet, keinen irgendwie ins Gewicht fallenden Druck auf die Depositeninhaber ausüben könnte, und daß der dem Freigeld nachgesagte Einfluß auf den Zinsfuß darum ausbleiben würde.

Die Schwierigkeit, die Dr. Heyn entdeckt zu haben glaubt, entsteht dadurch, daß er drei verschiedenen Personen, dem Depositeninhaber, dem Bankier und dem Bankschuldner (also dem eigentlichen Inhaber des Bargeldes) *gleichzeitig* Verfügungsgewalt über dieselbe Geldsumme einräumt. In Wirklichkeit kann aber immer nur der eine der drei Genannten das Geld in seiner Gewalt haben. Nicht gleichzeitig, sondern nacheinander können die drei das Geld besitzen. Nach der Ansicht Dr. Heyns verfügen die Depositeninhaber hier über 38179 Millionen, die sieben Bankiers über dieselbe Summe und die Schuldner der sieben Bankier noch einmal über die gleiche Summe!! Dabei sagt uns Dr. Heyn es selbst, daß die sieben Bankiers die 38179 Millionen bis auf einen kleinen Rest von 238 Millionen in den Verkehr zurückgeworfen haben. Für alle Züge, die der Depositeninhaber macht, muß der Bankier unmittelbar den entsprechenden Gegenzug machen. Kündigt der Depositeninhaber eine Million, so muß der Bankier seinen Schuldnern ebenfalls eine Million kündigen. Wollen die Depositengläubiger eine Hausse dadurch erzeugen, daß sie die 38179 Millionen, die sie den Bankier übergaben, nun selber auf den Markt bringen, *so müssen die Bankiers die gleiche Summe dem Verkehr entziehen*. Die erstrebte Wirkung wird darum ausbleiben. Für die Währung müssen wir also den Depositengläubiger und den Bankier als *eine* Person,

die Depositen als *Kapital der Bankiers* betrachten. Die Depositeneinhaber scheiden für uns aus. Die Abmachungen zwischen den Bankiers und den Depositeneinhabern sind ohne Belang, da sie sich für die Währung gegenseitig aufheben. Sind die 38179 Millionen etwa auf Abruf hinterlegt, so kann der Bankier diese Gelder auch nur auf Abruf weitergeben. Dann wird der Bankier den größten Teil dieser Gelder in bar, d. h. in Freigeld zur Verfügung der Depositengläubiger halten müssen. Haben aber die Depositengläubiger das Geld auf langes Ziel, etwa ein Jahr, hinterlegt, so ist ihnen für diese Zeit auch die Verfügungsgewalt über ihr Geld genommen. Im ersten Fall ist es der *Bankier*, der für den Umlauf des Freigeldes zu sorgen, der den Verlust aus dem Schwund des Freigeldes persönlich zu tragen hat. Im anderen Fall sorgt der *Noteninhaber* für den Umlauf des Freigeldes. *Ein Drittes gibt es hier nicht. Und eben dieses Dritte, das neutrale Gebiet, wo man über Bargeld verfügen kann, ohne selbst welches besitzen zu müssen, das glaubte Heyn im Bankdepot entdeckt zu haben.* Wie wir sahen, ist das ein Trugbild gewesen. Nur der, der bares Geld in der Hand hat, verfügt wirklich über bares Geld. Seine etwaigen Gläubiger müssen warten, bis der Wechsel verfällt und eingelöst wird. Dann erst können auch sie die Dinge verrichten, die man nur mit Bargeld verrichten kann. Dann mögen sie versuchen, ob es ihnen gelingen kann, die Währung aus den Angeln zu heben.

Das *Freigeld ist entweder im Verkehr oder auf der Bank.* Und wo es sich befinden mag, übt es denselben gleichmäßigen Druck auf den Inhaber aus, immer erinnert es ihn daran, daß das Geld nicht am Umlauf gehemmt werden darf, und immer straft es den hart und nachdrücklich, der dies allgemeine Gesetz mißachtet.

Zum Überfluß sei auch hier gleich noch daran erinnert, daß *zum Freigeld auch noch das Währungsamt gehört*, das die Aufgabe und die dazugehörigen Machtmittel hat, um alle Anschläge der Börsenminen und Kontermen zu jeder Zeit und in jedem denkbaren Umfang schadlos zum Bersten zu bringen.

Nehmen wir also den Fall an, die genannten sieben Bankiers oder die Depositeneinhaber hätten die 38179 Millionen nach und nach, wie sie so fällig wurden, ohne Rücksicht auf den Schwund gehamstert, weil sie glaubten, daß es ihnen wie früher, so auch jetzt gelingen müßte, den gewohnten Zins erpressen zu können. Dann hätte sich der Einzug dieser Gelder auf dem Markte bei den Warenpreisen fühlbar gemacht, und dann hätte das Reichswährungsamt eingegriffen und die 38179 Millionen durch neue Banknoten ersetzt. Dann hätte das Währungsamt den Druck auf den Kapitalzins ausgeübt, den die Bankier durch ihre Manöver auszuschalten versuchten. Das Geld der Bankiers (Freigeld) wäre brachgelegt, ohne daß sich auf den Märkten irgendwelcher Geldmangel zeigen würde, und zwar so lange läge es brach und dem Schwund ausgesetzt, bis daß die Bankiers, durch den Schwund mürbe gemacht, sich zu neuen

Verhandlungen auf Grundlage des gesunkenen Zinsertrages des Realkapitals bereit erklären würden.

Dr. Heyn fragt auch „*wo sich die großen Vorräte an Bargeld befinden sollen, über welche unter dem Einfluß des Schwundverlustes in anderer Weise verfügt werden würde als jetzt*“. Er wiederholt, daß die große Masse der Bevölkerung in normalen Zeiten überhaupt keinen Vorrat an Bargeld hat.

Leider unterläßt es Dr. Heyn, uns den Zeitraum zu bezeichnen, den er für *normal* hält. Versteht er darunter die kurzen Zwischenräume von einer Krise zur anderen, oder sind es längere Perioden? Sind es gar nur Monate oder Jahre? Wir nehmen an, daß Dr. Heyn hier unter „*normalen Zeiten*“ Verhältnisse versteht, wo das Geld ohne jede Störung, ohne Krisen, ohne Paniken, regelmäßig, wie die Erde um die Sonne, seine Kreise durch die Märkte zieht, wo weder Ereignisse in der Politik, in der Wirtschaft, in der Ernte, noch Änderungen im Zinsfuß, in den Dividenden, in der Lohnbewegung, in der Politik der Notenbanken, in der Goldproduktion usw. bestimmenden Einfluß auf die Schnelligkeit, womit das Geld umläuft, ausüben. Dr. Heyn würde es schwer fallen, uns eine solche Zeitspanne zu nennen. Normale Zeiten in diesem Sinne hat es nie gegeben. Sie gilt es zu schaffen; das Freigeld soll sie schaffen. Heyn betrachtet und behandelt das Geld, als ob wir schon das Freigeld hätten. Darum erscheint es ihm überflüssig, und als überflüssig erscheint es ihm schädlich. Er warnt ja davor. Der Geldumlauf den das Freigeld zu einer konstanten Größe machen will, ist für Dr. Heyn jetzt schon eine solche. Er hat, als Syndikus der Handelskammer in Nürnberg nie Gelegenheit gehabt, sich mit dem Wesen der Dinge vertraut zu machen, die man Krisen, Panik, Geldschatzungen, Geldhamsterei, Konjunktursturz usw. nennt. Der von Morgan im Sommer 1907 an der New-Yorker Börse durch Geldhamsterei kaltblütig herbeigeführte Krach, sogar die Goldhamsterei im August 1914 ist seinem Gedächtnis entschwunden. Heyn wird hier sagen, daß das eben die anormalen Zeiten seien. Gut, diese anormalen Zeiten sollen aber gerade durch das Freigeld in normale Zeiten umgewandelt werden. Für den Umlauf des Geldes soll es überhaupt keine anormalen Zeiten geben, Zeiten also, wo das Geld gehamstert wird. Das Geld soll unabhängig von allen Ereignissen, von allen Wünschen, unabhängig namentlich auch von den Bewegungen des Zinsfußes mit absoluter Regelmäßigkeit umlaufen. Das ist, was mit dem Freigeld bezweckt und auch erreicht wird.

In betreff der Frage, *wo die Geldvorräte seien*, die es gilt, dem Einflusse des Freigeldes zu unterwerfen, muß ich sagen, daß mich diese Frage etwas in Erstaunen setzt, da sie vom Syndikus der Handelskammer Nürnberg kommt. Wissen die Kaufleute der alten Handelsstadt Nürnberg nicht, daß die Preise von der Menge und von der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes abhängig sind? Kreist das Geld nur neun- statt Zehnmal im Jahre, so genügt das vollauf, um dieselbe Wirkung auf die Preise auszuüben, wie wenn man  $\frac{1}{10}$  des Geldes gehamstert habe. Wenn nun heute die Preise sinken, oder zu sinken drohen, so überlegt man das

einzelne Geschäft länger, als wenn das Umgekehrte der Fall ist. Das Geld kreist langsamer. Nicht nur Morgan arbeitet dann auf eine Krise hin, nein, das ganze Volk unterstützt ihn, ohne es zu wollen und ohne es zu wissen, in seinem gemeinschädlichen Unternehmen. Somit sind es nicht einzelne Geldansammlungen, die es gilt durch das Freigeld in Umlauf zu erhalten, nein das gesamte in Umlauf befindliche Geld soll kreisen, unausgesetzt kreisen.

*Dr. Heyn anerkennt die Quantitätstheorie nicht.* Das geht aus dem Schlußsatz seiner Entgegnung hervor, wo er sagt, daß Ein- und Ausfuhr von Gold keinen Einfluß auf die Preise haben. Da diese Sache nicht im Zusammenhang steht mit der hier behandelten Frage, so werde ich bei einer anderen Gelegenheit darauf zurückkommen. Hier möchte ich nur erwähnen, daß es *neben der Quantitätstheorie nur noch eine Geldtheorie gibt, die Werttheorie.* Heyn war wie alle aus den Hochschulen hervorgegangenen Nationalökonomien ein Opfer des Wertaberglaubens, des Wertgespenstes, des Wertnebels. Wer sich in dieses Labyrinth wagt, der verliert die Fähigkeit, einfache Zusammenhänge zu verstehen, dem bleibt das Wesen des Geldes verschlossen, weil es zu einfach ist.



# Technik und Wirtschaft

## **Freigeld?**

**Eine Erwiderung auf Dr. Otto Heyns Kritik.**

Von

Silvio Gesell, Rehbrücke bei Potsdam.

Verlag des  
Vereins deutscher Ingenieure  
Berlin 1921.

**Sonderabdruck aus „Technik und Wirtschaft“,  
Monatsschrift des Vereines Deutscher Ingenieur  
14. Jahrgang, 1921. Heft 2.**

## Freigeld?

**Eine Erwiderung auf Dr. Otto Heyns Kritik**

[T. u. W. 1920 S. 619.].

**Von Silvio Gesell, Rehbrücke bei Potsdam.**

### Der Kreislauf des Geldes.

„Von der Verwirklichung der Pläne Gesells ist dringend abzuraten.“ Zu diesem Urteil gelangt *Otto Heyn*, nicht weil er von diesen Plänen Unheil erwartet, sondern weil ihm die empfohlenen Mittel nicht genügend wirksam erscheinen. Wenigstens hat er vom Ziel meiner Reformvorschläge an keiner Stelle seiner Kritik abgeraten. Billigt er sie, so soll mich das freuen. Dann ist auch Hoffnung, daß wir uns über den Weg verständigen.

Die Unwirksamkeit des Freigeldes für die Bekämpfung der Zinswirtschaft (Kapitalismus) begründet Heyn damit, daß er die Bankguthaben als außerhalb des Einflußkreises des Freigeldes stehend darstellt.

„Unter dem Drucke des Freigeldes könnte der Fall eintreten, daß der Zins zurückginge, ja, daß er ganz verschwände. Aber was auf dem Kapitalmarkt zum Angebot kommt, ist in der Regel nicht effektives Geld, sondern es sind Geldforderungen an die Banken. Der Effektenkäufer zahlt mit einem Scheck; der Darleiher macht es ebenso. Wer aber mit Scheck zahlt, der wird durch den Schwund des Freigeldes nicht veranlaßt, bei der Festsetzung des Zinses Entgegenkommen zu zeigen, denn Geldforderungen verschwinden nicht.“ (Zitat vom Verf. gekürzt).

Dies ist die Darstellung, die Heyn vom Kreislauf des Geldes gibt. Auf sie legt er das Hauptgewicht seiner Kritik. Diese Darstellung ist aber unvollständig und darum falsch. Das, was uns Heyn zeigt, ist nur ein Teil des Kreislaufes. Wenn wir das Fehlende nachholen und den Kreis schließen, wird es sich zeigen, ob sich die Bankguthaben dem Machtbereich des Freigeldes entziehen können.

Wir knüpfen dort an, wo Heyn das Geld in seinem Kreislauf stehen ließ. Ein neues Aktienunternehmen hat seine Aktien auf der Börse verkauft. Das Geld wurde durch Scheck überwiesen. Gleich geht es ans Werk. Der Bauplatz wird gekauft. Dazu gehört *bares* Geld, weil dem Notar der Scheck kein gesetzliches Zahlungsmittel ist. Die Bauarbeiter beginnen mit dem Werk. Am Sonnabend muß bares Geld zur Stelle sein. Die Ziegelei, die Sägerei, die Schlosserei weisen die Schecke ab. Bares Geld brauchen sie für ihre Arbeiter und für tausend Ausgaben. Die Fabrik, die die Maschinen liefert, erhält einen Scheck, aber auch dieser wird der Bank zur Einlösung vorgelegt für die Lohnkasse. Und ist die Fabrik schließlich betriebsfertig, so wird

der Rest des Bankguthabens abgehoben, um die Kasse mit den nötigen Barmitteln auszustatten.

Der größte Teil des als Scheck eingezahlten Aktienkapitals hat sich in Bargeld aufgelöst und treibt nun als Bestandteil des 70 Milliarden-Bargeldumlaufes auf den Märkten, in den Läden herum, um dann schließlich als Dividende oder Spargeld der Bank wieder zugeführt zu werden. Dies ist der Lauf des Geldes, – wenn der Kreis geschlossen ist.

Die Schecks, von denen Heyn spricht, bilden also nur die erste Etappe im Kreislauf des Geldes. Bei den folgenden Etappen stößt der Scheck auf Widerstände, die nur bares Geld überwinden kann. Die mit 3,5 Milliarden M Zins belasteten 70 Milliarden M Papiergeld zeigen deutlich, wie eng begrenzt das Reich des „bargeldlosen“ Verkehrs ist.

Immerhin, Heyn beruft sich auf diese erste bargeldlose Etappe des Geldkreislaufes zur Begründung seines Urteils. Sehen wir zu, mit welchem Recht!

Wenn der Kreislauf des Geldes immer, wie der eben beschriebene, geschlossen wäre, dann wäre das Freigeld überflüssig. Aber Heyn zeigt ja selbst, daß es im Belieben der Geldbesitzer liegt, den Kreislauf zu zerreißen, und er meint, daß das auch mit dem Freigeld so sein würde. Und hier irrt er.

Nehmen wir mit Heyn an, die Stelle, wo der Kreislauf des Geldes zerrissen wird, sei das Bankguthaben. Die Besitzer der Bankguthaben hätten den Kauf der angebotenen Aktien des neuen Unternehmens abgelehnt, weil die zu erwartenden Dividenden nicht die historisch normale Rentabilität sicherstellten. Dann wären die Schecke nicht ausgeschrieben und das entsprechende Bargeld wäre nicht von der Bank abgehoben worden. Das für solche Fälle von den Banken verfügbar gehaltene Bargeld wäre in der Kasse geblieben, während der Zufluß von Bargeld anhält. Das Geld häuft sich somit in den Kassen der Bank. Sie setzt den Depositenzins herab. Wie stark solche Geldanhäufungen auf den Depositenzins zurückwirken, zeigen die Schwankungen dieses Zinses, die sich von 5 auf 1 und 0 v.H. erstrecken können.

So frage ich also: Wenn die Unterbrechung des Kreislaufes des Geldes schon beim heutigen Geld die Bedingungen für Bankguthaben in diesem Maße verschlechtern kann, wie viel mehr wird das mit dem Freigeld der Fall sein?

Die Eigenschaften des Geldes üben doch selbstverständlich, wie die Eigenschaften jeder Ware, auf die Bedingungen des Lagerhauses (der Bank) Einfluß aus. Wenn das Geld wie Radium Wärme ausströmte, so würde es bei den teuren Kohlenpreisen sicher im Winter bessere Depotbedingungen erwirken als im Sommer.. Das ‚Lagergeld‘ für Dynamit ist anders als für Stroh und für Stroh anders als für Feuerlöschapparate. Häuft sich also das Freigeld in den Banken, weil die Besitzer der Bankguthaben den Kreislauf *des* Geldes zerrissen haben, so wird die Bank den ihr erwachsenden Schwundverlust auf die Bankguthaben abwälzen. Statt daß sie Zinsen vergütet, wird sie die Guthaben mit Lagergeld belasten. In den Fällen, wo heute die Bank nur 2, 1 oder 0 v.H. Zins vergütet, wird sie bei Freigeld die Bankguthaben der Besitzer mit 3 bis 4 und 5 v.H. belasten müssen. Das dürfte aber genügen,

um die Besitzer solcher Gelder gefügig zu machen. Sie würden das Angebot der hier in Frage stehenden Aktien neu in Erwägung ziehen. Der Druck, der vom Freigeld ausgeht, würde die starre, eiserne Rentabilitätsgrenze durchstoßen. Die Aktien würden trotz der schlechten Aussichten gekauft, der Scheck würde ausgestellt, der Kreislauf des Geldes geschlossen werden. Das Geld aus den Guthaben ergießt sich nun über die Märkte; die feiernden Arbeiter werden zusammengerufen, die Feuer der Ziegelei werden angezündet, und bald steht hier eine neue Fabrik, die den Wettbewerb mit ihren älteren Genossinnen eröffnet – auch auf dem Arbeitsmarkt. Die Löhne steigen auf Kosten der Dividende [Über diese Zusammenhänge gibt mein Buch Aufklärung: Die natürliche Wirtschaftsordnung. Freiland-Freigeldverlag Rehbrücke 1920.]

Aber auch dieser neue Rückgang in der Rentabilität kann den Kreislauf des Geldes an der von Heyn bloßgelegten schwachen Stelle nicht zerreißen, wenn wir mit dem Freigeld rechnen. Mit dem herkömmlichen Gelde würde der Riß zweifellos erfolgen. Die Besitzer der Bankguthaben würden wieder ausrufen: Wir leiden an Oberproduktion von Kapital; wir dulden es nicht, daß der Zins in diesem ständig wachsenden Meer von neuem Kapital ertränkt wird; wir haben den Zins vor solcher *Kapitalüberproduktion* zu schützen!

Und dann wäre das eingetreten, was bisher immer in solchen Fällen eintrat: das ganze in der Neuproduktion von Kapital beschäftigte Geschirr wäre stillgelegt. Und als *Folge* davon würde man all die Erscheinungen beobachten, die man bisher fälschlich als *Ursache* der Krise betrachtete. Die vom stillgelegten Baugewerbe nicht mehr gekauften Baumaterialien belasten den Markt als „Überproduktion“ (Warenüberproduktion), drücken auf die Preise, die Arbeitslosen drücken auf die Löhne. Rückgang der Kaufkraft des Volkes, Preissturz (bei strotzend vollen Banken), Kreditkrise, Panik, Banksturm und dann Polonaisen der Besitzer der Bankguthaben, die das Geld, das sie der neuen Aktiengesellschaft verweigerten, nun zu Hause in Sicherheit bringen wollen!

Vergleichen wir hiermit den Verlauf der Dinge unter der Herrschaft des Freigeldes! Weil die Unterbrechung des Geldkreislaufes zu einer Anhäufung der Barbestände in der Bank führte und als Folge davon die Guthaben mit dem Schwund dieser Barbestände belastet wurden, sind die Geldbesitzer veranlaßt worden, mit den Unternehmern über die historische, eiserne Rentabilitätsgrenze hinweg zu verhandeln. Es müssen heute nicht mehr unbedingt 4 oder 5 v.H. sein! Dem vom Freigeld ausgehenden Drucke ausweichend, nimmt man auch mit weniger vorlieb. Der geschlossene Kreislauf des Geldes wird also hier durch das Freigeld erzwungen. Neues Kapital entsteht: Realkapital, Fabriken, Miethäuser usw. Dieses neue Kapital drückt die Dividenden weiter herunter. Wieder steigen die Löhne. Und wieder stehen die Besitzer der Bankguthaben vor der Frage, was rentabler ist: die Aussicht auf eine Dividende von 3, 2, 1, 0 v.H., oder die Aussicht, das Bankguthaben durch einen fortlaufenden Schwund mit der Zeit ganz zu verlieren.

Der Kreislauf des Freigeldes ist also von der Rentabilität unabhängig geworden. Das Freigeld kennt keine Rentabilitätsgrenze. Sein Kreislauf ist ewig geschlossen. Heyns Einwand ist hinfällig. Er wäre voll berechtigt bei lückenlos durchgeführtem bargeldlosem Verkehr. Mit solchem aber zu rechnen ist Spielerei. Würde man aber nach der Richtung einen Versuch machen und alles Bargeld vernichten, dann würden dieselben Gründe, die zur Forderung eines geschlossenen Kreislaufes des Geldes führen, uns auch die Forderung eines durch Besteuerung der Bankguthaben zu erzwingenden geschlossenen Kreislaufes dieser Guthaben aufdrängen.

$$\frac{G \cdot U}{W} = P$$

G = Gesamtmasse der Bankguthaben,  
 U = ihre Umlaufgeschwindigkeit,  
 W = Warenproduktion,  
 P = Preis.

(Die auf P wirkenden bargeldlosen Warenverkäufe (Kredit) werden hier, um die Formel zu vereinfachen, zu den Faktoren gerechnet, die auf W wirken).

Soll P konstant bleiben, so muß vor allen Dingen U in eine Konstante verwandelt werden, was durch eine Depotsteuer erreicht wird (wie beim Freigeld durch den Schwund). Die dann auf W wirkenden Einflüsse müssen durch entsprechende Änderungen in G ausgeglichen werden.

Wäre also der bargeldlose Verkehr praktisch durchführbar, – einer zielbewußten Währungspolitik steht er nicht im Wege.

### **Absolute Währung.**

Gegen die *absolute Währung*, durch die der allgemeine Preisstand der Waren vor Schwankungen geschützt werden soll, erhebt Heyn den Einwand, daß hier nicht nach der Ursache solcher Schwankungen geforscht wird. Der Ausdruck Währung kann nur den Sinn haben, daß zwischen Geld und Waren ein festes, währendes Verhältnis besteht und daß darum Änderungen in diesem Verhältnis auf mangelhafte Währung zurückzuführen sind. Da nun das Geld den Waren dienen soll und zum Zwecke des Warenaustausches geschaffen wurde, so ist es natürlich, *daß das Geld sich den Waren anzupassen hat* und nicht umgekehrt. Von diesem Standpunkt kann als einzige Ursache von Preisschwankungen allgemeiner Natur nur die mangelhafte Verwaltung des Geldes angesehen werden. (Im umgekehrten Falle müßten wir die Fabriken stilllegen, die Bestellung der Äcker einschränken, weil wir zu wenig Papiergeld drucken!) In der innerhalb solcher Währung geschaffenen Ordnung müssen alle, Private sowohl wie der Staat, ihr Genüge finden. Und wenn dann innerhalb dieser Währung einzelne Industriezweige nicht fortbestehen können, so wird man dafür nicht die Währung verantwortlich machen.

Heyn bezweifelt auch die Möglichkeit, durch Geldeinzug und Geldausgabe den allgemeinen Preisstand vor Schwankungen schützen zu können. Er fragt, wer dafür bürgt, daß für das zur Währungssteuerung in den Verkehr gepreßte Geld auch tatsächlich Waren gekauft werden. Und er verweist auf die jetzige Marktlage, die uns zeigt, daß trotz andauernder Mehrung des Geldbestandes die Preise nicht nur nicht steigen, sondern sogar gefallen sind.

Die Antwort ist das Freigeld. Geld, das nicht sofort und bedingungslos angeboten wird, ist untaugliches Geld. Beim Freigeld kann man dafür bürgen, daß es gegen Waren angeboten wird. Das fehlende Freigeld soll durch Ankauf von Staatspapieren in den Verkehr gepreßt werden. Wer aber zinstragende Staatspapiere gegen zinsfressendes Freigeld tauscht, der gibt damit kund, daß er Ware braucht. Heyn meint, es könnten auch Aktien oder Devisen dafür gekauft werden. Auch gut. Aber zum Kauf von Devisen gehört auch ein Verkäufer. Dieser wird also wohl Waren brauchen. Das ist eben der gewaltige Unterschied, der zwischen dem herkömmlichen Geld und dem Freigeld besteht: daß das Freigeld nicht mehr ein gefügiges Mittel zur Nachfrage nach Waren bildet, sondern diese Nachfrage selbst verkörpert. Darum sind es dann auch nicht mehr, wie Heyn sagt, die Maßnahmen der einzelnen Menschen, die die Preise, den allgemeinen Preisstand bilden werden. Über diesen Preisstand herrscht nicht mehr der Börsenkönig. Souverän ist mit dem Freigeld nur mehr das Reichswährungsamt.

Das, was Heyn gegen meinen Vorschlag der Internationalen Valuta-Assoziation einwendet, widerspricht den Erfahrungen, die man mit der Goldwährung gemacht hat. Zwischen Deutschland und England z. B. haben sich die Valutaschwankungen 40 Jahre lang innerhalb der Goldpunkte bewegt, obschon es in diesem langen Zeitraum nicht an Fehlernten und anderen störenden Elementen gemangelt hat. Das läßt sich nur mit der glatten Anerkennung der Quantitätstheorie erklären. Die gleichen Erfahrungen hat man auch in den Ländern der Lateinischen Münzunion gemacht, wo statt des Goldes international anerkannte Scheidemünze als internationaler, selbsttätiger Regler des allgemeinen Preisstandes wirkt. Auf diesen Erfahrungen gründet sich mein Vorschlag der „Ivanoten“.

Wenn das System in einzelnen Ländern der Union zuweilen versagt hat, so lag das daran, daß man das System einführte, ohne es geistig durchgearbeitet zu haben; deshalb geriet dann die nationale Währungspolitik in Widerspruch mit dem Wesen der Lateinischen Münzunion. Wenn, wie es das Ivasystem verlangt, die nationale Währung überall nach den Grundsätzen der absoluten Währung geführt wird, so werden die Valutaschwankungen, die in der Münzunion vorkamen, für die Ivastaaten zur Unmöglichkeit.

### **Goldkernwährung.**

Meinen Vorschlägen, vor denen er dringend warnt, stellt Heyn seinen Vorschlag der Goldkernwährung gegenüber. Ich kenne diese Währung aus Erfahrung. Argentinien hat sie seit 1900. Ich selbst machte den Argentinern diesen Vorschlag [Silvio Gesell, La cuestion monetaria argentina, Buenos Aires 1898.], und zwar zur Bekämpfung des auch hier herrschenden Preisabbau-Wahnsinnes. Der „Goldkern“ der argentinischen Währung ist nach und nach zu einem Goldklumpen von 700 t Gold angewachsen. Das, was mit der Goldwährung erreicht werden kann, wurde dort erreicht. Es genügt für die bescheidenen Ansprüche der Goldwährungsvertreter. Die Warenpreise machten die größten Schwankungen durch. Der Krach der New Yorker Börse von 1907 erschütterte auch die argentinische Wirtschaft, die auf Gedeih und

Verderb mit dem Schicksal der Goldproduktion verbunden ist. Dafür erfreute sich das Land fester Valutaverhältnisse – so lange die anderen Länder an der Goldwährung festhielten. Seit 1914 nützt aber der Goldkern in dieser Beziehung auch nichts mehr. Wichtiger aber noch ist, daß der Goldkern das Land auch nicht vor der Inflation (Goldinflation) geschützt hat. Der allgemeine Preisstand ist auch dort auf das doppelte gestiegen. In meiner folgenden Schrift [Silvio Gesell, *La plethora monetaria argentina*, Buenos Aires 1906.] habe ich das argentinische Volk schon 1906 vor diesen möglichen Folgen der Goldwährung gewarnt. Es hat aber nichts genutzt. Denn auch in Argentinien schwatzt man lieber vom Goldkern, als daß man den Kern des Goldes ergründet.

## **Erwiderung.**

**Von Dr. Otto Heyn, Nürnberg**

[Der Verfasser, der zu den bekanntesten deutschen Volkswirtschaftlern auf dem Gebiete der Geldtheorie gehörte, ist am 28. Dezember 1920 in Nürnberg gestorben. Unsere Monatschrift betrauert in ihm einen wertvollen Mitarbeiter.]

Zur Widerlegung der Geldtheorien *Silvio Gesells* hatte ich ausgeführt, der Gedanke vom Freigeld oder Schwundgeld müsse fallen gelassen werden, weil die meisten Menschen heutzutage keine größeren Mengen Bargeld in Besitz haben, deren Schwundverlust sie veranlassen könnte, anders zu disponieren, vor allem ihr Geld billiger herzuleihen als jetzt, und weil die Banken, die allein große Mengen Bargeld in Besitz haben, dieses Geld trotz des entstehenden Schwundverlustes gar nicht würden abgeben dürfen, da sie es als Deckung der Bankguthaben und zur Befriedigung der Zahlungsansprüche ihrer Kundschaft vorrätig halten müssen. Silvio Gesell wendet nun ein: Der Schwundverlust, den die Banken an dem Freigeld erleiden würden, müßte diese Banken zwingen, die Rechnung derer, die Geld bei ihnen liefern haben, mit 0 v.H. bis 5 v.H. zu *belasten*, statt ihnen 5 v.H. bis 0 v.H. Zinsen zu vergüten, um sich für den ihnen entstehenden Schwundverlust schadlos zu halten. Dann aber würden die, die jetzt ihr Geld bei den Banken haben, den Schwundverlust doch zu fühlen bekommen, und das würde sie veranlassen, ebenso oder doch annähernd ebenso zu verfahren, wie wenn sie selbst bares Geld in der Kasse hätten, das von Woche zu Woche an Wert verliere. Diese letzten (also die Inhaber von Bankguthaben = Kreditoren) würden deshalb geneigt sein, dieses Geld leichter auszugeben und dabei, namentlich im Falle der Ausleihe als Darlehen oder beim Erwerb von Aktien, Zugeständnisse zu machen, also einen niedrigeren Zins zu berechnen oder sich auch bei geringerer Rentabilität zum Ankauf der Aktien zu entschließen. Wenn Silvio Gesells Voraussetzung richtig wäre, könnte man seiner Schlußfolgerung zustimmen. Hieran fehlt es aber!

Wie steht es denn in Wirklichkeit? Nach der Zusammenstellung der Bankausweise der sieben großen Berliner Aktienbanken (Deutsche Bank, Dresdner Bank, Disconto-Gesellschaft u. a.), die sich im Juliheft 1920 (S. 488) der bekannten Zeitschrift „Die Bank“ findet, hatten diese Banken am 31. Dezember 1919 zusammen einen Bestand an „Kasse, Sorten, Kupons und Guthaben bei Noten- und Abrechnungsbanken“ von 2524,8 Mill. M. Nehmen wir an, daß  $\frac{4}{5}$  hiervon, also rund 2000 Mill. M, bares Geld waren, und daß diese Summe sich durchschnittlich das ganze Jahr über in ihrer Kasse befand, so würden sie, falls dieses Geld „Freigeld“ gewesen wäre, einen Schwundverlust von 100 Mill. M im Jahre erlitten haben. Die „Kreditoren“ betrug 38179 Mill. M, die „Debitoren“ 8878 Mill. M. Daraus ergibt sich, daß, wenn der Schwundverlust auf die *Kreditoren* allein abgewälzt worden wäre, wovon Silvio Gesell ausgeht, diesen der Zins um 0,26 v.H. hätte gekürzt werden müssen; wenn die *Debitoren* zur Tragung des Verlustes mit herangezogen worden wären, so würde der Abzug nur 0,21 v.H. betragen haben, und wenn der Verlust auf Generalunkosten geschlagen wäre, so würde er noch geringer gewesen sein. Weit davon entfernt also, daß, wie Silvio Gesell behauptet, den Kreditoren nicht nur ein Zins überhaupt nicht mehr hätte gezahlt werden können, sondern eine Zubeiße bis zu 5 v.H. hätte auferlegt werden müssen, wäre der Zins höchstens um 0,26 v.H. gekürzt worden. Wahrscheinlich aber würde der ganze Schwundverlust den *Debitoren* in Rechnung gestellt worden sein, die dann 1,14 v.H. mehr an Zins hätten zahlen müssen; denn die Banken müssen in ihrem eigenen Interesse gerade das vermeiden, was Silvio Gesell herbeiführen will, nämlich, daß ihnen die fremden Gelder entzogen werden, und die Debitoren werden, gegen eine höhere Zinsbelastung ebenso wenig sich zu wehren imstande sein, wie bisher gegen die Erhöhung des Zinses auf 9 v.H. und 10 v.H.. Dann aber würden die *Kreditoren* ihren Zins *in dem gleichen Betrage wie sonst* erhalten haben, und damit wäre für sie der Schwund Verlust des Freigeldes als Antrieb zur rascheren und billigeren Hergabe dieses Geldes ausgeschaltet gewesen.

Die hier aufgemachte Rechnung ist nun; wahrscheinlich noch *viel zu ungünstig*. Zunächst ist angenommen worden, daß von dem Bestande an „Kasse, Sorten, Kupons und Guthaben bei Noten- und Abrechnungsbanken“ am 31. Dezember 1919 rd.  $\frac{4}{5}$  (2000 Mill. M von 2524,82 Mill. M) auf Bargeld entfalle und daß deshalb bei einer Freigeldwährung soviel aus Freigeld bestanden haben würde, das dem Schwundverlust unterliegt. Nach einem Ausweis über die gleichen Banken vom 31. Dezember 1913 (vergl. Aprilheft der „Bank“ 1914 S. 340), in welchem „Kasse, Sorten und Kupons“ von den „Guthaben bei Noten- und Abrechnungsbanken“ getrennt aufgeführt sind, betrug damals aber Kasse, Sorten und Kupons nur  $\frac{2}{3}$  des ganzen Bestandes und deshalb das Bargeld allein (neben den Sorten und Kupons) höchstens 60 v.H.. Außerdem zeigen die an gleicher Stelle mitgeteilten Ausweise für Ende Februar, April, Juni, August, Oktober des Jahres 1913, daß der Kassenbestand Ende Dezember regelmäßig am größten, der durchschnittliche



Bestand aber viel kleiner ist, während Debitoren und Kreditoren keinen wesentlichen Unterschied aufweisen. Die betreffenden Ziffern lauten:

(Mill. M)	Kasse, Sorten u. Kupons	Debitoren	Kreditoren
31. Dezember 1913	232,95	2948,67	4851,78
Durchschnitt 1913	159,96 *)	3041,50	4851,63

\*) = 69 v.H. von 232,95.

Legt man das hieraus sich ergebende Verhältnis für das Jahr 1919 zugrunde, so kommt man zu ganz anderen, und zwar wesentlich günstigeren Ergebnissen. Danach wäre zunächst anzunehmen, daß von dem Bestande an „Kasse, Sorten, Kupons und Guthaben bei Noten- und Abrechnungsbanken“ im Betrage von 2524,82 Mill. M am 31. Dezember 1919 nicht rd.  $\frac{4}{5}$ , sondern nur 60 v.H. in Bargeld bestanden, also nur 1514,4 (statt 2000) Mill. M, und daß der *durchschnittliche* Jahresbestand sogar nur 1044,9 Mill. M (69 v.H. der letzten Summe) betrug. Geht man aber hiervon aus, so vermindert sich der oben berechnete Schwundverlust auf etwa die  *Hälfte*. Die Banken würden deshalb, um sich für diesen Schwundverlust schadlos zu halten, nicht gezwungen gewesen sein, den Kreditoren 0,26 v.H. von ihrem Zins abzurechnen oder Kreditoren und Debitoren zusammen 0,21 v.H. in Rechnung zu stellen oder die Debitoren mit 1,14 v.H. Mehrzins zu belasten, sondern die betreffenden Debetposten würden nur 0,13 bezw. 0,10 und 0,57 v.H. betragen. Daß aber, wenn wirklich den Debitoren die Mehrbelastung nicht oder doch nicht allein auferlegt werden sollte, die Kreditoren durch einen Zinsabzug von 0,13 bezw. 0,10 v.H. zu so ganz anderen Maßnahmen, veranlaßt werden sollten als jetzt, wie Silvio Gesell sich das vorstellt, ist ausgeschlossen. Wahrscheinlich käme das jedoch gar nicht in Frage, vielmehr würde den Debitoren der ganze Verlust aufgebürdet werden, was bei 0,57 v.H. natürlich noch viel leichter möglich ist als bei 1,14 v.H., so daß die Kreditoren ihren vollen Zins erhalten würden.

Zu noch günstigeren Verhältnissen gelangt man, wenn man die Verhältnisse in England zugrunde legt, wo die Deckung der Bankguthaben mit Bargeld bekanntlich noch geringer ist als bei uns.

Aus alledem geht hervor, daß die Behauptung Silvio Gesells, auch diejenigen, die ihr Geld bei den Banken stehen haben, würden bei einer Freigeldwährung von dem Schwundverluste dieses Geldes getroffen und deshalb, da es sich um Schwundverluste bis zu 5 v.H. handle, zu ganz anderen Maßnahmen in der Richtung einer Beschleunigung des Geldumlaufs veranlaßt werden, als es jetzt geschieht, *nicht zutrifft*.

Silvio Gesell glaubt nun weiter einwenden zu können, der Verfügung über Bankguthaben, die, wie gezeigt, durch den Schwundverlust des Geldes nicht oder doch nicht wesentlich beeinträchtigt werden kann, sei eine besondere Bedeutung überhaupt nicht beizumessen, weil die Schecke, wie er sagt, nur eine Etappe im Kreislauf des Geldes bilden. Er versäumt aber anzugeben, wo sich denn sonst die großen Vorräte an Bargeld befinden sollen, über welche unter dem Einfluß des Schwundverlustes des Freigeldes in anderer Weise verfügt werden würde als jetzt. Ich wiederhole, daß die große

Masse der Bevölkerung (in *normalen* Zeiten, die doch zugrunde gelegt werden müssen!) überhaupt keinen Vorrat an barem Geld in Händen hat, der durch den drohenden Nachteil des Schwundverlustes in Bewegung gesetzt werden könnte. Die Banken sind die einzigen, bei denen diese Möglichkeit in Frage kommt, und den Banken gegenüber versagt – wie nachgewiesen – die Kraft des Freigeldes.

Vermag hiernach das Freigeld die ihm zugeschriebene Wirkung nicht auszuüben, so fallen auch die von Silvio Gesell gemachten Einwendungen gegen meine Kritik der *absoluten Währung* in sich zusammen, denn das Agens soll auch hier wieder das Freigeld sein.

Wenn Silvio Gesell ferner behauptet, daß sich die Aufrechterhaltung eines stabilen Wechselkurses zwischen Deutschland und England zu Zeiten der Goldwährung nur durch die Quantitätstheorie erklären lasse, so fehlt dafür jeder Nachweis. Nach meiner Auffassung hat nicht die Vermehrung oder Verminderung der Geldmenge in Deutschland und England die Bewegung der Wechselkurse über die Goldpunkte hinaus zur Folge gehabt, sondern der Umstand, daß, wenn die Wechselkurse einen dieser Goldpunkte erreicht hatten, Gold zufloß oder abfloß und damit sowie durch die gleichzeitig herbeigeführte Ausgleichung der Zahlungsbilanz Angebot und Nachfrage nach den Wechseln wieder zum Ausgleich gebracht wurden.

Wenn Silvio Gesell endlich gegen die *Goldkernwährung*, die ich empfehle, einwendet, daß *Argentinien* mit dieser Währung schlechte Erfahrungen gemacht habe, so ist doch zu bedenken, daß es verfehlt ist, die Geschicke eines Landes ohne weiteres darauf zurückzuführen, daß eine Währung bestimmter Art in diesem Lande gilt. Vor der Gefahr, durch ausländische Börsenkrisen in Mitleidenschaft gezogen zu werden, kann sich ein Land nur dann schützen, wenn es sich von der Weltwirtschaft absondert, was in unseren Zeiten des Weltverkehrs ganz unmöglich ist; und vor der Inflation schützt natürlich nicht die Tatsache, daß eine bestimmte Währung im Lande gilt, sondern der Umstand, daß diejenigen, welche die Währung verwalten, davon absehen, durch übermäßige Geldausgabe eine Inflation herbeizuführen und dadurch eine Warennachfrage zu ermöglichen, die in Ermangelung eines genügenden Warenangebotes die Preise notwendig in die Höhe treiben muß.

—

An die Leser dieser Währungsfehde!

Die Antwort auf diese letzten Einwände werde ich an anderen Orten geben, weil Dr. *Otto Heyn* inzwischen gestorben ist und weil die Schriftleitung der „Technik und Wirtschaft“ aus diesem Grunde die Erörterung glaubt abschließen zu müssen. Wer sich dafür interessiert, bestelle das betr. Heft der Zeitschrift „Die Freiwirtschaft“ Freiland-Freigeldverlag in Erfurt.

*Silvio Gesell.*

# TECHNIK UND WIRTSCHAFT

Monatschrift \* Herausgegeben vom  
VEREIN DEUTSCHER INGENIEURE

behandelt die wirtschaftlichen, sozialen u. kulturellen Zusammenhänge zwischen Technik, Industrie und Volkswirtschaft in Aufsätzen und Berichten erster Fachleute aus Wissenschaft u. Praxis.

„TECHNIK UND WIRTSCHAFT“ bringt Aufsätze, Berichte, Mitteilungen und Buchbesprechungen über Wirtschaftswissenschaft und Politik, Erziehungs- und Bildungsfragen, Industrie, Bergbau und Landwirtschaft, Handel und Verkehr, Geldwesen, Sozialpolitik, über die Beziehungen der Technik zur Kunst, zur Kultur, zum Rechte usw. Wirtschaftliche Tagesfragen und Untersuchungen über Wirtschaftsbeziehungen der verschiedenen Staaten werden eingehend behandelt.

Aus der großen Zahl der Mitarbeiter der letzten Jahrgänge seien folgende genannt:

Prof. Aumund, Staatsrat Prof. Dr.-Ing. C. von Bach, Prof. Dr. Bergsträßer, Dr. Büsselberg, Prof. Dr. Calmes, Direktor F. Döhne, Geh. Reg.-Rat Prof. Franz, Staatsbaurat a. D. Prof. Franzius, Prof. Dr. Hans Goldschmidt, Dr. Karl Goldschmidt, Prof. Dr. Adolf Günther, Oberingenieur Franz Hendrichs, Prof. Herbst, Geh. Reg.-Rat Prof. Kammerer, H. Knüfermann, Baurat Dr.-Ing. Lippart, Dr.-Ing. Arthur Mandl, Unterstaatssekretär a. D. Prof. Dipl.-Ing. von Moellendorff, Generaldirektor Neuhaus, Patentanwalt Neumann, Prof. Dr. Franz Oppenheimer, Geh. Hofrat Prof. Wilh. Ostwald, Prof. Schilling, Dr. Th. Schuchart, Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. Schumacher, Prof. Tiessen, Dr. Ungeheuer, Patentanwalt Dipl.-Ing. Carl Weihe, Prof. Dr.-Ing. Weyrauch, Geh. Reg.-Rat Prof. Wiedenfeld, Bergrat Witte, Prof. Dr. von Zwiedinek-Südenhorst.

**Bezugspreis:** jährlich 36 M, Einzelhefte 3,50 M  
(für Mitglieder des V. d. I. 12 M bzw. 1,20 M).

Bezugsanmeldungen nehmen an sämtliche Postanstalten, Buchhandlungen und der unterzeichnete Verlag.

Verlag des  
VEREINES DEUTSCHER INGENIEURE  
BERLIN NW. 7, Sommerstr. 4a.

**Werner Zimmermann:**

## **Was ist Sozialismus?**

**Im Sinne der Natürlichen Wirtschaftsordnung: Erlösung zu Freiheit und Eigengesetzlichkeit.**

»Die Freistatt«, Bern, schreibt: »Es wird in unserer Literatur einen besonderen Platz einnehmen. Wir freuen uns über diese mutige Schrift voll jubelnder, gläubender Hoffnung und tiefen Vertrauens. Sie ist ein Versuch zu einer Philosophie der Freiwirtschaft. Und das fehlt unserer Zeit. Wir müssen die Sozialreform im großen Zusammenhange des Weltgeschehens verstehen lernen, müssen von hoher Warte frei auf sie hinabblücken, um sie geistig zu beherrschen, zu lenken. Die knappen Ausführungen des Verfassers türmen das ersehnte Weltbild in schlichter Einfachheit, in erlösender Klarheit auf. . . .«

Preis 5 Mark.

## **Lichtwärts. Ein Buch erlösender Erziehung.**

Es ist ein köstliches, feines, ein aufrechtes und aufrichtiges Buch, geschrieben in einer hinreichend schönen, dichterisch beschwingten Sprache.

Was er schreibt, ist gelebt und erlebt, ist Erfahrung und Schauen. Er begnügt sich nicht damit, nur sein leuchtendes Ziel: den sonnigen Menschen, hinzustellen, er zeigt auch aus dem reichen Schatz seiner Erfahrungen als Erzieher und Lehrer die Wege zum Ziel, die er selber gegangen ist und geht.

Es wird auch bei uns heiß umritten werden. Wer echt, rein und kraftvoll ist, wird sich leidenschaftlich zu ihm bekennen. Wer ein Mäuler und Philister ist, wird es leidenschaftlich als »autoritätsuntergrabend« ablehnen und bekämpfen. In diesem Suche — das auch auf psychanalytischem Gebiete in Deutschland Bahnbrechend wirken wird — werden sich die Erzieher scheiden wie die sozialen Weser am Jms.

Mit Buchschmuck von Fidus. In zweifarbig bedrucktem, v. Künstlerhand gezeichnetem Umschlag 15 Mark. In Halbleinenband in Goldprägung und einer Kunstbeilage 20 Mark.

## **Weltvagant. Erlebnisse und Gedanken.**

Das »Schweizer Frauenblatt«, Zürich-Aarau schreibt: »... Leben, leben, ereignisreiches Dasein, Abenteuer, Erkenntnis, Menschenliebe, Sehnsucht, harte Arbeit, Wahrheit — das alles springt uns aus diesen auch stilistisch außerordentlich lebhaft und packend hingeworfenen Tagebuchblättern und Briefen förmlich an, läßt uns einen Augenblick lang Daseinslust und »drang tiefer und reicher empfinden, und beglückt erkennen wir, welche kräftiger reiner Wille, welche gesunder Trost gegenüber dem Schicksal, welche Erlebnisraft in vielen unserer Jungmänner lebendig sind. Wir geben hier als Probe zwei kurze Abschnitte »Amerika« und »Stahlwerke« aus dem Buch wieder.«

In farbenstreichem, von Künstlerhand gezeichnetem Umschlag 18 Mark.

In gediegenem Halbleinenband 24 Mark.

**Steiger Verlag / Erfurt.**

Silvio Gesell:  
Der Abbau des Staates  
nach Einführung der Volksherrschaft.

Der Abbau des Staates  
nach Einführung der Volksherrschaft.

2. Auflage



Steiger Verlag · Erfurt  
1921

## Vorwort.

„Natürlichem genügt das Weltall kaum,  
Was künstlich ist, verlangt geschlossenen Raum.“  
Faust.

Sobald die Völker sich nach dem Selbstbestimmungsrecht zu staatlichen Verbänden zusammenschließen werden können, müssen naturgemäß die Grenzen jedes Staates genau dort zu liegen kommen, wo die Anziehungskräfte des einzelnen Staates erlahmen und von den Anziehungskräften des Nachbarstaates aufgehoben werden. Ein Staat, der seine Anziehungskräfte mehrt, von dem Liebe, Wärme, Gerechtigkeit, Licht und Freiheit nach allen Richtungen ausströmt, erweitert dadurch auch schon seine Grenzen, ohne daß er irgendetwas dazu zu tun braucht. Für den, der einen großen Staat liebt mit weiten Grenzen, wird dann vor allem die grundsätzliche Frage von Interesse sein, ob ein Staat überhaupt Anziehungskräfte entwickeln kann und ob das, was uns als solche erscheint, nicht einfach in einem Mangel an abstoßenden Kräften beruht. So könnte man fragen: Wurde Elsaß von Frankreich angezogen oder nur von Deutschlands Staatsform abgestoßen? Die Beantwortung dieser Frage ist von besonderer Wichtigkeit; denn sie wird uns zeigen, ob wir für die zur Erweiterung unserer Grenzen notwendigen Anziehungskräfte durch Ausbau oder durch Abbau des Staates sorgen sollen. Wäre der Staat nur ein notwendiges Übel und könnte er somit immer nur abstoßende Kräfte entwickeln, so werden die Anziehungskräfte des Deutschen Reiches selbstredend umso schwächer sein und die Staatsgrenzen werden uns umso enger zusammenschnüren, *je mehr* wir das Reich

als Staat ausbauen; dann könnte allein der Abbau des Staates uns die dem deutschen Weltgeist genügenden Grenzen verschaffen.

Ein Beispiel mag hier deutlicher zeigen, um was es sich handelt, und gleichzeitig auch zu der Behauptung den Beweis erbringen, daß der Staat wirklich nur ein, wenn auch notwendiges Übel ist und sein kann. Jedermann, auch unsere jetzigen „Feinde“ erkennen es an, daß das Deutsche Reich als Staat ein Musterstaat genannt werden konnte. Nirgendwo war der Staat so weit ausgebaut, nirgendwo griff er öfter und tiefer in das Leben der Bürger ein, nirgendwo gab es unbestechlichere Beamte, nirgendwo hatte er solch rührendes Verständnis für die leiblichen Bedürfnisse der Eisenbahnreisenden und für das Seelenheil aller Staatsbürger.

Und doch, wie gering waren die Anziehungskräfte dieses Musterstaates! War es wirklich nur der billige Weinpreis, der die Elsässer nach Frankreich hinzog, oder war es nicht vielmehr der musterhaft geführte deutsche Staat, der ausgebaute Staat, der sie abstieß? Dieser Abfall des Elsaß vom angestammten Deutschen Reich ist doch eine Erscheinung, die uns stutzig machen muß.

[Kein Anarchist hat jemals den Staat so niedrig eingeschätzt wie der Elsässer, der die Frage der Staatszugehörigkeit zu einer Weinreisfrage macht.] Namentlich wenn die Lehren, die wir aus dieser Erfahrung ziehen, noch durch das Verhalten der Polen eine neue Bestätigung finden. Die Polen fliehen im buchstäblichen Sinn aus dem Reiche der Ordnung in die polnische Wirtschaft. Wohl der denkbar schlagendste Beweis, daß der Staatsgedanke ein hoffnungsloser ist. Der Mensch sucht und schätzt vor allen Dingen Freiheit und Unabhängigkeit. Alles, was ein ausgebaute Staat uns auch bieten mag, kann kein Quäntchen Freiheit auf-



wiegen. Der Mensch lehnt sich gegen den Staat auf, der ihm auf dem Wege der Einschränkung persönlicher Freiheiten Wohltaten aufzwingen will. Man vergleiche das Verhalten der Elsässer und Polen mit dem der Buren zu den Engländern. Dank dem Umstände, daß sich die Engländer weniger um den Staat kümmern, konnte es geschehen, daß sich die beiden „Feinde“ so schnell versöhnten.

Lassen wir diese Tatsachen auf uns wirken. Sie zeigen uns, daß der Staatsgedanke, wie man ihn in Deutschland pflegte, ein kranker Gedanke ist und daß darum nur *der Abbau des Staates* das Fundament zu einem großen Staat liefern kann.

April 1919.

### **Vorwort zur 2 Auflage.**

Die Anhänger des Staatsgedankens, des Gegenwarts- wie des Zukunftsstaates, erleben z. Zt. herbe Enttäuschungen. Eine natürliche Folge davon ist, daß vielen, die sich nie Gedanken über den Inhalt des Staatsbegriffes gemacht hatten, der Staat nun zu einer Frage geworden ist. Und auf der Suche nach einer Antwort beginnen sie den Staat in seinen einzelnen Funktionen zu zerlegen und zu untersuchen. Das Ergebnis solcher Arbeit wirkt dann immer recht ernüchternd, indem der Staat sich dann als eine einfache Organisation zur Sicherung gesellschaftlicher Gewaltzustände entpuppt, genetisch hervorgegangen aus Schwächegefühlen der herrschenden Gesellschaft. Nichts Großes findet man im Staatsgedanken, nichts, was moralische Kräfte ruft, dafür aber vieles, was solche Kräfte abstößt und zerstört. Und nach solchem Einblick hat man gewöhnlich genug und läßt den oft lange, liebevoll gepflegten Staatsgedanken fallen, um dann vor der neuen Frage zu stehen: Ist Akratie möglich?



In der vorliegenden Schrift wird diese Frage bejaht. Die Anarchisten hatten sie ja schon immer bejaht. Da sie aber für die anarchische Gesellschaftsordnung, wie sie sie sich vorzustellen pflegen, mit einer großen Mehrheit weitblickender Menschen rechnen müssen, indem hier sehr hoch auf altruistischen Grundmauern gebaut wird, konnte die Anarchie keinen Glauben bei all denen finden, die nüchternen Sinnes die Menschen in ihren Haupttrieben beobachten.

Die „*Natürliche Wirtschaftsordnung*“, wie ich sie als Voraussetzung für den Abbau des Staates fordere [Silvio Gesell: „Die natürliche Wirtschaftsordnung“, Freiland-Freigeldverlag in Rehbrücke, 5. Aufl. 1921], stellt für ihren Bestand keine neuen Forderungen an den Menschen. Sie ist vollkommen unabhängig von der kulturellen Entwicklung der Völker. Sie nimmt die Menschen so, wie sie durch den 6000-jährigen kapitalistischen Auslesevorgang gezüchtet wurden, vertrackt, geschändet, heruntergewirtschaftet. Freilich, nach dem Satz, daß Mensch und Umwelt sich wechselseitig beeinflussen, wird der Mensch durch die von ihm zu schaffende *natürliche Wirtschaftsordnung* selber wieder in hohem Grade umgestaltet werden; aber zum Bestand der akkratischen Ordnung ist es nicht nötig, daß solche Umgestaltung des gestaltenden Menschen vorhergehe.

So stark der Einfluß des Kapitalismus auf die Auslese gewesen ist (er ist so stark gewesen, daß man mit gutem Grund von einer heutigen kapitalistischen Rasse sprechen kann), so stark wird auch wieder die natürliche Wirtschaftsordnung die Auslese aus der Bahn der papiernen Vorrechte in die der angeborenen, vererbungsfähigen Vorzüge abdrängen. Es ist darum nicht ausgeschlossen, daß im Laufe der Jahrhunderte der Mensch, als Produkt der durch die natürliche Wirtschaftsordnung wieder

in ihr Recht eingesetzten uralten, bewährten, natürlichen Zuchtgesetze die Eigenschaften annehmen wird, die zum Ausbau eines Gemeinwesens nötig sind, wie es sich viele unter den heutigen Anhängern des Staatsgedankens als Ideal nebelhaft vorstellen. Jedoch wir haben nicht die Aufgabe, den künftigen Geschlechtern Gesetze vorzuschreiben. Für uns kommt es darauf an, wirtschaftliche Zustände und ein Gemeinwesen zu schaffen, die auf die heutigen Menschen zugeschnitten sind, die das Ich, das Fundament des Gemeinwesens, wieder zu seiner wahren Natur kommen lassen. Was dieser Mensch dann später tun wird, das ist seine Sache. Vielleicht, daß dann alle Verbrecher, Idioten, Alkoholiker und ihre Nachkommen, alle Spitzbuben, Schutzzöllner, Bodenreformer, Hurrakanaillen, alle Diener, Herrschsüchtigen, Schmarotzer und Faulenzer so weit ausgestorben sein werden, daß die Syndikalisten, Kommunisten, Anarchisten mit Sicherheit auf Erfolg die Hand an die Gründung ihres „Staates“ legen können, in dem es kein Eigentum mehr gibt, wo jeder nach Bedarf verzehrt und nach Lust- oder Pflichtgefühl für die weiße, schwarze und gelbe Menschheit arbeitet und wo trotzdem die ganze Gesellschaft nicht innerhalb 10 Jahren verhungert.

August 1921 Silvio Gesell.

### **1. Beweggründe, die zum Ausbau des heutigen Staates führten.**

Der Staat fällt immer so aus, wie ihn die herrschende Klasse braucht. Liegt diese Herrschaft in den Händen einer bevorrechteten Minderheit und ist diese dann den Angriffen einer ewig aufsässigen Mehrheit ausgesetzt, so liegt der Gedanke nahe, die Machtmittel einer zentralisierten Staatsgewalt (Monarchie, Despotie, Autokratie

usw.) der Aufrechterhaltung der Herrschaft dienstbar zu machen und durch Ausbau der Staatsbetriebe seinen Einfluß, seine Macht zu mehren. Dann wird der Staat mit vielerlei Dingen belastet, die ebenso gut, oft mit Vorteil, der privaten bürgerlichen Tätigkeit überlassen werden könnten. Die Schwäche sucht Stärke in der Anlehnung [Siehe Krapotkin: Gegenseitige Hilfe.]; der Starke aber fühlt sich am stärksten allein. Der Schwache strebt nach Zentralisation, der Starke nach Dezentralisation. Die Schwäche wirkt zentripetal, die Stärke zentrifugal. Wenn also der Staat imstande wäre, Kraft zu erzeugen, so wäre diese Kraft gegen den sie erzeugenden Staat gerichtet.

Darum war und ist die Frage: Wie können wir den Staat ausbauen, die Zahl der von uns abhängigen Beamten und den Einfluß mehren, den die in unseren Dienst gestellte geistige Elite auf die Volksmassen ausübt – die einzige, jahrtausende alte Sorge der Bevorrechteten gewesen. Und die Antwort, die die Herrschenden aus diese Frage fanden, ist der Staat in der Gestalt, wie ihn die Revolution übernommen hat. Umgekehrt wird natürlich das Interesse am Ausbau des Staates erlahmen und verschwinden, wenn die Macht auf die Masse übergeht, die sich – dank ihrer Masse – sicher fühlt und keines Machtanwachses noch bedarf. Schon allein dem Trägheitsgesetze folgend, wird das im Staate „herrschende“ Volk [Die Frage ist, wen das herrschende Volk, die „Demokratie“ eigentlich beherrschen soll? Der Herr hört auf Herr zu sein, WENN die Diener fehlen. Demokratie ist also ein unsinniges Wort.] danach trachten, den Staat auf die allereinfachste Form zurückzuführen und alles abzubauen, was nicht durchaus zentralistisch geleitet werden muß, damit es nicht ewig zu neuen Wahlen, zu neuen Gesetzen und Entschließungen aufgerufen zu werden braucht. Ich kann

dann mir vorstellen, daß, wenn die Demokratie den Reiz der Neuheit verloren haben wird und Wähler wie Wählerinnen nur mehr mit dem Aufgebot von Wahltreibern zur Urne geführt werden können, auch die Frage auftauchen wird, wie man sich von der Bürde dieser lästigen Bürgerpflichten befreien kann. Die einzige noch mögliche Antwort auf diese Frage heißt dann: Rückkehr zur Autokratie oder Akratie, d. h.: Abbau des Staates von alle dem, was dem Staate zu Herrschaftszwecken aufgebürdet wurde.

Wenn diese Forderung nicht gleich am Tage der Revolution gestellt wurde, so muß berücksichtigt werden, daß die Partei, die nun zur Herrschaft kam, eine wesentlich kommunistische war, die darum in dem bisherigen Staatsbetriebe nur eine Vorstufe der erstrebten allgemeinen Verstaatlichung erblickt. Auch mag es nur Atavismus gewesen sein, der Ebert glauben ließ, er müsse sich mit demselben Regierungsapparat umgeben, den die Hohenzollern zur Stütze des Thrones für nötig hielten, so daß er auf das der Revolution zustehende beneficium inventarii verzichtete. Vorbedingung für solchen Abbau des Staates wird immer ein vollkommenes Sicherheitsgefühl sein, das selbstverständlich nur da aufkommen kann, wo die Macht in der überwältigenden Mehrheit des Volkes liegt. Solange die Herrschenden noch um ihre Vormacht bangen und darum an den Ausbau der Macht denken müssen, solange sie nicht sorglos in den Tag leben können, werden sie natürlich die Machtmittel der zentralisierten Staatsgewalt nicht entbehren und von einem Abbau nichts wissen wollen.

Abbau des Staates setzt also Abbau des Klassenstaates, Übergang der Macht auf die Volksmassen voraus. *Die Klassen sind aber Produkte des aus Zins und Rente bestehenden arbeitslosen*

*Einkommens.* Wer darum vom Abbau des Staates spricht, muß auch den Nachweis bringen, daß sich das arbeitslose Einkommen abbauen läßt. Diesen Nachweis erachte ich als in allen Teilen erbracht. Die vom Freiwirtschafts-Bund vertretene Kapitalzins- und Grundrententheorie läßt keinem Zweifel Raum, daß mit den geforderten Mitteln Freiland und Freigeld das arbeitslose Einkommen sich spurlos in 10 oder 20 Jahren fleißiger Arbeit versenken läßt. Näheres hierüber kann ich hier nicht sagen; ich muß mich hierfür auf die Literatur des Bundes berufen. (Siehe Anzeigenanhang.)

Nur das möchte ich hier sagen, daß der Krieg den Bestrebungen des Freiwirtschafts-Bundes die Wege in unverhoffter Weise geebnet und die vom Kapital ausgehenden Widerstände wenigstens in Deutschland dadurch gebrochen hat, daß es zurzeit in Deutschland so gut wie überhaupt kein Kapital mehr gibt.

Über diesen wichtigen Punkt möchte ich zunächst einige Erläuterungen geben und dann zu meinem Thema übergehen.

### **Das deutsche Volksvermögen in der Kadaververwertung zu Paris.**

Das Vermögen im Deutschen Reich, euphemistisch als deutsches Volksvermögen bezeichnet, war vor dem Kriege mit 350 – 400 – 450 Milliarden Mark eingeschätzt worden. Diesen Schätzungen lagen die damaligen Warenpreise zugrunde. Zu den heutigen Preisen berechnet, wären reichlich 1000 Milliarden [Alle die folgenden Zahlen beziehen sich auf die zur Zeit dieses Vortrages (April 1919) herrschenden wirtschaftlichen Verhältnisse. Seitdem hat sich die Valuta derart verschlechtert, daß wir mit 3 – 4000 Milliarden rechnen können.] herausgekommen. Da die heutigen Preise aus zwingenden

Gründen nicht erheblich von der jetzigen Höhe heruntergehen können, so wollen wir die 1000 Milliarden als Grundlage unserer Berechnung nehmen. Von diesen 1000 Milliarden müssen wir nun folgende Abstriche machen, und zwar als:

1. Hypothek: die Forderung der Entente, die zunächst noch unbestimmt, wahrscheinlich nicht unter 200 Milliarden einzuschätzen sein mag, und zwar Milliarden Mark von der jetzigen Güte, von denen 100 auf eine magere Gans, 2000 auf eine magere Kuh gehen. In die Vorkriegsmark umgerechnet, etwa 50 Milliarden. An Zinsen wären allein 10 Milliarden zu zahlen. (Die Summe wurde inzwischen auf 132 Milliarden festgesetzt.)

2. Hypothek: Unterstützungen an die Witwen und Waisen der Gefallenen, an die Kriegsverletzten und im Kriege Erkrankten und in der Erwerbskraft Geschwächten. Die Summe hierfür ist schwer zu schätzen. Rechnen wir 8 Millionen Unterstützungsberechtigte zu je 1000 Mark, so wären das 8 Milliarden im Jahr. Welchem Kapital diese Ausgabe entspricht, werden die Versicherungstechniker ausrechnen können, wenn sie einmal wissen, wie groß der jährliche Abgang der Unterstützungsberechtigten sein wird. Hier nehmen wir als Kapitalisierungsrate das Zehnfache der jährlichen Ausgaben, also 80 Milliarden für die 2. Hypothek, und zwar Mark von der Sorte, von denen 2000 auf eine magere Kuh gehen.

Infolge der ungenügenden Unterstützung wird der jährliche Abgang größer als erwartet sein. Von den unterstützungsberechtigten Waisen wächst jährlich ein Jahrgang oder der 14. Teil (7%) in das erwerbsfähige Alter hinein.

3. Hypothek: Die in Kriegsanleihen, in städtischen, staatlichen Anleihen, in Darlehenskassenscheinen, in Reichsbanknoten gemachten Schulden, zusammen etwa

150 Milliarden. Daß diese Krieganleihen als Privateigentum mindestens den gleichen Schutz verdienen wie alle anderen Vermögen, kann nicht einen Augenblick in Zweifel gezogen werden; haben doch viele die Anleihen gezeichnet, weil sie glaubten, damit dem Vaterland *und dem Eigentum* der Mitbürger zu dienen! Auch wird es Leute gegeben haben, die Teile ihres Vermögens, Grundbesitz, Aktien, Häuser verkauften, um dem Aufruf „Zeichnet Krieganleihe“ nachkommen zu können. Diese 3. Hypothek hätte demnach Anspruch, als bevorrechtigte Forderung auf das deutsche „Volks“vermögen behandelt zu werden. Solange man also das übrige Vermögen anerkennt, wird man auch diese 3. Hypothek anerkennen müssen.

4. Hypothek: Die Entschädigung an die Reeder für die verlorenen Schiffe, an die Hausbesitzer für den Russeneinfall, für die Fliegerbomben usw., an die Kolonialdeutschen für den Verlust des Eigentums, an die durch die Kriegereignisse in irgendwelcher Form geschädigten Kaufleute und Gewerbetreibenden. Das alles zusammen mögen auch 50 Milliarden sein.

5. Hypothek: Die Hunderttausende von Arbeitslosen, die entweder gänzlich ohne Verdienst sind oder aus dem Berufe herausgeworfen wurden und minderwertige Arbeit zu leisten haben – dadurch zu Krüppeln, zu wirtschaftlichen Krüppeln werden. Wäre es zuviel, wenn wir hiefür auch 50 Milliarden annehmend ?

Fünf Hypotheken im Betrage von 500 (5000) Milliarden belasten also heute das deutsche Vermögen, und zwar gerade zu einer Zeit, wo die Industrie still liegt, wo alle Handelsbeziehungen unterbrochen wurden, die Kolonien geraubt, das Reich um große Teile verkleinert wurde, die Felder verunkrautet sind, die Handelsflotte versenkt und geraubt ist, wo man seit 4 Jahren Raubbau getrieben,

wo der Viehstand der Zahl nach um die Hälfte, dem Gewicht nach um  $\frac{2}{3}$  abgenommen hat, wo seit 4 Jahren keine nützliche Arbeit getan, kein Haus repariert wird, die Bahnen ausgeleiert sind und von unserem industriellen Arsenal gut 50% abgeschrieben werden müssen. Was bleibt da von diesem Vermögen noch übrig? Man vergesse nicht, daß das sogenannte Volksvermögen nichts anderes war als eine 1. Hypothek aus den Lohn, und daß durch die genannten fünf Hypotheken, zu denen noch die laufenden Staats- und Gemeindeausgaben kommen, diese 1. Hypothek an die 6. Stelle rückt.

Das Volksvermögen ist nichts anderes als die zu 4% kapitalisierte Rente. Es besteht also aus dem den Arbeitern vom Lohne gemachten Abzuge. Hebt man den Lohn auf den Arbeitsertrag, dann gibt es kein in Geld berechenbares Volksvermögen mehr. Wie will z. B. der Fischer das Meer einschätzen, aus dem er sein Einkommen zieht? Nur noch nach den Baukosten ließe sich dann das sogenannte „Volks“vermögen berechnen. Da nun die Zinsen dieser fünf Hypotheken nicht auf den Arbeitslohn abgewälzt werden können, weil der Arbeiter sonst auswandern würde, so bleibt nichts anderes übrig, als das Geld dazu vom Volksvermögen zu erheben. Das Volksvermögen ist also zu 100% und darüber hinaus für eine lange Reihe von Jahren verpfändet an ausländische und bevorrechtigte, d.h. arbeitsunfähige Gläubiger. Es steht uns, dem Freiwirtschaftsbund, also nicht mehr im Wege. Von dort her sind keine Widerstände mehr zu erwarten. Wir haben nur mehr Exkapitalisten, wie wir auch nur mehr Exfürsten haben. Wir haben keine anderen Gegner als das mangelnde Verständnis. Sobald die demnächst in Tätigkeit gesetzte Steuerpresse unseren Kapitalisten ihre finanzielle Lage zum Bewußtsein gebracht haben wird, werden wir



wirklich ein einig Volk von Brüdern sein – einig in der allgemeinen Armut – und damit wäre dann die Grundlage für die Regierung geschaffen, die ihre Stärke im Volke hat und darum der Machtmittel des Staates nicht mehr bedarf. Dann werden wir vom Abbau des Staates reden können.

## 2. Umfang des staatlichen Abbaus

Man hat den Staat so oft als notwendiges Übel bezeichnet. Jetzt wollen wir ihn auch einmal als solches behandeln und von dem Übel nur das behalten, was sich wirklich als Notwendend erweist. Wir wollen von zwei uns zur Wahl gestellten Übeln, dem ausgebauten und dem abgebauten Staat, uns das kleinere einmal ansehen und vom Staate alles das abbauen, was nicht unbedingt von einem zentralen, das ganze Volk umfassenden Gesichtspunkte aus geleitet werden muß. Überall, wo wir ohne den Staat auskommen können, wollen wir abbauen. Es wird sich dann zeigen, daß dieser Abbau bis auf das Verkehrswesen – Geld, Post, Eisenbahnen, Telegraf, Schifffahrt – den gesamten heutigen Staatsbetrieb umfassen kann. Alles übrige – Kriegsministerium, Handelsministerium, Kultusministerium, Justiz usw. – kann man mit Vorteil für die Sache dem Staate abnehmen und den privaten und Gemeinden überlassen.

*Schule.* Daß diese nur mit Nutzen für die Sache vom Staate getrennt werden kann, geben die zunächst Beteiligten, die von Natur berufenen Lehrer, die Eltern ohne weiteres zu. Nur die Eltern können das Kind wirklich verstehen und den Unterricht der Eigenart des Kindes anpassen. Freilich setzt der Unterricht des Kindes durch die Eltern andere als die heutigen Wirtschaftsverhältnisse voraus. Eine Fabrikarbeiterin hat natürlich

weder die Zeit, das Kind zu unterrichten, noch es überhaupt kennen zu lernen. Für das Proletariat kann es nur eine Schule geben, die Staats- oder Gemeindeschule. Sobald es aber gelingt, das Proletariat dadurch zu vernichten, daß jedem Arbeiter das Recht auf den vollen Arbeitsertrag verschafft wird, kann auch jede Mutter sich wieder dieser edelsten der Mutterpflichten widmen – und dann fällt die Notwendigkeit der Schule weg. Denjenigen Müttern aber, die sich unfähig fühlen, die Kinder zu unterrichten, wird es immer noch freistehen, sich zusammenzutun und selbst eine Schule zu gründen. Wenn der Staat keine Steuern mehr für das Schulbudget erhebt – in der Regel durch indirekte Steuern – dann können die Mütter auch das Geld für die eigene Schule aufbringen, und zwar ohne neue Belastung, insofern sie ja nun auch von den Schulsteuern befreit sind.

Wird man, wie das der Freiwirtschafts – Bund vorschlägt, den Müttern die Grundrenten ausrichten, so bildet die finanzielle Seite überhaupt keinen Grund mehr, warum wir den Abbau des Staates nicht auf die Schule übertragen sollen.

*Kirche.* Bei denjenigen Lehrern, die dem Abbau des Staates wenigstens in Bezug auf die Schule abhold sind, dürften die persönlichen Interessen bewußt oder unbewußt, ob falsch oder richtig eingeschätzt, die Hauptrolle in ihrem Urteil bilden. Mit der Kirche verhält es sich ebenso. Läßt man die rein finanziellen Fragen aus dem Spiel, so spricht für die Herabwürdigung der Kirche zum Staatsinstitut überhaupt nichts mehr. – Ich erinnere daran, daß hier von einem Freistaat, von einem in sich gesunden, klassenfreien Staat die Rede ist, der keiner künstlichen Stütze bedarf. Der Zweck der Staatskirchen und Staatsschulen, dem Gewaltstaat Stützen zu liefern, fällt hier fort. Für den Satz: „Was ein Häkchen werden

soll, krümmt man beizeiten“ findet man im Freistaat überhaupt kein Verständnis.

Die finanzielle Frage löst sich mit dem Abbau der Kirche vom Staatsbetrieb genau wie oben bei der Schule. Der Staat hat nie anderes Geld als das, was er vorher den Bürgern aus der Tasche genommen hat. Davon geht ein Teil durch die Kosten der Steuererhebung verloren. Der Staat gibt also weniger zurück, als er genommen. Darum werden die Bürger, nachdem die Kirche vom Staate abgebaut sein wird, in ihren Taschen mehr Geld vorfinden, als die Leistung des Staates der Kirche gegenüber ausmachte. Entsprach dann die Zugehörigkeit zur Kirche einem echten Frömmigkeitssinn, so werden die Bürger auch die Geistlichkeit mit den irdischen Gütern versehen, die der Staat ihnen bisher für die Kirche abnahm. Handelte es sich aber um einen Zwang, so wird die Befreiung der Kirche aus den Armen des staatlichen Scheusals das schöne Gefühl erwecken, daß nun nichts von dem, was der Kirche geopfert wird, mit dem Fluche widerwilliger Steuerzahler vergiftet wurde.

Reichen diese dann vielleicht dürftigen Gaben mancherorts nicht aus, so dürfte man den Geistlichen den Lohnkommunismus empfehlen, d. h. die Zusammenlegung aller Gaben und die gleichmäßige Verteilung unter alle Amtsbrüder, wie das bereits kommunistische Arbeiter für das Proletariat vorgeschlagen haben als Vorschule für die kommunistische Verteilung der Güter. Und was Arbeiter aus christlicher Liebe tun, das werden die Geistlichen auch wohl tun können. Im übrigen kann man die Geistlichen auf Nebenverdienst anweisen, wie das bei den Lehrern der Fall ist. Es kann wirklich der Religion keinen Abbruch tun, wenn die Göttlichkeit den Sinn ihrer Worte praktisch erlebt und persönlich erfährt, was es heißt, sein Brot im Schweiß des Angesichts zu verdienen.

*Hochschulen.* Auch hierin soll der Staat entlastet werden. Das mit politischem Gift angefüllte Ministerium für Schule, Kultus, Volksbildung, Wissenschaft soll restlos abgebaut werden. Bürger, Eltern, Gemeinden mögen sich zusammentun und den Unterhalt der Hochschulen bestreiten. Wie manche Eltern heute bestimmte Finanzgeschäfte abschließen, die ihren Kindern eine Aussteuer sichern sollen, so werden die Eltern ähnliches tun für Schulen und Hochschulen, sobald der Staat vom Schulwesen entlastet werden wird. Auch sei hier bemerkt, daß mit dem Abbau des Staates das sogen. „Berechtigungswesen“ wegfällt, daß dann das Studium, das nur der staatlichen Aufteilung wegen betrieben wird, unterbleibt. Man wird dann auch keine „Studenten“ mehr haben. Jeder Mensch studiert dann, jeder sucht sich ein Fach aus, für das er sich besonders begabt wähnt. Und dann hat man es nicht so eilig. Das Ziel, die „abgeschlossene Bildung“, mag man dann mit dem Lebensabschluß zusammenfallen lassen. Man wird also sein ganzes Leben studieren.

Man arbeitet und studiert, in gesunder Abwechslung. Und wenn, wie es für den abgebauten Staat Voraussetzung ist, die Arbeit vom Schmarotzertum befreit sein wird, so wirft diese einen so bedeutenden Ertrag ab, daß der Arbeiterstudent sehr wohl für die bescheidenen Lebensansprüche, der Weisen, seiner Lehrer sorgen kann. Die wahre Wissenschaft braucht wahrhaftig den Staat nicht. Die Hochschule dürfte dann wohl am besten mit einer Fabrik (Spinnerei, Weberei, Besenbinderei) verbunden werden, wo der Student in 6stündiger Arbeitszeit seinen und seiner Lehrer Lebensunterhalt schafft. Kein Mensch kann ununterbrochen geistige Übungen treiben. Wenn die Studenten täglich 6 Stunden einer Erwerbsarbeit widmen, so wird ihnen das sicherlich geistig und seelisch

weniger schaden als die gleiche Zeit am Biertisch. Und was sie dann etwa in 10 Jahren nicht schaffen können, das werden sie halt in 11, in 15, in 50 Jahren schaffen. Der abgebaute Staat läßt jeden nach seiner Weise studieren. Fort also mit der staatlichen Hochschule.

*Ministerium für Handel und Industrie.* Eine perverse Institution, geschaffen, um ein ganzes Volk zu vergiften. Was wollten die Männer aus dem Handel, der Industrie und der Landwirtschaft im Vorzimmer des Ministers für Handel und Industrie? Ach, sehr einfach war alles, was dort besprochen wurde. „Eine Animierkneipe für höhere Zölle“, das war das Ministerium für Handel und Industrie. (So wurde es im Reichstag einmal bezeichnet.) Abbauen, abbauen, das ist das einzige, was man hier sagen kann.

„Den Staat treibt es, wie jede Organisation, zur Entwicklung seiner selbst“. (Herbert Spencer) Er strebt danach, sich immer unentbehrlicher zu machen. Kein Beamter wird jemals den Abbau des Staates vorschlagen. Der ehrgeizige Beamte, der innerhalb seines kleinen Ressorts keinen Wirkungskreis findet, sucht selbstverständlich diesen Wirkungskreis zu erweitern. Natürlich ist das beim Minister für Handel und Industrie auch der Fall. Er sucht daher alle Dinge zu verwirren, undurchsichtig zu machen, um dann die selbstgeschaffenen gordischen Knoten zerhauen zu können und zu zeigen, wie unentbehrlich er ist. Kein Minister für Handel und Industrie wird jemals Interesse am Freihandel bekunden, nein, keiner hat jemals auch nur daran gedacht, den Ast abzusägen, auf dem er sitzt. Der Minister für Handel und Industrie betreibt Schutzzollpolitik, die Politik, die unser Volk verdorben, verhetzt, mit der ganzen Welt verfeindet, uns den Krieg mit der ganzen Welt gebracht hat. Wir wollen dieses Ministerium abbauen,

spurlos abbauen. Den Staatsbetrieb scharf von allen Privatinteressen trennen. Die Gewerbetreibenden wissen ihre Interessen auch ohne den Staat zu vertreten. Schalten wir den Staat vollkommen aus Handel und Gewerbe aus, so werden sich die Gewerbetreibenden zusammenschließen (Handelskammern), um das alles zu tun, was der Einzelne nicht allein kann. Ist kein Ministerium für Handel, Industrie und Landwirtschaft mehr da, so sind auch keine Vorrechte mehr zu verschenken. Die agrarischen Gelüste, die sich in dem Verlangen nach immer höher zu schraubenden Zöllen äußerten, können nirgends mehr lokalisiert werden. Umstellt von Räubern und Dieben, konnte der Minister für Handel und Industrie niemals sachliche und vom Allgemeinwohl diktierte Wirtschaftspolitik treiben. Und wenn er sie hätte treiben wollen, so hätte er bald gefunden, daß er dann gehen, den Handel der Freiheit überlassen müßte. Er war dann immer Spielball der Parteien.

Wir bauen also ab; weg mit dem Minister für Handel, Industrie und Landwirtschaft. Wir schaffen freie Organisationen für die gemeinsamen Interessen der Gewerbetreibenden.

*Ministerium für soziale Angelegenheiten.* Im Grunde genommen, sorgt Gott für jeden, der für sich selbst sorgt. Sagen wir es jedem, auch den Kindern schon, daß, wenn sie nicht für sich selber sorgen, niemand für sie sorgt, auch nicht der Minister für soziale Angelegenheiten. Diesem ergeht es wie jedem Minister. Er freut sich, wenn der Kreis seiner Aufgaben wächst. Eine Krise, die die Arbeiter zu Tausenden auf die Gasse setzt, – das ist sein Element. Darum kommt es ihm gar nicht darauf an, den Ursachen des sozialen Drucks nachzuspüren. Kein Minister für soziale Angelegenheiten hat sich jemals für das Zinsproblem, das Lohnproblem,

das Geldproblem, das Grundrentenproblem, das Krisenproblem interessiert. Er ist ja Minister, um die Folgen, nicht um die Ursachen zu bekämpfen. Denn ein Minister, der den Ursachen nachgeht, bekämpft sich selbst, begeht Selbstmord.

Das Dasein eines Ministers für soziale Angelegenheiten erweckt im Volke den Glauben, daß auf diesem Ministerium irgend etwas gegen das Massenelend getan wird, daß man dort schwitzend über das Zinsproblem brütet, daß dort von früh bis spät die Beamten über die Ursachen der Krisen, der Arbeitslosigkeit debattieren. Das gute Volk! Wenn es wüßte! Ja, wenn es wüßte, daß im Ministerium für soziale Angelegenheiten nur ein Häufchen Bürokraten sitzt, die nur eine Sorge haben, – nämlich eines Tages für überflüssig gehalten zu werden, – dann würde es das Problem der Armut selber in die Hand nehmen und die Ergründung des Schmarotzertums zum Gegenstand eines mit Ernst und gutem Willen zu betreibenden allgemeinen Studiums machen.

Übrigens, im Freistaat, wie wir ihn uns vorstellen, und wie er sich unter dem Freiland-Freigeld-System notwendig entwickeln muß, ist mit dem Recht auf den vollen Arbeitsertrag die soziale Frage gelöst – auch für den Minister für soziale Angelegenheiten. Also auch hier wollen wir abbauen.

*Ministerium des Äußerer.* „Besser gar keines, als ein solches Ministerium“ wird mancher biedere Deutsche während des Krieges wiederholt ausgerufen haben. Äußere Angelegenheiten sind öffentliche Angelegenheiten. Behandle man sie danach! Die Presse, die Öffentlichkeit ersetzt dann dieses Ministerium. Alles, was ein Volk dem anderen zu sagen hat, kann man ihm durch den Anzeigenteil der Zeitung, durch eine Postkarte, durch Telephon zur Kenntnis bringen. Gesandte, Konsuln,

Botschafter werden auf alle Fälle überflüssig, sobald die Geheimdiplomatie, die Lügenfabrik einmal zertreten ist.

Mit der Freiland- und Freihandel-Erklärung werden alle Zankäpfel gründlich aus dem Verkehr der Völker beseitigt – die Möglichkeit fehlt, daß es noch zu „diplomatischen Zwischenfällen“ komme – solange das zum Menschenrecht erhobene Freilandrecht unangetastet bleibt. Dafür aber, daß dies nicht geschehen kann, muß der im Freiland geeinte Völkerbund sorgen. Ein Volk, ein Staat, der das Freilandgesetz antastet, sticht in ein Wespennest, hat es mit der ganzen Welt zu tun. Und was das heißt, das haben wir Deutsche heute, etwas spät, erfahren.

*Ministerium für Medizinalangelegenheiten.* In dieser Sache hat der Staat sicher – wie überall – mehr geschadet als genützt. Das Dasein eines Ministeriums für Volksgesundheit lullte das Volk in den Glauben ein, daß von Staats wegen alles geschähe, was zur Volksgesundheit gehört, und daß es selbst nun nichts zu tun habe, als alle paar Jahre zur Wahlurne zu gehen. Aber es geschah in Wirklichkeit nichts. Obschon den Medizinalbehörden immer alle gewünschten Kredite bewilligt, alle gewünschten Vollmachten gegeben wurden, taten sie nicht den geringsten Schritt zur Bekämpfung der grausigen Seuche, genannt Alkoholismus, Frauenarbeit in den Fabriken, Geldheiraten, Tabak usw. Sie begnügten sich, die Folgen dieser Übel zu behandeln, an ihre Wurzel – den Zins – wagten sich die im Dienste des Zinses stehenden Staatsknechte nicht heran. Um nur ja den Zins zu schonen, um die Interessen ihrer Brotherren nicht zu schädigen, sahen die Medizinalbehörden tatenlos die Säuglingsmassaker, denen 300 000 alljährlich zum Opfer fielen, sahen den furchtbaren Raubbau am Volkskörper, dessen Fruchte die Kliniken, Krankenhäuser, Heilstätten, Toll- und Zuchthäuser sind.



Sobald der Mensch den Glauben an eine göttliche Vorsehung verloren hat, sucht er sein Geschick in die eigene Hand zu nehmen, und sobald wir den Glauben an die staatliche Vorsehung abgetan haben, werden wir uns besinnen, was wir, was jeder einzelne zu tun hat, um die durch den Staat pervertierte Zucht des Menschengeschlechtes wieder auf die ansteigende Bahn zu leiten. Dann wird der Alkoholismus, die Tuberkulose, die Syphilis, durch das wieder erwachte Verantwortlichkeitsgefühl eines jeden einzelnen Menschen bekämpft und zur Strecke gebracht werden. Ohne den Glauben an das Scheusal, das wir Staat nennen, wäre es nie zu der heutigen Entartung gekommen.

Also: Abbau, auch hier Abbaue Ob dieser Abbau sich auch auf die Bekämpfung aller Seuchen, also mit Einschluß der Cholera, Pest, Viehseuchen usw. auszu-dehnen hat, mag manchem vielleicht zweifelhaft erscheinen. Eine Zentralgewalt, die gegebenenfalls schnelle Entschlüsse fassen kann (wie am 31. Juli 1914), mag in der Seuchenbekämpfung gute Dienste leisten. Jedoch auch hier können die einzelnen Gemeinden und die medizinischen Körperschaften den Staat wohl gut ersetzen, weil sie an Ort und Stelle die nötigen Maßregeln noch schneller ergreifen können, als die oft weit abgelegene Zentralbehörde.

Wir bleiben also dabei: Trennung des Staates von allen Medizinalangelegenheiten.

*Kriegsministerium.* Wir kämpften Seite an Seite mit Polen, Lothringern, Dänen, Kelten, Germanen, Juden, Protestanten, Katholiken, und zusammen mit den Komitatschis, Bulgaren, Zigeunern, Ungarn, Türken – gegen alle übrigen Staaten der Welt. Diese Tatsache zeigt uns, daß es sich nicht um einen Völkerkrieg, nicht um Rasse und Kultur handelte, sondern um einen *Krieg der Staaten*. Die Staaten aber haben

umsomehr Reibungsflächen, je mehr sie ausgebaut und dadurch differenziert sind. Mit jedem Abbau der Staaten nehmen die Reibungsflächen ab – namentlich in bezug auf das Handelsministerium. Zwischen zwei Staaten z. B., die durch keinen Grenzzoll getrennt sind, wird sich wohl nie Gelegenheit zu ernsthaften Reibereien bieten. Solche Staaten fließen dann mehr oder weniger ineinander über. Und je mehr wir den Staat abbauen, umso mehr wird das der Fall sein. Zwei Eiskristalle mag der Wind gegeneinander prallen lassen, sie stoßen und verletzen sich gegenseitig; zwei Tautropfen, die derselbe Wind in Berührung bringt, – die gehen in Liebe ineinander über. Die Staaten sind solche verhärteten, leblosen, starren, seelenlosen Wesen, die nur in Harnisch und Panzer zum Nachbar reden können – und je mehr der Staat ausgebaut ist, umso schwerer wird der Panzer, die trennende feindliche Kruste.

Handelt es sich dazu noch um einen Klassenstaat, den giftstrotzenden Klassenstaat, der den äußeren „Feind“ dazu braucht, um die Aufmerksamkeit des Volkes vom inneren Feind abzulenken, so werden Kriege fast unvermeidlich.

Im Mittelalter hat es keine Kriege gegeben, einfach weil es damals keine Staaten gab. Die Völker waren zerlegt in Grundherrschaften, Grafschaften, Ritterschaften, Bistümer, Abteien, Reichsstädte, alle von geringem Umfange und allen diesen Lebewesen lag der Gedanke fern, sich auf irgendeine Weise von den Nachbarn und der Welt abzuschließen. Grenzen im heutigen Sinne gab es nicht. Daher auch keine Reibungsflächen und keine Kriege. (Die Fehden, die der Rauflust Genüge leisteten, richteten sich gegen persönliche Feindschaft.)

Bauen wir unsere modernen Staaten ab, so verschwinden im gleichen Maße die Reibungsflächen und

Zankäpfel, und in denselben Maße, wie das geschieht, werden wir daran gehen können, uns der atemraubenden Panzer und Rüstungen zu entledigen.

Ich habe gezeigt, daß der innere Friede, die Zertrümmerung des giftstrotzenden Klassenstaates die Voraussetzung für den Abbau des Staates ist. Eine Ordnung, die in sich gesund ist, wo es keine Vorrechte gibt, hat auch keine Feinde, auch keine Außenfeinde. Die wärmenden Strahlen der Gerechtigkeit, die ein abgebauter Klassenstaat ausströmt, bringen den Eispanzer des Völkerhasses zum Schmelzen. Sie müssen dies tun, ohne den Glauben, daß sie es vermögen, könnte ich nicht leben. Sieghaft muß die Gerechtigkeit alles, was die Völker und Menschen trennt und verfeindet, zum Schmelzen bringen. Bauen wir also unsern Staat ab, nachdem wir die Vorbedingungen für den inneren Frieden getroffen haben. Bauen wir sorglos auch das Waffenmonopol des Staates, das Kriegswesen ab. Tun wir das im Vertrauen, im göttlichen Vertrauen auf die Sieghaftigkeit der Gerechtigkeit. Warten wir nicht darauf, daß andere mit dem Beispiel vorangehen. Tun wir den ersten Schritt. Wir werden es nicht bereuen. Sieghaft muß sich der Friedensgeist die Welt erobern. Wenn das nicht möglich wäre, so lohnte sich ja das Leben nicht. Traurige Tröpfe, Feiglinge, die keinen Glauben an die Menschheit hegen können, und dennoch das Leben ertragen! Weg mit den Waffen! Bauen wir ab! Weg mit dem Kriegsministerium!

Wir hatten dem Kriegsgeist, dem Militarismus, vertrauend unsere Sache auf die Macht gestellt. Wir schufen das beste Heer der Welt, das tapferste Heer, das größte Heer. Und dieses beste, größte und tapferste Heer hat uns verraten, hat uns in Unglück gestürzt. Sollen wir nun, da uns das große, das gute Heer nichts nützte,

sondern nur schadete, ein kleines Heer, ein Heer mit gelockerter Manneszucht, ein Heer, dessen beste Helden vom Kriege ausgelesen und vernichtet worden sind, an dessen Stelle setzen? Wie töricht das wäre! Nein, tun wir das nicht; ganze Arbeit wollen wir hier tun. Nützte uns das ganze Heer nichts, so wird uns das halbe noch weniger nützen. Stellen wir uns mit Entschlossenheit auf Wilsons Gedanken des gewaltlosen Friedens. – Weg mit den Waffen! Liebe und Gerechtigkeit gegen alle Menschen sei fortan unsere Rüstung, die feste Burg des deutschen Mannes. „Um ihre Feinde zu zerstreuen, braucht die Sonne nur zu scheinen“, sagt Hebbel. Handeln wir wie die Sonne. Lassen wir das Deutsche Reich scheinen, in Liebe und Gerechtigkeit strahlen, so werden wir alle unsere vermeintlichen Feinde zerstreuen, – ohne Heer, ohne U-Boot und Zeppelin, ohne zum Völkerhaß aufzurufen und Gott um Hilfe gegen unsere „Feinde“ anzuflehen.

*Recht und Gericht.* Nichts hat der Gichtkrücke der herrschenden Klasse, dem Staat, mehr Ansehen verschafft, als die Verstaatlichung und Bürokratisierung des Rechts und Gerichtes die Macht, Strafen zu verhängen und sie nach Willkür zu bemessen. Diese Verstaatlichung des Gerichtes fordern nun aber auch alle, die sich in Jahre langer Arbeit beruflich zum Staatsknecht ausgebildet haben und dieser Ausbildung erhebliche Geldopfer brachten. Ich verzichte darauf, alle diese Leute von der Notwendigkeit zu überzeugen, selbst den Ast abzusägen, auf dem sie sitzen.

Der Staat kann nur nach Formeln arbeiten. Selbst Maschine, kann der Staat nur Maschinenarbeit leisten. Recht und Gericht können wir aber keiner Maschine überlassen. Darum auch hier Abbau! Warum sollten wir den Weg zu Gott und seiner Gerechtigkeit immer

nur über den Staat und seine schmutzigen Nebeninteressen finden? Der Staatsknecht blinzelt vielleicht zur Gerechtigkeit hinauf, da er aber noch einem anderen Herrn dient, muß er vor ihren Strahlen das Auge verschließen. Wir aber wollen Gott gerade ins Gesicht schauen und erfahren, was Gerechtigkeit ist, um danach das Recht zu gestalten und die Bösewichte zu strafen.

Was ist Gerechtigkeit? Nichts anderes als die Verneinung jedes Vorrechts. Die vollkommen gleiche äußere Ausrüstung für den Wettbewerb der Menschen, der in der Gesellschaft jedem seine Stelle anweist – das ist die von der natürlichen Auslese gewollte Gerechtigkeit, die zur Hochzucht des Menschengeschlechtes, zu Gott führt. Diese vollkommen gerechte äußere Ausstattung der Menschen fordert Freiland. Freiland ist Inhalt und Ausdruck der Gerechtigkeit. Der Staat und das Recht wurden aber geschaffen, um das Gegenteil von Freiland, um das Raubland zu schützen. So konnten denn auch nur Raub und Unrecht die Grundlage unseres Rechtes geben.

Gegen die Entstaatlichung des Rechtes führt man an, das Recht solle von einem einheitlichen Gesichtspunkt geleitet werden, man könne es nicht der Willkür der einzelnen Gemeinden überlassen. Ich sehe das nicht ein. Statt eines Gesichtspunktes wollen wir für die Betrachtung des Rechtes einen großen Gesichtswinkel schaffen, dessen Grundlinie aus den Augen des ganzen Volkes besteht. Jede Gemeinde soll ein eigenes, ganz unabhängiges Strafrecht haben und es ausbauen, so wie sie es versteht. So schaffen wir die zum Fortschritt nötigen Vergleichspunkte. Es kann wirklich nichts schaden, wenn niemand im voraus weiß, welche Strafe ihn für bestimmte Verbrechen erwartet, wenn man in Berlin die Einbrecher zu ihrer Besserung mit einer Rente aus

stattet, in Hamburg für das gleiche Verbrechen die Prügelstrafe einführt.

Die Entstaatlichung des Rechts- und Gerichtswesens kann man sich ungefähr wie folgt denken: Jede Gemeinde hat ihr eigenes bürgerliches Gesetzbuch, ihr Strafrecht, ihr Handelsrecht.

Gemeinden, die sich die Kosten nicht leisten können, eine eigene Gesetzgebung auszuarbeiten, lehnen sich in allen Rechts- und Gerichtsfragen den Gesetzen einer anderen Gemeinde an. Nach diesen selbstgewählten Satzungen wird dann verfahren. Die Zwangsmittel der Gemeinde verschaffen diesen Gesetzen Kraft. Neben diesen Gesetzbüchern bestehen noch private Friedens- oder Schiedsgerichte, an die sich die Bürger wenden können, wenn sie das Gemeindegerecht nicht anrufen wollen. Besonders begabte Salomone geben auch eigene Rechts- und Gerichtsbücher heraus, die von privaten in ihren Verträgen als bindend für sie bezeichnet werden. Auf den Briefköpfen, in den Preislisten der Kaufleute werden diese Rechtsbücher genannt, wie man Telegraphen-Kode nennt. Wenn vorher nichts vereinbart ist, verfällt der Prozeß dem Rechtswesen der Gemeinde. Die privaten Rechts- und Gerichtsbüros sind ganz auf die Kundschaft angewiesen, wie die Ärzte und Rechtsanwälte. Sie haben Vorteil davon, viel Kundschaft anzulocken, und dieses können sie nur, wenn sie unparteiisch Recht sprechen. So werden durch den Wettbewerb neben die Meistersänger und Meisterchirurgen noch Meisterrichter treten, die völlig unabhängig wie die Rabbiner für die Juden, nach freiem Ermessen urteilen. Der Ruf einzelner dieser Richter wird, wie der Ruf unserer Chirurgen sich über die ganze Welt verbreiten. Wie sie von fernher zu Salomon eilten, in schwierigen Rechtsnöten, so werden sie zu unseren neuen Salomons kommen – von Asien, Libyen,

Ägypten. Und wehe denen, die sich solchem Urteilspruch entziehen!

Das Strafgericht (Kriminalgericht) liegt in den Händen der beleidigten Bürgerschaft. Ohne „Vorschriften“, ohne sich nach Präzedenzfällen zu richten, nach freiem Ermessen wird gerichtet. Zur Sicherung kann man jeden Fall zwei oder drei vollkommen unabhängige Gerichtshöfe passieren lassen und überläßt dem Sträfling die Wahl unter den über ihn verhängten Strafen. Besondere zum kaltblütigen, geschäftsmäßigen Töten abgerichtete Scharfrichter gibt es nicht. Die Richter sind zugleich Scharfrichter. So ist damit endgültig die Todesstrafe abgeschafft.

Recht und Gerechtigkeit, die edelste aller geistigen Disziplinen, wird so zum ehernen Inventarstück der allgemeinen Denktätigkeit werden, und an diesen hohen und höchsten Aufgaben werden sich die Bürger zu höheren Menschen hinaufarbeiten. Dem Bürger werden da Aufgaben gestellt werden, für die er sich nur durch ernsthaftes Studium vorbereiten kann. „Es wächst der Mensch mit seinen höheren Zielen.“

So wird das Rechtsempfinden wieder lebendig werden; dem Organ, das uns befähigen soll, alle Abweichungen von der senkrechten Linie der Gerechtigkeit wahrzunehmen, wird wieder Blut zugeführt werden. Es wird sich entwickeln, schärfen. Das Organ, das im Gesellschaftsleben das ist, was der Kompaß für den Seefahrer, wird uns den Weg zeigen durch die Nacht der Atavismen und der Vorurteile, wird dem Fortschritt die sonnige, breite Heerstraße öffnen.

Wir haben den Staat mit der Pflege der Schule, der Religion, des Medizinalwesens, des Heerwesens, des Handels, der Kunst und Wissenschaft betraut und alles hat er den verbrecherischen Privatinteressen der herrschenden Klasse angepaßt, verdreht und verbogen.

Er eignete sich auch die heiligsten Aufgaben der Menschheit an – das Urteil über Recht und Unrecht. So ging uns wegen Mangel an Übung das Organ für Gerechtigkeit, das Gewissen verloren. Dem Staat, der plumpen Maschine, opfer-ten wir auch noch das Göttliche im Menschen, die ewige Sehnsucht nach Gerechtigkeit, die einzige Hoffnung auf das Paradies – und spurlos verschlang es das Scheusal.

Unser Staat, den ihm eigenen Richtlinien folgend, brach mitten im Frieden in das Land der mit uns in Frieden und Freundschaft lebenden Belgier ein, sengend und brennend verwüstete unser Staat das Land des friedlichsten aller Völker. Und wir, das deutsche Volk, ließen das Scheusal gewähren. Wo war unser Gerechtigkeitssinn geblieben? Sah niemand, daß das Scheusal in unserem Namen auf unsere Rechnung etwas Ungeheuerliches beging? Niemand sah es, denn wir alle schwiegen. Der Staat war ja das für uns denkende Wesen. Wir sahen, daß alljährlich 300 000 Säuglinge, liebe, zarte Wesen, die ihre Händchen nach uns um Hilfe streckten, langsam dahinsiechten, weil die Mütter in die Fabriken mußten. Wen rührte das? Wo blieb unser Sinn nach Gerechtigkeit? Der Staat hatte ihn beschlagnahmt. Wir sahen, daß breite Schichten unseres Volkes unter den traurigsten Verhältnissen ohne Unterlaß bis zum Lebensende arbeiten mußten, nur um den Unterhalt einer hochmütigen Schar von Prassern zu schaffen. Niemand entrüstete sich, wir schwiegen. Wir hatten dem Staate ja unsere Seele, das Gerechtigkeitsorgan, unser Gewissen übergeben. Die seelenlose Maschine hatte uns entseelt. Staat, du Scheusal, Kind der großen Hure, des Landraubes, des Privatgrundbesitzes! Wir wollen dich zertreten. Weg mit dem Ministerium für Recht und Gericht!



*Zivilstand.* Der Staat hat auch die allerarteste Blüte des Menschenlebens mit Beschlag belegt. Die Staatsmaschine greift in das Liebesleben ein. Er führt, ähnlich wie der Tierzüchter ein Stallbuch, das er Zivilstandsregister nennt und erklärt alle Ehen ungültig, die nicht in diesem Buche eingetragen werden. Die mißglückten, von ihm selbst geschlossenen Ehen, hält er gewaltsam zusammen, indem er der Ehescheidung Hindernisse in den Weg legt. So verstößt der Staat gegen den in jedem Menschen lebendigen tiefen Glauben, daß nur aus einem durch nichts anderes als Liebe vereinten Paar normale, glückliche, harmonische Menschen entspringen können. Unzucht, Unzucht, Sodomie ist es, nichts anderes, was der Greuel hier betreibt. Zerrbilder des Menschen entstehen aus solchen Zwangsverhältnissen, Material für Toll- und Zuchthäuser, Menschen minderer Ordnung, die oftgenannten Vielzuvielen.

Das Eingreifen des Staates in die Ehe hat zur notwendigen Folge, daß das Verantwortlichkeitsgefühl des Menschen in bezug auf das Liebesleben abgestumpft wird. Die heiligsten und wichtigsten Triebe, die Kräfte, die uns gebildet, denen wir den Aufstieg aus dem Tierzustand verdanken, die werden durch das Dazwischentreten des Staates entnervt. Man sagt sich, daß, wenn der mit einem Ministerium für Volksgesundheit ausgestattete Staat, der uniformierte, prächtige Staat, jede Ehe, auch die ungeheuerlichste Interessenehe gesetzlich anerkennt, daß dann die natürlichen, das Liebesleben leitenden Triebe für die Nachkommenschaft ohne Bedeutung sein müssen. Genau wie beim Alkoholismus ertötet die Autorität des Staates das Gefühl der Selbstverantwortung in dieser wichtigsten aller menschlichen Handlungen. Der Glaube an den Staat läßt uns sündig werden. Was der Staat duldet, ist erlaubt, sagt der auf

den Staatsschulen herangebildete Mensch, und was erlaubt ist, muß auch züchtig sein.

Wir wollen den Staat abbauen. Das Liebesleben ist ureigenste Angelegenheit des Mannes und der Frau. Schaffen wir das Zivilstandsregister ab – es hatte ja doch nur für die Forschung nach Erbtanten Bedeutung. Jetzt aber, wo der Staat sowieso sich zum Universalerben einsetzen muß, wird das Zivilstandsregister auch noch dieses Sinnes beraubt. Wer die Zivilstandesregister beibehalten möchte um des Stammbaumes wegen, mag für sich einen solchen anlegen. Seine ureigenste Sache ist es. Mir aber kann es einerlei sein, ob Schulze von Krause oder Müller abstammt. Weg mit dem Staate.

Jetzt hat der Staat zu seiner eigenen Stärkung den Frauen das Wahlrecht verliehen. Welches Wahlrecht? Welche Wahl käme für eine Frau wohl in erster Linie in Betracht? Viele haben Ebert gewählt. Wollten sie alle wirklich nur den Ebert? Die Frau muß den Mann, den Vater ihrer Kinder frei wählen können. Ohne durch den Staat, ohne durch wirtschaftliche Rücksichten sich auf den Weg der Unzucht abdrängen zu lassen. Das große, edle, zur menschlichen Hochzucht führende Zucht-Wahlrecht, das ist wahres Frauenwahlrecht. Diesem Recht aber stehen der Staat und die von ihm geschützten wirtschaftlichen Zustände im Wege. Weg mit dem Staat.

Gott ist Zweck und Ziel der Menschheit [Vgl. Vershofen. – Der Erlöser. – Eugen Diederichs Verlag.].

„Es ist kein leerer eitler Wahn,  
gezeugt im Gehirne der Toren,  
im Herzen kündigt es laut sich an,  
zu was besserem sind wir geboren.“

Der Erlöser, der zu Gott gewordene Mensch schläft noch im Schoße des Weibes. Von dort wird er kommen, der Erlöser, der uns die Tore des Paradieses öffnet.

Aber in Freiheit muß er gezeugt werden. Weg also mit dem Staat; er ist der Zerberus, der uns das Tor versperrt zum Paradies.

Damit wäre der Staat abgebaut bis auf seine Grundmauern, das Verkehrswesen – Geld, Eisenbahn, Kanäle, Telegraf, Schifffahrt, Flugwesen – alle Wesen, deren Lebenstriebe gegen alle Grenzhindernisse gerichtet sind, deren Antennen die Welt umspannen. Das Verkehrswesen kennt keine Rasse, keine Religion, Geschichte, Sprache, Privatinteressen der Staatenlenker. Immer ist es bestrebt, seine Stränge mit denen der ganzen Welt in Verbindung zu bringen, zu verlöten. Damit enthüllt sich uns auch der wahre Trieb des imperialistischen Gedankens, des einzigen edlen Zuges der Politik. Für den Verkehr haben alle Grenzen immer nur provisorischen Charakter. Immer strebt der Verkehr nach Durchbruch der Grenzen; der wahre, große, erlösende Imperialismus geht immer nur vom Verkehr aus. Darum kann es auf die Dauer auch nur einen Staat geben, ein Panimperium, das selber keine Grenzen mehr hat, weil es die Welt umspannt. Für zwei Staaten ist kein Raum auf dieser Erde. Ich oder du! Die Staaten werden und müssen immer zusammenstoßen, bis die sie scheidenden Verkehrsgrenzen fallen. Dieser Zusammenstoß führt bei abgebauten Staaten, namentlich bei mustergültig geführten Staaten wie das Deutsche Reich z. B., bei Staaten, denen ein in sich abgeschlossenes Wirtschaftsgebiet als Ziel vor-schwebt, zwangsläufig zu Kriegen, zu Völker- und Brudermord. Zwischen abgebauten Staaten dagegen, wo vom Staate nichts bleibt als das Verkehrswesen, wird solcher Zusammenstoß einfach zu einem Zusammenfluß, zu einer Hochzeit wie bei zwei nach Vereinigung strebenden liebenden Wesen.

Auch darum wollen wir abbauen. Allgemeiner Abbau der Staaten – das ist die wahre Formel des Völkerbundes.

Nach dem Zwecke des Staates forschte man bisher vergeblich. Keine der vielen Zweckbestimmungen des Staates deckte sich mit dem Wesen des Staates. Namentlich wenn man von völkischen Gedanken ausging, verwickelte man sich in unlösbare Widersprüche. Am besten war schließlich die etwas nüchterne Definition Mudikes: „Anstalt für eine zwangsweise Einziehung des arbeitslosen Einkommens“. Aber diese Bezeichnung setzte soviel politische Witterung voraus, daß sie nur ganz selten rückhaltlos anerkannt wurde.

Jetzt kennen wir den Zweck des Staates. Nachdem wir ihm alle Hüllen abnahmen, die Nebenzwecken dienten, erkennen wir im Staat einfach eine Organisation für die Förderung des Verkehrs.

### **Nachwort.**

Je größer für eine bestimmte Last die Zahl der Träger ist, umso weniger wird der einzelne zu tragen haben. Dem deutschen Volk hat der Krieg eine besonders schwere Last aufgebürdet, während er gleichzeitig Zahl und Kraft der Träger arg mitgenommen hat. Wenn es gelänge, für diese Last einen größeren Tragkörper zu schaffen?

Daß das mit Gewalt nicht geht, braucht nicht gesagt zu werden. Vielleicht geht es auf andere Weise. Wie wäre es, wenn wir die inneren Verhältnisse unseres neuen Freistaates so gestalteten, daß aus ihnen neue, starke Anziehungskräfte strahlten und andere Staaten sich mit uns vereinigten und uns so das Tragen unserer Bürde erleichterten?

Diese Frage wird vielen zurzeit etwas kühn erscheinen. Man wird sich an die Politik jener Gemeinden erinnern, die durch Verschönerung ihrer Städte fremde, auch ausländische Rentner als starke Steuerzahler heranzulocken verstanden, und man wird fragen: Welches Volk wird denn Lust verspüren, sich dem in Belgien eingebrochenen, von der ganzen Welt geächteten, mit Schuld und Schulden beladenen deutschen Volke anzuschließen? Und dennoch geht es, wenn wir es richtig anzufassen verstehen, wenn wir im eigenen Lande vorbildliche soziale Zustände schaffen, die Sicherheit für Leben und Eigentum, Freiheit und Unabhängigkeit zu wahren und zu mehren wissen, den Kommunismus, Bolschewismus, Sozialismus, Bürokratismus überwinden und aus der Sackgasse, in die uns der Kapitalismus geführt, einen Ausweg hauen auf die Bahn der persönlichen Freiheit und Entwicklung. Kurz, wenn wir für den gewaltigen Abgang an wirtschaftlichen Gütern Ersatz auf anderen Gebieten zu schaffen wissen und, anstatt den fremden und ausländischen Rentnern Braten und Wagnerfestspiele zu bieten, ganzen Völkern eine Schaustellung zu geben wissen, wie es in einem, in der Gerechtigkeit gegen jeden Mann sich orientierenden Lande, in einem Volksstaate zugeht.

Jedes Ding hat zwei Seiten. Auch die Niederlage hat sie. Das deutsche Volk ist jetzt dank der erlittenen Niederlage geistig und wirtschaftlich besser vorbereitet für den inneren Sieg, um von den Bürgern die nötigen Opfer fordern zu können, als dies bei den Siegern der Fall ist. Der Besiegte ist hellseherisch; er hat für Recht und Unrecht ein feineres Empfinden. Der helle Schein der Gerechtigkeit hebt sich bei ihm von den düsteren Wolken der Niederlage deutlicher ab. Der Besiegte ist darum dem inneren Sieg, dem Sieg über sich selbst und über alle Vorrechte ungleich näher als der Sieger. Und

das ist die zukunftsfrohe, die schöne Seite der Denkmünze unserer Niederlage. Wenn irgend ein Volk jemals Aussicht gehabt hat, die uralte soziale Frage zu lösen, den Kapitalismus zu überwinden, den Klassenstaat zu zertreten, so ist es jetzt das deutsche Volk. Nützen wir die kostbare, nie wiederkehrende Gelegenheit auslassen wir den Traum Christi, den Traum Moses, den Traum aller Idealisten und Utopisten Wirklichkeit werden – jetzt wo das deutsche Kapital der Kadaververwertung zu Paris übergeben wurde, für uns Deutsche darum nicht mehr existiert und darum auch unserer sozialen Entwicklung nicht mehr aus dem Wege geräumt zu werden braucht.

Dann wird das geschehen, was ich eben sagte: Die anderen Völker, die Belgier, Holländer, Franzosen, Italiener, Russen, Engländer, Dänen, die sich als Sieger jetzt ungleich schwerer aus den Banden des Kapitalismus, aus den sozialen Wirren befreien können, werden an die deutsche Friedens-Kraftzentrale Anschluß suchen.

Es liegt nichts Schwärmerisches in solcher Erwartung. Der Wahlspruch: „Wider den Militarismus“ führte die Welt gegen uns. Nun wird der Wahlspruch: „Für den Bürger- und Völkerfrieden, für die soziale Gerechtigkeit“, alle Völker der Welt uns zuführen.

Dann werden wir auch nicht um Aufnahme in den Völkerbund bitten müssen. Wir, das besiegte deutsche Volk werden den Stern dieses neuen Kometen bilden. Der Völkerbund wird dann zu einer einfachen Nebenerscheinung des sozialen Friedens. Und nicht nur, daß wir dann keine Revision des kommenden Pariser Friedens zu fordern brauchen, – weil die Völker, von der großen, aus dem sozialen Frieden kommenden Gerechtigkeitswelle gehoben, diese Revision ungebeten durchführen werden – sie werden uns noch Abbitte tun für alle uns angetane verdiente und unverdiente Unbill. –

**Erscheint Sonnabends**  
 Eigentümer und Herausgeber:  
 Silvio Geffel  
 Schriftleiter: G. Dimenthal  
 Berlin - Lichterfelde  
 Kommissions - Verlag:  
 Freiland - freigeld - Verlag  
 Gertzel, Nordstraße 1  
 Fernruf 1616 Fernruf 1616  
 Postfach - Konto Gertzel 14 053



**Preis 50 Pfennig**  
 einschließlich aller Zustände  
 Vierteljährlich 3 Mark  
 Durch den Dering  
 alle Buchhandlungen und die Post  
 zu beziehen  
 Alle Bestellungen sind an den Dering  
 zu richten  
 Beiträge sind an die Schriftleitung  
 zu senden

# Der Befreier

## Kampfblatt für das arbeitende Volk

1. Jahrgang

Erscheint vierzehntägig.

Nr. 1

## Zur Tat!

## Zur Tat!

### Das Not-Wirtschaftsprogramm für die Einheitsfront.

Das hier folgende Wirtschaftsprogramm eignet sich für die Bildung einer stoß- und aktionsfähigen Einheitsfront, weil es scharf auf das beschränkt, was den sozialistischen Bestrebungen aller Richtungen immer gemeinsam gewesen und als die Hauptsache erschienen ist, nämlich auf den Kampf gegen alle Ausbeutung (Kapitalismus) und weil die Mittel, die hier angewandt werden (Freiland und Freigeld), mit tödlicher Sicherheit zum Ziele führen. Aber auch darum eignet sich dieses Wirtschaftsprogramm für die ihm zugedachte Rolle, weil die freiheitlichen Zustände, die es schafft, die Unabhängigkeit und Selbständigkeit Aller schonen, erweitern oder wiederherstellen, wodurch der sozialen Bewegung auch die großem Massen der Bauern, der Handwerker und der Vertreter der freien Berufe zugeführt werden, die von den bisher propagierten, auf Staat und Zwang hinauslaufenden Lösungen der sozialen Frage, stets angewidert und abgestoßen wurden. Es schafft somit die erste Voraussetzung des Erfolges – die *Einheitsfront* aller produktiv tätigen Mitglieder der Gesellschaft und damit zum ersten Male die schroffe, glatte Scheidung des Volkes in Freund und Feind, in Arbeiter und Schmarotzer. Es zerschmettert den Greuel, den Klassenstaat. Aber noch etwas, heute besonders kostbares schafft dieses Programm. Denn das Freiland-Freigeld-programm untergräbt und stürzt nicht nur den Kapitalismus und den Klassenstaat, sondern beseitigt auch die gegensätzlichen Interessen, die zum Begriff und Ausbau des „Nationalen Wirtschaftsgebietes“ führen – Urquell aller modernen Kriege. Damit aber werden erst die wirtschaftlichen Voraussetzungen geschaffen für den alten Kampfprud: Proletarier aller Länder, seid einig, einig, einig!

Einer für alle und alle für einen! Das, Was wir für die Zeiten des Friedens immer glatt ablehnten, das wird in dieser Zeit des Zusammenbruches und der ungeheuren, steigenden Not zum einzigen Rettungsmittel: *Die Habe, das Vermögen, das Geld aller wird für die allgemeine Not unbeschränkt herangezogen werden!*

Die militärische Not zwang uns (man sagt's) zum Einbruch in Belgien, die völkische Not zwingt uns jetzt, die Schatzkammern aufzubrechen! *Not kennt kein Gebot!* Die über allem Eigentum thronenden Gesetze des Lebens treten nunmehr in Kraft. Solange die Kriegsnot fortbesteht, gibt es im Deutschen Reich kein Eigentum an Sachgütern, wie es angesichts der militärischen Not auch kein Eigentum an Leib und Leben gab. Reichtum und Armut, Luxus und Not sind völkische Widersprüche, wie Krieg und Recht, Krieg und Eigentum militärische Widersprüche sind. Die Not wird diesen Widerspruch lösen! *Wir werden ihn lösen.*

In deutschen Landen soll unverschuldet niemand hungern und frieren. Niemandem sollen die Sorgen ums tägliche Brot den Schlaf rauben. Solange wir nicht *alle* frieren, nicht *alle* hungern, nicht *alle* erfrieren und *alle* verhungern, soll *keiner* frieren und *keiner* hungern. Das ist unser Begriff von völkischer Zusammengehörigkeit, von Menschheit, Christentum, Demokratie und Sozialismus. Und nach diesem Begriffe wollen wir handeln und rufen alle Gleichgesinnten zum Rettungswerk auf. Zur Tat! Zur Tat!

Wir wollen nicht nur – wie man uns im Kriege sagte – zusammenhalten, durchhalten, opfern – auch im Frieden wollen wir es. *Wir wollen zusammen leben oder alle zusammen untergehen!* Nachdem für Kaiser, Reich und phantastische Projekte Riesenopfer gebracht, sollen die Überlebenden nicht auch noch den verkehrten Eigentumsgesetzen geopfert werden. *Das Eigentum soll uns nicht überleben!*

Hier ist unser Notwehrprogramm:

1. Allen, *ausnahmslos allen*, die durch den Krieg und seine Folgen in Not gerieten und noch geraten werden, den Arbeitern wie den selbständig Wirtschaftenden und den zusammengebrochenen Kapitalisten, wird aus den Mitteln einer Reichsvermögensabgabe eine Unterstützung in monatlichen Raten ausgezahlt, die sich nach dem bisherigen versteuerten Einkommen richten und im Minimum 000, im Maximum 000 Mark betragen soll, mit



einem Wohnungsgeldzuschuß für die Bewohner der Städte.

So lange wir nicht die *stetige Währung* haben, wäre es sinnlos, hier bestimmte Zahlen zu nennen, da die Reichsbank den Sinn solcher Zahlen täglich in Unsinn verwandelt.

2. Allen Frauen und Männern, ausnahmslos allen über 60 Jahre wird ohne weitere Förmlichkeiten eine Pension bezahlt, die ebenfalls nach dem bisherigen Einkommen gestaffelt wird.

3. Allen Müttern, ausnahmslos allen, wird für jedes ihrer Kinder unter 14 Jahren aus Reichsmitteln ein monatlicher Zuschuß von 00 Mark entrichtet.

4. Zur Beschäftigung der Arbeitslosen wird sofort im Umfange der bestehenden Arbeitslosigkeit und des Bedarfs mit der Aufteilung der großen Güter begonnen und die Erstellung von Heimstätten für das ländliche und städtische Proletariat in Angriff genommen. Die Heimstätten werden mit Vieh und Arbeitsgerät lebensfähig versorgt. Das Baumaterial soll zum Teil durch Abtragung der Herrenhäuser gewonnen werden, sofern diese nicht anderweitige nützliche Verwendung finden. Der Kleingrundbesitz (Kötter, Häusler, Ackerbürger, Büttner) soll aus dem Bestand der Großgrundbesitzungen zu lebensfähigen, selbständigen Wirtschaften erweitert werden.

5. Für die Deckung dieser zum Teil heiligen, notwehrenden wie notwendenden Ausgaben, wie auch zu ihrer dauernden Sicherung wird eine einmalige Vermögensabgabe erhoben, die in Gestalt einer ersten Hypothek von allen Liegenschaften und in Gestalt bevorrechteter Wechsel von aller Fahrhabe (Mobilien) erhoben wird.

—

Das Gespenst des Reichs-, Staats- und Gemeindebankerotts, des Bankerotts der Sparkassen und der Banken beraubt heute alle des zum sicheren, gerechten Urteil nötigen Sicherheitsgefühls und ist als die Hauptursache des giftigen Tones zu betrachten, der heute in allen öffentlichen Verhandlungen vorherrscht. Würde man nun diesen Bankerott durch Steuererhebungen zu vermeiden suchen, so müßten allein für die Zinsen der Reichs-, Staats- und Gemeindeschulden Steuern im Betrage von vielleicht 15 Milliarden jährlich eingetrieben werden. Solche Steuern aber, die regelmäßig den Hauptteil des Einkommens verschlingen, führen zu allgemeiner Steuerflucht, zur Bestechung und Prostitution der Steuerbeamten und schließlich zu einer allgemeinen

Verwilderung der Eigentumsbegriffe. Solche Steuern lähmen auch, wie es bisher in der Türkei der Fall war, den Unternehmungsgeist, denn wenn der Ertrag der Arbeit regelmäßig, alle drei Monate, jahraus, jahrein enteignet wird, so hört man bald auf zuarbeiten. *Zudem würde solche Steuererhebung das Vermögen viel stärker entwerten, als wie es eine einmalige Vermögensabgabe tun wird. Denn das steht fest, die Steuern für die Zinsen der Kriegsanleihen werden nicht auf den Lohn abgewälzt werden können, sie müssen mittel- oder unmittelbar im vollen Umfang von dem heute in Deutschland befindlichen Kapital getragen werden. Und darum muß jeder einsichtige, intelligente Kapitalist sich sagen, daß die Vermögensabgabe die zweckmäßigste, billigste Form der finanziellen Liquidierung des Krieges ist.* Spart er doch neben allen anderen Dingen die Kosten der jährlichen Erhebung der Steuern, Kosten, die, mit Berücksichtigung der auf Rechnung der Steuerflucht zu setzenden Beträge, für die ehrlichen Steuerzahler vielleicht 20, 25 bis 30 Prozent der Steuern betragen dürften!

*Aus diesen Gründen werden wir:*

*6. die unter 5 genannte Vermögensabgabe so weit ausgreifen lassen, daß mit ihrem Ertrage sämtliche Kriegsanleihen, Reichs-, Staats- und Gemeindeschulden restlos getilgt werden können, mit Einschluß der Ententeforderungen.*

—

Diese große einmalige Vermögensabgabe soll gestaffelt werden und zwar nach der Formel, die ich als Volksbeauftragter für Finanzen der ersten Bairischen Räte-Regierung s. Zt., den Münchener Betriebsräten vorschlug.

Bei einem Vermögen von Mk.	wird als Steuer bezahlt Mk.	und es verbleibt Vermögensrest von Mk.
10.000,—	—	10.000,—
20.000,—	1.000,—	19.000,—
30.000,—	2.500,—	27.500,—
40.000,—	4.500,—	35.500,—
50.000,—	7.000,—	43.000,—
60.000,—	10.000,—	50.000,—
70.000,—	13.500,—	56.500,—
80.000,—	17.500,—	62.500,—
90.000,—	22.000,—	68.000,—

100.000,–		27.000,–	73.000,–
200.000,–		82.000,–	118.000,–
300.000,–		142.000,–	158.000,–
400.000,–		207.000,–	193.000,–
500.000,–		277.000,–	223.000,–
600.000,–		352.000,–	248.000,–
700.000,–		432.000,–	268.000,–
mehr als 800.000,–	alles über	517.000,–	283.000,–

Bei einem Vermögen von Mk.		wird als Steuer bezahlt Mk.	und es verbleibt Vermögensrest von Mk.
900.000,–		607.000,–	293.000,–
1.000.000,–		700.000,–	300.000,–
mehr als 1.000.000,–	alles über	300.000,–	300.000,–

Nach dieser Formel bleiben die Vermögen bis 10 000 Mark steuerfrei. Die Steuer setzt dann mit 5% ein, steigt unausgesetzt weiter, um bei einer Million 100% zu erreichen, womit das Höchstvermögen auf 300 000 Mark begrenzt bleibt.

Der Wille, einer weiteren Proletarisierung der Massen mit allen Mitteln vorzubeugen, leitete diese Formulierung. Die kleinen, selbständigen Wirtschaftler – Bauern, Unternehmer, Kaufleute, Handwerker – sollten geschont werden. Natürlich mußten die großen Vermögen dann umso schärfer herangezogen werden. Gegen diese Politik wird sich auch wieder kein einsichtiger und vorausschauender Kapitalist wenden, denn wenn die Vermögensabgabe ihm auch den größten Teil des Vermögens nimmt, so schützt sie ihn doch wieder vor der Gefahr, alles zu verlieren (wie in Rußland z.B.) Vor dem Bolschewismus schützt letzten Endes nur eine Politik, die den Proletarisierungsprozeß nicht nur hemmt, sondern darüber hinaus die Rückbildung der bereits proletarisierten Massen in selbständige Wirtschaftler ermöglicht und begünstigt. Und nach diesem Gesichtspunkt ist die Vermögensabgabe gestaffelt worden.

Die Vermögensabgabe muß auch von vornherein so hoch bemessen sein, daß die Notwendigkeit einer zweiten Abgabe allen ausgeschlossen erscheint, denn nur so verhüten wir die Kapitalflucht und die heute um sich greifende Verschwendung. Ehe der Bürger dem Staate sein Geld überläßt, verpraßt er es lieber. Darum muß auch die Vermögensabgabe sofort erfolgen. Viel zu lange hat man schon damit gewartet. Ungeheuer ist der Schaden, der dem Volke aus der Verzögerung

dieser doch unvermeidlichen chirurgischen Operation erwachsen ist.

Die Finanzierung dieser Vermögensabgabe ist so gedacht, daß sämtliche den Liegenschaften aufgebürdeten Hypotheken sowie die für die Fahrhabesteuern gezeichneten Wechsel einem Hypothekenamt überwiesen werden. Dieses Amt wird Pfandbriefe ausgeben, die verkauft und zur Festigung der Valuta auch im Ausland abgesetzt werden.

Die Not an Kleinwohnungen, die immer ärger wird und die mit der Vermögensabgabe noch viel größeren Umfang nehmen wird, soll gründlich dadurch beseitigt werden, daß

7. die in großer Zahl freiwerdenden Villen und Luxus-Wohnungen auf Gemeindegskosten (mit Reichszuschuß?) in kleine Wohnungen umgebaut werden.

8. Alle indirekten Steuern werden abgeschafft. An deren Stelle tritt die Reichseinkommensteuer mit Zuschlägen für Staat und Gemeinde. Das „Loch im Westen“ wird dadurch verstopft, daß die Zollgrenze überhaupt abgeschafft wird, Deutschland zum unbeschränkten Freihandel übergeht. Die Preisgestaltung wird vollkommen freigegeben, alle behördlichen Beschränkungen, auch gegenüber den Hausbesitzern, aufgehoben. Es ist dies der einzige Weg, um den Wucherern und Schiebern das Wasser abzugraben. Nur in der Freiheit kann der Wettbewerb seine ordnende Wirkung zeigen.

9. Damit die in Absatz 1 – 3 genannten Leistungen nicht durch die tolle Papiergeldwirtschaft der Reichsbank sabotiert werden können (wie die Errungenschaften der Arbeiterlohnpolitik durch das gleiche Mittel schon seit 30 Jahren und erst recht seit dem Kriegsausbruch sabotiert wurden), schreiten wir unverzüglich zur Gründung eines Reichswährungsamtes, dem die *stetige* Währung als einziger Richtpunkt der Notenpolitik vorgetrieben wird. Zugleich laden wir die Völker zu einer internationalen Valutakonferenz nach Berlin ein.

Heute müssen wir die zum Rettungswerk nötigen Höchstleistungen den Arbeitern und Unternehmern hintenherum durch Anbieten von Lohnerhöhungen entlocken, Lohnerhöhungen, die nur betrügerisch auf dem Wege des Notendrucks bezahlt werden können. Mit moralischen Forderungen dürfen die öffentlichen Gewalten nicht an die Arbeiter herantreten, denn unsere auf Raub, Wucher und Diebstahl (Kornzölle, Börsendifferenzen, Zins) sich aufbauende Volkswirtschaft beraubt sie der

dazu nötigen moralischen Gewalt. Wucherer, Spekulanten, Rentner können nicht sittliche Kräfte rufen. Ihre Nachkommen und Erben auch nicht.

So werden wir vor allem darangehen, unserer Volkswirtschaft diesen moralischen Untergrund zu erstellen. Wir werden

10. *das Recht auf den vollen Arbeitsertrag* und die daraus entspringende Verneinung des Rechtes auf arbeitsloses Einkommen ausrufen mit allen daraus sich ergebenden Folgerungen.

Um ferner der aus der Verzweiflung über den vollkommenen Mißerfolg der bisherigen revolutionären Arbeiterpolitik herrührenden allgemeinen Verdrossenheit des Proletariats, dem Hang zur Gewaltanwendung zum Streik und zur Sabotage zu begegnen, werden wir mit kräftiger Hand und zielbewußten Reformen den *Abbau des Kapitalismus in die Wege leiten und so im Arbeiter eine frohe, lichte, begründete Hoffnung erwecken*, als Vorbedingung der für das Gelingen dieses Notwehrprogrammes unentzerrbaren Höchstleistungen auf allen Gebieten. Die allgemeine Arbeitsfreudigkeit allein kann uns retten.

Wir werden also sofort die für die endgültige Überwindung des Kapitalismus nötigen durchgreifenden Reformen:

11. *Freiland und Freigeld*

in Angriff nehmen und können dann zuversichtlich hoffen, daß die mit diesen beiden Reformen unmittelbar sich zeigenden Wirkungen das gesamte werktätige Volk für unsere physiokratische Staatsverfassung gewinnen, es den Lockungen der Reaktion endgültig verschließen werden, und daß so unsere fernere politische Entwicklung

*in friedlichen Bahnen*

geleitet wird, ihr die sonst unabwendbaren blutigen Lösungen erspart bleiben werden.

Die Not steigt, die Zeit drängt; der Bürokrat schläft. Von einer schwachen Parteidregierung und noch schwächeren Koalitionsregierung sind Maßnahmen von der Größe unserer Forderungen ohne unmittelbaren Druck der Massen nicht durchzusetzen (s. Erzbergers Vorschlag der Notenabstempelung). Darum ihr Hilfebedürftigen, helft uns wenn ihr wollt, daß wir euch helfen sollen. Bildet Gruppen, Vereine, Verbände, fordert die Presse zur Stellungnahme auf. Schickt der Regierung Abschrift unserer Beschlüsse.

*Vor allem aber, ihr Arbeiter, fordert von*

euren Führern nachdrückliche Unterstützung dieses Notwehrprogrammes, unbeschadet ihrer grundsätzlichen Stellung zur Freiland- und Freigeldforderung. Unser Programm kann allein die durch eure Führer, durch den Mangel an einem durchführbaren Wirtschaftsprogramm zertrümmerte Einigkeit des Proletariats wieder herstellen.

*Und wenn alle versagen sollten, so gebt uns Macht, Vollmacht zur direkten Aktion.* Wir stehen dafür ein, daß wir für die restlose Durchführung dieses Programmes kämpfen werden – „so lange noch eine Ader in uns lebt.“

## Was wir wollen!

Der Name dieser Zeitung sagt's: Wir wollen uns und alle von den kapitalistischen Ketten befreien. Nicht nur rütteln wollen wir an unsern Ketten, wie es bisher alle taten, die sich und andere befreien wollten. Wir wollen die Ketten wirklich brechen. Wir haben uns die Ketten gründlich angesehen und haben ihren schwachen Punkt entdeckt. Und auf diesen schwachen Punkt wollen wir nun alle unsere Kräfte zusammenwirken lassen.

Wir wollen eine *Einheitsfront* des ausgebeuteten Volkes schaffen. Dem *politischen* Programm der proletarischen Parteien wollen wir das fehlende *Programm der Taten*, ihrem hölzernen Lanzenschaft wollen wir die Stahlspitze geben. Keine neue Partei wollen wir gründen. Genug Parteigift hat das Proletariat in seinem Blut. Die bestehenden Parteien und Organisationen lassen wir unberührt.

Unser Ziel ist das, worauf es allen Arbeitern eigentlich ankommt, wovon aber heute merkwürdigerweise am wenigsten gesprochen wird, nämlich die *wirtschaftliche Befreiung*, die Beseitigung aller Ausbeutung, *das Recht auf den vollen Arbeitsertrag*. Weil wir nur dies Eine wollen, weil wir keine Kirche, keine Weltanschauung bekämpfen, weil wir keinen anderen Feind kennen als den Ausbeuter, weil wir nichts Utopisches, nichts Gespensterhaftes, sondern etwas Greifbares im Sinne haben, über das alle Arbeiter eines Sinnes sein können, ein Ziel, auf das alle Arbeiter aller Berufe, aller Konfessionen, aller Länder, aller Rassen, aller Kulturstufen brüderlich vereint lossteuern können, darum wird uns das, was wir wollen, auch gelingen. *Wir werden*

*das Proletariat aller Länder einigen, den Traum Marx' verwirklichen.*

Und auch darum wird es uns gelingen, weil wir nicht wie die Kommunisten auf Idealmenschen, wie die Sozialdemokraten auf entgeistete Bürokraten angewiesen sind, sondern den Menschen nehmen, wie er vom Weibe geboren ist. Er genügt uns, so wie er ist. Während die Parteihäuptlinge aller Richtungen alle, einer nach dem andern, zugestanden haben, daß mit dem vom Kapitalismus gezüchteten Volk kein Zukunftsstaat zu bauen ist, werden wir dasselbe Volk geradenwegs durch die vom Krieg und der Revolution geschaffene Wüste ins gelobte Land führen. Und es ist ein Glück, daß gerade für diese Aufgabe wir keine höheren Anforderungen an den Menschen zu stellen brauchen, denn wie würden sich die Proletarier aller Länder jemals einigen können, wenn die Einigung auf der Grundlage religiöser, philosophischer, moralischer Anschauungen erfolgen müßte! Dort, wo Weltanschauungen mitzureden haben, muß man die Hoffnung auf Einigung aufgeben. Der Mitwirkung aller Arbeiter sind wir daher sicher, solange wir keine anderen Triebkräfte brauchen als den Wunsch, die Ketten der Ausbeutung zu brechen. Wir brauchen die Massen nicht zu umschmeicheln; wir werden allen die Wahrheit sagen, so aufreizend sie auch manchmal klingen wird. Wir werden das Volk über die wahre Natur des Kapitals aufklären, und dann werden alle von ihren Führern Stellungnahme zu unserm Programm der Tat verlangen. Damit ist unsere Aufgabe erledigt.

Dem Willen zielbewußter Menschen widersteht nichts! Die *letzte Stunde* des Kapitalismus hat *geschlagen!*

## **Waffen für das Proletariat!**

Wissen ist macht.  
Einigkeit ist Macht.  
Doch ist Wissen Übermacht,  
Denn Wissen einigt!

Die Kapitalisten haben das Geld. Der Mittelstand hat die Bildung. Und Geld und Bildung sind mächtige Waffen.

Was haben die Proletarier solchen Machtmitteln entgegensustellen? Demokratie aber heißt gerechte Machtverteilung.

Die Presse ist ein Handelsartikel wie Bier und Kautabak. Wer Geld hat, hat die Presse. Stinnes kaufte

kürzlich den Artikel gleich en gros, 24 Stück = 2 Dutzend Zeitungen, einen ganzen Sklavenmarkt mit einem Schlage.

Was hat das Proletariat solcher Papierflut entgegenzustellen? Die Presse nannte sich die fünfte Großmacht. Heute ist sie die zweite, das heißt die nächste gleich nach dem Geld. Freilich das Proletariat hat auch eine Presse, wenigstens dem Namen nach. Ob es wirklich so ist? Noch niemals hat ein kapitalistisches Blatt seine Sache verraten. Manchmal ist man geneigt, die proletarische Presse ebenfalls zu den Blättern der Kapitalisten zu zählen. Es geschieht ja so alles nach dem Programm der Kapitalisten – die Uneinigkeit des Proletariats, die gegenseitige Beschimpfung, die allgemeine Verwirrung! Kaum ist eine proletarische Partei groß und stark geworden, so kommt, wie auf Befehl, die Spaltung. Wer befiehlt hier? Ich will nicht auch schimpfen, ich verweise hier auf mein Motto. Dort, wo das Wissen zu Ende geht, da beginnt die Spaltung, immerhin, das systematische Totschweigen alles dessen, was die Aufmerksamkeit des Proletariats auf seinen wahren Feind lenken könnte, macht uns zuweilen stutzig. Kein Proletarierblatt hat seit der Revolution und vorher auch nur mit einem Wort die Aufmerksamkeit der Ausgebeuteten auf den Zins, auf das Geld, auf die Börse, auf die dort gemachten gewaltigen Profite gelenkt! Die sozialdemokratische Presse macht noch heute Reklame für die Goldwährung, diese Hochburg des Kapitals! Wenn ich Kapitalist wäre, so hätte ich den proletarischen Blättern verboten von Zins, Geld und Börsendifferenzen zu reden. Wo ist in den proletarischen Blättern der Satz zu lesen, daß 5% Zins so viel bedeutet wie die restlose Zerstörung des deutschen Reiches und seine Wiedergutmachung auf Kosten des deutschen Proletariats alle 20 Jahre! Nirgendwo wird diese lichtvolle Tatsache in der proletarischen Presse erwähnt. Wer übt hier die Zensur über die Presse des Arbeiters? Cui bono?

Also das Proletariat hat keine Presse. Womit soll es sich verteidigen? Kein Geld, keine Presse, keine oder doch nur dürftige Bildung! Nichts, nackt, verkauft, verraten?

Ist es unter solchen Umständen zu viel verlangt, wenn wir *für das Proletariat die Herausgabe aller Waffen fordern*, als Machtausgleich für das Geld der Kapitalisten und für das Bildungsmonopol des Mittelstandes?

Wir sind überzeugt, daß, wenn die Waffen der Reichs-



wehr den Gewerkschaften, dem Proletariat ausgeliefert werden, die Arbeiter diese Macht nicht mißbrauchen werden. Das Gefühl der Sicherheit, das sich dann beim Proletariat einstellen wird, wird auch in ihnen sofort das Gefühl der Verantwortung erwecken, das ihm heute noch sehr stark abgeht. Und das ist es, was heute nottut, nachdem die bis dahin herrschenden Klassen gestürzt sind. Die, in deren Händen das Geschick des Volkes nun liegt, die, die unsere Kohlengruben, unseren Lebensnerv im Handumdrehen zerstören und über Deutschland eine wirtschaftliche Eiszeit heraufbeschwören können – die müssen sich ihrer gewaltigen Verantwortung bewußt werden. Sind also die Handgranaten, die Maschinengewehre ein Mittel, um dieses Verantwortungsgefühl zu heben, gut, dann her damit, alle Waffen den Gewerkschaften!

Waffen! Man vergesse hier nicht, daß der kleine Mönch Gregor VII. den gepanzerten Kaiser Heinrich IV. vor sich in den Staub warf. Man überschätze also die Macht der Waffen nicht. Der Dollar, der Rubel, der blaue Lappen kann es in der Regel ganz gut mit dem Waffengeschirr aufnehmen. Wer das Geld hat, hat zumeist auch die Waffen zu seiner Verfügung. Geld, das ist die Macht. Wer Geld hat, kauft die Presse und die Bajonette. Alles, was käuflich ist, fügt sich der Macht des Geldes, ja, er kann damit bewirken, daß die Proletarier die Waffen gegeneinander kehren!

Darum geht unsere Forderung weit über die Bewaffnung des Proletariats hinaus. Wir wollen die *geistige* Bewaffnung, wir wollen dem Proletariat unverkäufliche Waffen liefern. Wir wollen das, was die Kapitalisten der proletarischen Presse zu veröffentlichen verbot, jetzt an die große Glocke bringen. Wir werden vom Zins und von der Macht des Geldes reden, und zwar so lange, bis daß uns das Proletariat die Vollmacht gibt, die Macht des Geldes zu brechen. Das werden wir dann gründlich tun. Wir werden von Zins, von Börsenraubzügen reden und die Leser in diese Mysterien einweihen, die Arbeit fortsetzen, die P. J. Proudhon vor 50 Jahren begonnen. Den marxistischen Schutt wollen wir von den Proudhonschen Schätzen wegfegen.

Natürlich vergessen wir hierüber den Boden unter unsern Füßen nicht. Wir werden dem von den Marxisten mißgeleiteten Proletariat so lange den Satz in die Ohren sagen, bis es ihn erfaßt hat und den Mut gewinnt, es laut hinauszuschreien in alle Welt: *Ihr habt*

*uns den Boden geraubt – mir, dir, uns allen gehört die Erde, die Erdkugel ungeteilt !*

## **Proletarische Stellungnahme zu den Forderungen der Entente.**

Die „Rote Fahne“ vom 20.2.21 schreibt: „Genossen! Euch sind die wirtschaftlichen Forderungen der Entente bekannt, die sie an das deutsche Volk stellt. Es sind mehr als harte Bedingungen. Diese Forderungen bedeuten das Todesurteil für die deutsche Wirtschaft, ihre Erdrosselung. *Sie treffen aber nicht die Kriegshetzer, Kriegsführenden und Kriegsverlängerer, nicht die Kriegsverbrecher und Kriegsgewinnler in Deutschland. Sie kehren dagegen ihre volle vernichtende Macht gegen die breiten schaffenden Massen, die schon bisher mit Gut und Blut den Hauptteil der Kriegsoffer und Kriegslasten tragen mußten.* Sie kehren sich gegen die breiten Massen, deren Verhängnis es war, nicht durch die Revolution auf die Mobilisation zum räuberischen Weltkrieg geantwortet zu haben, sondern sich durch die nationalistischen Lügen der Scheidemänner und die feige Furcht der Hilferdinge in die unsühnbare Schuld der besitzenden und ausbeutenden Klassen verstricken zu lassen.“

Ob sich der Schreiber dieses Satzes nicht auch wieder von den Ausbeutern verstricken ließ? Man braucht bei solcher Verstrickerei nicht gleich an Bestechung, an Verrat zu denken. Dem Proleten, der obigen Satz geschrieben hat, mag vielleicht der Hunger den Blick getrübt haben, so daß er die Stricke der kapitalistischen Literatur übersehen hat, die ihn zu der Ansicht brachten, daß die „*schaffenden Massen*“ die Last der Ententeforderungen zu tragen haben werden. Daß die Kapitalisten solche Behauptungen austreuen, ist ja verständlich. Gelänge es den deutschen Kapitalisten, die internationale proletarische Aktion in ihren Dienst zu spannen, wie sie laut obigem Zitat aus der „Roten Fahne“ das deutsche Proletariat 1914 in ihren Dienst spannten, so könnten sie ja noch einmal hoffen.

Nach welcher Lohntheorie richtete sich der Schreiber obiger Zeilen bei der Behauptung, daß die Forderungen der Entente durch Lohnkürzungen eingetrieben werden

würden? Marx sagt, daß der Lohn sich nach den Kosten richtet, die die Erhaltung der Arbeitskraft verursacht. Ist die „Rote Fahne“ mit dieser Theorie einverstanden, dann stimmt es nicht, wenn sie sagt, von genanntem Lohnminimum würden nun für die Entente jährlich die Milliarden abgezogen werden. Von einem Minimum läßt sich nichts abziehen. Richtete sich der Lohn bisher nicht nach dem genannten Minimum, so fällt die Marx'sche Lehre in sich zusammen. Wenn die Behauptung der „Roten Fahne“ auf Grund der Mehrwerttheorie gemacht wurde, so sagt sie, daß die Kapitalisten bisher gutmütigerweise, und nicht unter dem Drucke der Marktverhältnisse handelnd, dem Arbeiter mehr zahlten, als sie eigentlich zu zahlen brauchten, und daß die Ententekapitalisten nunmehr dieses Plus für sich oder für den Lohn ihrer Arbeiter verwenden werden. Kein Proletarier im Deutschen Reich wird das der „Roten Fahne“ glauben. Der deutsche Kapitalist hat immer als Lohn nur so viel gezahlt, als die Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt ihn zu zahlen zwangen. Keinen Pfennig mehr, keinen Pfennig weniger. Ob die „Arbeitskraft“ dabei gedieh oder zugrunde ging, hatte auf sein Lohnangebot keinen Einfluß.

Der Lohn ist, wie das Gold, eine internationale Größe. Er wird durch die Millionen der hin und her flutenden Wanderarbeiter überall in der Welt auf die gleiche Höhe gebracht, wenn er aus örtlichen Gründen eine örtliche Änderung erfährt. Was der Arbeiter über diesen Lohn hinaus für den Kapitalisten schafft, das verlangt der Kapitalist für sich. Ist aber der Lohn eine internationale Größe, so ist es nicht richtig, *daß die Forderungen der Entente von den deutschen Kapitalisten auf den Lohn würden abgewälzt werden können*. Nein, die Lasten der Ententeforderungen werden (von einer kurzen Übergangszeit abgesehen) restlos vom deutschen Kapital (dem immobilisierten Realkapital) getragen werden. Daher die Tränen, daher der Wunsch der deutschen Kapitalisten, das internationale Proletariat vor den Wagen *ihrer* Interessen zu spannen.

Das deutsche Proletariat hat an den Londoner Verhandlungen nur das eine Interesse, daß die Weltfreizügigkeit in ihrem vollen Umfang, wie sie vor dem Krieg bestand, wieder hergestellt werde. Kann das internationale Proletariat das in London durchsetzen, dann hat der deutsche Arbeiter die Gewähr, daß unabhängig von

allen finanziellen Bedingungen, die die englischen Kapitalisten ihren deutschen Standesgenossen aufbürden mögen, der Lohn im Deutschen Reich nicht unter den Lohn fallen kann, den die Arbeiter in Amerika, in England oder Frankreich erzielen werden. Wurde etwa der Lohn des deutschen Arbeiters in irgendeiner Weise davon berührt, daß die Dividenden der amerikanischen Eisenbahnen oder die Dividenden der spanischen Quecksilberbergwerke nicht in Amerika und Spanien, sondern hier in Berlin verzehrt wurden? Deutsche Arbeiter waren es größtenteils, die die amerikanischen Bahnen bauten, obschon sie wußten, daß die Dividenden dieser Bahnen nach Deutschland wandern würden. Warum blieben sie nicht in Deutschland, wenn sie glaubten, daß es nicht einerlei ist, wo die Dividenden verzehrt werden? Wenn es also vor dem Krieg so war, warum wäre es jetzt anders? Jetzt werden die Dividenden der deutschen Aktien in England und in Amerika den Rentnern zufließen, und wie es den amerikanischen Arbeitern damals gleichgültig war, daß die Dividenden nicht von amerikanischen Rentnern verbraucht wurden, so kann es jetzt auch den deutschen Arbeitern einerlei sein, was mit den deutschen Dividenden geschieht. Ob also die Entente 50 oder 60 oder gar 100 Prozent der deutschen Dividenden fordern wird, was kann das dem deutschen Arbeiter verschlagen? Auf diese Frage möge die „Rote Fahne“ nun antworten.

Anm. d. Schriftl.: Im Anschluß an vorstehende Ausführungen geben wir auf Seite 6 eine Pressenotiz über die Einwandererfrage wieder, die eine treffliche Ergänzung zu dem oben Gesagten bildet.

---

## **Freikohle: die Formel für den Frieden in Oberschlesien.**

In der schweizerischen Zeitschrift „Die Freistatt“ war im Jahre 1916, zur Zeit der Kohlennot, der Satz zu lesen: „Die Schweiz hat auf die Kohlen an der Saar und an der Ruhr das gleiche Recht wie Deutschland, wie jedes andere Land der Welt“. Damals führte Deutschland die „Waffen noch weit in Feindes Land spazieren“. Den Sinn dieses Satzes konnte man darum auch damals in Deutschland noch nicht erfassen.

Heute, seitdem das Saarbecken an Frankreich abgetreten, das Ruhrgebiet bedroht, Oberschlesien als Einsatz eines Würfelspieles hergegeben werden mußte – jetzt, wo der Schlingel die Schlinge am Halse spürt, da wird er hellseherisch, da begreift er Dinge, die ihm vorher völlig verschlossen waren. Man erschrickt in Deutschland nicht mehr, im Gegenteil, man freut sich sogar, wenn jemand der Internationalisierung der Kohle das Wort redet.

Die Erde gehört nicht den Kapitalisten. Das versteht jeder deutsche Proletarier. Daß aber die Erde auch nicht den Proletariern, das Ruhrgebiet nicht den *deutschen* Arbeitern gehört, das ist dem Proletariat noch durchaus kein geläufiger Satz. Vielleicht ist noch ein neuer, verlorener proletarischer Krieg nötig, um dem Proletariat das volle Verständnis für diesen Satz zu öffnen. In Australien, in Neuseeland, in Nordamerika z. B. verteidigen die Arbeiter ihre Vorrechte dem europäischen Proletariat gegenüber mit der denkbar größten Rohheit. Die verbrecherischen Einwanderungsgesetze der Vereinigten Staaten sind ein Erzeugnis der *Diktatur des Proletariats*. Die nach dem Zusammenbruch in Deutschland herrschenden Sozialdemokraten verjagten schweizerische Arbeiter mit ihren Familien (von denen schon einige 30 Jahre im Lande waren), um ihre Landsleute an die Stelle zu setzen! Das alles deutet auf einen erschreckend engen Gesichtskreis. Für den vollen Begriff des Wortes *Freiland* ist das Proletariat vielleicht noch weniger vorbereitet als der Philister.

Die Erde gehört niemandem, auch nicht den Völkern, auch nicht den Staaten. Die Erde, und mit ihr die Kohle, gehört der Menschheit! Alle, ohne Ausnahme alle Menschen haben das gleiche Recht, sich mit Kohlen dort zu versorgen, wo die Kohle gewachsen ist. Und spreche ich es gerade aus: *Es ist Leichtsinn, es ist Unsinn, von Frieden, von Völkerfrühling zu reden, so lange obiger Satz nicht zu einem allgemein anerkannten Menschenrecht wird.* „Privat- und Nationalrechte“ auf den Boden bedeuten nicht nur Krieg, sie sind ein Produkt des Krieges. Wann werden die Pazifisten diesen Satz begreifen und ihn an die Spitze ihres Programms stellen? Wie viel fruchtbarer würden sich ihre Veranstaltungen erweisen, wie viel Tonnen chiffons de papier ersetzt das eine Wort Freiland!

Wenden wir dies Wort auf die Kohlen von Oberschlesien an. Wie viel weniger bedeutungsvoll wäre da die kommende Abstimmung, für Polen sowohl wie für Deutschland! Wie viel sicherer würden sich Deutsche und Polen fühlen, wenn die Kohlen Gemeingut der Menschheit wären? Und ist nicht das Sicherheitsgefühl erste und wichtigste Voraussetzung für ein gerechtes Urteil und für ruhiges Handeln? Und wie gleichgültig würden die Oberschlesier selber, Polen sowohl wie Deutsche, der Abstimmung entgegensehen, wenn die Kohlenfrage im genannten Sinn gelöst wäre? Wenn die *Kohlenförderung* mindestfordernd in Verding gegeben, der *Kohlenverkauf* meistbietend erfolgen würde? *Wenn die so etwa entstehende Kohlenrente allen Müttern, ohne Ansehen der Nationalität, der Rasse, der Sprache, der Religion in monatlichen Barzahlungen ausgerichtet würde, wie wir das programmatisch fordern?* Und wenn so der Zankapfel Oberschlesiens, die Grundrente, gemeinsam von den polnischen und deutschen Kindern, denen sich auch noch beliebig andere zugesellen mögen, verzehrt wird, und damit der volle Bürgerfriede sich einstellt, wer wird da in Oberschlesien noch ein Interesse an der Stärkung der Staatsgewalt zeigen und für Staatsschulen und Staatskirchen noch schwärmen? Abbau des Staates von all den Dingen, die ihm zur Stärkung der Gewalt aufgebürdet wurden, das ist eine automatisch sich einstellende Forderung, sobald die Bodenrente ihren rechtmäßigen Nutznießern, den Müttern, zugewendet wird und damit der Politik und dem Antrieb zu Ruhestörungen entzogen ist.

Abbau des Staates, das ist nicht nur die Friedensformel für Oberschlesien, sondern für die Welt schlechthin. Der Weg dahin aber führt *über Freiland*, der erste Schritt dahin ist *Freikohle*, die *Internationalisierung der Kohlenschätze*.

---

## **Bergarbeiterführer und Bergarbeiter.**

Angesichts der Tatsache daß wir bei dem jetzigen wirtschaftlichen Zustand vor ungeheuren Ökonomischen Problemen stehen, welche zu überwältigen unseren

Sozialpolitikern und Ökonomen bis heute nicht gelang, ist es an der Zeit, mit positiven Vorschlägen zu kommen, um der Situation Herr zu werden.

Selbst Kautsky, der beste Kenner der Marx'schen Theorie, mußte vor einem halben Jahre den Arbeitern den Vorschlag machen, dem Kapital (also unsern Ausbeutern, die uns den letzten Tropfen Blut auszusaugen suchen), das Kampffeld zu überlassen, da nur eine kapitalistische, individualistische Wirtschaftsordnung noch Rettung aus der Not bringen könne.

Aber nicht nur das, obgleich derartige Worte jeden Menschen zum Denken anregen müssen: Vor zwei Jahren hatten die Marxisten Gelegenheit, das durch den Krieg und durch die unselige Geldwirtschaft verelendete Deutschland zugunsten des werktätigen Volkes auf sozialer Grundlage neu aufzubauen, um so alle Ausbeutung in Zukunft zu verhindern. Und sie haben es nicht getan, nein besser, nicht gekonnt, weil Theorie und Praxis eben zweierlei ist. Es sei ferne von mir zu behaupten, der Wille habe den Arbeiterführern gefehlt. Das Gegenteil ist tatsächlich der Fall. Sie haben nicht Kerker, Aussperrung und Denunziation gescheut, um das zu tun, was ihnen ihr Gerechtigkeitsgefühl vorschrieb. Um so größer die Enttäuschung. Über kurz oder lang wird es ihnen wie Schuppen von den Augen fallen und sie werden erkennen, daß der von Karl Marx aufgestellte Kompaß nicht genau genug zeigt.

Auch die marxistischen Arbeiterführer werden zu der Überzeugung kommen müssen daß nicht das bloße Eigentum an Produktionsmitteln eine Ausbeutung ermöglicht, Sondern daß unser herkömmliches Geldwesen und das private Bodeneigentum die Ursachen sind. Fragen wir warum, so lautet die Antwort aller Vertreter der natürlichen Wirtschaftsordnung: *Die zinstragende, also „ausbeutende“ Eigenschaft des Realkapitals, also der Waren und sonstiger Arbeitsprodukte (auch Häuser und Fabriken gehören hierher), beruht darauf, daß sie nur mit Einwilligung des Geldkapitals unter der Bedingung der Verzinsung entstehen können.* [Entnommen der Schrift von Georg Blumenthal „Die Befreiung von der Geld- und Zinsherrschaft“. (Erscheint demnächst neu im Freiland-Freigeld-Verlag, Erfurt)]

Es würde sich bei heutiger Beschaffenheit des Geldes

kein Kapitalist bereit finden, sein Geld in ein Bergwerk oder sonstigen Betrieb zu stecken, wenn dasselbe ihm nicht die dem Zinsfuß entsprechende Kapitalrente abwirft.

Jedoch es würde zu weit führen, wollte ich alle die großen Probleme, die Marx ungelöst hinterließ, in diesem kleinen Aufsatz behandeln. Eile tut not, ehe wir an unserm Elend zugrunde gehen. Deshalb rufe ich als *Bergarbeiter*, der ich das Elend und die Unkenntnis meiner Kumpel täglich vor Augen habe, unsern *Arbeiterführern* zu: Wollt ihr nicht mitschuldig werden an der Verelendung derjenigen, die euch gewählt und auserkoren haben, ihre Interessen zu vertreten, so ergreift die Schriften von Silvio Gesell, Georg Blumenthal, Professor Dr. Polenske, Dr. Th. Christen usw., in denen die Lehre der *natürlichen Wirtschaftsordnung* euch in volkstümlichster Weise klargelegt wird; studiert, lehrt und verteidigt sie! Nur so könnt ihr Rechenschaft ablegen vor euren Wählern und ihnen beweisen, daß euch euer Gerechtigkeitsgefühl auch heute noch nicht verlassen hat. Nehmt unsern Vorschlag an, ehe es zu spät ist, auf daß wir für immer von der Fuchtel des Kapitalismus befreit werden. Es wäre eine Sünde am Volksganzen, sollten alle die Märtyrer umsonst gelitten haben. Sollte ein ganzes Volk zugrunde gehen, ohne daß es den Rettungsgürtel ergreift, der ihm in seiner höchsten Not geboten wird?

Und nun zum Kumpel *Bergmann!*

Arbeitskollegen, die ihr in einem Staate wohnt, der das freieste Wahlrecht der Welt hat, die ihr euch die 7- bzw. 8-Stundenschicht unter großen Entbehrungen erkämpft habt, euch frage ich an dieser Stelle: Hat die Revolution 1918 auch die wirtschaftliche Freiheit gebracht? Spürt ihr an eurem Körper, daß Kapitalismus und Ausbeutung aufgehört hat? Habt ihr auch nur *etwas* von dem, was man Wohlstand nennt – oder gar euren *vollen Arbeitsertrag*? Nein! Nein! höre ich da rufen und mit Recht. Wie mancher von uns sehnt wohl im Stillen den Zustand von 1914 wieder herbei. Konnte er sich doch damals mit dem zehnten Teil seines jetzigen Einkommens besser kleiden und ernähren wie heute. Mancher Kumpel war damals (wenn auch unter Entbehrung) imstande, noch einen Notgroschen beiseite zu legen. Anders heute: ein Familienvater ist heute (als einziger Ernährer)



kaum imstande, die notwendigsten Lebensmittel zu kaufen, und wenn er die damals ersparten Notgroschen zu Hilfe nehmen will, so macht er die trübe Erfahrung, daß er nur noch den zwanzigsten Teil von dem bekommt, was er 1914 dafür hätte kaufen können. Woran das liegt, wissen nur die allerwenigsten. Ich will es euch kurz sagen, und wenn ihr euch selbst unterrichten wollt, so lest die Schriften über „Natürliche Wirtschaftsordnung“.

Die willkürliche Währung, welche sich auf unserem überlieferten Geldwesen aufbaut und die Überschwemmung des leeren Warenmarktes (auf dem sich nur halb so viel Waren befinden wie 1914) mit immer neuen Milliarden neuen Geldes hatte zur Folge, daß alle Preise ins Unermeßliche stiegen und so die Kaufkraft des Geldes immer mehr herabgedrückt wurde. So seid ihr um eure Spargroschen betrogen worden, ohne daß unsere Arbeiterführer imstande waren, das Übel im Geldwesen zu suchen und an der Wurzel zu packen.

Währenddessen schlemmt der Kapitalist weiter und erfreut sich an unserer gegenseitigen Zersplitterung. Das kann nicht mehr so weiter gehen oder wir sind rettungslos verloren! Unsere Führer versagen, teils aus Unkenntnis, teils aus Verbohrtheit in die Parteipolitik.

So rufe ich euch denn zu: *Bergleute aller Gruben! Arbeitskameraden*, die ihr tief unten im Schacht den Kampf ums Dasein führt, die ihr ständig beraubt werdet durch Zins- und Grundrente, wartet nicht länger, denkt selbst, rafft euch selbst zur rettenden Tat auf!

Fordert eure Führer auf, die Schriften über die natürliche, ausbeutungsfreie Wirtschaftsordnung zu lesen und dazu Stellung zu nehmen.

Verlangt von euren Vertretern, der Regierung folgende Forderungen zu unterbreiten:

a) durch die *stetige* Währung die Volkswirtschaft von den allgemeinen Preisschwankungen und den Schieberprofiten zu befreien;

b) durch eine energische Vermögensabgabe das Reich, die Bundesstaaten und die Gemeinden für immer von den Kriegslasten zu befreien;

c) anstelle der Sozialisierung der Produktionsmittel erst eine soziale Umgestaltung des Geldwesens (durch Freigeld) und Sozialisierung der Bodenrente durch Freiland;

d) zur Durchführung dieser Maßnahmen eine Be-

freiungsdiktatur mit Silvio Gesell als Leiter.

e) Fordert endlich an euren Volkshochschulen die Aufnahme der Lehren Silvio Gesells in den Lehrplan.

## **Woher kommt die Krise in England und Amerika?**

Am 14. Dezember 1920 gab im englischen Unterhaus der Regierungsvertreter die folgende Erklärung ab: „Ein Erlaß zur Beschränkung der nächstjährigen Baumwollpflanzung in Ägypten auf ein Drittel der Bodenfläche ist vorbereitet Das steht in keinem Zusammenhang mit der politischen Lage. Die Absicht ist lediglich, die finanziellen Schwierigkeiten zu beheben, die aus dem Rückgang der Preise für Baumwolle entstanden sind.“

In Ägypten wird also die Arbeitslosigkeit auf dem Lande künstlich verschärft, um „finanzielle Schwierigkeiten zu beheben“! Die Arbeitslosen scheinen der Regierung in Ägypten viel Geld einzubringen. In England ist es umgekehrt; dort wird der Arbeitslose nicht nur nicht besteuert, sondern er bezieht, wie in Deutschland, eine wöchentliche Unterstützung, die der Regierung große finanzielle Schwierigkeiten bereitet.

Ägypten ist doch immer noch das Wunderland. Man fragt sich, warum die englische Regierung zur Behebung ihrer finanziellen Schwierigkeiten nicht auch in England zwei Drittel aller Betriebe stilllegt? Das Rezept, das sich in Ägypten bewährt, muß doch auch in England gute Dienste leisten. Natürlich die Baumwolle, die jetzt in Ägypten nicht gebaut wird (in den Vereinigten Staaten wird der Anbau der Baumwolle auch eingeschränkt werden), fehlt in den Spinnereien, wo dann wegen „Mangel an Rohmaterial“ zwei Drittel der Arbeiter entlassen werden müssen. Ob das auch zur Behebung der finanziellen Schwierigkeiten beitragen wird?

In England wird energisch auf Preisabbau hingearbeitet, ebenso wie in Nordamerika. Die Schwierigkeiten, die daraus für die Finanzen entstehen, die können nicht durch Stilllegung der Produktion behoben werden, sondern umgekehrt durch die Rückkehr zum Vollbetrieb der Volkswirtschaft. Hierfür ist nur eines nötig: *die Erkenntnis, daß der Abbau der Preise den Handel rechnerisch unmöglich macht.*

## Ich und der Stamm

„Für einen geistig einigermaßen entwickelten Menschen reicht der alte Vaterlandsbegriff heutzutage nicht aus. Es kann der Staatsverband, in den wir einsortiert sind, allein nicht mehr maßgebend für uns sein. Ich glaube, das nationale Bewußtsein ist im Begriff auszusterben und wird vom Stammesbewußtsein abgelöst werden. Jedenfalls habe ich für meinen Teil diese Evolution durchgemacht. Ich habe damit angefangen, mich als Norweger zu fühlen, habe mich dann zum Skandinavier entwickelt und bin jetzt beim Allgemeingermanischen gelandete *Ibsen*, aus „*Henrik Ibsen als Verkünder des dritten Reichs*“, von *Rolf Engert*. R. Voigtländers Verlag, Leipzig 1921. [Dem an die physiokratischen Gruppen gesandten Teil der Gesamtauflage dieser Nummer liegt ein ausführlicher Prospekt bei, über das soeben erschienene bedeutungsvolle Werk von *Dr Rolf Engert*: „*Henrik Ibsen als Verkünder des dritten Reiches*.“ R. Voigtländers Verlag, Leipzig, 1921 Preis: 30,- M., geb. 40,- M.]

Ich glaube, wir sind auch bereits über diese Evolution hinweg evoluiert. An die Stelle des Stammesbewußtseins tritt das *Ichbewußtsein* und zwar tut es dies umso schneller, je eher man zu der Überzeugung kommt, daß die Stämme zersplittert und nicht mehr auffindbar sind. Jedenfalls ist der Stammesbegriff nicht mehr an geographische und staatliche Begriffe gebunden. Das einzige Volk, das bisher wirklich Stammesbewußtsein besaß, – das Judentum – hat überhaupt keine Grenzen, keinen Staat. Bedeutung hätte das Stammesbewußtsein vielleicht bei der Paarung, die jedoch eine ureigene Angelegenheit jedes Menschen ist, und darum auch schon aus den Stammesangelegenheiten ausgeschlossen werden muß. Stimmt letzteres aber, so weiß ich nicht auf welchem Gebiet das Stammesbewußtsein sich noch betätigen könnte. So wird wegen Mangel an Betätigungsgelegenheiten das Stammesbewußtsein auch noch aussterben. Dann bleibe Ich allein noch übrig.

# Wir und die Reparation.

## Politischer Ausblick.

Wir *müssen* nun vorwärts. Unter dem Kommando der Ententesoldaten werden wir marschieren. Für Menschen, die an das Gebell des Kasernenhofes gewöhnt sind, ist das auch das Einfachste. Die Entwicklung treibt zu entscheidenden Taten. Vorwärts oder Untergang heißt es dieses Mal. Das Alte ist in den Grundmauern erschüttert. Als Notwohnung mag es noch eine Weile dienen; wir haben aber nicht viel Zeit übrig für die Erstellung der neuen Wohnung, denn die Notwohnung bedroht uns mit dem Einsturz. Und die Entente besteht auf Zahlung der Wechsel. Also vorwärts. Der Ententesoldat kommandiert nur vorwärts, über die Richtung sagt er nichts. Das ist unsere Sache. Er will nichts als das Geld; wie wir das Geld aufbringen, ob durch Steuer oder Konfiskation, das ist ihm gleichgültig.

Die Einlösung der Ententewechsel, die Befreiung des Landes von den fremden Besetzungen fordert den Vollbetrieb der Volkswirtschaft und hierzu gehört vor allem die hoffungsbeschwingte Arbeit der breiten Massen. Ohne Hoffnung arbeitet kein Mensch. Die Hoffnung dieser breiten Massen ist aber der *Abbau des Klassenstaates*. Und hier bei dieser Aufgabe, deren Lösung Voraussetzung für alles andere, für unsere Rettung ist, wird es sich zeigen, wie faul und widerspruchsvoll die demokratische Verfassung eines Klassen-Staates, wie schwach und unfähig zur Selbsthilfe ein solcher Staat ist.

Die demokratische Staatsform gibt keine Handhabe zur Liquidation des Klassenstaates. Die Liquidationsklausel ist, wie das ja oft in Verträgen vorkommt, in unserer Staatsverfassung vergessen worden und die Macht fehlt jetzt, um sie nachträglich einzubauen. Der Klassenstaat bleibt im Sumpfe stecken und verwest dort, wenn die Staatsform, hier also die demokratische Verfassung, erhalten werden soll. Die Demokraten des Klassenstaates würden sich gegenseitig beim Abbau dieses Staates erwürgen.

Wir müssen alle Hoffnung fahren lassen, daß der Reichstag die für die Sanierung unserer Finanzen nötige Kraft wird aufbringen können. Die Parteimänner, die dort sitzen, haben ja alle von ihren Wählern den Auftrag erhalten, die Lasten des Krieges auf die anderen abzuwälzen. Und wenn die Ententesoldaten nicht wären, so würden noch Jahre verstreichen, ehe wir zu einem Entschlusse kämen. Und in dieser Zeit des Provisoriums und der Unsicherheit würden unsere wirtschaftlichen Kräfte erlahmen, unsere Wirtschaft vollends zerfallen. Was die Unsicherheit, das provisorische für die Wirtschaft eines Volkes bedeutet, das haben uns die letzten zwei Jahre deutlich genug gezeigt. So lange der Mensch nicht weiß, für wen er arbeitet, für wen er spart und entsagt, so lange jeder damit rechnet, daß ihm der Ertrag seines Schweißes, seines Sparsinnes als Steuer oder Vermögensabgabe enteignet wird, müssen die Kräfte erlahmen, die zur Arbeit und Sparsamkeit treiben. Arbeit aber und Sparsamkeit allein können uns retten.

Es ist nicht daran zu denken, auf dem Wege der Steuer, der direkten wie indirekten Steuer, die Mittel für die kommenden Staatsbedürfnisse zu decken. Mit Lohnabzügen und Zigarettensteuern kann man kein Budget von 100 000 Millionen decken, auch dann nicht, wenn der zermürbte Proletarier sich solche Behandlung gefallen ließe. Es geht nicht, aus natürlichen, psychologischen Gründen geht es nicht. Für den Staat arbeitet kein Mensch. Nimmt der Staat den Löwenanteil des Arbeitsproduktes für sich in Anspruch, so mag der Staat zu Grunde gehen. Auf dem Altar des Vaterlandes opfert man Blut, mit Vorliebe das Blut der andern, aber kein Geld. Das haben wir jetzt wieder in London bewiesen. Um dem Feind den Einmarsch in unser Land zu verwehren, bauten wir einen Wall mit den Leichen von zwei Millionen unserer besten Mitbürger. Jetzt können wir unsere Grenzen mit dem Opfer einiger Geld-Milliarden schützen. Wir ziehen die Besetzung vor!

Auf dem Wege der Steuer werden wir kaum die Mittel für die laufenden Staatsausgaben aufbringen können. Man denke nur an das Defizit der Eisenbahnen. Die Betriebe, die uns früher Geld einbrachten, müssen jetzt mit Zuschüssen durchgehalten werden! So bleibt also nichts anderes übrig, als durch eine einmalige, für alle Fälle ausreichende Finanzoperation alle Kriegslasten von den Staatskassen auf das in Deutschland angelegte Kapital abzuwälzen.

Wo ist nun im Klassenstaat die Partei, die Parteikoalition, die solcher Aufgabe gewachsen wäre? Kann man sich vorstellen, daß die Deutschnationalen, die Demokraten, die von der Volkspartei, sich selbst zur Rettung des Vaterlandes bis zur vollen Höhe ihrer Leistungsfähigkeit, das heißt also heute, fast bis zur Konfiskation ihres Eigentums, besteuern werden? Werden sie den Auftrag vergessen, den sie von ihren Wählern erhielten? Demokratie im Klassenstaat heißt doch, den eigenen Interessen die der anderen opfern.. Tapfer waren unsere Soldaten, aber ihre Tapferkeit ist nicht zu vergleichen mit der Berserkerwut, mit der die Parteimänner die Interessen ihrer Wähler verteidigen werden, Mann gegen Mann im Handgemenge. Man könnte vielleicht den unbeteiligten Nichtshabern, den Vertretern des Proletariats die Aufgabe überlassen, die Verteilung der Kriegslasten zu übernehmen, da es diesen ja einerlei sein kann, wer von den Kapitalisten, die Demokraten, die Deutschnationalen oder die Krokodile, besteuert wird. Dem Proletarier sind sie ja alle nur Krokodile. Er ist in der Frage der Kriegslasten wirklich der Einzige, der neutral ist und infolgedessen auch sachlich urteilen kann. Doch solche Politik hieße zu viel Einsicht bei den Vertretern des Klassenstaates voraussetzen. Der Parteigeist wird dieses Mal versagen. Für solche Aufgaben ist das Parlament nicht erfunden worden. Münchhausen konnte sich wohl am eigenen Zopfe aus dem Sumpfe ziehen, der Klassenstaat kann das nicht. Siehe Rußland. Wir werden alle mit dem Klassenstaat zu Grunde gehen, wenn wir vom Parteigeist und seinem Vertreter, dem Parlament, die rettenden Taten erwarten. Zum Glück nun sind die Ententesoldaten da, die uns mit der Lanzenspitze antreiben werden. Dann wird es gehen wie im November 1918: Blockade, Kreditsperre werden Volk und Staat zermürben. Die Staatsgewalt entfällt den Händen der Regierung. Sie liegt im Staube, niemand wird sie noch an sich zu „reißen“ brauchen; gut für den Sack des Lumpensammlers.

Für diese Zeit müssen die *Befreier* vorbereitet sein. Alle, die befähigt sind, über die Parteiinteressen hinweg zu schauen und gewillt sind, den Klassenstaat abzubauen, die müssen wir bis dahin gesammelt haben, um dann in diesen Tagen höchster Not die Reichsgeschäfte in die Hand zu nehmen und sie ohne Parteien und Parlament zu führen. Dann werden wir zeigen, was wir können, wie der Staat der Arbeiter, der Zu-

kunftsstaat, aussieht. Dann werden wir auch mit den Soldaten der Entente das große Befreiungsfest feiern.

---

## **Die Grenzen unserer Zahlungsfähigkeit.**

Diese Frage kann nicht physiologisch beantwortet werden. Die Grabsteine unserer Proletarier zeugen dafür, daß die Grenzen der Zahlungsfähigkeit wenigstens dieses Teiles unseres Volkes schon in Friedenszeiten weit überschritten wurden. Nähme die Entente Rücksicht auf das Leben, so dürfte sie von vornherein darauf verzichten, hier etwas zu holen. Aber man fragt sich, warum die kapitalistischen Berater der Entente-Regierungen Rücksicht auf das Leben der deutschen Proletarier nehmen sollen, wenn sie sich ihrem eigenen Proletariat gegenüber von jeher ebenso gefühllos gezeigt haben wie der deutsche Kapitalist? Nein, die Entente wird, wenn sie sich weiter von ihren Finanzmännern beraten läßt, rücksichtslos nach demselben Grundsatz handeln, der unsere Wirtschaft beherrscht, sie wird so viel nehmen, wie sie irgend kriegen kann. Die Grenzen der deutschen Zahlungsfähigkeit werden ihr nicht vom Leben, sondern von den allgemeinen volkswirtschaftlichen Gesetzen gezogen werden, genau so wie der Kapitalist bei der Festsetzung des Lohnes, der Grundrente, des Zinses sich ausschließlich von den Marktverhältnissen leiten läßt und niemals danach fragt, ob der Arbeiter mit dem Lohne auch auskommen kann, ohne Schaden an seiner Gesundheit zu leiden. Um überhaupt für solches Urteil befähigt zu sein, müßte er ja das Leben des Proletariats persönlich mitleben.

Bei solcher Sachlage ist es als ein Glück zu bezeichnen, daß der Lohn als internationale Größe überhaupt nicht besteuert werden kann, daß der Lohnarbeiter jede besondere nationale Last, die ihm zugemutet wird, ohne weiteres von sich abwälzt. Ähnlich wie das Gold auch nicht besteuert werden kann. Würde man in Deutschland versuchen, den Lohn der Arbeiter wirksam für die Forderungen der Entente heranzuziehen, so würden auch sofort die Vorbereitungen für Massenauswanderung einsetzen. Alles, was der Krieg geschont hat an Jugend, Kraft und Tüchtigkeit, würde das Ränzeln schnüren,

Mann und Frau. Und alle Dampfer der Welt würden diese Fracht nach allen Teilen der Welt verladen. Die Kosten sind heute kaum noch ein Hindernis bei der Auswanderung. Mit dem Lohne von 8 oder 14 Tagen kann der vorausgefahrte Arbeiter bereits den Fahrschein für seinen zurückgebliebenen Kameraden bezahlen. Und wie niedrig man auch bei den Massen das Solidaritätsgefühl einschätzen mag, bei den Einzelmenschen bewährt es sich. Millionen von Arbeitern sind mit Fahrscheinen ausgewandert, die ihnen ihre Freunde gesandt hatten.

Mit der Auswanderung und dem damit entstehenden Mangel an Arbeitskräften steigen die Löhne, und zwar steigen sie so lange und so hoch, bis das Gleichgewicht mit dem Lohne in allen anderen Ländern hergestellt ist, d. h. bis der deutsche Arbeiter im Zweifel ist, ob er im Lande bleiben oder ob er den ihm zugesandten Schiffsfahrschein benutzen soll.

Hier beim Lohne des Arbeiters ist also nichts für die Entente zu holen und es ist auch nicht wahrscheinlich, daß sie die Absicht hat, sich hier schadlos zu halten. Bei der Abschätzung der deutschen Zahlungsfähigkeit kommt allein das Einkommen der Rentner in Betracht. Dieses kann so gut wie restlos von der Entente beschlagnahmt werden, ohne daß sich die Rentner wehren können. Denn das Kapital, aus dem ihr Einkommen floß, kann nicht wie der Arbeiter auswandern, man kann keine Fabrik, kein Bergwerk, kein Rittergut ins Ausland verschiffen. Und wenn auch die Aktien, die Pfandbriefe über die Grenze flüchten mögen, die Bajonette der Entente geben auf das Pfandobjekt ein Vorrecht. Werden nun die Ententeleute die deutschen Kapitalisten schonen wollen, vielleicht aus Rücksicht auf die Möglichkeit eines Rollenwechsels? Es geht ja manchmal recht lustig zu in der Politik. Aber die Kapitalisten sind in diesen Fragen nicht allein maßgebend. Der Proletarier hat in Frankreich und in England auch ein Wort mitzureden. Und so lange dort noch ein Proletarier fluchend sein karges Brot verzehrt, während in Deutschland noch Menschen als Rentner ein herrliches Leben führen, wird er sich fragen, warum nicht er diese Zinsen und Renten bezieht. Und mit Recht wird er solche Fragen stellen. Es ist doch der Zweck des Krieges, die Lasten des Lebens auf andere abzubürden. Und wenn der Franzose das jetzt kann, warum soll er Rücksichten walten lassen, für die kein echter Räuber jemals Ver-



ständnis gezeigt hat? Her also mit den Renten der deutschen Kapitalisten!

Das deutsche Proletariat verzinste vor dem Kriege ein Kapital, das Helfferich mit 350 Milliarden Goldmark einschätzte. Zu vier Prozent bezahlte das deutsche Proletariat jährlich den deutschen Rentnern 14 Milliarden Goldmark. Von diesen Milliarden wurde ein Teil, vielleicht ein Drittel, sagen wir 4 Milliarden, für den jährlichen Zuwachs der Bevölkerung in Neubauten und industriellen Anlagen verwendet. Der Rest, sagen wir 10 Milliarden, wurde von den Rentnern groß und klein für persönliche Zwecke verzehrt. Unter der Voraussetzung, daß die deutsche Volkswirtschaft mit der Zeit wieder ihre alte Leistungsfähigkeit zurückgewinnt, und daß die deutschen Rentner mit einem Drittel ihrer gewohnten Ausgaben sich notdürftig, wie es einem geschlagenen Volke geziemt, durchschlagen werden, ständen der Entente sechs bis sieben Milliarden Goldmark als Höchstmaß von dem, was Deutschland leisten kann, jährlich zur Verfügung.

Die Frage ist nun, wie lange Deutschland diesen Tribut zahlen soll? Die Antwort möge man sich von den Proletariern aller Länder, auch vom Proletariat der Entente holen. Wie lange habt ihr, Sklaven des Kapitals, den Kapitalisten gefront? Ich will es euch sagen: Seit 6000 Jahren, seit Hammurrabi, seid ihr hoffnungslos den Kapitalisten versklavt, tragt ihr das Joch!

Wie wäre es, wenn ihr nun sagtet: Uns kann es gleichgültig sein, an wen wir den Zins des deutschen Kapitals zahlen, wo der Ertrag unseres Schweißes von den Rentnern verzehrt wird, ob in Nizza, ob in Wiesbaden, ob in Florida. Sind wir verurteilt, ewig das Kapital zu verzinsen, ewig ausgebeutet zu werden, so mag sich das Deutsche Reich auch verpflichten, der Entente die genannten sieben Milliarden ewig, ewig, ewig zu zahlen. Uns als Proletariern, als der Masse des deutschen Volkes, kann es einerlei sein, wieviel und wie lange das Deutsche Reich der Entente fronen muß. Ob das Haus, das wir bewohnen, hypothekiert ist oder nicht, hat auf die Miete, die wir bezahlen, keinen Einfluß. Ob die Erde, die wir beackern, zu 10, zu 50, zu 100 Prozent belastet ist, ist für unsern Lohn gleichgültig. Ob das Unternehmen, wo unsere Haut gegerbt wird, 10, 5 oder 0 Prozent Dividende abwirft, berührt

unsern Lohn nicht im geringsten. Also warum sollten wir uns für die Frage interessieren?

Fürwahr, es stimmt, was der Proletarier hier sagt. Was kann es dem Sklaven verschlagen, ob der Kerl, der ihn zu Markte führt, Schinderhannes, Foch oder George heißt? Aber ist der Proletarier wirklich so zermürbt, daß er glaubt alle seine Hoffnungen auf ewige Zeiten der Entente verpfänden zu können? Wenn seine Kapitaltheorie, die Marxsche Kapitaltheorie, unanfechtbar, und die auf Grund dieser Theorie gemachten und fehlgeschlagenen Experimente endgültig wären, so hätte ja der Proletarier mit einer hoffnungslosen, ewigen Sklaverei zu rechnen und dann wären die Folgerungen, die er zur Frage der Reparation zieht, auch unanfechtbar. Ja, sein Angebot hatte sogar das für sich, daß es nun nicht mehr seine Landsleute, sondern fremdes Gesindel wäre, das sich mit dem Produkte seiner Arbeit gütlich tut. Er wird die Leute dann wenigstens nicht mehr sehen, die ihn ausbeuten, verhöhnen und verachten.

Was **wir** der Entente angeboten hätten und hiermit nachträglich anbieten:

*Wir machen der Entente folgendes Angebot:*

- I. Deutschland verpflichtet sich an die Entente jährlich alles arbeitslose Einkommen abzuführen, das den deutschen Rentnern zufließt, a. aus den Aktien der zur Zeit in Deutschland bestehenden Aktiengesellschaften, b. aus den Zinsen der vor dem Kriege in Deutschland eingetragenen Hypotheken.
- II. Deutschland zahlt jährlich an die Entente eine Summe, die dem entspricht, was es infolge der Abrüstung jährlich ersparen wird an Heeres- und Marineausgaben.
- III. Deutschland zahlt jährlich eine Summe, die dem entspricht, was Deutschland durch Abtretung der beiden agrarischen, d. h. notleidenden und durch Zölle auf Kosten der deutschen Volkswirtschaft unterstützten polnischen Provinzen nunmehr sparen wird. (S. den betreffenden Artikel in diesem Blatte.)
- IV. Deutschland zahlt jährlich eine Summe, die den Zuschüssen entspricht, die der Verwaltung der deutschen Kolonien gemacht wurden.
- V. Deutschland verpflichtet sich diese unter I. bis V. genannten Leistungen so lange fortzuführen, bis es die beiden grundstürzenden Reformen „Freiland

und Freigeld“ auf seinem Gebiet durchgeführt haben wird und damit den durch die Tat erhärteten Beweis erbringt, daß das Proletariat aller Länder vom Fluche des Kapitalismus befreit werden kann, ohne zum verzweifelten Mittel des Kommunismus, des Staatssozialismus greifen zu müssen. Entscheidende Instanz für die Bestimmung des Termins, wann Deutschland den genannten Beweis erbracht haben wird, bildet ein Arbeiterkongreß der ganzen Welt. (Der Internat. Gewerkschaftsbund.)

- VI. Deutschland wird das Risiko dieses gewaltigsten sozialpolitischen Experiments als seinen Anteil an dem für die Greuel des letzten Krieges zu bringenden allgemeinen Sühneopfer betrachten.
- VII. Deutschland stellt für seine genannten Leistungen die Bedingung, daß die Kaufkraft der Goldmark nach dem letzten Vorkriegsindex in einem Multiple-Standard festgelegt werden soll, der der Kontrolle des künftigen Völkerbundes unterworfen wird.
- VIII. Deutschland wird in der überall brennend gewordenen Frage des sozialen Friedens dem alten Schlachtrufe „Germans to the front“ noch einmal Folge leisten. Deutschland wird unter dem Drucke der Ententeforderungen die durch den Krieg geschaffene, außergewöhnliche und vielleicht nie wiederkehrende politische Konstellation dazu benutzen, um im Innern alle Reformen durchzuführen, die der dauernde Bürgerfriede erheischt. Deutschland wird den Kapitalismus, diese wahre und letzte Ursache aller Kriege auf der Bahn des Friedens, des Fortschrittes und der oftgenannten „Humanity“ wegräumen und dem verzweifelten Proletariat der Welt zeigen, wie es sich befreien soll von aller Ausbeutung und Sklaverei.

—

Von den Regierungen der Entente nimmt Deutschland an, daß sie denselben hohen Ziele zustreben, und erwartet darum, daß sie alles tun werden, um das deutsche Volk in diesem außergewöhnlichen Unternehmen zu unterstützen, damit der Versuch möglichst bald die von ihm erwarteten Ergebnisse zeitigt. Vornehmlich erwartet Deutschland die alsbaldige, restlose Beseitigung aller Hemmungen, denen sein Handel noch unterworfen bleibt, die vollkommene Freizügigkeit für die deutschen Staatsangehörigen, die Meistbegünstigung für seine

Waren bei der Verzollung. In all diesen Beziehungen wird Deutschland auch wieder dem Rufe „Germans to the front“ folgen und alle Zölle aufheben, ja die Zollgrenze überhaupt ganz beseitigen. *Deutschland bringt als erster Staat dem Völkerfrieden das Opfer des alten Souveränitätsrechtes auf Erhebung von Zöllen* und überhaupt auf Errichtung von Zollgrenzen! Deutschland erklärt die volle Freizügigkeit und den Freihandel als allgemeines Menschenrecht und geht hier unmittelbar zur Tat über, indem es dieses Menschenrecht für sein Gebiet schrankenlos anerkennt.

Deutschland erwartet, daß die Erfolge, die solches Vorgehen nach allen Seiten, namentlich nach der pazifistischen Richtung hin zeitigen wird, den Nachahmungstrieb aller Völker wecken wird und daß sehr bald in einem Weltkongreß der Freihandel und die allgemeine, unkontrollierte Freizügigkeit mit dem dazu gehörigen Ansiedlungsrecht als *allgemeines Menschenrecht* ausgerufen werden wird. Deutschland erwartet von solchem Vorgehen die Lösung der politischen Rassefragen und den Schutz der künftigen Geschlechter vor dem bewaffneten Zusammenprall der Rassegegensätze (weiße, gelbe, schwarze Gefahr). Zugleich werden wir durch solches Vorgehen dem sonst als gesund und normal zu bezeichnenden imperialistischen Streben, das die Unternehmer der ganzen Welt von jeher beherrschte, die gefährliche Spitze abbrechen. Statt hoffnungslos den ewigen imperialistischen Traum zu *bekämpfen* und als unmoralisch zu brandmarken, werden wir ihn in einer friedlichen Gestalt Wirklichkeit werden lassen.

So hoffen wir bald die politische Atmosphäre zu schaffen, die es allen Völkern gestatten wird rückhaltlos sich dem Gedanken des Weltfriedens hinzugeben und die Rüstungen zerfallen zu lassen. Indem wir die Rüstung des Kapitals zerschlagen, die Wurzeln des Klassenstaates verdorren lassen, zerfressen, zermürben wir auch alle dazu gehörigen Mittel der Gewalt.

Deutschland bekennt sich offen und rückhaltlos zum Gedanken des  
*allgemeinen, ewigen Weltfriedens,*

den es als Abfallprodukt des allgemeinen Bürgerfriedens betrachtet, dem allerdings große, harte Opfer zu bringen sind. Das arbeitslose Einkommen, bestehend aus Zins und Grundrente und Konjunkturgewinn, muß verschwinden. Aus Deutschland hat der Krieg und der an die Entente abzuführende Tribut diesen Zankapfel und

Störenfried beseitigt. Wir wünschen allen anderen Völkern aus ganzer Seele, daß die Befreiung von diesem Erbfeind ihnen nicht noch größere Opfer auferlegen wird.

*Anmerkung:* Dieser Artikel war gesetzt, bevor Briand seine Rede vom 17. März hielt.

## **Wieviel gewinnt Deutschland durch die Abtretung der polnischen Gebiete?**

Es ist nicht alles Gold, was der verlorene Krieg uns kostet. So sprach man, oft unter Tränen, von dem vielen und guten Getreide, das uns die polnischen Gebiete lieferten. Gewiß, diese Provinzen hatten einen bedeutenden Überschuß an Getreide, etwa 2 000 000 t. Aber dieses Getreide wurde uns nicht geschenkt. Wir mußten es sogar um 25% teurer bezahlen, als wenn wir es von irgend einem anderen Lande bezogen hätten. Die Bevölkerung von Warschau erhielt sogar das Getreide aus Posen um 25% billiger, als wie es die Berliner Proletarier den Bauern in Posen bezahlen mußten. Das erscheint unglaublich und fordert eine Erklärung. Diese Erklärung liefert die deutsche agrarische Politik, die Kornzölle und die Kornausfuhrprämien. Wir bezahlten infolge dieser Zölle den Bauern in Posen für das gelieferte Getreide den *Weltmarktpreis mit einem Zuschuß von 25% aus den Taschen des deutschen Proletariers*. Und wenn die Bauern in Posen vorzogen, das Getreide nach Warschau zu schicken, so bezahlten die Polen in Warschau den Polen in Posen den Weltmarktpreis und die Reichsregierung „entschädigte“ die Bauern in Posen durch eine Ausfuhrprämie, die dem entsprach, was der Berliner für das Getreide mehr bezahlt hätte. So bezahlte das Reich 1911 für 300 000 t ausgeführten Roggen über 16 Mill. Mark Ausfuhrprämien an die Bauern der jetzt endlich sich selbst zurückgegebenen Gebiete. *Im ganzen bezahlten wir den Bauern der abgetretenen Gebiete für das uns gelieferte Getreide etwa 100 Millionen Goldmark jährlich mehr, als uns dasselbe Getreide aus Rußland oder Rumänien gekostet hätte.*

Diese Last fällt nun fort. Wir werden das Getreide der abgetretenen Gebiete zu den Weltmarktpreisen bezahlen, und wenn wir die Zölle beibehalten sollten, so geht ihr Ertrag in die Reichskasse, statt in die Taschen der Grundbesitzer der abgetretenen Provinzen. Wir werden hier jährlich 100 Millionen Goldmark sparen und doch dasselbe Brot von gleicher Güte haben. Haben wir also einen Grund, uns über solchen Verlust zu betrüben? Es wird uns gehen, wie es den Spaniern erging, als sie ihre Kolonien verloren. Spanien gedeiht seitdem. – Auch wir werden nicht merken, daß wir etwas verloren haben.

## **Wir warnen vor Fortsetzung des Experiments.**

Der rote, der weiße Terror – wenig bedeuten sie für das schaffende Volk, verglichen mit dem

*Papiergeldterror,*

der von der Reichsbank ausgeht.

Brauchen wir ein Reichsbankdirektorium, wenn dieses seine Aufgabe darin erblickt, gehorsam die Befehle des Finanzministers auszuführen? Für solche Handlangerarbeit genügte wohl auch ein Handlanger.

*Fort mit der Reichsbank,*

die ihre Aufgabe nicht einmal sieht und, bar jeder wissenschaftlichen Erkenntnis, mit Erfahrungssätzen arbeitet, für die jetzt alle Voraussetzungen fehlen.

Die Reichsbankdirektoren haben sich der Papiergeld-Wirtschaft, die ihnen von Helfferich und seinen Nachfolgern zugemutet wurde, nicht entgegengestemmt. Keiner muckste, keiner dankte ab. Sie klebten auf ihren Sesseln.

Diese verbrecherische Papiergeldwirtschaft, für die es niemals eine finanzielle Notwendigkeit geben darf, auch in Kriegszeiten nicht, die uns die allgemeine Preistreiberei, die Schieber- und Wucherprozesse brachte – sie war's, die die öffentliche Moral zermürbte.

Arbeiter, Bauern, Kaufleute und Unternehmer, alle, die Ihr durch die von der Reichsbankpolitik ausgehenden Preisstürze und Preistreibereien, von den Valutabesserungen und Valutaverschlechterungen zermalmt werdet, erwartet von den Maßnahmen der Reichsbank keine Besserung eurer Lage. Die Reichsbankdirektoren be-

herrschen die Lage nicht. Das geht auch daraus hervor, daß sie kein Wörtchen sagten, geschweige denn Alarmsignale gaben, als die Nationalversammlung in Weimar *vergaß*, das wichtigste Recht des Reiches, das Währungsrecht, in die Verfassung einzubauen. Daß die aus allgemeinen Wahlen hervorgegangene Nationalversammlung, in der Hauptsache also die Vertreter des Landvolkes, des Proletariats, der Fabrikarbeiterinnen, nichts von Währungs- und Valutafragen versteht, ist natürlich und zeugt, wie unhaltbar auch der demokratische Staat sein wird. Um so mehr war es Pflicht der Reichsbank, bei diesem Schildbürgerstreich der Nationalversammlung einzugreifen und diese braven Leutchen vor der Lächerlichkeit zu schützen.

*Fort mit der Reichsbank!*

*Wir brauchen ein Reichswährungsamt.*

*Wir brauchen aktive Währungspolitik,*

eine verantwortliche Währungsverwaltung an Stelle der veralteten, dem engen Gesichtskreis der Privatbankiers entstammenden Geleisetreterei.

Aber noch viel mehr brauchen wir. Wir brauchen Köpfe, keine Puppen, die mit sich spielen lassen, Männer, die imstande sind, den Lockungen und Einschüchterungen der „haute Finance“ zu widerstehen. Auch brauchen wir eine Demokratie, die imstande ist, den Beamten des Reichswährungsamtes scharf auf die Finger zu schauen, denen Valuta und Devisen keine Mädchennamen sind. Wir brauchen eine Gewähr dafür, daß die ungeheuren Machtmittel des Notenamtes nicht zu Börsenspekulationen mißbraucht werden. Wir brauchen eine Sicherung gegen Börsenraubzüge. Wo die öffentliche Aufsicht fehlt, da stellen sich auch die Räuber ein. Die an unsern Börsen gemachten Riesenvermögen sind ein schlagender Beweis dafür, daß die Aufsicht bisher gefehlt hat. Die Riesenvermögen, die die Geschicke der Welt heute leiten, sind unter *aktiver oder passiver Mitwirkung* der Notenbanken entstanden, sei es, daß die Geldmächte Strohpuppen in das Direktorium der Notenbanken einsetzen, sei es, daß man das Personal am Raube beteiligte.

Wissende, keine vertrauensseligen Bauern brauchen wir. Leser dieser Zeilen, hast du eine stichhaltige Antwort auf die uralte Währungsfrage? Kann dir hier niemand ein X für ein U vormachen? Bist du wissenschaftlich vorbereitet für eine demokratische Kontrolle des Noteninstituts? Wenn du das nicht bist, erwarte nicht, daß andere es seien. *Fort mit der Vertrauensselig-*

*keit*, die sich auf allen Gebieten als unberechtigt erwiesen, die uns ins Unglück gestürzt hat. Die Vertrauensseligkeit bringt immer das Minderwertige an die Spitze. Um deine Sache handelt es sich hier, bereite dich dafür vor, für dich tut es kein anderer. Studiere die Währungsfrage!

## **Die Bekämpfung der Valutaschwankungen.**

1. So lange die Währung nicht überall in der Welt nach den gleichen Grundsätzen geführt wird, ist die Valuta nicht nur den Angriffen der internationalen Geldmächte ausgeliefert, sondern auch den Puschereien der Noteninstitute.

2. Grundsätze dieser Art, die sich international durchsetzen wollen, müssen selbstverständlich an sich gesund sein. Die Goldwährung genügt den Anforderungen nicht, die man an ein gesundes Geldwesen stellen muß. Darum ist die Hoffnung eitel, sie zu einer Weltwährung machen zu können, zumal jetzt, da ihre großen Mängel auch schon den Bauern und den Bankiers offenbar geworden sind. Wie die Silberwährung und die Doppelwährung, so hat jetzt auch die Goldwährung abgewirtschaftet.

3. Führen wir in Deutschland mit dem Freigeld die stetige Währung ein, so ist noch nichts getan, um die Valutaschwankungen zu verhindern, so lange die andern Länder nicht auch die stetige Währung einführen. Jedoch mit dem Tage wo letzteres geschieht, müssen auch die Valutaschwankungen immer kleiner werden und mit der Einführung der „Iva-Note“ müssen sie vollends verschwinden. (Hierüber s. Internationale Valuta Assoziation, Freiland-Freigeld-Verlag in Erfurt.)

4. Kann man nun inzwischen gegen solche Schwankungen der Valuta von Staats wegen irgend etwas unternehmen und zwar einseitig etwa von Deutschland aus? Kann es uns irgend etwas nutzen, wenn wir etwa unter Hinweis auf die deutsche stetige Währung, die Schuld an den Valutaschwankungen auf die andern Länder abwälzen? Für den, der den Schaden hat, das arbeitende Volk, ist es ganz einerlei, ob die Schuld den einen oder den andern trifft. Er muß in beiden Fällen aus seiner Tasche die Gewinne zahlen, die die Börsianer einstreichen.

5. Welche Valutaschwankungen würden wir auch verhindern wollen? Etwa die zwischen Deutschland und



Polen? Die polnische Valuta wird für Deutschland gewiß bald bedeutsamer sein, als die französische und auch als die englische, wenn man in England bei der Politik des Preisabbaues verharret. Oder sollen wir uns auf die argentinische, auf die japanische, auf den Dollar, auf die hundert Staaten einstellen, mit denen wir Handel treiben wollen? Dann müßten wir auch 100 verschiedene sich kreuzende Maßnahmen ergreifen, wenn wir diese 100 Valutakurse von Staats wegen beeinflussen wollten. Ein unmögliches Unternehmen.

6. Was sich zur Zeit in dieser Sache tun läßt, ist folgendes: Deutschland führt die stetige Währung ein. Dazu gehört das Freigeld. Es ladet alle Länder der Welt zu einem internationalen Valutakongreß nach Berlin ein. Die Unterlage für die Verhandlungen bilden die Grundsätze der stetigen Währung, die für alle Länder dieselben sind. An den deutschen Erfahrungen wird die Gesundheit dieser Grundsätze allen Kongreßteilnehmern praktisch vor Augen geführt.

7. Die Staaten, denen es gelingt, die stetige Währung durchzuführen (die Staaten, die sich noch im Kriege und in Revolution befinden, wird dies schwer fallen), schließen sich durch Einführung der Iva-Note der Internationalen Valuta-Assoziation an. Damit ist das Ziel erreicht und zwar ohne, daß es nötig wäre irgend welchen Vertrag abzuschließen. Der Staat, der sich der Iva anschließen will, tuts, wer nicht will, läßt es sein. Er hat den meisten Schaden. Wer es bereut, tritt aus der Iva aus, wer auch diesen Austritt späterhin bereut, dem steht die Rückkehr jederzeit frei!

## **Die Schuld am Zusammenbruch.**

Im „Berliner Tageblatt“ vom 17. 2. schreibt T. W.: Wohin das Deutsche Reich, in dem nicht einmal der zahmste Liberale auf einen Regierungsposten gelangen konnte, im Laufe von dreiundvierzig Jahren durch die Mentalität der Junker und Junkerkopien, der Reserveleutnants und der Korpsstudenten, der weltumfassenden Kommerzprofessoren geraten ist, haben wir gesehen.“

Ob wohl der zahme Liberale, ob ein mit diktatorischen Vollmachten ausgerüsteter ganz radikaler Liberaler es besser hatte machen können? Kann ein Klassenstaat überhaupt besser regiert werden, als wie das Deutsche Reich

regiert wurde? *Verlangt nicht auch der wildeste Liberale 5% Kapitalzins? Und muß der zahme, wie der wilde Liberale nicht alles das tun, was das „fluchbeladene konservative Regiment“ tat, um die Beute unter Dach zu bringen? Junker, Reserveleutnants, Spekulanten, Korpsstudenten, Börsenjobber, sie alle tun zur Sicherung ihrer Vorrechte selbstverständlich alles, was nötig ist. Nichts mehr, aber auch nichts weniger. Sie bemächtigen sich der Kirche, der Schule, der Presse, sie verhetzen die Völker, die Klassen, sie scheuen auch vor keinem Krieg zurück, sobald ihnen solcher als ultima ratio erscheint.*

Es handelt sich heute um die Überwindung des Kapitalismus. Alle unsere Nöte kommen daher, daß den Massen der Weg zu diesem Ziel unbekannt ist, unbekannt darum, weil die Presse, der auch T. W. dient, der großen Öffentlichkeit ängstlich die Kenntnis dieses Weges verschweigt. Warum tut sie das? Zur Verewigung des Kapitalismus, um die Vorrechte zu schützen, denen auch die „fluchbeladene Politik“ nur diene. *Auch die zahmen, auch die radikalen Liberalen werden es nicht über sich bringen, die Hand dazu zu bieten, um den Klassenstaat zu zertreten, lieber lassen auch sie die Welt in Trümmer gehen.*

## **Marx und Proudhon.**

Als unsere Marxisten durch den Zusammenbruch zur Regierung kamen, beeilten sie sich, alle alten Ministersessel neu zu besetzen und zu den alten Ministerien noch neue zu schaffen. Im Marxistischen Staat wird eben regiert, alles wird regiert. Hören wir, was Proudhon, der Gegner Marx', vom Regieren sagte:

Regiert werden heißt: bewacht, beobachtet, umspäht, gelenkt, preisgegeben, berichtigt, eingesperrt, unterrichtet, ermahnt, kontrolliert, taxiert, gemessen, zensiert, beherrscht werden von Wesen, die weder den Anspruch dazu noch Befähigung besitzen.

Regiert werden heißt: jede Handlung, jede Bewegung notiert, registriert, gezählte abgeschätzt, gestempelt, gemessen, besteuert, patentiert, verweigert, autorisiert, übertragen, vorweggenommen, reformiert, gemäßigt, verbessert sehen.

Regiert werden heißt: unter dem Vorwand des öffentlichen Nutzens unter Kontribution gelegt, gedrillt, gerupft, ausgebeutet, monopolisiert, ausgepreßt, erschöpft, hinterzogen, beraubt werden; dann bei dem geringsten Widerstand, beim ersten Wort der Klage unterdrückt, mit Buße belegt, herabgewürdigt, belästigt, verfolgt, niedergetreten, entwaffnet, geschlagen, gefesselt, verhaftet, geschlossen, füsiliert, gerichtet, verbannt, geopfert, verkauft, betrogen, verraten, und um dem die Krone aufzusetzen, lächerlich gemacht, verhöhnt, beschimpft, entehrt zu werden. (Zitat aus „Der Freigelder“, Bern.)

Die freie Wirtschaft, wie wir sie erstreben, ist die einzige Gesellschaftsform, die ohne solche Regiererei auskommen wird. Eine bessere „Regierung“ als unsere alte preußische Regierung wird es nie geben. Sie leistete wohl das höchste, was mit der Regiererei überhaupt zu erzielen ist. Wer Besseres haben will, darf es nicht von einer Besserung der Regierung, sondern vom Abbau, wenn es geht, von der Beseitigung der Regierung erwarten.

### **Wir „verwerfen“.**

„Wir verwerfen es, wenn eine Minderheit versucht, einer Mehrheit ihren Willen aufzuzwingen.“  
Reichskanzler Müller, 25. 5. 1920.

Ist das Umgekehrte nicht auch verwerflich? Und wenn es das wäre, was soll man dann noch von der Demokratie denken? Wir meinen, wenn eine Minderheit eine Mehrheit bezwingt, so beweist sie damit, daß sie entweder die Tüchtigere ist oder, daß sie eine bessere Sache vertritt. Soll eine Mehrheit von Schafen den Schäfer beherrschen, bloß weil sie die meisten Köpfe hat? Was nützt auch hier, daß wir „solche verwerfen“, wenn uns die Minderheit ihren Willen aufzwingt?

Man verwirft das Verwerfliche, das Unmoralische. Wie moralisch man doch wird durch den Anschluß an die Mehrheit! Wie unmoralisch der Mensch, der eigene Wege geht! Wir verwerfen jede Herrschaft, sowohl die Herrschaft der Mehrheit, wie die der Minderheit. Jede Gesellschaftsordnung, die eine „Herrschaft“ voraussetzt, verwerfen wir – die monarchische, die demokratische und die kommunistische. Wir wollen nicht nur als Volk,

sondern auch als Einzelmensch frei sein. Wenn man sich den Staat nicht anders, denn als Herrschaft vorstellen kann, so bauen wir solchen Staat ab. Wir wollen die Ketten brechen, auch die, die der Staat uns anlegt. Darum verlangen wir die Loslösung des Staates von all dem, was ihm zu Macht- und Herrschaftszwecken aufgebürdet worden ist.

Wie bauen wir den Staat ab? Sehr einfach ist das, wenn einmal die Triebkräfte erlahmen, die zu seinem Aufbau wirksam waren. Dann verwest, zerfällt alles, was nicht wirklich Allen dient. Dann wird der Staat zu Jedermanns Hausknecht. Wer wird sich denn noch um mein Seelenheil kümmern, wenn man mich nicht mehr fürchtet? Wer wird mich noch unterrichten wollen in Staatsschulen und die Kosten zahlen, wenn Niemand den dressierten Hund noch ausbeuten kann!

Seht den Staat, der sich Meines Geistes und Meiner Seele bemächtigte und zugleich Meinen Leib der kapitalistischen Ausbeutung überlieferte, wie seine Glieder eins ums andere der Lähmung verfallen, sobald Profit nicht mehr die Peitsche schwingt und sobald man Meine Empörung nicht mehr zu fürchten braucht. Ich fürchte weder die Majorität noch die Minorität und auch den Staat nicht mehr, wo es keine wirtschaftliche Übermacht mehr gibt.

## **Die Kommunisten.**

Vor 400 Jahren kämpfte Thomas Münzer mit seinen Leuten in derselben Gegend und um dasselbe Ziel, um das heute die Kommunisten in Eisleben kämpfen. Damals wie immer siegte das besser organisierte Kapital (das noch nie von einem Parteigänger verraten wurde) und auch heute wird es wieder siegen. Dann wird man wieder die „Verantwortlichen“ vor das Standgericht zerren.

Wer ist verantwortlich für das Blut, das geflossen ist und das dort nun wieder fließen wird?

Kommunismus ist angewandtes Christentum, er ist die praktische Übersetzung jener Lehre, die das Kapital durch seine Knechte in Kirche und Schule verbreiten läßt. Das, was den *kleinen* Kindern als das Ziel göttlicher Weisheit gezeigt wurde, das wollen die *großen* Kinder jetzt wahr werden lassen.

„Du sollst deinen Nächsten lieben, du sollst die ganze Menschheit lieben, ihr alle seid Brüder, einer für alle, alle für einen, tut Gutes denen, die euch mißhandeln: „mutuum date nihil inde sperantes“ d. h. wenn du deinem Nächsten Geld borgst, so tue es ohne Zins zu verlangen. Brüderlich sollt ihr alles teilen, alle sollt ihr an einem Strange ziehen.“

*Wer solche Sätze feierlich dem empfänglichen Kinde einzuprägen sucht, der ist entweder Kommunist oder ein Schwindler.*

Wer ist nun verantwortlich für das beiderseits vergossene Blut und für das, welches am Standgericht nun fließen wird? Die Lehre von Marx, die Lehre aller Sozialisten gründet letzten Endes auf den Lehrsätzen des Christentums. Sie alle gehen von der Voraussetzung aus, daß die Menschen Brüder sind, daß darum auch die Wirtschaft auf brüderlichen Grundsätzen errichtet werden muß. Es bleibt nichts übrig als Phantasterei, wenn an diesen Lehrsätzen gerüttelt wird.

Wer ist also verantwortlich für das Blut, das jetzt wieder in breitem Strom am Standgericht fließen wird? Wer? Ich glaube nicht, daß es hier Verantwortliche gibt. Es irrt der Mensch, so lange er strebt. Und alle Propheten des Sozialismus strebten, strebten einem Irrlicht nach, das vom Staate angezündet wurde in allen Kirchen und Schulen.

Die Grundlagen unserer Gesellschaftsordnung sind *falsch* und alles, was darauf gebaut wird, mit Einschluß der religiösen und philosophischen Systeme, steht notwendigerweise schief. Diese Grundlagen, bei deren Zustandekommen gewiß kein Mensch *bewußt* gehandelt hat, schufen den Kapitalismus und diesem Kapitalismus paßte sich der Mensch in seinem Tun und Denken an, wie er sich dem Klima anpaßt. Wer an diesem Kapitalismus aktiv oder passiv beteiligt ist, tut das, was die Lage von ihm fordert. Der Kapitalist verteidigt seine Burg und der Proletarier greift sie an. Und da nun dem Proletarier seit 50 Jahren gesagt wird, daß er durch „Expropriation der Expropriateure“ zu seinem christlichen Ziel gelangen wird, so handelt der Proletarier jetzt entsprechend dieser Lehre. Günstiger als jetzt werden die Umstände für ein solches Unternehmen ja niemals werden. Kann man ihm nun sein Tun verdenken? Und kann man es dem Kapitalisten verdenken, daß er sich zur Wehr setzt und die Grundlagen seiner Existenz verteidigt?

Nun liegen die Toten in den Straßengossen. Wer ist verantwortlich? Ist es Christus, der uns sagte, wir seien alle Brüder, wir sollten uns lieben? Was geht das das Standgericht an? Ist es Marx, der seine Lehre auf der vorausgesetzten allgemeinen Bruderliebe gründete? Sind seine Apostel in Berlin am Engelufer verantwortlich dafür, daß ihre Gemeinde ihren Worten geglaubt hat?

Schluß mit der Lehre von der allgemeinen Brüderlichkeit, mit der Lehre, daß der Einzelne nichts sei, daß er sich fürs Ganze stets zu opfern habe! Man gebe den Kommunisten, die da in die Hände der „Sipo“ gefallen sind. *Stirners Werk* [Max Stirner „der Einzige und sein Eigentum“, in Reclams Universalbibliothek erschienen und in jeder Buchhandlung erhältlich. Preis jetzt 8 – 10 Mk.] in die Hand und schicke sie damit nach Haus, damit sie lernen, zunächst einmal sich selbst zu achten, ehe sie völlig unbekannte Wesen (die „Allgemeinheit“, die „Menschheit“ usw.) achten und lieben und sich für das Ungeheuer gar noch opfern sollen. Wer den Kommunismus bekämpfen will, der muß zunächst einmal reinen Tisch machen mit alle dem, womit man die nunmehrigen „Kommunisten“ als Kinder einst in Kirchen und Schulen seelisch gebrochen hat. Man sage es ihm, dem Kommunisten, da am Standgericht, daß er das Zentrum der Welt, daß um ihn sich alles drehen muß, daß er der Joseph, um den alle anderen Brüder stehen, um ihn anzubeten. Wenn er Gott sehen wolle, so brauche er nur in den Spiegel zu schauen. Das sage man dem geschlagenen, zum Herdentier dressierten armen Schelm. *Man sage ihm ein einziges Mal nur die Wahrheit!* Dann ist er befreit von allen kommunistischen, monarchistischen, demokratischen Besessenheiten. Dann werden wir auch jemand haben, der für sein Tun zur Verantwortung gezogen werden kann. Bis dahin gibt es nur einen Verantwortlichen für die jetzigen Ereignisse, das ist der, der in Kirche, Schule, Presse, Partei für die Verewigung des kapitalistischen Zustandes dadurch sorgt, daß er religiöse Grundsätze verbreiten läßt, die im krassesten Widerspruch stehen mit der staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung. Entweder, wir bringen die gesellschaftliche Ordnung in Übereinstimmung mit den religiösen Lehren, oder man stelle die Verbreitung solcher Lehrsätze ein. Wem solches aber wehe tun sollte, der packe mit uns zu! Freiland-

Freigeld ist der Weg, um die christlichen Ermahnungen in Übereinstimmung zu bringen mit den Befehlen des Lebens.

## **Der Abbruch der Herrenhäuser.**

In unserem für die jetzige Zeit ausgearbeiteten Notwirtschaftsprogramm war zur Gewinnung von Baumaterial der Abbruch der Herrenhäuser vorgeschlagen worden, für den Fall, daß keine wirtschaftlichere Verwendung gefunden würde. Aus Zuschriften ersehen wir, daß man dieser nebensächlichen Angelegenheit große Bedeutung beilegt, wobei die Ansichten allerdings stark auseinander gehen. Einige freuen sich, daß diese Denkmäler des Klassenstaates uns nun nicht mehr ständig an unsere Schande, an die Zeiten erinnern werden, wo unsere Großmütter zu Leibeigenen herabgewürdigt waren, wo die Landgrafen die Bauernsöhne als Kanonenfutter an die Engländer verkauften. Wir meinen aber, daß es nichts schaden kann, ja sogar sehr nützlich ist, wenn durch ein Denkmal zuweilen die Geschichte aufgefrischt wird, und daß gerade die Denkmäler unserer Schande erhalten werden sollten. Wenn in jedem deutschen Dorf ein solches Denkmal, ein Denkmal der Leibeigenschaft errichtet worden wäre, das Volk wäre weniger verblödet. Wenn uns also die Herrenhäuser diesen Dienst leisten könnten und wir zur Zeit keine größeren Sorgen haben, so könnten ja die Herrenhäuser stehen bleiben und wie die Burgen am Rhein langsam zerfallen. Über das Schicksal der Herrenhäuser möge man darum die Obdachlosen bestimmen lassen.

In anderen Zuschriften wird der Entrüstung über unseren Vorschlag Ausdruck gegeben, oft in starken Worten. Manchmal sieht es so aus, als ob der Schreiber die heimliche Hoffnung habe, ein solches Herrenhaus kaufen zu können, um selber darin zu wohnen. Ihnen wollen wir sagen, daß solche Hoffnungen eitel sind. In Deutschland ist, wenn es sich von diesem Zusammenbruch jemals erholen soll, wirklich kein Platz mehr für Herren und Herrenhäuser. In unserem Vorschlag liegt nichts von Bilderstürmerei. Wir sind uns klar über die wirtschaftliche Lage Deutschlands, und in Voraussicht der Dinge, wie sie zwangsläufig sich abwickeln werden, entwerfen wir das Aktionsprogramm.

„Grollt es nicht in fernen Donnern, und siehst du nicht, wie der Himmel ahnungsvoll schweigt und sich trübt“. Schon ist der Abbruch der Herrenhäuser in vollem Gange, noch ehe der Steuerdruck sich eigentlich fühlbar macht. Er wird mit dem Einzug der Vermögensabgabe gewaltigen Umfang annehmen. Die Stadt Berlin baut in großem Umfang die Herrenwohnungen in Proletarierwohnungen um. Und was für die Stadt gilt, warum sollte es nicht auch für das Land gelten? Für das Bewohnen und die Unterhaltung der Herrenhäuser fehlen jetzt und für lange Zeit die finanziellen Unterlagen. Und wenn das Herrenhaus nicht bewohnt und unterhalten werden kann, so wird es in kurzer Zeit zur Ruine. Wer die nötige Dienerschaft nicht bezahlen kann, der verläßt das Schloß, um in eine Mansarde zu ziehen, die er wenigstens mit eigener Kraft in Ordnung halten kann. Dann kommt er auch bald von selbst auf den schlaun Gedanken, das Schloß abzubauen und mit dem Erlös des Baumaterials leibliche Bedürfnisse zu befriedigen. Die Zeiten der Herren sind vorbei und werden nicht wiederkommen. Wir fürchten, daß alle, die sich über unseren Vorschlag entsetzten, sich noch kein klares Bild von der wirtschaftlichen Lage gemacht haben und die Lage noch gar zu grau betrachten. *Schwarz*, nicht grau ist die Lage für alle Bewohner der Herrenhäuser. Jetzt schon konfisziert das Reich 60% des Einkommens und dieses Einkommen wird durch die allgemeine Zerrüttung der Wirtschaft im Mahlstrom von Preisabbaubedrohung und Notendruckhoffnung auf ein Minimum zusammenschrumpfen, ganz abgesehen, daß solche Einkommensteuer, wie es in der Türkei der Fall ist, die Triebkräfte, die das Einkommen schaffen sollen, lahmlegt. Es ist wirklich aus in Deutschland mit den Herreneinkommen und je eher man daraus den richtigen Schluß zieht und die Herrenhäuser abbricht, umso besser für alle, auch für die Herren.



## **Kapitalismus in Russland – Bolschewismus in England.**

### **(Zwischen Hammer und Amboß)**

Lenin richtet sich nach den Erfahrungen. Also er ist kein Fanatiker. Der Bolschewismus versagt auf dem Lande. Er verzichtet darauf, auf dem Wege der Gewalt sein ursprüngliches Ziel zu erreichen. *Er überläßt die Bauern der freien Wirtschaft.* Der Schwerpunkt der russischen Wirtschaft ist aber gerade die Landwirtschaft, 90% des russischen Volkes sind Bauern. Da nun für diese der Bolschewismus nicht mehr besteht, so ist der Bolschewismus für 90% des russischen Volkes wieder abgeschafft. Wie stehts aber mit den übrigen 10%? Der Bericht sagt, daß die Hausindustrie in Rußland wieder auferstanden ist. Das war zu erwarten. Das ist auch für Deutschland zu erwarten, wenn der Sozialisierungsunsinn nicht bald zu den übrigen Trümmern der Revolution geworfen wird. Die großen Industriebetriebe gehen an den Innenreibungen der Sozialisierung, am Kampf mit den Arbeiterorganisationen zugrunde, dann kann die Hausindustrie trotz geringer Leistungsfähigkeit wieder konkurrieren. Bei der Auflösung der Großbetriebe kaufen die einzelnen Arbeiter für sich, für die Hausindustrie die Drehbänke, die Webstühle, das Handwerkzeug um ein Butterbrot. Mit Hilfe von Familienmitgliedern, von Kameraden, die unabhängig sind von allen Gewerkschaftsbedingungen, wird nun gearbeitet. Die geringere Leistungsfähigkeit des Kleinbetriebes wird ausgeglichen durch die Hochwertigkeit des Arbeitsgeistes, durch den Fortfall der Sabotage und der Streiks. Der Kleinbetrieb kann auch auf dem Lande gedeihen und eine Existenzmöglichkeit bieten, wenn – wie in Rußland – die geringe Bevölkerungsdichtigkeit es jeder Familie erlaubt, sich die notwendigen Lebens- und Bedarfsmittel durch Ackerbau und Viehzucht nebenher auf alle Falle zu sichern. Also werden die Maschinen von Moskau und Petrograd aufs Land gebracht und die Proletarier folgen den Maschinen. Die Städte, die sich schon entvölkerten, weil die Grundherren mit Dienerschaft und Gefolge verschwunden sind, verlieren nun auch das Industrievolk. Sie verlieren auch sonst die Anziehungskraft,

weil die Rentner mit ihrem Luxus fehlen, und das Militär. Kleine Marktflecken mit Kaufleuten und Beamten, ohne Proletariat, wie vor 100 Jahren. *Die proletarischen Massen werden so wieder aufgelöst oder übers ganze Land zerstreut.* Damit ist aber Lenins Reich aufgelöst. Denn die unter der Kontrolle der Partei, der Parteidisziplin stehenden, in den Großstädten zusammengepferchten Proletariatsmassen gaben den Unterbau zu Lenins Staat. Jetzt schon soll in Petrograd nur noch  $\frac{1}{4}$  der früheren Bevölkerung leben. Sobald man in Moskau auch so weit sein wird, ist es ganz aus mit der Macht des Bolschewismus. *Der Kommunismus geht an der Schwindsucht, der mit ihm die Großstädte verfallen, zugrunde.*

Da nun mit der Abwirtschaftung des Bolschewismus die alten Grundmauern des Kapitalismus wieder zum Vorschein kommen werden, so wird die künftige Entwicklung der russischen Wirtschaft wieder zwangsläufig in die Bahnen des Kapitalismus gedrängt werden. Alle Betrüger, Spekulanten, Wucherer, Hurenväter der Welt haben ihr Auge auf Rußland geworfen. Bald werden die russischen Bauern umgaukelt werden von diesen Schwindlern, bald werden sie bis an die Ohren in Schulden stecken, in Dollarschulden, Golddollarschulden. Und dann werden die Zwingburgen der Demokratie, die Hypothekenbanken, an allen Orten errichtet werden, und dann wird auch Moskau aus den Trümmern wieder erstehen: Proletarier und Kapitalisten. Und wenn vielleicht noch heute das von Lenin den Bauern geschenkte Bodenrecht solcher Entwicklung im Wege stehen sollte – zuverlässige Berichte über diese Angelegenheit fehlen noch heute – das herkömmliche Geldrecht, das die Russen aus Unwissenheit gewiß wieder einführen werden, das wird schon dafür sorgen, daß den Wucherern der Weg zur Erde wieder gebahnt wird. Schon ließ das Staatsdepartement der V. S. von Nordamerika der Sowjetregierung auf deren Aufforderung zur Anknüpfung von Handelsbeziehungen antworten: „Man kann nicht auf die Wiederherstellung des Handels rechnen, solange dauerhafte wirtschaftliche Unterlagen für die Produktion fehlen.“ Unter „dauerhaften Grundlagen“ verstehen die Amerikaner aber nichts anderes als das auch in Amerika herrschende alte, verfluchte Bodenrecht. Wenn es also den russischen Bauern nach dem Leninschen Rechte nicht möglich sein sollte, ihr Land für die aus Amerika einzuführenden Maschinen zu verpfänden, so wird eben

dieses Recht revidiert werden, ähnlich wie in Ägypten zu Josephs Zeiten die Not der Bauern dazu benutzt wurde, um den Bauern das Land für die Krone abzuschwindeln. (Vergl. Joseph, Salomo und unsere Kriegsfinanzen von Barnabas, Freiland-Freigeldverlag Erfurt).

Wir haben wiederholt unsere Schriften der Sowjetregierung mit dem diplomatischen Kurier zugehen lassen. Vielleicht veranlaßt der Mißerfolg die Sowjetregierung nunmehr unseren Vorschlägen Beachtung angedeihen zu lassen. Auf der Grundlage der von uns geforderten Reformen würde sich das russische Volk überraschend schnell erholen und statt bei den Amerikanern um Kredit zu betteln und von den Engländern, die selbst nicht mehr wissen, was sie in der Arbeiterfrage tun sollen, gute Ratschläge in Empfang nehmen zu müssen, würden sie sich der Erwürgung durch die amerikanischen Beutejäger entziehen, würden im Gegenteil der Welt bald mit Kredit aushelfen können und allen Menschen zeigen, wo der Notausgang aus dem Narrenhaus ist.

Doch der hohen Sowjetregierung ist das Hemd näher als der Rock. Sie fühlen sich alle unsicher, sie wissen, daß sie alle gehängt werden, wenn die Reaktion siegen würde, und darum haben sie nicht die nötige Ruhe um die Reformen zu studieren, die wir ihnen vorschlagen. Und so werden die russischen Bolschewiks das gleiche Ende nehmen, wie die Revolutionäre aller Länder und Zeiten, wie alle, die sich gegen den Kapitalismus erheben, ohne die Natur des Kapitals vorher ergründet zu haben. Wer seinen Feind mit unzureichenden Waffen angreift, gerät nur noch tiefer in dessen Abhängigkeit.

—

Zu derselben Zeit, wo die Russen aus dem Kommunismus wieder in den Kapitalismus flüchten, erklären die englischen Arbeiter mit dem Generalstreik den Kapitalisten den Krieg. Und diese Kriegserklärung muß als erster Schritt zum Bolschewismus angesehen werden. Zunächst handelt es sich um eine Lohnfrage der Bergarbeiter. Siegt der Bergarbeiter, d. h. hebt er seinen Lohn aus der allgemeinen Lohnskala heraus, so muß er damit rechnen, daß alle anderen Arbeiter dasselbe tun werden, ohne Rücksicht darauf, ob der Unternehmer ohne Preiserhöhung bestehen kann oder nicht. Dann kommt es bestenfalls wieder zu einer allgemeinen Preistreibe, die alle Vorteile des Streikes wieder verflüchtigen wird. (Vorausgesetzt, daß die Notenbank den nötigen Stoff zu solcher neuen Inflation herausrückt, anderenfalls

würde eine Krise die Unausgeglichenheiten von Preisen und Löhnen beantworten). Wollen die Arbeiter gar ihren Lohn auf Kosten des Kapitalzinses erhöhen, so werden sie erfahren, wie die Kapitalisten sich durch einen allgemeinen Geldstreik zu wehren wissen. Die Arbeiter werden durch die Erfahrung zum 1000sten Male belehrt werden, daß, wenn sie oder das Geld streiken, das Geld im Schranke es länger aushalten kann, als der Arbeiter am ungedeckten Tisch. Wollen die Arbeiter den Unternehmern, den Hauswirten das aufbürden, was sie durch Streik zu gewinnen hoffen, so werden sie erfahren, was die eherne Rentabilitätsgrenze bedeutet. Sie werden alle Bautätigkeit zum stocken bringen und ein ständig wachsendes Heer von Obdach- und Arbeitslosen herumlungern sehen, deren kameradschaftliche Unterstützung ihnen mehr kosten wird als die erstrittene Lohnerhöhung ausmacht. Die sonst für alle Streikenden so gefährlichen Arbeiterreservebataillone, *aus denen sich die Pinkertonschen Bataillone bilden*, nehmen in bedrohlicher Weise zu. Und nehmen wir schließlich das Unmögliche an, nämlich, daß der Lohn sich über seine natürliche Höhe heben ließe, dann würde er ja mit den nivellierenden Kräften zusammenprallen, die den Lohn zu einer *internationalen Größe* machen. Man kann sich ja vorstellen, daß eine einzelne Gewerkschaft, z. B. die der Bergarbeiter, durch eine monopolistische Gewerkschaftspolitik den Lohn über diese internationale Größe treiben und erhalten kann. Das erreichen sie dadurch, daß sie alle auswärtigen und ausländischen Arbeiter aus ihren Reihen als Wettbewerber ausschließen. Eine solche Politik würde sie jedoch im Gegensatz zu allen übrigen Arbeitern setzen, und diese zu ähnlichen Maßnahmen zwingen. Allgemeine Gebundenheit, Beteiligung der Freizügigkeit (wirtschaftliche Freizügigkeit) wäre die Folge. Krieg und Massenmord das Ende. Die Solidarität der Arbeiter, auf die die englischen Arbeiter besonders großes Gewicht legen, wäre gesprengt. (Für diese Entwicklung liefert uns die Geschichte keine Beispiele, weil sie aus den angegebenen Gründen sich nie so weit entwickeln konnte.) Das organisatorische Ziel der Proletarier aller Länder, der allgemeine, internationale Gewerkschaftsbund, ist keinesfalls auf dem Wege solcher monopolistischen Gewerkschaftspolitik zu erreichen. Wollen daher die englischen Arbeiter etwas, was den ehernen Forderungen des Kapitals zuwiderläuft, durchsetzen, so bleibt ihnen nichts anderes als der Bolschewismus. England ist aber noch

viel weniger dazu „reif“ als es Rußland war. Rußland, ein Agrarstaat, konnte drei Jahre aushalten. Es könnte auch ewig aushalten, wenn das Volk sich dort nur bescheiden wollte mit dem, was der Kommunismus an Gütern leistet. Anscheinend wollen aber die Russen die Segnungen der nur mit dem Privateigentum zu erzielenden Höchstleistungen nicht entbehren. Darum kapitulieren sie. Die Russen konnten 3 Jahre Kommunismus spielen, weil sie das Glück haben, Schafe zu besitzen, die nicht rosten. Während der Russe schläft oder über Sozialisierungsunsinn diskutiert, fressen seine Schafe und setzen Wolle und Fleisch an. Anders in England und in Deutschland. Die eisernen Schafe der Industrievölker setzen Rost an statt Wolle. Drei Tage erst dauert der Streik der Bergleute in England und schon sind Gruben ersoffen mit einem Materialschaden von 7 Millionen Pfund oder 1550 Millionen Mark. Kommunismus in England bedeutet dort den Tod von 20 – 30 Millionen Menschen im Handgemeine mit den Würgengeln des Hungers, oder aber die bedingungslose Kapitulation der Arbeiter.

Was tun? Die Russen flüchten aus dem Kommunismus in den Kapitalismus. Die englischen Arbeiter flüchten aus dem Kapitalismus in den Nebel. Die deutschen Arbeiter sind der Mißerfolge müde, sind mürbe, mißtrauisch, sind so, wie sie der Kapitalist zu haben wünscht. Zwischen dem Hammer des Kommunismus und dem Ambos des Kapitalismus. Und so wird es bleiben, bis die Arbeiter sich dazu bequemen das Ding, das sie angreifen, einmal näher zu betrachten.

Die Befreiung vom Fluche des Kapitals muß euer Werk sein. Davon seid ihr alle überzeugt. Ganz recht. So beginnet damit, daß ihr euch selbst einmal erst befreit von den uralten Besessenheiten. Befreit euch von dem Schwindel, daß eure Ausbeutung zum größten Teil oder gar ausschließlich aus dem Unternehmerge Gewinn besteht. Lest, studiert unsere Schriften; sie zeigen euch, wo die kapitalistische Krake ihre Saugnäpfe hat, wo die Hebel anzusetzen sind. *Folgt unseren Ratschlägen, gebt uns Vollmacht, streikt für die Ziele, die wir euch zeigen, und so sicher wie auf den Bolschewismus der Kapitalismus folgt, werden wir euch und euren hungernden Kindern den Götzen Mammon vor die Füße werfen.*

---

## Die Geldsteuer.

Im Zeitalter des Papiergeldes sollte die Frage, ob *direkte* oder *indirekte* Besteuerung die richtige und gerechte Form sei, nicht mehr aufgeworfen werden. Unsere Finanzminister haben ebensowenig wie die kommunistischen Reichstagsabgeordneten den Mut oder die gesunde soziale Einsicht, die einzige gerechte Besteuerung einzuführen bzw. dafür einzutreten.

Jeder Mensch, ob Bürger oder Bauer, ob Millionär oder Bettler, ob Kind oder Greis, ob Militarist oder Gegner organisierter Gewalt, ob Kapitalist oder Lohnarbeiter, ob Monarchist oder Republikaner, ob Denker oder Idiot – – – jeder, aber auch jeder muß, wenn er einen Brief durch die Post irgendwohin befördert haben will, *ohne Ausnahme* eine gewisse Marke darauf kleben. Dieses gerechte und gleiche Maß für alle und jeden ist, wie jedes Kind schon weiß, auch keine nationale, sondern eine internationale Einrichtung und vielleicht gerade deswegen, weil es überall als eine gerechte Einrichtung empfunden wird.

Kein Mensch empört sich gegen den gleichen „Satz“, der für alle gilt; da gibt es keine Klassenherrschaft und keine Diktatur des Proletariats, welche etwas gegen die Postverwaltung in dieser Richtung einzuwenden hat oder einwenden könnte.

Es scheint aber wie es gar zu oft der Fall ist: Weil das Gute so nahe liegt, deshalb findet es keine Nachahmung. Daß unsere Steuerämter aber fast immer leere Kassen haben und bedeutend größere Summen zur Deckung der laufenden Ausgaben brauchen, als bei ihnen eingehen, das weiß jeder, der schon einmal über „Wiedergutmachung“, „Aufbau“, „Kriegsschulden“, „Wohlfahrtseinrichtungen“, „Soziale Fürsorge“ usw. nachgedacht hat.

So lange aber – wie es heute der Fall ist – prozentual gerade diejenigen die höchsten Summen zahlen, die am wenigsten besitzen und diejenigen die meisten Steuern zahlen, denen man diese von vornherein vom Lohn oder Gehalt einbehält, so lange haben diese Schichten nicht nur das Recht, sondern die unabwendbare Pflicht, gegen dieses Unrecht anzukämpfen. Die andern, die nicht für Lohn oder Gehalt arbeiten, können von der heutigen Steuergesetzgebung weder durch List, noch durch Anwendung von Gewalt zu einer ihrem Vermögen entsprechend ebenso großen Abgabe der

Steuerbeträge veranlaßt oder gezwungen werden, weil eine Kontrolle über ihre Einnahmen durch keine der heutigen Einrichtungen möglich ist. (Siehe z B. die Banknoten-Hamsterbestände von 30 bis 40 Milliarden, unkontrollierbare Schiebergewinne usw.) Nicht allein die leeren Kassen der Steuerämter, sondern die Gerechtigkeit erfordert ein alle gleich belastendes Steuersystem, *deshalb her mit der Geldbesteuerung!*

Nicht länger mehr sollte ein Heer von nutzlosen Beamten – Steuereinschätzern, Steuer- und Mahnzettelschreibern, Steuereinziehern – und was alles noch mit diesen mittel- und unmittelbar im Zusammenhang steht, gehalten werden. Nicht länger mehr sollte der Staat durch Vermögenseinschätzungen seine Nase und die Beamten die ihrigen in die Privatangelegenheit und Vermögensverhältnisse seiner Bürger stecken und diese zum Lügen zwingen, denn selbst ein Zentrumsfinanzminister wäre wohl nicht naiv genug, vorauszusetzen, daß bei der Selbsteinschätzung zum Reichsnotopfer seine eigenen Parteigenossen – abgesehen von ihm selbst – ??? – geschweige die andern, den wahren Bestand ihres Besitztums oder ihres Einkommens angeben würden.

Die Gerichtsvollzieher müssen wie ein mittelalterliches Überbleibsel betrachtet werden; in die Rumpelkammer mit ihnen. Sie sollen nicht länger das Volk verärgern und vom Volke nicht mehr gehaßt werden. Wir brauchen keine Steuereinschätzung und keine Steuereintreiber mehr. Jeder Bürger wird Wächter und Steuergesetz-Vollstrecker in eigener Person, wenn – –

*– – durch Verordnung vom 1. Mai ab 1. Juni kein Geld mehr im Umlauf als Zahlung angenommen wird, das nicht die für die Höhe des Scheines bestimmte, auf der Rückseite desselben aufgeklebte Steuermarke trägt.*

Die jeweiligen Geldsteuer-Marken werden im Laufe jedes Monats bei den Postämtern verkauft. Der Besitzer hat selbst und auf eigene Kosten das Aufkleben der Steuermarken zu besorgen. – –

Diese Zeilen erschöpfen freilich nicht, das darin aufgeworfene Problem, es sind keine „wissenschaftlichen Erwägungen“, sondern nur „common sense“. Sie sind nicht *das Mittel* zur Lösung der sozialen Frage, sondern der *Anfang* zur gleichen Beitragsleistung für gleiche Nutznießung.

Albert Weisheit.

[Pseudonym für S. Gesell / Die Red.]

## Hoffnung, Hoffnung!

Ich sehe Euch alle bedrückt und voller Sorgen. Ihr denkt an die Schulden, die Euch die Entente aufgebürdet hat. Ein ganzer Goldberg, fast schon ein Gebirge; und ihr gedenkt des „Schweißes, der in solcher Arbeitsgallerte „kristallisiert“ ist. Freunde fürchtet Euch nicht vor solchen Aufgaben. Ich werde, sofern die Entente nur mir gegenüber das Recht auf den vollen Arbeitsertrag achtet, *aus meinem Privateinkommen* dieses ganze Schuldgebirge abtragen, und zwar in erheblich weniger Zeit, als uns die Entente als Frist vorschreibt. Und am Ende soll noch ein Rest von sieben Körben voller Milliarden unter Euch zur Verteilung kommen. Ich sehe, Ihr staunt, Ihr vernehmt ungläubig meine Worte. Gut, so hört weiter, was ich Euch zu sagen habe.

Wenn es James Watt, der Erfinder der Dampfmaschine gewesen wäre, der Euch mit den soeben gehörten Worten angeredet hatte, so würdet Ihr vielleicht nicht gestaunt, vielmehr verständnisvoll zugestimmt haben. Denn was sind 200, 300, ja auch 1000 Milliarden Goldmark für einen Kerl wie James Watt? Schaffen seine Hunderte von Millionen Dampfpferde nicht jährlich das 10fache dieser Milliarden? Und wäre darum James Watt nicht befähigt *ganz allein* eine Forderung wie die der Entente jährlich aus seinem ehrlich verdienten Einkommen zu zahlen, zu tilgen?

Also, es käme heute nur darauf an in den Wald zu gehen, ein Liedchen zu pfeifen und mit einem Gedanken heim zu kommen, der der Watt'schen Erfindung ebenbürtig wäre. James Watt war abstinent und kaute nur ein Pfund Tabak täglich. Ich bin auch abstinent und kaue viel weniger Tabak. So werde ich wohl auch physisch befähigt sein, noch fruchtbarere Gedanken als den von James Watt zu empfangen und zu gebären.

Nun gut, die Erfindung, die uns jetzt aus der Patsche ziehen soll, sie ist gemacht, sie ist da, betriebsfertig *und bedarf nur noch der Konzessionierung durch das deutsche Proletariat*. Sobald mir das Proletariat diese Konzession erteilt, kann die Erfindung ausgebeutet werden. Es steht ihrer Einführung heute nichts im Wege als der Bürokratismus der Arbeiterorganisationen, ähnlich, wie auch der Einführung der Eisenbahnen nichts als der Potsdamer Postbürokrat im Wege stand. Ist der von den sozialistischen Bürokraten, den sogenannten Führern, ausgehende Widerstand einmal



gebrochen, so werden die Milliarden fließen, in breitem Strom über die ganze Welt. Und dann werden wir mit den Erträgen dieser Erfindung, sofern man mich nicht darum bestiehlt, in kürzester Zeit die geforderten Milliarden, wie mit einem Bagger der Entente vor die erstaunten, gierigen Augen werfen.

Die Bedeutung der James Watt'schen Erfindung liegt auf dem Gebiete der Gütererzeugung und der Verfrachtung. Sie kommt jedoch nicht allen Waren zugute. Große Gebiete der Wirtschaft können aus der Dampfmaschine keinen oder doch nur geringen Nutzen ziehen. Meine Erfindung betrifft nicht die Gütererzeugung, sondern den Güteraustausch, den Handel, und kommt darum allen Menschen ohne Ausnahme zugute, die an der Warenerzeugung beteiligt sind. Die Eisenbahn beschleunigt, sichert und verbilligt den *Transport* der Waren. Meine Erfindung beschleunigt, sichert und verbilligt den *Austausch* der Waren. Heute kostet der Austausch der Waren den Arbeitern 30 – 40% ihres Produktes. Das bedeutet, das von je 10 Mann 4 abkommandiert werden, um die Produkte der 6 unter die 10 zu verteilen. Betrug die deutsche Arbeitsleistung etwa 40 Milliarden, so gingen hiervon bei der Verteilung 12 – 15 Milliarden als Handelskosten ab. Nach Benutzung meiner Tauschmaschine werden diese Handelskosten nur mehr 3 oder 4 Milliarden betragen. Es verbleibt dann ein Überschuß von etwa 10 Milliarden. Das ist allein für Deutschland. In den anderen Ländern, in Togo, in Siam, in Frankreich verhält es sich aber ebenso, und wenn mir dann die ganze Welt den solchem Gewinn entsprechenden Lohn zahlt, so kann man sich denken, wie die Milliarden sich auf meinem Felde häufen werden. Und alle diese Milliarden stelle ich restlos den schuldbeladenen ehemaligen Untertanen der Hohenzollern zur Tilgung ihrer Schulden zur Verfügung.

Die Erfindung, um die es sich handelt, nennen die Eingeweihten das *Freigeld*. Alles, was die Sozialisten von jeher von der Sozialisierung der Produktion und des Handels erwarten zu können sich für berechtigt hielten, von dem sie aber bisher trotz aller Versuche nicht einmal den Schatten gesichert haben, das *und noch viel mehr* erreiche ich durch die „Sozialisierung“ des Geldes, durch einen einzigen Griff in das Zentralnervensystem der Volkswirtschaft. Das Freigeld beseitigt alle Innenreibungen der Wirtschaft und setzt sie in nutzbare Kraft um. Tausend und aber tausend Kalorien werden hier

Minute um Minute für die Volkswirtschaft gewonnen. Man nennt das Geld mit Recht den Nervus Rerum, den Lebensnerv der Volkswirtschaft, so wird es verständlich, daß, wenn wir das Geld sozialisieren, *wir damit schon die ganze Volkswirtschaft sozialisiert haben*. [Sozialisieren bedeutet hier soviel wie Erzielung des denkbar höchsten sozialen Nutzeffektes der Arbeit.]

Für die Sozialisierung der Betriebe brauchen wir ein gewaltiges unübersehbares Heer von Bürokraten, die sich überall breit und lästig machen, die statt die Innenreibungen zu beteiligen, nur noch neue schaffen. Die Sozialisierung des Geldes verlangt nichts von alle dem. Die Sozialisierung des Geldes besteht darin, daß wir die dem Gelde heute anhaftenden Mängel beseitigen. Die Umgestaltung des Geldes ist technisch Sache der Druckmaschine. Die Sozialisierung des Handels, der Volkswirtschaft erfolgt einfach dadurch, daß sich alles automatisch dem neuen Gelde anpaßt. Der Austausch der Arbeitsprodukte wird gesichert, beschleunigt, verbilligt dadurch, daß wir den Umlauf des Geldes sichern, beschleunigen, verbilligen. Der Schritt, womit die Waren den Weg von der Produktionsstelle zum Konsumenten zurücklegen, ist immer genau proportional dem Schritt, womit das Geld von Hand zu Hand geht. Das Freigeld hat aber die Eigentümlichkeit, daß es unter allen Umständen, unter allen denkbaren Bedingungen die Maximalumlaufgeschwindigkeit innehält, die die Handelseinrichtungen gestatten. Somit werden auch die Waren immer mit der gleichen Geschwindigkeit ihren Weg zurücklegen. Absatzstockungen, sogenannte Krisen sind dann einfach unmöglich. Ebenso unmöglich sind dann die zu den Krisen gehörigen Konjunkturschwankungen, die Preisstürze, die Börsendifferenzen. Die modernen Riesenvermögen, die Milliarden der Millardäre setzen sich aber aus solchen Börsendifferenzen zusammen, die mit dem Freigeld unmöglich werden. Lege man mir auf meinen Tisch nur die Hälfte der Milliarden, die die Spekulanten mit Hilfe des heutigen Geldes jahraus jahrein der Volkswirtschaft entnehmen, und vergleiche man mit diesem Berg das elende Häufchen, das die Entente von uns Deutschen fordert, dann wird man schon beurteilen können, ob die frohen Hoffnungen, die dieser Artikel erwecken soll, berechtigt sind oder nicht.

## Eine letzte Warnung an unsere Reichsregierung.

Wir haben noch keinen Beweis dafür, daß unsere Lehre vom Geld und Zins in unserer Reichsregierung festen Fuß gefaßt hat. Wir schickten dem Reichsfinanzminister ein Exemplar des roten Buches [Silvio Gesell: Die natürliche Wirtschaftsordnung] ein. Es wurde uns zurückgeschickt, als ob es giftig wäre. Es darf also nicht einmal in den Papierkorb, aus Angst, daß es dort Unheil anrichtet.

Die letzten Äußerungen Havensteins, womit er die Verweigerung der Auslieferung des Goldschatzes begründet, geben zu den allerschlimmsten Befürchtungen Anlaß. Der Goldwahn, der an den deutschen Hochschulen gezüchtete blöde, barbarische Goldwahn herrscht noch immer in unserer Reichsregierung.

In unserem Reparationsprogramm („Der Befreier“ Nr. 2) stellten wir die Bedingung, daß unsere auf Geld lautenden Leistungen in einem Index festzulegen seien. Für die Begründung dieser Forderung haben wir schon fast einen Bücherschrank voller Schriften veröffentlicht. Wir verweisen darauf. In seiner vor kurzem erschienenen Schrift „Die Befreiung aus der Ententeknechtschaft (Freiland-Freigeld-Verlag in Erfurt) hat Otto Maaß, Vors. des D. F. F. B., die Sache noch einmal zusammenfassend dargestellt.

Deutschland verpflichtet sich nach Zeitungsnachrichten zur Leistung eines Gegenstandes, der überhaupt in solcher Menge auf der ganzen Welt nicht vorhanden ist. 27 Millionen Kilo Gold wurden seit der Entdeckung Amerikas gefunden. Ein großer Teil davon ist verloren, ein noch größerer ist zu Schmucksachen verarbeitet. Und Deutschland will sich verpflichten, 150 Millionen Kilo Feingold an die Entente abzuliefern. Der Preis, den wir für dieses Gold zu zahlen hätten, würde, so lange dieses Gold als Geld verwendet wird, ganz davon abhängen, *mit welcher Geschwindigkeit das Gold umläuft*. Jede Hemmung dieser Geschwindigkeit setzt sich um in eine Erhöhung des Preises, den wir für die Beschaffung der fälligen Goldzahlungen bewilligen müssen. Da nun die Franzosen es in der Hand haben werden, das ihnen von uns gelieferte Gold festzuhalten,

d. h. es nicht wieder in den Verkehr zurückzugeben, so liegt es ganz in ihrer Macht, uns die Erfüllung unserer Verpflichtungen überhaupt unmöglich zu machen und damit immer wieder einen Grund schaffen zu können, um neue Gebiete zu besetzen, falls sie Grund haben sollten, unsere Entwicklung zu fürchten. Was die Sache für uns bedeutet, können wir am Preisabbau in Nordamerika gerade jetzt sehr hübsch beobachten. Dort hat man seit dem Herbst die Preise um etwa 30% abgebaut und hat das einfach damit erreicht, daß die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes gehemmt wurde. Hätten wir den Amerikanern gegenüber Dollarschulden, so wäre das Gewicht dieser Schulden in dieser kurzen Zeit bereits um 30% gestiegen! Es wäre für uns dasselbe gewesen, wie wenn wir nun für je 100 Dollar 130 Dollar zu Zahlen hätten. (Man erkennt daran, wie roh der Amerikaner seinen Bundesgenossen Frankreich als Gläubiger behandelt.)

Begreift nun unsere Regierung die Gefahr immer noch nicht? Sieht sie nicht, daß sie hier Shylock ein Blankoakzept ausliefert? Sieht sie nicht, daß das Gewicht unserer Reparationsleistungen von den Franzosen beliebig zu jeder Zeit erhöht werden kann, daß Frankreich sich zu jeder Zeit einen neuen Vorwand schaffen kann, um neue Gebiete zu besetzen oder um die Besetzung ins Unendliche hinzuziehen?

Betrachten wir die Sache aber auch vom Standpunkt der Möglichkeit, daß die Goldwährung überhaupt nicht mehr eingeführt wird in all den Ländern, die sie während des Krieges abschaffen mußten. Dann würde das Gold der Industrie übergeben werden. Und müßten wir zur Beschaffung des den Franzosen zu liefernden Goldes als Käufer den Juwelieren der ganzen Welt gegenüberreten. Und hier möchte ich die Aufmerksamkeit unserer kurzsichtigen Bürokraten auf die Tatsache lenken, daß wir für die Abschätzung des Bedarfes der Juwelierindustrie an Gold nicht den kleinsten Anhaltspunkt haben. Dieser Bedarf kann, wenn einmal die Goldwährung abgeschafft ist und damit auch die Hauptursache der beständigen Krisen und der mit ihnen entstehenden allgemeinen Weltarmut, ganz gewaltigen Umfang annehmen. Denken wir, wenn jeder Neger Afrikas seiner Frau einen goldenen Schmuck kaufen will und sein Wohlstand erlaubt ihm, einen hohen Preis dafür zu zahlen, so haben wir beim Einkauf des Goldes für Frankreich mit der Konkurrenz der ganzen Menschheit

zu rechnen. Und was hindert die Franzosen daran, in der ganzen Welt nun den Goldschmuck wieder zur Mode zu machen? Und bei dieser Sachlage wollen unsere Bürokraten, die keinen Schimmer von den Gesetzen des Wuchers und der Börsenspekulation zu haben scheinen, das gesamte Gold der Welt 7 mal aufbringen, um es an Leute abzuliefern, die uns fürchten!

Also wir wiederholen unsere Warnung: *Unsere Reparationsschuld soll in einer unter Kontrolle des kommenden Völkerbundes zu stellenden Indexzahl festgesetzt werden!*

## **Die Aussichten für den Wiederaufbau der kapitalistischen Ordnung.**

Die kapitalistische Ordnung läßt sich, wenn sie einmal zur vollen Entfaltung gelangt war und dann erschüttert wird, wie wir sehen, nicht wieder aufbauen. Es gibt ja viele Dinge, die keine Reparatur zulassen. Solche Dinge muß man dann gewöhnlich in die Urmasse zurückverwandeln, in den Schmelzofen werfen. So mag auch die Regeneration des Kapitals aus dem jetzigen Zusammenbruch wie der Phönix nur aus seiner Asche möglich sein.

Ist es aber so, so bleibt nichts anderes übrig, als uns auf eine neue Wirtschaftsordnung einzurichten oder aber auf den Ausgangspunkt zurückzu-kehren, wo wir aber knapp das Brot für nur 10 statt für 60 Millionen Menschen finden werden. Dann müßten wir uns auf das große Sterben einrichten, ein großes, fruchtbares Betätigungsfeld für unsere Sozialisierungskommissionen.

Das kapitalistische System bildet ein viel zu kunstvolles Gefüge ineinander-greifender Beziehungen, um die groben Eingriffe des Staates und die ab-scheulichen Experimente der Reichsbank ertragen zu können. Man beachte nur die verschlungenen Gänge des Kreditgebäudes, bei dem oft ein geringfügiger Preisabbau genügt, um es zum Einsturz zu bringen, um hunderttausenden von Arbeitern die Tore der Werkstätten zu sperren, um tausenden von Kaufleuten den Bankrott zu bereiten. Die kapitalistische Ordnung ist ganz auf den

Kredit angewiesen, auf gegenseitiges Vertrauen. Wo dieses fehlt, da ist der Handel schlechterdings unmöglich, wenigstens für entwickelte Verhältnisse. Dieser Kredit aber setzt unerschütterliche Verhältnisse voraus, in der ganzen Breite und Tiefe der Volkswirtschaft.

Die kapitalistische Ordnung kann auch nicht ohne eine geduldige Unterordnung aller an der Wirtschaft beteiligten Kräfte bestehen. Diese Unterordnung wurde zwar fluchend und murrend ertragen, aber sie wurde ertragen. Darum ging es so leidlich. Sie setzt auch eine festgefügte Staatsgewalt voraus, deren Ansehen allein genügt und für die es keiner Gewalt bedarf, um die ewig aufsässigen, an ihren Ketten rüttelnden, ausgebeuteten Massen im Zaume zu halten. Der Kapitalismus steht und fällt mit der geistigen Autorität des Staates.

Die kapitalistische Ordnung ist auf der Arbeitsteilung aufgebaut, bei der oft schier unmeßbare kleine Vorteile den Ausschlag geben. Dazu gehört die Möglichkeit einer strengen Rechnung. Viele, die meisten Unternehmer, wirtschafteten mit einer durchschnittlichen Dividende von vier bis fünf Prozent. Bedenkt man, daß viele dieser Unternehmungen ihr Kapital jährlich mehrere Male umsetzen, d. h. zwei, drei vier Mal im Jahre in Löhne, Gehälter, Unkosten und Rohstoffe usw. auflösen, um am Ende des Jahres, wenn alles klappt, einen Überschuß von fünf Prozent vorzufinden, so erkennt man, wie dieses System auf Beständigkeit aller Verhältnisse durchaus angewiesen ist.

Von allen diesen Voraussetzungen der kapitalistischen Ordnung bleibt so gut wie nichts übrig.

Der Kredit ist verschwunden, bis auf den barbarischen Lombardkredit. (Kredit gegen Pfand.) Er ist verschwunden, weil mit der Helfferichschen Währungspolitik jedes Geschäft zur Lotterie wird, weil niemand mehr seine eigenen Verhältnisse und noch viel weniger die seines Nachbarn überschauen kann. Der Kredit ist das Rückgrat unserer Wirtschaftsordnung und dieses Rückgrat hat Helfferich gebrochen.

Die Subordination (Unterordnung) ist gleichfalls gründlich erschüttert. Mißleitet durch die marxistische Kapitaltheorie, die den Unternehmer als den Kapitalisten und Hauptausbeuter hinstellt, ist das Verhältnis zwischen Arbeitern und Unternehmern für feine Naturen direkt unerträglich geworden, sodaß die Arbeiter damit rechnen

müssen, daß sich ihnen mit der Zeit nur noch Hurenväter und ähnliches Gesindel als Unternehmer zur Verfügung stellen werden. Der Trieb nach Freiheit ist im Proletarier erwacht. Er bekundet sich zwar jetzt noch in Form von Revolutionen, von Betriebsrätegesetzen und merkwürdigerweise auch im Streben nach den ekelhaften Gebundenheiten des Zwangskommunismus, im Grunde aber ist es der ewige Durst nach Freiheit, Unabhängigkeit, Selbstbestimmung, der hier einen, irgend einen Ausdruck sucht und der nur mit der Rückverwandlung des Proletariats in einen Eigentümer seiner Produktionsmittel gestillt werden kann. Und eben diese Rückverwandlung vermag der Kapitalismus nicht durchzuführen, nicht einmal anzubahnen. Nur immer größere Massen von Proletariern vermag der Kapitalismus zu schaffen. Bis dahin war die Unterordnung noch so einigermaßen aufrecht zu erhalten gewesen, sogar während der Revolution, weil die Arbeiter in der Hoffnung lebten, daß sie sich auf dem Wege zum Zukunftsstaate befänden, wo es keine Unterordnung mehr geben soll. Jetzt ist dieses Ventil für die Ausbrüche der Verzweiflung gründlich zerstört. So lange man hofft, erscheint jede Last erträglich; den Verzweifelnden aber erdrückt bereits das eigene Gewicht. Der Kapitalismus geht an der Hoffnungslosigkeit seiner Opfer zu Grunde.

Die Staatsgewalt hat mit den Schießereien alles Ansehen eingebüßt. Die Staatsgewalt, die sich der Waffen bedienen muß, ist schwach begründet. Wenn die prächtigen Uniformen und Staatsgebäude, die Richter, die Kirche, die Schule, die Literatur, der Hokus Pokus, die Autorität des Staates nicht mehr aufrecht zu erhalten vermögen, dann kann der Staat einpacken. Es fehlt dem Staat wahrhaftig nicht an Waffen. Aber an *moralischen* Kräften zur Wiederherstellung der kapitalistischen Staatsautorität fehlt es. Der Sturz der alten Autoritäten untergrub den neuen Autoritäten den Boden. Mit Autoritäten wird es wohl überhaupt nicht mehr gehen. Dazu kommen noch die unzähligen Desperados, die der Krieg und die Revolution geschaffen und die das Ansehen großer, breiter Massen genießen, die die Wiederherstellung der Staatsgewalt schon aus Selbsterhaltungstrieb zu verhindern verzweifelnde Anstrengungen machen, um ihr sonst dem Henker verfallenes Leben zu retten. Und jeder Versuch, diese Desperados unschädlich zu machen, mehrt nur ihre Zahl.

An die Wiederherstellung der gestürzten Goldwährung

als bisheriger Grundlage der Arbeitsteilung glaubt niemand mehr. Während die eine Hälfte des Volkes sich auf eine noch viel gewaltigere Preistreiberei einrichtet, träumt die andere Hälfte von Preisabbau. Und die Staatsgewalt hat weder die Absicht, noch den Mut und die Macht, noch vielleicht das nötige Wissen, um hier die Ordnung wiederherzustellen. Und wenn es auch gelänge, durch eine bis zur Konfiskation gehende Vermögensabgabe die Reichsfinanzen zu ordnen, die Noten-Presse außer Betrieb zu setzen und auf dem Wege der Münzfußherabsetzung die Goldwährung wiederherzustellen – was hätten wir damit gewonnen? Die Goldwährung hat auch nur einen Sinn als internationale Währung. Können wir ober heute mit einem Schein von Wahrscheinlichkeit damit rechnen, daß all die Staaten, die infolge des Krieges die Goldwährung haben aufgeben müssen, imstande sein werden, die heroischen wirtschaftlichen und politischen Taten zu vollbringen, die wir hier oben als Vorbedingung solchen Geschehens vom Deutschen Reich erwarteten? Abgesehen davon, daß es nicht wahrscheinlich ist, daß in all den gedachten Staaten die Währungsangelegenheiten in den Händen solch abergläubischer, verholzter Goldanbeter sich befinden, als bei uns, im Lande der Denker.

So ist es zwecklos, lange auf den Wiederaufbau des kapitalistischen Systems zu warten. Und nicht nur zwecklos, gefährlich ist es. Denn Zeit ist im jetzigen Zustand unserer wirtschaftlichen Verfassung nicht Geld. Sie bedeutet Tod oder Leben, je nach den Entschlüssen, die wir fassen werden. Alle Grundlagen der kapitalistischen Ordnung, die Goldwährung, dieser seit 6000 Jahren sprudelnde Jungbrunnen des Kapitals, die Staatsgewalt, Panzer des Kapitalismus, der Personalkredit, die Unterordnung, begründet in der Hoffnung auf den Zukunftsstaat, alles, alles ist zu Tode getroffen. Und wir mit ihm, wenn es nicht gelingt, die auf Freiland und Freigeld sich aufbauende freie Wirtschaft an die Stelle der kapitalistischen Ordnung zu setzen.



## **Die sieghafte Einheitsfront des schaffenden Volkes und ihr Programm.**

### **(Richtlinie für unsere Taktik.)**

Ob ausgesprochen oder nicht – das Ziel der Wirtschaftspolitik aller, die ihr Brot im Schweiß ihres Angesichts essen, der Bauern, der Industriearbeiter, der Beamten und der Vertreter der freien Berufe ist eine Wirtschaftsordnung, die frei ist von aller Ausbeutung, die alle möglichst vor Absatzstockungen sichert und Staatseingriffe entbehrlich macht. *Eigentum, Wohlstand, Freiheit, Sicherheit, Unabhängigkeit, Selbstverantwortung*, das ist es, wonach sich alle mehr oder weniger bewußt sehnen. Auch das besondere Streben der Sozialisten, der Kommunisten und der Anarchisten ist nur Mittel, nicht Zweck. Es ist als Notausgang aus der kapitalistischen Hölle zu bewerten. Sogar der Staat der Staatsbewunderer ist letzten Endes nur Mittel zum Zweck.

Freiland-Freigeld ist der gerade, der kürzeste, der barmherzigste und vor allem der sicherste Weg zu dem genannten Ziel.

Der eben genannten Forderung einer ausbeutungslosen Wirtschaft stehen keinerlei Weltanschauungen, keine kirchlichen Vorschriften, Rassen- und Kulturunterschiede hemmend im Wege. In dieser Angelegenheit können die „Proletarier aller Länder“ aller Rassen und Konfessionen wirklich brüderlich an einem Strang ziehen und eine geschlossene, einheitliche, allgewaltige Front gegen die Ausbeutung schaffen, der gegenüber jeder Widerstand von vornherein als Tollheit erscheinen muß.

Diesen glücklichen Umständen muß das Programm unserer Organisation Rechnung tragen. Das Programm der Einheitsfront kann vollkommen frei gehalten werden, ohne das Endziel im geringsten einzuschränken, von all den Sonderforderungen, mit denen die Arbeiterprogramme bisher belastet waren und die ein Zusammengehen von vornherein unmöglich machten. Jede Sonderforderung wirkt sich aus als Spaltpilz. Zur Sabotage der Einheitsfront braucht man nur Welt- oder Kulturanschauungen in das Programm einzuschmuggeln. Namentlich religiöse Bestrebungen wirken hier immer trennend. Hier ist der Ort, wo das Wort angewendet werden

muß: gebt Gott, was Gottes ist und der Arbeit, was der Arbeit ist.

Auch die Taktik und die Werbearbeit zur Durchführung eines solchen Programmes muß peinlich darauf schauen, daß der Rahmen des Programmes nicht überschritten wird. Auch dort, wo die Tagespolitik zur Stellungnahme gegenüber Grenzgebieten herausfordert. Hier wird man mit besonderer Sorgfalt die oft schwer zu findenden Fäden verfolgen, die alle Streitfragen mit der Wirtschaft verknüpfen. Streithähne, die Freude am Kampf haben, werden solche Fragen vielleicht liebenswürdigeren Kameraden überlassen.

Um es in einem Worte zu sagen: Programm, Taktik, Werbearbeit müssen immer „unter den Augen“ der Einheitsfront stehen. *In den Forderungen der Einheitsfront müssen sich alle Kämpfer zu jeder Zeit, in jeder Lage, in jedem Lande orientieren.* Alles, was die Einheitsfront fördert, wird auch sachlich richtig sein, da ja alle dem gleichen Ziele zustreben. Wer glaubt, hier auf Widersprüche zu stoßen, kann sicher sein, daß er irrt. irgendwo, hinter dem Berge vielleicht, wird man immer die zur Einheitsfront strebenden gemeinsamen Interessen wieder finden.

Programm, Taktik, Werbearbeit müssen es also möglich machen, daß in unseren Versammlungen Mitglieder aller Arbeiterorganisationen, der christlichen und der sozialdemokratischen, aller Rassen, aller Stände den Ausführungen folgen können, ohne Furcht, in ihren persönlichen Anschauungen verletzt zu werden. Unsere Literatur muß für römische Katholiken, für Juden und Protestanten, für Neger wie für Weiße gleich genießbar sein.

Alle diejenigen, die Kulturprobleme, Rassenprobleme, religiöse Probleme vom Freiland-Freigeld-Standpunkt öffentlich zu behandeln wünschen, dürfen dies nicht im Namen unserer für die Einheitsfront geschaffenen Organisation tun. Es ist ja nicht zu leugnen, daß der Geist, der aus Freiland-Freigeld strömt, gewaltig an vielen alten, liebgewordenen Grundanschauungen rüttelt. Denen nun, deren Mund überfließt von dem, was das Herz füllt, rufen wir zu: In der Beschränkung zeigt sich der Meister! Sie trösten wir damit, daß das Leben die beste Schule ist und, daß, wenn es gelingt mit der Einheitsfront das für sie aufgestellte Wirtschaftsprogramm durchzuführen, der allgemeine Sinn für freiheitliche Bestrebungen viel gründlicher gefördert wird, als es Berge von Literatur in 1000 Jahren tun können.

Das schließt aber nicht aus, daß sie jetzt alle schweigen sollen. Sie mögen sich Literatur eine Presse schaffen, aber außerhalb der für die Einheitsfront geschaffenen Organisation.

Das Verhältnis unserer Organisation zu den politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter, Angestellten und Beamten ist das denkbar einfachste. Wir betrachten alle diese Organisationen einfach als für unsere Bestrebungen geschaffen. Sie haben ja alle das gleiche Ziel – die Befreiung vom Drucke des Kapitals. Wir sind die Waffenschmiede der Ausgebeuteten. Wir härten den Stahl. Das Kämpfen ist dann Sache der Massen, der durch das Einheitsprogramm zusammengebrachten ungeheuren Massen. Wir hemmen und stören die sonstige Arbeit dieser Organisationen in keiner Weise. Wir bilden darum auch keine besondere politische Partei Die Mitglieder unserer Organisation mögen sich sonst irgend welchen Parteien anschließen. So haben wir als Parteilose Zutritt zu allen Parteien und Organisationen. Ein Parteimann muß zu allen Fragen Stellung nehmen, die im Reichstag behandelt werden. Wir aber sind in unserer Organisation nur durch unser scharfkantig abgesetztes Programm geeint

—

Diese allgemeinen Richtlinien für die Aufstellung eines Programmes weichen stark ab von der Art, wie wir vor dem Kriege vorzugehen gedachten. Damals rechneten wir mit langen Zeitläuften für die Verwirklichung unserer Bestrebungen. Uns lag damals daran, aus der Masse diejenigen Köpfe herauszufischen, die eine freiheitliche Regelung der sozialen Frage wünschten. Damals waren es außerhalb des sozialistischen Kreises nicht viele, die das Bestehen einer sozialen Frage ohne weiteres zugaben. Wer persönlich nicht zu leiden hatte, der schwieg. Außerdem war es auch gefährlich, namentlich für die Beamten, öffentlich für das Proletariat einzutreten. Wer es nicht mit seinen Vorgesetzten verderben wollte, der mußte schweigen. Das Proletariat war ganz auf sich angewiesen. Eine Einheitsfront des gesamten schaffenden Volkes, der Proletarier, der Beamten, Intellektuellen und Bauern war undenkbar.

Der Krieg, der Umsturz und namentlich die drohende, mit dem Beginn der Reparation nunmehr ein setzende allgemeine Not, der finanzielle Zusammenbruch, das alles hat doch vielen die Augen geöffnet und anderen den Mut gegeben, ihrer Meinung öffentlichen Ausdruck zu

geben. Unsere Bewegung ist zu einer Volksbewegung geworden und wird nach der geplanten Reorganisation schnell um sich greifen. Der Umstand, daß am theoretischen Untergrund unserer Organisation niemand zu rühren wagt, gibt allen einen ungeheuren Mut. Er regt den Willen zur Tat an. Der Einblick, den unsere Lehre vom Kapital in die wahren Gründe des Unterganges der antiken Kulturvölker gestattet, zeigt unseren Freunden, in welcher gewaltiger Gefahr unsere Kultur heute steht, und das hebt ihr Verantwortungsgefühl und stählt ihren Willen. So sieht es nun fast aus, als ob wir in absehbarer Zeit zahlreich und stark genug sein werden, um die Geschäfte des Reiches in unsere Hand zu nehmen und zur Rettung des Volkes das zu tun, was zu tun ist, wozu aber kein Parteimann von seinen Wählern beauftragt wurde.

Die obigen Richtlinien sind also als Diktat der Not zu betrachten, die uns zu Taten zwingen wird, die nur mit Hilfe des geeinten arbeitenden Volkes vollbracht werden können. Sache unserer Mitglieder ist es nun, dafür zu sorgen, daß unsere Forderungen in das Programm der Arbeiter-, Angestellten- und Bauernorganisationen eingefügt werden. Ist das geschehen, dann sind wir am Ziel. Dann werden die Taten fallen. Dann kracht es im morschen Gemäuer des Kapitalismus.

## **Der Preisabbau und das Ultimatum.**

Hier in Berlin krachen die Ministersessel. Und in London, Paris, kracht es an den Börsen. Wer etwas vom Wesen des Preisabbaues versteht, der wird auch schnell den Zusammenhang zwischen diesen beiden Ereignissen finden. Immer wackeln die Ministersessel, wenn die Preise, die Warenpreise wackeln. Es wäre leicht, mit Hilfe der Preisstatistik eine Parallele zu ziehen zwischen dem Preisabbau und den Ministerpurzeleien. Preisabbau heißt Krise und Krise heißt Arbeitslosigkeit,

Streik, Aufruhr, Standgericht, Bankrott, Unterbilanz, Defizit im Staatsbudget, neue Steuern, nervöse Parlamente, Sturz des Ministeriums und das Grab seines Nachfolgers. Der Preisabbau stürzte das feste römische Weltreich, warum sollte diese Kraft nicht ausreichen, um die Minister eines Klassenstaates, einen nach dem andern zu stürzen, wegzufegen, bis zum Untergang?

Warum aber stürzen jetzt in Berlin die Minister, während doch der Preisabbau in London und in Paris betrieben wird? Eigentlich müßten doch Irland und Lloyd George und nicht Fehrenbach vom Preisabbau gepackt werden!

Wir wollen dieser Frage hier näher treten. Frankreichs Benehmen Deutschland gegenüber ist ein Produkt der Furcht und der wirtschaftlichen Not. Der Haß spielt hier eine geringe Rolle. Man kann wohl einen Augenblick hassen. Die Franzosen sind aber vielleicht die letzten, die sich solcher nachlässigen Gemütsstimmung heute hinzugeben brauchen. Der Sieger haßt nicht.

Haßt etwa der Fuchs die Gans, die er im Maule hat? Hat aber das französische Volk vielleicht Grund, das erstarkende Deutschland zu fürchten? Wir haben hier in Deutschland noch nichts getan, um das Vertrauen der Franzosen in unsere Friedensliebe zu stärken? Das Kriegsgerät haben wir vernichtet, weil wir es vernichten mußten, nicht weil wir an den Völkerfrieden glaubten. Wir haben von dem barbarischen Gerät nicht eine Patrone mehr vernichtet, als wie wir vernichten mußten. Geistig sind wir noch bis an die Zähne „gerüstet“. Und das ist auch gar nicht anders möglich. Druck erzeugt Gegendruck. Der Franzose würgt uns und wir wünschen ihm, mit den Mitteln, die er gebraucht, entgegentreten zu können. Wie könnte auch der Krieg die Friedensstimmung erzeugen, die ein vierzigjähriger Frieden nicht aufkommen ließ? Der Krieg zerstörte nicht den Geist der Gewalt, sondern förderte ihn. Das zeigte sich auch wieder in dem brutalen Auftreten der Kommunisten und der ebenso oder noch brutaleren Behandlung der Kommunisten und ihrer Führer durch die Gewalts- und Gerichtsorgane des Klassenstaates.

Die Welt vermißt immer noch ein starkes öffentliches Bekenntnis unseres Volkes zum Glauben an den ewigen Völkerfrieden. Dr. Simons hat diesen Glauben zwar öffentlich bekundet, aber nur in *seinem* Namen, auch klang es zu nüchtern und zu schüchtern, daß es Eindruck hätte machen können. Zwar bekennen sich die

breiten Massen des Proletariats seit jeher und ganz besonders nachdrücklich seit dem Ausbruch des Krieges zum uralten Glauben aller Bedrückten, aber die proletarischen Massen sind heute in Deutschland machtloser denn je. Übrigens kann auch nur der Mann den Glauben an den ewigen Völkerfrieden hegen und allen Ereignissen zum Trutze sich immer offensichtlich zu ihm bekennen, der die Triebkräfte des Krieges nicht in der Natur des Menschen, sondern in äußeren, der Umgestaltung zugänglichen Dingen gefunden hat. Und diese Menschen sind zur Zeit noch spärlich vertreten, überall in der Welt. [Über den Zusammenhang zwischen Krieg und dem herkömmlichen Geld gibt meine Schrift: Deutsche Vorschläge für die Neugründung des Völkerbundes. Verlag: Freiland-Freigeldbund Barmen, Zietenstraße 23, 1921, Aufschluß.]

Man kann es also den Franzosen kaum verargen, wenn sie an den Völkerfrieden nicht mehr glauben als wir, die diesen Frieden am nötigsten haben, und daß sie nun die Schlange, die in der Falle ist, nicht darum freigegeben wollen, nur damit diese sie überfällt. **Wir müssen stärkere Beweise unseres Glaubens an den Völkerfrieden geben!** Können wir das nicht, so sollen wir anderen, die diesen Glauben auch nicht haben, keinen Vorwurf daraus machen, wenn sie uns von militärischen Gesichtspunkten aus behandeln.

Stärker aber als durch Furcht vor den Deutschen wird das Verhalten der Franzosen durch die Furcht vor dem eigenen Bankrott bestimmt. Die Franzosen bauen die Kriegspreise ab. Die Regierung wird dabei unterstützt von der Masse des Volkes, die im Preisabbau das Allheilmittel und in den deutschen Reparationssummen die Mittel sieht, um den Preisabbau durchzuführen. Je höher die Reparationssummen beziffert werden, um so wahrscheinlicher ist allen der Preisabbau. *Und darum geschieht nichts in Frankreich.* Jeder sagt sich: ich will warten, bis der Preisabbau zu Ende geführt ist. Dann erst will ich damit beginnen, meine Wirtschaft wieder aufzubauen, dann soll auch das verwüstete Gebiet wieder in Stand gesetzt werden. Daraus ist dann die Arbeitslosigkeit entstanden, die bei den Franzosen die Meinung hat aufkommen lassen, ihre Wirtschaft sei ganz besonders schwer durch den Krieg betroffen worden und ließe sich nur noch mit Hilfe der deutschen Reparation auf die Beine bringen. *Zugleich*

*aber wächst die Last der öffentlichen Schulden im genauen Verhältnis zum Preisabbau.*

Und dann schauen die Franzosen nach Deutschland hinüber und sehen, wie dieses vom Krieg und der Revolution zerschmetterte Land mancherlei, wenn auch trügerische Zeichen von wiederaufkeimendem Wohlstand gibt, daß die Arbeitslosigkeit hier bei weitem nicht so arg ist, wie in den Ländern unserer Sieger. Vollauf erklärt wird diese Erscheinung damit, daß in Deutschland, wohl als Folge unserer Aufklärungsarbeit, in den offiziellen Kundgebungen vom kommenden Preisabbau keine Rede mehr ist, was dann auch zur Folge hat, daß immer weniger Kaufleute und Unternehmen mit dieser Möglichkeit rechnen. In Frankreich aber kennt man keine andere Erklärung als die: Deutschland ist reich, Deutschland erholt sich, Deutschland erstarbt, Deutschland *kann* zahlen, Deutschland *muß* zahlen, schon aus dem Grunde muß es zahlen, weil wir, die wir so schwer an der Krise leiden, sonst von Deutschland wieder überholt werden. Und je höher der deutsche Inflationsflitter bewertet wird, um so höher schrauben die *Sachverständigen* in Frankreich ihre Forderungen. Rom, ganz Italien wimmelt von deutschen Kriegsgewinnlern, sagt man in Frankreich. Und diese Kriegsgewinnler sind den Franzosen das Wahrzeichen des deutschen Reichtums, der deutschen Zahlungsfähigkeit.

Den Franzosen paßt selbstverständlich gerade diese Einschätzung des deutschen Reichtums, darum kommt es ihnen nicht in den Sinn, tiefer im Untergrund der deutschen Wirtschaft zu schürfen. Wenn sie es täten, so würden sie bald die Taschen finden, aus denen die Millionen der Kriegsgewinnler gekommen sind. Dann würden sie auch bald auf die großen, breiten Schichten stoßen, die von Helfferich und seinen Nachfolgern als Träger der Kriegslasten auserkoren wurden, auf die still gewordenen betrogenen Gläubiger des Deutschen Reiches, auf die Inhaber der Hypotheken, die zu Hunderttausenden um die Altersreserven betrogen wurden und nun zahlreich in den Wäldern herumschleichen und nach einem passenden Ast suchen.

Jedoch es ist nicht Frankreichs Sache, die Blößen unserer Wirtschaft aufzudecken; unsere Sache wäre es gewesen, in London zu zeigen, wie durch unsere Währungspolitik *200 Milliarden Goldmark* aus den Taschen der Staats- und Hypothekengläubiger in die Taschen der Kriegsgewinnler wanderten, die nun nichts

anderes damit anzufangen wissen, als sie vor den Augen der Entente, vor den Augen unserer Gläubiger zu verprassen, *die ihre Forderungen nach unserer Zahlungsfähigkeit bemessen wollen!*

Warum erklärte die deutsche Delegation in London nicht diesen Sachverhalt? War denn in dieser Delegation wirklich nicht einer, der eine Ahnung von der Währungsfrage hat? Es muß wohl so sein, denn sonst würde man ja nicht bei der jetzigen Papiergeldwirtschaft bleiben, die uns die Kriegsgewinnler beschert hat. Nun aber ist es zu spät. Die nach dem Inflationsflitter berechnete Zahlungsforderung des Ultimatums ist da. Und jetzt werden wir nicht zahlen müssen nach dem wahren Stand unserer Wirtschaft, sondern nach dem Trugbild der Inflation. Und so wird es nun kommen, daß Deutschland den Raub der Kriegsgewinnler zweimal wird zahlen müssen: einmal an diese selbst, ein zweites mal an die Franzosen, denen der Luxus der Kriegsgewinnler eine erstarkende, tragfähige deutsche Wirtschaft vorgeschwindelt hat. Ohne diesen Schimmer falschen Reichtums wären wir wahrscheinlich um mindestens 50 Milliarden Goldmark billiger davon gekommen. Und daneben hatten wir unsere Volkswirtschaft in gesunder Verfassung erhalten.

Und hier ist auch der Grund, warum die Ministersessel in Berlin und nicht am Orte der Preisabbaupolitik wackeln. Noch können die französischen und englischen Minister den Druck von sich auf Berlin ablenken, indem sie sagen: Das reiche Deutschland kann zahlen. Sobald es sich aber zeigen wird, daß diese deutschen Leistungen, so hoch sie auch bemessen werden, immer nur einen Tropfen bedeuten, gegenüber den Verwüstungen, die der Preisabbau in Frankreich und England in der Wirtschaft verursacht –, dann werden die Minister in Paris und London mit ihren Sesseln die Treppen heruntergeworfen werden – einer nach dem andern bis zum Untergang – oder bis zur Erkenntnis, *daß Preisabbau Wahnsinn ist.*

In Nr. 2 dieses Blattes [Nr. 2 „Der Befreier“: „Die Grenzen unserer Zahlungsfähigkeit“ u.f. Noch zu beziehen durch den Verlag.] haben wir ausgeführt, wie wir uns die deutschen Leistungen zur Reparation vorstellen. Wir spielen da den einzigen Trumpf aus, den wir der Entente gegenüber in Händen haben:

*Wir geben der Reparation eine sozialpolitische, antikapitalistische Wendung und Spitze*



und verschaffen uns, die wir darüber klagen, in der Welt ganz mutterseelenallein zu stehen, einen Bundesgenossen, auf dessen Wort die Entente ganz gewiß großen Wert legen würde . . . das gesamte Proletariat der Welt. Gegen ein anti-kapitalistisches Programm, wie das oben erwähnte, darf die Entente nicht vorgehen. Wenn wir hier in Deutschland den Kapitalismus wirksam bekämpfen und es den Proletariern zeigen, wie man diesen Erbfeind zur Strecke bringt, dann brauchen wir kein Ultimatum mehr zu fürchten, dann wird man nicht mehr mit uns spielen, dann werden die Franzosen ihre Truppen sofort über die Grenze ziehen müssen, ohne daß wir auch nur einen Stock zu unserer Bewaffnung brauchen werden. Unter den Klängen der Arbeiter-Marseillaise wird die heutige Politik der Franzosen zerschlagen werden.

### **Petrol-Trust.**

„Der Kampf um den Besitz der Petroleumquellen ist in aller Schärfe entbrannt. Nicht zum wenigsten beruht ein Teil der Spannung zwischen England und den Vereinigten Staaten von Amerika auf den Monopolabsichten, die Großbritannien hegt. Es sei nur an Mesopotamien erinnert. Die Vereinigten Staaten sind bemüht, besonders auf dem amerikanischen Kontinent alles, was Petroleum heißt, unter ihre Kontrolle zu bekommen, und besonders Mexiko ist das Ziel ihrer Wünsche.“  
Hamburger Fremdenblatt 20. 4. 21.

Das Petroleum gewinnt täglich an Bedeutung. Flugzeuge und Automobile sind darauf angewiesen. Und welche Bedeutung diese Petroleumkonsumenten mit der Zeit erreichen werden, davon bekommen wir einen Begriff, wenn wir hören, daß die amerikanischen Arbeiter in sehr großer Zahl bereits in eigenen Autos zur Arbeit fahren. Und heute berichtet die Zeitung, daß in Staaken bei Berlin ein Flugzeug mit großartigem Erfolg Flüge macht, das 2500 Kilo Passagiere mit 225 Stundenkilometer Geschwindigkeit befördert. Ein solches Flugzeug würde demnach 50 Passagiere in 35 Stunden von Berlin nach Neuyork bringen. Schon ist der Plan von der Hamburg-Amerika-Linie und vom Norddeutschen Lloyd in ernsthafte Erwägung gezogen, eine Luftverkehrslinie an die Stelle der verlorenen Dampfer treten zu lassen. Es soll zur Sicherung dieses Luftlinienverkehrs eine

Kette von etwa 100 schwimmenden Stationen zwischen Neuyork und London-Berlin gebaut werden. Sie sind als große Flöße gedacht, die entweder verankert oder durch Maschinen in der bestimmten Lage erhalten werden. Diese Stationen sind durch Telegraphenkabel mit einander verbunden, sie geben den Flugzeugen durch Signale Nachricht über die Witterungsverhältnisse, Wind, Nebel u. s. w. und dienen als Wartepplatz, wenn die nächsten Stationen Nebel melden. Die Stationen sind nachts durch Feuer sichtbar und ist die Entfernung so bemessen, daß beim Überfliegen einer Station immer gleich das Feuer der nächsten Station sichtbar ist, so daß die Gefahr, in den Nebel zu geraten oder sich zu verirren, oder durch Maschinendefekte zu verunglücken, eine sehr geringe ist. Man rechnet damit, in kurzer Zeit den gesamten Personenverkehr auf diese Linie zu leiten, so daß jede zweite Minute ein Flugzeug abfliegen wird, sowohl in der einen Richtung wie in der anderen. Zu 20 Dollar den Stehplatz und 40 Dollar den Sitzplatz kann man hier mit einer Jahreseinnahme von 400 000 000 Dollar rechnen.

So mag gar bald der Zeitpunkt kommen, wo wir sagen werden, es war ein Glück, daß wir den ganzen Dampfschiffplunder an die Engländer abliefern mußten. Wenn – wenn – wenn die Petroleumtrustmagnaten uns hier keinen Strich durch die Rechnung machen. Darum erneuern wir unseren Mahnruf an die Reichsregierung. Machen wir mit der Forderung der Internationalisierung der Rohstoffe, vor allem der Kohle, des Eisens, des Kali, des Petroleums den ersten Schritt. Wir haben's nötig und wenn wir uns Freunde im Ausland schaffen wollen, so ist das der Weg. Alle Freunde eines wahren Völkerfriedens in der ganzen Welt werden uns begeistert zu solcher Tat zustimmen. Die Franzosen werden in dieser Tat den Beweis erblicken, daß Deutschland wirklich den Friedenspfad betreten hat. Die Arbeiterorganisationen, der internationale Gewerkschaftsbund werden unsere Forderung mit Entschlossenheit unterstützen. Wir werden dann wieder eine „Macht“ sein, mit der man rechnen muß, nicht weil man unsere Kanonen fürchtet, sondern weil wir für unsere auswärtige Politik endlich einen Standpunkt einnehmen, den man vor jedem wahren Friedensfreund vertreten kann. Wir haben, durch die Bajonette des Feindes gezwungen, abgerüstet. Wir möchten nun, daß auch die anderen das gleiche tun. Aber wie können wir hoffen, daß die anderen die Waffen

vernichten, wenn ja noch alles beim Alten geblieben ist? Mit der Entwaffnung Deutschlands ist noch nicht das Geringste für den Frieden getan. Deutschland hat den Krieg erklärt, aber Deutschland war doch nicht die Ursache des Krieges. Die Ursache liegt, wie die obige Zeitungsnotiz erkennen läßt, im Petroleum, im Eisen, im Kali. Sie liegt letzten Endes in der Furcht der Völker begründet, es könnten ihnen durch das mit den Zöllen auftretende imperialistische Streben der einzelnen Staaten, durch den mit den Zöllen aufkommenden blöden Begriff des sich selbst genügenden nationalen Wirtschaftsgebiets die Zugänge zu lebenswichtigen Rohstoffquellen versperrt werden. Diese Furcht muß gründlich gebannt werden, ehe es zu einem wahren Frieden kommen kann. Das Mittel ist die Internationalisierung der Rohstoffquellen, der Weg dahin die Ausrufung von Freiland als allgemeines Menschenrecht.

Im Anschluß an obige Zeitungsnachricht möchten wir noch auf die Bedeutung hinweisen, die das Flugzeug und damit das Petroleum für den Lohn der Arbeiter haben wird. Wenn es nur mehr 20 Dollar kostet, um nach Nordamerika zu fliegen, so kann der Lohn, der hier in Deutschland bezahlt wird, nicht mehr nennenswert vom Lohn abweichen, den der Arbeiter in Amerika verdient, so daß es ganz aussichtslos ist, zu versuchen, den Arbeitern durch direkte oder indirekte Steuern die Kriegskosten aufzubürden.

## **Die Ursachen der Kriege.**

Viele haben schon den Friedenssamen gesät in der Hoffnung auf Ernte. Und es waren keine Kinder, die solches versuchten. Die Edelsten des Menschengeschlechtes haben den Friedenssamen gestreut, doch der Friedensbaum blieb, wie der Schokoladenbaum der Kinder, ein Kindertraum.

Fiel der Samen dieser Friedensapostel immer auf steinigem Grund, war der Samen vielleicht taub, war die Zeit nicht die richtige, war der Frieden nichts für unser Volk, für unser Klima? Tatsache ist: wir sehen vom Frieden immer nur den Samen, niemals die Ernte. Nicht einmal Vorbereitungen für die Ernte sehen wir, als ob alle ohne wirkliche Hoffnung säeten. Wir säen den Frieden und bauen Scheunen, um den Krieg zu

ernten. Den Kriegsminister hat jeder Staat, ich glaube, sogar der römische Kirchenstaat hatte einen solchen; einen Friedensminister hat es noch nirgends gegeben.

Dort, wo die Natur der Entwicklung einer Sache günstig ist, da geht der Samen immer auf. Wenn der Boden vorbereitet wäre für die Aufnahme des Friedenssamens, so müßte auch er aufgehen ohne irgend welche Nachhilfe. Von selber müßte er wachsen, sich ausbreiten und sich wie das Unkraut die Welt erobern.

Wir lockern am Kamme eines Berges einen kleinen Stein. Er reißt immer mehr Steine mit sich, unten fällt ein Steinregen, eine Steinlawine. Ein Funken fällt in einen Strohhaufen. Er frißt ihn. Bei einem guten Pferd braucht man Zügel, keine Sporen. Warum müssen wir dem Friedensgaul immer die Sporen ansetzen, warum setzt er sich nicht in Trab? Sonst genügt doch oft ein Wort, eine Rede, um ein Volk, eine Welt zu Taten fortzureißen; noch nie aber hat das Wort des Friedens das Volk fortgerissen, daß sie gesagt hätten: kommt, sind wir wirklich Brüder, so laßt uns wie Brüder teilen und Frieden halten. Der Samen, der dort gestreut wurde, mag zwar hie und da gekeimt haben, aber die Dornen, die mit ihm aufwachsen, ersticken wieder alles, regelmäßig, ausnahmslos, seit so vielen, vielen Geschlechtern.

Warum ist das so? Warum fängt das Friedenswort nicht Feuer? Man nennt den Frieden den Zwillingbruder der Liebe, und die Liebe fängt nicht nur Feuer, sondern verzehrt sich in ihm. Unausgesetzt, seit Jahrtausenden sucht der Mensch das Feuer des Friedens anzufachen, nutzlos. Es will nicht brennen; es geht immer wieder aus. Es findet keine passende Nahrung.

Man hat oft die Kapitalisten, die von ihren Zinsen lebenden Rentner, für die Kriege verantwortlich machen wollen. Was aber konnte der Kapitalist für sich vom Kriege erwarten? Der Rentner will still und friedlich seine Zinsen verzehren. Das schöne, große Leben, das ihm der Schweiß des Proletariats ermöglicht, das will er in vollen Zügen genießen. Er will einen gut bedeckten Tisch, einen schönen Garten, Frieden, Fröhlichkeit um sich haben. Und diese Menschen, die schon vor einem einfachen Streik, der ihre Dividenden schmälern könnte, sich entsetzen, die sollten den Krieg schüren, der alles zerstört? Solcher Unsinn! Wer hat dieses Märchen verbreitet? Sicherlich die, die die Verantwortung für den Kriegsausbruch von sich abwälzen wollten. Es gibt

auf der Welt keinen friedlicheren Menschen als den Kapitalisten, wenigstens so lange seine Schmarotzerexistenz nicht gefährdet ist. (Aha! Der Schriftl.) Und wie sollten diese Kapitalisten von einem Kriege die Förderung ihrer Interessen erwarten, [Anmerkung der Schriftleitung: Siehe die Schrift „Die Wirtschaftl. Ursachen des Weltkrieges“ (Preis 50 Pfg. zuzügl. 15 Pfg. Porto) Physiokratischer Verlag, Berlin-Lichterfelde, Steglitzerstr. 31.] wenn sie, wie es doch die Regel ist, ihr Kapital, um das Risiko zu verteilen, über die ganze Welt verteilen? Der deutsche Kapitalist besaß englische, französische, italienische Papiere, und die englischen, französischen Kapitalisten hatten deutsche Aktien. Das Kapital ist international, und trägt damit schon den Keim des Friedens mit sich herum. Hat man nicht oft gesagt, daß, wenn Amerika in Deutschland ebenso große Forderungen gehabt hatte, wie in den Ländern der Entente, daß dann der Amerikaner, aus Furcht, daß sich seine Schuldner bis zur Zahlungsunfähigkeit bekämpften, ebenso energisch den Frieden betrieben hatte, wie es nachher den Frieden durch Krieg herbeizuführen gesucht hat. Gewiß, es gibt Kapitalisten, die vom Kriege eine Förderung ihrer Interessen erwarten. Die Aktionäre der Rüstungsindustrie. Aber das sind in Friedenszeiten so verschwindend kleine Kreise, so unendlich winzige, kleine Kröten, verglichen mit der großen Masse derjenigen Kapitalisten, die vom Krieg nur Ungeziefer erwarten, daß wir ihr Dasein füglich unbeachtet lassen können. Wir müssen darum die Ursache der Kriege anderswo suchen. Und erst dann, wenn wir die Ursache der Kriege einwandfrei festgestellt haben, werden wir daran gehen können, den Boden für die Aufnahme des Friedenssamens vorzubereiten. Erst dann werden wir mit der Gewißheit den Friedenssamen ausstreuen können, daß er nicht mehr unter die Dornen fallen wird. Wo wir die Wurzeln der Kriege zu suchen haben, das werden wir allmählich zeigen.

## **Wie man Proletarier macht.**

Sonst hieß es, daß das Privateigentum an Produktionsmitteln als Grund des Proletarisierungsprozesses zu betrachten sei. Heute sehen wir, wie das Parteiinteresse diesen Proletarisierungsprozeß fordert. Je mehr Pro-

letarier, umso mächtiger sind die Proletarier. So denkt der Proletarier und nach dieser Erkenntnis handelt er.

Die Stadt Berlin besitzt am Liebnitzsee 4 Rittergüter im Gehalt von 20 000 Morgen. Hier könnten 1000 Heimstätten für 1000 Proletarierfamilien errichtet werden. Vielfach würden sogar unterstützungsbedürftige Arbeitslose hier untergebracht werden können. Aus 1000 armseligen, unglücklichen, dem Aussterben geweihten Berliner Proletariern könnte man da 1000 gewichtige, selbständige, selbstverantwortliche Vollbürger machen. Man zieht aber vor, die 20 000 Morgen weiter als Rittergüter zu bewirtschaften. Sie werden jetzt zur Pacht auf 15 Jahre angeboten. Selbstverständlich geschieht das auf Wunsch des Magistrats, des Magistrats der Stadt Berlin, wo die Proletarier herrschen. Diese Proletarier wollen eben alle Menschen zu Proletariern machen. Sie rechnen damit, daß wenn wir alle armselig und dem Aussterben geweiht sind, daß dann ihr Pöstchen auf dem Magistrat sicher ist. Um ihre Partei nicht zu schwächen, überliefern sie hier 1000 Proletarierfamilien der Schwindsucht.

Wir werden das Proletariat vor dem Angesicht Gottes ausrotten, nicht dadurch, daß wir es .der Schwindsucht ausliefern, sondern dadurch, daß wir die wirtschaftlichen Bedingungen schaffen für die Rückverwandlung des Proletariats in selbständige, unabhängige Bürger und Eigentümer. *Wir werden den Schwindsuchtskeim aus der Brust des Proletariers in das Kapital verlegen.*

Fort mit den Kapitalisten und fort mit den Proletariern!

## **Das Freigeld und der Mond.**

Im Berliner Tageblatt vom 25. 3. werden die Gutachten von 4 Bauräten, Geheimräten und Professoren veröffentlicht über die wirtschaftliche Ausnutzung der Flut- und Ebbegefälle zwecks Ersparnis von Kohle. Sie alle behaupten die technische Möglichkeit und die wirtschaftliche Unmöglichkeit solcher Anlagen. Keiner dieser Sachverständigen spricht es aus, daß die wirtschaftliche Unmöglichkeit nichts anderes ist als die Unmöglichkeit den regelrechten Zins herauszuwirtschaften. Der Preis, den wir für die Kohle bezahlen, besteht zum größten Teil aus Löhnen, der Preis, den wir für die aus Ebbe

und Flut zu gewinnende Kraft zahlen müßten, würde fast ausschließlich aus dem Zins der Anlagekosten bestehen. Und da der Zins jetzt ganz besonders hoch ist, so ist die Wasserkraft zur Zeit trotz der hohen Kohlenpreise noch nicht „Wirtschaftlich“. Wirtschaftlich erscheint den Bauräten und Professoren ein Werk dann erst, wenn dem Kapitalisten für je 100 Mk, die er einmalig an Löhnen ausgibt, für *ewige Zeiten* eine jährliche Abgabe von 5 Mk. sicher erscheint. Baut man für den Betrag von einer Milliarde ein Ebbe- und Flutwerk, so müssen gleichzeitig die Mittel bereitgestellt werden, um eine Stadt zu bauen, wo 50 000 Rentner, von denen jeder jährlich 10 000 Mk. Rente bezieht, mit ihrem Anhang von mindestens 500 000 Menschen leben können. Ist diese Bedingung nicht erfüllt, so wird das Werk nicht gebaut. Das ist, was der Proletarier die Rentabilität des Unternehmens und was die Geheimräte die Wirtschaftlichkeit desselben nennen.

Ohne diese Bedingung der Rentabilität würde man schon lange Ebbe und Flut wirtschaftlich ausgenutzt haben, wie man sie schon heute an der Börse ausnutzt. Hier verzichtet man auf die Rente, um dafür das Hausse- und Baissegefälle, die Börsendifferenzen einzustreichen.

Um Ebbe und Flut an unseren Küsten ausnützen zu können, müssen wir zuerst die Ursache von Ebbe und Flut an der Börse beseitigen.

*Fort mit der Reichsbank,  
fort mit der Goldwährung!*

Ohne das Freigeld werden Ebbe und Flut fortfahren ewig unsere Küsten zu zernagen und unsere Märkte zu erschüttern. Das Freigeld, das den Kapitalismus bändigt, bändigt auch Ebbe und Flut. Was keinem Techniker bisher gelang, dem Freigeld gelingt es; es spannt den Mond in den Dienst der Menschheit!

---

## **Richtlinien für die künftige deutsche Goldpolitik.**

Der Scheck von 50 Millionen Kilo Feingold, gleich 132 Milliarden Goldmark, mit Zinsen etwa 150 Millionen Kilo Gold, ist nun unterzeichnet worden. Im deutschen Finanzministerium saß wohl niemand, der unsere Warnungen verstand. So hat man uns nun zur Lieferung einer Sache verpflichtet, *die auf Erden in greifbarer Gestalt überhaupt nicht vorhanden ist*. 150 Millionen Kilo wollen wir liefern, obschon wir wissen, daß seit der Entdeckung Amerikas nur 27 Millionen Kilo gefunden worden sind, wovon noch der größere Teil zu Schmucksachen verarbeitet und auch im Gebrauch als Münze verschlissen wurde. Nur auf dem Wege des Kreislaufes des Geldgoldes ist es denkbar, daß wir uns die jährlich fällig werdenden Goldmassen verschaffen können. *Halten die Franzosen das Goldkarussell nur eine Weile an*, so wird es uns sachlich unmöglich gemacht, unseren Verpflichtungen nachzukommen. Den Vorwand zur Besetzung des Ruhrgebietes können die Franzosen somit jederzeit schaffen.

Im „Befreier“ hatten wir eine letzte Warnung an die Reichsregierung gerichtet („Befreier“ Nr. 5). Ob jetzt nachträglich der Fehler noch gut gemacht werden kann, ist zweifelhaft. Nur dann können wir etwas hoffen, wenn der Sachverhalt auf einer internationalen Währungskonferenz auf breiter Grundlage öffentlich klargestellt und die wucherischen Elemente der Goldwährung bloßgelegt werden. Sollten die Franzosen zur Goldwährung zurückkehren, so wird die Gefahr, auf die wir aufmerksam gemacht haben, bedeutend geringer sein. Denn dann würden sich die Franzosen ins eigene Fleisch schneiden, wenn sie, um Deutschland Schwierigkeiten zu bereiten, den Kreislauf des Goldes hemmen wollten. Die Krise, die sie dadurch über das eigene Land heraufbeschwören würden, würde ihre Pläne durchkreuzen. Aber die Franzosen haben die Goldwährung, wie alle europäischen Staaten, aufgegeben und es ist dafür gesorgt, daß sie nicht wieder aufgerichtet werden kann. So können die Franzosen nun die Goldpolitik treiben, die ihnen ihr Verhältnis zu Deutschland nützlich erscheinen läßt, ohne daß dadurch ihre Wirtschaft noch



im Geringsten zu leiden braucht. *Sie können alles tun, was sie für nützlich halten, um den Preis des Goldes in die Höhe zu treiben.* Wie der Preis des Silbers heute keinerlei Einfluß auf die Wirtschaft hat, so braucht auch heute der Preis des Goldes nicht mehr von der Währungspolitik beachtet zu werden. Für Deutschland wie für Frankreich ist mit der Reparationsschuld von 150 Millionen Kilo Gold ein Termingeschäft in einer Ware abgeschlossen worden, die beide Kontrahenten sehr wohl entbehren könnten. Und gerade darum, weil die Franzosen das Gold, das wir ihnen zu liefern verpflichtet sind, ja gar nicht brauchen, weil sie es nicht mehr dem Verkehr zurückgeben müssen, darum gibt ihnen der Vertrag nun solche Gewalt über ihren Schuldner.

Weil der Vertrag uns verpflichtet, den gesamten Weltvorrat an Gold 7 (sieben!) Mal an die Franzosen abzuliefern, so genügt es doch, daß sie, die Franzosen, den Hunnenschatz, den sie ja nicht brauchen, ein einziges Mal in den Rhein zu versenken (oder sich einen „Juliusurm“ anlegen), um es Deutschland unmöglich zu machen, den Schatz ein zweites, drittes, viertes, fünftes, sechstes und siebentes Mal abzuliefern. Und dann treten die Gesetze des Wuchers in Kraft, von denen, wie es scheint, die von unserer Regierung um Rat befragten sachverständigen Bankiers keine Ahnung verraten. Der Fall ist derselbe, wie wenn wir uns den Franzosen gegenüber vertraglich und unter Verpfändung des Ruhrgebietes verpflichtet hätten, ihnen Mona Lisa im Original und in bestimmten Zeitabschnitten *sieben Mal zu liefern, ohne den Preis anzugeben, den wir jedesmal für die Rückerwerbung des Bildes zu zahlen haben.* Es ist wahrscheinlich, daß die Franzosen, die noch tiefer als jedes andere Volk im Goldwahn zu stecken scheinen, zur Zeit noch keine ähnlichen schwarzen Pläne schmieden. Sie werden aber ganz von selbst darauf stoßen. *Und dann wird der deutsche Michel den Sinn unserer Warnungen auch endlich verstehen!* Und dann wird der in die Falle gegangene Bär an die Gewalt appellieren und aus 100 000 Flugzeugen werden Bomben auf Paris und Berlin niedergehen.

Gegenüber solcher wucherischen Goldpolitik, die wir von den Franzosen zu erwarten haben, bedeuten die Abwehrmaßregeln, die Deutschland ergreifen kann, wenig, besser gesagt, nichts. Wenn wir trotzdem hier davon

sprechen wollen, so geschieht es, um noch mehr Licht auf dies Gebiet zu werfen.

Hat Frankreich ein Interesse daran, den Preis des Goldes auf eine für Deutschland unerschwingliche Höhe zu treiben, so wird umgekehrt Deutschland nun alles versuchen, um diesen Preis möglichst tief herabzudrücken. Uns stehen hierzu zwei Wege frei. Wir können auf die Nachfrage nach Gold und auf das Angebot von Gold wirken. Um die *Nachfrage* nach Gold zu mindern, werden wir alles, was in unseren Kräften ist, tun, um vor allem dem Gold die Verwendung als Münze und als Deckung der Banknoten zu nehmen. Wir werden für die möglichste Verbreitung der Theorie des Papiergeldes sorgen und vor aller Welt die Mängel und Fehler der Goldwährung bloßlegen. Wir werden die Goldwährung als die Quelle der Zinswirtschaft, als die Hochburg des Kapitalismus, des Wuchers, der Spekulation, als die Ursache der Konjunkturschwankungen, der Wirtschaftskrisen, der Arbeitslosigkeit, entlarven und das Proletariat der ganzen Welt gegen die Goldwährung ins Feld führen. Wir werden der Welt zeigen, wie man die Währung nach wissenschaftlichen Erkenntnissen zu führen hat und von der Theorie zur Tat übergehend, werden wir einen Vergleichspunkt schaffen, an dem die Welt sich in Währungsfragen wird orientieren können. Wir werden so erreichen, daß die Goldwährung überall als ein Wahngewilde erkannt wird. Dann wird das gesamte in den Tresors der Banken aufgespeicherte Gold als nutzlos auf den Markt geworfen werden und ähnlich wie vor 50 Jahren das für die Währung als nutzlos erkannte Silber von den Notenbanken abgestoßen und dadurch der Preis des Silbers um 50 Prozent gedrückt wurde, so wird, zunächst wenigstens, auch der Preis des Goldes nun zurückgehen, was in der Weise in Erscheinung treten wird, daß wir für den Erlös unserer ausgeführten Waren mehr Gold werden kaufen können.

Jedoch, wie bereits im „Befreier“ Nr. 5 erwähnt, wird diese Politik sich als zweiseitiges Schwert erweisen. Das Gold ist ein begehrter Rohstoff der Luxusindustrie und dem Luxus frönen wir, wenn unsere Wirtschaft gedeiht. Tritt nun an die Stelle der Goldwährung überall etwas besseres – und in Betracht kommt hier allein die absolute Währung (Festwährung), – so beseitigen wir damit die Ursache der Wirtschaftskrisen, der Arbeitslosigkeit, der Zinswirtschaft, der Aus-

beutung. Damit verschwindet aber in der ganzen Welt die Ursache der Massenarmut, die wieder die Ursache ist, warum die Massen in Afrika, in Asien, in Amerika und in Europa keine Nachfrage nach goldenen Schmucksachen halten können. Tritt nun Wohlstand an die Stelle dieser mit der Goldwährung zwangsläufig sich einstellenden Massenarmut, so wird auch selbstverständlich die Nachfrage nach Gold für Juwelierzwecke wachsen. Und diese so entstehende neue Nachfrage kann unter Umständen den Preis des Goldes auf phantastische Höhe treiben. Steigt mit der absoluten Währung der Arbeitslohn nur um das Doppelte und gebraucht der Arbeiter von diesem Mehr etwa 5 Prozent, um seiner Frau einen goldenen Schmuck zu kaufen –, hier, in Asien, in Afrika, so kann man sich vorstellen, welch gewaltigen Umfang die Nachfrage der Juweliere nach Gold nehmen wird.

So betrachtet, hatte das Deutsche Reich als Goldschuldner ein Interesse daran, daß die Goldwährung *und damit die Weltmassenarmut in vollem Umfange erhalten bleibe*. Aber auch das würde sich als ein zweischneidiges Schwert erweisen, insofern, als die Weltmassenarmut wieder dem Absatz unserer Ausfuhr Güter im Wege stehen würde, immerhin, wir könnten wenigstens im Deutschen Reich den Gebrauch des Goldes zu Juwelierzwecken untersagen oder besteuern, um dem Gold den deutschen Markt zu sperren. Dieser Nachfrage nach Gold für Juweliere könnten wir auch noch dadurch entgegenarbeiten, daß wir unsere Kunstwerkstätten ermuntern, Schmucksachen herzustellen aus anderem Material als Gold und die das Gold aus dieser Domäne zu verdrängen im Stande wären. Gelänge es, das Gold aus der Mode zu bringen, wie es ja schon heute in manchen Ländern als Zeichen eines barbarischen Geschmackes gilt, sich mit goldenen Gegenständen zu behängen, so könnte solches den Preis des Goldes sehr zu unseren Gunsten beeinflussen.

Ein weiteres Mittel, den Preis des Goldes zu senken, wird darin bestehen, das Schürfen nach Gold aus öffentlichen Mitteln zu unterstützen. Unsere Geologen sollten in die Welt hinausgeschickt werden, um neue Goldadern zu entdecken. Tausende von Bohrern sollten angesetzt werden in Sibirien, in Brasilien, in Australien. Vor allem aber müßte Deutschland danach streben, die Aktien der afrikanischen Goldfelder in die Hand zu bekommen, um den Abbau mit Hochdruck zu betreiben.

Dieser Abbau, der nach dem englischen Plan vielleicht 50 Jahre beanspruchen wird, könnte gewiß im zehnten Teil dieser Zeit vollzogen werden. Dann würde dieses Gold, das heute in der Erde liegt und keinen Einfluß auf seinen Preis ausübt, zur Verbilligung dieses Metalles beitragen und uns dadurch bei der Abtragung unserer Reparationsschulden nützlich sein. Wir müssen ja das heute vorhandene Gold sieben Mal kaufen und sieben Mal abliefern, sodaß, wenn wir durch eine einmalige Ausgabe das Gold verbilligen können, wir sieben Mal den Vorteil davon haben werden. Geben wir eine Milliarde für Schürfungen aus und verbilligen wir dadurch die vorrätigen 27 Millionen Kilo etwa um den Betrag dieser Milliarde, so gewinnen wir damit sechs Milliarden. Freilich, eine Verbilligung des Goldes fördert seinen gewerblichen Verbrauch und wirkt dadurch dem genannten Ziel entgegen.

Unsere Politik muß somit darauf gerichtet sein, möglichst viel Gold zu fördern und auf den Markt zu bringen und gleichzeitig dafür zu sorgen, daß dem goldgeschmückten Pöbel der ganzen Welt der Gebrauch der goldenen Schmucksachen vereckelt werde und dem Golde die Münzstätten gesperrt werden.

Bei nächster Gelegenheit werden wir die Richtlinien für die Zinspolitik des verschuldeten deutschen Reiches ziehen. Am Zins ist das deutsche Volk jetzt passiv interessiert. Statt Zinsen vom Ausland zu beziehen, muß Deutschland jetzt Zinsen ans Ausland zahlen. Fünf Sechstel der jährlich abzuliefernden sechs Milliarden Goldmark bestehen z. B. aus Zins. So gehört natürlich jetzt auch in dieser Beziehung eine neue Orientierung zu unseren öffentlichen Aufgaben.

## **Das Freigeld und der bargeldlose Verkehr.**

In der Zeitschrift „Der Reichsgegenzins“ wird uns die Frage gestellt, wie wir es verhindern können, daß der bargeldlose Verkehr das Freigeld verdränge und dadurch unwirksam mache.

An anderen Orten („Technik und Wirtschaft“, 2. Heft 1921 und in der „Freiwirtschaft“, Nr. 8, 2. Jahrg.) ist

diese Frage bereits in grundsätzlicher Weise beantwortet worden. Wir verweisen auf das dort Gesagte. Hier wollen wir nur noch einmal zeigen, warum ein ausschließlich bargeldloser Verkehr nicht möglich ist, denn mit dem Nachweis der *Unmöglichkeit* fällt auch die obige Frage als gegenstandslos dahin.

Zumeist wird der bargeldlose Verkehr von Personen empfohlen oder gegen das Freigeld ins Treffen geführt, die, wie z. B. die Reichsbankdirektoren, in keiner unmittelbaren Berührung mit dem Markte stehen, neutrale Mittelpersonen, Bürokraten, Säulenheilige und dergl. Der Scheck hat für diese Personen nur Vorteile gegenüber dem baren Geld. Der Mißbrauch, der mit ihm getrieben werden kann, hat für sie wenig Bedeutung. Und so wundern sie sich, daß der bargeldlose Verkehr die Banknoten nicht schon längst völlig verdrängt hat und machen die Schwerfälligkeit der Kaufleute dafür verantwortlich, daß wir immer noch einen Bargeldumlauf unterhalten von etwa 80 000 000 000 Mark, den die Reichsbank mit vier Milliarden Zins jährlich belastet. Der bargeldlose Verkehr würde uns diese vier Milliarden zweifellos ersparen. Warum nun bedient sich der Handel nicht dieses billigen Verkehrsmittels? Der bargeldlose Verkehr ist zinsfrei, der Bargeldverkehr kostet Zins und trotzdem kann der bargeldlose Verkehr nicht aufkommen?! Wo liegen die Hemmungen?

Diese Erscheinung kann man nicht damit erklären, daß etwa der zum bargeldlosen Verkehr gehörige Apparat fehlt. Der Apparat, das Postscheckamt, ist da und arbeitet tadellos. Gewaltige Zahlungen werden auch durch das Postscheckamt vermittelt. Die Kaufleute machen auch gern Gebrauch von dieser Einrichtung, so weit es geht. Der Staat macht auch sonderbarer Weise und gegen sein Interesse Reklame für diese Einrichtung, im Kriege sogar unter Anrufung des Patriotismus! Und trotzdem gelingt es nicht, den bargeldlosen Verkehr so zu verallgemeinern, daß das bare Geld überflüssig wird. Man hat die Domäne des baren Geldes eingeengt. Mehr hat man nicht erreicht. Um wie viel der Postscheckverkehr das Gebiet des baren Geldes eingeengt hat, ob es 10 oder 20 Prozent sind, kann niemand errechnen. Vielleicht haben wir die Grenze des bargeldlosen Verkehrs noch nicht erreicht, sehr weit sind wir aber nicht mehr davon entfernt. Bedenkt man, daß der durch die Depositenbanken, durch Wechsel vermittelte Zahlungsverkehr schon seit jeher besteht, so wird man

zugeben, daß das bare Geld aus seiner Domäne nicht zu verdrängen ist. Letzten Endes muß die Umständlichkeit des Postschecks im Vergleich zum baren Gelde die Tatsache erklären, daß wir trotz Postscheckamt einen Notenumlauf von 80 000 000 000 Mark unterhalten, der uns vier Milliarden Zins jährlich kostet. Statt Banknoten zu verbrennen, vermehrt die Reichsbank sogar noch den Bargeldbestand mit der Begründung eines wachsenden Bedarfes an „Zahlungsmitteln“. Ist diese Begründung auch falsch, so fragt man sich doch, wie die Reichsbank ihren Notenumlauf vergrößern kann, wenn der Zahlungsverkehr sich bargeldlos abwickeln könnte?

Zur Erklärung der Erscheinung wollen wir an Beispielen die Hindernisse näher betrachten, auf die der bargeldlose Verkehr im täglichen Leben stößt:

Professor X., Vorkämpfer für den bargeldlosen Verkehr, hat von der Staatskasse sein Gehalt in Gestalt einer Überweisung auf sein Postscheckkonto erhalten. Professor X. wartete schon sehnsüchtig auf diese Zahlung. Sogleich begibt er sich in die Stadt. Er hat viele Bedürfnisse. Dem Tabakhändler bezahlt er die Zigarren mit einem Scheck. Er möchte die Zigarren natürlich gerne mitnehmen, denn die letzte hat er bereits vor drei Tagen geraucht. Doch der Händler bedeutet ihm mit vielen schönen Redensarten, die er an diesem Tage schon hundert Mal angewendet hat, daß der Scheck erst auf seine Richtigkeit untersucht werden muß und daß erst in acht Tagen Antwort zu erwarten sei. Professor X., Vorkämpfer für den bargeldlosen Verkehr, setzt mit seinem Scheckbuch, aber ohne die begehrten Zigarren, seine Wanderung fort. Da es zu regnen anfängt, entsinnt er sich, daß er auch einen Regenschirm braucht. Er kauft den Gegenstand und zahlt mit einem Scheck, wie es sich für einen Vorkämpfer des bargeldlosen Verkehrs ja gehört. Jedoch auch hier die betrübende Antwort: In acht Tagen, wenn die Sonne wieder scheint, könne er den Schirm abholen, d. h. wenn der Scheck geprüft und in Ordnung befunden worden sei. Der Ärger machte Professor X. hungrig. Im Gasthaus zieht er sein Scheckbuch. Aber der Kellner verweist ihn auf ein Plakat: „Um die Schecks auf ihre Richtigkeit zu prüfen, müssen die Mahlzeiten acht Tage im Voraus bezahlt werden. Pfänder: Schuhe, Hemd und Hosen werden nur gegen Zahlung einer besonderen Gebühr angenommen.“ Unser Freund, naß, hungrig und müde, will einen Bekannten aufsuchen, um sich bei ihm zu erholen. Den Fahrschein kann er

acht Tage nach Zahlung abholen. Professor X., Inhaber des Scheckbuches Nr. 22 456 456, Vorkämpfer für den bargeldlosen Verkehr, wird nachdenklich. Er läßt sich auf eine Bank nieder und denkt: Hatte ich doch eine Zigarre! Neben ihm unterhalten sich zwei Männer über die Vorzüge des bargeldlosen Verkehrs. Beide fluchen. Der eine, ein Krämer, hat ein mächtiges Bündel von Schecks, die in einer meterlangen Liste aufgezeichnet sind. Im ganzen etwa 1000 Schecks im Gesamtbetrag von 10 000 Mark, die Einnahme eines Tages. Früher hielt ich meine Kasse selbst in Ordnung und sie stimmte immer, sagt der eine. Jetzt muß ich zwei Kassierer bezahlen und nie stimmt die Kasse. Und nun überlegen Sie, daß diese 1000 Schecks auf der Zentrale zweimal gebucht werden müssen, dem einen müssen sie belastet, dem anderen gutgeschrieben werden. Dann müssen noch die 1000 Inhaber der Konti benachrichtigt werden. In der Zentrale laufen alle Tage 35 000 000 Schecks ein. Dort sind jetzt 100 000 Buchhalter beschäftigt. Früher hatten wir den Militarismus, jetzt haben wir den bargeldlosen Verkehr. Ich wäre gern bereit, um mich davon zu befreien, fünf Prozent Rabatt für Zahlung in Banknoten zu geben. Ich gäbe auch gerne 10 Prozent Rabatt, sagte der zweite, ein Grünkramhändler. Übrigens hörte ich, daß die Reichsbank wieder ermächtigt wurde, für gewisse Fälle Noten auszugeben. Und so habe ich bereits an meinem Schaufenster ein Schild angebracht mit der Inschrift: Fünf Prozent Rabatt für Zahlungen in barem Geld und ein anderes: Schecks werden hier mit einem Abzug von zehn Prozent gegen bares Geld eingelöst. Wo ist Ihr Laden, fragt der nasse, hungrige und müde Professor X., Vorkämpfer für den bargeldlosen Verkehr.

Stellen wir also fest: Der bargeldlose Verkehr ist unter Unbekannten unmöglich. Die Zahlung mit Scheck ist eine Kreditoperation, wie die Zahlung mit einem Wechsel. Sie setzt das Vertrauen in die Zahlungsfähigkeit des Ausstellers des Schecks voraus. Sie ist keine Barzahlung mehr und enthält ein Risiko. Auch unter Bekannten bietet der Scheck nur Vorteile, wenn es sich um große Summen handelt, wo das Zählen der 1000-Mark-Noten mehr Zeit beanspruchen würde, als das Ausschreiben und Kontrollieren des Schecks. Der bargeldlose Verkehr kommt also nur für den Großhandel in Betracht. Den Großhandel aber betreiben in jeder Stadt nur einige wenige Personen. Die große Masse

des Volkes wird mit dem Postscheck niemals etwas vernünftiges anfangen können. Für den Kleinhandel ist der Scheck eine Last. Für 99 Prozent aller Zahlungen ist die Banknote, die überall sofort und ohne weiteres als endgültiges Zahlungsmittel behandelt wird, das ideale Zahlungsmittel. Im Wettbewerb zwischen Banknote und Scheck würde sich in 99 Prozent aller Fälle die Banknote ein Aufgeld bedingen können. Das ist der Grund, warum der bargeldlose Verkehr die 80 Milliarden Mark Bargeld bisher nicht verdrängen konnte und auch in Zukunft nicht wird verdrängen können.

Die rein theoretische Frage, wie der bargeldlose Verkehr zu behandeln wäre, um die Grundsätze des Freigeldes zu wahren, beantworten wir dahin, daß in einem solchen Falle die Bankguthaben zur Schaffung des regelmäßigen, geschlossenen Kreislaufes, und um dem Währungsamt die Kontrolle über die Währung zu verschaffen, demselben Schwund zu unterwerfen wären, dem das Freigeld unterliegt. Die Preise würden beim lückenlos durchgeführten bargeldlosen Verkehr gebildet werden auf Seiten des Geldes durch die Summe aller Bankkonti multipliziert mit der Geschwindigkeit, womit diese Konti kreisen (Girokonto so viel wie kreisendes Konto). Die Regelmäßigkeit in der Kreislaufgeschwindigkeit ist die Vorbedingung für einen festen Preisstand. Um diese Regelmäßigkeit vor Störungen zu schützen, ist der gewaltsam durch die Kontisteuer erzwungene Kreislauf nicht zu entbehren. Und zwar aus den gleichen Gründen, die zur Forderung des Schwundes beim Freigeld geführt haben. Weil das Angebot der Waren unter natürlichem Zwang steht, darum muß auch die Nachfrage zwangsläufig vonstatten gehen, wenn wir zu einer Währung kommen sollen. Und die Nachfrage wäre beim lückenlosen bargeldlosen Verkehr der Gesamtbetrag der Konti.

## **Preisabbau und Schutzzoll.**

In den. Schriften, die wir verbreiten [Siehe u.a. „Deutsche Vorschläge für die Neugründung des Völkerbundes zur Überprüfung des Versailler Vertrages“. Zu beziehen durch W. Groß, Barmen, Zietenstraße 23 und Freiland-Freigeld-Verlag, Erfurt. Preis 2 Mk.], wird der Schutzzoll, der Imperialismus, der verrückte Gedanke des „Nationalen Wirtschaftsgebietes“, des „geschlosse-



nen Handelsstaates“, in ursächlichen Zusammenhang gebracht mit dem Rückgang der Warenpreise. Wir weisen nach, daß so oft auch in irgend einem Lande die Warenpreise zurückgingen, der Ruf nach Schutzzoll ertönte und sich Geltung verschaffte. Nur England hatte bisher diesem Rufe widerstanden.

Jetzt ist auch England, die alte Freihandelsburg, dem Schwindel erlegen. Seit einem Jahre etwa betreibt man in England den Preisabbau mit Hochdruck und seit dieser Zeit kracht die englische Wirtschaft in allen Fugen. Der Bergarbeiterstreik ist ein unmittelbares Erzeugnis des Preisabbaues, den jeder, der unsere Schriften kennt, prophezeien konnte. Die Engländer aber führen diese wirtschaftlichen Schwierigkeiten auf den deutschen Wettbewerb, auf den von den Engländern mit allen erdenklichen Schikanen gedrosselten, armseligen deutschen Wettbewerb zurück! Und führen nun Schutzzölle ein! Preisabbau und zugleich Schutzzölle! Das soll einer verstehen. Der Krieg hat nicht nur Menschen getötet; er hat den Verstand der Überlebenden angegriffen. Der Engländer kann nicht mehr richtig rechnen. Wir in Deutschland natürlich auch nicht. Wenn wir den Preisabbauwahn nicht auch betreiben, so liegt es nur daran, daß wir es aus wirtschaftlichen Gründen nicht tun können.

## **Arbeiterferien?**

In einem überfüllten Eisenbahnabteil 3. Klasse auf einer belebten Strecke im Industriegebiet hörte ich kürzlich folgende Unterhaltung:

„Na, nun wird ja das Wetter schön und man kann bald an die Sommerreise denken“, sagte ein gutgenährter und neumodisch gekleideter Herr. Der von ihm Angeredete fragt: „Können Sie sich denn Ihren Urlaub nehmen, wann Sie wollen?“ – „Natürlich, ich warte erst noch einige günstige Ausfälle der Börse für mich ab und dann kann es 8 bis 10 Wochen an die See gehen. Natürlich richte ich mir meine Erholung nach dem Wetter ein. Die Zeit ist jetzt überhaupt sehr anstrengend; meine Nerven sind vollkommen verbraucht!“ – Der andere erwiderte: „Ja, da haben Sie es gut, ich als Beamter muß mich allerdings vorher in die Urlaubsliste eintragen, dann muß ich mich mit meinem Urlaub nach meinen Kollegen richten, denn ich brauche eine Vertretung für meine Ar-

beit. Ich bin abhängig von meiner Vertretung, und dann kann ich vielleicht 10 – 14 Tage in den Harz fahren, und verregnet mein Urlaub, dann gibt mir niemand Ersatz dafür. Man muß aber zufrieden sein!“

Die anderen Mitreisenden bestanden aus einigen Handlungsgehilfen und Lehrlingen. Die übrigen waren anscheinend Arbeiter. Von diesen mag keiner dabei gewesen sein, der unter 40 Jahre alt war. Einige hatten schon graues Haar; sie schwiegen zu der Unterhaltung der Beiden.

Arbeitsmänner, was werdet Ihr bei diesem Gespräch gedacht haben? Du Graukopf fährst schon seit 25 Jahren dieselbe Strecke jeden Tag, Du arbeitest seit 25 Jahren als Metalldreher. 25 Jahre machst Du dieselbe Arbeit. Seit 25 Jahren im Kampf ums Brot. Hast Du Deine Nerven nicht 25 Jahre angestrengt? Nie weißt Du, ob bei ausbrechender Krisis sich Dir noch Erwerbsmöglichkeit bieten wird. Arbeitsmann, hast Du seit 25 Jahren einen Tag Urlaub gehabt? Du findest es natürlich, daß Du keinen gehabt hast! – Urlaub? Das Wort kennst Du nicht. Du hast den Glauben daran verloren. Ja, in der Jugend, da hast Du dafür gekämpft, da hast Du Dich der Sozialdemokratie, der Partei der Unterdrückten, angeschlossen. Du glaubtest, dadurch vielleicht einmal Staatsurlaub zu erhalten. Freilich hattest Du vielleicht auch von Deinem Unternehmer Urlaub bekommen können, aber während der Zeit wäre Dir der Lohn entzogen worden. Und was hatte es Dir dann genützt? Urlaub, aber kein Geld?

Du sagst Dir jetzt: für uns gibt es keine Ruhe, keine Erholung, nur erst dann kommt für *uns* die Zeit, wenn wir die Herrschaft übernehmen, dann wird der Sozialismus eingeführt! – O, Du bedenkst nicht, daß Ihr im November 1918 die Gewalt hattet, wo blieb aber der Sozialismus? *Wieder* also bist Du um Deine Hoffnung betrogen worden! Und *weiter* wirst Du betrogen werden und wirst Dich selbst weiter betrügen! Du wirst weiter den Sozialismus im Sinne von Karl Marx erstreben als Allerweltsheilmittel und damit betrügst Du Dich selbst!

Und Du, anderer Arbeitsmann, Du erklärst mir, Du gehörst keiner Partei mehr an. Warum! Weil Du mit Deiner Person für die Verwirklichung der sozialistischen Ziele eingetreten bist. Du hast Dich voll Idealismus dafür eingesetzt. Du hast geworben und Du hast

schließlich auch mit Deinen Genossen nach der „politischen Macht“ gestrebt. Dafür hat man Dich eine Zeit lang eingesperrt, wegen „staatsgefährlicher Umtriebe“! Jetzt ist Dir alles gleichgültig, die „Politik“ ist für Dich zu Ende und damit auch das Streben nach Freiheit! In dumpfer Ohnmacht brütest Du dahin!

Wie kommt es, daß Ihr alle erbittert seid? Euch schwebt doch Marx und Engels vor? Sollte etwa da der Fehler liegen? Ihr habt den Lehren dieser Männer blind *geglaubt*, aber Ihr habt die Lehren dieser Eurer Führer *nicht geprüft!*

Jetzt ist Euch von Silvio Gesell ein Weg gewiesen. Er sagt: „Nicht Zwang und Bevormundung, sondern die Freiheit bildet den Menschen und macht ihn zur charaktervollen, selbständigen Persönlichkeit!“ Er zeigt Euch, wie man den Kapitalismus zur Strecke bringen kann. Und in seiner Wirtschaftsordnung könnt Ihr dann auch zu dem ersehnten Urlaub kommen, könnt auch Ihr die Ferien voll und ganz genießen, weil Ihr das dazu nötige Geld habt – das Ihr jetzt für andere verdienen müßt. Prüft die Lehre Silvio Gesells – wir verlangen keinen Glauben von Euch!

Urlaub! – o Wort der Sehnsucht aller Beladenen, bringe du doch den arbeitenden Menschen zur Erkenntnis, damit sie endlich den richtigen Weg wählen. Dann werden auch sie erst einmal wieder Mensch werden. Mit ganz anderen Augen betrachten sie dann die Welt. Spinne sich jeder das alles selbst weiter aus!

Arbeitsmänner! Beschreitet den Weg, der Euch zur ausbeutungslosen, freien Wirtschaft führt. Tretet in Eueren Gewerkschaften für Freiland-Freigeld ein! Dann habt ihr ein festes, ein wirkliches Ziel und jagt keinem Phantom mehr nach! Dann werdet auch Ihr endlich zu vollgültigem Menschenrecht gelangen.

Albrecht Müller.

[Pseudonym für S.Gesell / Die Red.]

## Der „Befreier“ kämpft

für die natürliche, d.h. die ausbeutungslose Wirtschaftsordnung zur Erlangung des *vollen* Arbeitsertrages für alle Schaffenden.

### Als hierfür unerläßliche Vorbedingungen

#### erstrebt der „Befreier“:

1. Gleiches Anrecht aller auf den Erdboden und die Naturschätze (Freiland).
2. Unentgeltlichkeit des volkswirtschaftlichen Kredites durch zinsfreies Sach- und Geldkapital (Freigeld).
3. Festlegung der Kaufkraft des Geldes (der Löhne, Gehälter usw.) durch Herbeiführung fester Durchschnittspreise (absolute Währung);
4. Restlose Abwälzung aller öffentlichen Schulden und Lasten (einschl. der Ententeforderung) auf Kapital- und Grundbesitz (Vermögensabgabe);
5. Anbahnung des Völkerfriedens durch Beseitigung aller Zollgrenzen (Weltfreihandel) und Sicherung unbegrenzter Freizügigkeit;
6. Bürgerfriede durch Beseitigung des arbeitslosen Einkommens und damit der „Klassen“ und des Klassenhasses.
7. Unverletzbarkeit des bei ausbeutungsloser Volkswirtschaft und freiem Wettbewerb zu wirklich gleichen Bedingungen für alle selbst erarbeiteten Privateigentümer.

### Ortsgruppenverzeichnis.

Wir bitten alle die Leser, die sich der Bewegung anschließen wollen, sich an die nächstgelegene Ortsgruppe zu wenden, die nähere Auskünfte erteilt.

In den mit einem \* versehenen Orten sind die in dieser Nummer angezeigten und alle anderen Schriften über Physiokratische Freiwirtschaft (Freiland-Freigeld) auch bei den Ortsgruppen erhältlich; die Schriften liegen in allen Versammlungen aus.

**Allstedt:** Franz Schellhorn, Kirchplatz 4

**Altona:** Jul. Aurich, Adolfstr. 125 I

**Altrahlstedt:** A. Bader, Vereinsstr. 21

**Ansbach i. Bayern:** Georg Eschenbacher, Oberer Markt 45

**Arnstadt\*:** Werner Gimm, Berggartenweg 11

**Barmen:** W. Groß, Zietenstr. 23

**Bautzen\*:** Franz Süß, Strehlaerstr. 401

**Berlin\* (Hauptstelle):** Kurternst Schmidt, 59, Camphausenstraße 2.

**Berlin-Charlottenburg:** Joh. Göderitz, Witzlebenerstr. 36 Ghs.

**Berlin-Friedenau:** Hans Langelütke, Friedenau, Kreuznacherstr. 2

**Berlin-Karlshorst** FrI. Käthe Müller, Karlshorst, Karl Egonstr. 11

**Berlin-Lichtenberg:** Rich. Appel, O 112, Boxhagenerstr. 64 IV

**Berlin-Neubabelsberg:** Reinh. Mohr, Neubabelsberg, Schillerstr. 7

**Berlin-Nowawes:** A. Hirschmann, Nowawes, Hermannstr. 5

**Berlin-Steglitz:** Martin Karge, Steglitz, Althoffstr. 81

**Berlin-Tempelhof:** Georg Gensicke, Ordensmeisterstr. 55

**Berlin-(Zentrale):** Friedrich Suhren, B-Lichterfelde, Theklastr. 5

Oeffent. Vortrags- u. Diskussionsabende: Jeden Donnerstag, abends 8 Uhr in Schrader's Bürgerheim,

Alte Schönhauserstr. 23 – 24, Hof.

**Berlin (Norden 1):** Paul Funke, Berlin N, Rodenbergstraße 5, li. Seitenflügel III

Oeffentliche Vortrags- und Diskussionsabende: Jeden 1. und 3. Freitag im Monat, abends 7:30 Uhr,

Grüntalerstr. 13, Rest. Schrepel, Ecke Bellermannstr.

**Berlin (Osten 1):** Felix Rochalski, B-NO, Straußberger Str 43 II I.

Oeffentliche Vortrags- und Diskussionsabende: Jeden 2. und 4. Dienstag im Monat, abends 7.30 Uhr,

Restaurant Langestr. 108

**Berlin (Moabit):**

Oeffentliche Vortrags- und Diskussionsabende: Jeden 2. und 4. Mittwoch im Monat, abends 8 Uhr im „Moabiter Vereinshaus“, Waldstraße 53 (Nähe Bahnhof Beusselstraße).

**Berlin-Hermsdorf:** Franz Susemihl, Moltkestr. 15

**Bochum:** Karl Koch, Reichshof 5

**Bremen\*:** Hugo Schlosser, Donaustr. 49

**Buxtehude\*:** Dipl.-Ing. M. Hübner, Giselbertstr. Versammlung: Am 3. Mittwoch jed. Mts. abends 8:15 Uhr im Wartesaal, Bahnhofsgebäude.

**Castrop (Westf.):** Joseph Happe, Bergstraße 31

**Chemnitz\*:** Walter Matthes, Rudolfstr 42 III

Schriften: Buchhandlung Seifert, Poststr. 55.

**Cölleda:** Bahnhofsvorst. Hauschild, Bahnhof.

**Danzig:** Redakteur Buchholz, Langfuhr, Petschowstr. 12.

**Eisenach:** H. Laves, Ofenstein 11

**Eisleben\*:** G. Suder, Weinberg 6

**Elberfeld:** Fritz Schulze, Frankenplatz 23

**Erfurt\*:** Karl Bertuch, Winterfeldtstr. 15 III

Öffentliche Versammlung: Mittwoch, den 15.6., abends 8 Uhr bei Steininger, Predigerstraße.

**Eschweiler:** Franz Liesenfeld, Uferstr.

**Essen\*:** Dr. Wahlert, Gemarkenstr. 122

Versammlung: Jeden 2. und letzten Donnerstag, abends 7 Uhr

in Gesellschaft „Erholung“, Essen II, Hagen 50.

**Falkenberg O-Schles.:** Heinrich Strelitzki, Elleguth-Friedland

**Gelsenkirchen:** Otto Großkopf, Schützenstraße.

**Gera-Reuß:** Ostermann, Blücherstr. 55

**Gladbeck\*:** Wilh. Weber, Berginspektion 5

Versammlung: Jeden 2. Sonntag im Monat, 10 Uhr vorm. bei Van Suntum beim Rathaus. Schriftenverkauf: Buchhandlung F. Bäßler.

**Görlitz:** A. Pohl, Seydewitzstraße 7.

**Gotha\*:** R. Ebrecht, Ohrdrufferstr. 26

**Hagen\*:** Karl Zech, Karlstr. 36

**Hagenow i. M.** Franz Wienecke, Schwerinerstr. 1

Mitgliederversammlung: Jeden 1. Sonntag im Monat, nachm. 2 Uhr

**Halberstadt:** A. Hamann, Bleichstr. 13 I

Mitgliederversammlung: Jeden 2. Freitag im Monat im „Kaiser Friedrich“, Seydlitzstraße.

**Halle a. S.\*:** Ludwig Medebach, Dölauerstr. 7

**Hamburg:** Fritz Bartels, Schwenkestr. 26 Hchpt.

Hauptversammlung: Jeden 2. Freitag im Monat in Ban's Gesellschaftshaus, Besenbinderhof.

Wöchentliche Distriktsversammlungen in 10 Distrikten. Adressen bei F. Bartels (siehe oben) zu erfragen.

Arbeitsgemeinschaft zur Ausbildung von Referenten jeden 1., 3., und 4. Freitag im Monat bei Steffen, Osterstr. 134.

Je 2 wissenschaftliche Vorträge finden im Mai, Juni und Juli ds. Js. statt. Anmeldung beim Vorsitzenden Fritz Bartels, ebenda Zeitungen und Schriften. Literatur in allen Versammlungen zu haben. Gäste stets willkommen. Desgleichen ist der „Befreier“ und andere Literatur zu haben bei Rob. Haraldson, Hamburg 22, Oesenitzstraße 29.

**Hannover\*:** Hermann Eggers, Kestnerstr. 49 pt. Versammlung: Jeden Mittwoch, abends im Hofbräuhaus, Hinüberstr. 8

**Harburg a.E.:** Fritz Stenger, Marienstr. 45

**Haspe i. W.\*:** G. Albertz, Kölnerstr. 22 a

” ” Heinrich Fettweis, Bachstraße 21

**Helmstedt:** Ludwig Möhle, Wilhelmstr. 8

**Herne i.W.:** Nikolaus Meier, Neustr. 24

**Hildesheim\*:** August Deiters, Kurzer Hagen 4

**Ilmenau:** A.Grosch, Bismarckstr.5

**Innsbruck i.Tirol:** Anton Dieti, Speckbacherstr. 21 III

**Insterburg:** F.Richter, Alter Markt 15

**Kiel:** Ernst Zahn, Fleethörn 30

**Köln:** Stephan Schumacher, Mainzerstr.47

Besprechung: Jeden Freitag, abends 8 Uhr, Brauhaus St Peter, Sternengasse 89 – 91

**Königsberg:** Otto Gelderblom, Schleusenstr. 3 d

**Königstele a. Ruhr:** Ernst Krajewski, Freisenbruch, Märkische Str. 58

**Leipzig\*:** G.Sickinger, L.-Gohlis, Erfurterfr. 6

Öffentliche Versammlung: Jeden 1. Freitag im Monat, abends 8 Uhr im Auguste-Schmidt-Haus, Dresdnerstraße 7. – **Bezirk Klein-Zschocher:** Jeden Donnerstag im Restaurant Albertsburg, Wiegandstraße.

**Magdeburg:** Fr. Lichtenberger, Leipzigerstr. 1

Arbeitsgemeinschaft jeden Donnerstag abends 8 Uhr, Breiteweg 155 III.

**Meiningen:** Karl Puffert, Drachenberg 2

**Moers:** Wilhelm Killich, Nordring 11

**Mülheim a. Ruhr:** Artur Ringel, Oberhausenerstraße 83

**München:** Elisabeth Wetzel, Loristr. 14

**Münster i.W.:** P.Hohl, Gereonstr. 32 III

**Naumburg a.S.\*:** Kubischeck, Spechtsart 10 II

**Neviges i.Rhld.:** H. Frenking, Am Asbruch

**Nürnberg\*:** Dr. Uhlemayr, Lindenaststr. 41

**Oldenburg i. Freistaat\*:** Noll, Sternstr. 6

**Oranienburg i.M.:** H. Schlage, Siedlung Eden

**Potsdam:** Kuhlmei, Glindow b. Werder, Hauptstr.7

**Ronneburg (S.-A.):** Emi IVieweg, Gr. Kirchgasse 6

**Ruhla i. Th.:** Schriften Oskar Beck, Forststr. 81.

**Saalfeld a. S.:** Paul Franke, Wielandstr. 7

**Schmalkalden:** Lehrer Holzhauer, Stillertor 4

**Schmölln (S.-A.):** Kurt Riedel, Göhrenanger 1

**Schramberg i. Wttbg.:** Alfred Brauchle, Thösstraße 18

**Schweinfurt\*:** Marie Meixner, Luitpoldstr. 31

**Schwenningen a. N.:** K. Häfele, Paulusplatz 9

Volkswirtschaftlicher Kursus: Jeden Montag abend im Vereinshaus, Ecke Scharnhorst/Alleestraße.

**Sontra:** (Bez.Cassel): Georg Wittich, Vorm Tore

**Stendal:** Adolf Schrader, Breitestr. 11 II

**Stettin\*:** Hans Timm, Pölitzerstr. 85 III

Geschäftsstelle und Bücher: Fritz Henke, Oberwieck 19. Zeitungsvertrieb und Abonnements: Adolf Lindemann, Paradeplatz 28 / 29. Öffentliche Vorträge: Aula des Schiller-Realgymnasiums, Schillerstr. 6, Ecke Moltckestraße. Vortrag Montag, den 30. 5., abends 7:30 Uhr: Segen und Schaden des Inflation. Montag, den 6. 6.: Preisabbau.

**Stollberg i. Rhld.:** Wilhelm Becker, Schulstr. 4

**Stuttgart:** Adolf Vogelmann, Wilhelmsplatz 6

**Tübingen:** Herbert Just, Nauklarstr. 20 I

**Ulm\*:** Hans Schulz, Neu-Ulm, Arnulfstr. 8

**Velbert i. Rhld.:** Jos. Rademacher, Nedderheide 22

**Weimar\*:** Zellermann, Paulinenstr. 3 a

**Werne (Kr. Bochum):** Theodor Alff, Ringstr. 5

**Wertheim\*:** Hugo Fack, Kreuzwerheim a. Main

**Wien\*:** Ludwig Bock, Wien 3/3 Trauegasse 1

**Witten a. Ruhr\*:** H. Burghardt, Crengeldanzstr. 49 I

**Wolferstedt:** Herrmanns, Postamt.

Der „Befreier“ erscheint im Umfang von 4 bis 6 Seiten, vierzehntägig; Nr. 7 also am 11. Juni 1921.

***Wir bitten sehr darum, unser Blatt nicht als „Tagesliteratur“ und als „Papier“ verwenden zu wollen, sondern es weiterzugeben!***

### **Freiwillige Kampfspenden für den „Befreier“**

wolle man freundlichst auf Postscheck-Konto Freiland-Freigeld-Verlag Rehbrücke Postscheckamt Berlin Nr. 976 39 einzahlen. Diese Spenden sollen zur Deckung des Defizits unseres Blattes dienen. Etwaige Überschüsse kommen restlos für die Bewegung zur Verwendung!

Der Herausgeber: Silvio Gesell.

Herausgeber und Eigentümer: Silvio Gesell; Schriftleiter: Georg Blumenthal, Berlin-Lichterfelde, Steglitzer Str. 31; Kommissions-Verlag: Freiland-Freigeld-Verlag, Erfurt, Nordstr. 1. Druck von Martin Luther, Erfurt.



## Mitteilung des Herausgebers.

Zweck des „Befreiers“ war, den vier für den Freiland-Freigeldgedanken wirkenden Organisationen den Boden für eine Verschmelzung vorzubereiten. Diese Verschmelzung ist nun geglückt; ob mit oder trotz der Mitwirkung des „Befreiers“, das wollen wir hier nicht untersuchen. Auf der Tagung in Kassel am 22. Mai wurde ein Presseausschuß gewählt. Ihm fällt jetzt die Aufgabe zu, die Frage zu prüfen, ob die wirtschaftlichen Bedingungen für die Herausgabe eines Bundesblattes erfüllt sind und wie ein Blatt, das für alle Schichten des zum Himmel stinkenden Klassenstaates bestimmt ist, geschrieben werden soll. Es ist eine schwere Aufgabe, die nur zu lösen ist, wenn der opferfreudige Einigungswille, der in Kassel die Verschmelzung ermöglichte, aufrecht erhalten wird.

Der Zweck ist erfüllt, das Ziel erreicht, stellt also der „Befreier“ mit dieser Nummer sein Erscheinen ein.

### *Quittung.*

Für den Pressefonds gingen folgende Beträge ein:

1. C. Ordes in H	Mk.	100,—
2. C. S. in H.	„	500,—
3. Derselbe	„	500,—
4. F. F. in Q	„	20,—
5. Schneider	„	50,—
6. Schulze	„	100,—
7. Gruenfeldt	„	<u>250,—</u>
Summa	Mk.	1.520,—

Einige kleine Beiträge stehen noch zur Verrechnung.

Diesen Betrag habe ich auf Konto Defizit des „Befreiers“ gebucht. Die ersten vier Nummern, die in einer Auflage von 25 bis 30 000 erschienen, haben ein Defizit von 30 000 Mark ergeben, das durch freiwillige Beiträge einiger Freunde unserer Sache gedeckt wurde.

*Für die Mitarbeiter und für die Schriftleitung bleibt als einziges Entgelt ihrer Arbeit die Genugtuung, die große Sache gefördert zu haben, ebenso wie für alle, die sich an der Verbreitung des „Befreiers“ betätigten.*

Hauptsache ist, daß das unmittelbare Ziel erreicht, das große, weite Ziel gefördert wurde. Wir vertreten die Sache der Ausgebeuteten und werden darum wohl immer eine leere Kasse haben. *Silvio Gesell.*



Juli 1921.

## Das Agrarprogramm des Landwirtschaftsministers. Zugleich ein Wort über die „Reparation“.

Die wesentlichen Ziele und Aufgaben, die sich Minister Warmbold gestellt hat, faßt er in seiner Etatsrede unter folgende zwei Gesichtspunkte zusammen:

1. Vermehrung der ansässigen Landbevölkerung durch dichtere Besiedelung des vorhandenen und Gewinnung neuen Kulturlandes.
2. Schnelle Hebung der landwirtschaftlichen Erzeugung mit dem Ziele, unsere Bevölkerung aus eigener Erzeugung ausreichend zu ernähren.

Das wirksamste Mittel zur Erreichung des 1. Zieles erblickt der Minister in der Vermehrung der bäuerlichen, selbständigen Wirtschaften und in der Erweiterung der Zwergbetriebe in lebensfähige Wirtschaften. Das 2. Ziel will der Minister durch Beseitigung der Zwangswirtschaft erreichen.

Uns sind die hier angegebenen Mittel sehr sympathisch, wenn auch aus anderen Gründen wie den unter 2 bezeichneten. Der Gedanke, uns aus „eigener Erzeugung“ zu ernähren, erscheint uns kränklich, aus der Kriegsfurcht stammend. Er führt leicht zum utopischen, imperialistischen Gedanken des „sich selbst genügenden, geschlossenen, nationalen Wirtschaftsgebietes“ und treibt uns damit neuen Kriegen zu. Das wirkliche, sich selbst genügende, geschlossene Wirtschaftsgebiet ist ja nichts anderes als unsere kleine viel zu kleine Erdkugel und kann darum niemals national betrachtet werden, ohne uns in Konflikt mit anderen gleichstrebenden Völkern zu treiben. Denkt aber der Minister nur an unsere jetzigen Grenzen, so fragt

man sich, was aus Deutschland im Falle einer Mißernte werden soll. So lange Deutschland auf die eigene Erzeugung angewiesen war, gab es Zeiten des Überflusses, die von Zeiten des Hungers abgelöst wurden, weil die Beförderungsmittel zum Ausgleich fehlten. Der Welthandel schuf die Weltflotte, und seitdem hat es nie wieder Hunger gegeben. Der Krieg hat uns gezeigt, was Selbstversorgung bedeutet. Wenn wir 1914 eine Fehlernte gehabt hätten, so wären wir auch schon 1914 mit der Niederlage beglückt worden. Man kann hier auch nicht sagen, daß man im Falle einer Fehlernte immer noch die Hilfe des Weltmarkts in Anspruch würde nehmen können. Sind die Völker einmal auf Selbstversorgung eingestellt, so zerfällt wieder alles, was die Menschheit heute für Welthandel geschaffen hat. Schiffe, Kabel, Hafenanlagen zerfallen wegen Nichtgebrauch, die landwirtschaftlichen Maschinen auf den großen, für den Export arbeitenden Betrieben Kanadas, Argentinien, Australiens verrotten, die Viehherden zerstreuen sich, die Äcker bedecken sich mit Wald, und wenn dann einmal Europa nach Hilfe ruft, dann ist nichts da, womit man uns helfen könnte. Wir werden doch keine Flotte unterhalten, um sie auf den Meeren spazieren zu führen! Selbstversorgung bedeutet Vernichtung der Schiffe. Warmbolds Programm ist somit in diesem Punkte zu verwerfen. Es ist ein Katastrophenprogramm. Der Welthandel, in seinen heutigen, durch den Zollschwindel gedrosselten Ausmaßen, ist gewiß noch keine unbedingte Gewähr gegen Notstände. Vergleichen wir aber die Vorkriegszustände mit denen des Mittelalters, so erkennen wir, wo die Mittel gegen Notstände zu suchen sind. Und dieses Mittel heißt *nicht Selbstversorgung, sondern Weltversorgung durch Welthandel und Freihandel*. Solange der Minister für Landwirtschaft nicht für rechtzeitigen Regen garantieren kann, soll er uns mit seinen Rezepten verschonen.

Die Einstellung der Wirtschaft auf den Welthandel bedeutet dabei durchaus *nicht, daß wir nun die Landwirtschaft vernachlässigen* sollen. Sie bedeutet nur, daß wir die Landwirtschaft nicht auf Kosten der Industrie mit künstlichen Mitteln, mit brutalen Eingriffen des Staats und der Bürokratie „fördern“ sollen. Im freien Wettbewerb mit der Industrie soll uns die Landwirtschaft mit Butter versorgen. Können wir durch Ausfuhr von medizinischen Giften, von Bruchbändern, von Farbstoffen, von Filmen und Musik uns aus Dänemark und Samos mit besserer und billigerer Butter versorgen als durch Urbarmachung von Ödländereien, gut, so lassen wir doch jedem die Wahl, ob er Bilder malen oder Mist und Jauche aufs Feld fahren will.

Und hier wollen wir noch auf einen Punkt aufmerksam machen, den der Minister der Landwirte vergessen zu haben scheint. *Der Staat hat kein anderes Geld als das, was er vorher seinen Bürgern abgenommen hat*. Die staatliche Förderung der Landwirte kann daher nur auf Kosten der Industrie erfolgen. Diese aber, nicht die Landwirtschaft wird die Mittel aufbringen, um *die Milliarden der Reparation zu zahlen*. Unsere Industrie muß den Landwirten einen jährlichen Zuschuß von etwa 150 Goldmark für jedes Hektar guten Bodens und 50 Goldmark für schlechten Boden zahlen in Gestalt der durch die Getreidezölle über den Weltmarktpreis erhöhten Preise aller

landwirtschaftlichen Erzeugnisse, denn wie die Landwirte behaupten, können sie nicht ohne Staatsschutz bestehen, wobei sie allerdings niemals den verdächtigen Widerspruch erklären konnten, der darin besteht, daß der gute Boden dreimal so viel Zerschuß verlangt als der schlechte Boden. Eigentlich müßte es sich doch umgekehrt verhalten. (Der gute Boden gibt 2700 Kilo Getreide, der schlechte gibt 900 Kilo. Der Zoll von 55 Goldmark für die 1000 Kilo erhöht demnach den Ertrag des guten Bodens um 148,50 und den des schlechten Bodens um 49,50 Goldmark per Hektar.) Jede staatliche Forderung der Landwirtschaft belastet daher unsere Volkswirtschaft in zweifacher Hinsicht: sie erhöht den Betrag, den die Industrie an die Landwirte zuschießen muß, um diese vor dem Bankrott zu schützen (oder war es vielleicht nur Schwindel mit der Redensart von der Not der Landwirtschaft?) und entzieht der Industrie Arbeiter, die hochwertige Produkte liefern könnten. Ein Gewerbe, das vor dem Kriege Löhne von 2 Mark zahlte und dabei noch über die Konkurrenz des Auslandes klagte und sich aus den Taschen des Industrieproletariats Unterstützungen zahlen ließ, das wird uns wenig bei den Reparationen helfen können. Unter den heutigen Verhältnissen muß darum die *künstliche* Förderung der Landwirtschaft als ein *Sport*, als ein *Luxus* betrachtet werden, den wir eigentlich der Luxussteuer unterwerfen sollten, mit dem gleichen Recht, womit wir jeden anderen Luxus besteuern.

Das, was Minister Warmbold sonst noch zur Hebung der Landwirtschaft in Vorschlag bringt, rechnen wir zu den *finanziellen Utopien*, denen sich alle unsere Minister hingeben. Ganz gewiß weiß der Reichsfinanzminister nichts von den Plänen Warmbolds. Förderung der Bodenverbesserung! Landgewinnung an den Küsten! Urbarmachung von Sümpfen, Ödländereien! Wenn das alles schon bei 4% Zins in Friedenszeiten sich nicht rentierte, wie soll der Staat solche Arbeiten bei 10% ausführen, ganz abgesehen davon, daß weder das Reich, noch Preußen in den nächsten Jahren Geld zu 10% aufbringen können. Es wäre auch töricht, jetzt die kapitalhungrige Industrie, die doch für etwa vorhandene flüssige Mittel bessere Anlagemöglichkeiten hat als die Bearbeitung von Heideland, auf dem Anleihemarkt der Konkurrenz des Staates auszusetzen. Und wie denkt sich der Herr Minister eigentlich die Gewährung größeren Realkredits an die Landwirte? Glaubt denn der Minister, daß der Staat, der seine Gläubiger so schändlich betrog (100 Mark preuß. Staatspapiere, die in Gold eingezahlt wurden, kann man jetzt für 6 Goldmark kaufen) das Geld für solchen Realkredit zu günstigeren Bedingungen aufbringen können als der Privatmann? Dem Staatskredit hat Helfferich für lange Zeit mit der Notenpresse den Boden entzogen. Kredit gibt man keinem Staat, der die Zeichner der Kriegsanleihen im Stiche läßt, um keine direkten Steuern zu erheben, um die Wucherer, Schieber und Spitzbuben zu schonen. Reich und Staat werden solange keinen Kredit haben, bis daß durch Vermögenssteuern alle Kapitalbesitzer auf die Rangstufe der unglücklichen Kriegsanleihenbesitzer herabgesetzt worden sind. Die Staatsgläubiger plündern, um die Wucherer usw. zu schonen, das ist nicht anders zu beurteilen wie gemeiner Diebstahl, und Dieben gibt man keinen Kredit.

Unverständlich bleibt im Programm der Satz: Eine fortschreitende Nationalisierung der Großbetriebe läßt eine Einkommenserhöhung für

tüchtige Landarbeiter ohne Beeinträchtigung der privatwirtschaftlichen Rentabilität zu. Nationalisierung der Großbetriebe! Also Verstaatlichung der Kühe, der Hühner, des Mistes! Einkommenserhöhung für „tüchtige“ Arbeiter! Also Übertragung der Politik auf die Landwirtschaft! Denn *tüchtig* ist im demokratischen Staat doch selbstverständlich jeder, der je nachdem der sozialdemokratischen, der kommunistischen Partei, dem Zentrum, der monarchischen Partei angehört. Mag er sonst auch ein noch so trauriger Troddel sein. Was hat aber noch im nationalisierten Betrieb die privatwirtschaftliche Rentabilität zu suchen? Finster ist dieser Rede Sinn. Nationalisierung der Großbetriebe bedeutet für die Landwirtschaft das, was die Gewerkschaft der Kohlenarbeiter, der Eisenbahner für die Sicherheit des Verkehrs und der Kohlenversorgung bedeutet. Diese Gewerkschaften sind allmächtig, und ist einmal die Landwirtschaft *nationalisiert*, so ist auch die Gewerkschaft der Landarbeiter fertig und bereit, zur Durchsetzung irgend einer Lohnforderung, die *natürliche Rangordnung der Löhne* zerreißt, kurz vor der Ernte den Generalstreik zu erklären. Und gehört das auch zur Sicherung unserer Ernährung? Die Streiks der Landarbeiter auf unseren großen Gütern, die immer die Ernte gefährden, zeigen, welchen Gefahren wir ausgesetzt sind, wenn unsere Landwirtschaft von Proletariern, von Lohnarbeitern, von Beamten „nationalisierter“ Betriebe abhängig bleibt, Und um so größer werden diese Gefahren, je mehr wir uns nach dem Programm der Selbstversorgung einrichten. Es genügt dann, daß die vom Minister erstrebte „weitere Differenzierung nach Tüchtigkeit und Einkommen“ nicht die Zustimmung der Massen findet, um in 8 Tagen durch Streik zu vernichten, was die Sonne und ein Jahr Arbeit hatte sprießen lassen.

Vernichtung des ländlichen Proletariats durch Zerschlagung des Großgrundbesitzes, Verwandlung dieser unglücklichen, verkrüppelten Wesen in selbständige Vollbürger, die alles von der eigenen Kraft und Macht, nichts von ministeriellen Reden erwarten. Das sollte eines jeden landwirtschaftlichen Programmes Sinn und Ziel sein. Diesem Ziele dient unser Freilandprogramm.

## Gewinnbeteiligung.

Mit Hilfe der Gewinnbeteiligung sucht der Unternehmer den Arbeiter zu höheren Leitungen anzuspornen. Die Gewinnbeteiligung rechnet mit dem Eigennutz, nicht mit dem Allnutz des Menschen. Das was der Unternehmer mit dem Stücklohn erreicht, das möchte er mit Hilfe der Gewinnbeteiligung auch überall dort erreichen, wo der Stücklohn nicht anwendbar ist. Daneben rechnet der Unternehmer damit, daß die Arbeiter sich gegenseitig kontrollieren, und das Material schonen werden, wenn sie einen persönlichen Vorteil, eben einen Anteil an dem durch die Materialschonung usw. erzielten höheren Betriebsgewinn erwarten dürfen. Zugleich soll die Gewinnbeteiligung einen Schutz gegen die Streiksucht und ein Gegengewicht gegen die Sabotagepolitik der Syndikalisten liefern.

Diese *Rechnung des Unternehmers* wäre richtig, wenn der Arbeiter immer von seinem persönlichen Fleiß einen entsprechenden Einfluß auf die Höhe des Betriebsgewinnes erwarten könnte. Dies ist aber keineswegs der Fall, namentlich nicht in den größeren Betrieben. Das was der einzelne Arbeiter durch Fleiß etwa mehr schafft, das geht ja in den großen Topf, um von dort auf alle verteilt zu werden. So wird der Antrieb zu höheren Leistungen, den man mit der Gewinnbeteiligung erstrebt, immer durch die Zahl der Mitarbeiter geteilt, also verwässert. Die Gewinnbeteiligung erreicht darum nur in ganz kleinen Betrieben ihren Zweck. Sie wird in der Regel die Arbeiter weder vom Streik, noch von der Sabotage abhalten. Der Arbeiter wird eine durch Streik zu erzielende Lohnerhöhung als einen sicheren Gewinn betrachten, während ihm der Gewinn aus Betriebsüberschüssen immer problematisch erscheint.

*Soll die Gewinnbeteiligung als Triebkraft wirken, so muß natürlich dieser Gewinn eine gewisse Größe haben, um sich als Antrieb geltend zu machen.* Mit einem Pfifferling würde man auch nur Pfifferlinge gewinnen. Wo soll aber das Geld zu einem irgendwie namhaften Gewinnanteil herkommen, wenn einerseits der regelrechte Lohn bezahlt werden muß, andererseits das Kapital regelrecht verzinst werden soll? Mehr als diesen Lohn und diesen Zins können ja die Unternehmer der Regel nach nicht herauswirtschaften. Geht die Gewinnbeteiligung nicht auf Kosten des Kapitalzinses, so geht sie auf Kosten des Arbeitslohnes des Unternehmers, und nimmt diesem dann die Lust zur Arbeit, die man bei den Arbeitern wecken möchte. Dieser Nachteil könnte dann am Ende die erwarteten Vorteile bei weitem überwiegen.

Der Gedanke, daß der Lohn durch die Gewinnbeteiligung erhöht werden könnte, ist trügerischer Natur. *Das, was dem Arbeiter vom Lohne abgezogen wird – Zins und Grundrente – wird durch die Gewinnbeteiligung ja gar nicht berührt.* Zins und Grundrente fließen in breitem Strome weiter. Der Lohn des Arbeiters wird nach wie vor bestimmt durch den Arbeitsertrag des Freiländers. Dieser spielt nach wie vor die Rolle des allgemeinen Lohnausgleiches. Lohn plus Gewinnanteil entsprechen dem Arbeitsertrag des Freiländers. Bei den Lohnverhandlungen wird der erwartete Gewinnanteil ebenso in Abrechnung gebracht wie etwa eine freie Dienstwohnung, Gartennutzung, Pensionsrechte, Altersversorgung, öffentliche Ehren, klimatische Vorzüge oder Nachteile.



Die *Bedeutung der Betriebsgewinne* ist seit Marx immer stark übertrieben worden. Nach dieser Theorie soll ja das gesamte arbeitslose Einkommen, Zins und Grundrente bei der Arbeit, beim Gebrauch der Produktionsmittel vom Lohne in Abzug gebracht werden. *In Wirklichkeit beträgt die Summe der Ausbeutung, die außerhalb der Arbeitsstätten vor sich geht, das Vielfache der Marxschen Ausbeutung*, und auf diese bleibt die Gewinnbeteiligung ohne jeden Einfluß. Scharf betrachtet, gibt es, wenn man den andersgearteten Konjunkturgewinn beiseite läßt, außer der Grundrente und dem Kapitalzins keinen Gewinn mehr, den man verteilen könnte.

Die Lage des Arbeiters läßt sich nur auf Kosten des Kapitalzinses und der Grundrente bessern, d. h. also durch Freiland und Freigeld und die stetige Währung, mit der wir die Krisen unmöglich machen und den Handelsgewinn auf die Rangstufe des gewöhnlichen Arbeitslohnes herabsetzen.

Auch die, vielfach mit dem Vorschlag der *Gewinnbeteiligung* verknüpfte Hoffnung, daß auf diese Weise die *Arbeiter nach und nach wieder in den Besitz ihrer Arbeitsmittel gelangen könnten*, ist utopischer Art. Sie verkennt die Natur unserer Währungsverhältnisse. Sie ist mit unserem herkömmlichen Geldwesen schlechterdings unvereinbar. Da sie eine Mehrung der Ersparnisse und des Kapitalangebotes, und damit natürlich auch einen Druck auf den Zinsfuß voraussetzt, so würde die Gewinnbeteiligung, falls sie die auf sie gestellten Hoffnungen erfüllen könnte, unmittelbar eine Krise auslösen, die die Arbeiter fort und fort ihrer Ersparnisse berauben würde. *Unser Geldwesen hat nicht nur das Proletariat geschaffen, es wird, so lange wir es nicht stürzen, alle Befreiungsversuche des Proletariats, so vernünftig sie auch auf den ersten Blick erscheinen mögen, ewig, ewig zuschanden machen.*

bis 7. Jan.	10	bis 9. Juli	246 Pf.
14	20	14	270
21	30	21	280
28	40	28	290
4. Feb.	40	30	300
11	50	13. Aug.	310
18	60	20	320
27	70	27	330
4. März	80	3. Sept.	340
11	90	10	350
18	100	17	360
25	110	24	370
1. April	120	1. Okt.	380
8	130	8	390
15	140	15	400
22	150	22	410
29	160	29	420
6. Mai	170	5. Nov.	430
13	180	12	440
20	190	19	450
27	200	26	460
4. Juni	210	3	470
11	220	10. Dez.	480
18	230	17	490
25	240	24	500
2. Juli	250		

September 1921

## Die Vervollständigung des Programms des Reichsfinanzministers.

Doppelt gibt, wer schnell gibt. Und was zur rechten Zeit getan wird, kostet die Hälfte. Wir verträdeln die Zeit, und gewaltig groß ist der Schaden, der aus dieser Trödelei bereits erwachsen ist.

Anfang 1920 veröffentlichte ich in meiner Schrift „Das Reichswährungsamt“ die *Richtlinien für die Sanierung der Reichsfinanzen*, Richtlinien, um die wir uns nach Lage der Dinge nicht werden herumdrücken können.

Jetzt, nach fast zwei Jahren, fängt man an zu *begreifen*; *langsam*, unter dem lehrsamem Druck der steigenden Not; *langsam*, wie es sich für eine Demokratie gehört; *langsam*, wie die zur Demokratie herangezogenen Frauen die Kochbücher beiseite legen und sich in die Theorien der Güterverteilung vertiefen können. Ehe das nicht geschehen ist, können die Wählermassen natürlich die Notwendigkeit der für die Sanierung der Finanzen erforderlichen drakonischen Maßnahmen nicht einsehen, und so lange bleiben die Wählermassen in der Hand der Demagogen; so lange bleibt der Minister ohnmächtig, es sei denn, daß *Wirth zu dem Amte des Reichskanzlers und des Reichsfinanzministers sich noch das des Reichssteuerexekutors, genannt Reichswehrminister, zulegte*. Das ist eben die *Kehrseite der Demokratie*, daß nur das geschieht, was so ein Demokrat begreifen kann. Und in der Zwischenzeit vergehen die Jahre, und wir geraten immer tiefer in den Sumpf.

Immerhin, manches und sehr Wesentliches von dem, was im Reichswährungsamt gefordert wird, ist, wie es scheint, begriffen worden.

Zunächst können wir mit großer Genugtuung feststellen, daß der Gedanke eines *Preisabbaues nunmehr aufgegeben ist*. *Wirth spricht wenigstens nicht mehr davon*. Allerdings unterläßt er es zu sagen,



ob der Entschluß ein endgültiger ist, oder ob die Unternehmer immer noch mit solchen Phantastereien zu rechnen haben. Auch wäre es wünschenswert, wenn gesagt würde, aus welchen Gründen der Preisabbau aufgegeben wurde. Wenn der Minister gesagt hätte, daß er den Preisabbau nicht allein aus Gründen der finanziellen Unmöglichkeit, sondern auch aus handelstechnischen Rücksichten aufgegeben habe, so würde das auf die Staaten, die den Preisabbau heute durchführen wollen (England, Vereinigte Staaten Amerikas, Schweiz) und deren Wirtschaft jetzt unter diesen Versuchen zusammenbricht, vielleicht Eindruck gemacht haben, so daß sie sich wohl gar entschlossen hätten, die völlig Verkehrten Anschauungen, die zur Forderung des Preisabbaues führten, einer Nachprüfung zu unterziehen. Die Lage Deutschlands kann sich nur bessern, wenn die Wirtschaft der ganzen Welt gesundet, und zu dieser Gesundung gehört unbedingt, daß man in der ganzen Welt der Politik des Preisabbaues den Rücken kehre. Vielleicht, wenn es nicht der *Freiwirtschaftsbund* gewesen wäre, der von Anfang an mit größtem Nachdruck den ganzen Unsinn des Preisabbaues enthüllte, wenn es ein *Herr Sozialisierungsrat* gewesen, dann vielleicht hätte man von deutscher Seite aus die Entente auf die Folgen des Preisabbaues hingewiesen, und dann hätte man von dort aus nicht so närrischerweise alle Hoffnungen auf die deutschen Reparationen gestellt. Man weiß doch, wie die *Stimmungen eines Landes so ganz davon abhängen, wie im eigenen Lande die Geschäfte gehen*. Aber den Freiwirtschaftlern, den outsiders, gönnt man in Deutschland solchen Erfolg ihrer Bestrebungen nicht. Darum will man es heute nicht offen eingestehen, daß der Preisabbau, von welcher Seite er auch betrachtet wird, ein vollkommener Unsinn ist, und daß alle „Sachverständigen“, die den Preisabbau bisher begünstigten oder zu dieser Forderung geschwiegen haben, damit kundgaben, daß sie als volkswirtschaftliche Analphabeten zu beurteilen und darum aus ihren Stellungen zu entfernen sind.

Noch in einem anderen sehr wichtigen Punkt nähert sich jetzt Wirth – allerdings noch sehr zaghaft – dem im „Reichswährungsamt“ entworfenen Programm. Er fordert die *Aufblähungssteuer* und sagt: „*Die Veredelung des Reichsnotopfers* ist unbedingt erforderlich. Die eingetretene Entwertung der Mark ist bei dem Grundgedanken des Reichsnotopfers nicht gewertet worden (!). Die Besitzer von realem Vermögen sind nicht so weit belastet wie die Besitzer von Papiervermögen. Ein Ausgleich muß gefunden werden. Das Reichsnotopfer belastet das abgabepflichtige Vermögen mit 10%. Jetzt soll zu einem bestimmten Termin eine erhöhte Vermögensabgabe erhoben werden, die von Jahr zu Jahr neu zu veranlassen ist.“

Das ist, etwas verschwommen ausgedrückt, genau das Verfahren, das vor zwei Jahren im „Reichswährungsamt“ gefordert wurde. Eine Aufblähungssteuer, durch die alles Vermögen im Deutschen Reich auf die Rangstufe der „*Papiervermögen*“ herabgesetzt wird und so eine gerechte Verteilung der Kriegslasten ermöglicht. Die Besitzer der „*Papiervermögen*“ haben durch die Inflation einen Verlust von reichlich 90% ihres Kapitals erlitten, teils zugunsten des Reichs, in der Hauptsache aber zugunsten ihrer Schuldner. Will nun Wirth alle Kapitalisten gleichstellen, so muß das *Reichsnotopfer von 10% auf 90% (neunzig) herauf-*

*gesetzt werden.* Vielleicht reicht es dann, um Einnahmen und Ausgaben in Einklang zu bringen, um die Notenpresse zerschlagen zu können.

Daß die Erhebung der Reichaufblähungssteuer die Aufblähung aller Vermögenobjekte zur Voraussetzung hat, und daß darum alle behördlichen Beschränkungen solcher Aufblähung, namentlich die Mietsbeschränkungen für Wohnungen und Land beteiligt werden müssen, sagt Wirth nicht ausdrücklich. Er hält das also auch für selbstverständlich. Also auch wieder ein Fortschritt. Nützlich wäre es gewesen, wenn Wirth in seiner Rede des gewiß wichtigen Umstandes gedacht hätte, auf den man nicht oft genug die Aufmerksamkeit lenken kann, daß nämlich durch die *Helfferichsche Papiergeldwirtschaft die Besitzer aller Realkapitalien von mindestens 90% aller auf ihnen lastenden Schulden zum Schaden der Gläubiger befreit wurden*, und daß es sich hier um eine Schiebung handelt von reichlich dem Betrage aller gegenwärtigen Reichsschulden mit Einschluß der Reparation (200 Milliarden Goldmark). Soll es gerecht zugehen, so müßten diese 200 Milliarden den unrechtmäßigen Besitzern abgenommen und den geprellten Gläubigern zurückerstattet werden. Zum minderen aber müßten sie konfisziert werden, um die Staatsbedürfnisse damit zu decken, damit die betrogenen Gläubiger wenigstens von *weiteren* Steuern befreit werden könnten. Wie es aber *jetzt* zugeht, muß der Gläubiger von dem ihm verbleibenden schäbigen Rest von knapp 10% seines Vermögens noch den hungrigen Staat füttern, während die Schuldner die ihnen von Helfferich zugeschanzte Liebesgabe von *200 Milliarden Goldmark* verjubeln. Die Konfiskation dieser 200 Milliarden Goldmark wird jedermann als eine „*Veredelung*“ des Reichsnotopfers erkennen insofern, als sie die Lasten des Krieges auf alle gleichmäßig verteilen würde. Den Gläubigern sind diese 200 Milliarden Goldmark durch den Papiergeldschwindel regelrecht bolschewikiert worden. Nun müssen sie zum zweiten Male den Bolschewiken durch das Reich konfisziert werden.

Die Gerechtigkeit bei der Steuerverteilung ist nicht das einzige, was ein Finanzminister zu berücksichtigen hat. Wie eine Hummel den Honig aus der Blüte zieht, ohne sie zu verletzen, so muß der Finanzminister Steuersubjekt und Steuerobjekt behandeln. Mit den von Wirth vorgeschlagenen indirekten Steuern *verletzt er diese wichtigste Regel der Steuerkunst.* Der mit den indirekten Steuern vor sich gehende Abwälzungsprozeß verteuert dem Konsumenten das Produkt oft um das Doppelte der Steuererträge. Die *Steuerrechnung* behandelt der Kaufmann genau so, wie er die Warenrechnung behandelt, d. h. er *belastet sie mit seinem allgemeinen Profitsatz.* Und wenn, wie man annimmt, der Profit heute die Warenpreise mit 40% ihrer Produktionskosten beschwert, so muß das Publikum für je 100 Mark indirekter Steuern 140 Mark beim Konsum der Waren bezahlen. Es ist sogar wahrscheinlich, daß bei den Kohlensteuern, die den ganzen Fabrikationsprozeß von Anfang an begleiten, die Belastung der Steuer durch den Profit bedeutend mehr als 40% beträgt. Die heute so oft, namentlich vom Reparationsminister geforderte Taylorisierung verlangt darum die *Abschaffung aller abwälzbaren Steuern.* Dort, wo die Steuer doch letzten Endes hängen bleiben würde, *da erhebe* man die Steuer. Das ist vor allem bei der

*Grundsteuer* der Fall. Da der Arbeitslohn wie auch der Kapitalzins internationale Größen sind, so fallen alle *laufenden* Steuern immer auf die Grundrente zurück. *Einmalige* Vermögensabgaben machen allein von dieser Regel eine Ausnahme. Die indirekten Steuern treffen darum den Grundbesitzer immer, und zwar von der Seite, mit schweren Unkosten belastet (nach obiger Darstellung mit 40% Unkosten), während die direkte Grundsteuer die Grundrente senkrecht ohne Unkosten trifft. Für die Grundrenten sind alle Steuern nur direkte und indirekte Grundsteuern. *Einsichtige Grundrentner* haben darum schon oft die Folgerung gezogen und die direkte Abbürdung *aller* Staatslasten auf die Grundrente gefordert, indem sie mit Recht sagten, daß sie auf diese Weise die höchsten Nettoerträge an Grundrenten beziehen würden.

Wir nehmen an, daß wir hiermit unserem Finanzminister nichts Neues sagen, und daß er heute nur darum noch mit neuen indirekten Steuern operiert, weil das demokratische Volk für die Erkenntnis solcher Wahrheiten noch nicht reif ist. Nun, wir denken, daß *im Brutofen der Not das Verständnis bald zur Reife, wenn auch nur zur Notreife* gelangen wird, und daß Wirth in seiner nächsten Rede deutlicher wird sprechen dürfen. Für die Empfängnis einer anderen Wahrheit, die Wirth nicht erwähnte, halten wir aber das Volk heute schon reif und das ist: daß, wenn wir so weiter immer von den bevorstehenden Vermögensabgaben und gepfefferten Arbeitseinkommensteuern sprechen, *das deutsche Volk sich die wirtschaftlichen Grundsätze der Türken zu eigen machen wird*, die sagen: je mehr wir arbeiten und sparen, um so mehr nimmt der Pascha. *Darum legen wir die Hände in den Schoß und verjubeln alles, was wir haben.* Allah mag dann für den Pascha sorgen. Keinem Menschen kommt es in den Sinn, zu arbeiten und zu sparen, damit er sich bei der nächsten Vermögensabgabe mit möglichst großen Summen beteiligen kann. Darum ist *das erste Erfordernis aller auf die Sanierung unserer Wirtschaft gerichteten Bedrohungen*, daß die *Vermögensabgabe* unter allen Umständen und von vornherein *so groß* bemessen werde, daß jeder Bürger fest davon überzeugt ist, sie genüge, so daß eine Wiederholung der Schur nicht zu befürchten ist und jeder sich wieder sicher auf seinem Eigentum fühlen kann. Erst wenn diese Überzeugung allgemein geteilt wird, wird das Volk sich wieder mit Kraft an den Wiederaufbau der Wirtschaft durch Arbeit und Sparsamkeit machen.

Wir *vermissen* darum einen entsprechenden Satz in Dr. Wirths Rede, nämlich den Satz, daß die Vermögensabgabe von 10% auf 90% erhöht werden wird, auf den Satz, der nötig ist, um alle Kapitalisten den Besitzern der Kriegsanleihen und Hypotheken gleichzustellen. Erweisen sich 90% als zu viel für den Zweck, gut, dann werden wir ja etwas zurückzahlen können und an diesen Rückzahlungen auch die betrogenen Gläubiger beteiligen.

*Weiter vermissen* wir in der Rede den für die Arbeitermassen so wichtigen und auch beruhigenden Satz, daß der Arbeitslohn auf die Dauer nicht mit Steuern, direkter wie indirekter Art, belastet werden kann, da er eine internationale Größe ist, und daß es darum besser ist, gar keinen Versuch nach dieser Richtung zu unternehmen, Versuche, die nur den Er-

folg haben können, unsere *besten Arbeiter zur Auswanderung* zu veranlassen. Das wäre aber gerade das, was uns heute noch fehlt, um unseren Untergang zu vollenden. Man sage es doch offen den Analphabeten im Reichstag, daß der Arbeitslohn für direkte und indirekte Steuern unerreichbar ist. Dann rechnen die Unternehmer die Sache nach, und das, was Dr. Wirth heute mit langen Reden durchzusetzen sich bemüht, das wird von den Unternehmern selbst gefordert werden. Im Reichstag sollte sich Dr. Wirth überhaupt mehr als Lehrer unter Kindern betrachten und benehmen. Der Reichstag ist da, damit die Abgeordneten den Lehrstoff, den sie dort aufnehmen, ins Volk tragen. Oder erwartet Wirth etwa umgekehrt von den aus den demokratischen Wahlen hervorgegangenen Abgeordneten bessere Erkenntnisse für sein Amt?

*Das Wichtigste, das heute zu einem Finanzprogramm gehört, konnte Wirth nicht sagen.* Dies Wichtigste ist: den hoffnungslosen und darum verdrossenen, zu Streik und Aufruhr neigenden Massen eine neue Hoffnung zu erwecken. Der Freiwirtschaftsbund kann das; Dr. Wirth, der unsere Lehre nicht kennt, kann das nicht. Darum wird Dr. Wirth in kurzer Zeit durch die natürliche Entwicklung von der Bildfläche weggefegt werden.

## Der verblüffte Philanthrop.

### *Eine wahre Geschichte über Wohnungsnot, Arbeitslosigkeit und andere gleichgültige Dinge.*

Von *Walter Klarheit* - [Pseudonym für S. Gesell]

*Rockefeller jr.:* Hallo! Das ist schön von Ihnen, Herr Pastor, daß Sie uns auch einmal besuchen. Und gerade heute am Geburtstag Milliardinias. Kommen Sie, wir wollen Ihnen gleich zeigen, wie wir das wahre Christentum verstehen, *wie der philanthropische Verein gegen die Arbeitslosigkeit ankämpft.*

*Pastor:* Gerade der Arbeitslosigkeit wegen kam ich hierher. Ich wollte Sie bitten, mit Ihren reichen Mitteln etwas gegen die Arbeitslosigkeit zu tun.

*Rockefeller:* Vortrefflich, gerade heute wollten wir unsere Tätigkeit auf diesem schwierigen Gebiet in neue Bahnen lenken. Sie wissen, daß alles, was man bisher zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit getan hat, so gut wie vertan war. Jetzt hat meine Frau aber das Richtige gefunden. Eine Radikalkur! Kommen Sie!

*Bauunternehmer:* Das Haus ist tip top renoviert. Frau Milliardina will selbst die Petrolspritze bedienen. – Passen Sie auf, Herr Pastor! alles frisch gestrichen.

*Rockefeller:* Ach, da ist ja Milliardina bereits bei der Arbeit. Hei, wie das Petroleum vom Dach und den Wänden herunterrieselt. Dazu dieser prächtige Südwind! Das gibt ein Schauspiel! Herr Pastor, wollen Sie die Zündschnur ziehen?

*Pastor:* Gewiß, gewiß, doch möchte ich wissen, warum ich dieses wunderbare Haus, worin sicherlich 20 Familien reichlich Platz hätten, anzünden soll. Sie wissen doch, welche *schreckliche Wohnungsnot* . . .

*Rockefeller:* Was geht uns jetzt die *Wohnungsnot* an? Sprachen Sie nicht eben von der *Arbeitslosigkeit*? Was nützt den Arbeitslosen das schönste Haus, wenn sie die Miete nicht zahlen können? Die Arbeitslosigkeit ist die Wurzel aller Übel.

*Bauunternehmer:* Ich überlege soeben, daß bei dem starken Winde das Feuer leicht auf das Nebenhaus übergreifen könnte!

*Rockefeller:* Um so mehr Arbeit für die Arbeitslosen! Lassen wir also den Wind nach Herzenslust blasen. Ziehen Sie, Herr Pastor! Alle: Ah, welch herrliche Schauspiel!

*Milliardina:* Entzückend! Wie wohl ist mir beim Gedanken, daß dies einzigartige Geburtstagsgeschenk nun noch nebenbei so vielen Arbeitslosen Brot Verschafft.

*Rockefeller:* Ja, Milliardina, so muß man es machen. Barmherzig sein und sich zugleich ergötzen. Eben noch verzweifelten die Leute. Schauen Sie, Herr Pastor, wie die Leute verklärt ins Feuer blicken.

*Pastor:* Wenn die Not am größten, ist Gott am nächsten. Ich hörte, daß Sie sich sehr ernsthaft mit der Theorie der Arbeitslosigkeit befaßt haben. Haben Sie denn wirklich kein besseres Mittel gefunden als dieses, Herr Rockefeller?

*Rockefeller:* Milliardina kam auf diesen wirklich göttlichen Einfall. Nachträglich habe ich die Sache kreuz und quer durchforscht und habe die Richtigkeit der Sache theoretisch bestätigt gefunden. Die Produktions-

kraft des heutigen Menschen wächst im Mißverhältnis zu der Konsumfähigkeit. Das Gleichgewicht läßt sich nur durch künstliche Mehrung des Konsums herstellen. Meine Standesgenossen veranstalten zu diesem Zwecke großartige Festlichkeiten, treiben Luxus, bauen Paläste usw., um diesen unentbehrlichen Konsum zu heben, wobei sie sich meistens den Magen verderben, sich selbst konsumieren. Ich liebe den kurzen Prozeß; ich konsumiere Häuser, Straßen, Dörfer, Städte, lasse das Feuer die Arbeit machen. So tue ich meine Christenpflicht, helfe den Arbeitern und bleibe gesund. Den Arbeitern kann es ja gleichgültig sein, ob man ihre Arbeit in Festlichkeiten, in Palästen, die für sie ja doch ewig verschlossen bleiben, oder in Feuersbrünsten konsumiert. Ein verschlossener Palast und ein Schutthaufen sind für den Arbeiter völlig äquivalent.

*Pastor:* Das ist allerdings richtig, doch meine ich, müßte es noch einen anderen Weg geben. Einen vernünftigen Weg. Mit den Häusern, die wir hier niederbrennen, könnte man doch die Wohnungsnot . . .

*Rockefeller:* Sie irren; ich habe alles praktisch erprobt; immer fand ich die Bestätigung für meine Erkenntnis, daß es hier kein vernünftiges Mittel gibt.

*Bauunternehmer:* Es ist tatsächlich so, wie Herr Rockefeller sagt. So nahe-liegend der Gedanke ist, die Häuser, die wir niederbrennen, zur Linderung der Wohnungsnot zu benutzen, so verkehrt erweist er sich in der maßgebenden finanziellen Praxis. Sehen Sie, vor einiger Zeit wurde über eine große Wohnungsnot geklagt, und Herr Rockefeller wurde von allen Seiten bestürmt, seine reichen Mittel zur Bekämpfung dieser Not zu verwenden. Das tat er. Der Erfolg war, daß die Mieten heruntergingen, so weit, daß der reguläre Zins nicht mehr herauskam. Die Wohnungsnot kann eben nur auf Kosten des Zinses bekämpft werden. Als Philanthrop gab mir Herr Rockefeller nun das Baugeld zu 3 statt 4%, damit ich die Arbeiter nicht zu entlassen brauchte und der Wohnungsnot weiter gesteuert werde. Der Erfolg war verblüffend. Kaum hörten die anderen Unternehmer, daß ich zu 3% weiterarbeiten wollte, so entließen sie sofort ihre Arbeiter und sagten, daß, solange die Bauwut des Herrn Rockefeller anhalten würde, sie ihrerseits keinen Finger mehr rühren könnten. Und es waren 10 000 Unternehmer. Sie könnten doch nicht zu 3% neue Häuser errichten, während die alten zu 4% hypothekiert seien. Die Baupest, die jetzt im Baugewerbe grassiere, müsse durch Stilllegung der Arbeit bekämpft, das Baugewerbe saniert werden. Und diese Sanierung befände einfach darin, so lange keine neuen Häuser zu bauen, bis die Wohnungsnot den Zins der alten Häuser wieder auf die normale Höhe, also auf 4% getrieben habe. Hunderttausend Bauarbeiter feierten somit, weil Herr Rockefeller die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen suchte.

*Pastor:* Wenn nun die Hypothekenzinsen auch aus 3% herabgesetzt worden und alle Sparkassen und Banken dem Beispiel des Herrn Rockefeller gefolgt wären, so hätten die Bauunternehmer keinen Schaden vom Rückgang der Mieten gehabt; sie hätten finanziell weiterarbeiten können; die Arbeiter hätten Verdienst gehabt und der unmoralischen Wohnungsnot wäre entgegengearbeitet worden!

*Rockefeller:* Sehr richtig, Herr Pastor. Dasselbe habe ich mir auch oft gesagt. Aber überlegen Sie, wohin das führen würde. Wenn wir zu

3% weiterbauen, so kommt bald die Zeit, wo die Wohnungen auch keine 3% mehr abwerfen werden.

*Pastor:* Dann gehen die Sparkassen, die Banken eben auf 2%, dann auf 1% und schließlich auf 0% herunter.

*Rockefeller:* Glauben Sie, daß sie das tun werden, und wenn sie es auch tun wollten, daß sie es tun könnten? Alles Geld, womit die Bauunternehmer arbeiten, kommt direkt oder indirekt aus den Händen der Sparer, und da fragt es sich, ob die Sparer bei 3 – 2 – 1% sich noch ebenso sehr beeilen würden, die Spargelder zur Kasse zu bringen wie jetzt bei 4%?

*Pastor:* Sicherlich liegt hier eine Hemmung vor. Je niedriger der Zins, um so weniger Eile hat der Sparer mit dem Gange zur Sparkasse. Wenn nun die Sparer nur mehr alle Monate statt alle Wochen zur Sparkasse gehen, so muß das bestimmt auf dem Geldmarkt Wirkungen auslösen, die ich im Augenblick nicht alle übersehen kann.

*Rockefeller:* Von der Schnelligkeit, womit die Spargelder durch die Sparkassen wieder in Umlauf gesetzt werden, hängt z.T. die Höhe der Warenpreise ab, die von der Menge und der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes bestimmt werden. Nimmt nun infolge der Hemmung, die der Rückgang des Zinses bewirkt, diese Umlaufgeschwindigkeit ab, so sinken die Warenpreise, und dann bricht die allgemeine Wirtschaftskrise aus, die nie einen anderen Grund hat als Rückgang der Warenpreise. Folglich würde Ihr Vorschlag, wonach den Unternehmern das Baugeld zu einem ständig sinkenden Zinsfuß gegeben werden soll, die partielle Baukrise in eine allgemeine Wirtschaftskrise verwandeln, die volkswirtschaftlich betrachtet doch noch etwas lächerlicher wirkt als das Niederbrennen von Häusern, Straßen und Städten.

*Pastor:* Ich bin perplex!

Alle: Ha, ha, ha!

*Rockefeller:* Sie sehen, daß Sie mit Ihrem Vorschlag in den Circulus vitiosus getreten sind, den ich, wer weiß wie oft, in meiner philanthropischen Dummheit durchlaufen bin.

*Pastor:* Und es gibt zur Hebung des Konsums doch noch einen anderen Ausweg als das Niederbrennen der Städte! Zahlen Sie den Arbeitern höhere Löhne, den Lohn, der ihrer ungeheuren Arbeitskraft entspricht. Dann decken sich Konsum und Produktion.

*Rockefeller:* Auch das Experiment habe ich gemacht. Der Erfolg war ergötlich. Die Arbeiter haben nämlich dieselben Wünsche wie die Kapitalisten. Sie wollen auch eines Tages von den Renten leben, vom Zins ihrer Ersparnisse. Die Leute benutzen die erhöhten Löhne, um desto mehr zu sparen. Die „ungeheure Produktionskraft“ setzte sich sofort um in eine ebenso große Spartätigkeit. Der Konsum der Arbeiter nahm nur wenig zu, derjenige der Kapitalisten aber nahm stark ab, weil ihre Einnahmen um den Betrag abnahmen, der den Arbeitern mehr zufließ. Das Mißverhältnis zwischen Produkt und Konsum wuchs ...

*Pastor:* Damit war natürlich der Kreislauf des Geldes wieder gehört. Ich bin am Ende meines Lateins und glaube wahrhaftig, mit der Zündschnur soeben ein gutes Werk getan zu haben.

Alle: Ha, ha, ha!

*Pastor:* Die Ursache all dieser tollen Widersprüche, warum wir aus dem Circulus vitiosus nicht herauskommen können, liegt also jetzt klar auf



der Hand. Die auf die Beseitigung der Wohnungsnot gerichtete Tätigkeit kommt in Konflikt mit den Zinsforderungen der Baugeldgeber, und in diesem Konflikt erweist sich der Geldgeber als der Stärkere. Er ist es, der bremst, der es nicht gestattet, daß über ein gewisses Maß hinaus gebaut wird. Er schützt das in den Häusern angelegte Kapital vor der Konkurrenz neuer Häuser. Er ist es, der von Bauwut und Baupest redet, während das Volk unsäglich unter der Wohnungsnot leidet. Er ist es, der im Interesse der Zinsen die Arbeitslosigkeit schafft. Unser Geld zirkuliert nur schnell genug bei einem bestimmten Zinsfuß. Die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes sinkt zusammen mit dem Zinsfuß. Jetzt verstehe ich auch, warum es im Mittelalter keinen Handel, keine Arbeitsteilung, keinen Fortschritt gab. Der Zins war ja damals verboten und dieses Verbot wirkte genau wie ein Verbot des Geldumlaufes! Könnte man denn den Geldumlauf nicht noch auf andere Weise als durch den Zins sicherstellen? Es müßte doch wohl möglich sein, den Geldumlauf vom Zins unabhängig zu machen!

*Rockefeller:* Wenn man das könnte! Es wäre sicherlich die folgenschwerste Tat aller Zeiten. Gelänge es, das Geld der Sparer und der Kapitalisten auch bei fallendem Zins den Unternehmern zuzutreiben, dann fürwahr gäbe es keine Arbeitslosigkeit mehr.

*Pastor:* Und auch keinen Zins, kein Kapital, keine Wohnungsnot ...

*Bauunternehmer:* Allerdings, wenn wir ununterbrochen 5, 10 Jahre lang mit aller Kraft arbeiten dürften, dann wäre die Wohnungsnot gründlich beseitigt. Freilich stände dann auch der Zinsertrag der Wohnungen auf Null. Mir als Bauunternehmer kann es aber gleichgültig sein, wie der Zinsfuß steht, da ich den Zins, den mir die Wohnung einbringt, doch an die Hypothekenbank abliefern muß.

*Rockefeller:* Dann hätte ich es auch nicht mehr nötig, als Philanthrop Häuser niederzubrennen. Sie geben aber zu, Herr Pastor, daß, so lange Sie das Geld besonderer Art, das Sie zur Bekämpfung der Wohnungsnot brauchen, nicht erfunden haben, der philantropische Verein zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit auf dem richtigen Wege ist.

*Pastor:* Die Not der Arbeitslosen schreit zum Himmel! Laßt uns noch einige Häuser evakuieren und niederbrennen!

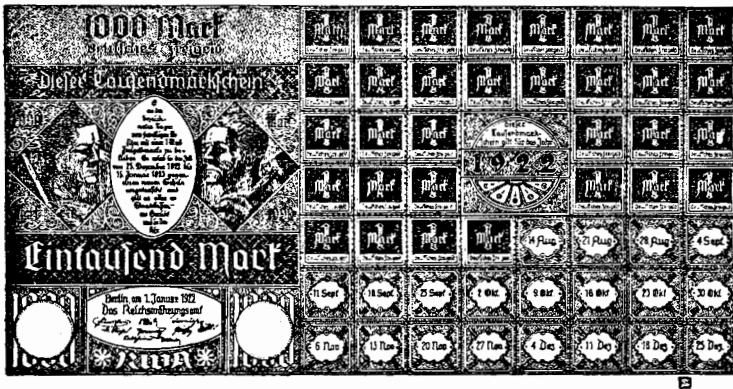
*Milliardina:* Tun wir das! Meine Petrolspritze steht noch unter Druck. Alle Sicherheitsventile pfeifen. 30 Atmosphären, das reicht für den neuen Wolkenkratzer. Übrigens, Herr Pastor, Sie haben sich als ein scharfsinniger Rechenkünstler erwiesen. Rechnen Sie doch mal gleich nach, um wieviel unsere Einnahmen sich verändern, wenn wir durch das Niederbrennen von 20% unserer Mietshäuser es verhindern, daß der Mietpreiszins von 4 auf 3% sinkt?

*Pastor:* 100 Häuser zu 3% geben 300. 80 Häuser zu 4% geben 320. Das Niederbrennen bringt also Arbeit den Arbeitslosen und Profit den Kapitalisten.

*Alle:* Ha, ha, ha!

*Milliardina:* So sehen Sie, Herr Pastor, wieder die Richtigkeit Ihres Lieblingsspruches betätigt: Was man aus Liebe tut, bringt Segen. Sogar das Sengen und Brennen. Ich denke, wir fahren nun in unserer so segensreichen Arbeit fort ...





November 1921.

## Lohnrückgang und Arbeiterschaft

[Vgl. zur Ergänzung den „Zerfall“ der Gewerkschaften“, S. 231 des Septemberheftes, und „Die schlechten Geschäfte der Arbeiterbewegung“ in der Umschau des folg. Heftes. – Es ist in diesem Aufsatz vom Sachlohn, nicht vom Geldlohn die Rede. D. Schriftl.]

### Zugleich ein Wort über Görlitz.

Wichtig ist für die Erklärung der Vorgänge in Görlitz, für die Vorausschau auf dem Gebiete der künftigen Haltung der Arbeiterschaft, wie auch für die Bewertung einer Regierungskoalition mit den sozialdemokratischen Massen, daß sich die Lage des ganzen deutschen Volkes seit Kriegsschluß ständig gebessert hat. Womit freilich über die wirkliche Lage des Volkes noch nichts gesagt ist, da wir hier als Vergleichspunkt für die Besserung die Kriegsnot nehmen. Immerhin, der Druck hat nachgelassen, und für die Haltung der Arbeiterschaft ist dies vielleicht wichtiger als das Mißlingen der kommunistischen Experimente. Wenn Brot für die Kinder auf dem Tische ist, dann läßt sich der Proletarier überall hinführen, sogar nach Görlitz; muß er dagegen den Kindern Kohlrüben vorsetzen, dann wendet er den Blick nach Erfurt und darüber hinaus nach Moskau. Dann sieht er in dem Gaul, mit dem man ihn in Görlitz zusammenkoppeln will, nicht den koalitierten Arbeitsgenossen, sondern das Raubtier das ihn fressen will.

Nun erhebt sich die Frage, ob diese Besserung der Lage anhalten und wie sich die Arbeiterschaft verhalten wird, wenn etwa ein Rückschlag, eine *anhaltende* Verschlechterung eintreten werde?

Daß wir mit einer solchen rechnen müssen, werden wir hier zeigen indem wir die Quelle aufdecken, aus der die Mittel kamen, die für die Aufbesserung der Lage des Proletariat bisher verwendet wurden. Es wird sich dabei zeigen, daß diese Quelle am Versiegen ist, daß die deutsche Volkswirtschaft mit Unterbilanz arbeitet, und daß, *wenn nicht bald die Wirtschaft freigegeben wird, die Papiermißwirtschaft* beendet, die Sozialisierungspfuscherei eingeteilt, die Büros geschlossen, die Büro-

kraten entlassen, die Grenzen für Mensch und Gut geöffnet, der Politik der Massen eine Richtung gegeben wird, die sie von allen Unruhen, Revolten, Streiks abhält, daß dann die Mittel fehlen werden, um die Löhne auch nur auf der jetzigen Höhe zu erhalten. *Jedes weitere Defizit der deutschen Volkswirtschaft muß von nun an wie in Rußland unmittelbar durch Einschränkungen in der Lebenshaltung des Proletariers gedeckt werden!* Die Tollhauswirtschaft der letzten drei Jahre hat alle Reserven aufgebraucht, verjuxt, verschoben. *Einhundertfünfzig Milliarden Goldmark* (150 000 000 000 Goldmark) sind aus der deutschen Wirtschaft verschwunden. Ein bedeutender Teil davon wurde bisher benutzt, um Löhne zu zahlen, die höher waren als der Erlös aus dem Arbeitserzeugnis. Die zwei Millionen Mann, die man in Rußland und Frankreich begrub, die leistungsfähigsten Jahrgänge, die fehlen. Was zurückgekommen ist, zerschossen, verwahrlost, von Krankheiten zermürbt, kann zumeist die Schwere der bürgerlichen Arbeit nicht ertragen. Dazu fehlen die italienischen Bergleute, die polnischen Landarbeiter. Wie kann ein solches Volk die Mittel zur Fortführung der ehemaligen Lebenshaltung aufbringen?

Wenn oben gesagt wird, daß die Reserven des deutschen Volkes aufgebraucht sind, so sind darunter die Vermögen der Kapitalsten zu verstehen. Das ist das aufgespeicherte Gut, das in Zeiten der Not herangezogen werden muß. Dieses aufgespeicherte Gut ist verbraucht worden, ohne uns über die Zeit der Not hinübergerettet zu haben.

Wir hatten in Deutschland vor dem Kriege ein werbendes Vermögen von etwa 350 Milliarden Goldmark in Gestalt von Sachgütern. Dieses Vermögen war nach vernünftiger, zum größten Teil auf Grund amtlichen Materials vorgenommener Schätzung etwa zur Hälfte den deutschen Gläubigern verpfändete, also mit rund 160 Milliarden Goldmark, gleich 3200 Milliarden Papiermark von der augenblicklichen Güte. Diese 160 Milliarden Goldmark (Staatspapiere, Hypotheken, Pfandbriefe, Obligationen, Schuldverschreibungen usw.) sind jetzt zu ebensoviel Papiermark geworden, die auf dem Markte für knapp 10 Milliarden Goldmark zu kaufen sind.

Die zu diesem „Papierkapital“ gehörenden Schuldner, die Besitzer des Sachkapitals, sind um 150 Milliarden Goldmark entlastet worden, und wenn ihre Bilanzen nicht gefälscht wurden, **so sind die zu den Milliarden gehörigen Pfänder verjuxt** [Vgl. „Das deutsche Papiervermögen“ in der Umschau d. H. D. Schriftl.].

Wie sind sie verjuxt worden? Mit dem Erlös der Arbeitserzeugnisse allein wäre es nicht möglich gewesen, die Löhne zu zahlen, Dividenden zu verteilen, die aus den Streiks und Revolten entstehenden Betriebsverluste zu decken, die Kosten des Sozialisierungsunsinns zu tragen, die achtstündige Arbeitszeit einzuführen, das Schmieröl der Zwangswirtschaft zu beschaffen, die Zuschüsse für die Presse zu zahlen, und dabei die ausgeführten Erzeugnisse zu Schleuderpressen zu verkaufen, und zu alledem für die Verluste aufzukommen, die die ständigen Valutaschwankungen erzeugen. 150 Milliarden Goldmark, 18 Milliarden mehr als die Entente von uns fordert, sind so vertan worden.

Das Besondere nun an dieser Sache ist, daß der See, aus dem seit 7 Jahren geschöpft wurde, um das volkswirtschaftliche Defizit zu decken, *jetzt bis auf knapp 5% seines ursprünglichen Inhalts entleert* ist. Den Gläubigern kann man jetzt nichts mehr abschwindeln. Sie haben ja so gut wie nichts mehr. Und da erhebt sich die Frage: *Woher werden fortan die Unternehmer die Mittel nehmen, um die Betriebsdefizite zu decken?* Mit der bisher von der Regierung geübten Verbilligung der Lebensmittel (durch Notendruck) ist es ebenfalls aus. Die Preise werden von jetzt ab, da das Becken, aus dem die Noten ihre Kraft zogen (das Kapital der Gläubiger) erschöpft ist, statt wie bisher der Notenausgabe nachzuhinken, *ihr vorauseilen*, so daß solche „Verbilligungsmaßnahmen“ unmittelbar in das Gegenteil umschlagen werden. Und aus den Dividenden? Läßt sich von hier aus etwa das Defizit decken? Hier ist zu beachten, daß wir für unsere Industrie, wie auch für die Reparationen auf den ausländischen Kredit angewiesen sind, und *daß wir keinen Pfennig Kredit bekommen werden, wenn wir solchem Kredit nicht einen Zinsfuß gewähren, der höher ist als der Ertrag des Kapitals in den Ländern, die uns den Kredit geben sollen*. Außerdem ist zu beachten, daß nach den Veröffentlichungen der Berliner Handelskammer die Dividenden der deutschen Industrie im letzten Jahre, trotz der Zuschüsse aus dem eben genannten Milliardenfonds, trotz der Aufblähung durch die Papiergeldmißwirtschaft nur etwa 10% betragen haben. Was auf Gold umgerechnet noch nicht ein Zehntel der Vorkriegsdividende ausmachen würde. Diese Dividenden machen auf alle Fälle nur 5% der Löhne aus, auf die sie sich beziehen. (Wir nehmen hier an, daß uns die Berliner Handelskammer die reine Wahrheit sagt, daß sie die Arbeit des Direktors Deutsch dahin nachgeprüft hat, ob in diesen Dividenden auch die Verwässerungsaktien eingerechnet sind, anderenfalls müßte man die Staatsanwaltschaft auf diese Veröffentlichung aufmerksam machen. Wenn je, so ist jetzt die Zeit gekommen, wo wir auf allen Gebieten Wahrheit und Klarheit brauchen.)

So fragen wir nun mit Bangen: *Was werden die Arbeitenden tun, wenn es sich herausstellt, daß das Arbeiterzeugnis bei achtstündiger Arbeitszeit, mit dem heruntergewirtschafteten Geschirr, mit den Schleuderpreisen, zerrieben im Mahlstrom der Börsen- und Valutadifferenzen nicht mehr ausreicht, um die Löhne und Gehälter auf der gleichen Höhe zu erhalten?* Wird das Proletariat das Richtige, das Notwendige tun? Wird es nicht umgekehrt, wie es bisher immer der Fall gewesen ist, zur Revolte neigen, wenn der Hunger sich fühlbar macht. Wird es seine Nährmutter, die Fabrik, nicht in Flammen aufgehen lassen? Im Kriege, als das Proletariat der Staatsgewalt unterworfen war, wurde fleißig, hungernd und frierend gearbeitet. Jetzt aber, wo das Proletariat das Heft in der Hand hat? Wer die Zusammenhänge durchschaut, wer das buchmäßig nachgewiesene Defizit der Volkswirtschaft erkannt hat, der sieht auch die Folgen, die Notwendigkeiten. Aber haben die Führer des Proletariats noch die nötige Autorität, daß man ihren Worten glaubt, jetzt noch glaubt, nachdem dieselben Führer in Görlitz eingestanden haben,

daß sie sich in grundlegenden Fragen geirrt, daß sie 50 Jahre lang das Volk mit falschen Lehrsätzen gespeist haben? Jetzt, wo dieser Gang nach Kanossa i. d. L. das Vertrauen erschüttert hat? Und wenn es nicht mehr seinen Führern glaubt, wird das Proletariat es dann den hohlwangigen Besitzern der zu Wasser gewordenen 160 Milliarden Goldmark Papiervermögen, und den durch die kommende, für die Finanzreform nötige Vermögensabgabe auf die gleiche Stufe gesetzten Besitzern des Sachvermögens glauben, daß es zur Zeit in Deutschland kein anderes Gut für die Lohnzahlungen gibt, als das zu Dumpingpreisen verschleuderte unmittelbare Erzeugnis der Arbeit? Und daß dieses Produkt für bessere Löhne nicht ausreicht? Wird das in Kanossa mißtrauisch gewordene Proletariat nicht wieder glauben, es werde betrogen? Da seien noch genug Diamanten, Perlen und Perserteppiche! Die solle man verkaufen (nach der Vermögensabgabe: an wen?) und mit dem Ertrag das Defizit decken! Die Massen glauben ja immer an den Berg Sesam, an die märchenhaften Schätze, die in Gestalt von Diamanten und Perlen aufgehäuft seien.

Die Massen haben die Besserung in ihrer wirtschaftlichen Lage zum großen Teil der Tätigkeit ihrer politischen Führer zugeschrieben, und keiner von diesen war einsichtig genug, oder hatte dazu den nötigen Mut, die Massen aufzuklären und ihnen zu sagen, *daß die Notenpresse verrichtet hat, was man ihrer politischen Tätigkeit zuschreibt, und daß jetzt das Ende naht, daß der Reptilienfonds erschöpft ist.* Ahnen diese Führer jetzt, was es bedeutet, auch für sie persönlich bedeutet, wenn jetzt eine Lohnverschlechterung einsetzen wird?

Die sozialdemokratischen Massen lernten die wirtschaftlichen Zusammenhänge nicht kennen. Die Aufklärung, die wir brachten, die Kritik, die wir übten, wurde ihnen verschwiegen. Erst heute macht sich ein Wandel bemerkbar. Aber nur dann, wenn die Führer der Arbeiterschaft bei uns die Einsicht und den Mut gewinnen, ganz rückhaltslos, ehrlich und schnell etwa nach dem Beispiel des Labour Leader zu verfahren, und wenn die freilich so oft getäuschten Massen nicht aus Enttäuschung, Zweifel und Elend ihre Organisation und damit ihre Machtmittel zerfallen lassen, sondern sie endlich richtig gebrauchen – nur dann wird die Lehre von der ausbeutungslosen Freiwirtschaft das Unglück noch wenden können. Auch die heilende Kraft der Freiwirtschaft ist nicht unbegrenzt. Wenn noch längere Zeit so weitergewirtschaftet wird, dann wird nur Staub übrig bleiben. Wo aber nichts mehr ist, da hat auch der Freiwirt die Macht verloren.

## **Der Einfluß des Schwundsatzes auf den Ertrag der Geldsteuer.**

Die Einnahme, die das Reich aus der Verwaltung des Freigeldes ziehen wird, jährlich 5% des umlaufenden Geldes, sind uns eine nebensächliche Erscheinung. Wir würden bei unserer Forderung beharren, auch wenn die Einnahmen sich in Ausgaben verwandeln sollten. Das Geld soll regelmäßig umlaufen, das ist es, was wir vom Freigeld erwarten. Bei N. Johannsen [N. Johannsen: Die Steuer der Zukunft, Berlin 1913, Puttkamer & Mühlbrecht. In der Wochenschrift, „Das Neue Reich“, hat Prof. Dr. Ä. Schoepfer in seinem großen Aufsatz „Zur Wirtschafts- und Geldreform“ u. a. neben Gesell auch Johannsen behandelt. Wir werden darauf zurückkommen. D. Schriftl.] sind die genannten Einnahmen der eigentliche Zweck der Übung. Darum setzt er den Schwundsatz gleich so hoch an, 50% jährlich, daß die Geldsteuer zur Einheitssteuer wird, d.h. werden soll. Bei einem Geldumlauf von *heute* 100, 500 oder 1000 Milliarden, würde die Geldsteuer von 50% 50, 250 und 500 Milliarden abwerfen. So rechnet Johannsen. Stimmt diese Rechnung?

Die Preise werden von der Geldseite her gebildet durch die Geldmenge und durch die Umlaufgeschwindigkeit dieses Geldes. Wenn alles sonst unverändert bleibt, dann muß jede Verstärkung der Umlaufgeschwindigkeit von einer genau entsprechenden Verminderung der Geldmenge begleitet werden. Verdoppelt man daher die Umlaufgeschwindigkeit, so muß die Geldmenge um die Hälfte gekürzt werden. Wirkt nun der Schwund des Freigeldes beschleunigend auf den Geldumlauf, steht die Umlaufgeschwindigkeit gar im Verhältnis zur Höhe des Schwundsatzes, so erkennt man, daß man die Einnahmen aus der Geldsteuer nicht einfach nach der Höhe des Schwundsatzes berechnen kann. Ob die Mehrung der Einnahmen durch Erhöhung des Schwundsatzes überhaupt erzielt werden kann, ist sehr zweifelhaft. Es ist durchaus nicht ausgeschlossen, daß ein niedriger Schwundsatz und ein entsprechend großer Geldumlauf höhere Einnahmen bringen würde als ein hoher Schwundsatz, der von einer zusammengeschrumpften Geldmenge erhoben wird. Wenn die Eisenbahnverwaltung das Lagergeld erhöht, so schafft sie Raum, aber ihre Einnahmen aus dieser Quelle gehen zurück. Wie oft ist das Experiment schon mit gutem Erfolg gemacht worden, daß die Bahnverwaltung zur Mehrung ihrer Einnahmen den Tarif herabgesetzt hat? Wo der Punkt liegt, bei dem der Tarif die höchsten Einnahmen verschafft, das kann nur die Erfahrung zeigen. Beim Freigeld liegt dieser Punkt wahrscheinlich dort, wo der Zweck, also der regelmäßige Geldumlauf, erreicht wird, ohne daß das Publikum den Schwund als eine Hetze verspürt und darum auch keine besonderen Maßnahmen ergreift, um sich diesem Schwund zu entziehen. Bei einem Tausendstel in der Woche, wie er von uns vorgeschlagen wird, denken wir, das Richtige getroffen zu haben, d.h. den Punkt, wo die volle Regelmäßigkeit des Geldumlaufes verbürgt ist, ohne daß nun an allen Zahltagen ein Rennen und Jagen, unnütze, kostspielige Abwälzungsversuche unternommen werden, und wo darum auch – unbeabsichtigt – der höchste Ertrag der Geldsteuer zu erwarten ist.

## Das deutsche „Papiervermögen“.

(Die Zahlen a – f sind dem Statistischen Jahrbuch 1914 entnommen.)

a) Reichsschulden		4.897 Milliarden
b) Staatsschulden		16.190 Milliarden
c) Stadt- und Landgemeinden		6.340 Milliarden
d) Reichsbanknoten		2.753 Milliarden
e) Sparkasseneinlagen		18.679 Milliarden
f) Hypothekenbanken-Pfandbriefe		10.983 Milliarden
g) Sonstige Bodenkreditinstitute	6.068	
abzüglich staatl. Schulden, die oben bereits verrechnet sind	<u>1.052</u>	5.016 Milliarden
e) Schuldverschreibungen von Aktiengesellsch. u. sonstigen privatrechtlichen Schuldnern		4.605 Milliarden
f) Lebensversicherungen		8.567 Milliarden
	Goldmark	78.030 Milliarden

Hierzu kommen alle die Summen, über die die Statistik nichts sagt.

1. Pachtlandverträge über 5.512.389 Hektar Land. Rechnen wir die Dauer der Verträge mit durchschnittlich 5 Jahren und das Pachtgeld mit 100 M. für das H., so ergibt das ein Kapital von		2.755 Milliarden
2. Buchschulden, d.h. auf Kredit Verkauftes. Die Stat. liefert hierfür keinerlei Anhaltspunkte. Wir schätzen die Jahresproduktion mit 40 Milliarden ein. Davon mag die Hälfte auf 3 Monatskredit verkauft werden		5.000 Milliarden
3. Wohnungsmietverträge. Wir schätzen, das 40 Millionen zur Miete wohnen. Jahresmiete 100 M. aus den Kopf, und durchschnittlich zweijähriger Mietvertrag		8.000 Milliarden
4. Kaufmännische Wechsel, sofern sie nicht bereits unter 2 verrechnet sind. Der Wechselverkehr wurde nach der Stempelsteuer wiederholt mit 30 Milliarden eingeschätzt. Das macht auf 3 Monate verrechnet		7.500 Milliarden
5. Private Hypotheken. Für die Berechnung fehlt auch hier jeder Anhaltspunkt. Wir schätzen die Summe mit dem dreifachen der unter f Benannten Zahlen		30.000 Milliarden
6. Bankdepositen		10.000 Milliarden
7. Private Schuldverträge		<u>20.000 Milliarden</u>
zusammen Goldmark		161.285 Milliarden

Nach diesen Berechnungen und Schätzungen betrug das Papiervermögen vor dem Kriege rund 160 Milliarden Goldmark, d.h. das Sachvermögen war in der Höhe der genannten Zahl verpfändet, und die Schuldner zahlten jährlich den Betrag von rund 7000 Millionen Goldmark an Zinsen an die Besitzer der Papiervermögen. Die 160 Milliarden Goldmark sind nun durch die Papiergeldwirtschaft in ebensoviel Papiermark verwandelt worden die nach heutigem Kurs etwa 10 (zehn) Milliarden gelten. Den Besitzern des Sachvermögens sind demnach auf Kosten der Papiervermögen 150 Milliarden Goldmark, oder 18 Milliarden mehr als die Forderung der Entente beträgt, erlassen worden. Die Besitzer der Papiervermögen haben die 150 Milliarden Goldmark von ihrem



Vermögen abgeschrieben. Wo sind sie geblieben? Die Besitzer des Sachvermögens müssen es wissen. Haben sie diese 150 Milliarden Goldmark etwa in Voraussicht der Vermögensabgabe verjubelt, über die Grenze verschoben in Gestalt von Waren, von Aktien, von Papiergeld? Haben sie Kriegsanleihen gekauft? Haben sie die Betriebsverluste der Industrie und Landwirtschaft damit gedeckt? Haben sie das Aktienkapital verwässert? Hundert und fünfzig Milliarden Goldmark, nach heutigem Geld etwa 2500 Milliarden Papiergeld oder 100 Eisenbahnwagen vollbeladen mit 1000-Marknoten! Der Krieg wird wohl einen Teil verschlungen haben, die Schieber haben einen Teil verjubelt. Sagen wir, es wären so 500 Milliarden (Papiermark) in Verlust geraten. Dann blieben in Händen der Sachvermögenbesitzer immer noch 2000 Milliarden Papiermark), um die ihr Vermögen durch Helfferichs Seisachtheia gewachsen ist. Belasten wir demnach das Sachvermögen mit einer Hypothek von 2000 Milliarden Papiermark, so setzen wir die Besitzer des Sachvermögens damit finanziell auf den Stand vor 1914 zurück. Dann haben sie noch nicht die geringste Steuer bezahlt. Wenn es sich machen ließ, so müßte man die genannten 2000 Milliarden den betrogenen Gläubigern zurückerstatten. Dann erst, wenn das geschehen, könnte man daran gehen, die Besitzer des Sach- und Papiervermögens gleichmäßig für die Bedürfnisse des Reiches zu besteuern. Daß man das heute nicht tut, liegt nicht zum wenigsten daran, daß Mein und Dein heute vollkommen durcheinander geworfen ist. Darum kann man heute bei Erhebung der Steuer nicht mehr Recht und Gerechtigkeit entscheiden lassen. Auch wird der Staat so gut wie alles nehmen müssen. Das ist vielleicht ein Glück, denn wenn niemand mehr Vermögen besitzt, dann klagt auch niemand mehr über ungerechte Besteuerung. So wird die Gerechtigkeit, die Grundmauer des Staates, wieder hergestellt.

## **Die Freiwirtschaft in Jugoslawien.**

Der Boden ist jetzt überall gut für die Freiwirtschaftliche Lehre gedüngt und überall, wo der Samen fällt, keimt und sprießt es, daß es eine Freude ist. Der katastrophale Zusammenbruch des Kapitalismus, die vollkommenen Mißerfolge des Kommunismus und Staatssozialismus zwingen geradezu alle denkenden Menschen zur Nachprüfung der Parteiprogramme und der volkswirtschaftlichen Grundanschauungen. Diese Arbeit kommt unseren Bestrebungen zugute und bahnt uns den Weg. Besonders hoffnungsvoll sieht es für uns in Jugoslawien aus, wo unser Freund Dr. Paja Stanisic seit Jahren seine ganze Kraft für die Sache einsetzt. Einen ganzen Kreis angesehenen und einflußreicher Männer hat er bereits für unsere Ziele gewonnen, eine ansehnliche Anzahl freiwirtschaftlicher Schriften hat er verfaßt und ins Serbische übersetzt. Sein Freund Korac, führendes Mitglied der sozialdemokratischen Partei, bereitet den Druck eines umfassenden freiwirtschaftlichen Werkes vor. Korac war bereits zweimal Minister für soziale Wohlfahrt. Auch Dr. Kockar, Mitglied der Demokratien Partei beteiligt sich an diesen literarischen Arbeiten. Jetzt hat er ein freiwirtschaftliches Finanzprogramm entworfen, das er seiner Partei und dem Parlament vorlegen wird. Die Mißerfolge, die Serbien in London mit den Anleiheversuchen gehabt hat und die das Finanzministerium nun zwingen, die Rettung in der Entwicklung der nationalen Wirtschaftskräfte zu suchen, werden dafür sorgen, daß Dr. Kockars Programm mit größter Aufmerksamkeit studiert wird. Wo aber das freiwirtschaftliche Programm ernsthaft studiert wird, da geht es auch siegreich aus den Debatten hervor. Weiter ist zu den Freunden Dr. Stanisics zu nennen: Dr. Stampar Minister für die Volksgesundheit, der energische Bekämpfer des Alkoholismus und aller anderen Volksseuchen, großzügiger Patriot im guten Sinne des Wortes, der erst kürzlich das Palais der Kaiserin Cita am adriatischen Meer in ein Kindersanatorium verwandelte und die sanitäre Belehrung des Volkes durch den Film organisierte. Dr. Tibojewic und Dr. Kujundzic, Führer der Bauernpartei, deren Hauptprogrammunkte, die Aufteilung des Großgrundbesitzes und die Brechung der Bankokratie, sich mit dem Ziele unserer Bestrebungen decken, studieren fleißig die Schriften, die ihnen unser Freund St. übermittelte. Staatssekretär im Finanzministerium, Dr. Kostrencic, bewaffnete sich mit einem Pack freiwirtschaftlicher Schriften, die er während seiner Ferien studieren will.

Dr. Stanisic hat seinen Wohnsitz jetzt nach Zemun (Semlin) 28 Bobanowacka Ulica, gegenüber Belgrad, verlegt, um von dort aus die Sache besser fördern zu können. Wir wünschen unserem Freunde weitere Fortschritte in seiner erfolgreichen Tätigkeit.



# Denkschrift

für die

## Deutschen Gewerkschaften

zum Gebrauch bei ihren Aktionen in der Frage

der Währung, der Valuta und der Reparationen

Verfaßt von Silvio Gesell.



Buchdruckerei Robert Müller, Potsdam

## Vorwort.

Lange bevor die deutsche Papiergeldwirtschaft einsetzte, stellte ich in weitverbreiteten Schriften die Forderung, daß die Notenausgabe der Reichsbank entzogen werden und den wirtschaftlichen Verbänden der Industrie, der Landwirtschaft, des Handels sowie namentlich den **Gewerkschaften** unterstellt werden sollte.

So wie die Reichsbank gedacht und aufgebaut war, war sie ein gefügiges Instrument in den Händen der Börsianer und der Wucherer. Ohne, daß die harmlosen Beamten und Bürokraten der Reichsbank eine Ahnung hatten, dienten sie mehr der Schaffung der Börsendifferenzen als den Bedürfnissen des Handels. Sie war der Willkür der Hochfinanz vollkommen ausgeliefert, die mit ihrer Hilfe das Volk mit derselben Regelmäßigkeit ausplünderte, wie etwa der Bauer die Kuh melkt. Man bedenke, daß nach dem Bankgesetz und dem Dritteldeckungsverfahren für jede Goldmillion, die die Hochfinanz etwa von London nach Berlin verschob, die Reichsbank *drei* Millionen an Banknoten im Umlauf setzte und in Umlauf setzen mußte, während die Bank von England als Folge derselben Manipulation für die ihr entzogene eine Million nun *drei* Millionen an Banknoten dem Handel und Verkehr entziehen mußte. *Mittels des einfachen, fast kostenlosen Verfahrens der Goldschiebungen von einer Notenbank in die andere, von Madrid nach Rom und von dort nach New York oder Tokio und Buenos Aires vermochte die Hochfinanz (gestützt auf das Bankgesetz, das fast überall in der Welt denselben Wortlaut hat) überall und zu jedem beliebigen Zeitpunkt eine Inflation oder Deflation zu bewirken und damit die Börsenkurse zu heben und zu senken, wie der Schleusenmeister die Schiffe in der Schleuse hebt und senkt. Die Wirkung kann man an den märchenhaften Vermögen ermessen, die an den Börsen gemacht wurden und nach Milliarden Dollars zählen. Ein einziger dieser Börsenhechte hat in wenigen Jahren ein größeres Vermögen zusammengegaunert, als das Gesamtkapital der deutschen Aktiengesellschaften beträgt! Möglich ist das nur gewesen durch eine ganz plumpe, mit brutaler Rücksichtslosigkeit durchgeführte Ausnutzung des ebenso plump abgearbeiteten Notenbankgesetzes.*

Meine Warnungen blieben unberücksichtigt. Im Reichstage war niemand, der mich verstand, niemand, der das Geldwesen dynamisch begriff. Der statische Gedanke, größter Materialismus, herrschte, wie fast überall, so auch auf dem Gebiete des Geldwesens. Der kleine Kreis von Männern, die sich von der Richtigkeit meiner Kritik überzeugt und im Notenbankgesetz, wie überhaupt im Mechanismus der Goldwährung den eigentlichen Pestherd unserer Gesellschaftsordnung erkannt hatten, kämpften einen fast tollkühnen Kampf gegen das Ungeheuer – Unwissenheit und Stumpfsinn, gegen die Geld- und Allmacht, gegen doktrinäre Voreingenommenheit.

Die einzige Wirkung meiner Schriften schien die zu sein, daß sich die Hochfinanz ihrer zur besseren Leitung ihrer Geschäfte bediente. Sie konnte nun mit Bewußtsein erkenntnismäßig das tun, was sie bis dahin mehr empirisch und instinktiv tat. So kann die große und berühmte Morganpanik an der New-Yorker Börse vom Jahre 1907 als voller Beweis für die Richtigkeit meiner Theorie angesehen werden. Dieser eine Fischzug soll Morgan eine Milliarde Dollars und den Tod vieler unliebsamer Wettbewerber eingebracht haben.

Trotz solchen gegen alle Mehrwerttheorien sich sperrenden Tatsachen, hielten die sozialistischen Kreise fest an der marxistischen Lehre, daß an der Goldwährung und am Bankgesetz alles in bester Verfassung sei, daß es sich hier um eine „interne Angelegenheit des Kapitalismus“ handle, die Interessen des Proletariat nicht berühre! Die Kapitalisten schwiegen meine Schriften tot. Die Sozialisten behandelten sie mit überlegenem Hohn. Zeigte ich, daß die Akkumulation des Vermögens nur bei der Hochfinanz zu beobachten sei, daß alle Milliardenvermögen an der Börse zusammengehämmert worden sind, daß umgekehrt die Besitzer der Produktionsmittel, vor allem die Agrarier, in immer ärgere Bedrängnis gerieten (Not der Landwirtschaft), was doch der Mehrwerttheorie direkt widersprach, so – – – schwieg man.

Nun hat sich endlich das Blatt gewendet. Jüngere Kräfte treten an die Stelle derjenigen, die das Alter oder der revolutionäre Kampf von der Leitung der Arbeiterbewegung verdrängte. Sie sehen die Dinge nicht mehr durch die Brille des Erfurter Programmes. Die Papiergeldwirtschaft, die überall in der Welt getrieben wird und die den Bankiers vielfach das Heft aus der Hand gerissen hat, die hier auf Inflation, dort auf Deflation zugespitzt ist, hier begleitet vom Vollbetrieb der Volkswirtschaft, dort von unerhörter Arbeitslosigkeit, hat den Arbeitern aller Berufe gezeigt, daß es sich mit der Währungsfrage doch um etwas mehr handelt, als um eine „interne Angelegenheit“ der Kapitalisten, daß von der Art, wie das Banknotengesetz verfaßt und wie es gehandhabt wird, Wohl und Weh der Arbeiter aller Berufe in allererster Linie abhängig ist und daß darum diese wichtigste aller wirtschaftlichen Einrichtungen den Händen der Hochfinanz entrissen, auch vom Zufall der Goldfunde gelöst werden muß *und unter die unmittelbare Kontrolle des Volkes, vornehmlich der Gewerkschaften, zu stellen sei.*

Von dieser so gewonnenen Erkenntnis bis zur vollen Beherrschung aller einschlägigen Fragen ist jedoch noch ein weiter Schritt. Diese Dinge verlangen ein leidenschaftsloses Studium. Sie sind zwar nicht so kompliziert, wie sie in der Regel zur Abschreckung von interessierten Pressen dem Volke bezeichnet werden (laßt ab vom Studium der Währungsfragen, sie sind so schwierig, wir selbst verstehen diese Dinge kaum!) doch muß man sich ernsthaft damit befassen. Personen, die ihr Leben lang nur agitatorisch gewirkt haben, sind für dieses Studium zumeist vollkommen verdorben.

Hierzu sind Männer nötig, die gewöhnt sind, rücksichtslos folgerichtig zu denken. Bauarbeiter, Metallarbeiter, Lehrer, Bauern, Techniker, Mathematiker, Chemiker, Astronomen, sind die durch ihren Beruf zu diesem Studium Berufenen. Geistliche, Kaufleute, Philosophen, Dichter, Künstler aller Art, alle, die es so, aber auch so machen können, stoßen auf größere Schwierigkeiten. Es handelt sich hier um eine Wissenschaft, wo jedes Wort unter der Kontrolle des Winkels und des Senkbleies steht. Außerdem ist zu beachten, daß der, der hier schürfen will, in der bürgerlichen Literatur ebensowenig Förderung findet, wie in der sozialistischen. Proudhon allein ausgenommen, der aber das Feld nicht zu Ende beackerte. Wer hier auf den Grund der Dinge schnell und sicher gelangen will, ist auf die neuphysiokratischen (freiwirtschaftlichen) Schriften angewiesen.

In den folgenden Kapiteln habe ich versucht, einen allgemeinen Überblick über das vielgestaltige Problem zu geben. Der Leser soll zunächst stutzig gemacht werden. Er soll den Kopf schütteln und sich fragen: ist es möglich, daß das anscheinend so harmlose Geldstück, die Banknote, so tief in mein persönliches Leben eingreifen kann? Dadurch soll in ihm der Wille zu den jetzt nötigen Taten geweckt werden.

Für die Gewerkschaftsführer ist jedoch der hier bezeichnete Weg viel zu lang. Wir haben keine Zeit zu verlieren. Ihnen stelle ich Referenten zur Verfügung, die in Rede und Antwort das Gebiet in kurzer Zeit so weit klären, daß in kurzer Zeit und noch ehe die Wirtschaft an den Währungspfusereien vollends zusammenbricht, sie sich alle auf diesem Gebiete sicher genug fühlen werden, um ihre Macht zur Durchführung der zunächst zu ergreifenden Maßnahmen in die Waagschale werfen können und die Verantwortung nicht zu scheuen brauchen.

Daß die hier den Gewerkschaften gestellte Aufgabe nicht von den bürgerlichen Volkswirtschaftlern gelöst werden kann, weil die jetzt noch einzige mögliche Lösung eine ausgesprochen *antikapitalistische* Lösung ist, haben die Konferenzen der letzten Jahre gezeigt. Die Ratschläge der Sachverständigen liefen alle auf die Wiederherstellung der Goldwährung und auf Wiederherstellung der Macht der Finanzkönige hinaus. Die Goldwährung aber ist in noch weit höherem Sinne eine *Kreditwährung* als die Papier-Währung. Die sogenannten Sachverständigen setzen bei ihren Vorschlägen etwas voraus, was erst durch eine Gesundung der Währung langsam wieder erstehen kann, eben den Kredit, den allseitigen Kredit von Mensch zu Mensch, von Staat zu Staat, von Kontinent zu Kontinent. Das Papiergeld läuft um, ob der Kredit wieder hergestellt wird oder nicht. Das Papiergeld läuft sogar umso schneller um, je weniger die politische und wirtschaftliche Lage den Kredit rechtfertigt. Jetzt, wo der Kredit des Staates wie der privaten völlig zusammengebrochen ist und man von Kreditnot spricht, ist die *Umlaufgeschwindigkeit des Papiergeldes in Karriere übergegangen*. Das Metallgeld würde unter den gleichen politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen einfach, wie

im August 1914, von allen gehamstert werden. Dann müßte, wenn nicht alles still stehen soll, wie im Jahre 1914, wieder das Papiergeld aushelfen. Damit wären aber alle die der Wiedereinführung der Goldwährung gebrachten Opfer wieder nutzlos vertan. Und wir wären wieder dort, wo wir heute sind. Wir brauchen also ein derberes Geld als das Metallgeld. Wir brauchen Papiergeld. Vor diesem stehen aber die Kapitalisten so ratlos, wie der Ochs vor dem neuen Tor. Das Papiergeld, wenn es mehr sein soll, als die blöde Papiergeldwirtschaft, die seit nunmehr 8 Jahren betrieben wird, ist unvereinbar mit den kapitalistischen Begriffen der Geldwirtschaft.. Eine geordnete Papiergeldverwaltung ist eine anti-kapitalistische Ordnung. Wer soll also das Papiergeld des deutschen Reiches kontrollieren?

**Die Stunde der Arbeiterorganisationen hat geschlagen. Entweder sie reißen das Ruder der Geldverwaltung jetzt an sich, zum Heile des ganzen Volkes, oder sie verpassen diese Gelegenheit, und dann können wir alle mit Einschluß der Kapitalisten nichts besseres tun, als uns für den Tod und Untergang vorzubereiten.**

*Rehbrücke, 1. Dezember 1922.*

*Silvio Gesell.*

# I. Die Währungs- und Valutafrage.

## A. Eingabe an die Nationalversammlung in Weimar. (April 1919.)

Unter Berufung auf die beiliegende Denkschrift wendet sich der Freiland-Freigeld-Bund an die Nationalversammlung mit der Bitte, unverzüglich, ehe das Unheil weiter um sich greift, die Regelung der heute vollkommen zerfahrenen Währungsverhältnisse in die Hand zu nehmen.

Wir verlangen zunächst:

1. Die Obhut über die Reichswährung wird einem zu gründenden, der Oberaufsicht der Handels-, Gewerbe- und Landwirtschaftskammern, sowie der Gewerkschaften unterstellten

### **Reichswährungsamt**

übertragen.

2. Dieses Währungsamt benutzt als Maßstab für die Bemessung des Geldbedarfs den von den Handelskammern und Gewerkschaften fortlaufend zu ermittelnden Durchschnittspreis der Waren. Diese Ermittlung bildet die Grundlage für die angestrebte „*Absolute Währung*“, die den Zustand des Gleichgewichts zwischen Angebot und Nachfrage bezeichnet.
3. Das Währungsamt wird, in Übereinstimmung mit der Quantitätslehre, Geld einziehen, so oft und solange die Warenpreise aufwärts streben und umgekehrt Geld ausgeben, so oft und solange die Warenpreise eine Neigung nach unten zeigen.
4. Ausdrücklich wird dem Währungsamt bei der Bemessung des Geldbedarfs jede Rücksichtnahme auf die Bedürfnisse der Reichskasse, der Banken, auch der Reichsbank, sowie auf den Zinsfuß untersagt. Auch darf das Reichswährungsamt keinerlei Bankgeschäfte betreiben, die zu Beziehungen zu Privatpersonen führen.

5. Als Verfahren zur Ermittlung des Durchschnittspreises der Waren wird dem Statistischen Amt die sogenannte Indexzahlenmethode vorgeschrieben.
6. Das Reichswährungsamt setzt das von ihm auszugebende Papiergeld im Wege der Versteigerung durch Rückkauf von Reichsanleihen in Umlauf. Diese Papiere werden der Reichsschuldenverwaltung zur Vernichtung überwiesen.
7. Das Einziehen von überflüssigem Papiergeld erfolgt durch Verkauf von Reichsanleihen an den Meistbietenden, zu welchem Zwecke ein Teil der unter 6 erwähnten Reichsanleihen als Rücklage zurückbehalten wird.
8. Das Reichswährungsamt hat für die Erneuerung des Papiergeldes Sorge zu tragen.
9. Betriebsgewinne und -verluste werden auf das Reich übertragen.
10. Das Reichswährungsamt geht bei der Erfüllung seiner Aufgabe ohne Rücksicht auf Gewinne oder Verluste vor.
11. Um die jetzt in großem Maßstab gehamsterten und für die Währung bald bedrohlich werdenden Banknotenmassen dem Umlauf zu entziehen, dürfte zurzeit der unter 7 bezeichnete Weg nicht zum Ziel führen. Darum soll eine besondere *Währungsanleihe* aufgelegt werden, und um dieser das Hamstergut zwangsweise zuzutreiben, wird der Umlauf der heutigen Banknoten gegen eine besondere einmalige Geldsteuer auf Banknoten angeordnet.
12. Um die mit dem internationalen Zusammenbruch der Goldwährung zur brennenden Frage gewordene Regelung der Valuta im Sinne der in der Denkschrift gemachten Vorschläge herbeizuführen, soll das Nötige für die Einberufung eines internationalen Währungskongresses veranlagt werden.

Wenn jemand im Reich verantwortlich zu nennen ist für den Zusammenbruch, so ist es in erster Linie die Reichsbank. Wer an der Währung rüttelt, der rüttelt an den Grundfesten der Volkswirtschaft und des Staates. Auf der Währung ist die Volkswirtschaft aufgebaut. Löhne, Gehälter, das Kreditwesen, das Kapital der Gläubiger (Hunderte von Milliarden), alles steht und fällt mit der Währung. Wer ein ganzes Volk zerrütten und entsittlichen will, der braucht nur die Währung anzutasten. Und das tat die Reichsbank, gleich vom ersten Kriegstage an. Durch die Massenaufgaben von Banknoten wurde dem im Kriege stehenden Volk Reichtum und Wohlstand vorgegaukelt; durch die mit der Notenausgabe möglich gewordene allgemeine Preistreiberei wurde eine Umschichtung fast des gesamten Nationalvermögens bewerkstelligt. Dieses Vermögen entglitt den Händen der Gläubiger in die ihrer Schuldner, was bei diesen zu einer plötzlichen Vermehrung ihres Einkommens und

zu mancherlei Verschwendung führte. Der Kriegsgewinn ist eine Frucht der allgemeinen Treiberei, zu der die Reichsbank die Triebkräfte gab. Solche Preistreibereien mit dem dazu gehörigen Wucherspiel kann man mit Banknoten zu jeder Zeit in beliebigem Umfange fortsetzen.

Diese Preistreibereien aber sind es gewesen, die die innere Front zermürbten, und die jetzt noch ihre aufregende Wirkung nicht eingebüßt haben. Die Unzufriedenheit der Feldsoldaten, die Streikpolitik der Arbeiter sind Ausfluß der Preistreibereien, eine Tat der Reichsbank. Die Politik der Reichsbank muß letzten Endes auf den dort immer noch spukenden und in den Köpfen der Bankmänner, wie es scheint, unausrottbaren *Goldwahn* zurückgeführt werden. Wie die Reichsbank vor dem Kriege sich in ihrer Diskontopolitik niemals nach den Warenpreisen, sondern immer nur nach dem Goldbestand richtete, so auch nach Kriegsausbruch, nach der gesetzlichen Sperrung des Reichsbankschatzes. Daß jetzt mit den 37 Milliarden zu viel Geld in Umlauf gesetzt wurde, erkennt die Reichsbank nicht am Stand der Warenpreise (sie führt überhaupt keine Warenpreisstatistik), sondern ausschließlich am Stand ihrer ungesetzlich kleinen Goldreserven. Würde man heute durch Beschlagnahme allen goldenen Zierrates die Dritteldeckung wieder vervollständigen, so hätte die Reichsbank überhaupt nichts mehr an unseren Währungsverhältnissen auszusetzen. Hätten wir Goldbergwerke im Deutschen Reich gehabt, so würde die Reichsbank ganz bestimmt darauf hingearbeitet haben, den Kohlenbergwerken oder der Landwirtschaft die Arbeiter zu entziehen, um durch Goldgräberei die zu ihrer Massennotenausgabe angeblich unentratbare Dritteldeckung zu gewinnen – wenigstens stände solche Handlungsweise ganz im Einklang mit ihrer während des Krieges betriebenen Jagd auf die Goldmünzen.

Jetzt, wo so viele Wahngebilde in Scherben liegen, ist auch die Zeit gekommen, das älteste und gefährlichste dieser Gebilde zu Grabe zu tragen.

Wir müssen anstelle der Reichsbank ein vollkommen selbständiges Reichswährungsamt bilden und für die Notenausgabe einen ganz neuen Maßstab schaffen, der uns zu allen Zeiten, auch im Kriege, als sicherer Leitstern dient – und das kann nur die in der Denkschrift behandelte absolute Währung sein.

Hochachtungsvoll

*Berlin*, am 10. April 1919.

**Freiland-Freigeld-Bund.**



## Denkschrift zu vorstehender Eingabe an die Nationalversammlung.

Bereits vor dem Kriegsausbruch war das theoretische Gebäude der Goldwährung von der Kritik in Trümmer gelegt worden. Dieser theoretischen Vernichtung wäre auch die praktische gefolgt, wenn man gewußt hätte, was an die Stelle der Goldwährung gesetzt werden sollte.

Der Krieg, der die Goldwährung zerschlug, zwingt uns zu handeln, irgendwie zu handeln, und zahllos sind bereits die Stimmen in der Presse, die eine Berichtigung der Wahrungsgesetze fordern. Bezeichnend ist es auch, daß die Reichsbank nichts zum Schutze der Goldwährung zu sagen weiß.

„Währung ist, was von selber währt“ sagte *Bamberger*, einer der Hauptwortführer der Goldwährung, bei ihrer Einführung im Deutschen Reich. Er lehrte, ohne durchschlagenden Widerspruch zu erwecken: kraft der inneren Eigenschaften des Goldes, währt die Mark D.R.W. Und *Otto Arendt* verstieg sich sogar zu der Behauptung, die Mark D.R.W, sei nichts als der xte Teil eines Zentners Feingold.

Heute schütteln wir über solche Sätze den Kopf. Wir lachen, wenn jemand noch versucht, mit Hilfe des Trugbildes der „Wertlehre“ jene tollen Sätze ernsthaft, wissenschaftlich zu begründen.

Die erste Wirkung dieser, nun endlich wohl als überlebt zu bezeichnenden Lehre war, daß man allgemein glaubte, einer öffentlichen staatlichen Verwaltung des Geldes überhaupt entraten zu können. Der Staat glaubte, mit der Prägung der Münzen und mit der Verfolgung der Falschmünzer alles getan zu haben, was seinerseits in Währungsangelegenheiten vernünftigerweise geschehen kann. Die Mark D.R.W, war ja nichts als Gold. Die ganze Staatliche Verwaltungseinrichtung bestand demnach auch nur aus einer Waage zum Nachwägen der Münzen. Das Geld war Gold, die Reichswährung war Eigenschaft des Goldes. Alles, was man vom Gold erwarten durfte, bahnte man in vollendeter Weise im Gold der Münzen vereinigt. Wie wahr das ist, geht klar aus der Tatsache hervor, daß in der Sammlung von Reichsbankgesetzen, die der frühere Leiter der Reichsbank, Dr. Koch, wenige Jahre vor dem Krieg noch herausgab und mit langen Erläuterungen versah, die Worte „Ware“ und „Preis“, diese Ausgangspunkte für die Betrachtung der Währung, überhaupt nicht vorkommen! Koch, der jahrzehntelang die Reichsbank verwaltete, benutzte offenbar auch nur den Schmelztiegel und die Wage, um festzustellen, ob in der deutschen Währung alles in Ordnung sei.

Da wir keine Geldverwaltung haben, nicht einmal dem Namen nach, so ist auch bis jetzt die Reichswährung ganz ohne staatliche Aufsicht geblieben. Die Reichsbank hat bisher innerhalb der Schranken des Dritteldeckungsgesetzes ganz nach Gutdünken mit der deutschen Währung (die trotz Bamberger kein toter Gegenstand ist) schalten und walten können. Gedeckt durch die Theorie, daß die Mark D.R.W, kraft der metallischen Eigenschaften des Goldes von selber währte, konnte die Reichsbank die Verantwortung ihrer Maßnahmen aktiver und passiver Natur von sich abwälzen und es den beflissenen Volkswirtschaftlern überlassen, die Ursachen der verheerenden Begleiterscheinungen der Goldwährung überall anders, nur nicht in dem zu suchen, was die Reichsbank tat und unterließ. Es herrschte völlige Willkür auf dem weitaus wichtigsten Gebiete des Staates. Gleich nach Einführung der Goldwährung schossen die Warenpreise unter dem Druck des uns aus Frankreich als Kriegsentschädigung zuströmenden Goldes in die Höhe (Gründerzeit). Die Löhne folgten. Die Erzeugungskosten der deutschen Industrie überstiegen die Grenzen der Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt. Die Ausfuhr ging zurück, die Einfuhr Wuchs; die bis dahin aktive Handelsbilanz kippte um, und der Saldo der Zahlungsbilanz hatte schon 1873 die französischen Milliarden restlos über die Grenze geworfen. Die deutsche Industrie und Landwirtschaft hatten aber noch nicht Zeit gehabt, sich diesen neuen Verhältnissen anzupassen, als der Krach von 1873 schon wieder eine neue Stellungnahme nötig machte.

Für die Preistreiber während der Gründerzeit, für den Krach, der ihnen folgte, konnte niemand verantwortlich gemacht werden, aus dem einfachen Grunde, weil in Übereinstimmung mit der Goldwährungstheorie man ein Eingreifen des Staates für wirkungslos halten mußte. Die Mark D.R.W, war ja laut G.W. Theorie der xte Teil von einem Zentner Gold, und was hätte der Staat an dem xten Teil eines Zentners Gold verwalten können? Die Theorie der Goldwährung schließt ja von vornherein jedes staatliche Eingreifen in Währungsangelegenheiten aus.

In aller Erinnerung sind wohl auch die traurigen Zustände unserer Volkswirtschaft in den Jahren, die dem Krache folgten. Die Preise wichen von Jahr zu Jahr auf der ganzen Linie. Der Getreidepreis ging sogar von 240 auf 140 Mark herunter, und zwar blieb er jahrelang in der Nähe dieses Tiefstandes, obschon Deutschland zu dieser Zeit von der Getreideausfuhr zur Einfuhr überging. Der Unternehmungsgeist war gelähmt. Die Arbeitslosen zählten nach Hunderttausenden, trotzdem die Zahl der Auswanderer bis auf 221 000 im Jahre 1881 stieg. Deutsche Sklavinnen, von der Not überwältigt, bevölkerten die Hurenhäuser der ganzen Welt. Hödel und Nobiling begingen Verzweiflungstaten, mit

Gewaltmitteln ärgster Art mußte die äußere Ordnung aufrecht erhalten werden.

Dem deutschen Beispiel waren nach und nach die meisten anderen Staaten gefolgt, und damit wurden die deutschen wirtschaftlichen Zustände zu einer Welterscheinung. Niemand, mit Ausnahme der Doppelwährungsverteidiger, wußte, woher der Druck kam, der auf der Wirtschaft lastete. Man tröstete sich mit dem Anblick der glitzernden, goldenen Münzen, von denen man Rettung erwartete. Wissenschaftlich wurde die Währungsfrage so innig mit dem größten Irrtum aller Zeiten, mit der Wertlehre, verfilzt, daß niemand, selbst die Bimetallisten nicht, weder ein noch aus wußte. Schließlich wurde das Witzwort Lord Beaconsfields, daß die Liebe und die Währungsfrage die meisten Verrückten erzeugt haben, zu einer allgemein befolgten Warnung, sich nur nicht mit der Währungsfrage zu befassen. Den Goldgewaltigen aber in der ganzen Welt kam das wieder zugute, denn die völlige Unwissenheit des Volkes auf diesem Gebiete lieferte diesen Mächten die unbegrenzte Herrschaft über das Geldwesen aus.

Mit Hilfe der Wertlehre erklärte man den Rückgang der Warenpreise als eine allgemeine Überproduktion von Waren. Mit der gewaltig gestiegenen Leistungsfähigkeit der Maschinen und Schiffe erzeuge man zuviel von allem.

Es fehle einfach der Bedarf für so viele Waren. Daher der Preisrückgang, daher die Zuvielerzeugung, daher die hungrigen Arbeitslosen! Das Gold habe seinen festen „inneren Wert“, es tausche immer nur den Wert ein, den es selber hat; es tue nichts, als die Werte messen, es spiele nebenbei nur noch die höchst nützliche Rolle eines Wertbewahrers, Werttransportmittels, Wertspeichers und Wertpetrefakts!

Wie könne übrigens auch die Ursache des Notstandes vom Geldmangel herühren, sagte man, da doch die Zunahme der Bargeldbestände in den Banken und der Rückgang des Zinsfußes eine allgemein in allen Staaten festgestellte Tatsache sei! Geldmangel und niedriger Zinsfuß widerspreche sich, wie etwa Brotmangel und niedrige Brotpreise. Das Sinken des Zinsfußes könne nur von einem Geldüberfluß kommen – folglich sei die bimetalistische Erklärung der Krise falsch. Die Verteidiger der Doppelwährung antworteten, daß der scheinbare Geldüberfluß, der in den wachsenden Geldbeständen der Banken zutage trete, und der niedrige Zinsfuß gerade der beste Beweis für den bestehenden Geldmangel seien. Die Preise weichen wegen Geldmangels, erklärten sie, und weil die Preise weichen, können die Unternehmer auch das vorhandene Geld nicht gebrauchen. Gebt den Unternehmern und Kaufleuten die Gewähr, daß die Preise von heute ab nicht mehr weichen werden, so werden sie das vor der allgemeinen Krise in die Kassen

der Banken geflüchtete Geld gleich wieder in den Verkehr bringen. Bei Geldmangel kann man auch das wenige Geld nicht sicher anlegen, sagten sie.

Aber damals begriff man diesen Sachverhalt noch nicht. Die Bimetallisten wurden abgewiesen. Man lehnte es ab, dem Niedergang der Warenpreise von der Geldseite her zu steuern, Aktive Währungspolitik hatte man noch nie und nirgendwo betrieben. Seitdem man das Metallgeld kennt, seit 3000 Jahren hatte man das Geld immer sich selber überlassen. Die Wirtschaft hatte sich immer dem Gelde angepaßt, niemals war umgekehrt das Geld der Wirtschaft angepaßt worden. Das Geld hatte „inneren Wert“, es währte kraft seiner metallischen Eigenschaften! Das Geld war Stoff, die Währung Eigenschaft des Stoffes! Eine aktive Währungspolitik kann man ja nur betreiben, wenn man die Währung vom Stoff trennt und zum Betätigungsgegenstand einer öffentlichen Verwaltung, also zu einer Staatsangelegenheit, zu einer Tat macht. Das hätte aber dem Staate eine zu große Machtfülle gegeben. Der Staat dürfe die Religion, die Schule, die Waffen verstaatlichen, aber die Geldverwaltung darf man ihm nicht anvertrauen, diese muß den Banken, den internationalen Geldmächten überlassen werden, denen man das wirtschaftliche Wohl des Volkes besser anvertrauen kann als dem Staate. (Helfferich vertritt diese Ansicht noch in seinem 1910 erschienenen dicken Buche „Das Geld.“ ) [Neuerdings auch Prof. Karl Diehl in der Zeitschrift für schweizerische Statistik. Heft I, 1920.]

Jedoch, man mußte etwas tun, denn die Landwirte und Unternehmer drängten zu rettenden Taten. So kam man also wieder auf den uralten, blöden Vorschlag zurück, die Preise von der Wareenseite aus zu heben. Wenn man weniger arbeitet, weniger Waren erzeugt, so müssen doch auch die Preise steigen – so dachte man. Die Massenauswanderung von Arbeitern und Bauern (1 242 423 von 1881 – 1890) wirkt ja schon ganz erfreulich in dieser Richtung, noch mehr das Stilllegen von Fabriken und die ungewollte Verkürzung der Arbeitszeit, – aber doch nicht schnell, nicht gründlich genug. Zudem ist die Arbeitslosigkeit als Währungsregulator, als Mittel die Warenpreise zu heben, doch eigentlich kein ideales Mittel. Besser schon wäre es, wenn man die Arbeitslosigkeit auf das Ausland abwälzen könnte. Sperren wir also den ausländischen Waren unsere Märkte, so wird das Angebot von Waren zurückgehen, und die Preise werden gehoben! So dachte und handelte man. Und so brachte uns der Schutz gegen den Rückgang der Preise den Schutzzoll! Die Schutzzölle aber schufen den gefährlichen Gedanken des in sich geschlossenen,

durch Kolonien und Eroberungen zu erweiternden nationalen Wirtschaftsgebietes, der notwendigerweise die Staaten in Gegensatz zueinander bringt und als die wahre und letzte Ursache des heutigen Weltkrieges zu betrachten ist.

Diese Entwicklung ist noch besonders im Hinblick auf die Tatsache höchst sonderbar und merkwürdig, daß der der Goldwährung zugrunde liegende Gedanke einer vertragslosen internationalen Währung in Wahrheit ein freihändlerischer ist. Deutschland, wie fast alle anderen Staaten, war vor Einführung der Goldwährung freihändlerisch, ebenso wie England, das mit der Goldwährung vorangegangen war. Statt aber den Freihandelsgedanken zu erhalten und weiter zu fördern, brachte der Druck, den die Goldwährung auf die Warenpreise ausübte, die Schutzzollpolitik überall zum Sieg. Die Zollpolitik muß also als Schutz gegen die wirtschaftlichen Wirkungen der Goldwährung angesprochen werden – *die uns den Freihandel sichern sollte*. Wir erreichten das Gegenteil von dem, was wir bezweckten. Wenn die Freunde des Gedankens eines geschlossenen Wirtschaftsgebietes zur Forderung und Erzwingung dieses Zieles die *internationale* Goldwährung gefordert hätten, so wäre das, wie die Erfahrung gelehrt, durchaus vernünftig gewesen. Die Goldwährung, das steht fest, hat sich für die Entwicklung des Welt- und Freihandels das denkbar größte Hindernis erwiesen.

*Nun ist es ein für die Erkenntnis der wirtschaftlichen Zusammenhänge verhängnisvoller Zufall gewesen, daß die Entdeckung der Goldfelder in Südafrika und Alaska mit der Einführung der Schutzzölle zeitlich zusammenfiel.* So ist es gekommen, daß man den Aufschwung der Wirtschaft, der nun einsetzte, nicht mit der steigenden Goldförderung, also mit Ereignissen auf dem Währungsgebiete, in ursächlichen Zusammenhang bringt, sondern mit den Wirkungen der Schutzzollpolitik. Darum wollen wir hier um so stärker betonen, daß jener Aufschwung eine *Welterscheinung* gewesen ist, und sich auch namentlich in denjenigen Ländern ebenso stark bemerkbar gemacht hat, gegen die die Politik der Schutzzollstaaten gerichtet war, oder die dem Freihandel treu blieben.

Mit den reichen Goldfunden Afrikas, deren Wirkung durch das bekannte Spiel des Dritteldeckungsgesetzes verdreifacht wurde, zogen endlich die Preise wieder an, und machten den Handel rechnerisch wieder möglich. Alles, was uns die Goldwährung gebracht hatte: allgemeiner Notstand, Arbeitslosigkeit, Unzufriedenheit, Verelendung der Volksmassen, namentlich der Bauern, Sozialdemokratie, Massenauswanderung, Landstreicher, Bettelei, Not der Landwirtschaft, Wucher und Wuchergesetze, Judenhetze, unzählige

Zahlungseinstellungen, Zusammenbruch großer und kleiner Unternehmer, Rückgang der Dividenden, Kursrückgang aller Börsenpapiere, Fehlbetrag im Haushalt der Einzelpersonen, der Gemeinden, der Bundesstaaten und des Reiches, Zölle, Zollkämpfe, Verhetzung aller Volksklassen und Völker und die entsprechenden Rüstungen, das alles verschwand nun nach und nach, seitdem man in Afrika soviel Geld fand, oder es war wenigstens in der Rückbildung begriffen. In allen Ländern wurde mit Hochdruck gearbeitet. Und trotzdem die Erzeugung sich überall verdoppelte und vervielfachte, gingen die Preise nicht zurück, sondern stiegen weiter, und niemand sprach von Überproduktion. Das Wort, das vordem in aller Munde war, und 20 Jahre lang in keinem Zeitungsaufsatz fehlte – war fast in Vergessenheit geraten. Und zur Verblüffung aller, die die Doppelwährungstheorie bekämpft hatten, stieg der Zinsfuß und verschwanden die Geldansammlungen in den Banken in demselben Verhältnis, wie als Folge der wachsenden Goldfunde in der ganzen Welt die Herstellung von Metall- und Papiergeld vermehrt wurde. All das bestätigte aufs glänzendste die Behauptung der Bimetallisten, die die Ursache der überstandenen Not auf schlechte Währungsverhältnisse zurückführten.

Angesichts dieser niederschmetternden Widerlegung der Goldwährungstheorie wäre nun wohl eine Umgestaltung der Währungsgesetze am Platze gewesen. Aber es geschah nichts. Die Reichsbank hielt fest am Bestehenden. Was sie vorschlug, sollte nicht der Beseitigung der Goldwährung dienen, sondern ihrer Befestigung. Übrigens gingen ja die Geschäfte gut, jetzt war erst recht kein Grund vorhanden, sich um die Währung zu kümmern. Vom Taumel des flotten Geschäftsganges ergriffen, hatte auch niemand Lust, die Zeit – die jetzt wirklich Geld war – mit dem Erforschen des Währungsrätsels zu verlieren.

Die Erfahrung hatte zwar die Richtigkeit der bimetallistischen Anschauung über die Ursache der großen Wirtschaftskrise bewiesen, zugleich hatte sie aber auch die Gründe beseitigt, derentwegen die Bimetallisten die Goldwährung angegriffen hatten. Diese hatten ja an der Währung nur den mangelnden Zufluß von Gold auszusetzen gehabt. Dieser Mangel war nun gehoben – also war alles wieder in bester Ordnung. *Otto Arendt*, der den Bimetallismus so eifrig gepredigt hatte, erklärte sich nun als Anhänger der Goldwährung.

Jedoch die Herrlichkeit dauerte nicht lange. Der Goldzufluß, der bis 1910 rasch gestiegen war, blieb nun ungefähr auf gleicher Höhe, während der Goldabfluß in die Industrie und in die neu zur Goldwährung übergehenden Staaten ununterbrochen wuchs. Viele Staaten benutzten die günstigen Verhältnisse dazu, um durch Ankauf von Gold ihre Währung zu „fundieren“. Argentinien

allein entzog dem Weltmarkt in den Jahren 1900 – 1910 mehr als 300 Tonnen Feingold. Brasilien, Chile, Mexiko, Rußland, Japan handelten ähnlich. Zugleich bewirkte der zunehmende allgemeine Wohlstand, den der flotte Geschäftsgang erzeugt hatte, daß die Goldmünzen massenhaft für die Zwecke der Goldschmiede eingeschmolzen wurden. Das ist ja einer der größten Fehler der Goldwährung, daß der Wohlstand, den der Vollbetrieb der Volkswirtschaft erzeugt, die Ursache dieses Vollbetriebes, der reichliche Geldumlauf, gesetzmäßig vernichtet.

So genügten also die reichen Goldfunde in Afrika jetzt nicht mehr, um die hochgeschraubten Preise weiter in die Höhe zu treiben. Der flotte Geschäftsgang braucht aber unter dem heutigen Geldsystem den Ansporn *steigender* Preise. Stetige oder gar fallende Preise kann die von der Goldwährung bediente Volkswirtschaft nicht vertragen. Mehrere Jahre schon vor Kriegsausbruch erregten die wirtschaftlichen Zustände allenthalben größte Besorgnis. Wie weit diese Besorgnisse am Kriegsausbruch beteiligt sind, soll hier nicht weiter untersucht werden. Sicher ist, daß damals vielen Kaufleuten, Unternehmern, Landwirten aus Geschäftsrücksichten nicht mehr viel an der Aufrechterhaltung des Friedens gelegen war. Und diese Rücksichten spielen doch sonst eine gewichtige Rolle.

Der Kriegsausbruch warf die Goldwährung gleich über den Häufen. Den ersten Stoß hatte sie bereits 1911 erhalten, als die Reichsbanknote zum gesetzlichen Zahlungsmittel erklärt und damit der Papierwährungstheorie das erste gesetzliche Zugeständnis gemacht wurde. Mit der Aufhebung der Einlösungspflicht im August 1914 wurde die unmittelbare Verbindung des Papiergeldes mit dem Gold zerhauen und das deutsche Papiergeld zum erstenmal ganz auf sich selbst gestellt. Zwar ist dieser Sachverhalt noch nicht amtlich anerkannt worden. Immer noch liest man, selbst auf den Noten, die jetzt frisch von der Presse kommen, daß die Reichsbank dem Inhaber „bei Sicht x Mark zahlt“. Aber jeder weiß, daß es sich hier um leere Worte handelt, um eine Verlegenheitsinschrift, die viel mehr darauf berechnet ist, die Vorrechte der Reichsbank-Aktiengesellschaft als die Rechte des Noteninhabers zu betonen. Die Reichsbank „zahlt“ ja nicht mehr, und es ist gut so. Wer das Papiergeld der Reichsbank sinngemäß als Tauschmittel braucht, also Waren damit kauft, hat ja alles, was er vom Geld erwarten kann. Warum also noch das *Zahlungsversprechen*? Die Reichsbank kann gelassen einen dicken Strich durch ihr Zahlungsversprechen ziehen, es wird darum doch niemand, der Waren zu verkaufen hat, und nun auf das Reichsbankpapiergeld angewiesen ist, dieses zurückweisen. Das Erklären der Reichsbanknote zum gesetzlichen Zahlungsmittel und das Fehlen jeglichen anderen Geldes genügen vollauf, um dem Reichsbankpapiergeld



die Kursfähigkeit unter den Warenbesitzern zu sichern. Eine besondere Einlösung ist überflüssig, denn Geld werden wir doch immer brauchen, solange wir Waren erzeugen und auf den Markt bringen. Das Papiergeld einlösen heißt das Papiergeld vernichten. Warum aber dem Volk die Vernichtung des Papiergeldes versprechen – wenn wir es doch ewig brauchen werden? Viel wichtiger als das „Zahlungsversprechen“ in den Banknoten, wäre ein Versprechen sinngemäßer, geordneter Verwaltung des Geldes. Was wir wünschen, was wir von einer geordneten Geldverwaltung fordern können, ist eine Gewähr dafür, daß wir für das Geld immer Waren kaufen können, bei dauernd festem Durchschnittspreis. Der Durchschnittspreis der Waren muß fest bleiben, das ist alles, was die Reichsgeldverwaltung in der Inschrift ihres Papiergeldes dem Inhaber zu versprechen braucht. Und da die Reichsbank das Alleinrecht der Notenausgabe hat, so kann sie dieses Versprechen auch halten, und zwar selbst unter den unglücklichsten Verhältnissen, selbst im Kriege – wenn sie das will. Sie muß Geld herstellen und ausgeben, so oft und so lange der Durchschnittspreis der Waren fällt, und umgekehrt Geld einziehen und verbrennen, so oft der Durchschnittspreis der Waren steigt. Mehr braucht sie nicht zu tun. Selbst braucht sie keine Ware feilzuhalten, am allerwenigsten Gold oder Silber, die ja für 99% der Bevölkerung gerade die nebensächlichsten aller Waren sind. Sie braucht sich auch nicht um den Preis der einzelnen Waren zu kümmern. Nur allein der vom statistischen Amte ermittelte *Durchschnittspreis* soll der Reichsbank als Maßstab für den Geldbedarf dienen. Wie dieser Preis zu ermitteln ist, ist heute keine Streitfrage mehr. Über diese Frage ist die Entscheidung gefallen für alle, die sich ernsthaft mit ihr befaßt haben. Wir verweisen auf die Arbeiten von Dr. Th. *Christen*, Prof. *Irving Fisher*, *Silvio Gesell* und anderen. Die absolute Währung, unter der der Durchschnittspreis unter allen Umständen fest bleibt, ist heute Sache des Wollens, nicht mehr des Könnens.

Die absolute Währung würde uns von alledem freihalten, was uns die Goldwährung gebracht hat. Sie gibt uns volle Gewähr gegen den Wechsel der Marktverhältnisse, sie beschränkt die Schwankungen im Preise der einzelnen Ware auf die natürlichen, im Verbrauch liegenden Ursachen, und bringt dadurch die Währung unmittelbar unter die Aufsicht des Volkes. *Der Begriff „Mark D.R.W.“ wird zu einer festen, allbekannten Größe, die in den sich dem Gedächtnis mit der Zeit einprägenden Warenpreisen ihren festen Boden hat.* Dadurch werden auch die Kaufleute einer höchst wirksamen öffentlichen Aufsicht unterworfen. Heute weiß niemand, was eine Mark ist, weil die Warenpreise ständig die größten Schwankungen durchmachen.



Die Goldwährung schuf Zeiten des Gelduberflusses und des Geldmangels. Mit der absoluten Währung werden wir immer haarscharf den Tagesbedarf decken. Der Gelduberflu schuf die Hochkonjunktoren, mit der Schädigung aller sogenannten Festbesoldeten, der Altersgeldempfanger, Pfandschuld- und Obligationenglaubiger. Vielfach mußten die Arbeiter durch Androhung von Streik die Löhne den gediegenen Warenpreisen anpassen. Mit der absoluten Währung bleibt der Durchschnittspreis fest. Der Geldmangel, der bei der Goldwährung den Gelduberflu ablöste, schuf die Flaue, mit all ihren bekannten Begleiterscheinungen: Krisen, Arbeitslosigkeit, Schädigung und Bankrott der Schuldner, Fehlbeträge im Staatshaushalt usw. Mit der absoluten Währung wird niemals handelstechnischer Geldmangel herrschen. Die Goldwährung war eine Zufallswahrung; sie hing von den Goldfunden ab, und die Geschichte beweist uns, wie unregelmäßig diese Funde sind. Während der ganzen Dauer des Mittelalters wurde so gut wie nichts gefunden – und deshalb mußte man sich im Mittelalter auch grotenteils ohne Geld, ohne Handel und ohne die gewaltigen Vorteile der Arbeitsteilung behelfen. Wir haben keinerlei Gewähr dafur, daß die Funde, auf die uns die Goldwährung anweist, auf der Höhe unseres Bedarfes bleiben werden. Mit der absoluten Währung dagegen ist der Handel fur alle Zeiten vom Zufall unabhängig.

Wegen der Unregelmäßigkeit, womit der Markt mit Geld versorgt wurde, war der Handel immer ein gefährliches Unternehmen, und niemand wollte darum Geld im Handel anlegen, es sei denn, daß eine hohe Verzinsung fur die Verlustgefahr Deckung schuf. So wurde der Warenaustausch verteuert. Mit der absoluten Währung verschwindet dieses besondere Risiko; hiernach wird sich auch das Handelskapital mit einer niedrigeren Verzinsung begnugen können und den Gesetzen des Wettbewerbes entsprechend auch begnugen müssen.

Es ist eine bekannte Tatsache, daß der *Zinsfuß* mit den Warenpreisen steigt und fällt. Die Flaue (Baisse) ist von einem niedrigen Zinsfuß begleitet und die Hochkonjunktur von einem hohen Zinsfuß von der Höhe des Zinsfußes wird der Kurs der festverzinslichen Wertpapiere bestimmt. Jede Veränderung im Zinsfuß ubertragt sich, mit 20 – 25 vervielfältigt, auf den Kurs der Festverzinslichen. Diese Schwankungen werden jetzt, da die Börse mit den Kriegsanleihen belastet ist, märchenhafte Summen ausmachen, falls der Zinsfuß die tollen Sprunge der letzten Jahrzehnte wiederholen sollte – und das wird er, wenn wir keine Währung, keine Stetigkeit in unsere Währungsverhältnisse bringen. Mit der absoluten Währung werden die Warenpreise und der Zinsfuß fest bleiben – darum werden auch die Kurse der festverzinslichen Papiere keine Sprunge mehr machen.

Kurz, der Vorteile, die wir von der absoluten Währung erwarten können, sind so viele, daß man schon schwerwiegende Gründe aufbringen müßte, um sie ablehnen zu können. Tatsächlich läßt sich aber vom allgemeinen volkswirtschaftlichen Standpunkt überhaupt nichts gegen die absolute Währung vorbringen. Privatwirtschaftliche Gesichtspunkte sollen aber in einer öffentlichen Sache, wie sie das Geld ist, überhaupt keine Berücksichtigung finden, da man diesen privatwirtschaftlichen Belangen nur auf Kosten anderer privater Interessen gerecht werden könnte. Die absolute Währung steht unparteiisch über aller Rücksicht auf einzelne.

Ein Wort ist noch zu sagen inbezug auf den *Devisenkurs* (Wechselkurs – Valuta).

Wir können dem Reichswährungsamt nicht zwei verschiedene Maßstäbe vorschreiben, mit denen es den Geldbedarf decken soll. Wir haben zu entscheiden, ob die Geldausgabe auf feste Warenpreise oder aber auf feste Devisenkurse gerichtet sein soll. Der überragenden Bedeutung des Inlandhandels entsprechend wünschen wir vor allem feste Warenpreise; daneben, soweit es sich vereinbaren läßt, auch feste Devisenkurse. Der erstrebte feste Durchschnittspreis der Waren hängt allein von der Tätigkeit des Reichswährungsamtes ab. Jedoch kann die Verbindung dieses Zieles mit festen Devisenkursen nur auf Grund von Vereinbarungen mit den betreffenden Ländern erfolgen. Der feste Devisenkurs stellt sich ein, sobald die am Außenhandel beteiligten Staaten eine mit der unsrigen übereinstimmende nationale Währungspolitik betreiben. Bisher hatten wir auch inbezug auf die Devisenkurse kaum etwas, was man aktive Währungspolitik hätte nennen können. Wenn trotzdem die Schwankungen der Devisenkurse sich nur zwischen den Goldpunkten bewegten, so lag das daran, daß die Ware, auf die die Devisen lauteten, also das Gold, sich leicht und ohne größere Unkosten von einem Lande zum andern hinüberleiten ließ. Konnte man also keine Devisen auftreiben, so verpackte man das Geld, womit man sonst die Devisen gekauft hätte (Gold) und schickte es anstelle der Devisen. Dieses Verfahren bewirkte dann noch, daß in den Ländern mit passiver Handels- und Zahlungsbilanz, wo es also zur Goldausfuhr kam, als Folge dieses Goldexportes die Warenpreise wieder auf den internationalen Stand sanken, wodurch die Handels- und Zahlungsbilanz wieder zugunsten dieses Landes selbsttätig umkippte. Wir hatten also anstelle einer Verwaltung einen Automaten. Anstelle des die Dinge durchdringenden Geistes eine Maschine – die Maschinenarbeit lieferte. Der Automat wirkte, wie alle Automaten, d. h. erst dann, wenn man das Geld eingepackt und abgeschickt hatte. Er beugte nicht vor. Er trat in Tätigkeit, wenn das Höchstmaß der Störung bereits eingetreten war, d. h. wenn als Folge eines verhältnismäßigen

Geldüberflusses die Warenpreise die Grenze der Abweichung vom Gleichstand, die zur Goldausfuhr führte, erreicht hatten.

Anstelle dieses Automaten wollen wir eine von der Erkenntnis geleitete Handlung setzen. Die am Welthandel beteiligten Länder werden ihre Währung ebenfalls auf die Festigkeit des Durchschnittspreises einstellen, und damit verschwinden die Hauptgründe für die Schwankungen in der Handelsbilanz. Die internationalen Handelsbeziehungen werden viel stetiger werden. Wir erinnern hier an die Störungen, die seinerzeit die Einfuhr (und Wiederausfuhr) der französischen Milliarden in der Handelsbilanz, namentlich des Deutschen Reiches, aber auch der anderen Länder verursachte. Solche Störungen werden mit der absoluten Währung nicht mehr vorkommen. Lange, bevor die Handelsbilanz zu Störungen der Zahlungsbilanz führen kann, werden die Währungsämter der beteiligten Länder eingreifen. Dort, wo die Warenausfuhr zu stark ist, werden die Preise durch Ausgabe von Geld gehoben – dort, wo die Wareneinfuhr zu stark ist, werden die Preise durch Geldeinzug gesenkt; kurz das, was unter der Goldwährung heute selbsttätig, aber zu spät eintritt – Goldeinfuhr und Goldausfuhr – wird hier rechtzeitig vorbeugend durch dasselbe Mittel, durch Geldeinziehen und Geldausgeben willkürlich herbeigeführt. Denn Goldausfuhr ist der Wirkung nach nichts anderes als Geldeinzug, und Goldeinfuhr ist auch nichts anderes als Geldausgabe. Für jede Mark, die die Reichsbank für die Ausfuhr hergibt, muß sie ja aller Regel nach 3 Mark in Noten einziehen (Dritteldeckung). Der Unterschied in dieser Beziehung liegt also darin, daß die Währungsämter vorbeugend handeln werden, während die Reichsbank heute nur dann eingreift, wenn von ihr Gold für die Ausfuhr verlangt wird – wenn also der Geldüberschuß, den sie einzieht, seine störende Wirkung bereits getan hat.

Kommt es zu einer Verständigung zwischen den einzelnen Staaten in bezug auf die leitenden Grundsätze der Währungsämter, so liegt der Gedanke nahe, ein *internationales Währungsamt* zu gründen, wo die Bewegungen der Devisenkurse beobachtet, ihre Ursachen erkundet und den nationalen Geldverwaltungen diejenigen Maßnahmen nahegelegt werden, die geeignet erscheinen, um die Devisenschwankungen zu beseitigen, wobei es sich immer nur um die Vermehrung oder Verminderung des Geldumlaufes handeln kann. Mit der Zeit wird dann wohl auch der Vorschlag auftauchen, die Währungsämter der einzelnen Staaten in diesem internationalen Amt zusammenzufassen, um den alten Traum des Weltgeldes zu verwirklichen. Mit der Metallwährung ist ein solcher Vorschlag nicht ausführbar. In der Natur der auf dem Papiergeld begründeten absoluten Währung liegt aber nichts, was der Verwirklichung dieses Vorschlages im Wege stände. Übrigens

läßt sich die absolute Währung nur auf diesem Wege mit völliger Festigkeit der Devisenkurse vereinigen.

Da dem Inhaber des Papiergeldes nur die absolute Währung, aber keine bestimmte Ware (Gold) versprochen wird, so ist auch jede sogenannte Deckung (Goldreserve) überflüssig. Die absolute Währung muß man sich dynamisch, nicht statisch vorstellen (Christen). Sie ist eine Tat, eine Verwaltungsmaßnahme, kein Stoff, keine Eigenschaft eines Stoffes. *Als Deckung der vom Reichswährungsamt ausgegebenen Papiergeldes gilt dessen Betätigung als Geld, die Dynamik des Tausches der Waren*, ähnlich wie wir uns die Deckung einer Eisenbahnaktie auch nicht in dem Stahl der Schienen, sondern im Güterverkehr, der sich auf den Schienen abspielt, vorstellen. Ohne diesen Verkehr wäre die Aktie leer, wie das Geld ohne den Warenaustausch auch inhaltslos wäre. Aus dem gleichen Grunde ist auch die *Sicherheit* des Papiergeldes in den im Lande feilgebotenen Waren zu suchen. Solange und nur solange Waren feilgeboten werden, ist das Geld gesichert. Das hat uns der Krieg jetzt wohl deutlich genug vor Augen geführt. Wie mancher denkt heute: hätten wir nur Waren anstelle des so oft genannten Goldschatzes der Reichsbank! Was nützt dem Besitzer der Reichsbanknote die Metalldeckung, wenn die Läden leer sind? Wer die Natur des Papiergeldes und der absoluten Währung begriffen hat, der lehnt jede besondere Deckung, auch die Dritteldeckung ab. Ja, namentlich diese unantastbare Dritteldeckung, die von der Wissenschaft schon längst, jetzt auch von Praktikern als Unsinn erkannt ist. Der *antastbare* Teil der Deckung hat, solange man keine aktive Währungspolitik betreibt und man die Währung als Selbstbetätigung der Goldreserven erwartet, noch einen Sinn. Die unantastbare Dritteldeckung aber, da sie nie wirksam werden darf, ist sinnlos. Ebensogut könnte man das unantastbare Gold des Mondes als Deckung verwenden. Es hat übrigens auch noch niemals jemand für das Dasein dieses unantastbaren Goldes einen vernünftigen Grund entdecken können.

Jetzt zeigt auch wieder der Krieg all denen, die unfähig sind, die Dinge auf theoretischem Wege zu durchschauen, wie die Dritteldeckung uns nicht davor bewahrt hat, daß der Devisenkurs so tief unter pari sinken konnte. Die Dritteldeckung ist, wenn unantastbar, wirkungslos, daher überflüssig. Der Teil der Golddeckung aber, der bisher zur Noteneinlösung diente, läßt sich mit Vorteil durch Reichsanleihen ersetzen und noch besser durch aktive Währungspolitik überflüssig machen.

Auch der alte Glaube, daß die Dritteldeckung nötig sei, um das „Vertrauen“ des Volkes zum Papiergeld zu unterhalten, ist ein Märchen. Tatsächlich kann die öffentliche Geldverwaltung von

der Rücksicht auf das Vertrauen und Mißtrauen des Volkes völlig absehen. Die Macht des Geldmonopols ist jederzeit unbeschränkt. Solange die Geldverwaltung kein anderes als ihr Geld im Verkehr duldet, bleibt den Erzeugern von Waren nur die Wahl, das Geld des Staates anzunehmen, oder ihre Waren unverrichteter Sache wieder nach Hause zu tragen. Dafür aber, daß sie letzteres nicht tun werden, sorgt die Natur ihrer Erzeugnisse. Kein Bauer wird seine Waren deshalb, weil er dem Gelde mißtraut, verderben lassen. Selbst das Erklären des Papiergeldes zum gesetzlichen Zahlungsmittel ist für den Warenaustausch überflüssig. Im Wettbewerb mit anderen Geldarten siegt immer das Produkt des Staatsmonopols, *und zwar siegt es um so leichter je größer das Mißtrauen ist, dem es begegnet*. Die Erklärung dieses eigentümlichen Spieles der Kräfte gibt das sogenannte *Greshamgesetz*.

Wer die Währung dynamisch als Verwaltungsmaßnahme betrachtet, braucht also auch den Ballast der Dritteldeckung nicht.

Die *Wiedereinführung der Goldwährung* ist nicht unmöglich, wie manche heute behaupten. Die Goldwährung entzieht sich nicht ganz einer aktiven Währungspolitik. Die Goldwährung verlangt z.B. durchaus nicht, daß wir beim gleichen Münzfuß bleiben. Wir können das Gold strecken, wie wir es auch umgekehrt behandeln können. Heute rechnen wir 2790 Mark auf das Kilo Fein. Wir können aber auch 4 – 8 – 10 000 Mark aus dem Kilo ziehen. Das steht der Goldwährung an sich nicht im Wege. Wir können das Gold so weit strecken, daß wir die Kriegspreise beibehalten können. Und auf dieser Grundlage könnte man dann so wie bisher „weiterwursteln“. Wir brauchen also, wenn wir durchaus bei der Goldwährung bleiben wollen, die Kriegspreise nicht rückwärts zu schrauben. Und wenn wir nach dem Vorschlag handeln, den seinerzeit Professor Woodrow *Wilson* (jetzt Präsident *Wilson*) machte, so können wir sogar die absolute Währung bis zu einem gewissen Grade mit der Goldwährung verbinden. *Wilson* schlug nämlich vor, den Goldgehalt der Dollarnote zu vermehren, wenn die Warenpreise aufwärts strebten, und ihn zu vermindern, wenn die Preise fielen. Niemand wird leugnen, daß auf diese Weise die absolute Währung zu erreichen ist. Praktisch wie theoretisch läuft die Sache aber auf unseren Vorschlag hinaus, indem auch hier der Durchschnittspreis der Waren den Maßstab für die Ausgabe von Dollarnoten abgeben wird. *Wilson* kann die Währung noch nicht ganz dynamisch, als Tat, begreifen. Er haftet noch am Stoff, sonst hätte er die vollkommene Trennung des Dollars vom Gold verlangt.

Ganz und gar unmöglich jedoch ist die *Rückführung der Preise* auf den Stand vor dem Kriege. Einerlei, welches Tempo

man auch für diese Rückführung vorschlagen würde – der Vorschlag ist undurchführbar. Der Versuch allein, die Warenpreise wieder rückwärts zu schrauben, würde uns mehr kosten als der Krieg. Auch würde man es sofort als größte Ungerechtigkeit erkennen, wenn diejenigen, die ihre Pferde, Schweine, Gänse, Leder, Wolle usw. zu Kriegspreisen verkauften und mit dem Erlös Kriegsanleihen zeichneten, jetzt beim Verkauf der Kriegsanleihen ihre Pferde, Schweine usw. zu Friedenspreisen wieder einkaufen könnten – also zur Hälfte, zum Drittel von dem, was sie dafür erhielten. Außerdem ist ja ein allgemeiner Preisrückgang gleichbedeutend mit Wirtschaftskrise. Wenn man aber die früheren Preise nicht wieder herstellen kann, so soll man auch nicht davon reden, nicht damit drohen. Sagen wir es heute offen und ehrlich, damit sich jeder darauf einrichten kann: für uns ist die Goldwährung endgültig erledigt.

Man sage auch nicht, daß wir uns durch eine solche Lossagung von der Welt absondern. Das Gegenteil ist der Fall. Durch den Bruch der Goldwährung sind die Völker heute alle in bezug auf die Währung abgesondert, – am meisten vielleicht die Staaten, die bei der Goldwährung verblieben, wie die Schweiz z.B., die mit keinem Lande mehr in einem festen Valutaverhältnis steht, trotz Goldwährung. Führen wir dagegen in Deutschland die absolute Währung ein, so schaffen wir „einen festen Punkt in der Erscheinungen Flucht“, einen Kristallisationskern, um den sich die anderen Staaten durch Einführung der gleichen Währung gruppieren können – wenn sie wollen. Schaffen wir die absolute Währung, so weiß jeder im Ausland, was er hat, wenn er einen Markwechsel gekauft hat. Er weiß, daß die Mark währt, und zwar dort währt, worauf es allen in erster Linie ankommt, auf den Märkten, den Waren gegenüber. Kehren wir dagegen zur Goldwährung zurück, so sagt der Markwechsel dem Ausländer gar nichts; er weiß nicht, ob er die Waren zum halben oder zum doppelten Preis wird bezahlen müssen.

Dabei gibt uns die absolute Währung die Möglichkeit, als Ausgangspunkt der eigentlichen Geldverwaltung denjenigen allgemeinen Preisstand zu wählen, der den Bedürfnissen des Handels, der Landwirtschaft, der Industrie, der Reichsfinanzen und des allgemeinen Zahlungsverkehrs am besten gerecht wird. Wenn die Landwirte, Handwerker und Unternehmer nach Friedensschluß z.B. die jetzigen Kriegspreise für ihre Erzeugnisse weiter erhalten, so können sie auch mit der Zahlung der erhöhten Löhne und Steuern fortfahren, und dann können die Arbeiter auch den erhöhten Wohnungszins bezahlen. So werden die verschuldeten Hausbesitzer ihrerseits ihren Hypothekenverpflichtungen nachkommen können. Der damit verfilzte Zahlungsverkehr wird keine Unterbrechung erfahren.

Dann wird die zum Vollbetrieb zurückkehrende Volkswirtschaft die neuen Kriegssteuern tragen und auch der Staat seinen Verpflichtungen mit Einschluß der Krieganleihen gerecht werden können, während die Rückführung der Warenpreise auf einen vollkommen unübersehbaren, vielleicht 100% niedrigeren Goldwährungsstand, und die damit verbundene Wirtschaftskrise die Steuerkraft des Volkes untergraben, den Zahlungsverkehr unterbrechen und die unverkürzte Verzinsung der Krieganleihen ganz unmöglich machen würde.

Bei den Friedensverhandlungen wird man nicht umhin können, über die künftige Feststellung der Devisenkurse sich zu verständigen. Dies wird nur mit der absoluten Währung möglich sein. Und da mit der absoluten Währung die Gründe, die die meisten Staaten zur Schutzpolitik trieben, fortfallen, so wird auch bei denselben Friedensverhandlungen die Frage des Wirtschaftsfriedens, also des Weltfreihandels eine Beantwortung erhalten.

—

Kopernikus entdeckte die Bewegungen der Erde um die Sonne. Er konnte sich aber nicht zum Gedanken einer frei im Räume schwebenden Erde erheben. Er ließ die Erde auf einer festen Ebene laufen. Galilei befreite die Erde von dieser Fessel und schleuderte sie in den Raum.

Die Ergebnisse der Neuzeit haben bei einer Reihe von Theoretikern den Gedanken einer Papierwährung erweckt, die, wie die absolute Währung, um den Durchschnittspreis der Waren, statt um das Gold kreisen soll. Aber diese Theoretiker, Nominalisten nennen sie sich, haften noch am Stoffe, sie brauchen zum Begriffe ihres Papiergeldes noch irgend eine feste stoffliche Ebene (Golddevisen), auf der sie ihr Papiergeld kreisen lassen. Mit der absoluten Währung wird auch diese letzte Fessel beseitigt; die absolute Währung kreist, ohne an irgend eine bestimmte Ware gebunden zu sein, frei, wie die Erde um die Sonne, um den Durchschnittspreis der Waren.

—

**Was antwortete nun die Nationalversammlung auf diese Eingabe?**

**Kein Wort. Sie schwieg. Wie mir noch heute (November 1922) ein Parlamentarier sagte: Es scheint in den deutschen Parlamenten nicht ein einziger Volksvertreter zu sein, der auf dem Gebiete der Währungsfrage zu Hause ist! So muß es wohl sein, denn die Nationalversammlung vergaß die Währung, den eigentlichen Drehpunkt des Gesellschaftslebens, in die Verfassung einzubauen!!**

## B. Die Reichsbank und ihr Werk.

Weil wir den Bürgermut nicht aufbrachten, um den Dingen, so trübe sie auch sind, ins Gesicht zu schauen, und die Sachwertsteuer zu fordern und durchzuführen, die nun einmal zur Balanzierung des Etats nicht zu umgehen ist, zwingen wir seit nunmehr acht Jahren unsere Finanzminister auf die Bahn des Verbrechens. Was wir an Steuern dem Finanzminister verweigerten, mußte dieser „hintenherum“ mit Hilfe der Notenpresse erschleichen. Damit wurde bei allen Bürgern Mein und Dein durcheinandergeworfen, vielen, die unfähig sind, ein Vermögen zu verwalten, wurde solches zugeschoben, anderen tüchtigen Unternehmern wurde das Betriebskapital unter der Hand gestohlen. Wir handelten hier wie die Schildbürger, die das Material zur Ausbesserung ihres Rathauses aus den Grundmauern des Gebäudes hervorholten.

Manche erkennen jetzt, daß wir hier einen schweren Fehler begingen, daß es niemals genügend Gründe gibt, daß auch *Krieg und Revolution* dazu nicht ausreichen, um den Ersatz der Steuerpresse durch die Notenpresse zu rechtfertigen. Aber diese Erkenntnis bricht sich viel zu langsam Bahn. Es ist nötig, soll nicht noch größeres Unheil hereinbrechen, daß der Papiergeldwirtschaft ein schnelles Ende bereitet werde, und da glaube ich, daß man nichts besseres tun kann, als einmal alle Folgen der Papiergeldwirtschaft in Parade aufmarschieren zu lassen. Vielleicht, daß dann der Reichstag, wenn er so sein Werk überblickt, er in — — — letzter Stunde die Kraft aufbringen wird, um die zur Stilllegung der Notenpresse nötigen Sachwertsteuern auszuschreiben und einzutreiben.

Zuvor will ich aber kurz den Einwand zurückweisen, daß der Krieg ohne die Notenpresse nicht zu finanzieren gewesen wäre. Dieser Einwand hätte einen vernünftigen Sinn, wenn die Banknote oder das Papiergeld mehr wäre als ein Tauschmittel *vorhandener Güter*. Das ist aber nicht der Fall. Auch im Kriege ist das Geld Tauschmittel, nichts als Tauschmittel, und als solches verrichtet es die von ihm erwartete Arbeit am besten, wenn es gerade in derjenigen Menge ausgegeben wird, die zur Aufrechterhaltung der Preise nötig ist. Auch im Kriege wickelt sich der Handel am reibungslosesten ab, wenn der allgemeine Preisstand der Waren unverändert bleibt. Wenn aber die Banknote an sich nichts anderes ist als ein Stück Papier und nur da gilt, wo es etwas zu schöpfen gibt, da fragt man sich, warum der Staat die von ihm benötigten Waren nicht ebenso ausgehoben hat, wie er



die Soldaten und die Pferde ausgehoben hat? Es war doch da, denn sonst hätten die ausgegebenen Noten ins Leere gegriffen. Die Banknote ist doch keine Wünschelrute.

Man beschlagnahmte den Eltern die Söhne, also konnte man auch die Zinsen der eingetragenen Hypotheken beschlagnahmen. Man beschlagnahmte die Pferde, also konnte man auch die Dividenden der Aktiengesellschaften beschlagnahmen. Man beschlagnahmte den Waschfrauen die Kupferkessel, also konnte man auch den Hauswirten die Erträge der Wohnungsmieten beschlagnahmen. Mit der Beschlagnahme des genannten arbeitslosen Einkommens wäre das Geldbedürfnis des Reiches gedeckt gewesen. Wollte man noch ein übriges tun, so war die Lohn-, Gehalt- und Einkommensteuer das richtige Mittel, um die Nachfrage nach Waren auf die Höhe der verminderten Warenerzeugung und Wareneinfuhr herabzusetzen. Um zu frieren, zu hungern, um sich von Kohlrüben zu ernähren, kurz, um den Krieg zu Hause zu erleben, braucht man dem Volke wahrhaftig die Taschen nicht mit Papiergeld zu füllen. Wer kein Geld hat, der kann auch nichts kaufen, und wenn das Reich den Bürgern das Geld zur Kriegführung aus den Taschen nimmt, so können die Preise trotz geringer Zufuhr nicht steigen. Wer einen „Volkskrieg“ führen will, der muß vor allen Dingen den Krieg volkstümlich finanzieren. Freilich, für die Stimmung wären die genannten Steuern in ganz anderem Maße niederdrückend gewesen, als die täglich veröffentlichten Verlustlisten. Vielleicht, wenn es bekannt gegeben worden wäre, daß der Krieg in der angegebenen Weise finanziert werden würde, daß dann der Krieg gar nicht ausgebrochen wäre.

Nach dem Kriege wären die den Hypotheken-, den Aktien- und den Hausbesitzern, den Lohn- und Gehaltspfängern für das beschlagnahmte Geld abgegebenen Requisitionsscheine entweder nach dem Helfferichschen Rezept mit dem Gold der Bank von England eingelöst, oder aber, im Falle einer Niederlage, vernichtet worden. So wäre unter allen Umständen die Währung vom Krieg unberührt geblieben.

Verglichen mit den Mitteln, die eine solche Beschlagnahme des arbeitslosen Einkommens dem Reiche zugeführt hätte, fällt das, was die Notenpresse einbrachte, kaum ins Gewicht. Es sind knapp zwei Milliarden Goldmark, die das Reich aus der Notenausgabe jährlich bezog. Zu dieser Summe gelangt man, wenn man den Ausgangspunkt der Notenenmission mit zwei Milliarden Goldmark, die jetzige Notenenmission mit rund 300 Milliarden, die Entwertung mit 1:200, annimmt, und den ganzen Entwertungsprozeß als ein gleichmäßig vor sich gehendes Geschehnis betrachtet.

Notenausgabe	1915	1916	1917	1918	1919	1920	1921	1922	
	2	4	8	16	32	64	128	256	Milliarden.

Parallel dieser Notenausgabe läuft der Entwertungsprozeß, so daß die 1922 neu ausgegebenen 128 Milliarden der Einnahme entsprechen, die das Reich 1915 aus den zwei Milliarden hatte, also jährlich etwa 2 Milliarden, im Ganzen in den acht Jahren, die seit Kriegsausbruch verstrichen sind, rund 16 Milliarden Goldmark. Eher weniger denn mehr, da der Entwertungsprozeß der Mark infolge der durch das Mißtrauen, auf die Mark stößt, verstärkte Umlaufgeschwindigkeit, gewaltig gestiegen ist und so die Entwertung im Mißverhältnis zur Notenausgabe vor sich ging. Die Preise haben sich mehr als durchschnittlich einmal jährlich verdoppelt.

Diese 16 Milliarden Goldmark bilden den einzigen Aktivposten der Papiergeldwirtschaft. Um sich in 8 Jahren je 2 Milliarden Goldmark zu verschaffen, um den Kapitalisten jährlich je 2 Milliarden an Steuern zu ersparen, betrieb die Regierung die Papiergeldwirtschaft in einem Lande, wo die Wirtschaft des ganzen Volkes so gut wie restlos auf der Arbeitsteilung aufgebaut ist und somit auf Gedeih und Verderb mit der Währung des Geldes verbunden ist!

Sehen wir nun zu, was diese zwei Milliarden Goldmark jährlich dem Volke gekostet haben, ob die Sparsamkeit der Steuerzahler am rechten Orte eingesetzt wurde, als sie die Finanzminister auf die schiefe Ebene der Papiergeldwirtschaft zwangen. Es gibt Städte, die niedergebrannt sind, weil die Bürgerschaft die Kosten einer Feuerspritze sparen wollte. Mit zwei Milliarden, sage und schreibe zwei elenden Milliarden Goldmark hätten wir den Brand verhindern können, den die Notenpresse an die deutsche Volkswirtschaft gelegt hat.

**1. Die Notenpresse und die Warenpreise.** Die Warenpreise werden durch Nachfrage und Angebot bestimmt. Die Nachfrage wird gebildet durch die Geldmenge, multipliziert mit der Umlaufgeschwindigkeit dieser Geldmenge. Die Umlaufgeschwindigkeit wächst proportional der Preissteigerung und diese wiederum proportional der Vermehrung der Geldmenge. So daß die Vermehrung der Geldmenge in doppelter Weise preistreibend wirken muß, einmal weil die Vermehrung der Geldmenge an sich preistreibend wirkt, ein andermal, weil die durch die Geldvermehrung bewirkte Preissteigerung nun noch die Umlaufgeschwindigkeit dieses Geldes steigert. Die Tatsache, daß die Preise im Mißverhältnis zur Notenausgabe gestiegen sind, findet so ihre völlig zulängliche Erklärung.

Seit Kriegsbeginn ist die Notenausgabe von rund 2 Milliarden auf rund 400 Milliarden gestiegen. Also um rund das 200fache. Die Preise aber sind bis heute auf das rund 400fache gestiegen. Was das für die Volkswirtschaft, namentlich für die Wirtschaft eines im Kriege stehenden Volkes bedeutet, das wollen wir hier näher beschreiben.

Die mit der Notenausgabe einsetzende allgemeine Preistreiberei wurde von Anbeginn an fälschlich dem Kaufmannsstande in die Schuhe geschoben. Der Kaufmann hat für die Bemessung der Verkaufspreise kein anderes Maß als die Nachfrage. Je nach der Nachfrage verkauft er heute mit Gewinn, morgen mit Verlust. Dementsprechend hob der Kaufmann die Preise, als die Notenpresse die Nachfrage vermehrte. Die gehobenen Preise hätten ihm die Mittel verschafft, um auch den Verlusten zu trotzen, die ihm die damals von der Regierung angeordnete Preisabbaupolitik mit Sicherheit eingetragen haben würde. Die Regierung suchte für die Folgen ihrer Notenpolitik einen Sündenbock, den Kaufmannsstand schlechthin. Besondere Gesetze, Wuchergesetze, sollten das Volk vor der Ausbeutung durch den Kaufmannsstand schützen. Das schuf sehr böses Blut. Man sprach nur mehr von Schiebern. Der Kaufmann wurde zum Bürger zweiter Ordnung degradiert. Und viele von denen, die so öffentlich entehrt wurden, benahmen sich dann auch entsprechend. Wenn schon, dann schon. Das war umso gefährlicher für das Volk, als mit der Zerrüttung der Preisbildung, jene Kontrolle, die darin besteht, daß jeder gedächtnismäßig weiß, wieviel er früher für eine bestimmte Ware bezahlt hatte und wieviel darum jetzt ungefähr dieselbe Ware wird kosten dürfen, vollkommen verloren ging. Die Wuchergesetze hatten dann auch noch zur Folge, daß diejenigen Kaufleute, die ihre Waren nach den Wünschen der Gesetzgeber ohne Rücksicht auf den Wiederbeschaffungspreis verkauften, bald ihres Warenkapitals verlustig wurden, aus der Reihe der konkurrierenden Kaufleute ausschieden und das Feld denjenigen überließen, die den Wahnsinn dieser Wuchergesetze erkannten und sich durch Nichtbeachtung dieser Gesetze vor dem Verluste ihres Kapitals schützten. So wirkten die durch die Notenpresse geschaffenen Zustände und Gesetze in doppelter Weise zersetzend auf die Moralität des Volkes: sie hetzten das Volk gegen die Kaufleute auf und diese wehrten sich ihrer Haut durch Nichtbeachtung, ja Verachtung der Gesetze, deren Befolgung sie unbedingt dem Bankrott entgegengetrieben hätte.

An der Front, bei den kämpfenden Soldaten, aber hieß es: Daheim treiben die Kaufleute Wucher, sie benutzen die Gelegenheit, wo die Männer fürs Vaterland kämpfen, um die unerfahrenen Frauen auszubeuten. Wie weit solche Stimmung am Zusammenbruch beteiligt war, wollen wir hier nicht weiter untersuchen.

**2. Die Notenpresse und die Verproviantierung der Städte während und nach dem Kriege.** Vor dem Kriege waren die Landwirte mit schweren Schulden belastet. Der Betrag dieser Schulden wird auf 80 bis 100 Milliarden Goldmark geschätzt und der Zins, den die Schuldner an die Hypotheken- und sonstigen Gläubiger zu zahlen hatten, belief sich auf jährlich 4 bis 5 Milliarden Goldmark.

Es war dies immer eine schwere Last gewesen für die ländliche Bevölkerung, doch sie trug sie. Durch sparsame Wirtschaft, namentlich im Verbrauch der erzeugten Lebensmittel und Verkauf des so gesparten an die Bewohner der Städte brachten sie die benötigten 4 bis 5 Milliarden Goldmark auf. Sie waren von jeher daran gewöhnt. Mit dem Beginn der Papiergeldwirtschaft nahm die Last der Schulden für die landwirtschaftliche Bevölkerung ständig und rapid ab. Bei den unausgesetzt steigenden Preisen brauchten die Bauern immer weniger Waren zu Markte zu tragen, um den Zins der Schuld aufzubringen. Und was sie so sparten, das verzehrten sie nun selber. Jetzt, wo mit der 400fachen Preissteigerung die Schulden so gut wie restlos zu Wasser wurden, brauchen die Bauern überhaupt nichts mehr der Schulden wegen zu Markte zu tragen. Sie hoben ihren eigenen Verbrauch, der Menge und der Qualität nach. So ging und geht die Stadt einer Zufuhr an Lebensmitteln verlustig, die man getrost auf 2 bis 3 Milliarden Goldmark bewerten kann, zu einer Zeit, wo die Städte durch die Feinde blockiert waren. Der Zusammenbruch aber wird darauf zurückgeführt, daß die Bewohner der Städte bei trockenem Brot und Kohlrüben nicht länger mehr durchhalten wollten und konnten!

**3. Die Notenpresse und die Löhne und Gehälter.** Was man für eine Ware oder Leistung fordern kann, läßt sich niemals auf dem Wege der Berechnung ermitteln. Die Erfahrung allein kann uns diese Frage beantworten. Läßt man die Erfahrung außer Betracht, so fehlt jedweder Anhaltspunkt für die Forderungen, so der Warenbesitzer, wie der Lohn- und Gehaltarbeiter. Selbstverständlich fordert ein jeder so viel er nur erreichen kann. Auch im Krieg war das der Fall. Als nun die Notenpresse anging, die Löhne aus ihrer durch die Erfahrung geschaffenen Ebene, aus ihrer durch die Natur der Dinge und wirtschaftlichen Zustände geschaffenen alten Rangordnung zu reißen, wußte nun plötzlich niemand mehr, was er fordern konnte und darum fordern sollte. Das war umso unmöglicher geworden, als der Krieg den Lebensmitteln eine ganz außerordentliche Bedeutung im Budget der Familien gegeben hatte, schlimmer auch darum, weil durch die erlassenen Wuchergesetze niemand mehr den Kaufleuten vertraute und darum auch niemand mehr wußte, ob er die Not den Kaufleuten oder dem Kriege zuschreiben sollte. Die mißtrauischen Arbeiter machten schließlich den Wucher noch allein für die Kriegsnot verantwortlich. Der Feind war im Lande, nicht mehr an der Front. Die Bauern und die Kaufleute, die man nun allgemein Schieber nannte, das war der Feind! Diesem Feinde trotzte man schließlich durch Streik. Die innere Front wurde durch Lohnkämpfe, öffentliche Wucherprozesse, zermürbt. Die Beamten aber, die nicht streikten, wurden durch solche Erscheinungen von Ekel erfüllt und verloren den

Glauben an ihr Volk. Wer den Glauben behält, der erträgt die ärgste Not ohne zu klagen. Wer den Glauben verliert, der verliert die Widerstandskraft. Das Durchhalten wurde schließlich nur noch von denen gefordert, die die Lage durch die Brille eines guten Geschäftsganges betrachteten. Und da diese infolge ihrer wirtschaftlichen Kraft großen Einfluß gewannen, wurde der Krieg weit über die Widerstandskraft des Volkes verlängert. Am schrecklichen Ausgang des Krieges hat darum die Notenpresse, die alle diese Dinge verursacht hat, in erster Linie die Verantwortung zu tragen.

**4. Die Notenpresse und die Eigentumsbegriffe.** Eine der ersten und wichtigsten Aufgaben des Staates ist der Schutz des Eigentums. Und eine der sympathischsten Formen des Eigentums sind die Einlagen der kleinen Leute bei der Sparkasse. Im deutschen Reich gab es 22 000 000 Millionen Sparkassenbücher mit zusammen 18 Milliarden Goldmark Kapital. Es war das Kapital der Unerfahrenen, derjenigen, die den Kurszettel nicht verstehen. Das Geld der Frauen, der Witwen, der Mündel, der Kranken, der Greise. Es sollten Notpfennige sein. Für wie viele war das Sparkassenbuch der letzte Anker im Lebenskampf, der, wenn er versagte, den Tod bedeutete. Denn viele gibt es, die den Tod der Bettelei oder der staatlichen Unterstützung vorziehen.

Was ist nun aus diesen Notgroschen geworden? Durch die Notenausgabe wurde den unerfahrenen Sparkassenbuchbesitzern das Kapital ausgehöhlt. Man raubte ihnen die Substanz und hinterließ ihnen ein Stückchen Papier. Das Kapital dieser Unglücklichen ist so gut wie restlos eskamotiert worden. Wem zu nutze? Nun zunutze derjenigen, die dem Finanzminister die Steuern verweigerten, angeblich, weil sie einen Eingriff in die Substanz des Kapitals bedeuteten hätten. Den Eingriff in die Substanz der Notpfennig der kleinen Leute, den duldeten, den forderten sie sogar durch die Steuerverweigerung.

Wir hatten im deutschen Reich ein aus Hypotheken, Pfandbriefen, Obligationen, Wechseln, Schuldurkunden, Staats- und Gemeindefschulden bestehendes sogenanntes Papiervermögen, das auf etwa die Hälfte des ganzen im deutschen Reiche verbenden Vermögens veranschlagt wurde, also etwa 200 Milliarden Goldmark, mit Einschluß der vorhin genannten 18 Milliarden Spargeldern. Diesem Papiervermögen war das Eigentum der Hausbesitzer, der Grundbesitzer, der Bauern, der Unternehmer und Kaufleute verpfändet. Was ist aus diesen 200 Milliarden Goldmark geworden? Wertloses Papier. Was ist aber aus den eben genannten Pfändern geworden? Sie sind da im Besitze ihrer ursprünglichen Inhaber, etwas mitgenommen durch den Krieg sind sie, aber sie sind da

und die glücklichen Besitzer sind nun die Schulden los. Die Notenpresse machte diese Schulden zu Wasser.

Die Notenpresse, die Reichsbank, der Reichsfinanzminister schenkte den Besitzern der Pfandobjekte 200 Milliarden Goldmark aus den Taschen ihrer Gläubiger! Allein mit dem, was das Reich hier sinn- und zwecklos dem einen nahm, um es dem anderen zu geben, hätte man die Entente glatt befriedigen können und darüber hinaus noch einen Schatz an Goldwerten von 70 Milliarden Goldmark gehabt, womit den notleidenden Schichten, sowie den Russen hätte Hilfe gebracht werden können.

**5. Die Notenpresse, die Schlemmerei und das Loch im Westen.** Mit der Notendruckerei wurde, wie oben gesagt wurde, das Vermögen der Gläubiger im Betrage von 180 Milliarden Goldmark mit Einfluß von 18 Milliarden Goldmark Sparkassengelder den Besitzern des Sachkapitals ohne jede Gegenleistung zugeschoben, d.h. geschenkt. Viele der so plötzlich zu Reichtum Gekommenen wissen nicht recht, was sie nun mit solchem Vermögen anfangen sollen. Und da sie außerdem nicht sicher sind, daß man ihnen den Besitz nicht wieder streitig machen wird, so trachten sie das Geld in persönlichen Ausgaben von ausgesprochenem Luxus zu verausgaben. So entsteht die Nachfrage nach Waren, die von den Luxusindustrien Frankreichs durch das Loch im Westen zu einer Zeit zu uns kommen, wo die große Mehrheit des Volkes am verzweifeln ist.

Ohne den Mißbrauch der Notenpresse wäre es nie zu solchen Verschiebungen im Vermögensbesitz gekommen. Die, die im Besitze des Vermögens waren, hätten Grund genug gehabt, die äußerste Sparsamkeit walten zu lassen, um so die Verwüstungen, die der Krieg an ihrem Vermögen verursacht hatte, mit der Zeit wieder auszugleichen und um die Steuern aufzubringen, die das Reich ihnen aufbürden würde. Der Luxus wäre in allen Schichten des deutschen Volkes verschwunden und es wäre nicht nötig gewesen, den Luxus zu besteuern oder zu verbieten, weil die Kaufleute wegen Mangel an Nachfrage keine Bestellungen auf Luxuswaren gegeben hätten. Ist nicht der Umstand, daß der Reichsfinanzminister sich so oft über das Loch im Westen beschwert hat, ein Beweis dafür, daß etwas faul ist im Staate? Und dafür, daß die Franzosen wenigstens scheinbar Recht haben bei ihrer Argumentation: Die Deutschen beklagen sich über das Loch im Westen, durch das Luxuswaren in Deutschland eingeschmuggelt werden. Ist die Tatsache, daß in Deutschland sich noch so viele dergartigen Luxus erlauben können, nicht Beweis, daß die Steuern zu gering sind?

Es kann kein Zweifel darüber bestehen bleiben, daß, wenn die zur Stilllegung der Notenpresse nötigen Steuern ausgeschrieben und eingetrieben werden, niemand mehr die Mittel für Luxus Zwecke

haben wird und daß wir uns dann auch nicht mehr um das Loch im Westen zu kümmern brauchen werden.

**6. Die Notenpresse und das Post- und Eisenbahndefizit.** Mit einem Dollar, einem einzigen Dollar, fährt der Pole quer durch Deutschland im Wagen erster Klasse, im Schlafwagen von der deutsch-polnischen bis zur deutsch-belgischen Grenze. Mit einem Dollar fährt der Engländer von Holland bis an die schweizer Grenze. Das heißt, sie alle fahren so gut wie umsonst auf den mit schwerem Defizit arbeitenden deutschen Bahnen. Dabei handelt es sich hier um ein großes, sogar sehr großes Geschäft. Hunderttausende sind es, die jährlich von Osten nach Westen und von Norden nach Süden durch Deutschland als Durchzugsland fahren müssen, und die ebensogut 25 Dollar, wie jetzt einen Dollar zahlen würden. Die Notenpresse, die die Preise schneller in die Höhe treibt, als wie der Bahntarif folgen kann, beraubt hier das Reich um hunderte von Millionen Dollar mit dem Resultat, daß wir von allen denen, die hier umsonst auf Reichskosten herumreisen, ausgelacht werden.

Und wie steht es mit den Waren, die mit den Reichsbahnen den Ausfuhrhäfen zustreben. Auch hier dasselbe Spiel. Millionen von Dollar schenkt man hier wieder den ausländischen Kaufleuten, deren Waren wir zum allgemeinen Gaudium umsonst mit den teuren Kohlen, die wir zum Teil aus England beziehen müssen und mit Dollars bezahlen, verfrachten, umsonst verfrachten.

Weil wir das Defizit der Post und der Eisenbahnen mit Notendruckerei decken, läuft das Defizit immer der Notendruckerei voraus.

Das Defizit der Post ist auf die gleichen Gründe zurückzuführen. Ein Brief von der Schweiz nach Deutschland bringt der schweizerischen Post 40 Rappen ein. Ein Brief von Deutschland nach der Schweiz 20 Mark der deutschen Postverwaltung. Und 40 Rappen sind dem Dollar gegenüber heute etwa 280 Mark. Der deutsche Spediteur belastet seinem Kunden in Amerika für einen Brief 20 Mark und der schweizerische Spediteur für die gleiche Leistung 280 Mark. So gehen auch wieder der deutschen Volkswirtschaft durch die Notendruckerei Tag für Tag Millionen Goldmark verloren. Und dann wundert man sich, daß der Devisenmarkt so schlecht versorgt ist!

**7. Notendruckerei und die Reparationskohle.** Wir liefern Frankreich Kohlen in gewaltigen Mengen und diese Kohle wird uns laut Vertrag nach deutschen Preisen, nicht nach dem Weltmarktpreis gutgeschrieben. Der Abstand der deutschen Inlandpreise vom Weltmarktpreise geht uns auf diese Weise verloren. Dieser Abstand beträgt zur Zeit etwa zwei Drittel des Weltmarktpreises. Statt 6 Dollar werden uns 2 Dollar gutgeschrieben für je eine Tonne Kohle und es sind Millionen von Tonnen, die wir



unter solchen Bedingungen liefern! Monatlich 1 725 000 Tonnen. (Soll auf 1 950 000 Tonnen erhöht werden.)

**8. Notendruckerei und der Ausverkauf durch die Ausländer.** Im Ausland heißt es heute, wir seien so arm geworden, daß wir die Waren verschenken können. Und so kommen sie von allen Seiten hereingeströmt und füllen ihre Koffer mit Waren, die vielfach noch zu Preisen verkauft werden, die einem Dollarkurs von etwa 1000 und nicht wie heute von 4000 entsprechen. Auch hier gehen wieder drei Viertel der deutschen Exportproduktion sinnlos, zwecklos verloren und mit dem Erfolg, daß die deutschen Kaufleute von den Ausländern mitleidig als Analphabeten belächelt werden. Wenn je, so wäre es doch gerade jetzt angebracht die deutschen Produkte so teuer und nicht so billig wie möglich zu verkaufen. Und so billig können die Unternehmer in Deutschland nur darum die Produkte abgeben, weil sie von allen Seiten Zuschüsse erhalten, aus den Taschen der Gläubiger, die im Ganzen jetzt 180 Milliarden Mark, Goldmark, zugesetzt haben, aus den Kassen des Reiches, in Gestalt von Zuschüssen zum Post- und Eisenbahnetat, aus dem Besitze der Hausbesitzer, die ihre Wohnungen den Arbeitern so gut wie umsonst zur Verfügung steilen müssen, warum diese sich nun mit geringeren Lohnsätzen zufrieden geben. Und alles das veranlaßt durch die Notenpresse, die Mein und Dein derart durcheinander geworfen hat, daß es schon erfahrene und gewiegte Kaufleute sein müssen, die sich durch solches Chaos hindurchfinden. Unsere Kaufleute sind aber von den Valutastörungen vollkommen überrascht worden. Viele verstehen sie heute nach 8 Jahren noch nicht.

**9. Automaten und Notenpresse.** Die Automaten hatten vor dem Kriege eine große volkswirtschaftliche Bedeutung gewonnen. Hunderttausende dieser eisernen Verkäufer verrichteten in Deutschland ihren Dienst mit größter Zuverlässigkeit. Die Notenpresse hat diese billigen Hilfskräfte außer Betrieb gesetzt und die Arbeit, die sie verrichteten, muß jetzt wieder durch Menschenhand gemacht werden. Es entsteht hier wieder ein volkswirtschaftliches Defizit, das in die Millionen Goldmark geht.

**10. Die Notenpresse und das Börsenspiel.** Die Notenpresse hat uns die Preistreiberei gebracht und mit ihr wurde die ganze Volkswirtschaft in eine Lotterie verwandelt. Das ganze Volk spielt. Hunderttausende von Menschen studieren täglich stundenlang den Börsenzettel. Als ob das uns retten könnte. Die Börsen sind mit Aufträgen überhäuft. Aber nicht mehr mit Aufträgen der Kaufleute und der Unternehmer, die zum Wirtschaftsbetrieb gehören. Reine Börsenaufträge sind es, Differenzgeschäfte, Börsenspiel. Und dieser Geschäfte wegen sehen sich alle Banken gezwungen, ihre Lokale gewaltig zu erweitern und tausende von Arbeitskräften



der Produktion zu entziehen. Statt die Fabriken zu erweitern, die uns mit Brot versorgen würden, bauen wir Spielhöllen. Und für das Gesindel, das hier großgezogen werden wird, werden wir nunmehr bald daran gehen müssen, die Zuchthäuser zu erweitern. Wird nun die Notenpresse stillgelegt, so verschwinden wieder die Börsendifferenzen, damit auch die Aufträge an die Banken, dann werden alle die hier neu angestellten Arbeitskräfte, die vielfach ihrem Berufe entfremdet worden sind, wieder entlassen werden, und die neuen Bankpaläste stehen dann wieder leer. Vielleicht kommt das noch früher, als wie die Bankpaläste fertig gestellt werden können. Dann werden die Obdachlosen dort einziehen wollen, nur um festzustellen, daß wir zur Zeit wohl Geld für die Erweiterung der „Pestbeule“ der Volkswirtschaft hatten, aber nicht für Wohnungen für Obdachlose. Kann man ermessen, wie viel Schaden diese durch die Notenpresse angeregten Börsengeschäfte dem deutschen Volke bereits angetan hat?

**11. Die Notenpresse und die Kleingeldnot.** Als die Preise von 1 auf 10 gestiegen waren, da war das 10 Pfennigstück zu einem Pfennig geworden und die Kupfermünzen, wie auch das 5 Pfennigstück waren ihres Sinnes beraubt. Die 10 Marknote wurde zu einer Mark und die 100 Marknote nahm die Stelle des Markstücks ein. Seitdem ist der Entwertungsprozeß weiter geschritten. Mit einer Mark kaufte man ein Stück Speck, wo nun 500 Mark nicht reichen. Das Kleingeld ist sinnlos geworden, zum Ballast des Handelsverkehrs. Das Kapital, das hier in der Anfertigung des Kleingeldes verausgabt wurde, ist vergeudet, verschwunden. Und wir haben doch wahrhaftig Grund genug, unseren kleinen Kram zusammenzuhalten. Und nun stehen die Angestellten mit den für die Lohnzahlungen ungeeigneten großen Banknoten in langen Reihen vor den Banken stundenlang und warten, daß die Reihe an sie herantritt. Und dies Schauspiel wiederholt sich überall im deutschen Reich. Wer kann uns sagen, wie viel Schaden die durch die Notenpresse ungeeignet gewordene Stückelung des deutschen Geldes bereits angerichtet hat?

**12. Die Notenpresse und die Steuereingänge.** Schnell haben es die Steuerzahler herausgefunden, daß, wer die Zahlung hinausschiebt, aus dem Entwertungsprozeß des Geldes Gewinn zieht. Kann man es nun den Steuerzahlern verargen, daß sie immer neue Gründe finden, um die Steuern nicht oder noch nicht zu bezahlen? Ein Bauer, der 10 000 Mark an Steuern zu zahlen hatte, mußte hierfür vor 6 Monaten 50 Pfund Butter auf den Markt bringen. Jetzt genügen hierfür schon 20 Pfund. Den Verlust hat das Reich. Hat man an diese Dinge gedacht, als man der Reichsbank den Auftrag gab, die Notenpressen in Betrieb zu setzen, um das Defizit des Reichsetats zu decken. **Erinnert diese**

Politik nicht an das, was heute auf dem Baumarkt vor sich geht, wo man neue Häuser baut, während an anderen Stellen das Geld fehlt, um die alten Häuser zu reparieren und vor Zerfall zu schützen? Mit dem neuen Geld, das uns die Notenpresse liefert, entwerten wir das alte Geld, das bereits unter der Steuerpresse liegt.

**13. Die Notenpresse und die Wohnungsnot.** Es kann nicht geleugnet werden, daß die sogenannten Mieterschutzgesetze, die uns die heutige Wohnungsnot gebracht haben, niemals gekommen wären, wenn die Notenpresse dem Volke die Taschen nicht mit Geld gefüllt hätte, mit dem nun jeder für sich die seit Ewigkeit bestehende Wohnungsnot beseitigen will. So entstand plötzlich mit dem Papiergeld eine ganz neue, unter jedem Gesichtspunkt völlig unsinnige Nachfrage nach Wohnräumen. Eine geräumige Wohnung ist der Herzenswunsch jedes Menschen und diesen Wunsch hatte die Friedenswirtschaft aus bestimmten Gründen nicht zu befriedigen vermocht. Es fehlten einfach die nötigen Häuser. Sollte uns der Krieg diese Häuser beschert haben? Baut man Häuser mit der schweren Artillerie? Als nun die Hausbesitzer die Mieten den geldgeblähten Taschen der Wohnungssuchenden anzupassen suchten, da verbot man ihnen das. Die Löhne, die Baumaterialien stiegen im Preise. Die Mieten aber durften nicht steigen. Sofort wurde die Bautätigkeit eingestellt und nur mit Hilfe staatlicher Zuschüsse, die von der Notenpresse geliefert wurden, konnte in geringem Umfange gebaut werden. Vier Millionen Menschen sind zur Zeit in Deutschland obdachlos und diese Zahl wächst ständig. Trotz dieser Wohnungsnot sind die Wohnungen nie so billig gewesen. Für den Preis von einem Pfund Butter bezahlt man die Jahresmiete einer Wohnung von mehreren Zimmern! Freilich zerfallen nun die Häuser, weil niemand mehr ein Interesse an ihrer Erhaltung hat. Niemand wagt es auch jetzt noch seine Wohnung zu kündigen, aus sehr berechtigter Furcht, keine andere Wohnung zu finden. So ist die wichtigste aller Freiheiten, die Freizügigkeit praktisch wieder aufgehoben. In den Großstädten wohnt bald niemand mehr in der Nähe seiner Arbeitsstätte. Würde man das Unheil in Geld berechnen wollen, die die Notenpresse allein hier angerichtet hat, man käme leicht zu einer Summe, die größer ist, als die, die das Reich aus der Notenpresse gewonnen hat.

**14. Die Notenpresse und die Handelspofitrate.** Die Mark als Begriff setzt sich zusammen aus einer Reihe von Preisen derjenigen Waren, für die der einzelne Mensch das meiste Interesse hat. Werden diese Preise durch die Notenpresse aus allem Zusammenhang mit der Geschichte gerissen, so weiß niemand mehr, was er für eine bestimmte oder eine ähnliche Ware wird bezahlen müssen, wenn er einen Laden betritt. Dann fehlt die öffentliche

Kontrolle des Handels und die Kaufleute benutzen diese Unwissenheit zur Übervorteilung des Publikums. Dann wächst die Handelsprofitrate und dieser größere Profit lockt dann wieder so viel mehr Menschen heran, die die Industrie, die Landwirtschaft verlassen, um sich dem Handel zu widmen. Auf Kosten der Produktion wächst die Zahl der Händler, so daß die steigende Profitrate nicht einmal den Kaufleuten zugute kommt, sondern im Wettkampf, an Innenreibungen muß zugesetzt werden, was der Verkauf der Ware an Profit mehr einbringt. Der einzelne Kaufmann verkauft bei erhöhtem Profitsatz weniger Ware. So haben schließlich alle nur Schaden von solcher Entwicklung, niemand einen Nutzen. Den größten Schaden aber nimmt die öffentliche Moralität.

Vor dem Kriege rechnete man mit einem Durchschnittsprofitsatz von etwa 35 bis 40%. Jetzt mag dieser an sich schon ungeheure Profitsatz noch die Hälfte größer sein. 10, 15, 20% der gesamten Produktion von 40 Milliarden Goldmark jährlich gehen hier durch die zusätzlichen Innenreibungen, die die Notenpresse im Handel schuf, für die Volkswirtschaft spurlos verloren. Das Mehrfache von dem, was die Notenpresse dem Reiche liefert. Es ist dasselbe, wie wenn die Reichsbank, um das Geld für Schmieröl zu sparen, Sand in das Getriebe der Volkswirtschaft gösse.

**15. Die Notenpresse und die Kreditnot.** Vor dem Kriege hatten wir im Deutschen Reiche bei einem Gesamtgeldumlauf von etwa 5 Milliarden in 22 Millionen Büchern rund 18 Milliarden Goldmark Spargelder. In den Sparkassen fanden die Unternehmer für ihre Geschäfte immer Geld. Ebenso bei den Privatbanken. Wer nicht selbst Geschäfte zu machen verstand, legte seine Geldüberschüsse hier an. Die Einleger wußten, daß das Geld, das ihnen die Bank zurückgeben würde, von derselben Qualität sein würde, wie das, das sie ihr anvertraut hatten. Mit der Preistreiberei ging diese erste und wichtigste Bedingung des Sparbetriebes vollkommen verloren. Die Angehörigen des Kaufmannsstandes, die Bescheid wußten, zogen bei Zeiten ihre Gelder aus den Sparkassen und Banken zurück. Sie legten ihre Gelder in Sachwerten an. Die Vormünder, die Bescheid wußten, die kündigten die Hypotheken oder verkauften sie zu jedem Preis. Den Erlös legten sie in Sachwerten an. Die Patrioten, die Bescheid wußten, verkauften die Kriegsanleihen und retteten so den Rest ihres patriotischen Kapitals in die unpatriotischen Sachwerte. All diesen, die Bescheid wußten, geht es nun noch so einigermaßen. Sie besitzen nun die Häuser, die Aktien, die landwirtschaftlichen Güter, die die Patrioten verkauften, um Kriegsanleihen zeichnen zu können. Keiner aber von denen, die Bescheid wußten, fühlte sich verpflichtet, das große Publikum zu warnen!

Wie geht es nun den anderen, den Witwen, den Alten, den Mündeln, den vielen, vielen großen Kindern, die keine Ahnung hatten vom Sinne der wirtschaftlichen Vorgänge, die die Notenpresse auslöste? Erst jetzt kommen sie dahinter, jetzt, wo es zu spät ist, erfahren sie, daß, wer sich vor der Notenpresse schützen will, alles, was auf Geld lautet, Wechsel, Schuldscheine, Staatsanleihen, Bankaktien, Hypotheken, Pfandbriefe, Kriegsanleihen, Obligationen, kurz, das sogenannte Papiervermögen, verkaufen muß, um Sachwerte, Industriek Aktien, dafür zu erstehen. Wer das nicht getan hat, verliert sein Vermögen. So geschah es, daß die vom *Staate* bediente Notenpresse ausgerechnet die Unerfahrenen, die, die der *Obervormund, der Staat, hätte schützen und vor der Notenpresse hätte warnen sollen*, um ihr Vermögen betrog! Es ist eines der *himmelschreienden Verbrechen*, das der Staat hier betrieb. Die, die den Befehl erließen, Noten zu drucken, wußten doch Bescheid? Und wenn sie Bescheid wußten, was taten sie, sie und ihre Angehörigen und ihre Bekannten und Freunde? Gaben sie nicht auch selbstverständlich dem Börsenmakler Auftrag, ihre eigenen papiernen Vermögensgegenstände zu verkaufen und Sachwerte dafür zu erstehen? Und während sie hier sich persönlich aus der Patsche zu ziehen suchten, gaben sie vielleicht der Presse Auftrag, die Besitzer der Papiervermögen, die Unerfahrenen, die Vormünder, zu beruhigen? Letzteres mußten sie doch tun, wenn sie nicht ihre eigenen Regierungsmaßnahmen sabotieren wollten! Und wenn sie das tun mußten, so taten sie es auch.

Himmelschreiende Verbrechen, wie dieses, bleiben nicht ungerächt. Jetzt flieht alles aus der Mark deutscher Reichswährung heraus, um die letzten Reste des Papiervermögens zu retten und auf dieser Flucht reißen sie alles, auch die Besitzer der Sachwerte, in den Abgrund. Die, die sich rechtzeitig noch in die Sachwerte gerettet zu haben glaubten, die, die Bescheid wußten, die erfahren jetzt, daß auch die Sachwerte keine Sicherheit mehr bieten, daß die Notenpresse auch den Untergrund dieser Vermögensobjekte erschüttert hat. Und nun fliehen sie über die Grenze, verkaufen, wie bereits erwähnt, die Berliner Wohnhäuser reihenweise für 150 Dollar das Stück!

Auf die Sparkasse aber bringt jetzt niemand mehr einen Pfennig. Sie werden direkt als Räuberhöhlen betrachtet, als eine neue Art *Moloch*, wo die Säuglinge dem Staate geopfert werden. Die Sparer sagen sich: lieber irgend einen Lagerhüter im Laden für das gesparte Geld kaufen, als es noch auf die Bank zu bringen. Und wer unter Angebot von 20, 30, ja 50% Zinsen und unter Verpfändung von Sachwerten ersten Ranges ein Darlehen wünscht,

dem antwortet man: lieber als ein deutsches, pfandgesichertes Papier, das 50% Zins abwirft, ist mir ausländische Valuta, selbst wenn ich sie mit 50% Verlust kaufen soll.

Die Notenpresse hat den Kredit von Grund auf zerstört und der Kredit bildet die Grundlage der Volkswirtschaft. Ohne Kredit geht es einfach nicht. Und erst recht nicht, wenn dem Geld vom Volk der Kredit gesperrt wird, wenn die Sparer lieber zu kleine Schuhe, zu große Hüte kaufen, als daß sie Geld sparen und zur Sparkasse bringen. Auch die Sachwerte sind in das Getriebe des Kredits verwoben. Wenn die Kapitalisierungsrate auf 50% steigt, dann ist ein Haus, ein landwirtschaftliches Gut, just das Doppelte der jährlichen Rente oder Miete wert. So entsteht dann der lächerliche Preis von 150 Dollar für ein Berliner Wohnhaus. So kommt es dann zur Flucht aus dem Papiervermögen in die Sachwerte und von diesen in ausländische Valuta. So wird der Tragkörper für die Kriegslasten immer kleiner. Und je kleiner er wird, umso drückender die Last, umso größer der allseitige Wunsch, sich durch die Flucht dem Drucke zu entziehen.

Die Reichsbank aber sucht das über die Grenze fliehende Kapital durch neue Notenmassen zu ersetzen!! Ebensogut könnte sie die Feuersbrunst mit Petroleum löschen.

**16. Die Notenpresse und die Auswanderung.** Die direkten, kontraselektorisierenden Wirkungen der Kriege kann man nie hoch genug einschätzen und tief genug beklagen. Eine Reihe von Kriegen verhandelt auch das stolzeste Volk in elendes Gesindel in physischer wie in psychischer Hinsicht. Viel schlimmer aber als der Krieg durch Tötung der militärischen Auslese, wirkt heute unsere Notenpresse dadurch, daß sie die bürgerliche Auslese des Volkes, das, was an Kraft, Geist, Gesundheit und Unternehmungsgeist übrig blieb, zur Auswanderung treibt, vielfach in die Länder unserer Kriegsgegner zu deren Stärkung. Indem die Notenpresse alles zerstört hat, erweckte sie den allgemeinen Wunsch, sich durch Auswanderung dem drohenden Zusammenbruch zu entziehen. Diesen Wunsch können aber nur die Tüchtigsten in die Tat umsetzen. Diese können noch fliehen. Übrig bleiben dann nur noch die Blinden und Lahmen, die Schwindsüchtigen, die, die wegen zu großen Kindersegens oder wegen ungenügender Leistungen, wegen Mangel an Sparsinn die Kosten der Überfahrt nicht aufzubringen vermögen, sowie die, denen niemand wegen ihrer Charaktereigenschaften den Kredit für die Beschaffung der Schiffskarte geben will. Kurz, das Minderwertige, die Väter der nächsten Generation. Sobald die Wirtschaft in Amerika nach Abschluß der Preisabbaupolitik wieder in Gang kommt, dann wird die Zuwanderung in Deutschland umso gewaltigeren Umfang annehmen, je mehr die Notenpresse die deutsche Wirtschaft in Trümmer gelegt haben wird. Der Tragkörper für die

Kriegslasten wird kleiner, immer kleiner werden. Die Last für die Übrigbleibenden wird größer und größer werden. Was wir aber brauchen, das ist eine möglichst große Verbreitung der Tragfläche für die Kriegs- und Reparationslasten. Statt Zuwanderung müssen wir Einwanderung anstreben, durch Schaffung günstiger Arbeitsbedingungen den Polen, den Italienern, die der Krieg vertrieb, die Rückkehr erleichtern. Das aber ist unmöglich, solange die Notenpresse ihre alles vernichtende Tätigkeit nicht einstellt.

**17. Die Revision des Versailler Diktates und die Notenpresse.** Das blöde Warten auf die Revision hat Deutschland unendlich mehr gekostet, als das, was die Revision uns günstigsten Falles einbringen kann. In diesem Sinne haben sich die Befürworter der Revision, die Lloyd George, die Cassels und Keynes für Deutschland direkt als Schädlinge erwiesen. Sie nahmen uns die Entschlußfähigkeit zur Handlung. Lassen wir hier alle Hoffnung fahren. Die Revision des Vertrages mag von allen ernsthaften Männern noch so sehr herbeigewünscht werden, sie mag sogar in Paris in der Kammer Unterstützung finden (siehe die Rede von Paul Reynaud vom 22. Oktober d. J.), sie wird ewig an der politischen Lage scheitern. Revision heißt doch nichts anderes für unsere Gegner als ihre Steuerpresse zugunsten Deutschlands noch stärker als es schon der Fall ist, auf die eigenen Bürger wirken zu lassen. Welchem Staatsmann wird es aber je gelingen, neue Steuern im französischen, englischen, amerikanischen Parlament mit der Begründung durchzusetzen, daß es nötig sei, die deutschen Steuerzahler zu schonen! Was geht den Amerikaner noch Deutschland an, seitdem es besiegt am Boden liegt? Und wenn auch die Vereinigten Staaten sich auf eine Streichung der Kriegsschulden Frankreichs und Englands unter der Bedingung einließen, daß Deutschland entsprechend entlastet werde, so doch dann nur, um die ganze Last auf die Grenzzölle abzubürden. Das heißt: die Vereinigten Staaten werden versuchen, den Zins der englischen und französischen Kriegsanleihen durch Erhöhung der Grenzzölle aufzubringen. Diese Zollpolitik wird dann als Repressalie von anderen Staaten aufgenommen werden, und wir in Deutschland, die auf den Außenhandel mehr als je angewiesen sind, werden unter solchem Drucke mehr leiden, als wenn wir die Reparationen glatt in voller Höhe bezahlten. Niemals aber dürfte es der amerikanischen Regierung gelingen, direkte Steuern vom amerikanischen Farmer zu erheben, um den Zins der den Verbündeten zu erlassenden Kriegsschulden zu bezahlen. Und so lange das nicht geschieht, werden auch die Franzosen und Engländer sich gegen eine ins Gewicht fallende Milderung der deutschen Reparationsschuld sträuben. Die Hoffnung auf Revision ist somit als Utopie zu betrachten. Und Utopien sind gefährlich. Da erweist sich die hartnäckige Politik

Poincarees für Deutschland noch als die nützlichste. Indem er fest auf seinem Sinne beharrt, zwingt er uns zu handeln und uns endgültig auf die Zahlung einzurichten. Wenn wir das tun und die entsprechenden finanziellen Maßnahmen ergreifen, schaffen wir für alle klare Verhältnisse und dies ist für unseren Kredit wichtiger als eine geizige Herabsetzung der Schuld.

Vielleicht, wenn die deutsche Regierung die Aufmerksamkeit auf die Tatsache hingelenkt hätte, daß diejenigen Kreise, die sich in Deutschland noch Luxusgenüsse erlauben können, das Geld dazu den Taschen der Sparkassengläubiger entnehmen, daß sie auf Kosten ihrer Hypothekengläubiger leben, daß auch die deutsche Industrie die Arbeitslöhne nur unter der Zuhilfenahme des Gläubigerkapitals bezahlen, daß hier bereits für *180 Milliarden Goldmark* Gläubigerkapital verschwunden, verwirtschaftet wurde, daß sich dann die Franzosen ein richtiges Bild von der deutschen Kapitalkraft machen würden. Man hätte zu diesem Zwecke ja auch sehr wirksam eine Selbstmörderstatistik veröffentlichen können, um zu zeigen, daß der Luxus, der in Berlin und anderen Städten getrieben wird, ein ganz falsches Bild der tatsächlichen Verhältnisse entwirft. Man hätte zeigen können, wie das deutsche Reich durch die Papiergeldwirtschaft sich aller Staatsschulden, mit Einschluß der Kriegsanleihen entledigt hat und den Gläubigern dieser Staatsschulden jetzt nur noch knapp  $\frac{1}{2}\%$  des ursprünglichen Kapitals schuldet. Die französischen Agenten, die nach Paris über die deutschen Verhältnisse berichten, sehen nur die Oberfläche. Sie sehen nur die von der Notenpresse begünstigten Kreise, nicht aber deren Opfer, die, ohne Geld um ihre Not an die große Glocke hängen zu können, still in Ecken gedrückt, ihr Ende erwarten.

Ohne die Notenpresse hätte die Kriegsnot sich gleichmäßig auf alle Kreise der Bevölkerung gelegt und die Franzosen hätten das wahre Gesicht des geschlagenen Feindes zu sehen bekommen. Dann wäre vielleicht selbst Poincaree bereit gewesen zu neuen Verhandlungen. Aber auch in diesem Falle wäre Bedeutendes zu Gunsten Deutschlands nicht zu erreichen gewesen.

Um im deutschen Sinne einen wirksamen Druck auf die Entente und zu Gunsten der Revision auszuüben, müssen neue Gesichtspunkte in die Debatten getragen werden. Wir müssen zeigen, daß das, was man von uns fordert, die Stilllegung der Notenpresse und die Balanzierung des Etats nicht ohne Vermögenskonfiskationen von außerordentlichem Umfange vor sich gehen kann. Solche Vermögenskonfiskationen gehören aber zur *bolschewistischen Politik*.

## C. Der Abbau der Preise im Lichte argentinischer Erfahrungen.

[Diese deutsche Übersetzung erschien 1920 unter dem Titel: Das Reichswährungsamt. Freiland-Freigeldverlag, Rehbrücke bei Berlin. Sie wurde von der deutschen Presse vollständig totgeschwiegen. Die Erklärung hierfür gibt die Bemerkung am Schluß der Denkschrift A.]

Weiterhin, auf Seite 45 ff., gebe ich die deutsche Übersetzung meiner im Jahre 1898 in Buenos Aires veröffentlichten Schrift:

*La question monetaria argentina. (Die argentinische Währungsfrage: Eine Untersuchung über Wesen und Ursache des gegenwärtigen wirtschaftlichen Tiefstandes).*

Der Neuling in Währungsfragen, der die vorangehenden Ausführungen über die Wirkungen der Inflation gelesen hat, glaubt zumeist, daß, wenn wir nun die umgekehrte Politik betreiben, also wenn wir von der Inflation zur Deflation übergehen, solche Politik, so viel wie eine Wiedergutmachung bedeutet. Unsere Finanzminister sind sämtlich solche Neulinge gewesen, bezw. sie sind es noch heute. Aus den Erfahrungen, die man in den letzten Jahren mit der Deflation in Amerika, in England, in der Tschechoslowakei, ja sogar in Deutschland (Frühjahr 1920) gemacht hat, scheint man keine Schlüsse gezogen zu haben. Wenigstens geht das aus dem *Stabilisierungsplan* hervor, den die Regierung noch am 14. November d. J. nach Paris schickte und worin es im Absatz 8 heißt: „Sobald durch die Stützungsaktion der Kurs der Mark soweit gebessert ist.“ [Auch Cuno übernimmt dieses Programm seines Vorgängers. 24.11. 22.] Der Kurs der Mark soll also „gebessert“ werden. Das heißt, unter Stabilisierung versteht unsere Regierung einfach eine Deflation. Das geht auch daraus hervor, daß in dem Stabilisierungsplan keine Grenze für die „Besserung“ angegeben wird. Die „Besserung“ soll wahrscheinlich bis auf *pari* gebracht werden. Und das ist auch verständlich. Denn wer den Kursrückgang des Dollars als eine *Besserung* des Markkurses betrachtet, der wird von solcher „Besserung“ nie genug haben.

Die Stützungsaktionen, die in den Vereinigten Staaten für den Dollar betrieben worden sind, haben den Kurs des Dollars so „gebessert“, daß dort an 6 Millionen Arbeitslose gezählt wurden. In England brachte die Stützungsaktion zugunsten des Sterling es „nur“ auf zwei Millionen Arbeitslose. In der Tschechoslowakei wird, wie es scheint, bewußt die Stützungsaktion zum Besten der Krone



mit dem Hintergedanken betrieben, damit die im Gefolge dieser Stützungsaktion erwartete Industriekrise die deutschen Arbeiter zur Auswanderung zwingt. Die Notenpolitik im Dienste des finstersten Nationalismus.

Wir sind also noch durchaus nicht vor Stützungsaktionen, Preisabbau und den durch ihn bewirkten Krisen gesichert. Die Gewerkschaften werden zu dieser Frage entschiedene Stellung nehmen müssen. Der Preisabbau hat sich als Mittel zur Sprengung der Arbeiterorganisationen, zur Lähmung des Befreiungskampfes ganz abgezeichnet „bewährt“. Darum lasse ich hier in der Übersetzung die Schrift folgen, die ich 1898 gegen die damals in Argentinien betriebene Preisabbaupolitik veröffentlichte. Nach meinen Vorschlägen wurde zwei Jahre später das Währungsgesetz revidiert. Es verlief dann alles aufs Haar, wie es in meiner Schrift vorgesehen war.

### **Erklärungen über den Ursprung dieser Schrift:**

Im Jahre 1885 wurden in Argentinien neue, auf Gold lautende Banknoten in den Verkehr gebracht und als einziges gesetzliches Zahlungsmittel erklärt. Das Gold dazu (die sogenannte Deckung) war durch eine auswärtige Anleihe beschafft worden. Die wirtschaftliche Entwicklung machte jedoch die Aufrechterhaltung dieser Goldwährung unmöglich, und nach ganz kurzer Zeit wurde die Einlösung der Banknoten eingestellt. Damals (1885) waren die Goldfelder Afrikas noch nicht entdeckt, und die Preise der argentinischen Landeserzeugnisse standen unter dem Drucke, der sich seit der Ausbreitung der Goldwährung auf der ganzen Welt bemerkbar gemacht hatte. Mit dem früheren Papiergeld (moneda corriente), das nach den „soft money“-Grundsätzen (nicht hartes, dem Wucher dienendes, sondern „weiches“ Geld) verwaltet worden war, hatte das ständig wachsende Goldagio das stetige Zurückgehen der Weltmarktpreise vom argentinischen Bauer und Viehzüchter abgewendet. Trotz sinkender Weltmarktpreise stiegen sogar die Preise in argentinischer Währung, und die Hypothekenschuldner, Pächter, Wechselschuldner konnten ihren Verpflichtungen nachkommen, während in anderen (Goldwährungs-) Ländern die Landwirte und Gewerbetreibenden in kläglichen Tönen die Staatshilfe anrufen mußten. (Not der Landwirtschaft.)

Mit der oben erwähnten Einführung der Goldwährung in Argentinien wurde der Weltmarktpreis auch unmittelbar Landespreis für die argentinische Wirtschaft, der ständige Rückgang dieser Weltmarktpreise übertrug sich von nun an ohne den Puffer des Agios auf die argentinischen Märkte und schuf damit dort die gleiche Notlage, unter der die werbende, schaffende Klasse Europas litt. Er lähmte die auf schnelles Wachstum eingestellte argentinische

Wirtschaft; die Auswanderung überwog die Einwanderung, zahllose Bankrotte unterwühlten den Kredit der Kaufmannschaft und auch den der Regierung. Die verheerende Krise führte zu einer ständig wachsenden Unterbilanz im Staatshaushalt, die man in den ausländischen Kapitalistenkreisen liederlicher Staatsverwaltung zuschrieb. Hätte man dort diese Unterbilanz auf ihre wahre Ursache – die Goldwährung – zurückgeführt, so hätte das dieser Hochburg der Kapitalisten sehr leicht zum Verhängnis werden können. Argentinien wurde der Kredit gesperrt, und das zwang nun die in Zahlungsschwierigkeiten befindliche Regierung, die Notenpresse wieder nach alter Weise arbeiten zu lassen. (1886). Mit den damit in den Verkehr gelangenden Papiergeldmassen gingen die Warenpreise in die Höhe, die verschuldeten Klassen bekamen wieder Luft, die Wirtschaft entwickelte sich freier, die Einwanderung nahm gewaltigen Umfang an, die Unterbilanz im Staatshaushalt verschwand. Man wäre zufrieden gewesen, wenn nicht das Goldaufgeld und namentlich das, jede genaue Kostenberechnung unmöglich machende Börsenspiel (Agiotage) gewesen wäre. Man schämte sich dieses Agios, wie man sich alter Schulden schämt. Man war ganz allgemein der Ansicht, daß das Papiergeld ein Schuldschein des Landes sei, den man unter allen Umständen, und erst recht, wenn die Möglichkeit sich dazu bietet, einlösen muß. Und der blühende Stand der Volkswirtschaft (Folge des Goldagios, dessen man sich schämte) bot solche Möglichkeit. Der Kredit Argentinien hatte sich in Europa, dank der gewaltig gestiegenen Erzeugung und trotz dem Goldagio wieder befestigt. Also beschloß man, den Schönheitsfehler der Volkswirtschaft auszumerzen und durch eine Reihe von Maßnahmen das Agio „abzubauen“ – genau wie es heute in Deutschland Finanzminister, Bauern, Fabrikbesitzer gibt, die auf den Abbau der Preise drängen. In der Hauptsache bestanden diese Maßnahmen darin, daß man besondere Steuern (Steuern auf Hüte, Seife, Öl usw., sowie Ausfuhrzölle) erhob, deren Ertrag der Notenbank in Form ihrer eigenen Noten übergeben und dort verbrannt wurde, so den Geldumlauf vermindern.

Gegen diese Politik wurde kein Widerspruch erhoben. Das ganze Volk jubelte. Jeder rechnete den Vermögenszuwachs aus, der ihm persönlich dadurch zuzufallen mußte, wenn das Goldagio von 250 nach und nach auf Null fallen würde. Das in Bargeld und in Geldforderungen angelegte Vermögen mußte sich ja so verdoppeln, verdreifachen – gerade wie die Zeichner der letzten Kriegsanleihe ausrechneten, daß sie für diese Papiere, die sie für den Erlös der zu Kriegspreisen verkauften Kühe und Schweine erstanden, nachher zu Friedenspreisen die doppelte und dreifache Anzahl Kühe würden kaufen können!

Die einzige Schrift, die den Widersinn solcher Währungspolitik dem Volke klar zu machen suchte, war und blieb meine hier in der Übersetzung vorliegende Schrift: *La cuestion monetaria argentina*.

Den unmittelbaren Anstoß zu der Schrift gab die Sorge um meine eigenen Unternehmungen. Ich betrieb neben einem Einfuhrgeschäft noch eine Fabrik für Pappschachteln, mit denen ich die argentinischen Fabriken versorgte. Ich wußte, daß, wenn die eingeschlagene Währungspolitik längere Zeit andauerte, die argentinische Industrie und damit auch meine Schachtelfabrik zur Untätigkeit verurteilt sein würde. Ich wollte wissen, wie tief der Goldwahn in den Köpfen der argentinischen Parlamentarier und Kaufleute sitze; ob die Hoffnung begründet sei, daß man bald, durch Schaden klug gemacht, die Währungsgesetze widerrufen würde. Das war 1898.

Ich schickte meine Schrift an alle Senatoren und Abgeordneten, an die Presse, an alle, die sich zur Währungsfrage öffentlich geäußert hatten, an alle Banken, an viele Kaufleute und Unternehmer. Der Erfolg war kläglich. So wartete ich nicht lange, sondern veräußerte die Fabrik mit erträglichem Schaden. Später erfuhr ich, daß meine Maschinen, wegen der nun ausbrechenden Krise, niemals von den Erwerbern aufgestellt worden sind. Ein Jahr später stand die gesamte Industrie einfach still. 40 000 Arbeitslose machten eine Kundgebung vor dem Regierungsgebäude, verlangten eine geordnete Verwaltung und *eine schärfere Anwendung der auf Preisabbau gerichteten Gesetze!!!*

Nun kehrte ich (1900) nach Deutschland zurück. Mittlerweile waren doch viele durch die Tatsachen darüber belehrt worden, daß die auf Preisabbau gerichteten Währungsgesetze wohl die wahre Ursache der Krise seien, und nicht die gespannten Beziehungen zu Chile, die man bis dahin als Grund der Erscheinung ansah. Die auf den Preisabbau gerichteten Währungsgesetze wurden also widerrufen und neue Gesetze erlassen, die sich mit den Vorschlägen deckten, die ich in der Schrift „*La cuestion monetaria argentina*“ gemacht hatte. Bis zu dieser Währungsreform lagen zwei Drittel der gesamten Notenausgabe (200 von 300 Millionen Pesos) brach in den Banken! Niemand im Handel, in der Industrie oder Landwirtschaft hatte Verwendung für dieses Geld, nicht einmal zinslos hätte man das Geld nützlich anlegen können. *Für hinterlegte Gelder zahlten die Banken keinen Zins!* Als die Abbaupolitik preisgegeben wurde, kehrten die Gelder schnell in den Verkehr zurück. Der große Aufschwung Argentiniens setzte mit der Währungsreform ein, und ich hatte die Genugtuung, daß die Dinge so verliefen, wie ich sie in meiner Schrift voraussagte, daß sogar meine Berechnungen der Einkünfte

die die Konversationskasse von diesem Aufschwung erwarten durfte (Seite 84, 85) fast aufs Haar in Zeit und Höhe mit der Wirklichkeit übereinstimmten.

*Restlos alles, was in dieser Schrift gesagt ist, kann nun auf die deutschen Zustände angewandt werden, und zwar sowohl privatwirtschaftlich wie auch volkswirtschaftlich.*

Wenn ich in der „Cuestion monetaria“ keine weitergehenden Forderungen an die öffentliche Geldverwaltung stellte, als die Festigung der Landeswährung in ihrem Verhältnis zur Goldwährung, so lag das daran, daß solche Forderungen wie „Freigeld“ und „absolute Währung“ ganz und gar nicht verstanden worden wären, wie ja auch vor dem Kriege in Deutschland nur kleine, meist sozialistische Kreise Verständnis für meine Forderungen zeigten. Wenn es heute schon wesentlich anders ist, so ist das auf den großen Starstecher „Professor Not“ zurückzuführen.

Hier folgt nunmehr der ins Deutsche übertragene Wortlaut meiner vorerwähnten Schrift von 1898:

### **La cuestion monetaria argentina.**

*(Die argentinische Währungsfrage).*

(Einige hinzugefügte Fußnoten und Einschaltungen ergeben sich aus dem Zwecke der mit der Wiedergabe dieser Schrift verfolgt wird, und aus den gegenwärtigen deutschen Zuständen.)

*Das Gesetz begünstigt den Abbau der Preise* [In dieser Schrift sind je nach dem Zusammenhang die Ausdrücke: *Geldknappheit, Geldverteuerung, Hebung des Geldwertes* usw. angewandt, daneben: Abbau der Preise, Senkung der Warenpreise, allgemeiner Preisrückgang usw. – Alle diese Ausdrücke bezeichnen den gleichen Vorgang: d.h., *Hebung des Geldwertes ist gleichbedeutend mit: Senkung der Warenpreise*, wobei der Ausdruck „Ware“ im weitesten Sinne gedacht ist, dazu gehören Ländereien, Löhne, Leistungen jeder Art.]. Die Gesetze über Notenausgabe gestatten der Regierung nicht, das Geldangebot der wachsenden Nachfrage anzupassen; im Gegenteil, jene Gesetze bestimmen, daß ein Teil der staatlichen Geldeinnahme zurückgezogen und verbrannt werde, in der offenkundigen Absicht, dadurch die Warenpreise abzubauen, den Wert des Geldes zu heben, und in der Erwartung, daß mit der Zeit das Peso-Nationalgeld seinen ursprünglichen Preis, etwa das Dreifache des gegenwärtigen Standes, zurückerlangt.

Da jene Gesetze schon einige Jahre in Kraft sind, dürfen wir uns nicht wundern, daß ihre Wirkung fühlbar zu werden beginnt. Das Peso-Nationalgeld, „Wertmesser“ und Tauschmittel des argentinischen Handels, die Grundlage aller Kapitalunternehmungen, beginnt ernstlich knapp zu werden und im Werte zu steigen. Der Maßstab für alle Werte wächst, schwillt, erweitert sich. Und es

kann folgerichtig auch nicht anders kommen, wenn einerseits, mit dem Anwachsen der Bevölkerung, der Bedarf an Geld zunimmt, während andererseits das Geldangebot künstlich beschränkt wird. Es ist die notwendige und angestrebte Wirkung der jetzigen Geldpolitik.

Das Geld steigt im Werte und wird zweifellos mit der Zeit noch weiter steigen. Solange die gegenwärtigen Gesetze über Notenausgabe bestehen bleiben, wird der Wert des Peso-Nationalgeld schrittweise weiter steigen, ganz übereinstimmend mit dem, was bei Erlaß jener Gesetze bezweckt wurde.

Was aber haben wir von dieser Wertsteigerung des Geldes zu erwarten?

Antwort: *den allgemeinen Preissturz.*

Mit der Hebung des Pesos müssen, im genauen Verhältnis dazu, die Preise aller übrigen Werte sinken.

Verdoppeln wir die Länge des Meterstabes, so wird die Länge aller mit ihm gemessenen Dinge um die Hälfte verkleinert, und da das Geld Maßstab für alle übrigen Werte ist, so gibt es keine Handelsware, die sich dem vom Anwachsen ihres Maßstabes, des Geldes, erzeugten Preissturz entziehen kann.

Die Waren im allgemeinen, die Mieten, Ländereien, Arbeitslöhne, Aktien von gewerblichen Unternehmungen, alles, alles ohne Ausnahme wird erdrückt durch das steigende Gewicht des Peso-Nationalgeld.

Mit dem allgemeinen Sinken der Warenpreise muß auch der *Goldpreis* heruntergehen, denn auch Gold ist Ware, und kein Wertgegenstand kann sich dem durch die Geldknappheit bewirkten Preisrückgang entziehen. Der Rückgang des Goldpreises wird unmittelbar die staatlichen Zolleinnahmen verringern, und falls die Regierung die Verwaltungskosten nicht vermindert, indem sie die Gehälter ihrer Beamten dem neuen Wertmaßstab anpaßt, so wird der jährliche Fehlbetrag im Staatshaushalt sich im genauen Verhältnis zur Wertsteigerung des Geldes erhöhen.

Auch die innerstaatlichen Abgaben, Patentgebühren usw. werden dem neuen Stand anzupassen sein. Die Tarife der verschiedenen, staatlich beherrschten Unternehmungen: Eisenbahnen, Straßenbahnen, Standdroschken, Post und Telegraph, Gas- und Wasserwerke – alles muß berichtigt werden.

Die Kaufleute müssen alle ihre Berechnungen berichtigen, ebenso die Gewerbetreibenden und die Landwirte.

Und diese ganze gewaltige Arbeit wird fast täglich neu gemacht werden müssen, nämlich so oft die Nachfrage nach Geld sich wieder um einen Punkt höher stellt als das Angebot.

Alle Preise werden nur Tagesgültigkeit haben.

Und welchen vernünftigen Zweck kann diese Geldpolitik haben, die in das Handelsgetriebe Wirrnis trägt und nicht nur der Volkswirtschaft unberechenbaren Schaden zufügt, sondern auch den

Gebräuchen und sogar den sittlichen Anschauungen des Volkes? Denn da, wo die Grundlage für eine gesunde Entfaltung des Handels fehlt, wo das Geld der notwendigen Wertbeständigkeit ermangelt, wo alle Preise stetem Wandel unterliegen, dort wird der Handelsstand allzusehr geneigt sein, sich auf zweifelhafte Unternehmungen aller Art einzulassen – und die bis dahin maßgebend gewesenen Ehrbegriffe werden Schaden leiden.

Wären diese mit Zahlen zu messenden Schwierigkeiten die einzigen oder die größten, die wir von der Geldknappheit zu fürchten haben, so würden sie kaum genügt haben, um einen Geschäftsmann zu bestimmen, zum Wohle der Allgemeinheit die Feder zu ergreifen.

Sehen wir deshalb zu, was uns die Geschichte hinsichtlich der Geldknappheit, d.h. des allgemeinen Preisrückganges, lehrt.

### *Geschichtliche Tatsachen.*

Die Geschichte lehrt uns folgendes: Während der ganzen Dauer des Mittelalters zeigt sich eine erstaunliche und außergewöhnliche Stockung in der Entwicklung von Handel und Gewerbe, sowie im allgemeinen Fortschritt, eine geistige Schlawheit bei den verschiedenen Völkern. Diese Erscheinungen fallen zusammen mit einer ständig wachsenden Geldknappheit (einer Verteuerung des Geldes, einem Abbau der Preise), und umgekehrt ist der mit der Entdeckung Amerikas eintretende Wandel in jenen Erscheinungen zurückzuführen auf die dann einsetzende Geldvermehrung und die damit auftretende allgemeine Preissteigerung. Dieser Wandel läßt sich mit der bloßen Entdeckung eines neuen Weltteils nicht erklären, denn Amerika erzeugte damals – mit alleiniger Ausnahme des Goldes – *nichts* von dem, was nicht auch die schon vorher bekannten Weltteile aufwiesen: es lieferte weder besondere Menschen, noch Gedanken, noch nutzbare Stoffe.

Die hin- und herfahrenden Schiffe brachten aus Europa – *Soldaten*, und als Rückfracht *Gold*, Geld.

Und die zauberhaften Wirkungen dieses Goldes können wir auch nicht seinen stofflichen, metallischen Eigenschaften zuschreiben, denn, als Geld gebraucht, hat das Gold keine Gelegenheit, diese Wirkungen zu entwickeln.

In seiner Geldeigenschaft hat das Gold nur *eine* wirksame Eigenschaft: seinen Preis. Und dieser Preis ist nicht abhängig von Gewicht, Geruch oder chemischen Verwandtschaften des Goldes, sondern von Angebot und Nachfrage nach Geld; das Angebot von Geld dargestellt durch die am Markte erscheinende Geldmenge, die Nachfrage nach Geld durch Menge und Beschaffenheit der zum Verkauf angebotenen Waren.

Insofern also ein ursächlicher Zusammenhang besteht zwischen dem in Amerika gefundenen Gold und dem bei seiner Einführung nach Europa entstandenen Aufschwung, müssen wir diese Wirkung dem Einflusse zuschreiben, den jenes Gold auf die Preise ausübte.

Vom Ausgange des 18. Jahrhunderts an wurde das Geld wieder knapper (wie im Mittelalter), und während der ganzen Dauer dieses allgemeinen Abbaues der Preise sehen wir nichts als eine Aufeinanderfolge wirtschaftlicher Stockungen, vor arbeitslosen Zeiten, von staatlichen Umwälzungen.

Und als wiederum Handel und Gewerbe einen Aufschwung nahmen, die öffentlichen Einrichtungen, die allgemeine Lebensführung aufblühten, der Reichtum sich entfaltete, war dies unmittelbar zurückzuführen auf die Goldschätze, die die kalifornischen Bergwerke den dorthin strömenden Abenteurern lieferten, auf den dadurch entstehenden reichlichen Geldumlauf, auf die überall steigenden Preise.

Als im Jahre 1872 Deutschland zur Entmünzung des Silbers schritt und eine Anzahl anderer Staaten seinem Beispiel folgen mußte, um die Stetigkeit des Auslandskurses sicherzustellen, sanken die Preise schrittweise als Folge jener künstlichen Beschränkung von Vorrat und Angebot des Geldes, und von jenem Zeitpunkt sprach man in Europa nur noch von Wirtschaftsstockungen, Zahlungseinstellungen, Geschäftsaufösungen. Tausende von Arbeitern wurden brotlos, und alle Welt wunderte sich über die Unzahl von Landstreichern.

Die höchste Blütezeit der Vereinigten Staaten Nordamerikas fiel zusammen mit den hohen Preisen, die von der Ausgabe der sogenannten Greenbacks, in Verbindung mit der freien Silberprägung herrührten. Als dann die Sicherung eines steten Auslandskurses es nötig machte, die Greenbacks zu verbrennen und die Entmünzung des Silbers anzuordnen, brach eine fürchterliche und jetzt (1898) noch andauernde Krise aus.

Die in Europa nach der Entmünzung des Silbers beobachteten Erscheinungen wiederholten sich in den Vereinigten Staaten: Geldknappheit, Preissturz, Krise, Zahlungseinstellungen, Arbeitsmangel, Landstreicher.

Diese Tatsachen sind wissenschaftlich festgestellt und jedem wohl bekannt, der sich mit den Geldfragen befaßt; auf sie stützen sich die Doppelwährungsfreunde bei Verteidigung des Bimetallismus, und die Verteidiger des Goldes waren nicht imstande, sie zu entkräften, trotz aller Mühe, die sie sich mit der Beweisführung für ihre Behauptungen geben.

Im übrigen ist es wohlbekannt, daß in Europa wie in den Vereinigten Staaten der geringste Preisrückgang, die geringste Geldverteuerung, die sich bemerkbar machte, sogleich den Markt

beunruhigte, weil man darin den Vorläufer und Herold eines schrecklichen Feindes erblickt: die „Krise“.

Im Gegensatz dazu herrscht allgemeine Freude, sprechen alle von guten Zeiten, wenn die Preise steigen, oder wenn sie Wenigstens nicht zurückgehen.

Geldknappheit und Wirtschaftsstockung bedeuten auf jenen Märkten dasselbe.

Es ist also eine nicht mehr bestrittene Tatsache, mit der man zu rechnen hat, daß Geldknappheit stets eine Krise im Gefolge hatte; es ist von allen Volkswirtschaftlern anerkannt, daß die Verteuerung, die Wertsteigerung des Geldes, d.h. also der allgemeine Preisrückgang der Waren und die Wirtschaftsstockungen, so eng miteinander verknüpft sind, daß da ein notwendiger, unerbittlicher, ursächlicher Zusammenhang bestehen muß.

Und finden wir jene innige Verbindung zwischen Geldknappheit und Wirtschaftsstockung nicht verstärkt durch das, was wir jetzt auch hier bei uns beobachten, und durch das, was in unserer Nachbarrepublik Chile vor sich geht?

Hier wie in Chile eine Geldpolitik, die die Geldknappheit begünstigt; hier, wie in Chile die gleiche lahmgelegte Entwicklung von Handel und Gewerbe. Hier wie in Chile allgemeiner Preisrückgang, hier wie in Chile wirtschaftliche Stockung, Krise. Und sogar der Gradunterschied, den wir in der Stärke der Wirtschaftsstockungen zwischen hier und dort beobachten, erklärt sich durch den Unterschied in der Tatkraft, die bei uns und die in Chile mit dem Ziele der Geldbestandsverringerung entfaltet wird.

In Chile durchgreifende Gesetze, starke Kraftanspannung zum Erzielen einer Wertsteigerung des Geldes, einer Senkung der Warenpreise; in Chile eine entsprechend heftige und tiefgehende Krise.

Hier in Argentinien schwächlichere Gesetze, geringe Kräfteentfaltung, und im Verhältnis dazu auch eine weniger augenscheinliche, weniger verwüstende Krise.

Wie soll man, angesichts so klarer Beweise, eine Geldpolitik kennzeichnen, die künstlich das begünstigt, was die Geschichte verurteilt, die anbetet, wo man verbrennen, die verbrennt, wo man anbeten muß? Wir erstreben das, was überall als Verkünder und Begleiter der Wirtschaftskrisen angesehen wird. Wir begünstigen den allgemeinen Preisrückgang, der an allen Börsen den Warnungsruf, das Anzeichen der Krise bedeutet.

Oft genug hört man es hier aussprechen, daß hierzulande die wirtschaftlichen Maßnahmen genau das Gegenteil von dem bewirken, was man von ihnen erwartete, daß die wirtschaftlichen Gesetze, streng und unerbittlich in anderen Ländern, bei uns an



dere Wirkungen auslösen angesichts des noch unausgebeuteten Reichtums der Republik.

Die Aufklärung des sich ergebenden Widerspruchs müssen wir aber nicht darin suchen, daß sich die wirtschaftlichen Gesetze zugunsten unserer Republik geändert haben, sondern darin, daß unser prüfender Verstand auf Irrwege geriet – es liegt eine Augentäuschung vor. Wäre unser gesunder Menschenverstand von seiner geraden Richtung nicht abgelenkt worden durch die wirtschaftlichen Trugschlüsse, mit denen die Volkssprache noch durchsetzt ist, so würden wir zwischen den wirtschaftlichen Gesetzen und ihren Wirkungen keinen Widerspruch gefunden haben; wir würden im Gegenteil vorausgesehen haben, daß alles, was schon eingetreten ist und noch eintritt, notwendigerweise kommen mußte.

„Das Geld verteuert sich, die Preise (sagt man) werden abgebaut – und trotzdem sehen wir nichts von dem Glückszustand, den doch ein so hoffnungserregender Vorgang nach sich ziehen müßte!“

Ist nun aber die Erwartung berechtigt, daß der Abbau der Preise einen Glückszustand hervorzurufen geeignet ist?

Wo hat man denn jemals den Volkswohlstand aus einem allgemeinen Rückgang der Warenpreise entstehen sehen? Wann ist jemals die Geldknappheit von einem Aufschwung des Handels und der Industrie begleitet gewesen?

Wenn also die Dinge sich im Gegensatz zu unseren Erwartungen entwickeln, so liegt es nicht daran, daß die wirtschaftlichen Gesetze vor der Unermeßlichkeit der Pampa sich beugen, sondern daran, daß wir „Birnen von der Ulme pflücken“ wollen. Unsere Augen sind schlecht, wir sind blind, – das ist das einzige Widersprechende, was sich hierzulande in bezug auf wirtschaftliche Gesetze ergibt.

In keinem Lande der Welt genießt das, was den Welthandel fördert, einen so weitgehenden Schutz wie in England, und den Beweis dafür sehen wir darin, daß Großbritannien heute das einzige Land ist, das am Freihandel festgehalten hat. Als wirksamstes Mittel zur Förderung des Welthandels erkennt man in England die Stetigkeit der Wechselkurse, und dort ist die Rücksicht auf dieses wichtigste aller wirtschaftlichen Erfordernisse der Leitstern für die ganze Geldpolitik.

Befindet sich indessen die englische Regierung einmal in der Zwangslage, entweder einen Abbau der Preise vorzunehmen oder die Stetigkeit der Kurse opfern zu müssen, so wählt sie das Letztere. Beweis dafür ist die nachstehende Auslassung, gerichtet von der Indischen Regierung an das Englische Schatzamt, als Berichterstattung darüber, ob es angezeigt wäre, dem nordameri-

kanischen und französischen Verlangen nach Wiedezulassung der freien Silberausprägung durch die Indische Münze zuzustimmen. Dieses Schriftstück besagt unter anderem wörtlich Folgendes:

„Alles, was hier gesagt wurde über den Erfolg oder Mißerfolg eines Abkommens, war völlig unabhängig von dem durch Frankreich und die Vereinigten Staaten vorgetragenen Tauschverhältnis. Die von uns gegen jenes Abkommen vorgebrachten Gründe behalten ihre Bedeutung, wie immer das Tauschverhältnis sei, auf das man sich einigt, doch müssen wir hinzufügen, daß unsere Befürchtungen sehr verstärkt wurden durch die Höhe des vorgeschlagenen Tauschverhältnisses, nämlich 15  $\frac{1}{2}$  zu 1.

Nach unserer Auffassung sind die Schwierigkeiten, zu einem Übereinkommen zu gelangen, ganz bedeutend dadurch vermehrt worden, daß ein so stark vom gegenwärtigen Preis abweichendes Tauschverhältnis vorgeschlagen wurde. Selbst wenn sich dieses Tauschverhältnis aufrecht erhalten ließe, müßten wir, um Indien vor Schaden zu schützen, dagegen Einspruch erheben und Ew. Exz. empfehlen, in keiner Weise dahin zu wirken, daß ein Abkommen auf Grund jenes Tauschverhältnisses abgeschlossen werde.

Wir machten bereits darauf aufmerksam, daß als erste Wirkung des vorgeschlagenen Abkommens die *Verteuerung* der Rupie sofortige Verwirrung in den Gang von Handel und Industrie bringen und sich eine sehr schwere Stockung ergeben würde, wenn die Steigerung von 15 oder 16 auf 23 Pence sich erhöhen sollte.

Zweifellos würden infolgedessen verschiedene Zweige des indischen Ausfuhrhandels und damit zusammenhängender Industrien, in denen große europäische Kapitalien stecken, stark leiden, wenigstens zeitweilig.

Diese wirtschaftliche Störung kann längere oder kürzere Zeit anhalten, doch wird von sachverständiger Seite versichert, daß eine so starke und plötzliche Verteuerung dauernden Einfluß ausüben und den Handel Indiens in seinen Grundlagen erschüttern würde. Wie es sich aber auch hiermit verhalten mag, wir bestehen auf unserer Meinung, daß alle auf Sicherung eines steten Tauschverhältnisses zwischen Gold und Silber gerichteten Maßnahmen sich stützen müssen auf ein nur wenig von 16 Pence für die Rupie abweichende Verhältnis; jede auf eine darüber hinausgehende Verteuerung der Rupie gerichtete Maßnahme würde große Gefahren ohne entsprechende Vorteile mit sich bringen.

Ew. Exz. werden bemerken, daß wir den Vorteilen keine große Bedeutung beilegen, die in Linie 5 des Telegramms

von einer so erheblichen Verteuerung unseres Geldes abgeleitet werden; wir halten im Gegenteil den Schaden für weit erheblicher.

Es mag sein, daß die Schwierigkeiten, mit denen wir seit vielen Jahren kämpfen, um die stetig wachsende Summe von Rupien zusammenbringen, die zur Deckung unserer in Gold zahlbaren Verpflichtungen nötig sind, uns alles das übertrieben vorteilhaft erscheinen lassen, was jene Schwierigkeiten zu mindern beitragen kann. Wir leugnen nicht, daß die Staatseinnahmen mit einer so weitgehenden Verteuerung der Rupie bedeutend wachsen werden.

Es darf jedoch nicht vergessen werden, daß andererseits die Staatseinnahmen in mancher Weise infolge jener Verteuerung leiden würden. Dies würde die Gewinne der Staatskasse mindern – und diese Gewinne stellen ungefähr den einzigen Vorteil dar, den wir als Regierung von den vorgeschlagenen Reformen erwarten können. Der zu erwartende allgemeine Preisrückgang würde schädigend auf unsere Einnahmen einwirken, und ebenso auf die Lage der Bodenbebauer des Landes.

In erster Linie ist die Grundsteuer zu nennen, die im Laufe der jüngsten 10 – 15 Jahre einem großen Teile des Landes auferlegt wurde. Der Preis der Bodenerzeugnisse bildet den Maßstab für jene Steuer. Sinkt dieser Preis, so wird die Last schwerer; ist der Preisrückgang erheblich, so entsteht ein Mißverhältnis zwischen dem Ernteerlös und der auf ihm ruhenden Last – und dies würde das Wohlbefinden der ländlichen Bevölkerung ungünstig beeinflussen.

Die mit einer neuen Einschätzung verknüpfte Arbeit ist groß, und mehrere Jahre würden wahrscheinlich nötig sein, um sie zu beenden. Und wenn sie dann beendet wäre, würde ein großer Teil des Gewinnes verschwinden, den die Regierung von der vorgeschlagenen Verteuerung erwartet.

Ebenso würde es mit den Einnahmen aus unseren Eisenbahnen gehen, die gegenwärtig einen erheblichen Teil unserer Einkünfte ausmachen. Diese hängen z.T. von der Ausfuhr ab, und der die Ausfuhr treffende Schlag würde unmittelbar den Voranschlag unserer Eisenbahnen beeinflussen.

Wir empfehlen aus diesen Gründen, auf die Anfrage der Regierungen Frankreichs und der Vereinigten Staaten ablehnend zu antworten.“

*Simla*, 16. September 1897.

Dies ist die Meinung, die man in Indien über die Wirkungen einer Verteuerung des Geldes hat. Und man beachte

wohl, daß es sich dort lediglich um eine Erhöhung des Geldpreises von 16 auf 23 handelt, während hier davon gesprochen wird, den Papierpeso auf den Stand des Goldpesos zu bringen, also im Verhältnis von 1 zu 3 oder von 16 auf 48!

Auch ist zu beachten, daß das mit der Verteuerung der Rupie verknüpfte Opfer sich zum Teil ausgeglichen haben würde durch die Stetigkeit des Auslandskurses, ein Ergebnis, dem wir mit der Verteuerung des Papiergeldes nicht im geringsten nahekommen. Der ungeheure Vorteil eines stetigen Kurses wiegt in der Meinung der Regierung von Britisch-Indien die Nachteile nicht auf, die sie von einer vergleichsweise unbedeutenden Verteuerung ihres Geldes befürchtet.

## **Die Geldverteuerung (das Sinken der Preise)**

### **als gewöhnliche Ursache der Wirtschaftlichen Störungen.**

Der Umstand, daß alle wirtschaftlichen Störungen immer begleitet waren von einer Verteuerung des Geldes, also von einem allgemeinen Rückgang der Warenpreise, beweist, daß es sich hier nicht um etwas Zufälliges handelt und fordert geradezu auf, zwischen beiden Erscheinungen den ursächlichen Zusammenhang festzustellen.

Wir haben also noch zu untersuchen, wo die treibende Kraft steckt, die beide Erscheinungen miteinander verbindet; wir müssen feststellen, ob der Preisrückgang Ursache oder Wirkung der Wirtschaftsstockung, der Krise ist.

Untersuchen wir die Einzelheiten einer beliebigen Wirtschaftskrise, indem wir ihrem Ursprunge nachgehen, so finden wir ohne weiteres, daß sie alle auf eine einzige, gemeinsame Ursache hinweisen – auf den allgemeinen Rückgang der Warenpreise, also auf die Verteuerung des Geldes; und verfolgen wir umgekehrt in allen Einzelheiten die Wirkungen einer Verteuerung des Geldes, so ergibt sich, daß sie sich vollkommen decken mit dem, was wir unter dem Worte „Krise“ verstehen.

Alle bei einer wirtschaftlichen Krise auftretenden Erscheinungen erweisen sich als notwendige, verhängnisvoll notwendige Folgen des allgemeinen Rückganges der Warenpreise, also der Verteuerung des Geldes. Läßt sich denn in der Tat eine Wirtschaftskrise ohne Preisrückgang denken, und ein allgemeiner Preisrückgang ohne Krise?

Wie wären die Zahlungseinstellungen und Stundungserklärungen zu begreifen, wenn nicht die Geldverteuerung, also der allgemeine Rückgang der Warenpreise das Gleichgewicht aufhobe zwischen Soll und Haben der Kaufleute, Gewerbetreibenden, Landwirte usw.? Woher käme die Lahmlegung des Handels, die Arbeitslosigkeit, wenn nicht die Geldverteuerung, d.h. der

allgemeine Preisrückgang der Waren das Umlaufen der Kapitalien unmöglich machte?

Oder ist es uns vielleicht unbekannt, daß die Geldverteuerung, also der allgemeine Rückgang der Warenpreise das „Soll“ vergrößert, das „Haben“ mindert, im genauen Verhältnis zu jenem Preisrückgang, daß die Geldverteuerung notwendigerweise den Geldumlauf hemmt?

Zweierlei Zwecken dient das Geld im Wirtschaftsgetriebe der Völker: es ist Tauschmittel für die Waren, und es bildet die Grundlage für Kapitalübertragungen. Für beide Zwecke hat das Geld nur *eine* wirksame Eigenschaft: seinen Preis; und der Preis des Geldes wird gemessen an Menge und Güte der Waren, die man dafür erhält oder dafür hergeben muß.

Das Geld steigt im Werte (verteuert sich), wenn Menge und Güte der Waren, die man zum Erlangen des Geldes benötigt, sich mehren; und umgekehrt verbilligt sich das Geld, sein Wert wird geringer, wenn ich mit wenig Ware viel Geld kaufen kann.

Wird das Geld teurer, so sehen alle Geldschuldner ihre Schulden anwachsen, im genauen Verhältnis zum gediegenen Geldwert Zahlenmäßig ändert sich nichts, aber stofflich steigert sich das Gewicht der Schuld; die Opfer wachsen, die man bringen muß, um die eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen.

Verteuert sich das Geld um 5%, so steigt auch die Last der Schulden um 5%; beträgt die Steigerung 10%, so beträgt auch die Schuldenvermehrung 10%, nicht zahlenmäßig, aber der Last nach.

Die Gesetze über Emission und Konversion des Papierpeso-Nationalgeld streben gegenwärtig dahin, das Nationalgeld auf die Höhe seines Vorgängers, des gemünzten Goldpesos zu heben, der heute fast das Dreifache kostet. Werden jene Gesetze durchgeführt, so verdreifachen sich alle Schulden dem Werte nach.

Wer Geld schuldig ist, wird dreimal soviel, wie er heute tatsächlich schuldet und wie er vielleicht empfangen hat, zurückgeben müssen.

Wieviel betragen gegenwärtig die in der Republik bestehenden schwebenden Schulden, die in Geld eingegangenen Verpflichtungen? Wer kann das wissen? Sind es 10, 20, 50 Tausend Millionen Pesos? Niemand weiß es.

Gesetze wurden gutgeheißen, die auf Verteuerung des Geldes hinzielen, ohne daß auch nur der Betrag der durch diese Gesetze berührten Interessen festgestellt wurde. Übrigens liegt hierin nichts Befremdendes; in anderen Ländern verfährt man ebenso, und dies pflegt hierzulande ein Grund zu sein, der alle Irrtümer sowohl der Behörden wie der Einzelbürger rechtfertigt.

Wäre es jedoch nicht recht und billig gewesen, vor dem Erlassen irgend eines den Preis des Nationalpesos beeinflussenden Gesetzes zunächst zu untersuchen, auf wieviel ungefähr sich die öffentlichen und privaten Schulden belaufen, deren tatsächlicher Wert allmählich mit dem Wert des Pesos gesetzlichen Geldes erhöht werden soll?

Wäre es nicht verständlich und billig gewesen, die Höhe jener Beläge durch eine Ermittlung festzustellen?

So unwahrscheinlich es sein müßte, scheinen doch die Anzeichen zu bestätigen, daß beim Erlassen der Gesetze über Notenausgabe nicht einmal gedacht worden ist an die mit dem Preis des Peso-Nationalgeld verknüpften öffentlichen und privaten Interessen. Offenbar waren die Augen der Gesetzgeber gebannt auf die jämmerlich unbedeutenden 300 Millionen der Emission, und sie sahen nicht die hundertfach größeren Beträge, die hinter jenen versteckt waren.

Es handelt sich jedoch hier nicht um versteckte Beziehungen. Der Schuldner sieht und fühlt sie, und der Gläubiger, sofern er nicht an Wunder glaubt, muß sie gleichfalls sehen und fühlen. Der Gläubiger, der von Tag zu Tag den Wert seines Besitzes sich steigern sieht, muß wissen, daß dieser Zuwachs nicht vom Himmel fällt, er muß wissen, daß die Wertsteigerung seines Kapitals sich auf Kosten seiner Schuldner vollzieht, und wenn er zartfühlend ist, so wird es sogar sein Gewissen beschweren, daß er mehr erhält, als er gegeben hat.

Und auch der Schuldner erkennt den Unterschied im Preis des Pesos, den er geborgt erhielt, und des Pesos, den man von ihm zurückverlangt; er erkennt ihn, weil er verarmt, während sein Gläubiger reich wird. Der Schuldner erkennt, daß die Geldverteuerungsgesetze ihn betrügen. Nicht mehr und nicht weniger.

Versuchen wir jetzt, uns eine Vorstellung zu machen von der Höhe der Summen, die durch die Verteuerung des Geldes als der Grundlage der kapitalistischen Geschäfte betroffen werden.

Rechnen wir also zusammen: die in Pesos-Nationalgeld eingegangenen Nationalschulden, die Schulden der Provinzen und Städte, die Hypothekenschulden der ganzen Republik, die kapitalisierten Beträge der Miet- und Pachtverträge, die Beamtenpensionen, den Wert aller Handelspapiere: Wechsel, Akzente, Hinterlegungsurkunden, Sparkassenbücher; die einfachen Anleihen, die laufenden Rechnungen der Kaufleute, die Anteile der stillen Teilhaber usw. usw.

Alles dieses zusammengerechnet mag 10, 20 oder 30 Tausend Millionen Pesos Nationalgeld ergeben. Niemand vermag uns über einen so wichtigen Teil der Geldfrage aufzuklären, doch sind 30 Tausend Millionen Pesos nach meiner Meinung eine geringe

Schätzung – *dreißigtausend Millionen*. Nehmen wir jedoch an, jene Schätzung von 30 Tausend Millionen sei zu hoch, nehmen wir an, der Gesamtbetrag aller in Nationalgeld bestehenden Verpflichtungen erreiche nur 10 Tausend Millionen, so werden wir trotzdem staunen über die ungeheuren Interessen, die verknüpft sind mit jenen ärmlichen 300 Millionen, die sich die Regierung versteift, allmählich auf das Dreifache ihres gegenwärtigen Wertes zu steigern.

Zugleich mit dem Preis dieser 300 Millionen als Betrag der Notenausgabe steigt der Preis der 10 000 Millionen an Verpflichtungen, die von Behörden wie von Privatleuten in tausend Formen übernommen worden sind.

Indem wir allmählich den Preis der abgegebenen 300 Millionen auf das Dreifache heben, verdreifachen wir allmählich den Preis der 10 000 Millionen, verdreifachen wir die Last aller Schuldner zugunsten ihrer Gläubiger. Dem Nennwerte nach ändert sich nichts, aber der Betrag von 10 Milliarden Nennwert wird sich dem wirklichen Werte nach auf 30 Tausend Millionen erhöhen.

Die Schuldner werden Werte im Betrage von 30 Milliarden hergeben müssen, um den erhaltenen Wert von 10 Milliarden zu bezahlen.

Mit der Verteuerung der emittierten 300 Millionen wird das Haben der Kaufleute ganz vom Soll aufgesogen werden, die Hypothek wird das Eigentum aufzehren, das gesamte Industrie- und Handelskapital geht vom Haben auf das Soll über, geht über in die Hände der Gläubiger.

Zweifellos wird dies das Endergebnis sein, wenn man die Konversionsgesetze durchführt, wenn die Konversionskasse sich bemüht, das Geldangebot künstlich zu beschränken, indem sie das auf dem Markte so sehr nötige Geld zu Asche verbrennt, während gleichzeitig die Bevölkerung wächst und der Handel sich bis an die äußersten Grenzen des Freistaates ausdehnt, *während also die Nachfrage nach Geld zunimmt*.

Wo bleibt da der gesunde Menschenverstand? Schließen denn die Kaufleute, Gewerbetreibenden, Landwirte, als man jene Gesetze erließ?

In der ganzen Welt gibt es eine Geldfrage, in der ganzen Welt sucht man die Lösung der Geldfrage in der Stetigkeit des Geldpreises, in allen Ländern, in denen man die Geldfrage erörtert, waren es die das Teurerwerden des Metallgeldes begleitenden wirtschaftlichen Erscheinungen, die die Allgemeinheit dazu brachten, Stellung zur Geldfrage zu nehmen, was dann zu leidenschaftlichen Redekämpfen führte.

Allgemein gilt es jetzt schon als ausgemacht, daß die Geldverteuerung unheilvoll gewirkt hat, daß der allgemeine Rückgang der Warenpreise das Schlimmste ist, was der Wirtschaft eines Landes zustoßen kann. Hierzulande erblickt man im Gegensatz dazu in jenem allgemeinen Preisrückgang das zu erstrebende Ziel! In den europäischen Ländern und in den Vereinigten Staaten wurde in mühevoller, verwickelter Arbeit festgestellt, daß die Geldverteuerung infolge oder seit der Entmünzung des Silbers 10 bis 15% betragen hat, und man steht dort nicht an, zu erklären, daß diese künstliche Geldverteuerung, der entsprechend verstärkte Druck der Schulden, das größte, jemals begangene Unrecht gewesen ist. Und dies, wo es sich nicht um 300% wie hierzulande, sondern nur um 10 bis 15% handelt.

Wer wird denn den Mut finden, Geld zum Begründen einer Industrie im Lande aufzunehmen, wenn er gewärtigen muß, das Dreifache von dem zurückzahlen zu müssen, was er erhalten hat? Und wer wird sich erkühnen, einen Miets- oder Pachtvertrag zu unterzeichnen, wenn es bekannt ist, daß die Landesgesetze dahin zielen, allmählich den tatsächlichen Wertinhalt des Vertrages zu verdreifachen?

Liegt nicht in dieser Aussicht auf allgemeinen Rückgang der Preise, auf Steigerung des Geldwertes mehr als genügende Erklärung für den völligen Mangel an Belebtheit und Beginnkraft, an Unternehmungslust in allen Gewerbskreisen, eine Erklärung dafür, daß nach einem so verheißungsvollen Anlauf die gewerbliche und Handelsentwicklung wie mit einem Schlage erlahmte?

Bis hierher sprach ich nur von den mit dem Geldpreis verknüpften Belängen des Kapitals. Sehen wir jetzt zu, was im Handel, im Warentausch geschieht, wenn das Geld dazu neigt, teurer zu werden, wenn der Handelsstand sich von einem allgemeinen Rückgang der Warenpreise bedroht sieht.

### **Die treibende Kraft beim Warenaustausch ist der Gewinn.**

Ich kaufe, um mit Gewinn zu verkaufen, und diese Käufe und Verkäufe sind es, die die Waren vom Erzeuger dem Verbraucher zuführen, die die gewerbliche Entwicklung begünstigen, Arbeit schaffen, den Reichtum des Landes mehren. Die Arbeitsteilung, die Hauptschöpferin alles Reichtums, ist abhängig von der Möglichkeit des Austausches der Erzeugnisse.

Unterbricht man den Warenaustausch, so ist auch die Arbeitsteilung unterbrochen, – die Gewerbetreibenden schließen ihre Werkstätten, die Arbeiter sind brotlos.



Und jene Unterbrechung des Warenaustausches ist notwendige, schicksals-schwer notwendige Folge der Gesetze, die die Geldverteuerung, den allgemeinen Rückgang der Warenpreise begünstigen, denn solange jene Gesetze gelten, *ist ein Gewinn unmöglich, und die treibende Kraft der Volkswirtschaft erlahmt.*

Der Kaufmann hört auf zu kaufen, wenn der Rückgang der Warenpreise ihn zwingt, mit Verlust zu verkaufen, und diese Verluste werden unvermeidlich, solange die Neigung zur Preissenkung anhält, solange das Geld teurer wird! In der Zeit, die zwischen Kauf und Verkauf liegt, verschlingt der durch die Geldverteuerung bewirkte Rückgang der Warenpreise allen Gewinn, der sich beim Verkauf erwarten ließ. Ebenso unmöglich, wie daß das Wasser sich fluß-aufwärts bewegt, ist die kaufmännische Betätigung, solange die Steigerung des Geldpreises andauert. Wer anders aber als der Kaufmann soll die Waren ihrer Bestimmung zuführen?

Der Kaufmann unterbricht den Gütertausch, weil die Warenpreise sinken, weil das Geld teurer wird. Der Kaufmann kann nicht Waren kaufen, die im Preise sinken, deren Verkauf nicht mit Überschuß den Einstandspreis deckt. Das Geld wird teurer, die Warenpreise sinken, die Waren werden zu geringem Preis verkauft und neigen dazu, sich noch weiter zu verbilligen – aber niemand will sie.

Die Geldverteuerung führt dazu, daß alle Waren mißachtet werden. Der scharfblickende Kaufmann löst seine Geschäfte, und der Gewerbetreibende folgt seinem Beispiel. Wozu denn auch arbeiten, Geld anlegen in Arbeitslöhnen und Rohstoffen, wenn das im Werte sinkende Erzeugnis die Erzeugungskosten nicht deckt?

Solange wir eine weitere Geldverteuerung zu erwarten haben, besteht die beste Art, Vorteil von unserem Vermögen zu ziehen, darin, die Fabriken zu schließen, die Maschinen ins Ausland zu schaffen, die Arbeiter zu entlassen, alle Werte in gesetzlichem Gelde anzulegen und dieses Geld aufzuheben. Denn dort im Kasten nimmt das Geld allmählich an Wert zu, es verdreifacht sich, ohne persönliches Zutun, ohne Arbeit und Verlustgefahr, ohne Kopfzerbrechen.

Wo gibt es ein Industriekapital, das, selbst in guten Zeiten, gleiche Gewinne abwirft? Wo gibt es ein Geschäft, das hinsichtlich des Reinertrages mit einer so überaus einfachen Anlage wetteifern kann?

Solange das Geld danach neigt, sich zu verteuern, ist das Brachlegen des Kapitals das einzige Geschäft, das nicht zum Bankrott führt.

*Bemerkung.* Was den Kapitalisten berührt, ist nicht der *Nennwert* einer Summe. Der Pfundsterling-Millionär hat keinen Grund, den tausendfachen Reis-Millionär zu beneiden. Der tatsächliche Wert ist es, der den Maßstab abgibt, und wenn die Kapitalisten einen greifbaren Gewinn erzielen, was kümmert es sie dann, daß sie am Nennwert verlieren?

Es wäre deshalb durchaus nichts Seltsames, wenn die Inhaber von Cedula's, Akzepten, Wechseln, Pfandbriefen usw. sich entschlössen, die Konversationskasse in ihrem auf Geldverteuerung gerichteten Bestreben in der Weise zu unterstützen, daß sie für ihre Rechnung einen Teil der ausgegebenen Noten zurückzögen und verbrennten.

Was z.B. würde es für sie ausmachen, 100 Millionen zurückzuziehen, zu verbrennen und zu verlieren, wenn sie damit erreichen, 100fach größere Summen im Werte zu steigern? „Mit Würsten nach der Speckseite werfen“ könnte man ein solches Vorgehen nennen.

Das Streben nach Gewinn, das das Kapital in Bewegung setzt, das im Wirtschaftsgetriebe die treibende Kraft darstellt, wird unwirksam, sobald sich das Geld verteuert. *Das Geld verteuern, bedeutet so viel, wie Wasser auf die Feuer des wirtschaftlichen Motors schütten.*

Dies ist die einfache Erklärung dafür, daß jederzeit und überall auf der Welt, in Ländern mit Goldwährung, wie auch in Ländern mit Silber- oder Papierwährung – die Geldverteuerung stets den Zusammenbruch der Industrien, die Lahmlegung des Handels, die Krise herbeigeführt hat.

Die die Geldverteuerung, den allgemeinen Rückgang der Warenpreise begünstigenden Gesetze unterbrechen schicksalsschwer den Umlauf der Kapitalien, legen die Entwicklung des Handels lahm; sie sind es in Wahrheit, die den Aufstieg der jugendlichen Industrie Argentiniens zu den Gestirnen aufgehalten haben.

Suchen wir nicht die Erklärung für das gegenwärtige wirtschaftliche Unbehagen in der schlechten öffentlichen Verwaltung. Wir haben sie schlimmer gehabt.

Suchen wir nicht den Grund für die Lahmlegung der industriellen Entwicklung in schlechten Ernten, in niedrigen Goldpreisen der Ausfuhrerzeugnisse – auch diese haben wir schlechter gehabt.

Versuchen wir hingegen, eine richtige Vorstellung zu gewinnen über die Tragweite der Gesetze über die Verteuerung des Peso-Nationalgeld, sowie des allgemeinen Rückganges der Warenpreise, den jene Geldverteuerung notwendigerweise erzeugen muß, und wir haben dann nicht mehr nötig, weiter zu suchen, wir kennen dann die Ursache des Übels, an dem der Wirtschaftskörper der Nation krankt.

Fährt die Konversationskasse fort, die Banknoten zu verbrennen, so wird ihre Esse alsbald die einzige aller argentinischen Fabriken sein, die noch Rauch zum Himmel entsendet.

### **Es besteht kein vernünftiger Grund für die Geldverteuerung.**

Angesichts der von uns geschilderten Folgen, die wir an der Hand der Geschichte, der vorliegenden Tatsachen, der Äußerungen

von Sachverständigen und der Vernunft von der Geldverteuerung abzuleiten berechtigt sind, müßten wir selbstredend vermuten, daß es sehr schwerwiegende Gründe gewesen sind, die zum Erlassen der Geldverteuerungsgesetze führten, sofern sie nicht allein die uns daraus erwachsenen ungeheuren Schäden wettmachen, sondern uns außerdem noch einen greifbaren Vorteil einbringen sollen.

Und doch, wie nichtig erscheinen jene Beweggründe bei näherer Prüfung – nicht ein einziger, der eine solche Prüfung im geringsten aushält. Da ist zunächst

*Die Verbilligung des Lebensunterhalts.*

Eine Zeitung in der Hauptstadt anerkennt in einer Besprechung über die Mietspreise, daß diese heruntergehen müssen, wenn das Geld weiter im Preise steigt und – wunderlicherweise – spricht sie im gleichen Aufsatz über die Verbilligung des Lebensunterhalts, die in Begleitung der Geldverteuerung eintreten soll.

Wo bleibt denn aber die Verbilligung, wenn zugleich mit dem Preis dessen, was ich kaufe, auch der Preis dessen, was ich verkaufe, sinkt?

Der durch die Geldverteuerung bewirkte Preisrückgang ist immer allgemein – kein Wertgegenstand kann sich seiner Wirkung entziehen, und somit ist die Verbilligung des Lebensunterhalts nicht vorhanden.

Wenn die Möglichkeit bestände, vermittels der Geldverteuerung die Kosten des Lebensunterhalts zu verbilligen, würde es da nicht genügen, das Verbrennen der Banknoten etwas tatkräftiger zu betreiben, um alsbald alles umsonst und im Handbereich eines jeden Almosenempfängers zu haben?

Wenn die Preissenkung der Waren, die Verteuerung des Geldes wirklich eine Verbilligung des Lebensunterhaltes bedeutete, so müßten die Länder, in denen die Preise der durch Geld ausgedrückten Werte billig sind, auch die reichsten sein. Und sehen wir nicht, daß genau das Gegenteil davon besteht?

Die Verbilligung des Lebensunterhalts durch die Verteuerung des Geldes ist daher eine Wahnvorstellung, und wenn es Fälle gibt, in denen jemand einen wirklichen Vorteil von der Geldverteuerung haben kann, so muß notwendigerweise auch jemand da sein, aus dessen Tasche jener Vorteil bezahlt wird. Für die Allgemeinheit wird die Verringerung des „Soll“ durch eine Minderung des „Haben“ ausgeglichen. – Die zweite Behauptung lautet:

*Wir nähern uns der Konversion.*

Mit der Verteuerung des Geldes nähern wir uns allmählich der „gediegenen Metallgeldwährung“, und wenn wir erst den

Preis des Papierpesos auf den Stand des Goldpesos heraufgebracht haben, dann hören die den Handel so sehr schädigenden Preisschwankungen auf. –

Danach wird, um die den Handel so sehr schädigenden Schwankungen im Preise des Geldes zu bekämpfen, eine Geldpolitik betrieben, die notwendigerweise Handlungen und Gegenhandlungen heftigster Art erzeugen muß, denn die Heraufsetzung des Nationalpesos auf den Stand seines Vorgängers, des Goldpesos, stellt an sich die außergewöhnlichste Schwankung dar, die jemals in irgend einem Lande erlebt wurde und die kein Kaufmann ausgehalten hat.

Nehmen wir einmal an, die Verteuerung des Geldes, die allgemeine Senkung der Preise sei in dem beabsichtigten Maße ausführbar. Nehmen wir an, es gäbe keine wissenschaftlichen oder praktischen Gründe, an der Möglichkeit zu zweifeln, den Preis des argentinischen Pesos auf das Dreifache seines jetzigen Preises zu erhöhen; nehmen wir an, es wäre uns gelungen, das Geldangebot dergestalt einzuschränken, daß der Preis des Peso-Nationalgeld pari mit dem Goldpeso notiert würde.

Was würden wir damit gewinnen? Werden damit die den Handel so sehr schädigenden Preisschwankungen beseitigt? Werden mit der Erhöhung des Geldpreises die Ursachen aufgehoben, die die Schwankungen in der Nachfrage nach Geld und in dessen Angebot erzeugen? Ich sehe keinen ursächlichen Zusammenhang zwischen einer derartigen Triebkraft und einer derartigen Wirkung.

In Wirklichkeit sind die Preisschwankungen stets die Folgen von Schwankungen in Angebot und Nachfrage, und um jene Schwankungen zu meistern, muß die Notenbank Rücklagen besitzen, damit Angebot und Nachfrage sich einander anpassen.

Diese Reserven sind unentbehrlich. Es ist ja gerade der völlige Mangel an Rücklagen für die stete Anpassung des Geldangebotes an die Nachfrage nach Geld, die das Schwanken des Preises des Peso-Nationalgeld hervorruft, und solange diese Reserven fehlen, wird auch die Ursache bestehen bleiben, die die Ebbe und Flut des Nationalpesos erzeugt.

Und dies ist völlig unabhängig von der Höhe, auf die wir den Preis des Geldes gebracht haben mögen.

Ob der argentinische Peso, gegen Gold verkauft, im Verhältnis von 3 zu 1, oder aber pari notiert wird, übt keinerlei Wirkung aus auf das in den unentbehrlichen Reserven anzulegende Kapital. Für sich allein wird die Geldverteuerung uns die Reserven nicht verschaffen. Haben wir es wirklich erreicht, den Preis des Peso-Nationalgeld zu verdreifachen, so werden wir uns immer noch vor leeren Kassen befinden und nicht imstande sein, die Schwankungen zu beherrschen, für deren Beseitigung wir doch das Opfer der Geldverteuerung bringen.

Die Verteuerung des Nationalgeldes verringert nicht um einen einzigen Peso den Betrag der Rücklagen, die zur Beherrschung seiner Preisbewegung nötig sind, die Verteuerung nähert uns um keinen Schritt der Stetigkeit des Geldpreises, und es ist deshalb ein Irrtum, zu behaupten, die Geldverteuerung nähere uns allmählich der Konversion, der Unterdrückung des Börsenspiels, bringe uns der „gediegenen Metallgeldwährung“ näher.

*Die Senkung der Warenpreise als Entschädigungsmittel.*

Als Rechtfertigungsgrund für die Geldverteuerung pflegt man noch folgendes anzuführen:

Die in den Jahren 1886 – 1892 bewirkte Geldentwertung hat vielen Bewohnern der Republik ungeheure Verluste gebracht, und es ist gerecht und billig, daß diese Leute entschädigt werden. Diese Entschädigung wird in der Rückkehr des Peso-Nationalgeld zu seinem alten Preise liegen. –

Dazu ist zu sagen: Ist es gerecht und billig, die durch die Geldpolitik der Republik geschädigten und zugrunde gerichteten Einwohner zu entschädigen, so ist es auch billig und gerecht, daß jene Personen und überhaupt alle entschädigt werden *im genauen Verhältnis zu den erlittenen Verlusten; ferner auch, daß dies nicht auf Kosten neuer Ungerechtigkeiten geschehe.*

Dann aber ergibt sich die Frage: Wird die Wertvermehrung des Geldes jene Entschädigungen herbeiführen unter Berücksichtigung der angegebenen Umstände?

Das aber ist unmöglich.

Die Titel der Rapiere, die man durch die Geldverteuerung im Preise heben will, haben tausendfach den Besitzer gewechselt, viele dieser Titel sind nicht mehr vorhanden, viele Titel sind jetzt in den Händen von Personen, die durch den früheren Rückgang des Geldwertes bereichert worden sind. Denn wir dürfen nicht vergessen, daß alles, was die einen durch die Preissenkung des Geldes verloren, von anderen gewonnen wurde, und daß, wenn es große, ungeheuer große Verluste gegeben hat, auch die Gewinne entsprechend groß gewesen sind. Das Kapital übertrug sich vom Haben auf das Soll der einen, und vom Soll auf das Haben der anderen.

Das Entgegengesetzte geschieht jetzt mit der Geldverteuerung. Die Wertsteigerung aller durch die Preiserhöhung des Peso-Nationalgeld begünstigten Werte – fällt doch nicht vom Himmel Die Werte fallen nicht als Regen nieder, sie wachsen nicht auf Bäumen; irgend jemand muß sie bezahlen, und es werden nicht die Europäer sein, die jene Differenzen bezahlen.

Die Entwertung des Geldes ging zu Lasten des Gläubigers; die Verteuerung zahlt jetzt der Schuldner.

Und wie viele durch die Entwertung ihrer Titel zugrunde gerichtete Gläubiger befinden sich jetzt in den Reihen der Schuldner? Weit entfernt also davon, die Opfer der früheren Geldpolitik zu begünstigen, erschwert die Geldverteuerung deren Lage noch mehr, indem sie einer Ungerechtigkeit eine neue hinzufügt.

Die ursprünglichen Inhaber jener Titel ziehen aus deren Werthebung keinen Vorteil, soweit sie sie nicht mehr besitzen; dagegen wird diese Wertsteigerung sie in unendlich vielen Fällen schädigen, weil sie die Last ihrer Schulden vermehrt. Als Entschädigungsmaßregel gedacht, wirkt also die Geldverteuerung in unendlich vielen Fällen ihrem Zwecke entgegen.

Handelte es sich um *Gilden* von Schuldnern und Gläubigern, so ließe sich die Geldverteuerung als Entschädigungsmaßregel in Erwägung ziehen, aber die Gerechtigkeit kennt keine Gilden, sondern nur Personen.

Aus diesem Grunde ist für die den Gläubigern durch die frühere Geldpolitik zugefügte Ungerechtigkeit keine Wiedergutmachung möglich. Da man nicht alle benachteiligten Personen entschädigen kann, da man nicht einen jeden nach dem Maße des erlittenen Verlustes schadlos halten kann, muß man den Entschädigungsgedanken aufgeben und sich damit bescheiden, keine neue Ungerechtigkeiten zu begehen.

Als Begründung für das Streben nach Hebung des Geldwertes wird noch angeführt:

*Das Ansehen der Nation wird durch die Geldentwertung leiden.*

Wir entkräfteten bereits die ersten drei Rechtfertigungsgründe, indem wir nachwiesen, daß die Geldverteuerung den Lebensunterhalt nicht verbillige, daß sie uns der Konversion um keinen Schritt näher bringe, und ferner, daß sie auch ernsthaft nicht als Gerechtigkeitsmaßregel zur Entschädigung der Opfer der früheren Geldpolitik angesehen werden könne. – Als letzter Beweggrund für die Wertsteigerung des Geldes verbleibt die Rücksicht auf das Ansehen des Landes, das angeblich durch den niedrigen Preis des Peso-Nationalgeld geschädigt sein soll.

Man sagt, das vom Lande abgegebene Geld sei eine Nationalschuld, und diese zu bezahlen, sei heilige Pflicht der Nation. Man sagt ferner, die jetzige Bewertung der Titel jener Schuld beweise klar, daß der öffentliche Kredit noch sehr pfleglicher Behandlung bedürfe, und es eines gesitteten Volkes unwürdig sei, daß die Titel seiner öffentlichen Schuld zu so niedrigem Preis notiert würden.

Man sagt, daß die vergangene Krise nicht als überwunden gelten könne, solange der Peso-Nationalgeld nicht seinem Ursprungswerte entsprechend gewürdigt werde, daß die Ehre des Landes und seiner Bewohner eng verknüpft sei mit dem Preise seiner Geldscheine. Kein Opfer könne als übertrieben hoch angesehen werden, wo es sich um Ehre, Ansehen, um den guten Ruf des Landes handle!

Und tausend andere hochklingende Redensarten, alle von der unverbrüchlichen Annahme ausgehend, das Geld sei eine öffentliche Schuld, die zu zahlen und aus dem Verkehr zu ziehen sei.

Stellt denn aber das von einem Lande abgegebene Geld wirklich eine Schuld dar?

Allerdings stellt die Inschrift auf den argentinischen Geldscheinen es außer Zweifel, daß die in Geldform abgegebene Summe als Landesschuld angesehen wird, doch ist jene Inschrift bei aller Kürze so widerspruchsvoll, daß man sie unmöglich ernst nehmen kann. Sie besagt:

*Die Nation  
zahlt dem Inhaber bei Vorzeigung  
10 Pesos  
in Nationalgeld.*

Was aber bedeutet dies? Was ist ein Peso-Nationalgeld?

Was bedeutet in jener Inschrift das Wort „zahlt“?

Das Wort „zahlen“ bezeichnet in der spanischen Sprache lediglich das Aushändigen von Geld, und die Anwendung dieses Ausdrucks in der Inschrift des Geldscheines muß uns notwendigerweise vermuten lassen, es gebe etwas, was – ausgehändigt werden könne, und wovon der Geldschein nur der Platzhalter, die Etikette sei.

Damit aber jenes „Etwas“ überreicht oder gezahlt werden kann, muß es notwendigerweise sichtbar oder wenigstens greifbar sein, denn die Inschrift spricht von 5, von 10 oder 100 beistimmten Einheiten. Um jene Einheiten festzustellen, muß man sie zählen, und wie soll das geschehen ohne ihre Sichtbar- oder Greifbarkeit?

Somit ergibt sich die Frage: Wo ist jener sichtbare Körper, der Peso-Nationalgeld? Wer hat ihn gesehen? Wer kann uns jenen Körper beschreiben, den die Nation dem Inhaber des Scheines als dessen Bezahlung einzuhändigen verspricht?

Der in Gold gemünzte Peso kann es nicht sein, denn die Inschrift der alten Scheine sprach von gemünztem Gold, und jene Wörter wurden in den nach der Umwandlung abgegebenen Scheinen gestrichen. Weshalb wurden sie gestrichen? Zweifellos doch deshalb, weil ein Peso gesetzlichen Geldes nicht ein geprägter Goldpeso ist.

Die Anwendung des Wortes „*zahlt*“ in der Inschrift unserer Scheine muß beim Lesenden notwendigerweise die Vorstellung wecken, es müsse etwas vom Schein Getrenntes und von ihm Unabhängiges geben, irgend etwas Sichtbares, das man aushändigen kann, und die Streichung der Wörter „gemünztes Gold“ der alten Inschrift beweist, daß jenes Etwas nicht der geprägte Goldpeso ist.

Da nun aber außer dem Schein selbst nichts da ist, was ausgehändigt werden kann, nichts Wirkliches, nichts Unwirkliches, nicht einmal etwas wenigstens Vorstellbares, und da doch gleichzeitig mit jenem Geld verknüpfte Verpflichtungen bestehen, die täglich mittels des Geldscheines erfüllt werden, so ist erwiesen, daß der Geldschein nicht Platzhalter für einen eingebildeten, in eingebildeten Schatzkammern versteckten Peso-Nationalgeld ist, sondern daß der Schein selbst persönlich den Peso-Nationalgeld darstellt. Der Schein selbst ist der sicht- und greifbare Gegenstand, den wir Peso-Nationalgeld nennen.

Demgemäß bezeichnet die Inschrift auf dem Schein, indem sie den Peso-Nationalgeld von sich selbst trennt, nicht mehr und nicht weniger als eine *Verneinung des Seins*, etwas Unsinniges.

Cogito ergo sum. Ich denke, und mithin so bin ich.

Ich zahle, und mithin bin ich der Geldschein, bin ich persönlich der Peso-Nationalgeld. Niemand kann mich zahlen, denn ich selbst bin der Zahlende. Ich bin der Peso-Nationalgeld, der mein Dasein leugnenden Inschrift.

Wie ist nun angesichts dieser Tatsachen die Inschrift des Scheines zu erklären? Die mit dem Abfassen der Inschrift Beauftragten gingen davon aus, der National-Geldschein sei eine Urkunde über eine Nationalschuld, und da Schulden bezahlt werden müssen, hielten sie die Einhaltung des Wortes „*zahlt*“ für unentbehrlich, da sonst die amtliche Anerkennung der Eigenschaft als Schuld gefehlt haben würde.

Beim Abfassen des Wortlauts der Inschrift hatte man zwischen zwei Dingen zu wählen: entweder das Dasein, die Tatsachen zu leugnen, oder aber eine ererbte Theorie aufzugeben, die wie alles Ererbte ohne eigene Arbeit, ohne Prüfung erworben war.

Man entschied sich für das Erste und verließ damit den festen Boden der Wirklichkeit, um sich in einem Irrgang von Widersprüchen zu verlieren.

Die ganze Verwirrung, die in der Geldpolitik Argentiniens (und vieler anderer Länder) erkennbar ist, entspringt aus dem Wortlaut, den man der Inschrift auf den Geldscheinen gab, oder vielmehr aus den Lehrmeinungen, die den Abfassenden die Feder führten.



Und doch, wenn man schon einmal die Theorie annahm, der Geldschein sei Urkunde über eine Schuld, die gezahlt und einmal getilgt werden muß, so war die Frage zu beantworten: Wer wird eine Schuldurkunde annehmen, die keinen Zins trägt?

Denn es steht doch fest, daß der Ausgeber von Geldscheinen niemals Zinsen zahlt, daß im Gegenteil es der Ausgeber ist, der Zinsen auf die ganze abgegebene Summe erhebt. Hierzulande ist der Erlös der abgegebenen Geldscheine zum Schuldenzahlen benutzt worden; hätte aber nach dem Vorgang Deutschlands, Frankreichs, Englands und der Vereinigten Staaten die Regierung den Gegenwert der abgegebenen Geldscheine in ihren Kassen und in Gestalt von Wechseln zurückbehalten, so würde die Notenausgabe der Regierung eine Jahresrente von vielen Millionen einbringen.

*Ist also der Geldschein eine Schuldurkunde, so ergibt sich die erstaunliche Tatsache, daß der Schuldner (Notenausgeber) Zinsen erhebt, und der Gläubiger (das Volk) Zinsen zahlt.*

Genügt nicht dieser Umstand für sich allein, um die Annahme, der Geldschein sei eine Schuldurkunde, als Trugschluß erkennen zu lassen; um zu beweisen, der Geldschein sei im Gegenteil ein Gegenstand mit eigenem Wert?

*Bemerkung.* Man wird hier einwenden, der Geldschein könne nicht ein Gegenstand *mit eigenem Werte* sein, denn, wäre so, so hinge es nur vom Belieben der Regierung ab, den *Reichtum* des Landes durch Verordnungen über Notenausgabe zu vermehren.

Dies aber ergibt neue Verwirrung, ist ein neuer Trugschluß! Reichtum und Werte sind zweierlei. Wir können den Reichtum des Landes mehren, ohne die Werte zu vermehren, und umgekehrt.

Der Reichtum eines Landes besteht in einer Anhäufung nützlicher Dinge; um aber diese *nützlichen Dinge in Wertgegenstände* zu wandeln, ist die Gütertrennung nötig. Die Werte des einen bezahlt der andere.

Würden wir nun aber etwa den *Reichtum* des Landes mehren, wenn wir durch einfache *Regierungsverordnung* der Gütertrennung den *Wertscheinen* größere Ausdehnung gäben? Steigern etwa die Verkäufe von Staatsländereien den allgemeinen Reichtum? Nein, gewiß nicht.

Die Titel der öffentlichen Schuld vermehren gleichfalls die Wertgegenstände, ohne daß man sagen könnte, die öffentliche Schuld bilde einen Teil des öffentlichen Reichtums.

Wenngleich also die Regierung den *Landesreichtum* nicht durch Verordnungen mehren kann, so hat doch die Vermehrung von *Wertscheinen* durch Verordnungen nichts Auffälliges, und wenn die Regierung Geld (*Wertscheine*) ausgibt, so mehrt sie damit nicht den Reichtum.

Kann nun aber das Geld ernsthaft nicht als Schuldurkunde gelten, so ist es auch unnötig, jene Titel zurückzuziehen und zu bezahlen, wir können also in der Inschrift der Geldscheine das Wort „zahlen“ streichen, ohne zu befürchten, daß die Scheine deshalb zurückgewiesen werden.

Ist es nicht das Wort „zahlt“ was uns den Geldschein schätzenswert macht, so wird auch die Streichung jenes Wortes nicht dazu führen, daß wir ihn zurückweisen.

Im Einklange mit den Tatsachen können wir also schreiben:

*Dies sind 10 Pesos gesetzliches Geld,  
ausgegeben von der Landesregierung.*

Der Marktpreis der Geldscheine ist ganz unabhängig von den Kräften, die den Preis der öffentlichen Schuld Urkunden beeinflussen.

Der Geldpreis ist abhängig von denselben Umständen, die den Preis der Waren bestimmen, der Preis der öffentlichen Schuld-Urkunden wird beherrscht von den Umständen, die den Preis der Rententitel bestimmen.

Demgemäß beobachten wir oft, daß der Geldpreis steigt, während gleichzeitig die Rententitel zurückgehen.

Die Ehre des Landes, sein Kredit, können also nicht von den Schwankungen des Geldpreises berührt werden. Nur allein der Handel ist der Leidtragende, daneben vielleicht noch der Ruf der mit der Notenausgabe betrauten Männer, die es nicht verstanden haben, diese Emissionen so geschmeidig zu gestalten, daß sie sich den Bedürfnissen des Handels anpassen könnten.

Die Frage, wer denn zuguterletzt die Geldscheine bezahlen wird, berührt uns also nicht, und braucht uns nicht zu beschäftigen, so lange der Verkehr dauernd die ganze Notenausgabe aufnimmt. (Er würde, wenn sie da wären, noch mehr Noten aufnehmen, wie das stete Steigen des Geldpreises beweist.)

Dieselben Kräfte, die seit so vielen Jahren das Geld im Umlauf erhalten, die ständig die Nachfrage danach erzeugen und ihm seinen Wert verleihen: *Eigentumsübertragung und Arbeitsteilung*, sie sind da und schwellen täglich mehr an. Die Bevölkerung wächst; der Handel, den Spuren folgend, die ihm die neuen Eisenbahnlinien weisen, trägt den Segen der Arbeitsteilung zu den einfachen Bewohnern fernabliegender Gebiete, und verwandelt den unerschlossenen Reichtum weiter Strecken in Werte, in Waren, in Nachfrage nach Geld.

An das Zurückziehen des Geldes, an das Auszahlen des Geldscheininhabers kann nur derjenige denken, der dem Lande alle Zukunft abspricht, und der befürchtet, daß Arbeitsteilung und Eigentumsübertragung als Einrichtungen der menschlichen Gesellschaft keinen gesunden Boden haben.

Es widerspricht dem gesunden Verstand, Eisenbahnen zu bauen, von Wohlstand und wachsender Bevölkerung zu reden, gleichzeitig aber von der Notwendigkeit, die Noten aus dem Verkehr zu ziehen.

Der Verkehr würde die Geldscheine zurückstoßen und ihre Zurückziehung nötig machen, wenn die Umstände, die das Geld ständig im Umlauf erhalten, ihre treibende Kraft verlören, d.h. wenn durch Beschluß des Proletariat Eigentumsübertragung und Arbeitsteilung abgeschafft würden, wenn die Erzeugnisse menschlicher Arbeit und des Erdbodens nicht mehr verkauft, sondern gegenseitig verschenkt würden.

Tritt dieser Zustand ein, dann allerdings brauchen wir das Geld nicht mehr, das Geld verliert seine Daseinsberechtigung, denn alle Werte verschwinden alsdann, um als Reichtum der Allgemeinheit, als öffentlicher Besitz wieder zu erscheinen.

Solange dies nicht geschieht (und die jetzt von der Zahlung der Geldscheine sprechen, behaupten am lautesten, daß der Fall nie eintreten wird), wird der Markt ein Tauschmittel benötigen und die Gesamtheit abgegebener Noten aufnehmen, wie er es bis jetzt tut.

*Statt also vom Zurückziehen der Geldscheine, von der Auszahlung oder Entschädigung ihrer Inhaber zu sprechen, sollten wir im Gegenteil darauf bedacht sein, dem Markte alles Geld zu liefern, das die wachsende Nachfrage verlangt.*

### **Was der Handel benötigt und die Gerechtigkeit verlangt.**

*David Hume*, der große Philosoph, sagte: Mit der Fülle an vorhandenem Geld beleben sich Arbeitsbetätigung und Gewerbe, der Kaufmann wird unternehmend, der Gewerbetreibende geschickter und rühriger, und sogar der Siedler führt seinen Pflug mit mehr Eifer und Feuer.

Das ist es, was auch wir benötigen: eine ausreichende Fülle von Geld, um jeden Preisrückgang zu verhindern und den schaffenden Kräften des Landes, der Industrie und dem Handel freie Entfaltung zu gestatten.

Nicht aber wünschen wir eine Geldfülle im Sinne *John Laws*, im Sinne der Inflationisten (Geldüberschwemmungsfreunde) Nordamerikas und der finanziellen Ratgeber *Juarez Celmans* [Der 1890 wegen finanzieller Mißwirtschaft gestürzte Präsident der argentinischen Republik.]. Unter einer Geldfülle, die das von Hume beobachtete Ergebnis zeitigt, ist ein derartiger Geldbestand zu verstehen, der die Bedürfnisse des Marktes ohne kleinliches Zumessen zu decken gestattet.

Jedes Übermaß führt zu Preissteigerungen; was aber der Handel benötigt, ist Stetigkeit der Preise. *Die Preise sollen nicht sinken, sie sollen aber auch nicht steigen.*

Allgemeiner Preisrückgang führt zur Wirtschaftsstockung, zur Krise, allgemeine Preissteigerung bringt andere Mißstände mit sich. Wir wünschen also, daß niemals Geld fehle und daß niemals Geld in Überfülle vorhanden sei. Ausreichende Geldversorgung, um jeden allgemeinen Preisrückgang zu verhindern, und gleichzeitig weises Maßhalten bei dieser Versorgung, um das Steigen der Preise zu vermeiden.

Wir wünschen den gesunden Menschenverstand zu wecken, das Verständnis der Öffentlichkeit und aller mit der Verwaltung des Geldes Betrauten; Wir wünschen die selbstsüchtigen Bedrohungen einiger an der Verwaltung des Geldmonopols beteiligter Privatpersonen auszuschalten. Dies ist es, was der Handel verlangt, und was auch mit den Forderungen der Gerechtigkeit übereinstimmt. Es ist ungerecht, das Geld zu entwerten, weil dies den Schuldner auf Kosten des Gläubigers begünstigt; es ist ebenso ungerecht, den Geldwert zu heben, weil dies den Gläubiger zum Schaden des Schuldner bevorzugt. Die Gerechtigkeit verlangt, daß der Wert des Geldes auf einem festen Stand erhalten werde.

Wie das zu erreichen ist? Einfach, indem man das Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage nach Geld aufrechterhält.

Wir müssen Geld herstellen, ausgeben, dem Markte zuführen, so oft das Angebot von Waren (das gleichbedeutend ist mit Nachfrage nach Geld) zunimmt; wir müssen Geld zurückziehen, aufbewahren oder verbrennen, so oft das Warenangebot sich verringert.

*Kurz ausgedrückt: wir müssen dem Verkehr Geld entziehen, wenn die Preise zum Steigen neigen, wir müssen Geld zuführen, wenn die Preise Neigung zum Zurückgehen zeigen.*

Dies ist die Geldpolitik, die uns not tut und die mit den Anforderungen unseres gesunden Menschenverstandes übereinstimmt. Wir verlangen, daß das tägliche Geldangebot sich der Nachfrage anpaßt, und auf die Frage, ob wir Geld verbrennen oder aber mehr Geld ausgeben sollen, muß nicht ein veraltetes Gesetz die Antwort geben, sondern das Verkehrsbedürfnis.

Wir können nicht im voraus wissen, wie groß der Bedarf an Geld morgen, übermorgen, in einem Monat, einem Jahr sein wird. Wir können unmöglich heute feststellen, wie groß morgen die in den Verkehr zu bringende Geldmenge sein muß; es ist unmöglich, jenen Bedarf derart zu bestimmen, daß weder zu viel, noch zu wenig da sei und daß die Nachfrage durch das Angebot gedeckt werde, ohne daß sich ein Überschuß ergibt. *Deshalb verlangen wir Aufhebung des Gesetzes, das eine bestimmte und unabänderliche Geldmenge auszugeben vorschreibt, das die Schwankungen in der Marktlage nicht berücksichtigt.*

Die gleichen Gründe, die die Anarchisten gegen die Zweckmäßigkeit geschriebener Gesetze anführen, können wir auch gegen die jetzt bestehenden Emissionsgesetze anführen. Einen Tag nach seinem Inkrafttreten ist das geschriebene Gesetz bereits veraltet, paßt es nicht mehr zu den jeden Augenblick sich anders gestaltenden Bedürfnissen des Lebens.

Nicht ohne ernste Gründe verlangen deshalb die Anarchisten die Abschaffung aller geschriebenen Gesetze, der toten Buchstaben, und ihre Ersetzung durch lebendige, von den Bedürfnissen des Lebens und des Augenblicke eingegebene Gesetze.

Und in der Tat, wäre es ausführbar, was die Theorie der Anarchisten verlangt, so würde die Verteidigung ihrer Lehre nicht, wie heute, nur von wenigen Eifernern geführt werden.

Erweist sich jedoch das geschriebene Gesetz, das die Rechte jedes einzelnen von uns umgrenzen soll, in der Durchführung allzu schwerfällig, um seinen Zweck so vollkommen, wie es zu wünschen wäre, zu erfüllen, um wieviel mangelhafter muß uns da ein Gesetz erscheinen, ein totes, vor Jahren erlassenes Gesetz, das eine bestimmte, unabänderliche Geldmenge abzugeben vorschreibt, mit der der Handel sich dann einrichten soll, während doch in keiner Lebensbekundung des Gesellschaftskörpers eine solche Regsamkeit, ein gleich häufiger Formenwechsel, eine gleiche Fülle von Entwicklungen und Umgestaltungen wahrnehmbar ist, wie im Handel!

Was ist von einer durch tote Buchstaben beherrschten Geldpolitik zu erhoffen? Weiter nichts als stete Schwankungen im Preise des Geldes.

Die Schwankungen in den Jahreszeiten und in der Luftwärme gleichen wir durch einen Wechsel in unserer Kleidung aus; eine Geldpolitik aber, die nicht die Notwendigkeit vorsieht, sich dem Wechsel der Handelsbedürfnisse anzupassen, kommt uns vor, wie ein Reisender, der nur einen Rock hat, und der abwechselnd über Kälte, dann über Hitze klagt. Wir klagen über das Schwanken im Preise unseres Geldes, und wir suchen die Ursache dieser Schwankungen im Stoff unseres Geldes, während doch dieses Geld so gefügig, anpassungsfähig, gehorsam ist, wie man es sich nur vorstellen kann. Nein, es liegt nicht an unserem Gelde, wenn wir mit ihm nicht die vom Handel benötigte und von der Gerechtigkeit geforderte Stetigkeit der Preise erreicht haben.

Sicher ist es nicht Schuld des Papiers gewesen, wenn der argentinische Peso infolge der übermäßigen Notenausgaben der früheren Verwaltung im Werte sank; auch jetzt ist nicht das Papier daran schuld, wenn wegen ungenügender Notenausgabe der argentinische Peso im Werte steigt.

Nein, das Papier ist nicht schuld gewesen, sondern ganz allein die Gesetzgebung über Notenemission; die Verantwortung tragen die Gesetzgeber. Der Peso-Nationalgeld sank im Werte, so oft die Gesetzgeber diese Senkung wünschten; er stieg im Werte, so oft die Gesetzgeber diese Hebung beschlossen.

Wenn also, wie wir gesehen haben, der aus Papier gefertigte Peso-Nationalgeld sich dem Willen der Gesetzgeber fügt, so ist klarerweise nicht das Papier schuld an den Schwankungen, vielmehr liegt die Schuld an den Menschen. Gehorcht der Preis des Peso-Nationalgeld dem Willen der Gesetzgeber, so wird sein Preis festbleiben, an dem Tage, an dem sie seine Stetigkeit beschließen.

Das ist ein bündiger Schluß.

Der Preis einer jeden monopolisierten Ware ist beherrscht vom Willen des Monopolbesitzers. Und das ist verständlich, weil der Inhaber des Monopols das Angebot der Ware der Nachfrage danach anpaßt. In denjenigen Ländern Europas, in denen die Regierung Salz, Zündhölzer, Tabak, Weizen usw. monopolisiert, verkauft man diese Dinge zu einem festen, unveränderlichen Preis, jede Preisschwankung ist ausgeschlossen, *weil die Regierung die tägliche Lieferung der täglichen Nachfrage anpaßt.*

Nähme der Monopolinhaber keine Rücksicht darauf, daß die *Nachfrage* nach seiner Ware sich ganz seiner Herrschaft entzieht, daß die *Nachfrage* schwankt, so würde es ihm wenig nützen, auf jedem Paket den Verkaufspreis anzugeben. Dieser Preis würde sich so oft ändern, wie das Angebot jener Ware nicht in Einklang stände mit der Nachfrage danach.

Wenn die französische Regierung, als Inhaberin des Zündhölzchenmonopols, eine 5 oder 10 Jahre im voraus gesetzlich festgelegte Menge von Zündhölzern auf den Markt werfe, ohne die schwankenden Bedürfnisse des Marktes zu berücksichtigen, so ist es gewiß, daß die Zündhölzchen sich abwechselnd mit Aufgeld, dann wieder mit Verlust verkaufen würden.

Wenn die deutsche Regierung, als Besitzerin aller Eisenbahnen im Reiche, durch ein auf Jahre im voraus festgelegtes Gesetz verpflichtet wäre, eine ganz bestimmte und unabänderliche Zahl von Zügen fahren zu lassen, ohne die Entwicklung des Verkehrs und der Bevölkerungszahl zu Rate zu ziehen, ohne auf die Jahreszeiten Rücksicht zu nehmen, so würde sofort eine Agiotage, ein Handel mit Frachtwagen und Fahrscheinen einsetzen.

Der Monopolbesitzer beherrscht nur das Angebot; die Nachfrage ist selbständig und entzieht sich fast ganz seinem Einfluß. Will also der Monopolbesitzer den Preis beherrschen, so muß er sich dabei der Waffen bedienen, die ihm das Angebot bietet.

*Das Angebot ist der Lotse, der den Preis der monopolisierten Waren in gerader Linie durch die Schwankungen der Nachfrage hindurchsteuert.*

Dies ist das Grundgesetz für verständige Verwaltung eines jeden Monopols, und das Geld – als Monopolgegenstand allererster Ordnung – kann sich jenem Gesetz nicht entziehen.

Ist es nicht gelungen, für den Peso-Nationalgeld, dessen Herstellung die Regierung monopolisiert, einen festen Preis aufrecht zu erhalten, so liegt es gerade daran, daß man das durch jenes Gesetz vorgezeichnete Verhalten nicht beachtet hat.

Als der Preis des argentinischen Pesos sich verbilligte, bestand die einzige wirksame und unfehlbare Abhilfe dagegen darin, das Angebot des Nationalgeldes durch Zurückziehen des Überschusses aus dem Verkehr einzuschränken.

Statt jedoch hiernach zu verfahren, suchte man den Preis zu heben, indem man die *Nachfrage* nach Geld vermehrte und zu dem Zwecke Gold und Einwanderer aus Europa heranzog.

Die Maßnahme blieb erfolglos und mußte es bleiben, denn Gold und Einwanderer entziehen sich dem Machtbereich der Regierung.

Man beauftragte den Minister, den Geldwert zu heben, und dieser begab sich auf die Suche nach außerhalb seines Machtbereichs liegenden Wirkungskräften, statt daß er von der ihm durch das Monopol zustehenden Macht Gebrauch machte.

Wir sagten, daß die französische Regierung die Stetigkeit des *Preises* der Zündhölzchen *durch Anpassung des Angebots an die Nachfrage erreicht*. Träte jedoch der Fall ein, daß jene Regierung bei Geldklemme eine übergroße Menge Zündhölzchen auf den Markt wüfße und den zu erwartenden Preissturz durch Belebung der Nachfrage mittels Prämien und sonstiger Opfer zu vermeiden suchte, so würden alle ein solches Vorgehen für unvernünftig erklären.

Wem würde man die Schuld an diesen Preisschwankungen aufladen, dem Streichhölzchen oder der Regierung?

Und doch hat man hinsichtlich des Peso-Nationalgeld nach jenem unverständigen Verfahren gehandelt; man hat damit die Ergebnisse gezeitigt, die alle kennen und für die man jetzt den Stoff verantwortlich machen will, aus dem jenes Geld gefertigt wurde.

Deshalb wiederhole ich, daß die Ursachen der Schwankungen im Preise des Nationalgeldes falsch bewertet worden sind.

Das Papiergeld kann sich dem Willen seiner Verwalter nicht entziehen. Aber nötig ist, daß jene Verwalter mit Waren umzugehen lernen, daß sie den Handel verstehen, daß sie einsehen, die Stetigkeit des Preises vom Peso-Nationalgeld sei nur durch *Anpassung seines Angebots an die Nachfrage* zu erreichen.

Außerdem aber ist nötig, den Monopolverwaltern die zum Befolgen jener Politik unentbehrlichen Befugnisse einzuräumen; es ist nötig, alle jene Schranken niederzulegen, mit denen übervorsichtige Gesetzgeber die Macht des Geldmonopols umgeben haben. Vor allem müssen wir das Gesetz beseitigen, wonach eine auf Jahre im voraus festgesetzte Summe Geldes ausgegeben werden sollte; wir müssen dafür ein neues Gesetz schaffen, wonach alles fehlende Geld neu abzugeben und alles überschüssige Geld zurückzuziehen ist; wir müssen die Regierung ermächtigen, das Geld abzugeben in einer Menge, die nicht durch das Gesetz, sondern nur durch die Verkehrsbedürfnisse beschränkt wird, und wir müssen der Regierung die Mittel geben, und jeden sich einstellenden Überschuß an Noten zurückzuziehen.

Dies ist die Geldpolitik, die uns unfehlbar die Stetigkeit des Preises einbringen wird, die Stetigkeit des Geldpreises, die die Forderungen der Gerechtigkeit und die Bedürfnisse des Handels befriedigen wird.

### **Der Maßstab für den Bedarf an Geld.**

Sagten wir im vorigen Abschnitt, daß es die Handelsbedürfnisse sein müßten, die in der Frage der Geldemission entscheiden, so ergibt sich die Frage: wo ist der Maßstab für jene Bedürfnisse?

Die einen werden sagen: Den Maßstab liefert die Preisermittlung der Waren im allgemeinen, der Warendurchschnittspreis; die anderen werden sagen: Der Maßstab liegt im Wechselkurs auf das Ausland, wie ihn das Agio, das Goldaufgeld widerspiegelt.

Die ersteren erstreben die unbedingte Geldpreisfestigkeit, die anderen begnügen sich mit der Beseitigung der Schwankungen beim Golde. Welche Anschauung verdient da den Vorzug?

In den Ländern mit Goldwährung bestreitet man nicht, daß dieses Geld großen Schwankungen unterworfen ist; zuweilen sind diese plötzlich und schroff, zuweilen langsamer, und gerade diese Schwankungen sind es, die den Freunden der Doppelwährung die Waffen zu ihren Angriffen liefern.

Dafür können wir andererseits hiezulande nicht leugnen, daß der Goldpreis, die Festigkeit des Auslandskurses, für Argentinien außergewöhnliche Bedeutung hat, insofern fast die ganze Ausfuhr gegen Gold verkauft wird und auch die Preise der Mehrzahl der Verbrauchsgüter nach Gold berechnet werden (sich nach dem Stande der Valuta richten). Ich glaube, es gibt kein zweites Land, wo im Vergleich zur Volkszahl der Auslandshandel so groß ist, wie hier.

Wenn wir nun bei der Verwaltung unseres Geldwesens die Warenpreisstatistik zur Richtschnur nehmen und die Währung auf feste Warenpreise hinsteuern, so wird nicht zu vermeiden sein, daß dieses Vorgehen auf Widerspruch bei denen stößt, die eine feste



Valuta wünschen, und zwar so oft, wie das Gold im Preise steigt oder fällt (d. h., so oft die Valuta sich „bessert“ oder „verschlechtert“). Beide Ziele werden erst dann vereinbar sein, wenn in allen Ländern in der Währungspolitik der feste Durchschnittswarenpreis (index number) zum Ziele genommen wird, denn es ist klar, daß im Verkehr zwischen Ländern mit beiderseitigen festen Warenpreisen (unveränderlichem Index) auch der Wechselkurs, die Valuta fest sein wird [Hier mache ich auf die in meiner Schrift „Iva“ gemachten Vorschläge aufmerksam, durch die mit dem denkbar einfachsten Mittel die hier erstrebte Verbindung erreicht wird. (Siehe das Schriftenverzeichnis auf dem Umschlage.)].

Wir müssen uns also entscheiden, ob wir die Festigkeit der Valuta dem festen Preisstand der Waren unterordnen wollen oder ob wir umgekehrt eine feste Valuta anstreben und dafür auf den festen Preisstand der Waren verzichten wollen.

Entscheiden wir uns für den festen Preisstand der Waren, so werden alle Schwankungen, die das Gold in seinem Tauschverhältnis zu den Waren auf den europäischen Märkten erleidet, sich in unserer Valuta widerspiegeln; stehen wir aber unsere Währungspolitik auf feste Valuta ein, so übertragen wir alle Schwankungen, die das Gold in seinem Tauschverhältnis zu den Waren (in Europa) erleidet, unmittelbar auch auf unsere Märkte. (D.h. also, daß, wenn im Ausland die Preise schwanken, sie auch in Argentinien schwanken werden.)

Ich kann hier nicht dieser wissenschaftlich, wie praktisch äußerst wichtigen Sache auf den Grund gehen. Ich werde mich begnügen, den kürzesten und sichersten Weg anzugeben, der zur Versöhnung dieser auseinanderstrebenden Wünsche führen kann.

Zurzeit muß es unser Bestreben sein, unsere Geldpolitik einem festen Auslandskurs anzupassen, und wir müssen für den Augenblick zugunsten der überragenden Interessen des Auslandshandels, auf die festen Warenpreise verzichten [Diese Verbeugung vor der Goldwährung geschah aus politischen Gründen. Ich konnte so eher damit rechnen, verstanden zu werden. Das Volk denkt statisch, nicht dynamisch; es nimmt auch die von Menschen geschaffenen Verhältnisse, wenn sie nicht ganz unerträglich werden, als etwas Feststehendes hin, dem man sich anpassen muß, statt daß es umgekehrt diese Dinge nach seinen Bedürfnissen umgestaltet. Die auf feste Warenpreise gerichtete Währung ist eine dynamische Währung und kann nur dynamisch begriffen werden. Dasselbe ist ja auch mit der Goldwährung der Fall, aber um dieses einzusehen, muß man die Wertlehre überwinden.]. Zugleich aber müssen wir alle mit uns Handel treibenden Länder Europas und Amerikas zu einer zwischenstaatlichen Beratung einladen, um dort die zur Vermeidung der Schwankungen im Index eines jeden Landes erforderlichen Maßnahmen zu besprechen, denn wenn alle Staaten, mittels einer einheitlichen Geldpolitik, die Warenpreise innerhalb enger und fester Grenzen zu erhalten bestrebt sind, so wird auch die Valuta unter allen diesen Ländern festbleiben, ohne daß es nötig wäre,

ihnen allen das mit der Einführung der Goldwährung verknüpfte Opfer aufzuerlegen.

Jedes Land kann dann den ihm für sein Geld am passendsten erscheinenden Stoff auswählen, – das eine Land wird hierfür das Papier bevorzugen, ein anderes Silber, Nickel, Kupfer, Gold; wenig kommt hierauf an, vorausgesetzt, daß in allen Ländern das Angebot von Geld genau der Nachfrage angepaßt werde, daß innerhalb der Grenzen eines jeden Landes das Tauschverhältnis des Geldes zu den Waren nicht schwankt; alsdann wird der Wechselkurs zwischen all diesen Ländern folgerichtiger- und notwendigerweise fest bleiben.

Der Valutakurs, zwischen Paraguay und Argentinien ist gegenwärtig 1 zu 2,48. Wenn wir bei uns die Warenpreise senken, wird unsere Valuta steigen; erhalten wir aber die Warenpreise auf ihrem jetzigen Stand, und geschieht das Gleiche in Paraguay, so wird sich der Kurs nicht wesentlich von seinem jetzigen Stand entfernen können.

Der gegenwärtige Valutakurs zwischen England und Argentinien ist 1 zu 2,70. Entdeckt man aber in Klondyke Berge von Gold, oder führt man die Doppelwährung ein, so werden die in Gold ausgedrückten Warenpreise steigen und hier in Argentinien wird die Valuta sich „bessern“. Unterdrückt man aber in England die freie Goldausprägung (wie man bereits die freie Silberprägung aufgehoben hat) und paßt man dafür diese Ausprägungen (die Geldausgabe) den Bedürfnissen des Marktes an, um auf diese Weise die Warenpreise im eigenen Lande zu befestigen – dann wird der Wechselkurs zwischen Argentinien und England gleichfalls unveränderlich bleiben.

Der Valutakurs zwischen Argentinien und Chile dreht sich gegenwärtig um X. Fahren diese zwei Freistaaten fort, die Warenpreise im gleichen Verhältnis zu senken, so wird der Kurs unverändert bleiben, trotzdem die Warenpreise sinken. Weicht aber einer der Freistaaten vom vorgezeichneten Wege ab, so werden wir sofort eine Abweichung im Kurse haben.

Diese Feststellungen genügen, um zu zeigen, daß die Stetigkeit des Auslandskurses unabhängig ist von dem für die Geldherstellung gewählten Stoff; ferner, daß ein Land für sich allein das Ziel nicht erreichen kann, daß dies vielmehr nur das Ergebnis einer einheitlichen Geldpolitik aller Staaten sein kann; – nur eine zwischenstaatliche Verständigung kann die Erfordernisse eines festen Wechselkurses mit denen eines festen Geldpreises in Einklang bringen.

Es ist deshalb anzustreben, daß diese zwischenstaatliche Einigung möglichst bald zustande komme, und inzwischen tun wir gut daran,

die Festigkeit im Preisstand der Waren der überragenden Bedeutung unseres Auslandshandels unterzuordnen.

Der Auslandswechsellkurs, wie ihn der Preis des Goldes widerspiegelt, wird also den Maßstab abgeben, an dem wir die Bedürfnisse des Marktes in Fragen der Notenausgabe abschätzen, und bis dahin, wo wir uns mit den anderen Völkern über einen gerechteren und wissenschaftlich genaueren Maßstab geeinigt haben, werden wir Noten in den Verkehr bringen, so oft der Wechselkurs zurückgeht (die Valuta sich verschlechtert) und umgekehrt Noten verbrennen, so oft dieser Kurs steigt.

Befolgen wir dieses Verfahren mit Festigkeit, so wird der Wechselkurs auf das Ausland so unbeweglich bleiben, wie wenn gemünztes Gold bei uns umliefe. Wir werden die Vorteile der Goldwährung genießen, ohne genötigt zu sein, in ihr ein totes Kapital im Werte von 300 Millionen Pesos festzulegen.

Wir müssen soviel Noten ausgeben, wie sich als fehlend erweisen, und soviel Noten zurückziehen, wie sich als überschüssig erweisen. *Wir müssen, um den festen Wechselkurs aufrecht zu erhalten, das tägliche Geldangebot der täglichen Nachfrage nach Geld anpassen.*

Untersuchen wir jetzt, auf welche Machtmittel sich die Geldverwaltung stützen könnte, um diese Aufgabe zu erfüllen.

Ersetzen wir das Gesetz, wonach jahrelang eine feststehende Summe Geldes für den Umlauf bestimmt wird, durch ein anderes, das die Regierung zu einer vom Gesetz der Summe nach nicht festgelegten, sondern nur durch die Verkehrsbedürfnisse begrenzten Notenausgabe ermächtigt, so steht der Verwaltung ohne weiteres alles Geld zur Verfügung, das sich im Handel als fehlend erweist.

Ein solches Gesetz eröffnet den Auslandswechselln (Devisen), dem Gold, einen unbegrenzten Absatz. Alles Gold, das *unter* einem festgelegten Preis angeboten wird, kauft die Geldmonopolverwaltung mittels neu abgegebenen Papiergeldes auf. Alles Gold, das also zu jenem festgesetzten Preis keine Käufer findet, findet Aufnahme in der Schatzkammer in der Monopolverwaltung. Infolgedessen wird der Auslandswechsellkurs niemals zurückgehen können [Wir drücken uns in Deutschland so aus: Infolgedessen wird sich die Valuta niemals bessern können. Dieser Ausdruck ist jedoch irreführend. Es gibt keine Besserung der Valuta, die nicht von weiten Kreisen des Volkes als schwere Schädigung empfunden wird. Das hat die große „Valutabesserung“ (Frühjahr 1920) gezeigt.], denn niemals wird die Nachfrage nach Gold fehlen. *Jenes Gesetz wird den Goldpreis vor jedem Sinken schützen.*

Damit haben wir aber schon unendlich viel gewonnen. Wird der Goldpreis nicht mehr wegen Mangels an Käufern sinken können,

so werden die Warenpreise auch nicht unter ihre Goldpreise (Weltmarktpreise) sinken können, – Kaufmann, Landwirt, Gewerbetreibender werden gegen jeden von der „Besserung“ der Valuta herrührenden allgemeinen Preisrückgang vollkommen gesichert sein.

Wer ein Unternehmen mit Hilfe fremden Geldes zu begründen beabsichtigt, wird nicht mehr zu befürchten brauchen, er könnte durch die „Besserung“ der Valuta zugrunde gerichtet werden.

(Einschaltung zu dieser Neuausgabe von 1920.) Die Reichsbank erklärte in ihrem Flugblatt vom März d. J., der deutsche Kaufmann sei noch nicht reif, um sich in Valutafragen zurechtzufinden. – Wenn diese Annahme zuträfe, so wären hier vielleicht einige Erläuterungen zu obigem Satze nötig, wonach Kaufleute durch die „Besserung“ der Valuta zugrunde gerichtet werden können.

Nehmen wir an, ein Unternehmer habe mit 100 000 Pesos geborgtem Geld (gesetzliches argentinisches Zahlungsmittel) europäische, in Gold zahlbare Maschinen gekauft und bezahlt, und zwar zum Kurse von 3 Pesos Papiergeld für 1 Peso Gold. Nun „bessert“ sich die Valuta, so daß der Goldpeso schon für 2 Papierpesos zu haben wäre, so wird dieser Unternehmer nach den Gesetzen des Wettbewerbes den Preis seiner Produkte nicht mehr mit dem Zins von 100 000, sondern nur mehr 66 000 beschweren können, da ja jetzt jeder Konkurrent die gleichen Maschinen mit 66 000 Pesos kaufen kann. Der Abbau der Preise, den die Regierung betreibt, baut zugleich das Kapital der Unternehmer ab. Die „Besserung“ der Valuta ist für alle, die Schulden haben, eine Verschlechterung. Der Unternehmer, von dem hier die Rede ist, wird den Zins des geborgten Kapitals nicht bezahlen können.

Selbstverständlich wird jede Valuta-Spekulation unmöglich, sobald die Valuta sich nicht „bessern“ kann. Wenn heute der Wucherspieler in der Hoffnung auf eine Valutaverschlechterung einen Einsatz wagt, so geschieht es in der Zuversicht, daß er die Valuta wieder wird bessern (heben) können; steigt aber das Geld, dessen Preis er mit Opfern gesenkt hat, nicht wieder, hat das Geld nicht mehr die Spannkraft, um immer wieder auf seinen Ausgangspunkt zurückzukehren, so verliert jenes Wucherspiel seinen Reiz. Der Wucherspieler würde seinen Besitz entwerten, ohne Aussicht, den Wert wieder anschwellen zu sehen, ohne Aussicht auf das Erlangen von Überschüssen, die doch das Ziel seiner Machenschaften sind.

Indem wir also die „Valutabesserung“ unmöglich machen, beseitigen wir das Wucherspiel, und damit verschwindet wieder eine der Ursachen, die bisher den Geldmarkt in Verwirrung brachten.

Niemand wünscht sein Kapital zu mindern, und wenn Wucherspieler zeitweise sich darauf einlassen, ihr Geld im Werte herabzusetzen, so geschieht es allein in der Hoffnung, das Verlorene in der unvermeidlichen Rückflut mit Wuchergewinn wiederzuerlangen. Diese Hoffnung schwindet aber für sie, sobald die öffentliche Geldverwaltung dem Angebot durch eine unbegrenzte Nachfrage entsprechen kann.

Das ist es, was wir über die Besserung der Valuta zu sagen hatten.

Untersuchen wir jetzt, wie die Geldverwaltung auch eine „Verschlechterung“ der Valuta zu verhüten in der Lage sein wird.

Um die Verschlechterung der Valuta zu verhüten, wird man den sie verursachenden Überschuß an Geld zurückziehen, also aufkaufen müssen. Mit welchen Mitteln? Antwort: Mit dem, was das Geldmonopol einbringen wird.

Jeder Tag zeigt uns, daß das Monopol irgendeiner, noch so unbedeutenden Ware etwas einträgt, und zuweilen ganz bedeutende Summen.

Die Einkünfte, die viele Erfinder aus dem Vertrieb ziehen, bilden den Ertrag des Monopols, das ihnen das Erfindungspatent verleiht. Sollte da das Monopol unseres Geldes, eines unentbehrlichen Artikels, der wichtigsten Marktware, nichts einbringen?

Es wäre ein seltsamer, für jeden Kaufmann unfaßbarer Fall, wenn das Monopol unseres Geldes, unseres Tauschmittels, unfruchtbar bliebe, nichts einbrächte. Wirklich unfaßbar.

In Frankreich, Deutschland, England, den Vereinigten Staaten, bringt das Monopol der Notenausgaben dem Staate jährlich beträchtliche Summen ein. In Deutschland 5% der nicht durch Gold gedeckten Noten [Heute zieht das Reich aus der Notenausgabe von 400 Milliarden einen jährlichen Gewinn von 5% = 20 Milliarden Mark.]. Wo bleiben jetzt die Summen, die die Notenausgabe von 300 Millionen Pesos einbringen müßte? Man antwortet darauf: Kapital und Zinsen sind zum bezahlen von Schulden verwendet worden.

In diesem Falle schuldet das Land der Geldverwaltung jene Summe, und sie muß ihr billigerweise erstattet werden. Möge das Land seine Schulden mit Rententiteln bezahlen. Die Emissionen sind dazu da, den Verkehr mit dem für den Warenaustausch nötigen Geld zu versehen, und man soll nicht die Bedürfnisse der Staatskasse mit jenen des Marktes vermengen.

Man erstatte somit der Geldverwaltung den Gegenwert jener 300 Millionen in Rententiteln. Das ist eine gerechte Forderung.

Man eifert gegen das Papiergeld, gefällt sich darin, jenes Geld haftbar zu machen für alle Leiden, die den Markt treffen, und gleichzeitig beraubt man es seiner eigenen Waffen.

Man erstatte demnach die 300 Millionen in Rententiteln, und wir werden dann sehen, ob mit dieser Rücklage und dem, was jährlich an Zins hinzukommt, die Geldmonopolverwaltung nicht fähig ist, jedweden Geldüberschuß zurückzuziehen und die Schwankungen zu beherrschen; wir werden sehen, ob sie nicht unbedingte Herrin in ihrem eigenen Hause ist, ob nicht in der Tat das Papier zur Geldherstellung taugt.

Die durch die Notenausgabe eingebrachten 300 Millionen gehören jener Emission, und solange man dem gesetzlichen Gelde nicht erstattet hat, was ihm gehört, ist jede Urteilsabgabe über Vor- und Nachteile des Papiergeldes mindestens voreilig.

Die Länder Europas, die das Gold als Stoff für die Herstellung ihres Geldes erwählt haben, ziehen aus diesem Golde keinerlei Gewinn, denn Metallgeld ist totes Kapital.

Im Gegenteil kostet ihnen jenes Gold Zinsen. So erwarb Rußland in den letzten Jahren Gold in gewaltigen Summen, für deren Zahlung dort Rententitel abgegeben wurden.

Oesterreich und Italien verfahren ebenso, und die Ausgabe 5prozentiger Schuldscheine, die in den Vereinigten Staaten erfolgt, so oft dort die Reserven abnehmen, kostet dem nordamerikanischen Volke bedeutende Summen.

Keinerlei Opfer verlange ich zugunsten des Peso-Nationalgeld. Das aus Papier gefertigte Geld ist nicht so anspruchsvoll wie sein aus Gold hergestellter Genosse; ich möchte nur zugunsten unseres bescheidenen Geldes einen kleinen Teil der Liebe erbitten, die andere Länder für ihr Goldgeld verschwenden; ich möchte nicht, daß man das aus Papier gefertigte Geld mißhandelt und ausbeutet, während man zugunsten des Goldes Opfer jedweder Art bringt – um sodann zu behaupten, das Papier sei untauglich. Denn das ist nicht ernst.

Man verfolge eine gesunde, verständige Geldpolitik, man erstatte dem Papierpeso, was ihm gehört, und wir werden dann sehen, welches das bessere Geld ist: das Geld, das gegenwärtig die Abenteurer von Klondyke ausgeben, ohne Rücksicht auf die Verkehrsbedürfnisse zu nehmen, oder das Geld, das wir hier ausgeben werden, nachdem wir eindringlich unsere Marktlage erforscht haben werden, – dann soll sich erweisen, ob eine vom Zufall und von Abenteurern geführte Geldpolitik sich messen kann mit derjenigen, die den Markt und seine Bedürfnisse zur Richtschnur nimmt.

Das Geldmonopol indessen, auch nachdem es der Raubsucht der Staatskasse ausgeliefert, nach allen Regeln der Kunst geplündert und erschöpft zurückgelassen wurde, erweist sich als so fruchtbar und kraftvoll, daß es ohne fremde Hilfe, aus eigener Kraft etwas erbringen und sich aus seiner traurigen Lage heranzuarbeiten muß.

Ähnlich wie ein fruchtbares Feld, ausgebeutet durch einen geizigen Bebauer, der ihm nicht an Dünger zurückgab, was er an Ernten herausgezogen hatte, mit der Zeit doch seine ursprünglichen Kräfte wiedererlangt, so wird sich auch das Geldmonopol verhalten.

Aus diesem Grunde brauche ich nicht einmal auf jener ersten Forderung zu bestehen, wonach der Monopolverwaltung der Erlös aus den abgegebenen 300 Millionen Noten erstattet werden soll; ich will vielmehr nachweisen, daß das Monopol auch ohne jene Hilfe aus seiner jetzigen Lage sich befreien kann, d. h., daß die ihm noch verbliebenen Kräfte es dem Geldmonopol noch gestatten, die nötigen Rücklagen für seine geordnete Verwaltung zu bilden.

Sehen wir zu. Seit Jahren, d. h. seit den letzten Notenausgaben, hebt sich die Valuta (sinken die Warenpreise), einesteils als Folge der Verbrennung von Geldscheinen durch die Konversionskasse, hauptsächlich aber infolge Vermehrung der Bevölkerung. Und das ist verständlich, denn entsprechend ihrem größeren Handelsverkehr benötigt eine große Bevölkerung mehr Geld als eine kleine, und wenn keine der wachsenden Nachfrage nach Geld entsprechende Befriedigung durch Ausgabe neuer Noten erfolgt, so muß naturnotwendig ein Rückgang der Warenpreise eine Folge jener Versäumnis sein. Wollen wir also bei weiterem Anwachsen der Bevölkerung einen festen Preisstand haben, so muß neues Geld im Maßstabe jenes Anwachsens ausgegeben werden.

Das Gold steht jetzt 260 im Kurs, aber wir hatten auch einen Stand von 350 und darüber. Nehmen wir an, das Gesetz habe der Konversionskasse die Befugnis erteilt, einen festen Goldpreis aufrecht zu erhalten, – wieviel Noten hätte die Kasse dann ausgeben müssen, um ein Sinken des Goldes von 350 auf 260 zu verhindern?

Die Ausrechnung stellt sich wie folgt: Bei einem Notenbestand von annähernd 290 Millionen ist der Goldpreis 270, und die zum Aufrechterhalten des Standes von 350 nötige neue Notenausgabe würde also betragen haben:

$$\begin{array}{r}
 290 : 270 = 1074 \times 350 = \quad 375.900.000 \\
 \text{wovon der jetzige Bestand abgeht mit} \quad \underline{290.000.000} \\
 \text{Pesos} \quad \quad \quad \quad 85.900.000
 \end{array}$$

Die Geldmonopolverwaltung (die jetzige Konversionskasse) hätte also zu dem gegenwärtigen Notenumlauf weitere 85 Millionen Pesos ausgeben müssen, um ein Sinken des Goldes unter den Stand von 350 zu verhindern; und die Ausgabe jener 85 Millionen würde den gleichen Erlös in Werten aller Art erbracht haben; sei es, daß man für jene Neuausgabe an der Börse Wechsel, Rententitel, Gold oder was immer sonst geeignet gewesen wäre, gekauft hätte.

*Mit jenen Werten in seiner Kasse könnte heute die Geldmonopolverwaltung 85 Millionen Pesos gesetzlichen Geldes, also 20% der ganzen Noten-*

*ausgabe aus dem Verkehr ziehen.* Würde dieser Betrag nicht ausreichen, um den Geldpreis auch bei einer Neigung zum Sinken zu beherrschen? Auch die europäischen Banken haben Reserven, aber, wie erheblich diese auch sein mögen, reichen sie niemals an die 20% des gesamten Geldumlaufs [Die Reichsbank z.B. verfügte damals als Waffe für ihre währungspolitischen Maßnahmen nur über den in Kaufmannswechseln angelegten Betrag ihrer Notenausgabe. Das mögen damals 1000 Millionen oder der sechste Teil des auf 6 Milliarden geschätzten Gesamtgeldumlaufes gewesen sein. Heute hat sie zwar, da das Metallgeld verschwunden ist, viel größeren Wechselbestand – doch kann sie diesen Wechsel (Schatzwechsel), weil der Wechselschuldner zahlungsunfähig ist, nicht zu währungspolitischen Maßnahmen verwenden.]

Die gleichen Ursachen aber, die das Sinken des Goldes von 350 auf 270 erzeugten, bestehen immer noch. Die Bevölkerung wächst, der Handel dehnt sich entsprechend aus, die Nachfrage nach Geld nimmt mit der Volkszahl und der Handelsausdehnung zu, und wenn wir nicht wollen, daß die Preise wegen Mangels an Nachfrage oder Geld weiter sinken, so bleibt nur der Ausweg, schrittweise den Notenbestand zu vermehren. Diese allmähliche und unvermeidbare Ausgabe neuer Noten wird also eine stetige und zuverlässige Einnahmequelle für die Geldmonopolverwaltung bilden, und die Einnahme wird dem Bevölkerungszuwachs entsprechen. Steigt die Volkszahl um 1% jährlich, so wird die Jahreseinnahme 3 Millionen Pesos sein, beträgt der Zuwachs 2%, so werden es jährlich 6 Millionen Pesos sein.

Gegenwärtig beschränkt sich der Bevölkerungszuwachs fast auf die Vermehrung, die das Volk aus sich heraus erzeugt; dies schulden wir der Krise, die als Folge der Hebung der Valuta auftritt und die Einwanderer abhält. Gelingt es uns jedoch, der Geldpolitik eine andere Richtung zu geben, so werden sich Gewerbe und Handel wieder beleben und die Einwanderung aufs neue heranziehen.

Reißen wir also die Deiche ein, die durch den Preisrückgang, durch die Geldknappheit der gesunden Entfaltung der Schaffenskraft des Landes im Wege stehen, so muß der Bedarf an Geld steigen, er muß notwendigerweise in stets wachsendem Maße sich steigern.

Die Wirtschaftsgeschichte des Landes, der noch unausgebeutete Reichtum ausgedehnter Gebiete berechtigt uns, auf die Zukunft Argentiniens zu vertrauen; diese selbe Zuversicht aber muß zur Annahme berechtigen, daß der argentinische Verkehr einen wachsenden Bedarf an Geld haben wird.

Wenn bei einer Einwohnerzahl von 4 Millionen 300 Millionen an Geld für den Verkehr nicht ausreichen (der Beweis für ihre Unzulänglichkeit liegt im steten und allgemeinen Preisrückgang vor) so leuchtet ein, daß wir bei 5 Millionen Bevölkerung 375, und bei 6 Millionen 450 Millionen an Geld benötigen werden.



*Bemerkung.* Alle diese Berechnungen beruhen auf der Annahme, daß das Tauschverhältnis zwischen Gold und Waren auf unseren Auslandsmärkten sich nicht verändern wird. Fallen oder steigen jedoch die in Gold ausgedrückten Preise, so würde die Voraussetzung für diese Berechnungen nicht mehr zutreffen. Sinken die Warenpreise in Europa, so werden sie auch hierzulande sinken, und wir werden, um das Valutapari zu erhalten, Papier zurückziehen müssen; steigen aber die Warenpreise (in Gold ausgedrückt), so werden wir entsprechend mehr Papiergeld ausgeben müssen.

Jedoch liegt im Bevölkerungszuwachs nicht die einzige Handhabe, die der Geldmonopolverwaltung zur Bildung ihrer Reserven zur Verfügung steht; auch nicht die wichtigste.

*Die Grundlage für jede Nachfrage nach Geld besteht im Privateigentum und in der Arbeitsteilung.* Je stärker entwickelt diese beiden wirtschaftlichen Einrichtungen sind, umso größere Nachfrage nach Geld werden sie erzeugen.

Beide aber, Arbeitsteilung wie auch Privateigentum, sind hier in Argentinien noch sehr ausdehnungsfähig. Es gibt ganze Provinzen, die wegen fehlender Arbeitsteilung noch fast nichts für den Markt erzeugen. Die Bewohner begnügen sich, das für den Eigenbedarf Nötige hervorzubringen, und sie haben keine anderen Bedürfnisse als diejenigen, die sie mit eigenen Armen und den Hilfsquellen der umgebenden Natur befriedigen können. Mangel an Beförderungsmitteln macht Warenaustausch und Arbeitsteilung unmöglich. In jenen Provinzen besteht keine Nachfrage nach Geld. Die ihre Geleise täglich vorziehenden Eisenbahnen ermöglichen jedoch die Ausfuhr einer großen Menge von Erzeugnissen und verleihen ihnen Wert; dieser Wert aber reizt zu vermehrter Arbeitsteilung. Deswegen wächst die Nachfrage nach Geld mit jedem Kilometer, um den wir die Ausdehnung unserer Bahnlinien vermehren, und wir müssen deshalb die Notenausgabe so vermehren, daß sie mit dem Eisenbahnbau Schritt hält.

Wieviel beträgt die Vermehrung der Geldnachfrage, soweit sie von wachsender Arbeitsteilung herrührt? Auch dies können wir annähernd genau ausrechnen.

Vom Jahre 1892 bis 1897 sank der Goldpreis von 370 auf 270, was annähernd 30% ausmacht.

Im gleichen Zeitraum verbrannte die Konversionskasse	10 Millionen, also	3%
	und die Bevölkerung <u>wuchs um</u>	<u>10%</u>
	Insgesamt	13%

Rechnen wir diese von den 30% ab, so bleiben auf Rechnung vermehrter Arbeitsteilung 17%, also ungefähr 3% für ein Jahr.

Wenn wir nun annehmen, daß die Zunahme der Arbeitsteilung einige weitere Jahre hindurch im gleichen Verhältnis andauert, so würden wir die sich daraus ergebende verstärkte Nachfrage nach Geld mittels neuer Notenausgaben auszugleichen haben,

weil sonst – wie seit Jahren – das Geld weiter im Preise steigen, oder, was das selbe ist, der Preis der Waren weiter sinken würde.

Es bestehen jedoch, und ich erkenne dies ohne weiteres an, gewisse Kräfte, die imstande sind, der Wirkung entgegenzuarbeiten, die der Bevölkerungszuwachs und anderes auf die Nachfrage nach Geld ausüben, denn es könnte der Fall eintreten, daß *die Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes zunähme*, was im Verkehr dieselbe Wirkung üben würde wie eine vermehrte Notenausgabe.

Und es liegen statistisch festgestellte Tatsachen vor, die die Möglichkeit erweisen, daß dieser Fall eintritt. So steht es z. B. fest, daß der englische Markt nicht halb so viel Geld aufnehmen kann, wie der französische Verkehr in ständigem Umlauf erhält, und dies, trotzdem die Arbeitsteilung in England entwickelter ist als in Frankreich.

Dies liegt an den Bankeinrichtungen, die den Gebrauch des Geldes und die Nachfrage danach schmälern und seinen Umlauf beschleunigen.

Die von mir vorgeschlagene Geldpolitik würde nun sofort einen beschleunigten Geldumlauf herbeiführen, indem sie dem Markte alle die Gelder wieder zuführen würde, die durch die Hoffnung auf weitere Steigerung des Geldwertes zurückgezogen sind, und wir müssen deshalb sofort Anstalten treffen, um die durch den beschleunigten Umlauf herbeigeführte Beeinflussung der Preise zu bekämpfen.

Nach „Mulhalls statistischem Wörterbuch“ betrug der Geldumlauf auf den Kopf der Bevölkerung in:

Großbritannien	4,4	Pfund	Sterling
Deutschland	5	„	„
Vereinigte Staaten	7	„	„
Frankreich	11,8	„	„

Unser Notenumlauf von 290 Millionen ergibt zum jetzigen Kurs von 270 den Betrag von 4,7 Pfund Sterling auf den Kopf der Bevölkerung und weist uns unsere Stellung an zwischen den beiden Ländern, die nach der erwähnten Ermittlung im Vergleich zu ihrem Handel das wenigste Geld benötigen. Dies könnte uns zur Annahme verleiten, daß das Geld hierzulande schon sehr schnell umläuft und daß daher keine große Gefahr für eine wirkliche Beschleunigung besteht.

Bedeutet aber die beschränkte Geldmenge, mit der der argentinische Handelsverkehr auskommt, nicht vielleicht Mangel an Nachfrage nach Geld, Mangel an Arbeitsteilung, Mangel an Privateigentum? Ohne eine ins einzelne gehende Untersuchung ist diese Frage schwer zu beantworten.

Doch können wir das beiseite lassen. Sicher ist, daß die Hebung der Valuta, die alle von den jetzt geltenden Emissionsgesetzen erwarten, dem Verkehr einen merklichen Teil der angegebenen 300 Millionen vorenthält, sicher ist, daß die „Besserung der Valuta“ gegenwärtig den Geldumlauf behindert, während die vorgeschlagenen Reformen im Gegensatz dazu seinen Umlauf begünstigen würden.

Sicher ist, daß die Vorgeschlagenen Reformen den Geldumlauf sofort beschleunigen und damit preistreibend wirken würden.

Andererseits ist es gleichfalls sicher, daß die Reformvorschläge Handel und Gewerbe neu beleben und daß die mehr erzeugten Güter wahrscheinlich das vermehrte Geldangebot (vielleicht mit Überschuß) ausgleichen würden.

Nehmen wir diese Wirkung als sicher eintretend an, daß also der erwartete schnellere Geldumlauf sich durch die erhoffte verstärkte Warenerzeugung (Nachfrage nach Geld) ausgleicht, so würde sich die Lage der Geldmonopolverwaltung wie folgt gestalten.

*Jährliche Notenausgabe* zum Ausgleich der verstärkten Nachfrage nach Geld, die als Folge des Bevölkerungszuwachses eintritt:

2% auf 290 Millionen	Pesos	5.800.000
Desgl. zum Ausgleich der verstärkten Nachfrage nach Geld, die durch die zunehmende Arbeitsteilung erzeugt wird 3% auf 290 Millionen	<u>Pesos</u>	<u>8.700.000</u>
Insgesamt	Pesos	14.500.000

Ebensoviel im zweiten Jahre, zuzüglich Zinsen auf das Erträgnis des ersten Jahres, und nach drei Jahren würde die Geldmonopolverwaltung bereits über 50 Millionen Pesos an Börsenwerten ersten Ranges verfügen.

Würde diese Summe nicht ausreichen, um die Valuta auch vor einer „Verschlechterung“ zu schützen?

In drei Jahren würde die Notenausgabe auf 352 gestiegen sein, und die in den Kassen der Geldmonopolverwaltung befindlichen 50 Millionen würden somit den siebenten Teil der ganzen Emission ausmachen.

Gibt es auf der Erde ein zweites Land, das über vergleichsweise so gewaltige Mittel zur Regelung des Geldumlauf verfügt?

Durch den Verkauf dieser 50 Millionen an Rücklagen könnte die Geldmonopolverwaltung an der empfindlichsten Verkehrsstelle, an der Börse, 15% des gesamten Geldumlaufes zurückziehen!

Und diese Reserven würden alljährlich schrittweise zunehmen, genau entsprechend dem Bevölkerungszuwachs, im genauen Verhältnis zur Weiterentwicklung der Arbeitsteilung und des Besitzwechsels. Schritt haltend mit dem argentinischen Handelsverkehr würde

die Macht der Geldmonopolverwaltung sich mehren, sie würde in wenigen Jahren ihren Machtbereich durchaus beherrschen [Der Erfolg hat die Richtigkeit vorstehender Schätzungen und Berechnungen durchaus bestätigt. – 1903, nachdem 3 Jahre die argentinische Währung nach meinen Vorschlägen geführt worden war, befanden sich bereits 47 000 000 Goldpesos in der Konversionskasse, die durch keine anderen Kräfte als die genannten angezogen worden waren. Die Konversionskasse, die bei ihrer Gründung so gut wie nichts an Rücklagen besaß, beherrschte mit Hilfe der ihr selbsttätig und kostenlos zufließenden Mittel schon 1903 den Geldmarkt so, daß während dieses ganzen Jahres das Goldagio unverändert auf dem durch Gesetz festgelegten Punkt, nämlich 127.27 stehen blieb. Heute verfügt Argentinien über einen Goldschatz von 472 Millionen Pesos (1 Peso = 4 Goldmark). Die Noten sind dort mit 80% durch Gold „gedeckt“. Beim Vergleich mit den regulatorischen Machtmitteln anderer Notenbanken ist zu beachten, daß in Argentinien (wie jetzt in Deutschland) alles umlaufende Geld aus Noten der Nationalbank besteht, während in Deutschland damals die Hauptmasse des Geldes aus Gold- und Silbermünzen bestand, auf die die Reichsbank keinen Einfluß hatte. Daher hauptsächlich die Schwäche der Reichsbankpolitik. Je mehr Metallgeld im Verkehr war – umso schwächer war die Reichsbank. Diesen Sachverhalt hat die Reichsbank heute noch nicht voll begriffen.]

### **Schlußfolgerung**

Das aus Papier gefertigte Geld begegnet auf der ganzen Erde großem Mißtrauen, und es liegt darin nichts Verwunderliches. Denn nicht alle haben Muße, der Sache auf den Grund zu gehen, bevor sie ihr Urteil abgeben.

Wann hat man zum Papiergeld gegriffen? Das geschah, so oft unter der Herrschaft des Metallgeldes eine Krise ausbrach (in den Vereinigten Staaten, in Italien z. B.) und die Regierungen, die Bedürfnisse der Staatskasse mit denen des Verkehrs verwechselnd, die Notenausgabe als bequemes Mittel, sich Geld zu verschaffen, benutzten (in England, Frankreich, Rußland, Italien, Argentinien, Chile usw.); es geschah, wenn in Kriegszeiten, bei Hungersnot, als Folge von Seuchen das Metallgeld verschwand (Gresham-Gesetz), kurz, stets in Zeiten der Not, und nicht in dem Bestreben, den Geldumlauf zu bessern, sondern unter dem Drucke, den die dem Geldwesen vollständig fremden Triebkräfte ausübten.

Niemals, in der Gesamtgeschichte des Papiergeldes nicht ein einziges Mal, griff man zum Papiergeld, weil man sich daraus einen Vorteil für den Verkehr versprach. Niemals hat man zugunsten des Papiergeldes das kleinste Opfer gebracht (wie es doch alltäglich zugunsten des Metallgeldes geschieht); man hat es im Gegenteil seiner eigenen Hilfsquellen beraubt.

Ist es da verwunderlich, daß das Papiergeld, mißhandelt und ausgebeutet, die berechtigten Ansprüche des Verkehrs nicht befriedigen konnte, daß es, verglichen mit seinem metallischen Genossen, dem verhätschelten Lieblingskind sämtlicher Regierungen, sich als

mangelhaft erwies? Ist es nicht ganz natürlich, daß, in Folge naheliegender Gedankenverbindungen das Wort Papiergeld die Erinnerung wachruft an Krise, Hunger, Krieg, Elend?

Es besteht hiezulande als Abteilung der Regierung eine Konversionskasse. Entspricht der Zweck dieser Einrichtung dem Sinne ihrer Bezeichnung, so muß die Absicht vorliegen, zum Metallgeld zurückzukehren, und das Bestehen der Konversionskasse muß als der erste Schritt nach jener Richtung angesehen werden.

Ist aber die Umwandlung unseres Geldwesens, ist die Konversion beschlossene Sache, so müssen wir auch annehmen, daß die Fragen und Aufgaben, die heutzutage das Metallgeldwesen stellt, bei uns bereits gelöst worden sind. In welchem Sinne ist das geschehen? Geschah es zugunsten des Silbers, des Goldes, der Doppelwährung, der freien oder der bedingten Ausprägung?

Ich glaube, daß, wenn man diese Fragen entschieden hat, dies leichthin, ohne daß man der Sache auf den Grund ging, geschehen ist.

Heutzutage zum System des Metallgeldes übergehen, heißt einen Sprung ins Dunkle tun, der teuer zu stehen kommen kann. Schon der bloße Umstand, daß gegenwärtig der Zufall und die Abenteuerer von Klondyke und Transvaal über das Schicksal der Emission bestimmen, ist Beweis dafür, daß dieses Geldsystem große Mängel haben muß. Das Mangelhafte aber ist nicht von Dauer.

Dem Silber ist kürzlich das Prägerecht entzogen worden, und die dadurch bewirkte Entwertung dieses Metalls hat zu ungeheuren Verlusten in all den Ländern geführt, wo man das Silber zur Geldherstellung gewählt hatte. Was heute dem Silber widerfuhr, kann morgen dem Golde zustoßen. Also Vorsicht mit dem Golde!

Die Aufhebung des Prägerechtes für das Gold aber wird an dem Tage einsetzen, an dem irgendwo auf dem Erdball beschlossen wird, mit dem Papiergeld einen *ernsthaften Versuch* zu machen. An diesem Tage wird das Geldproblem für immer gelöst werden.

Wird dem Lande Argentinien die Ehre zufallen, diese Frage gelöst zu haben?  
Buenos Aires, im Mai 1898.

*Silvio Gesell*

## **D. Das Reichswährungsamt und die Internationale Valuta-Assoziation (Iva).**

### **Das Reichswährungsamt.**

a) Unter Währung ist die dauernde Aufrechterhaltung eines bestimmten allgemeinen Preisstandes der Waren zu verstehen, des heute oft genannten Warenpreisindex, die darin ihren stets genau meßbaren Ausdruck findet, daß mit einer bestimmten Geldsumme (Lohn, Gehalt, Renten, Pension) heute, morgen, immer eine bestimmte Lebenshaltung bestritten werden kann. Wohlverstanden handelt es sich hier nicht um Festsetzung der Preise einzelner Waren, sondern um die Festlegung des Durchschnittes, des Indexes, so daß, wenn auch einzelne Preise fallen, andere dafür steigen.

b) Solche Währung kann nur als Wirkung einer fortlaufenden Handlung, einer Verwaltung des Geldes erwartet werden, nicht aber von Eigenschaften eines Stoffes – wie das die Vertreter der Goldwährungs-Theorie anzunehmen scheinen. Mit anderen Worten: solche Währung muß dynamisch, nicht statisch betrachtet werden.

c) Die genannte Geldverwaltung besteht in der Hauptsache:

1. in der fortlaufenden statistischen Ermittlung des erwähnten Durchschnittswarenpriees (der sogenannten Indexzahl).

2. in der fortlaufenden Anpassung des Geldumlaufs an diesen Durchschnittspreis. Zum Zwecke dieser Anpassung werden bei anziehenden Preisen die Menge der umlaufenden Noten oder deren Umlaufgeschwindigkeit oder aber die Geldersatzmittel (Wechsel) eingeschränkt, bei rückgängigen Preisen dagegen verstärkt. Der allgemeine Preisstand wird auf diese Weise stets wieder auf den Ausgangspunkt zurückgebracht, so oft er sich davon entfernt. Die Abweichungen müssen umso geringfügiger sein, und umso schneller müssen die Preise auf den Normalstand zurückfallen, je besser die Geldverwaltung, das Reichswährungsamt, wacht und die entsprechenden Gegenzüge vornimmt. Die Tätigkeit des Reichswährungsamtes ist demnach mit der Arbeit des Schiffssteuermannes zu vergleichen, der das durch Strömung und Wind ständig aus dem Kurs geworfene Schiff durch entgegengesetzte Steuerwendungen doch immer wieder in die gewollte Richtung zurückzwingt.

d) Ihre wissenschaftliche Stütze findet diese Geldverwaltung in der vereinigten „Quantitätstheorie“, laut welcher die Warenpreise jederzeit und unbedingt davon abhängen, wieviel Geld im Verkehr ist und wie schnell dieses Geld umläuft. Sofern das Währungs-

amt die Weisung hat, das Geld nach den in c) bezeichneten Richtlinien zu verwalten, dürfen Änderungen im allgemeinen Preisstand keinen anderen Ursachen mehr zugegeben werden, als einer mangelhaften Führung der in c) geforderten Geldverwaltung, der Währungspolitik. Namentlich dürfen solche Änderungen nicht mehr auf Rechnung des Warenangebots gestellt werden, da das R.W.A. ja die Aufgabe hat, die vom Warenangebot kommenden Einflüsse durch Gegenzüge im Geldangebot aufzuheben, so daß z. B. gute Ernten, verbesserte Produktionstechnik, verstärkte Zufuhren aus dem Auslande usw. durch vermehrten Geldumlauf, entgegengesetzte Einflüsse dagegen durch verminderten Geldumlauf ausgeglichen werden. Da das R.W.A. die Befugnis erhalten soll, zu jeder Zeit das Geldangebot unbeschränkt zu mindern oder zu mehren, so muß es auch unter allen denkbaren Verhältnissen das ihm gesetzte Ziel erreichen können.

**Machtmittel des Reichswährungsamtes.** Das R.W.A. ist nach allen Seiten hin unabhängig; – namentlich auch gegenüber den Geldbedürfnissen des Finanzministeriums ist diese Unabhängigkeit eine unbedingte. Der Geldbedarf des Reiches muß unter allen Umständen innerhalb der Grenzen der vom R.W.A. geschaffenen volkswirtschaftlichen Ordnung seine Deckung finden. – Dem Reichswährungsamt die Notenpresse, dem Reichsfinanzministerium die Steuerpresse. – Das R.W.A. wird mit allen sachlichen und gesetzlichen Mitteln ausgestattet, die für die Erfüllung seiner Aufgabe als nötig erachtet werden, so daß Zweifel am Bestande der deutschen Reichswährung vernünftigerweise nicht mehr aufkommen können. Damit wird dann den Spekulationsgeschäften der Boden entzogen, und der Handel kann sich auf einer festen Unterlage entwickeln.

Zu diesem Zwecke erhält das R.W.A. nicht nur das Recht zu einer dem Nennwerte nach unbeschränkten Notenausgabe, sondern auch die Oberaufsicht über die Umlaufgeschwindigkeit der ausgegebenen Noten, *die es durch das Mittel des Freigeldes ausüben wird. Dem R.W.A. werden dadurch beide Zügel der Währungspolitik, die Menge und die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes, in die Hand gegeben, es erhält damit unbedingte Macht.* Durch den mit dem Freigeld erstrebten und erreichten geschlossenen Kreislauf des Geldes wird die eine der beiden die Preise bestimmenden Triebkräfte, die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes, zu einer feststehenden Größe, während die andere Triebkraft, die Geldmenge, durch das Recht zu unbeschränkter Notenausgabe und Notenverbrennung fest in der Hand des R.W.A. liegt.

Zum Überfluß wird auch der Verkehr in Geldersatzmitteln (Wechseln) dem R.W.A. unterstellt. Durch Einführung, Erhöhung,

Ermäßigung oder Beseitigung der Wechselstempelsteuer soll, sofern es für nützlich erachtet wird, der Wechselverkehr verstärkt oder eingeschränkt werden, je nachdem das R.W.A. dies wegen der Währung für geboten hält. Rücksichten auf Reichseinnahmen dürfen bei der Wechselstempelsteuer nicht mitspielen. Nur währungstechnischen Zielen soll diese Steuer dienen. Immerhin fließt ihr Ertrag der Reichskasse zu.

Auch das Lotteriewesen, durch welches zeitweise große Summen baren Geldes vom Warenverkehr ferngehalten werden können, wird dem R.W.A. unterstellt und zwar solange, wie die jetzigen außergewöhnlichen Umstände anhalten und das R.W.A. restlos alle Hilfsmittel der Währungstechnik zu Rate ziehen muß.

Das R.W.A. hat das Recht, Währungsanleihen zu veranstalten, um die heute ins Ausland verschleppten Noten, deren unzeitgemäße Rückkehr in den Handel die Maßnahmen des R.W.A. stören könnte, dem Verkehr in dem vom R.W.A. für nötig erachteten Umfang entziehen zu können. Diese Anleihen sollen völlig getrennt von den Reichsfinanzen vom R.W.A. selbständig verwaltet werden.

Als Ausgangspunkt für die zu führende Warenpreisstatistik wird der mit 1000 zu vervielfältigende Preisstand (Index) der Vorkriegszeit genommen –, d. h., das R.W.A. wird die Preise nicht abbauen, sondern die Währung so führen, daß die Preise auf den genannten Stand zurückfallen oder auf seine Höhe steigen.

Alle Tarife, Löhne, Gehälter werden sich mit der Zeit diesen Preisen in ihrer natürlichen, durch die Zwangswirtschaft gestörten Rangordnung anpassen. Die durch den Krieg geschwächte Schaffenskraft des deutschen Volkes muß selbstverständlich in einem entsprechend geringeren Arbeitsertrag zum Ausdruck kommen. Wäre diese Ergiebigkeit um 20% gesunken, so würden die Löhne, Gehälter in ihrem Aufstieg um ebensoviel unterhalb des um das tausendfache gestiegenen allgemeinen Preisstandes vorläufig zum Stillstand kommen. Mit der Zeit, im Umfang wie für die Getöteten vollwertiger Ersatz heranwächst, und wie sich die Folgen der neuen Währungsordnung fühlbar machen, werden die Löhne steigen, weit über den Friedensstand hinaus.

**Das Kapital des Reichswährungsamtes.** Das Papiergeld ist kein Schuldschein, der zu einer bestimmten Frist eingelöst werden soll. Es hat keinen vernünftigen Sinn, dem Volke die „Einlösung“, d. h. die Rückzahlung und *Vernichtung* des Papiergeldes feierlich in der Inschrift der Banknoten zu versprechen, da wir Geld ja doch immer brauchen werden. Was wir in Wirklichkeit brauchen, ist das Versprechen, daß das Geld *niemals* eingelöst wird. Das Einlösungs- oder Vernichtungsversprechen ist eine *Drohung*, keine Beruhigung; es bildet fürwahr die allerschwerste



Bedrohung, der der Handel ausgesetzt ist. Der Abbau der Preise in Amerika zeigt uns den Sinn und Unsinn des Einlösungsversprechens in der Inschrift der Banknoten. Mit denselben Gründen, die zur Einlösungsforderung führten, könnte man ja auch den Eisenbahnreisenden zu ihrer Beruhigung versprechen, daß nach der glücklichen Beendigung ihrer Reise die Bahn „eingelöst“, d. h. abgebrochen werden wird. Anstelle dieser Einlösungsbedrohung muß das Papiergeld die Bestimmung des Gesetzes enthalten, die dem Reichswährungsamt zur Pflicht macht, den Geldumlauf zu jeder Zeit haarscharf den Bedürfnissen des Landes anzupassen. Mehr ist nicht nötig. Will man ein übriges tun, so mag man schreiben: Für die Allgemeinheit sind die Schalter des R.W.A. geschlossen. Die Einlösung findet auf den Märkten, in den Läden und Börsen gegen die dort feilgebotenen Waren und Dienstleistungen statt. Waren hat der Inhaber für diesen Geldzettel gegeben, Waren hat er zu verlangen. Das R.W.A. selbst hat keine Warenlager, auch kein Geld, keine Geldschränke, keine Stahlkammern. Das R.W.A. wird jedoch die Waffen seines Alleinrechtes auf Notenausgabe so verwenden, d. h. die Marktlage stets so gestalten, daß die Besitzer der Geldzettel immer soviel an Waren werden kaufen können, wie sie selbst dafür hergeben mußten. Wenn dies im Einzelfall nicht immer nachweisbar wird – so doch im allgemeinen, im Durchschnitt, so daß man mit derselben Geldsumme immer die gleiche oder ähnliche Lebenshaltung wird bestreiten können.

Die zu solcher Währungspolitik nötigen Mittel müssen selbstverständlich in ausreichendem Maße vorhanden sein, um jeden sich zeigenden Geldüberfluß dem Verkehr entziehen zu können. Mit dem durch das *Freigeld* erreichten *geschlossenen Kreislauf des Geldes*, der die Haupttriebkraft in der Bildung der Preisschwankungen, d. i. die Unregelmäßigkeit in der Umlaufgeschwindigkeit dadurch lahmlegt, daß er sie *in eine feststehende Größe verwandelt*, werden überraschend geringfügige Mittel ausreichen, um die von der Wareenseite herührenden Einflüsse auf die Preise auszugleichen. Diese Mittel können wir uns in Gestalt von Wechseln, Devisen, fremden Geldsorten vorstellen. Auch Verkauf und Einlösung von Staatspapieren (Währungsanleihen), Steuerzuschlag und Steuerabschlag, wie auch die erwähnten Wechselstempelsteuern, das Lotteriemonopol, sind zum Kapital des R.W.A. zu zählen.

*Irgendwelche andere Deckung im Sinne des heutigen Reichsbankgesetzes ist überflüssig*, da es sich hier nicht mehr um eine Aktiengesellschaft, sondern um ein Reichsamt handelt. Hier gilt als Deckung der Noten des R.W.A., als Sicherheit, nicht ein toter Schatz (Gold), der, so groß er auch bemessen sein mag, doch immer, wie z. B. jetzt in Deutschland,

zu einer schier lächerlichen Winzigkeit zusammenschrumpfen kann, sondern die unversiegbare Quelle aller Schätze, die *Arbeitsteilung*, die den Markt immerfort mit Waren beschickt, und auf die letzten Endes alle echte Nachfrage nach Geld zurückzuführen ist. Ist doch das Geld ja nichts anderes als das Tauschmittel für die Erzeugnisse der Arbeitsteilung.

*Die Arbeitsteilung wird also zugleich die Deckung der Noten und das Kapital des Reichswährungsamtes sein.*

Das Gold aber, das noch in der Reichsbank lagert, können wir spurlos in die Reparationsmasse versenken. Im Sinne der Valuta- und Stabilisierungspolitik ist jede Devisen bares Gold. Ja, jede Kiste Ausfuhrgut, die den Seehäfen zurollt, ist für die Valuta Gold, bares Gold. Tausend Goldmark für den Export greifbare Ware, Lumpen, Papier und alte Stiefel, und tausend Mark in Goldmetall in der Reichsbank sind in jeder währungstechnischen Beziehung äquivalent. Gold in der Reichsbank für noch schlimmere Zeiten als die jetzigen aufbewahren, ist direkt sinnlos. Denn in demselben Maße, wie die Zeiten sich verschlimmern, nimmt die Aufnahmefähigkeit des Weltmarktes für Gold ab. Rechnet die Reichsbank mit solchen Ereignissen, dann täte sie doch besser, ihren Goldschatz gegen solche Waren umzusetzen, die man in schlechten Zeiten braucht. Das Gold der Reichsbank kostet uns jetzt 12%, also rund 120 Millionen Goldmark jährlich an Zinsen, denn zu diesem Satze müßten wir die Anleihen verzinsen, die wir im Ausland unterzubringen suchen. Und mit Zinseszins verdoppelt sich das Kapital bereits in 6 Jahren. Daneben ist noch zu beachten, daß durch die Freigabe und Ausfuhr des Reichsbankgoldes der Preis dieser Ware auf dem Weltmarkt gedrückt wird, was uns bei den Reparationszahlungen wiederum zugute kommt. Also weg mit dem Gold!

Das Notenausgaberecht der Reichsbank erlischt. Ihre Tätigkeit bleibt auf Bankgeschäfte beschränkt. Die Übergabe der Notenausgabeabteilung an das Reichswährungsamt erfolgt in der Weise, daß die sogenannte Deckung der abgegebenen Noten an das Reichswährungsamt abgeliefert wird. Das Aktienkapital, das ja heute nur noch ein Tausendstel des Notenumlaufes ausmacht, wird den Aktionären zurückgezahlt.

**Dem Reichswährungsamt wird ein Aufsichtsrat bestellt, zusammengesetzt aus Vertretern der Gewerkschaften, der Handelskammern, der Gewerbekammern, der landwirtschaftlichen Verbände.**

So lange niemand im Reichstag ist, der etwas von Währungsfragen und Valuta versteht, solange auch die Majorität dieser Körperschaft in diesen Fragen nicht zuhause ist, wird das Reichswährungsamt nur dem Aufsichtsrat verantwortlich sein. Dem

Aufsichtsrat ist auch die Abteilung des statistischen Amtes unterstellt, die mit der Errechnung des Warenpreisindexes betraut wird.

Der Aufsichtsrat wird das in der Weimarer Verfassung vergessene Währungsgesetz ausarbeiten und vor der gesetzgebenden Körperschaft vertreten, sobald diese sich durch Majoritätsbeschluß für sachverständig und damit für zuständig erklärt.

Der Aufsichtsrat beruft zur Regelung der Valutafrage eine internationale Konferenz, er bestellt zu solchen die Vertreter des Reichs und arbeitet die deutschen Vorschläge aus.

### **Valuta.**

Dem Reichswährungsamt können wir nicht zwei Maßstäbe zur Führung der Notenpolitik geben. Es kann die Währung nicht zugleich auf feste Preise *und* auf feste Valuta mit 100 selbständig vorgehenden Staaten einstellen. Die Valuta muß im Einvernehmen mit allen Staaten behandelt werden. Die Fixierung des Dollarkurses ist keine Lösung der Valutafrage.

Die Aufgabe, einen festen Auslandskurs (Valuta) mit festem Warenpreisstand (Index) zu verbinden, ist jedoch völlig befriedigend gelöst, sobald in allen Ländern die nationale Währung nach den gleichen, hier für das R.W.A. aufgestellten Grundsätzen geführt wird, d. h. also, wenn überall die nationale Währungspolitik auf die dauernde Aufrechterhaltung des allgemeinen Preisstandes gerichtet ist, weil dann das einmal ausgebildete Verhältnis von Ausfuhr und Einfuhr keinen erheblichen Schwankungen mehr ausgesetzt ist und der etwaige Saldo in der Zahlungsbilanz durch private Kreditmaßnahmen der Handelswelt seinen Ausgleich findet.

Es ist anzunehmen, daß, wenn wir in Deutschland unsere nationale Währung nach den hier entworfenen Grundsätzen leiten, die günstigen Erfolge bald alle übrigen Staaten zur Nachahmung veranlassen werden. Mehr wird aber zur Lösung der Valutafrage niemals nötig sein, als daß in allen Staaten die nationale Währung nach international gültigen, an sich gesunden Grundsätzen geleitet werde.

Will man aber schnell und sicher beide Ziele verständiger Währungspolitik erreichen, so verfähre man nach dem Vorschlag, den ich unter der Bezeichnung „Iva“ – Internationale Valuta-Assoziation – machte und für den ich das folgende Programm entwarf:

#### **Programm für die internationale Valuta-Assoziation:**

1. In den Staaten, die sich der Internationalen **Valuta-Assoziation** anschließen wollen, wird als Währungseinheit die **Iva** eingeführt.

2. Diese neue Währungseinheit (Iva) ist nicht statisch (als Stoff), sondern dynamisch (als Tat), als Produkt einer fort-

laufenden Handlung, aktiver Währungspolitik, zu verstehen und kann demnach nur solange eine genau bestimmte Größe bleiben, als sie durch die Währungspolitik in dieser erhalten wird.

3. Die Währungspolitik in den Iva-Staaten ist auf die absolute Währung der Iva eingestellt.

4. Die zur absoluten Währung gehörigen statistischen Arbeiten werden nach einheitlichen Richtlinien geführt und ihr Ergebnis in einem besonderen, internationalen, statistischen Büro ständig verglichen und nachgeprüft.

5. Die auf die absolute Währung gerichtete aktive Währungspolitik beruht auf der Quantitätstheorie, d.h. auf der Erkenntnis daß durch Mehrung oder Minderung des Geldangebots das allgemeine Preisniveau immer wieder auf den Ausgangspunkt zurückgeführt werden kann, so oft es sich davon auch zu entfernen strebt – und zwar unter allen Umständen – auch im Krieg.

6. In den Iva-Staaten wird somit das Geldwesen zunächst national bleiben, jedoch nach einheitlichen, an sich gesunden, für alle Verhältnisse, alle Entwicklungsstadien gültigen Grundsätzen verwaltet.

7. Mit der oben gekennzeichneten einheitlichen nationalen Währungspolitik wird schon die Hauptursache der Handelsbilanzstörungen und der aus ihnen hervorgehenden Valutaschwankungen beseitigt.

8. Doch sind Störungen des Gleichgewichte in der Handelsbilanz in kleinerem Umfange aus mancherlei Ursachen (z. B. schwankende Erntefälle) nicht ausgeschlossen.

9. *Um auch die Wirkung dieser Einflüsse auf die Valuta gänzlich aufzuheben, wird eine besondere internationale Valutanote geschaffen, für die alle Ivastaaten solidarisch haften, die unbehindert ein- und ausgeführt werden kann und überall gesetzliche Zahlkraft zu festem Kurs mit dem nationalen Geld haben soll.*

10. Diese Iva-Valutanoten werden in einer Zentralstelle der Iva-Verwaltung – unter Aufsicht aller beteiligten Staaten – hergestellt und diesen gegen Erstattung der Herstellungs- und Verwaltungskosten, sonst aber kostenlos abgeliefert.

11. Die Menge dieser Valutanoten wird ausschließlich durch ihren regulatorischen Zweck bemessen werden. Etwa 20 Prozent des nationalen Notenumlaufes dürften genügen. Die Ivastaaten machen den Ivanoten im Verkehr dadurch Platz, daß sie 20% des eigenen Geldumlauf einziehen und verbrennen.

12. Iva-Verwaltung (Bern, Prag, Haag oder Kopenhagen) erhält für die gelieferten Valutanoten Wechsel ausgestellt, die dann fällig werden, wenn durch fehlerhafte nationale Währungs-

politik die Handelsbilanz andauernd passiv bleibt, dadurch die Valutanoten gänzlich über die Grenze vertrieben werden und für dieselbe ein Agio auftritt. Von diesem Tage an wird auch für die fälligen Wechsel ein Zins berechnet.

13. Die Valutanote wird zweckmäßig in der Stückelung hergestellt, die besonders für den Kleinverkehr in Frage kommt, so daß jeder Mangel oder Überfluß sich sofort fühlbar macht, wodurch die nationale Währungspolitik der öffentlichen Kontrolle unterstellt wird. Diese Stückelung dürfte zweckmäßig nicht durch nationale Noten gleicher Stückelung ersetzt werden.

Dort, wo die *Ivanote* in der Stückelung nicht mit dem Nationalgeld übereinstimmt, wo z. B. für eine Iva Zwei oder drei oder gar Bruchteile der nationalen Geldeinheit gilt, dürfte sie im Zahlungsverkehr auf erhebliche Schwierigkeiten stoßen, trotzdem der einmal angenommene Kurs ein fester bleibt. In solchen Fällen wird die Iva bei ihrem Eintritt ins Land in besonderen dafür eingerichteten Kassen zu dem einmal gesetzlich festgelegten Kurs gegen nationale Ivanoten umgewechselt. Diese nationalen Ivanoten sind durch Farbe oder sonstwie als Iva gekennzeichnet und werden in denselben Kassen für die Ausfuhr gegen die dort bei ihrem Eintritt niedergelegten internationalen Iva zum gleichen Kurs jederzeit und kostenlos gewechselt.

14. Die Ivastaaten betrachten es als in ihrem Interesse liegend alles Nötige zu tun, damit die Valutanote stets pari mit dem nationalen Geld umläuft.

15. Das erreichen sie dadurch, daß sie bei andauerndem Einströmen von Valutanoten den Umlauf des eigenen nationalen Geldes vermehren – und umgekehrt bei Abströmen der Valutanoten nationales Geld einziehen.

16. Sollte diese im Interesse der Valutanote betriebene internationale Währungspolitik in erheblichem Umfang und anhaltend zu einer Diskrepanz mit den Forderungen der absoluten Währung führen (s. § 3), so wird durch eine vom internationalen statistischen Büro (s. § 4) geleitete Untersuchung die Ursache der Erscheinungen erforscht und die nötigen Anweisungen an alle Iva-Staaten zur Beseitigung des Übelstandes gegeben werden.

17. Damit die Kosten der Ein- und Ausfuhr von Valutanoten den Parikurs derselben nicht beeinflussen, werden diese Kosten von der Zentralstelle getragen werden.

18. Die Verwaltungskosten werden auf die Iva-Staaten pro rata der Einwohnerzahl verteilt.

19. Der Iva kann sich jeder Staat, auch außereuropäische, ohne weiteres anschließen. Es genügt dazu die Erfüllung der Bedingung 1 und die Führung der nationalen Währungspolitik nach den Grundsätzen der absoluten Währung. (s. § 3.)

20. Der Austritt aus der Iva kann ebenfalls jeder Zeit durch Einlösung der unter § 12 erwähnten Wechsel erfolgen.

21. Die Auflösung der Iva erfolgt durch Inkasso der der Iva-Verwaltung gezeichneten Wechsel und Vernichtung der auf diese Weise eingegangenen Iva-Noten.

Auch die überzeugtesten Freunde der dynamischen oder galileischen Währung rechnen damit, daß selbst bei allseitig gewissenhafterer Führung der nationalen Geldverwaltung, unter strengster Beobachtung der scharf geprägten Grundsätze der absoluten Währung kleine oder kleinste Schwankungen der Valuta nicht zu vermeiden sein würden. Es fehlte der automatische Arbitrage-Automat, wie ihn die Goldwährung, wenn auch in etwas grober Gestalt, darstellt. Das heißt, es fehlt die Möglichkeit, daß durch Einfuhr und Ausfuhr des nationalen Geldes das internationale Preisniveau sich automatisch ausbalanciert.

Mit dem Vorschlag einer internationalen Valutanote wird ein Arbitrageautomat geschaffen, der, was Vollkommenheit der von ihm zu erwartenden Arbeit anbetrifft, den Goldwährungsautomat weit übertrifft. Wobei als besonderer Vorzug dieser Lösung zu betrachten ist, daß sie es jedem Staate ohne Weiteres, d. h. ohne Vertrag, möglich macht, sich dieser Internationalen Valuta-Assoziation anzuschließen, auch ohne Änderung der nationalen Geldeinheit (s. Art. 13).

### **Tatsachen:**

1. Die Fünffrankenstücke liefen vor dem Kriege in den Ländern der lateinischen Münzunion hemmungslos um. Sie konnten frei von einem dieser Länder ins andere ausgeführt werden, hatten überall gesetzliche Zahlkraft pari mit den anderen Geldsorten dieser Länder und liefen auch meistens pari mit diesem um.

2. Das Fünffrankenstück war dabei Kreditgeld. Es war eine Zeitlang nur 50 Prozent durch seinen Silbergehalt „gedeckt“. Man konnte mit ihm das Doppelte des eigenen Silbergehaltes kaufen, so daß von je zwei solchen Münzen immer eine als reines Kreditgeld betrachtet werden konnte. Wer die Münze einschmolz, verlor die Hälfte. Wer haftete letzten Endes für diese Münzen? Sicherlich nicht die, deren Bildnis diese 5 Frankenmünzen tragen, entthronte, abgedankte, tote Fürsten. Verträge geben ihnen internationalen Kredit.

3. Infolge seiner Freizügigkeit spielte das 5 Frankenstück die Rolle eines allgemeinen Arbitrage-Automats, eines internationalen Nivellierers des allgemeinen Preisstandes der Waren.

4. Waren- und Zahlungsbilanz standen durchaus unter der Kontrolle dieses Arbitrageautomats.

5. Mehrte man z. B. im Lande A. der Münzunion den Geldumlauf (Masse oder Umlaufgeschwindigkeit) im Mißverhältnis zum

Geldumlauf der anderen Unionsländer B. oder C., so stiegen die Warenpreise in A. über das Niveau der Preise in B. und C. Dies bewirkte, daß die Wareneinfuhr in A. aus den Ländern B. und C. gefördert, die Ausfuhr dagegen gehemmt, daß die Waren- und Zahlungsbilanz passiv und der Saldo durch Ausfuhr von Fünffrankenstücke ausgeglichen wurde.

6. Diese Ausfuhr von Fünffrankenstücken aus A. nach B. und C. drückte die Warenpreise in A. und hob sie zugleich in B. und C., wobei zu beachten ist, daß die Fünffrankenstücke als Notendeckung galten und daß die Ausfuhr von Fünffrankenstücke, die man sich von der Notenbank holte, zumeist einen doppelt so hohen Noteneinzug zur Folge hatte, also doppelt wirksam war. Diese Ausfuhr von Fünffrankenmünzen dauerte an, bis das Gleichgewicht der Warenpreise, das Gleichgewicht der Ein- und Ausfuhr, das Gleichgewicht der Waren- und Zahlungsbilanz wieder hergestellt war.

7. Hielt im Lande A. die Notenvermehrung bis zur gänzlichen Verdrängung der Fünffrankenmünzen an, so konnte der Saldo der Zahlungsbilanz nicht mehr durch Ausfuhr von Fünffrankenmünzen ausgeglichen werden. Dann setzte der Arbitrageautomat aus; an seine Stelle trat das Agio.

8. Wünschte man in A. das Agio zu beseitigen, so zog man Papiergeld ein. Dann gingen die Warenpreise zurück, die Wareneinfuhr ließ nach, die Ausfuhr stieg, bis die passive Handels- und Zahlungsbilanz aktiv wurde. Dann strömten die durch die vorhergehende Notenausgabe vertriebenen Fünffrankenmünzen wieder zurück und das umgekehrte Spiel setzte ein, bis zum allseitigen Ausgleich. Die Warenpreise waren durch das Fünffrankenstück wie durch ein System kommunizierender Röhren verbunden, in dem das Niveau des Wassers immer nach jeder Störung automatisch das Gleichgewicht sucht.

9. Hielt man sich in allen Ländern der Münzunion bei der Notenausgabe an das unter 7. – 8. beschriebene Warnungssignal, so mußten sich die Valutaschwankungen durchaus innerhalb der Kosten der Hin- und Herschickung der Silbermünzen halten.

10. Die Festigkeit der Valutakurse war also innerhalb der Münzunion nicht durch Internationalisierung des gesamten Geldumlaufes herbeigeführt worden, sondern dadurch, daß man einer beschränkten Anzahl Münzen internationale Gültigkeit verlieh.

### **Folgerungen:**

1. Das oben beschriebene Spiel der Kräfte steht in voller Übereinstimmung mit der Quantitätstheorie und liefert für dieselbe zugleich den Beweis ihrer Richtigkeit.

2. Es leuchtet ein, daß sich am genannten Spiel der Kräfte nichts ändern kann, wenn wir an Stelle des silbernen Fünffranken-

stückes ein solches aus Papier setzen, da das Fünffrankenstück ja nicht Kraft seines Silbergehaltes als Geld funktionierte. Das ihm durch internationale Verträge verbriefte Vorrecht machte es zu internationalem Geld.

3. Gibt man ein solches unter Aufsicht der beteiligten Staaten verfertigtes Geld in einer nur für den Zweck bestimmten Menge aus und nur in einer einzigen Stückelung, so würde dieses internationale Geld, wie jetzt die Fünffrankmünzen, überall frei ein- und abgehen, überall automatisch auf Warenein- und Ausfuhr regulierend wirken und überall als Arbitrageautomat abgleichend auf die Valuta und Wechselkurse wirken.

4. Ungewöhnliches Einströmen von solchen Fünffrankennoten wäre der Beweis, daß zu wenig eigenes, nationales Papiergeld in Umlauf ist. Am Ausströmen würde man merken, daß zu viel nationales Geld umläuft.

5. Der vollkommene Abfluß der internationalen Noten und das folgende Auftreten eines Agios wäre der Alarmschuß für die Notwendigkeit einer kräftigeren Drainage des Geldmarktes, die so lange anzudauern hat, bis das Agio verschwindet und die internationalen Noten wieder einströmen.

6. Umgekehrt würde ein starkes Zuströmen der internationalen Noten beweisen, daß zu wenig nationales Geld in Umlauf ist – vorausgesetzt, daß man nicht annehmen will, daß aus allen anderen Ländern die internationalen Noten durch zu vieles nationales Geld vertrieben wurden, letztere Annahme führt auf die eigentliche Währungsfrage, die nicht mit der Valutafrage zu verwechseln ist.

---



## II. Das Reparationsproblem.

### E. Die Hoffnung auf die Revision des Diktates.

Es gibt immer noch, und nicht nur in Deutschland Menschen, die glauben, daß das Diktat von Versailles schließlich doch noch eine Revision zu unseren Gunsten erfahren wird. Wir haben ja auch die Sachverständigen gehört, die behauptet haben, daß Deutschland die ihm aufgebürdeten Lasten nicht tragen kann. Das Urteil solcher ausländischen „Sachverständigen“ geht dann auch durch die ganze deutsche Presse, und – man freut sich, wenn nachgewiesen wird, daß wir zu arm sind und so viel nicht zahlen können. Denn man glaubt, daß das Urteil solcher Männer Einfluß auf das Gebaren der Sieger haben wird. Als ob die Völker der Entente eher nach Sachverstand sich richteten, als wir hier in Deutschland.

Es ist höchste Zeit, daß wir solche törichten Hoffnungen fahren lassen. Wer ist denn *Cassel*, wer ist denn *Keynes*? Ich glaube, daß unter der Masse der französischen Wähler kaum einer unter tausend die Namen dieser Männer je gehört hat. Und außerdem braucht ja nur einer das Wort „Bestechung“ fallen zu lassen, dann glaubt das Volk, daß die Boches hier mit unehrlichen Mitteln arbeiten. Panama hat den französischen Bauer mißtrauisch gemacht. Und der französische Bauer regiert in Frankreich. Ihn wird das Urteil von noch so vielen und ehrenwerten Sachverständigen niemals von der Notwendigkeit überzeugen, den Vertrag zu revidieren, denn Revision heißt für ihn ja *sich selbst die Steuern auferlegen, die er dem deutschen Steuerzahler zgedacht hatte!* Hat es in der Geschichte der Menschheit schon je so etwas gegeben? Utopie ist solche Hoffnung. Der französische Bauer sagt sich: weshalb arbeite ich 12 Stunden im Stall und auf dem Felde? Warum soll der deutsche Arbeiter nur 8 Stunden arbeiten? Eigentlich sollte es doch umgekehrt sein! Soll der Sieger arbeiten und der Besiegte mit den Händen in den Hosentaschen zuschauen? Der Boche soll mindestens so lange wie ich arbeiten und dann wollen wir sehen, ob er zahlen kann oder nicht. So denkt der Bauer in Frankreich und so würde der Bauer in Deutschland in gleicher Lage auch denken. Und alle Sachverständigen der Welt werden ihn nicht von diesem Urteil abbringen. Sagt man ihm, daß Deutschland unter der Last zusammenbrechen wird, dann lacht er nur und sagt: umso besser. Dann brauchen wir kein so starkes Heer mehr. Dann werden wir vom Militarismus, den uns Deutschland

aufgebürdet hat, befreit. Und unser Sohn, unser fils unique braucht nicht jahrelang Kasernenluft und Kasernenmoral aufzunehmen. Bricht Deutschland gänzlich zusammen, dann sparen wir am Militärbudget, was wir an den Reparationen verlieren. Unser Sicherheitsgefühl wächst, wenn in Hungerrevolten die Deutschen sich gegenseitig umbringen. Wenn die Not die deutschen Chemiker, Ingenieure, Architekten und Kaufleute zur Abwanderung getrieben haben wird, wenn die Unternehmer mit ihrem Kapital geflüchtet, alle geflüchtet sind, wenn die Fabriken eingestürzt sein werden, dann werden wir uns sicher fühlen und dann werden wir mit Behagen die Titel der deutschen Reparationsschulden ins Feuer werfen. Kurz, wenn sich Deutschland erholt und zahlt, dann müssen wir ein starkes Heer unterhalten. Und das Heer wird die Reparationssumme auffressen. Und wenn sich Deutschland nicht erholt, dann werden wir das Heer entlassen können. Finanziell ist also für uns kein Unterschied, ob Deutschland sich erholt oder ob es zusammenbricht. Wir wollen also keine Revision.

Daß neben solchen brutalen Stimmen, namentlich in den großen Städten und im Proletariat auch menschliche Stimmen gehört werden, ändert nichts an der Tatsache, daß in Frankreich jeder Finanzminister, der sich mit den Worten einführt: Wir müssen sofort ganz energisch unsere Steuern erhöhen, damit wir Deutschland entlasten und unser lieber Nachbar nicht unter den Reparationen zusammenbricht, sofort an die Luft gesetzt wird.

In England steht es politisch für den Gedanken der Revision um kein Haar besser. Die proletarischen Massen, die die Arbeitslosigkeit auf die deutschen Reparationen zurückführen, sind aus diesem Grunde für die Revision. Die bürgerlichen Kreise, die von der Arbeitslosigkeit weniger unmittelbar betroffen werden, sollen von der Revision, die sich in eine noch stärkere Anziehung der Steuerschraube umsetzen würde, nichts wissen. Die revisionistischen Kreise in England erlitten bei den Wahlen eine schwere Niederlage. Auf wen nun soll der englische Finanzminister sich stützen, wenn er im Parlament die Revision empfiehlt und sagt, man könne doch nicht still zusehen, wie ein so scharfer Konkurrent wie Deutschland zusammenbricht und daß die „Gefahr“ besteht, daß er sich niemals erholen wird! Er empfehle, Deutschland einen Teil der Schulden zu erlassen und diesen den englischen Steuerzahlern aufzubürden, damit der Konkurrent sich erholen und seine so nützliche Tätigkeit, die nach allgemeiner Ansicht jetzt Ursache der schrecklichen Arbeitslosigkeit in England ist, wieder mit frischeren Kräften aufnehmen kann! Die Deutschen hätten ja immer behauptet, daß die „Engländer“ nur aus Konkurrenzneid in den Krieg eingegriffen hätten und daß es jetzt gilt, zu zeigen, England habe niemals solche krämerhaften Absichten gehabt! Man sieht – Utopie ist es

also auch von englischer Seite her eine für uns günstige Revision zu erwarten.

Der dritte im Bunde, Italien, ist an den deutschen Reparationsleistungen weniger interessiert. Darum war auch in Italien die Stimmung der Revision günstiger. Aber an die Stelle *Nittis* trat nun *Mussolini*, der ganz andere Pläne verfolgt. Nitti war für den Weltverkehr und sah im Versailler Diktat ein schweres Hindernis für diesen Weltverkehr. Mussolini dagegen, Nationalist, wird wie alle Nationalisten lieber ein kleines, aber geschlossenes, nationales Wirtschaftsgebiet ausbauen wollen. Klein aber mein! Also erhöhte Zollsätze. Dazu aber braucht er die deutsche Industrie nicht. Dem Nationalisten ist das, was im Ausland vorgeht, gleichgültig. Gleichgültig darum auch, ob das Volk jenseits der Alpen verhungert und verdirbt. Das neue, nationalistische Italien, wird darum auch der Revision wegen sich nicht in Widerspruch mit Frankreich setzen wollen. Gib mir freie Hand am adriatischen Meer und ich gebe dir freie Hand am Rhein. So wird Mussolini an Poincarée schreiben.

Keinem Menschen auf der Welt ist das Schicksal Deutschlands gleichgültiger als den USA-Menschen. Gewiß, es gibt wie überall so auch in Amerika noch Menschen. Aber eben so sicher ist auch, daß kein Staat der Welt so brutal und rücksichtslos *seine* Ziele verfolgt, wie eben der Staat der Nordamerikaner. Nicht umsonst haben sich die Amerikaner selbst aus dem Völkerbund ausgeschlossen. Die brutale Monroedoktrin, die Zollpolitik, die ebenso brutale Rasse- und Einwanderungspolitik, die hier getrieben wird und von deren Auswirkungen wir Europäer zu befürchten haben, daß uns das Erbe des Columbus noch einmal an die Mongolen verloren gehen wird, wenn wir die Amerikaner hier weiter ihre kurz-sichtige Politik treiben lassen, alles das ist auf einem Völkerbundstag nicht vertretbar. Und von diesen, von der kurz-sichtigsten Ichsucht besessenen Menschen erwarten wir nun, *daß sie sich selbst besteuern werden*, nur um die Landsleute – der God d . . . Hessians zu entlasten? Utopie ist solcher Glaube, kindlichste Utopie. Wenn uns Amerikaner helfen, dann wird es die Hilfe des Wucherers sein. Mehr nicht. Je hilfloser wir in den Armen des Versailler Polypen sein werden, umso mehr wird sich der Sohn Morgans freuen, und sich für Deutschland interessieren. Leute wie Morgan, die die Krise von 1907 kaltblütig heraufbeschworen, die ihr eigenes Volk zwecks Börsendifferenzen in das schwerste Unglück getrieben haben, von denen ist zu erwarten, daß sie die Revision nur vom Standpunkt des Wucherers behandeln werden.

Lassen wir also alle Hoffnungen fahren. Uns hilft sicherlich kein Staat. Wenn noch eine Hoffnung verbleibt, so ist es die, daß

die Entente sich *vielleicht vor dem bolschewistischen Charakter der finanziellen Maßnahmen fürchten wird, die wir in Verfolg der Erfüllungspolitik werden treffen müssen*. Denn, wenn uns die Entente zwingt, das Versailler Diktat zu erfüllen, so sind hier in Deutschland finanzielle Maßnahmen nötig, die den Stempel des Bolschewismus auf der Stirn tragen. Sachwertsteuern, Vermögensabgaben. Mieterschutz, Konfiskationen und Bolschewismus, es ist ein und dasselbe Ding. Und wenn wir nun den Völkern, dem Welt-Proletariat, zeigen, *wie* man es machen muß, wenn wir deutsche Gründlichkeit, deutsche Wissenschaft, in den Dienst dieses Reparations-Bolschewismus stellen, wenn es in der Welt bekannt wird, daß in Deutschland trotz schwerer Reparationslasten die Arbeiter aller Berufe, die Beamten, die Lehrer, die Bauern, wirtschaftlich besser gedeihen als in den von den Reparationsleistungen unterstützten Völkern, wenn die jetzige Auswanderung gar in eine Einwanderung ausländischer, belgischer, französischer, englischer, amerikanischer Arbeiter umkippt, die den Tragkörper der Reparationslasten vergrößern werden, dann vielleicht werden die Ententevölker stutzig werden und in der Furcht, daß solcher *Reparations-Bolschewismus* Schule machen und über die Grenze greifen könnte, werden sie die Revision vornehmen wollen, zu der ihnen sonst ewig die politische Macht fehlen würde. Dann allerdings dürfte es auch schon zu spät sein. Denn, wenn wir einmal unter dem Druck der Ententebajonette die Last des Kapitalismus abschütteln müssen, dann werden von allen Teilen der Welt die Proletarier Studienkommissionen nach Deutschland senden und dann werden diese Proletarier dafür sorgen, daß das, was wir aus Not taten, nun in ihren Ländern aus Gründen der sozialen Gerechtigkeit getan werde.

Videant consules . . . Wo sind nun die französischen, englischen, amerikanischen Konsuln des Kapitalismus, die die Aufmerksamkeit ihrer Herren, auf diese Folgen der Reparationspolitik lenken?

Jedes Ding hat zwei Seiten. Auch die Reparation hat sie. Wenn wir hier in Deutschland den Druck der Ententesoldaten benutzen, um die inneren Widerstände, die sich gegen die Lösung der sozialen Frage auftürmen, zu brechen, so ersparen wir damit den Bürgerkrieg, der vielleicht sonst unvermeidlich wäre. Dann werden wir vielleicht in einigen Jahren sagen, wenn wir von der Höhe des sozialen Friedens die Blutströme betrachten, die in den anderen Ländern im Kampfe um dasselbe Ziel vergossen werden, ausrufen: *Wie billig bist du, Michel, durch die Reparationen zum sozialen Frieden gekommen!*

## F. Die Hoffnung auf ausländische Hilfe und Anleihen.

(geschrieben 1. 4. 22.)

Reichskanzler Wirth im Reichstage vom 28. 3. 1922:

„In der Frage der *inneren und äußeren Anleihen liegt der Schlüssel des ganzen Reparationsproblems*. Die Zwangsanleihe kommt mit ihrer Wirkung einer Vermögensabgabe gleich. Ob das System der inneren Anleihen weiter ausgebaut werden kann, werden wir erwägen. Aber diese Frage des inneren Budgets kann das Reparationsproblem nicht von Grund auf lösen. Hierzu scheint die Frage der äußeren Anleihen der geeignete Weg zu sein. Die deutsche Regierung hofft über diese Frage bald in eine förderliche Besprechung eintreten zu können, aber hier kommt alles darauf an, die Hindernisse zu beseitigen, die im Vertrag von Versailles und in seiner Handhabung durch die Reparationskommission von dem Weltkapital erblickt werden. Das Projekt einer äußeren Anleihe wird vom Weltkapital nur günstig aufgenommen werden, wenn dem Deutschen Reich für einen längeren Zeitraum endlich wirtschaftliche Atemfreiheit gewährt wird. Unser Augenmerk werden wir darauf richten, ob der Plan einer äußeren Anleihe feste Gestalt gewinnen kann. *Das ist der einzige Weg, der Deutschland und die Welt aus dem Wirrwarr herausführen kann*. Wir müssen damit rechnen, daß uns neben den eben bekannt gegebenen Verpflichtungen noch andere auferlegt werden. Ich nenne nur die Verpflichtung aus dem Ausgleichverfahren für das im laufenden Jahr rund 4 1/2 Millionen Goldmark zu zahlen sein werden. Dazu kommt, daß sich seit dem 28. Januar unsere Finanzlage erschreckend verschlechtert hat. Das alles berechtigt zu dem Schlüsse, daß wir aus eigenen und laufenden Mitteln ohne Zuhilfenahme ausländischer Geldmittel unsere Verpflichtungen für das Jahr 1922 *nicht erfüllen können*.“

Aus diesen Worten unseres Reichskanzlers geht klar hervor, welche Rolle der Kredit, die Anleihe, der Zins, die Pumpwirtschaft im Finanzsystem des Deutschen Reiches spielen sollen und da lohnt es sich wohl, daß wir der Frage auf den Grund gehen, welche Aussichten solche Anleihepläne für ihre Verwirklichung antreffen werden und auch schließlich, was wir von ihnen zu erwarten haben. Diese Frage ist umso brennender, als wir in Deutschland in der Hoffnung auf den Kredit jetzt schon manches tun und zu tun unterlassen, was für unsere wirtschaftliche Entwicklung von größter Bedeutung ist. Den Schaden, der uns hierauf erwächst, werden

wir dann erst merken, wenn sich unsere Hoffnungen auf den rettenden Kredit als trügerisch erweisen sollten. Es könnte uns dann ergehen wie den Russen, die in der Hoffnung, daß ihnen die Sowjets noch rechtzeitig Hilfe bringen würden, auch noch das Saatgetreide zu Brot verarbeitet haben. Wer auf Gott und die Bankiers vertraut, handelt anders als der Mann, der nur den eigenen Kräften traut. Und die Zeit, die wir mit den utopischen Anleihephantastereien verlieren, gilt in unserer ausgemergelten Wirtschaft außerordentlich viel.

Ehe ich nun an die Darstellung unseres Gegenstandes gehe, will ich noch kurz die politische Seite der Angelegenheit streifen.

Bisher behelfen wir uns mit der Papiergeldwirtschaft, die als das letzte Hilfsmittel aller bankrotten Regierungen zu betrachten ist. Weil die Wählermassen, die unser Parlament bilden, keine Ahnung haben von den wirtschaftlichen Zusammenhängen, konnte die Reichsregierung bisher die notwendigen finanziellen Maßnahmen nicht treffen, ja nicht einmal in Vorschlag bringen oder in Erwägung ziehen, da ihre Notwendigkeit vom Reichstag ja doch nicht eingesehen worden wäre. So zwang das demokratische System die Regierung zu Maßnahmen, die mit der Zeit den Sturz der Demokratie oder aber den Untergang von Volk und Staat herbeiführen müssen. Demokratie im Klassenstaat ist nur als Demagogie denkbar. Die ideale Demokratie, wie sie unsere Verfassung vielleicht erstrebte, setzt die spurlose Versenkung des Klassenstaates und einen bis zur völligen Durchsichtigkeit vereinfachten Staatsbetrieb voraus. Der Staatsbetrieb muß bis in alle Einzelheiten hinab für die Massen kontrollierbar sein. Sonst verfällt der Staat rettungslos den Demagogen. Die Wähler, also die Massen, geben mit ihrem Parteiprogramm die Richtung an. Nicht aber der Gewählte. In einem Staatswesen, von so gewaltigem Umfang, wie der unsrige, der sich überall hineinmischt, der sich die Fähigkeit zutraut, für die Alten, Kranken und Arbeitslosen zu sorgen, der aber, als er die Probe bestehen sollte, den Invaliden, den Alten, den Waisen und Witwen 18 Milliarden Goldmark Sparkassengelder unterschlug, ist Demokratie in der heutigen Form tatsächlich der höhere Unsinn. Den Beweis hierfür haben wir in der von der Demokratie geübten Papiergeldwirtschaft. Niemals haben ungebildete revolutionäre Banden, Räuberbanden, eine solch' zerstörende Tätigkeit ausgeübt, wie unsere demokratische Regierung. Diese Papiergeldwirtschaft läßt uns ahnen, wessen wir uns noch vor der demokratischen Regierung zu versehen haben. Sie liefert den Beweis, daß entweder die demokratischen Formen, das Wahlgesetz, unserem verwickelten Staatswesen anzupassen sind (Rätesystem), oder aber, daß man den Staatsbetrieb auf das Niveau der demokratischen Einsicht herunterschraubt. Nach dem Grundsatz – für Hottentotten ein

Hottentottenstaat. Man glaube auch nicht, daß das deutsche Volk in seiner bei den Wahlen ausschlaggebenden Masse mit der Zeit die für die Führung eines komplizierten Staatswesens nötige Einsicht gewinnen, die nötige Erfahrung sammeln wird. Das ist schon aus dem Grunde unmöglich, weil die auseinanderstrebenden Privatinteressen im Klassenstaat der Lüge, nicht der Wahrheit Vorschub leisten. Einsicht ist ein Erzeugnis der Wahrheitsliebe und rücksichtsloser Wahrheitbetätigung. Darum kann die Einsicht mit der Zeit, auch in noch so langer Zeit nicht kommen. Auch hierfür haben wir den Beweis bereits in der Tasche, und zwar liefert ihn uns die von Wirth erstrebte oder doch wenigstens empfohlene Pumpwirtschaft. Sie zeigt uns, daß das Volk in der jetzt seit acht Jahren betriebenen Papiergeldwirtschaft, die doch wahrhaftig genügend Anregung zu fruchtbaren volkswirtschaftlichen Studien gegeben hat, noch nicht Einsicht in die finanzpolitischen Notwendigkeiten gewonnen hat, und was in acht Jahren nicht erreicht wurde, das wird in dem von der Lüge beherrschten Klassenstaat nicht in Ewigkeit erreicht werden. Am Mangel an geistigem Fassungsvermögen liegt es nicht. So schwer sind die hier zu lösenden Probleme nicht. Die Lüge, die der Klassenstaat zu seiner Verteidigung braucht, die versperrt der Einsicht den Weg. Sonst würde man doch einsehen, daß, wenn die Papiergeldwirtschaft uns bereits bis an den Rand des Verderbens gebracht hat, die *Pumpwirtschaft* uns vollends über den Rand in den Abgrund stoßen wird. Wenn es überhaupt zu einer Anleihe kommt, so wird es gewiß nicht unter 12% sein. 12% bedeuten aber, daß sich unsere Schulden in zehn Jahren bereits verdreifachen! Das alles weiß *Wirth*. *Ihm* brauchen wir das nicht vorzurechnen. Warum spricht er aber von Anleihen, warum setzt er die entsetzliche Papiergeldwirtschaft jetzt mit der Pumpwirtschaft und Shylok fort? Weil er von den blöden demokratischen Massen dazu getrieben wird, weil er weiß, daß, wenn er sich nicht als Sündenbock opfert, die Demokratie noch größeren Blödsinn fördern wird. Wie weit die Verblendung der Massen geht, zeigte uns Alexander II. in seiner Ansprache an die Großen des Reiches (die in Rußland damals die aktive *Masse* darstellte): Meine Herren, sagte Alexander, entweder wir revolutionieren von oben und dann retten wir einen Teil unseres Vermögens und das Leben, oder die Bauern revolutionieren von unten und dann nehmen sie uns das Geld und das Leben. Aber die Massen der Großen verstanden den Kaiser nicht und so kam es, wie er es prophezeit hatte. Und wenn Wirth den Demokraten im Reichstag heute sagen würde: Entweder wir erheben Steuern zur Balanzierung des Etats und ersetzen durch erhöhte Arbeitsleistung, was der Steuermann an unserem Einkommen kürzt, dann werden wir leben und uns mit der Zeit be-

freien, oder aber wir setzen die zu Ende gehende Papiergeldwirtschaft mit der Pumpwirtschaft fort, dann wird uns der Zins nach einer Galgenfrist mit Haut und Haaren auffressen .... so würde auch der Reichstag, genau wie die oben genannten russischen Massen, die Galgenfrist vorziehen, er würde die nötige Entschlußkraft nicht aufbringen und wie die Zuhälter den bequemen Weg, den Weg des Lasters und des Unterganges der heroischen Tat vorziehen. Nach uns die Sintflut, die Besetzung des Ruhrgebiets, die Zerstückelung des Reiches, die ewige Verschuldung, die Auswanderung der Besten, die galoppierende Schwindsucht. Das ist alles, was wir von der unechten, aus dem Klassenstaat hervorgegangenen Demokratie zu erwarten haben.

Wenden wir uns nun unserer Aufgabe zu, wir werden für das Gesagte viele Beweise zusammentragen.

Zum Anleihegeschäft gehören:

- a) ein Kreditgeber,
- b) ein Kreditnehmer,

und für die Bedingungen, zu denen das Anleihegeschäft abgeschlossen werden soll, ist das Verhältnis maßgebend, in dem die Masse und Dringlichkeit des Angebotenen zur Masse und Dringlichkeit des nachgefragten Kredites steht. Wir sollen in erster Linie die Verhältnisse beim Angebot, beim Kreditgeber in Augenschein nehmen, weil von ihnen ja alles abhängt und weil gerade von diesen Verhältnissen am wenigsten gesprochen wird, während die trostlosen Verhältnisse beim Kreditnehmer allen bekannt sind.

Wirth spricht in seiner Rede vom *Weltkapital*, das uns helfen soll. Die Welt ist ja groß, so nimmt man wohl auch an, daß das *Weltkapital* groß sein muß. prüfen wir, wie groß dieses Weltkapital wohl sein kann.

„Früher, d.h. bis vor dem Kriege, fiel es niemand ein, von Weltkapital zu sprechen. Wenn früher von internationalen Anleihen die Rede war, sprach man von *London*, von *Paris* und von *Berlin*. In dem kleinen Gebiet, das zwischen Paris-London-Berlin-Wien-Genf-Lyon-Paris liegt, war der Begriff Weltkapital lokalisiert. Wer in der Welt Kapital brauchte, der suchte nicht lange in der Welt, Asien, Afrika, Australien, Amerika, im stillen Ozean oder auf dem Monde. Er wußte, daß es unnütz gewesen wäre, außerhalb des eben umgrenzten Gebietes ein Land zu suchen, das für auswärtige Anleihen Überschüsse liefern konnte. Auch die Nordamerikaner wußten das, wenn sie Kapital für den Bau ihrer Eisenbahnen und Bergwerke suchten. Auch für die Nordamerikaner war das eben genannte Stück Europas das Quellgebiet des Weltkapitals. Hier waren die Kohlenfelder, hier die dichte Bevölkerung, die eine hohe Arbeitsteilung zuließ, hier liefen die Fäden des Welthandels zusammen, hier lieferte die Arbeit hohe Erträge, hier



lebte auch eine Bevölkerung, die vom Spareifer beseelt war. Hier lieferte die Wirtschaft hohe Überschüsse, die für die wirtschaftliche Aufschließung der Welt verfügbar waren. Das Gebiet des „Weltkapitals“ umfaßte nicht  $\frac{1}{2}$ , nicht  $\frac{1}{10}$ % der Erdoberfläche. Der Rest der Welt war für den Kreditnehmer einfach *Wüste*. Erst ganz wenig Jahre vor dem Kriege hatte sich eine kleine Kapitalquelle in *Newyork* erschlossen, die aber nur nach Art des Geisirs von Zeit zu Zeit sprudelt, nämlich dann, wenn eine Krise in den Vereinigten Staaten die sichere Anlage von Kapital unmöglich machte. Für gewöhnlich pumppte auch noch die amerikanische Wirtschaft an der europäischen Kapitalquelle.

Nun hat es der Teufel gewollt, daß diese Quelle, ausgerechnet diese Quelle des Weltkapitals am ärgsten vom Kriege mitgenommen worden ist. Das Land der Techniker, der Ingenieure, der Chemiker, der Kaufleute, der Unternehmer ist verwüstet, die Ingenieure, Techniker, Chemiker, Kaufleute, Unternehmer sind zu Tausenden, Millionen, getötet, verscharrt worden. Seit acht Jahren ist die Quelle des Weltkapitals versiegt, und statt Kapital abzugeben, verlangt dieses Gebiet jetzt Hilfe! Helft dem, auf dessen Hilfe ihr bisher angewiesen waret! Bedenken wir, was das bedeutet. Der bisherige Kreditnehmer soll seinen Platz auf der internationalen Anleihebörse verlassen, und mit leeren Händen den Platz der Anleihegeber einnehmen! Asien, Afrika, Australien, Amerika, Nord-, Süd- und Zentralamerika, Länder, die mit europäischen Kapitalien erschlossen werden sollten, die sollen alles im Stich lassen und uns wahrscheinlich durch Eingriff in die Vermögenssubstanz aus der Not helfen. Und zwar sollen sie das nicht etwa aus christlichem Solidaritätsgeist herauf tun, sondern weil sie sich einen Profit davon versprechen.

Ist das nicht etwas utopisch gedacht vom Weltkapital, Herr Reichskanzler? Aber betrachten wir uns die Welt noch etwas näher auf der Suche nach den Quellen des vom Reichskanzler Wirth an die Wand gemalten Weltkapitals. Suchen wir die Welt, Land für Land nach Kapital ab. Wir müssen das ernsthaft tun, denn wir nehmen an, daß unser Reichskanzler, ehe er in Genua vom Weltkapital als einzigen Rettungsanker sprach, sich selber die Frage gestellt haben wird, wie groß die Hilfe ist, die wir von dort erwarten können, und namentlich auch, wo dieses Weltkapital wohl stecken mag.

**Asien.** Kann uns *China* helfen, China mit seinen 500 Millionen Einwohnern? Ist jemand, der in Deutschland glaubt, daß uns das chinesische Kapital, wenn es vorhanden wäre, zur Hilfe eilen würde? Die chinesischen Unternehmer wittern Morgenluft für ihr Land. Sie wissen, daß ihnen weiter nichts als Kapital fehlt, um ihr Land, ähnlich wie in Japan, in ein Industrie-

land erster Ordnung zu verwandeln. Werden die Chinesen auf die hier zu erwartenden hohen Dividenden verzichten, um ihr Geld in Deutsche Reparationsanleihe anzulegen? Werden sie den Bau projektierte Werften, Eisenbahnen, Fabriken, zurückstellen, um den Europäern den Wiederaufbau ihrer Industrien zu ermöglichen? Unsinnig wäre solche Hoffnung. Sinn hat hier nur die Überzeugung, daß uns Europäern China nicht die geringste Hilfe bringen wird.

Und was hier von China gesagt wird, gilt in erhöhtem Maße für Japan, das in dieser Zeit der industriellen Entwicklung gewiß jeden Pfennig sehr gut im eigenen Lande verwenden kann. Zurzeit mögen in Japan infolge der auch dort betriebenen Preisabbaupolitik die Bedingungen für die Unterbringung flüssiger Geldmittel ungünstig sein und das Geld konzentriert sich dort, wie das immer unter den gleichen Verhältnissen zu geschehen pflegt, in den Banken und die großen Barbestände täuschen dann naiven Menschen Überschüsse realen Kapitals vor. Aber so viel haben die japanischen Kapitalisten schon gelernt, daß mit dem Abbruch der Preisabbaupolitik auch die Barbestände der Banken sich verflüchtigen werden. Für langfristigen Kredit scheidet Japan aus dem Wirth'schen Begriff des Weltkapitals aus.

Mit Indien, dem an den englischen Ketten rüttelnden Indien, steht es auch nicht besser für den Absatz der deutschen Reparationsanleihen. Auch da ist man eher bereit, europäische Kreditgeber zu empfangen als Geld nach Europa zur Zeichnung von Reparationsanleihen zu schicken. Europa soll Indien helfen, nicht umgekehrt. Dasselbe gilt für französisch und holländisch Indien, für Borneo, Arabien, Afghanistan und Persien und die Türkei, überhaupt für alle Länder, die die Arbeitsteilung nicht üben. Denn Kapital besteht aus Überschüssen und diese kann nur die Arbeitsteilung abwerfen. Fügen wir noch Sibirien und Turkestan bei, so sehen wir, daß der größte und am stärksten bevölkerte Kontinent als Helfer und Kreditgeber vollkommen aus dem Begriff „Weltkapital“ ausscheidet.

**Afrika.** Der zweitgrößte Kontinent ist *Afrika* mit etwa 200 Millionen Einwohnern. Hat Wirth auch an die Hilfe der Afrikaner gedacht, als er vom Weltkapital sprach? Sollen wir die Deutschen Geschäftsreisenden mit Reparationsanleihen nach Afrika schicken? 99% der dortigen Bevölkerung könnten die Inschrift der Anleihetitel wahrscheinlich nicht lesen und noch weniger verstehen. Das einzige Industrieland Afrikas, wo das Geld flüssiger ist, Kapland, leidet unter der denkbar schwersten Krise. Die Diamantfelder sind stillgelegt und werden wahrscheinlich nie wieder ausgebeutet werden. Die Goldminen arbeiten mit Verlusten, da der allgemeine Übergang zur Papiergeldwährung den Preis des Goldes

unter die Produktionskosten gedrückt hat. Diamanten und Gold bildeten aber die Grundlage der kapitalistischen Industrie.

Es ist klar: ganz Afrika mit Einschluß von Ägypten und Kapland gehört nicht zu der Welt, in deren Besitz das Weltkapital liegt, auf das Wirth seine Hoffnungen gründet.

**Australien.** Kaum günstiger liegen die Verhältnisse in Australien. Es handelt sich hier um ein Land von knapp 5 Millionen Einwohnern, während das in Not geratene Gebiet Europas 400 Millionen Menschen umfaßt. Dabei rechnete man in Australien immer mehr mit Kapitalimport als mit Export. Wie in allen jungen Ländern mit starker Einwanderung sind die zu Wohlstand gelangten Europäer in der Regel mit ihren Ersparnissen wieder nach Europa zurückgekehrt. Die, die da geblieben sind, haben zumeist nichts, was sie auf lange Frist entbehren könnten. Es ist im höchsten Grade unwahrscheinlich, daß wir in irgendwie nennenswertem Maße in Australien, wo das Kapital immer guten Zins abgeworfen hat, Reparationsanleihen werden absetzen können. Australien gehörte zu den Ländern, die den Engländern am stärksten verschuldet waren. Die Kriegskonjunktur konnte Australien auch nicht ausnützen, weil die lange Reise zu viel Schiffsraum beanspruchte. Die Ernten wurden während der fünf Kriegsjahre aufgestapelt und fielen dann den Ratten, Motten und der Fäulnis zum Opfer.

**Amerika.** In Nordamerika, mit Einschluß von Kanada, hat man seit Kriegsausbruch bis in die Jetztzeit hinein Raubbau am Wirtschaftskörper betrieben. Um die hohen Kriegspreise auszunutzen, hat man die Substanz des Vermögens angegriffen, was an der Tatsache ersichtlich ist, daß dort 6 Millionen Parteien Wohnung suchen und keine finden, weil man dort seit Kriegsausbruch nicht gebaut hat. Das ganze Volk beteiligte sich an der Kriegsindustrie, und in Zahlung dieser Waren erhielten die Amerikaner Schuldscheine! Schon aus diesem Grunde muß das amerikanische Volk an realem Kapital verarmt sein. Nun hat man aber in Amerika seit Kriegsende auf den Abbau der Preise hingearbeitet und damit eine Wirtschaftskrise ausgelöst, wie man sie in solcher Stärke noch in keinem Lande und zu keiner Zeit erlebt hat. Fünf Millionen Arbeitslose und zahllose nur zeitweise Beschäftigte erfreuen sich dort der Wohltaten des Preisabbaues. Und zwar jetzt schon seit drei Jahren. Alle diese Arbeitslosen werden die während des Krieges in der Munitionsindustrie erworbenen Gelder wieder aufgezehrt haben. Einen Begriff von den amerikanischen Verhältnissen auf dem Kapitalmarkt erhalten wir, wenn wir lesen, daß nach Berechnung von Senator *Ladd* die Verluste, die die Bauern allein durch den Preisabbau erlitten haben, sich auf *14 Milliarden Dollars* für das Jahr 1920 und auf *18 Milliarden Dollars* für das

Jahr 1921 belaufen. Das wäre ja schon soviel Gold, wie die Reparation von uns verlangt (132 Milliarden Mark). Der Lohnausfall der Arbeitslosen wird auf 5 Milliarden Dollars berechnet (The Nation, 2. November 22). Das sieht nicht aus, als ob unsere Geschäftsreisenden dort viel Reparationsanleihe werden absetzen können. Die in den Banken angehäuften Gelder geben den Unerfahrenen ein falsches Bild vom *Kapitalreichtum* der Amerikaner. Der in diesen Dingen Eingeweihte weiß, daß diese Gelder durch den Preisabbau aus dem Verkehr abgestoßen wurden und daß dieselben sofort wieder von den Kaufleuten und Unternehmern reklamiert werden, sowie die Regierung bekannt gibt, daß sie den Unsinn des Preisabbaues erkannt hat und nunmehr den Preisabbau für beendet erklärt. Dann werden die Unternehmer wieder mit Volldampf arbeiten wollen, und dann werden sie erst gewahr werden, wie sehr ihr Geschirr heruntergewirtschaftet ist und daß sie überhaupt nicht mehr über das nötige Gerät verfügen, um die 5 000 000 Arbeitslose wieder einzustellen. Dann wird die Spannung zwischen Arbeitslohn und Preis der Produkte einem sehr hohen Profit Platz machen, was dann wie immer unter solchen Verhältnissen eine besonders große Nachfrage nach Leihgeld bei den Banken auslösen wird. Wenn die Unternehmer daran gehen, die Häuser für die erwähnten 6 Millionen Parteien Obdachloser zu bauen, wenn die Fabrikanten die während acht Jahren unterlassenen Reparaturen werden ausführen wollen, dann wird es sich zeigen, wie groß das Mißverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Anleihemarkt in den Vereinigten Staaten ist. Und dann wird es ganz still werden in amerikanischen Blättern über europäische Hilfsaktionen. Wir werden dann froh sein können, wenn die amerikanischen Unternehmer nicht nach Europa kommen, um durch Angebot höheren Zinses und größerer wirtschaftlicher und politischer Sicherheiten den europäischen Unternehmern das wenige sich nach und nach wieder bildende Kapital auch noch abzuspannen suchen. So lächerlich das vielleicht heute manchem vorkommen mag, diese Gefahr besteht und mit ihr müssen wir rechnen, und zwar umsomehr, je gewaltsamer die Arbeiterorganisationen in Europa das Kapital behandeln. In Deutschland besteht doch auch eine Wohnungsnot. Kein Mensch aber glaubt heute noch daran, daß, wenn auch das Kapital vorhanden wäre, es den Kapitalisten in den Sinn kommen wird, Geld für die Herstellung von Wohnräumen herzugeben. Die schnöde Behandlung, die man den Hauseigentümern hat zukommen lassen, haben sich die Kapitalisten gemerkt. Und es wird noch lange Zeit verstreichen, bis die Erinnerung daran verblaßt, daß durch eine einseitige Gesetzgebung die Hausbesitzer des Rechtes beraubt wurden, die Mieten der Entwertung des Geldes anzupassen. Was den Landwirten, den Kohlenbaronen, den Aktionären zugebilligt wurde,

das wurde den bescheidensten aller Kapitalisten versagt. Das hat man sich gemerkt. Das in Häusern angelegte Kapital wird nicht mehr als mündelsicher betrachtet werden. Man wird vom Gebäudekapital einen mit starker, politischer Risikoprämie belasteten Zins fordern. Bisher war es so, daß, wer sein Geld besonders sicher anlegen wollte, der legte es in Mietkasernen an. Die Folge war, daß den Bauunternehmern das Baugeld immer zu einem billigeren Zinsfuß gesichert war, als den meisten anderen Unternehmern, und daß infolgedessen die Wohnungsmieten um diesen Unterschied billiger abgegeben werden mußten. Von jetzt ab wird es sich umgekehrt verhalten in all' den Ländern, wo die Hausbesitzer durch die sog. Mieterschutzgesetze geprellt wurden. Und das wird darum ein Grund sein, warum den amerikanischen Unternehmern das europäische Kapital billiger abgegeben werden wird als den einheimischen Unternehmern. Und wer traut übrigens auch heute dem Frieden in Europa, dem nationalen und internationalen Frieden? Die Furcht vor dem Bürger- und Völkerkrieg erscheint bei der zutage tretenden Kurzsichtigkeit der regierenden Schichten doch nicht so unbegründet, daß, wenn der Kapitalist vor die Frage gestellt wird, wo er sein Geld anlegen soll, er sich für amerikanische Unternehmungen entscheiden wird. Wobei es sich selbstverständlich nur um eine relative Sicherheit handeln kann.

Aus diesen Gründen, denen noch eine Reihe anderer – ich erinnere hier an die Möglichkeit einer ungeheuren Einwanderung, für die ebenso ungeheure Kapitalanlagen erforderlich sein werden – angeschlossen werden können, erscheint es schon fast utopisch von einer amerikanischen Finanzhilfe zu sprechen oder gar mit ihr zu rechnen. Auch Nordamerika scheidet für die Reparationsanleihen aus dem Begriff „*Weltkapital*“ aus.

In diesem Zusammenhang von Südamerika zu reden erscheint fast überflüssig. Seit dem Krieg hat sich nichts an der Tatsache geändert, daß alle südamerikanischen Staaten bis dahin starke Ansprüche an den europäischen Kapitalmarkt stellten, mit Einschluß Argentiniens, des wirtschaftlich stärksten südamerikanischen Staates. Auch hier ist mit einer Masseneinwanderung zu rechnen, und zwar mit einer Einwanderung vollkommen verarmter Menschen, für die die argentinische Wirtschaft Wohnstätten und Arbeitsmittel bereitstellen muß. Da ist genug Gelegenheit etwaiges Kapital im eigenen Lande unterzubringen, und zwar zu einem Zinsfuß, der die Zeichnungsbedingungen europäischer Reparationsanleihen gewiß nicht besonders verlockend erscheinen lassen wird.

Schicken wir also unsere Geschäftsreisenden mit Reparationsanleihen nach Südamerika, so ist anzunehmen, daß nicht ein einziges Stück abgesetzt werden wird. Nicht einmal die Deutschen in Amerika

werden sich an der Zeichnung beteiligen, und zwar zu den schon angegebenen Gründen noch außerdem aus Patriotismus, indem sie annehmen werden, daß solche Zeichnungen den Vertrag von Versailles stärken. Und das werden sie nicht wollen.

So schrumpft die Welt des Weltkapitals zu dem zusammen, was man seit Kriegsausbruch die Neutralen nennt. Eine kleine Anzahl kleiner Staaten in Europa, die nicht direkt am Kriege beteiligt waren. Holland, Schweiz, Schweden, Norwegen, Dänemark zusammen mit 18 Millionen Einwohnern (Spanien kommt für die Hilfsaktion kaum in Betracht weil dort, wo nichts ist, auch keine Hilfe zu holen ist). Jenen 18 Millionen, von denen wir Hilfe erwarten, stehen nun über 358 Millionen Menschen gegenüber, die der Hilfe bedürfen! Auf einen Neutralen 20 Ertrinkende, die nach ihm greifen! Wenn wir auch bei all' diesen Neutralen den besten Willen voraussetzen, so steht die Aufgabe, die zu erfüllen ist, in gar keinem Verhältnis zur Zahl und Kraft der Helfer. Wobei noch zu beachten ist, daß der gute Wille auf eine sehr, sehr harte Probe gestellt werden soll. Auch die Neutralen können die verfügbaren Mittel sehr gut im eigenen Handel und ihren Industrien verwenden. Die Schweiz mußte sogar erst kürzlich eine Staatsanleihe in Nordamerika unterbringen zu 9,1%. Und wenn auch hier noch Überschüsse wären, dann treten doch die eben bei der Besprechung der amerikanischen Verhältnisse zutage getretenen Hemmungen hervor. Auch der beste Wille der Neutralen wird erlahmen, wenn die sozialen, wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse dem Sicherheitsbedürfnis der Geldgeber nicht genügen.

Obige Darstellung betrifft den regelrechten, langfristigen Anleihekredit, denn nur diesen kann Wirth in seinen Anlagen gemeint haben. Wirth glaubt, daß für eine lange Reihe von Jahren es nicht gelingen dürfte, den Etat mit laufenden Einnahmen zu balanzieren. Mit kurzfristigen Krediten von etwa drei, fünf oder zehn Jahren wäre ihm nicht gedient. Vom Standpunkt seiner Voraussetzungen aus hat er hier auch recht. Offenbar wird bei dieser Pumpwirtschaft damit gerechnet, daß die deutsche Wirtschaft in Zukunft tragfähiger sein wird, oder daß die Steuerzahler weniger störrisch sein werden. Auf alle Fälle hat die Pumpwirtschaft nur dann einen Sinn, wenn man annimmt, daß die Steuerkraft Deutschlands in dem Maße wächst, wie durch die Pumpwirtschaft die Schuldenlast bei 12% Zins sich alle zehn Jahre verdreifacht. (Wers glaubt, wird selig.)

Aber es gibt auch kurzfristigen Kredit, Kaufmannskredit, den Kredit, den der Warenbesitzer in der Regel beim Verkauf der Waren gibt und geben kann. Aber das sind rein private Angelegenheiten, für die wir doch keine internationale Konferenz nach *Genua* einzuberufen brauchen, und in denen der Staat wie überall nur korrumpierend wirken kann. Für den Staat ist hier auch nichts zu holen.

Das Einzige, was der Staat hier tun kann, um diesen Kredit, der nur als Rückwirkung die Staatsfinanzen bessern kann, zu fördern, besteht darin, daß er alles nötige tut, um den Land-, Bürger- und Völkerfrieden zu sichern. Und namentlich auch für gesunde Währungsverhältnisse sorgt. Mehr braucht er in dieser Sache nicht zu tun. Das übrige besorgt die Natur der Ware, die Triebkräfte, die aus dem Schwund der Waren beim Besitzer und Hüter derselben entstehen, automatisch entstehen.

In *Asien, Afrika, Australien, Amerika* haben sich Waren angesammelt, die infolge des Krieges und später infolge der Weltkrise nicht abgesetzt werden konnten. Sie bereiten ihren Besitzern ungleich größere Sorgen, als den amerikanischen Bankiers das Gold, das überschüssige Gold. Es sind Haufen, Berge, Gebirge von Wolle, Baumwolle, Weizen, Tabak, an denen alle Zerstörungselemente der Natur unausgesetzt tätig sind. Die Besitzer dieser Schätze sind mürrisch und in bezug auf den *Preis* zu jeder Bedingung bereit. Die Bezahlung aber muß kurzfristig sein, denn sie brauchen das Geld für unmittelbare Bedürfnisse. Wie groß diese Bedürfnisse sind, können wir uns vorstellen, nachdem wir gesehen haben, wie sehr die amerikanischen Farmer durch den Preisabbau geschädigt worden sind. Sie sind in derselben Lage, wie die 5 Millionen Arbeitsloser, die auch lieber sich einen Lohnabzug gefallen lassen würden, als zu erhöhten Löhnen deutsche Reparationsanleihen anzunehmen. Wenn man den Besitzern der genannten Warenberge sagen wollte, daß bei der Beschaffenheit ihrer Ware faule deutsche Reparationsanleihe doch ebenso gut oder ebenso schlecht sei, wie faulender Weizen, dann würden sie sagen, gewiß, ebenso gut, aber nicht besser. Beides gilt dann für uns gleich Null. Immerhin für kurzfristige Zahlung werden sie die Ware hergeben und dann lieber im Preise nachlassen, was sie bei den Zahlungsbedingungen zu gewinnen trachten. Die Waren, um die es sich hier handelt, sind gegen hohen Zins, zum Teil seit Kriegsbeginn, lombardiert, also in schwachen Händen, die in dem Maße, wie der Preisabbau sich vollzieht, mit jedem Tage schwächer werden. Würden die Besitzer dieser Waren Reparationsanleihe für ihre Waren annehmen, so müßten sie diese Anleihen bei der Lombardbank abliefern, die nichts eiligeres zu tun hätte, als sie für die Rechnung der Schuldner meistbietend öffentlich an der Börse, also für ein Butterbrot zu verkaufen. Der Warenbesitzer wäre dann wohl seine Waren, aber nicht seine Bankschulden los. Und die Bank hätte anstelle eines faulen, will sagen eines faulenden Pfandes einen faulen Schuldner.

So sieht es beim *Weltkapital*, bei den Kreditgebern, von deren Reichtum Wirth die Zukunft Deutschlands abhängig glaubt



und sein läßt. Sehen wir uns nun die Verhältnisse auf der anderen Seite, beim Kreditnehmer, an.

Da die Staaten die Initiative bei den geplanten Kreditaktionen ergriffen haben, so glaubt man vielfach, daß auch die Staaten das Geld für diese Kreditoperationen hergeben würden. Aber es ist nicht so. Die Staaten sollen nur die politischen Schwierigkeiten wegräumen. Die Staaten haben ja auch übrigens kein Geld. Der Kredit selbst bleibt eine vollkommen private Sache. Die Anleihetitel werden nicht durch die Staaten der Kreditgeber garantiert. Das Einzige, was diese Staaten tun werden, wenn sie es tun, ist, daß sie der Zulassung solcher Reparationsanleihe zu den Börsen keine Schwierigkeiten bereiten werden. Und das wird schon sehr viel sein. Denn auch alle Staaten der Neutralen wissen nicht mehr aus noch ein. Sie müssen zur Deckung des Haushaltsdefizits Anleihe machen und als Kreditnehmer wird es der Staat selbstverständlich nicht gerne sehen, wenn das Ausland ihm Konkurrenz macht und den Zins hochschraubt. Wenn dann der Staat der Kreditgeber sich passiv verhält so ist das, wie gesagt, schon sehr viel Entgegenkommen und mehr dürfen wir nicht erwarten.

Wie aber denkt man sich nun die Unterbringung der Massenanleihen? Die Banken, denen man sonst diese Papiere zu einem bestimmten Emissionskurs überließ, sind so gut wie verschwunden. Sie sind durch die Papiergeldwirtschaft ihres Kapitals verlustig geworden. Wenn die Deutsche Bank z. B. mit ihren 850 Millionen Mark Kapital (die zu 9 – 10 Millionen Goldmark zusammengeschrumpft sind) einen Teil der Anleihe übernehmen wollte, nun, so wäre das eben nur ein Pfifferling. Und hier ist zu beachten, daß die Banken vielfach international organisiert sind, und daß sie darum aus inneren Hemmungen sich nicht an dem Geschäft der Reparationsanleihe beteiligen können. Man kann doch unmöglich die Interessen konkurrierender Kreditnehmer vertreten. Die einzelnen Kreditnehmer, also z. B. das Deutsche Reich, Rußland, Frankreich, Italien, werden sich nämlich auf dem eben abgezielten kleinen Gebiet des Weltkapitals den allerschärfsten Wettbewerb machen müssen, z. B. nicht allein dadurch, daß der eine mehr Zins bietet, als der andere, sondern auch damit, daß man die Wettbewerber vor den Kreditgebern als schlechte Zahler herabwürdigt. Der Eine wird vom anderen sagen: im Staate so und so hat man den achtstündigen Arbeitstag eingeführt. Da ist es doch klar, daß dieser Staat die regelrechten Zinsen nicht wird zahlen können. Wie könnt ihr diesem Staate Geld pumpen? Gebt uns das Geld, denn wir arbeiten 12 Stunden, wir haben auch die Knute wieder eingeführt, die Abwanderung haben wir verboten, wir treiben die Steuern mit der denkbar größten Rücksichtslosigkeit und Brutalität ein. Streike gibts nicht bei uns. Wir haben Ordnung im Lande, die



Arbeiter zittern vor der Polizei wie das Schaf beim Gebrüll des Löwen. Gebt uns das Geld! Wir haben auch die schwatzende Demokratie wieder abgeschafft. Bei uns ist alles still wie im Grab und emsig wie im Ameisenhaufen. Ihr könnt uns darum, weil wir solche Sicherheiten bieten, das Geld zu einem erheblich billigeren Zinsfuß geben. Wenn ihr uns das Geld zu 15% statt zu 20% gebt, dann versprechen wir euch, daß wir für die Streikführer die Todesstrafe einführen werden. Wir sind überhaupt bereit alles zu tun, was die Sicherheit eures Geldes erhöhen kann. Was bedeuten die 20%, die euch der Staat X zu zahlen verspricht, wenn das Kapital unsicher ist. Dort sitzen Sozialisten am Ruder, Sozialisten, die die Abschaffung des arbeitslosen Einkommens auf dem Programm haben, die eine lebhaft internationale Propaganda gegen den Kapitalismus betreiben. Ihr werdet diese Propaganda doch nicht dadurch unterstützen wollen, daß ihr den Staat dieser Sansculottes durch Hergabe eures Geldes, eures guten Geldes unterstützt? Vergeßt nicht, daß die Theorie der Sozialdemokraten unverhüllter Bolschewismus ist. Nein, unmöglich könnt ihr uns auf die gleiche Stufe mit jenen Leuten stellen. Wie lange wird es noch nehmen, dann werden die Leute aus dem Staate X, dem ihr Geld pumpen sollt, den *internationalen Gewerkschaftsbund* zu einem Weltbund ausgestaltet haben, dem die Arbeiter der ganzen Welt angehören und dem diese Arbeiter blindlings gehorchen werden. Dann kommt der Befehl, der bereits druckfertig im Schubfach der Gewerkschaft in Amsterdam liegt: Proletarier aller Länder! Streikt, bis daß alle internationalen Schulden als chiffons de papier erklärt sind! Unterstützt diese Gefahr nicht. Schon besetzen die Sozialdemokraten in jenem Lande mehrere Ministersessel und in ihrem Lande wenigstens gilt das Sprüchlein absolut: Alle Räder stehen still, wenn mein starker Arm es will. Bedenkt, wie solche Macht auch die Arbeiter in eurem eigenen Lande beunruhigen muß. Nein, unmöglich könnt ihr unter solchen Verhältnissen dem Staate X Geld pumpen. Uns gebt das Geld!

Mir scheint, daß man sich die Praxis der internationalen Reparationsanleihen nie klar vor Augen gestellt hat. Man denkt immer noch, es würde sich diese Praxis in den Formen früherer Anleihen abspielen. Man vergißt, daß sich alle Verhältnisse geändert haben, daß es sich nicht mehr um einige Hundert Millionen Mark, die von London, Berlin, Wien, Newyork aufgenommen werden sollen, sondern um hundertfach größere Beträge, die in einem hundertfach verkleinerten Gebiet untergebracht werden sollen. Man denkt statisch, nicht dynamisch. Man vergißt das Gesetz von Angebot und Nachfrage, man vergißt, daß bei den Anleihen, wie beim Kuhhandel die Psyche der Geldgeber bearbeitet werden muß, wenn man günstige Bedingungen erwirken soll. Man vergißt, daß sich Spe-

kulanten dieser Papiere bemächtigen werden, die zugunsten ihrer Papiere mit vergifteten Waffen arbeiten werden. Man vergißt, daß die Klasse der friedlichen Kuponabschneider, die z. B. in Deutschland für 180 Milliarden Goldmark Wertpapiere besaß, so gut wie verschwunden ist, daß alle Wertpapiere jetzt in schwachen Händen sind, in Händen also von Leuten, die die Papiere der Börsendifferenzen wegen, nicht aber der Kupons wegen halten, und die darum auf alle Börsenmanöver sofort reagieren. Und man vergißt, daß der Krieg auch zu den wirksamsten Börsenmanövern gerechnet wird, daß Kriegsgerüchte, verbrecherisch erfundene Kriegsgerüchte die Grundlage vieler Riesenvermögen gegeben hat.

Man vergißt auch, weil man es für selbstverständlich hält, daß diese internationalen Reparationsanleihen auf Gold lauten sollen und, weil die Besitzer das Gold, mit Recht oder Unrecht, für absolut sicher halten, daß sie für die Weggabe dieses Goldes mindestens die gleiche Sicherheit verlangen werden, die ihnen das Gold bietet oder zu bieten scheint. Welches Land aber kann heute Sicherheiten bieten? Zumal Deutschland, daß des Kredites, wie man annimmt, am meisten bedarf! Wenn wir für das Geld, das uns gepumpt werden soll, Sicherheiten geben sollen, dann müßte schon die Entente damit sich einverstanden erklären, daß ihre Hypothek von 132 Milliarden an die zweite Stelle gerückt wird. Nehmen wir an, daß die Entente sich damit einverstanden erklären wird, dann käme es noch darauf an, welche Pfänder wir dem Goldbesitzer anbieten können. Das Gebäudekapital, das wohl reichlich ein Drittel des in Deutschland angelegten Vermögens betrug, kommt als Pfand nicht z. Zt. in Betracht, es sei denn, daß man alle Mieterschutzgesetze (sogen. Mieterschutzgesetze) in Wegfall bringt und es erreicht, daß die Mieten nach Valuta bezahlt werden. So lange das nicht erreicht ist, kann das Gebäudekapital nicht als Pfand dienen. Das landwirtschaftliche Kapital kann als Kapital und Pfand nur solange angesehen werden, als der Lohn der Arbeiter nicht an das Produkt der Arbeit heranreicht, d. h. solange eine Rente vorhanden ist. Ob das heute noch der Fall ist, ist schwer festzustellen. Denn die Papiergeldwirtschaft zieht auch hierüber einen dichten, undurchdringlichen Schleier. Es wäre wohl möglich, daß bei achtstündiger Arbeitszeit, beim Ausbleiben der polnischen Arbeiterinnen, bei öfterem Gebrauch des Streikrechts die Großgrundbesitzungen die laufenden Ausgaben nicht decken können. Dann wäre die Grundrente als bolschewikiert zu betrachten und als Pfand und Sicherheit würde dann dies landwirtschaftliche „Kapital“ nicht mehr angesehen werden können. Ähnlich wie das schon einmal zur Zeit der „*Not der Landwirtschaft*“ der Fall gewesen ist. Damals galt ein landwirtschaftliches Gut in Deutschland wenn überhaupt, dann doch als sehr zweifelhafte Sicherheit für ein Darlehen.

Es bleiben dann nur noch die industriellen Anlagen, deren Eigentum die Betriebsräte, die Gewerkschaften den Aktionären streitig machen, deren Expropriation Programmpunkt der stärksten politischen Partei Deutschlands bildet. Können diese Werke wirklich noch ernsthaft als Sicherheit dienen für ein Darlehen, das wahrscheinlich auf mindestens hundert Jahre unkündbar sein soll? Wenn wir nun von diesen volkswirtschaftlichen Pfändern, die keine mehr sind, zu den politischen Pfändern, die Deutschland als Sicherheit für ein Golddarlehen bieten kann, übergehen, so sieht es hier, wenn möglich noch trüber aus für die armen Teufel, die uns Gold borgen sollen. So trübe, daß man wohl von vornherein annehmen kann, daß jeder, der dem Deutschen Reiche Gold borgt, es in der Überzeugung tun wird, wirklich ein sehr riskantes Geschäft zu machen, und daß er darum nur kleine Vermögensteile in deutschen Reparationsanleihen anlegen darf. Wobei er sich sagen muß, daß, je höher er das Risiko einschätzt und danach den Zinsfuß berechnet, den er verlangen soll, umso unsicherer der Schuldner werden wird. Wenn wenigstens hinter den Kreditgebern eine starke Macht stände von Bataillonen und von Kriegsschiffen, wie das z. B. der Fall ist, wenn englische Kapitalisten dem venezolanischen Staate Kredit geben oder gaben, dann könnte der Kreditgeber sich sagen, daß, wenn das deutsche Reich nicht zahlt, man es durch Blockade schon dazu zwingen wird. Und dann würde er dem Deutschen Reich das Geld zu einem geringeren Zinsfuß geben können, ähnlich wie der Hauswirt, der, wenn er im Hausrat des Mieters ein Pfand für rückständige Mieten besitzt, die Miete niedriger ansetzen kann, als wenn die Gesetze ihm kein Pfandrechte an den Hausrat geben. So aber fehlt den Kreditgebern, die wir genannt haben, die exekutorische Macht, um die Zahlung zu erzwingen. Und das erhöht natürlich das Risiko.

Welchen Zinsfuß soll nun der Kreditgeber vom Deutschen Reich verlangen? Bei 12% wird der Schuldner erdrosselt, da mit Zinseszins 12% die Schulden bereits in zehn Jahren verdreifachen. Soll sich aber der Gläubiger mit weniger begnügen, damit sein Schuldner nicht erdrosselt wird, dann sagt er sich, daß er das Geld in sichereren Geschäften ja zu 10% jederzeit los werden kann und wird dabei darauf hinweisen, daß die Schweiz, die den Krieg nicht mitgemacht hat, eine Anleihe in Amerika zu über 9% abgeschlossen habe.

Um einige Grade besser liegen die Dinge bei den meisten Konkurrenten Deutschlands auf dem Anleihemarkt des *Weltkapitals*. Aber auch nur um Grade. Frankreichs Wiederaufbau ist von der Leistungsfähigkeit Deutschlands abhängig. Wenigstens glauben das die Franzosen noch immer. Sie haben den Mut noch nicht aufgebracht, sich zu fragen, was sie tun müßten, wenn diese Hilfe

ausbliebe. Der Wiederaufbau in Frankreich aus eigener Kraft ist erschwert, weil die Franzosen für ihren gewaltigen Menschenverlust im geringen Nachwuchs keinem Ersatz haben. Die Staffelung nach Altersschichten ist für die rasche Erholung in Frankreich ganz besonders ungünstig. Die alten Leute und Greise nehmen dort unverhältnismäßig viel Raum ein in der Demographie. In dieser Beziehung ist die Lage in Deutschland ungleich günstiger. Wir haben einen relativ viel größeren Stamm von Männern in arbeitsfähigem Alter. Das müssen wir den Franzosen in der Reparationsfrage zugute halten. Aber wenn wir das auch tun, was nützt das den Franzosen, solange unser guter Wille sich nicht in Taten umsetzt oder umsetzen kann? Das französische Volk war sehr stark auf die Rentenwirtschaft eingestellt. Aus Rußland bezog Frankreich jährlich ungezählte Millionen an Zinsen. Das hat nun aufgehört und die, die diese Millionen bezogen und verbrauchten, – es handelt sich vielfach um Greise – fallen jetzt dem Staate zur Last, der für die russischen Anleihen Garantie übernommen hat. Dazu kommt nun noch der Umstand, daß die Psyche des französischen Arbeiters durch den „Sieg“, wie man behauptet, stark gelitten hat. Seit drei Jahren träumt er davon, daß Deutschland alles bezahlen soll, auch seinen Lebensunterhalt. Die Arbeit ist ihm dadurch verhaßt geworden. In Deutschland hat das Bewußtsein der Niederlage wenigstens den Willen zur Arbeit gestärkt, wenn auch das Können diesem Willen vielfach nicht entspricht. Wie sich unter diesen Umständen die sozialen Kämpfe in Frankreich entwickeln werden, können wir, können die Kreditgeber sich ungefähr vorstellen. Die Lasten des Krieges werden sich bald fühlbar machen, und dann wird es eine Sache der politischen Kämpfe sein, diese Lasten auf andere abzuwälzen. Revolten, Revolutionen werden nicht ausbleiben.

Ob diese Überlegungen nun richtig oder falsch sind, für das Zustandekommen des Kreditgeschäftes werden sie maßgebend sein. Der Kreditgeber wird auch Frankreich gegenüber sehr zurückhaltend sein.

Bei den anderen Kreditnehmern, *England, Belgien, Italien*, sind die sozialen Sicherheiten für den Kreditgeber ebenso gering, vielleicht noch geringer als in Deutschland. Italien hat 72 Milliarden Goldmark Schulden im Ausland. Wer soll diese Zinsen zahlen? Dieselbe Frage, die man sich in Deutschland stellt, ohne die Macht und den moralischen Mut aufbringen zu können, eine Antwort darauf zu geben. Aber die Antwort wird nun nach der Konferenz in Genua gegeben werden müssen. Inzwischen wird der Kreditgeber damit rechnen, daß diese Antwort sehr unvernünftig ausfallen kann und Revolutionen, wenn nicht auch neue Kriege auslösen kann. Und dann wird er das Gold, das „treue Gold“ in seiner Hand betrachten und sich fragen, warum er sich auf derart unsichere Geschäfte einlassen soll.

Verhältnismäßig am günstigsten liegen noch die Verhältnisse in Rußland für den Kreditgeber. Deutschland, England, Frankreich, Italien haben den Kommunismus noch vor sich. Die Russen haben ihn hinter sich. Die Zerstörungen durch den Krieg und die Revolution haben das Herz des russischen Reiches, die Landwirtschaft kaum berührt und der Schaden, der hier entstanden ist, den wird der Sturz des Zarismus hundertmal ausgleichen. Wenn den amerikanischen und deutschen Unternehmern dort freie Bahn gegeben wird, so werden keine zwei Jahre verstreichen, daß man dort vom Kriege kaum noch Spuren sehen wird. Man bedenke, daß 90% der Bevölkerung dort vom Ackerbau lebte. Und daß diese 90% nun durch die Revolution befreit wurden. Der Menschenverlust im Kriege, so groß er auch war, hat den jährlichen Nachwuchs kaum überschritten. Und da es sich um Bauern handelte, wo große Vorbildung nicht vorhanden war, da ist der Nachwuchs auch ein vollgültiger Ersatz geblieben, und nicht so, wie in den Industrievölkern, wo der Nachwuchs während des Krieges und nachher nicht die erforderliche Ausbildung genossen hat und wo darum die Leistungen weit zurückbleiben, verglichen mit der Vorkriegszeit. Die Gütererzeugung wird in Rußland, sobald dort jeder die Gewißheit erlangt, daß das, was er schafft, auch ihm gehört, sehr schnell die Höhe aus der Friedenszeit erreichen und überholen.

Aus allen diesen Gründen, denen noch viele zugesellt werden könnten, läßt sich folgendes als wahrscheinlich für den Erfolg der Reparationsanleihen vorher-sagen: Die Kreditgeber werden, wenn sie sich vor die Frage gestellt sehen, welchen der kreditbedürftigen Ländern sie ihr Gold anvertrauen sollen, sowohl aus wirtschaftlichen wie aus Politischen Gründen in der Regel wohl Rußland den Vorzug geben, und da dieses Land groß genug ist, um sämtliche Mittel des kleinen Gebietes, das zurzeit für den Begriff *Weltkapital* in Frage kommt, aufzunehmen, so muß man daraus schließen, daß für die übrigen kreditbedürftigen Länder *nichts* vom Weltkapital übrigbleiben wird. Das mag für die, die mit der Pumpwirtschaft rechneten, um aus den Schwierigkeiten der Zeit herauszu-kommen, ein recht trübes Bild sein, das hier von den Aussichten solcher Pumpwirtschaft entrollt wurde. Für jeden aber, der gewöhnt ist, auch an die fernere Zukunft zu denken, der die Zinseszinsrechnung kennt, der wird ein Gefühl der Erleichterung empfinden, wenn er erfährt, daß dem Deutschen Reich die Pumpwirtschaft aus sachlichen Gründen verschlossen ist, daß wir also nicht weiter verschulden können, als wir schon sind. Wir werden dann auch die finan-ziellen Maßnahmen, die die Lage erfordert, nicht länger hinausschieben. Der große Unbekannte, der Kredit des Weltkapitals, ist entschleiert und hat sich als ein Zwerg erwiesen, von dem es geradezu lächerlich wäre, nennenswerte Hilfe zu erwarten.

Der Glaube an die Existenz von bedeutenden Kapitalien, die uns vom Ausland auf dem Wege der Anleihe zur Verfügung gestellt werden könnten, wurzelt in der Meinung, daß diese Kapitalien irgendwo als Schatz lagern. Das Weltkapital *Wirths* ist ein Schatz, ein Schatz, wie er im Berg Sesam lagert. Man hofft in *Genua* die Zauberformel zu finden, um diesen Schatz der Menschheit dienstbar zu machen. Das Gold der Vereinigten Staaten von Nordamerika bildet einen Teil dieses Schatzes, oder spielt wenigstens die Rolle eines Schlüssels zum Berg Sesam. Liefern die Vereinigten Staaten das Gold, dann sind auch gleich die Waren da, die die Kreditbedürftigen zum Wiederaufbau ihrer Wirtschaft brauchen. So denkt man oder so dachte man wenigstens bis heute. Möglich, daß die Amerikaner „schon“ dahinter gekommen sind, daß diese Art der Betrachtung des Anleiheproblems falsch ist. Und daß eine Anleihe, die das Geld der Neutralen mobilisiert, ihrer auf Preisabbau gerichteten Währungspolitik entgegenwirken würde. Denn da die Neutralen nur Gold, aber keine Waren haben, wenigstens nicht die Waren, die die Kreditnehmer heute brauchen, so ist anzunehmen, daß das Gold der Neutralen, sobald es in die Hände der Kreditbedürftigen gelangt, sofort nach Amerika gesandt werden wird zum Ankauf von Waren, und daß dann diese Käufe die Preise der Waren wieder ebenso hoch treiben würden, wie während des Krieges, *wodurch dann das Werk des Preisabbaues, das den Amerikanern drei schwere Krisenjahre gekostet und ungezählte Milliarden verschlungen hat, wieder vernichtet würde.* Es würde dann dem ganzen Volk offenbar werden, daß das eine stupide Politik war, die die amerikanische Regierung während des Krieges und erst recht nach dem Kriege in Währungsangelegenheiten getrieben hat. Und man wird erkennen, daß der Goldschatz in Washington ein böser Lagerhüter ist und daß es hoffnungslos ist, zurzeit irgend eine vernünftige Verwendung für diesen Schatz zu finden. Man wird dann auch endlich erkennen, daß ein Schatz, der, wenn er mobilisiert wird, alle Preise in die Höhe treibt, doch eigentlich kein Schatz ist, wenigstens nicht der Schatz ist, auf den es heute den Kreditbedürftigen ankommt. Wie gesagt, die Amerikaner haben diese Dinge endlich begriffen und möchten sie zwar ihr Gold los werden, aber gleichzeitig verhindern, daß es wieder zum Ankauf von Waren in Amerika benutzt werde. Sie möchten es nach Europa schicken und es dort wieder als Deckung von Banknoten *immobilisiert* sehen. Wie es vor dem Kriege war. Dann wäre dieses Gold der amerikanischen Währungspolitik nicht mehr gefährlich. Aber es scheint auch, daß sie auch die Unsinnigkeit dieses Gedankens erkannt haben, denn in letzter Zeit wird wieder weniger von der Notwendigkeit gesprochen, daß Europa zur Goldwährung zurückkehre.

Denn unsinnig, fast kindisch ist der Gedanke, daß die Kreditbedürftigen die Verschuldungsaktionen damit beginnen, daß sie sich von Amerika ein hochverzinsliches Darlehen in Gold machen lassen, um dieses Gold dann in die Keller der Notenbank zu tragen. Was wäre mit solcher Anleihe gewonnen? Das Gold müßte gesperrt bleiben, denn sonst würde es sofort von den Noteninhabern reklamiert werden. Das Gold würde keinen Einfluß auf die Valuta haben, denn dazu darf es nicht gesperrt sein. Das Gold würde auch keinen Einfluß auf die Notenumission haben, denn um die Notenpresse stillzulegen, muß zuerst der Etat balanziert werden. Und diesen Etat würde die Goldanleihe nicht etwa verbessern, sondern im Gegenteil ihn um den Betrag der Zinsen der Goldanleihe verschlechtern.

Das alles sieht man jetzt ein, oder wird es doch hoffentlich bald einsehen. Dann aber fragt es sich: Was sollen wir mit einer Anleihe bei den Neutralen, die uns doch auch nur Gold geben würden, Gold, das, wenn wir es nach Amerika zum Ankauf von Waren schicken, ganz gewiß zurückgewiesen werden wird, und zwar mit derselben Begründung, mit der im Kriege Schweden das Gold an seinen Grenzen zurückwies.

Der Umstand, daß die Amerikaner von diesen Goldanleihen eine allgemeine Preissteigerung erwarten, ist der vollgültige Beweis dafür, daß die Amerikaner den Schatz nicht besitzen, den wir zum Wiederaufbau verwerten könnten, nämlich den Vorrat an Waren. Die Amerikaner könnten uns vielleicht mit der Zeit solche Waren liefern, aber vorrätig sind sie nicht. Damit ist aber gesagt, daß das Darlehens- oder Anleiheproblem kein Schatz- oder Vorrats-Problem ist, sondern etwas grundsätzlich verschiedenes, nämlich ein Produktionsproblem. Das Material zur Anleihe wird nicht einer Zisterne, sondern einer Quelle entnommen. Diese Quelle sprudelt, solange die Wirtschaft des Kreditgebers mehr Waren erzeugt, als sie verbraucht.

Aus diesen Erkenntnissen lassen sich folgende Schlüsse ziehen, die unmittelbar anwendbar sind für das Problem der Anleihen:

- A. „Das Anleiheproblem ist kein statisches (Schatz), sondern ein dynamisches (Produktion). Es gibt keinen irgendwie nennenswerten Schatz, aus dem man schöpfen könnte. Was zur Anleihe gehört, muß zuerst erarbeitet werden.
- B. Die Anleihen können nicht größer sein als der jährliche Unterschied zwischen der Warenerzeugung und dem Warenverbrauch des Anleihegebenden Landes. Anleihen können nur solche Länder geben, deren Wirtschaft sich in Vollbetrieb befindet.
- C. Goldanleihen, deren Ertrag in einem anderen als dem kreditgebenden Lande in Waren umgesetzt werden soll, würden die Währung dieses Landes stören und können aus diesem Grunde



nicht in Betracht kommen. Das Gold, das den Kreditbedürftigen etwa von Schweden, Holland, Dänemark angeboten würde, findet heute keinen Markt mehr. In Amerika würde es abgewiesen werden. Für den Begriff der Reparationsanleihe scheidet das Gold aus dem aus, was man als Kapital im Sinne der Reparationen bezeichnet. Die Rolle, die das Gold in früheren Zeit bei ähnlichen Gelegenheiten spielte, wenn durch einen Krieg alles Gold verscheucht worden war, also die Rolle eines Tauschmittels, die spielt jetzt überall das Papiergeld. Geld hat man über all übergenug.

- D. Irgendwie nennenswerte Beträge sind auf dem Wege der Anleihe für kein Land zu beschaffen.
- E. Alle Länder sind jetzt und noch für lange Zeit auf die eigenen Kräfte angewiesen. Diese gilt es zu mobilisieren. Das geschieht, indem man
1. „alle künstlichen, gesetzlichen Hemmungen des freien Handels radikal wieder beseitigt; indem man die früheren zusammengehörigen Länder, die der Krieg auseinandergerissen, wenigstens wirtschaftlich durch einen Zollverein oder durch Abschaffung der Zollgrenzen wieder vereinigt, auch den Paßzwang wieder abschafft;
  2. indem man durch radikale finanzielle Maßnahmen den Etat der Staaten balanciert, damit die Notenpresse stillgelegt werden kann; und den Staaten, die der Kriegskontributionen wegen dieses nicht vermögen, die Kriegskontribution stundet, ganz oder teilweise;
  3. indem man durch Gesetz die Unternehmer vor der Rückkehr der Goldwährung, namentlich vor jedem Preisabbau, und besonders vor dem allmählichen Preisabbau schützt, so daß die Unternehmer wieder finanziell disponieren können;
  4. indem man in allen Ländern die inneren Schulden unmittelbar auf das Kapital abbürdet, so daß die Bürger sich vor wiederholten Vermögensabgaben sicher wissen, und der Privatkredit des Kaufmannes im Ausland wieder hergestellt wird. Solange die Kaufleute sich gegenseitig mit konfiskatorischen Vermögensabgaben, mit Zwangsanleihen, mit Beschlagnahme der Devisen bedroht sehen, können sie sich auch gegenseitig keinen Kredit geben. Der Kredit, der Privatkredit aber ist die Grundlage des Handels. Kredit in der Bedeutung, daß die Waren, die wir einem Kaufmann im Ausland anvertrauen, vor den Zugriffen dieses Staates sicher sind;
  5. indem man das Papiergeld einer verständigen kaufmännischen Verwaltung unterstellt.“



Wird den vorgehend genannten Forderungen genügt, dann wird der internationale Handel nach und nach wieder die frühere Gestalt und Umfang annehmen. Schneller vielleicht, als die meisten ahnen.

So hat also für uns das Wort zu gelten: Hilf dir selbst, dann hilft dir Gott. Dies Wort, das schon so manchem geholfen hat, aus verzweifelter Lage, wird sich auch hier wieder bewähren. Wer auf niemand vertraut, als auf sich selbst, der rechnet richtig, der betrachtet die Dinge scharf und sieht sie, wie sie sind. Dann richtet er sich danach ein. Und steckt den Kopf nicht mehr in den Sand, um die Dinge nicht mehr zu sehen. Wir werden arbeiten müssen, und zwar schwer, um den Schaden wett zu machen. Und werden zu diesen Arbeiten alle die heranziehen, die bis dahin von Renten und Zinsen lebten. Vielmehr, sie werden sich selber zur Arbeit melden, um nicht zu verhungern. Für viele wird das sehr bitter, für manche aber auch sehr heilsam sein. In diesen Kreisen, die wohl immer etwas zu leichtfertig vom Kriege redeten, wird man einen gewaltigen Respekt vor dem Kriege bekommen. Das wird auch sein gutes haben. Viele werden das Leben von einer neuen Seite her kennen lernen. Es wird sich nicht mehr erschöpfen in Paraden, Uniformen, in der Anbetung des Staatspompans. Man wird sich besinnen, daß wir nicht des Staates wegen da sind. Man wird persönliches Lebensglück fordern. Der Staat wird als Mittel zum Zweck betrachtet werden. Und man wird sich erinnern, daß kleine Staaten oft sehr große Menschen beherbergt haben. Und dann werden die Tränen versiegen darüber, daß der Staat der Hohenzollern zerfiel und jeder wird danach trachten, sich selbst zum rocher de bronze zu machen.

Das deutsche Volk wird das Volk der Arbeit sein. Ein Volk strotzend von Kraft und Leben. Nur wo man arbeitet und soweit man arbeitet, entwickelt sich Leben, Liebe, Freiheit, Stolz und Mut. Dann wollen wir nach 20 Jahren das deutsche Volk vergleichen mit dem Häufchen Unglück, das aus dem Kriege heimgekommen ist. Und dann werden viele vielleicht sagen, daß die schwere Last der Reparationen ein Glück fürs deutsche Volk gewesen ist.

---

## H. Die Grenzen des Möglichen in der Reparationsfrage.

„Wir werden die Reparationsforderungen nach Möglichkeit erfüllen.“ So sagt Reichskanzler *Wirth*. Er überläßt es aber anderen, das Wort zu deuten. Vieldeutige Ausdrücke sollte man aber in Verträgen mit übelwollenden Parteien unbedingt vermeiden. Namentlich wenn *Shylok* neben dem formalen Recht auch noch das Schwert führt. Mit obigem Wort liefert uns *Wirth* mit *Hab und Gut* unbegrenzt der Entente aus.

Der Entente gegenüber können wir gar nicht klar und deutlich genug sprechen. Wir müssen genau die Summe angeben, die wir bezahlen wollen, und dann selbst den Nachweis bringen, daß wir auch diese Summe bezahlen können. Wir müssen genau umgekehrt verfahren, wie wir bisher verfahren. Erst wenn wir den Franzosen zeigen, wo die Quellen sind, aus denen wir schöpfen werden, werden sie die Gewißheit haben, daß wir das Reparationsdiktat nicht sabotieren. Und dann werden sie sich beruhigen. Dann auch wird der Kredit des Deutschen Reiches wieder hergestellt sein. Der Kredit des Reiches, der Länder, der Städte, der Aktiengesellschaften und der Kaufleute. Der Kredit im Innern, der Kredit nach außen. Erst wenn wir den Nachweis unserer Zahlungsfähigkeit den Franzosen und der Welt geliefert haben, werden die Schuldscheine, die wir der Entente liefern werden, diskontierbar sein, werden die Franzosen eine wirkliche Hilfe daran haben, und der Ring der Kriegsschulden geschlossen sein. Deutschland-Frankreich-England-Amerika-Deutschland. Die Geschlossenheit dieses Ringes ist die Grundlage des Kredits, des Weltkredits, die Voraussetzung für alles übrige. Der Glaube, daß es sich mit unseren Reparationsschuldscheinen wieder nur um *Chiffons de Papier* handelt, muß durch alles, was wir sagen und tun, ausgerottet werden. Die deutsche Treue soll sich nicht nur gegenüber den Habsburgern bewähren, sondern gegenüber der ganzen Welt. Die Welt wird diese Treue auch besser zu schätzen und zu lohnen wissen. Treu wie die Unterschrift des Deutschen Reiches auf den Reparationsschuldscheinen, so soll es in der Welt heißen.

Von den Deutungen, die der von *Wirth* gebrauchte Ausdruck zuläßt, wollen wir hier die hauptsächlichsten hervorheben:

1. Wir verpflichten uns alle moralisch, ein jeder für sich persönlich, nach „Möglichkeit“ zu arbeiten und zu sparen, um einen möglichst großen Überschuß als Reparation abliefern

zu können, und zwar für die ganze Dauer der Reparation, die 40 Jahre umfaßt. Der Vertrag soll also auch für unsere Kinder bindende Kraft haben.

- 2.. Wir verpflichten uns, weil wir dazu gezwungen werden, der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe, und darum auch nur so lange, als der Franzose uns am „Kragen festhält“ (*Briand*), die Steuern so hoch zu treiben, wie es politisch und
3. wie es wirtschaftlich möglich sein wird.

Die erste Deutung verlangt von uns, daß wir im Interesse der Reparation alles das tun werden, was wir im eigenen Interesse zu tun befähigt sind. Wir werden das Höchstmaß an Fleiß verbinden mit dem Höchstmaß an Sparsamkeit. Wir werden wie die Pioniere im Urwald ununterbrochen, ohne Sonn- und Feiertage arbeiten. Wir werden in Akkord arbeiten, das Hundeleben führen, das Millionen von uns jahrelang führen, wenn es sich darum handelte sich vom Druck der Schulden zu befreien, persönlich zu befreien. Wir werden den Staatsbeamten das Gehalt und die Ferien kürzen, die Arbeitszeit verlängern und den Rentnern werden wir sagen: Es geht nicht an, daß ihr von Zinsen lebt, so lange es in Frankreich noch Proletarier gibt, die euch um diese Zinsen beneiden. Nach „Möglichkeit“ bedeutet: Verzicht auf alles arbeitslose Einkommen und Ersatz desselben durch *persönliche Arbeit*.

War es so, wie *Wirth* das Wort verstand, das er verpfändete? Stellte er damit moralische Forderungen an jeden einzelnen im deutschen Volke? Das ist kaum anzunehmen; denn *Wirth* weiß, daß sich Niemand im Deutschen Reich dem brutalen Diktat von Versailles gegenüber in dieser Weise moralisch verpflichtet fühlt. Kein Mensch wird sich persönlich irgend etwas versagen, nur um die Reparationsmasse zu mehren. Wenn es sich um persönliche Beziehungen handeln würde zwischen Franzosen und Deutschen, dann wären ganz andere Triebkräfte am Werke.

Die zweite Möglichkeit bei der Deutung der *Wirth*schen Aussage würde sagen: Wir wollen unseren *Staat* nach Möglichkeit politisch ausbauen, um die Macht zu gewinnen, auf dem Wege der Steuer das Mögliche für die Reparation aus dem deutschen Volk herauszupressen. Es wird eine Einheitsfront erstrebt mit dem Zwecke Macht zu gewinnen und Steuern für die Reparation eintreiben zu können. Die Steuerpresse wird uns nicht wie sonst auseinandertreiben, sondern, weil es sich um die „Reparation“ handelt, wird sie uns diesmal liebevoll zusammenpressen. Die Reparation, die Erfüllung, wird unser liebster Traum.

Daß *Wirth* auch nicht in diesem utopischen Sinne gesprochen hat, ist ebenfalls klar. Wenn der Ausdruck „nach Möglichkeit“ politisch zu deuten wäre, so nur in dem Sinne, daß *Wirth* seine

Steuermacht noch nicht kannte, da sie bisher noch nicht auf die Probe gestellt wurde. Ob die Reichswehr als Steuerexekutor zuverlässig ist? Offenbar ist ja eine starke Macht nötig, um Steuern nach Möglichkeit, d. h. also drückende Steuern, einzutreiben. Und eine Koalition mit so stark auseinanderstrebenden Parteizielen (auch Cuno hat nur eine Parteienkoalition zustandebringen können) hat keine Macht. *Also soll die Macht wohl von außen kommen.* In diesem Zusammenhang muß man in dem Worte nach „Möglichkeit“ fast schon eine Einladung an die Entente erkennen, die steuerpolitische Macht der deutschen Regierung durch Ententebajonette zu stützen. Mit solcher Hilfe wäre am Ende mehr „möglich“, als die Forderung der Entente ausmacht.

Die *wirtschaftliche* Deutung des Wortes, dessen Inhalt hier untersucht wird, ist etwas komplizierter. Zunächst heißt „nach Möglichkeit“ soviel, daß Deutschland nicht an Entkräftung zusammenbrechen soll, wenigstens nicht *vor* der restlosen Erfüllung des Vertrages. Deutschland soll seinen Produktionsapparat in voller Leistungsfähigkeit erhalten können. Auch soll die deutsche Industrie wettbewerbsfähig bleiben. Das bedeutet natürlich, daß von den Überschüssen immer so viel für die Reparaturen, für die Erneuerungen und die Erweiterungen zurückgestellt werden kann und den Zugriffen der Reparationskommission entzogen bleiben soll, *wie es für nötig erachtet wird.* Wer aber soll dies Nötige erachten? Wir erinnern hier daran, daß auf den französischen Bahnen (Aktiengesellschaften) sehr wichtige Erneuerungsarbeiten nicht gemacht werden, weil nach dem Vertrag der Eisenbahnen mit dem Staate die Bahnen nach Ablauf des Vertrages ohne Entschädigung an den Staat fallen. So erachten die Eisenbahn-Aktionäre solche Reparaturen, Erneuerungen und Erweiterungen jetzt schon nicht für „nötig“. Da nun die Ententestaaten nur im Hinblick auf die Reparation an der Instandhaltung der deutschen Betriebe interessiert sind (40 Jahre), so ist es wahrscheinlich, daß die Franzosen gegen Ende der Reparationszeit dieselben Grundsätze für die Instandhaltung der deutschen Industrie werden in Anwendung bringen, *die sie selbst im eigenen Lande im Vertrage der Eisenbahnen mit dem Staate gelten lassen*, d. h. daß sie, um mögliche hohe Beträge aus der deutschen Wirtschaft herauszuholen, gegen Ende der Reparationszeit überhaupt keine Rückstellungen für den Erneuerungsfonds bewilligen werden! Was dem eigenen Volke gegenüber recht ist, wird dem fremden Volke gegenüber sicherlich auch billig erscheinen. So bringt uns also das unglückliche Wort „nach Möglichkeit“ dahin, daß die französischen Soldaten darüber bestimmen werden, ob der baufällige Schornstein, der das Leben der Arbeiter bedroht, repariert werden soll oder nicht!

Für alle, die vom Ertrag ihrer Arbeit leben, die Industrie- und Landarbeiter, für die Beamten und Angestellten ist die Frage wichtig, wie weit der Begriff „nach Möglichkeit“ die Lohnverhältnisse berührt. Hier nun müssen wir nachdrücklich betonen, daß der Lohn, der Ertrag der persönlichen Arbeit, als internationale Größe anzusehen ist und daß darum die Reparationslasten, die man dem Lohne aufbürden würde, binnen kurzer Zeit auf das Kapital durch entsprechende Lohnerhöhungen abgewälzt werden würden, mit samt den Erhebungskosten. Die Auswanderung setzt ein, sobald der Inlandlohn unter den Lohn fällt, den gleiche Arbeit im Ausland einbringt. Dazu kommen die Millionen von Wanderarbeitern, von Grenzkulis, wie sie *Oppenheimer* nennt, die für ständigen Ausgleich der Löhne, (hier kommt nur der Reallohn in Betracht) sorgen. Zur Zeit ist die Auswanderung ja noch erschwert. Diese Beschränkungen werden aber wegfallen müssen, wenn es überhaupt wieder besser werden soll. In dieser Frage müssen wirklich alle Proletarier solidarisch handeln, und für die Beseitigung aller Beschränkungen sorgen. Die Auswanderung aus Deutschland betrug schon einmal fast 300 000 Personen in einem Jahr! Und von den Ausgewanderten kehren immer viele zurück, weil sie mit dem Lohne, den sie drüben verdienen, nicht besser, oder ebenso schlecht leben, wie mit dem, den sie in der Heimat verdienen. Die Erfahrung, die man in Deutschland mit den Kornzöllen machte, zeigen auch, wie schnell unter dem Einfluß der allgemeinen Freizügigkeit die nivellierenden Kräfte unter den Bestimmungsgründen der Lohnhöhe sich durchzusetzen vermögen. Die Lasten, die die Kornzölle dem Arbeitslohn zugedacht hatten, wurden fast augenblicklich abgewälzt. In Deutschland lebten über eine Million ausländischer Arbeiter, von denen viele als Wanderarbeiter die ganze Welt durchzogen hatten.

*Die Bedingung, „wir werden nach Möglichkeit zahlen“, wirtschaftlich aufgefaßt, bedeutet also, daß wir die Arbeiter in Deutschland nur so weit zu den Reparationen heranziehen können, daß ihr Lohn nicht unter den englischen, französischen, amerikanischen Sachlohn fallen kann.*

Sie bedeutet darüber hinaus noch, daß, wenn Deutschland im vollen Umfang reparationsfähig bleiben soll, die früher in Deutschland schaffenden ausländischen Arbeiter in voller Zahl zurückkehren müssen, was nur dann geschehen kann, wenn diese Arbeiter durch Vergleich feststellen, daß der Sachlohn in Deutschland dem in anderen Einwanderungsländern zu minderen nicht nachsteht. Mit einem Worte, der Begriff „nach Möglichkeit“ bedeutet für den Arbeiter, daß der Lohn in Deutschland seine früheren anziehenden Kräfte zurückerwirbt.

Wenn es sich aber derart mit dem Lohne verhält, dann ist es ganz klar, daß die Reparationen allein und ausschließlich von den wirtschaftlichen Faktoren getragen werden müssen, für die die Freizügigkeit nicht besteht. Also die *Immobilien*. Das Land, die Äcker, die Wiesen, die Bergwerke, die Wälder, die Gebäude, die Eisenbahnen, die Fabriken, Maschinen, sowie alles, was an der Zollgrenze Halt machen muß. Und die Aufgabe, die *Cuno* mit der Übernahme des Programmes seines Vorgängers jetzt zu erfüllen hat, ist die, die Grenze abzudecken, innerhalb der für die obigen Sachwerte der Begriff „nach Möglichkeit“ Platz findet. Und zwar muß er diese Grenze nun zur Zufriedenheit der Entente abstecken.

Man hat für das, was die Wirtschaft an Reinertrag abwirft, den Namen Kupon eingeführt. *Kupon*, der Abschnitt, das Auszuscheidende, das, was man jährlich auf unblutige Weise von der Wirtschaft abtrennt, ohne den so gefürchteten Eingriff in die Substanz. Die Aktiengesellschaften liefern den Kupon als Dividende ab. Die Hausbesitzer liefern ihn zum großen Teil an die Hypothekenbanken ab. Die Bauern tragen den Kupon ebenfalls zur Hypothekenbank. Und nirgends fließt oder floß beim Abschneiden Blut. Nirgends bedeutete diese Ablieferung des Kupons einen Eingriff in die Substanz, eine Störung des Betriebes. Die Kupons wanderten meistens vom Lande nach der Stadt und hier dienten sie der bürgerlichen Gesellschaft zur Führung des großen, vollen Lebens, von dem das Proletariat, wie die meisten der mühselig Beladenen nichts weiter kennen lernten als den Staub und den Kehricht.

Machen wir uns keine Illusionen. In Frankreich sind die Sansculottes noch nicht ausgestorben. Die Sansculottes habens auf die Kupons, auf das Abzuschneidende, auf die unblutige Operation abgesehen. Und es hat wirklich keinen Zweck dieses Abzuschneidende vor den Augen der Sansculottes verbergen zu wollen. Sie werden es ja doch durch ihre Kontrolleure herausfinden.

Für uns erhebt sich also die Frage: Sagt der Begriff „nach Möglichkeit“, daß wir der Entente alles, was auf unblutige Weise von der deutschen Wirtschaft abzuschneiden ist, den ganzen Kupon, abzuliefern haben, oder können wir noch ein Stück davon behalten? Es darf hier nicht vergessen werden, daß viele Personen, ganze Familien ganz und gar auf diese Kupons angewiesen sind. Daß auch viele Alte und Arbeitsunfähige den Kupon zur Grundlage ihrer wirtschaftlichen Existenz bestellt haben.

Sollen nun wieder die Franzosen darüber bestimmen, was wir all diesen Leuten im Deutschen Reich zubilligen und vom Kupon abziehen können? Es handelt sich hier um vielleicht 5 bis 10 Millionen Menschen. Sollen wir sie alle ins Armenhaus schicken? Was fragt der Sansculotte danach. Her mit dem Kupon, sagt er. Ich bin der Sieger. Ich will jetzt von den Renten leben, die der

deutsche Arbeiter bisher für seine Herren aufbringen mußte. Und dann werden es wohl Armenhäuser 1., 2., 3. und 4. Klasse sein müssen. Wie es sich in einem Klassenstaat geziemt.

Man sieht in welch lächerliche, ja unmögliche und unwürdige Lage uns das Versprechen gebracht hat, daß wir nach *Möglichkeit* bezahlen werden. Den Franzosen ist dadurch das Recht gegeben worden mit allen Augen in alle Töpfe zu schauen.

Wir müssen hier reine Bahn schaffen. Wir müssen den Franzosen sagen: so viel wollen und soviel können wir auch bezahlen. Keinen Pfennig mehr noch weniger. Und als Gewähr für diese Zahlungen liefern wir euch auf den Inhaber lautende Hypothekenbriefe, Pfandbriefe, Aktien, die ihr dann weiter zur Abzahlung eurer eigenen Kriegsschulden an die Engländer, Amerikaner abtreten könnt. Den ganzen Kupon können wir aber nicht geben, denn diejenigen, die bisher davon lebten, würden sonst verhungern. Wir schlagen euch vor: teilen wir den Kupon. Es dürften, so bald die Weltwirtschaft wieder in Vollbetrieb gesetzt sein wird, auf euren Teil 5, 6, 7, 8 Milliarden Goldmark jährlich entfallen. Und diese Zahlungen wollen wir fortsetzen, bis die Summe von 132 Milliarden erfüllt ist. (Über das Gewicht dieser Last werden dann noch Sicherungen zu treffen sein, die im folgenden Kapitel besprochen sind. Und wenn die Entente im eigenen Interesse auf den Vorschlag eingehen sollte, den ich im letzten Abschnitt über die Erleichterung der Last der genannten 132 Milliarden mache, dann dürften keine 20 Jahre verstreichen, daß die Schuld beglichen und vergessen ist.)

Die Strömungen, die sich in Frankreich zugunsten der Revision des Diktates bemerkbar gemacht haben, brachten viele in Deutschland in Verbindung mit der französischen Furcht vor dem Bolschewismus. Ich glaube nicht, daß es sich so verhält. Man tut hier diesen Franzosen Unrecht. Es waren menschliche Stimmen, die sich Gehör verschaffen wollten. Die, die gewöhnt sind durch Furcht sich in ihrem Handeln bestimmen lassen, daß sind gerade die Elemente, die in Frankreich zur Zeit die Oberhand haben und diese fürchten mehr eine deutsche Erstarkung als den Bolschewismus. Diesen würden sie schon in ihren Grenzen abzuhalten verstehen und wenn dann der russische Bolschewismus auch Deutschland verwüstet hat, dann werden sich die Franzosen vor zwei Feinden sicher fühlen, vor Deutschland und vor dem Bolschewismus. Seht, werden sie dann sagen können: seht, wie der Bolschewismus Deutschland zugerichtet hat! Und das wird dann in Frankreich auf die bolschewistischen Kreise doppelten Eindruck machen.

Immerhin, die Franzosen haben den Bolschewismus schon einmal vor 100 Jahren durchgemacht und viele gibt es noch, die ihn fürchten. Und in dem Maße, wie die Furcht vor Deutschland nachläßt, wird die Furcht vor dem Bolschewismus wieder lebendig

werden. Diesen Umstand können wir nun heute für die Herbeiführung einer Revision verwerten. Vielleicht nützt es etwas, wenn wir den Franzosen jetzt sagen: Das, was ihr uns jetzt zu tun zwingt, ist reiner Bolschewismus, Reparationsbolschewismus. Und je ärger ihr uns bedrängt, umso ausgesprochenere Bolschewismus werden wir betreiben müssen. Das, worauf es den Bolschewisten ankommt, das ist die Beseitigung des arbeitslosen Einkommens. In Rußland hat man dieses Ziel mit ungeeigneten Mitteln angestrebt. Der Erfolg ist entmutigend gewesen und die russischen Maßnahmen haben überall abschreckend gewirkt. Dieser Bolschewismus wird keine Nachahmer finden. Das, was ihr jetzt uns zu tun heißt, das wird ganz andere Folgen zeitigen und statt abzudecken wird es das Proletariat der ganzen Welt, auch in Frankreich, ermutigen dasselbe, was wir in Deutschland jetzt im Interesse fremder Gläubiger tun, im eigenen Interesse zu fordern. Kann man den Kupon, das auf unblutigem Wege abzuschneidende, kurz den Mehrwert der Marxisten ohne Störung des Wirtschaftsbetriebes, ja sogar unter Förderung des Produktionsprozesses trennen und dann nach Belieben verteilen, dann wäre ja die soziale Frage im proletarischen Sinne gelöst. Und wird es dann nicht auf der ganzen Welt heißen: Proletarier aller Länder! Hört die frohe Botschaft. Die Deutschen, die Boches und Hunnen haben den geraden Weg ins gelobte Land entdeckt, den Ausgang aus der kapitalistischen Hölle. Auf! Proletarier. Folgen wir den Boches! Den Kupon, den die Deutschen für unsere Kapitalisten abtrennen, den können wir auch in Frankreich, in England, in Amerika für uns abtrennen! Allons enfants de la patrie, le jour de gloire est arrivé.

Kautsky, der Theoretiker der Sozialdemokratie, drückt sich wie folgt über das Endziel aus:

„Genau genommen ist nicht der Sozialismus unser Endziel sondern dies besteht in der Aufhebung jeder Art der Ausbeutung und Unterdrückung, richte sie sich gegen eine Klasse, ein Geschlecht, eine Partei, eine Rasse. Die sozialistische Produktionsweise setzen wir uns in diesem Kampfe nur deshalb zum Ziel, weil sie bei den heute gegebenen technischen und ökonomischen Bedingungen als das einzige Mittel erscheint, unser Ziel zu erreichen. Würde uns nachgewiesen, daß wir darin irren, daß etwa die Befreiung des Proletariats und der Menschheit überhaupt auf der Grundlage des Privateigentums an Produktionsmitteln allein oder am zweckmäßigsten zu erreichen sei, dann müßten wir den Sozialismus über Bord werfen, ohne unser Endziel im geringsten aufzugeben. Ja, wir müßten es gerade tun im Interesse des Endziels.“

Kautsky.

Wenn das aber das Ziel ist, so hat uns der Reparationsbolschewismus den Weg dahin gezeigt. Das, was ihr Franzosen



uns Deutsche jetzt zu tun zwingt, das würde kein Volk zur Zeit aus eigener Kraft zu tun im Stand sein, wenigstens nicht auf parlamentarischem Wege. Und auch uns in Deutschland würde es unmöglich sein, ohne die Hilfe eurer Bajonette. Ohne diese Bajonette werden unsere Kräfte gleich erschlaffen. Wollt ihr nun, daß wir in Deutschland das große Werk in Angriff nehmen, daß wir als Pioniere dem Weltproletariat die Bahn brechen, gut, so zwingt uns, gebraucht eure Bajonette. Wir sind alle, alle auf der ganzen Welt am Kapitalismus erkrankt und werden alle daran zugrunde gehen, weil der Mut zur rettenden Operation fehlt. Den Kranken fehlt solcher Mut ja immer. Man kann unmöglich von ihm erwarten, daß er sich die brandigen Glieder selber amputiert. Die Hilfe muß von außen kommen. Wollt ihr uns nun noch diese Hilfe bringen – uns soll es recht sein.

---

## H. Die Erfüllung.

### Die Sachwertsteuer, ihre Aufgabe, ihre Wirkung, ihre Technik.

Mit der Sachwertsteuer soll die Möglichkeit gegeben werden, den Etat mit Einschluß der Ententeforderung zu balanzieren, damit die alles zerstörende Notenpresse endlich stillgelegt werden kann. Ob und wie weit die Ententeforderung rückwärts revidiert wird, ist noch unbestimmt und diese Ungewißheit hat für Deutschland, wenn sie noch Jahre andauern sollte, entschieden viel größere Nachteile, als wenn wir auf die Revision verzichteten und die Maßnahmen ergriffen, um das „Unmögliche“ zu erfüllen. So wird es doch wohl am klügsten sein, wenn wir selbst die Summe bezeichnen, die wir zu leisten glauben im Stande zu sein.

Daß wir überhaupt zahlen können, sobald die Weltwirtschaft durch Sanierung der Währung wieder in Gang gesetzt sein wird und daß wir nicht wenig werden zahlen können, steht für die Ententestaaten wenigstens wohl kaum in Zweifel. Wenn wir nur das abliefern, was wir durch die Abrüstung, durch die Abstoßung der beiden „notleidenden, agrarischen und durch Zölle geschützten“ polnischen Provinzen, durch den „Verlust“ der Kolonien sparen werden, so dürfte das allein schon für die Reparationen ausreichen.

	Millionen
Heer, Marine und die Kolonien kosteten uns 1913	Goldmark 1.876
Der Zuschuß, den die deutsche Volkswirtschaft den Grundbesitzern Posen und Westpreußens auf dem Wege des Schutzzolles zahlte, betrug für die 2 127 606 ha Ackerfläche, zu 2 1/2 Tonnen und zu 55 Mark die Tonne Zoll jährlich	292
Der Verlust, der aus der Brachlegung der Arbeitskraft von 880 000 Mann (Heer und Marine) entstand, kann man getrost mit 1000 Mark fürs Jahr und Kopf berechnen, gibt,	<u>880</u>
so kostete uns die Rüstung jährlich	Millionen Mark 3.048

Bieten wir also das, was wir wegen der Abrüstung jetzt sparen, der Entente an. Wenn wir darüber hinaus zu Zahlungen *gezwungen* werden, so sind die Eingriffe in das Kapital, die für die sonstigen Kriegsschäden nicht zu umgehen sind, entsprechend stärker abzuführen.

Die erste Bedingung, die man an eine Sachwertsteuer stellen muß, verlangt, daß der Wirtschaftskörper nicht angegriffen wird. Der „Eingriff in die Substanz“ muß unbedingt vermieden werden, wenn wir für „die langen Jahre, die wir das Bleigewicht der Milliarden werden schleppen müssen“ (Helfferich) leistungsfähig

bleiben wollen. Wir werden also dem Bauer nicht die Pferde vor dem Pflug für die Steuer abspannen, wir werden dem Unternehmer nicht die Maschinen, die Rohstoffe beschlagnahmen und dem Hausbesitzer die Fenster und Öfen wegnehmen. Von den integrierenden Bestandteilen der Wirtschaft soll nichts genommen werden. Aber der Zins, die Dividende, die Grundrente sind keine integrierenden Bestandteile der Wirtschaft. Der Überschuß der Wirtschaft, das was nach der Zahlung der Betriebskosten, der Reparaturen, der Abschreibungen übrig bleibt und an die Rentner zu Konsumzwecken verteilt zu werden pflegt, das bildet den Gegenstand der Sachwertsteuer. Dazu kommen die Lager fertiger Waren, deren Besteuerung auch keinen Eingriff in die Substanz bedeutet, da sie den Wirtschaftsapparat ja nicht mehr nötig haben.

Die Sachwertsteuer wird zweckmäßig unmittelbar an der Quelle erhoben, vom Eigentümer, ohne Rücksicht auf die die Sache etwa belastenden Schulden des Eigentümers. Sorge des Eigentümers wird es sein, die auf diese Weise auch auf die verschuldeten Bestandteile seines Vermögens gezahlten Steuern auf seine Gläubiger abzuwälzen, wozu das Gesetz ihm Vollmacht erteilen muß. So haben es dann die Steuerbehörden nur mehr mit dem sichtbaren Eigentum zu tun und haben es nicht mehr nötig den Besitzern papierner Vermögen nachzuspüren. Steuerflucht ist unmöglich. Auch die Besitzer der über die Grenze geflüchteten Obligationen, Hypotheken, Staatspapiere, Aktien usw. werden die auf sie entfallende Steuer an ihre Schuldner zahlen, ohne daß sich die Steuerbehörde nach ihnen umzusehen braucht.

Die Natur unserer Wirtschaftslage fordert, daß bei Bemessung der zu erhebenden Sachwertsteuer folgendes unbedingt beachtet werde: Es darf im Volke nicht der geringste Zweifel darüber bestehen bleiben, daß die Sachwertsteuer hoch genug bemessen ist um unter allen Umständen den Zweck zu erreichen. Eine zweite Schröpfung der Sachwertbesitzer darf unter keinen Umständen als möglich und nötig erscheinen. Denn nur unter dieser Voraussetzung wird der Spartrieb wieder im Volke lebendig werden. Und dieser ist nie so nötig wie jetzt, soll die Wirtschaft wieder konkurrenzfähig werden, sollen die Unternehmer von unseren Banken und Sparkassen wieder mit Betriebsmitteln versorgt werden. Für den Fiskus spart kein Mensch. Eher verpraßt er sein Geld und hört auf zu arbeiten. Darum noch einmal: Soll der Zweck erreicht werden, sollen wir vor dem Untergang bewahrt bleiben, so muß, wenn der Steuersatz als unzulänglich erscheinen sollte, dieser so lange erhöht werden, bis daß alle überzeugt sind, daß er genügt.

Dabei kommt es fast so sehr darauf an, daß das Volk an die Zulänglichkeit der Steuer glaubt, wie darauf, daß der Glaube auch tatsächlich berechtigt ist. Letzteres ohne das Erstere wäre

übrigens auch nicht möglich, da sonst die jetzige Verschwendungswirtschaft fortgesetzt werden würde, und dann die Sparkassen und Banken leer blieben, die unsere Unternehmer an Stelle der Notenpresse mit Geld versorgen sollen. *Darum kann die Steuer kaum hoch genug angesetzt werden.* Für etwaige Überschüsse werden wir auch Verwendung haben, wenn die Frage erörtert werden wird, ob die Besitzer der Sparkassenbücher, der Hypotheken, überhaupt der Geldguthaben, die durch die Notenpresse ihres Vermögens beraubt wurden, so ganz und gar verlassen, dem Hunger überlassen bleiben sollen. Wenn der Spartrieb wieder sich betätigen soll, so muß das durch die Papiergeldwirtschaft verloren gegangene Vertrauen zu den Sparkassen wieder hergestellt werden und das erfordert, daß die Besitzer der Geldguthaben entschädigt werden im Umfange der durch die Sachwertsteuer verfügbar werdenden Mittel. Bei der Bemessung der Höhe der Sachwertsteuer wird man also auch an die unbedingte Notwendigkeit einer solchen Entschädigung denken müssen. Wenn wir bei Bemessung der Höhe der Steuersätze uns vergriffen, d. h. zu niedrig greifen, so würde das für die deutsche Wirtschaft katastrophale, nicht wieder gut zu machende Folgen nach sich ziehen, denn dann müßte ein zweites mal zur Sachwertsteuer gegriffen werden und dann würde jeder sich sagen, *es ist zwecklos*, das Sparen, die Arbeit nützt nichts, denn der Staat nimmt uns, wie in der Türkei, ja doch immer alles weg!

Die Sachwertsteuer muß selbstverständlich umso höher angesetzt werden, je mehr die Sachwerte durch den Krieg, durch die bolschewistische Papiergeldwirtschaft, durch die Kapitalflucht, durch den Bürokratismus, heruntergewirtschaftet wurde. Das Vermögen der Gläubiger im Betrage von rund *180 Milliarden Goldmark* ist so gut wie ganz verschwunden. Kaum  $\frac{1}{2}\%$  ist davon übrig geblieben. Allerdings haben die Schuldner der Gläubiger das gewonnen, was diese durch die Geldentwertung verloren. Aber da den Schuldnern der Gewinn von 180 Milliarden Goldmark nicht recht geheuer vorkam, so haben die meisten sich beeilt, das Geld auf irgend eine Weise dem Zugriff des Staates zu entziehen, und mehr oder weniger bedeutende Teile ihres Vermögens im Auslande in Sicherheit gebracht (Kapitalflucht). Andere, die Landwirte, haben die Entlastung von ihren Schulden dazu benutzt, um sich das Leben zu verschönen. Weiter muß das, was die Arbeiter mehr fordern und weniger leisten, ebenfalls in Abzug gebracht werden. Und das ist wahrscheinlich nicht wenig. Das industrielle Geschirr ist nicht mehr das, was es war. Es wird mit schlechtem Material, mit ausgeleierte Maschinen, entsprechend schlechte Arbeit geleistet. Im Felde blieben 2 000 000 Mann. 4 000 000 Mann kamen beschädigt heim. 1 000 000 Mann ausländischer

Arbeiter, namentlich die polnischen Feldarbeiter fehlen. Viele Arbeiter haben den Beruf gewechselt und leisten in der ungeübten Tätigkeit wenig. Die Banken sind durch die Geldentwertung ihres Kapitals verlustig geworden und vermögen die Unternehmer nicht mehr zu finanzieren. Die Handelsbeziehungen zum Ausland sind unterbrochen und das, was früher mit einer Postkarte erledigt wurde, muß heute durch eine kostspielige Reise erzielt werden. Der Kredit im Inland ist so gut wie ganz verschwunden. Unzählige Schwierigkeiten entstehen daraus, die den Reinertrag der Arbeit mindern. Durch die bolschewistischen sogenannten Mieterschutzgesetze ist das Hauptinventarstück des deutschen Kapitals, das Gebäudekapital, als Kapital so gut wie vernichtet worden und kommt, so lange diese Gesetze noch zu recht bestehen, für die Sachwertsteuer kaum in Betracht. Durch die Unterlassung aller Reparaturen ist dieses „Kapital“ außerdem noch notleidend und bedarf, wenn es nicht ganz in Verfall geraten soll, vielfach eher einer Subvention als einer Steuer. Zu alle dem kommt, daß infolge der Weltwirtschaftskrise die deutschen Industrieprodukte nicht den vollen Preis erzielen und ihr Absatz zu Dumpingpreisen erzwungen werden muß. Die Zahlungseinstellungen, die sonst aus diesem Grunde zu tausenden eingetreten wären, sind durch die Papiergeldwirtschaft nur verschleiert worden. Das hier entstandene wirtschaftliche Defizit ist aus dem Reptilienfonds des verwässerten Gläubigerkapitals (180 000 000 000 Goldmark) gedeckt worden. Jetzt wo dieser Fonds erschöpft ist, zeigt sich der wahre Sachverhalt in der allgemeinen Kreditnot, die die Reichsbank mit neuen Papiergeldmassen glaubt „beheben“ zu müssen.

Aus all diesen und noch vielen anderen Gründen müssen wir bei Einschätzung des deutschen Kapitals die Friedensschätzung von 350 bis 450 Milliarden Goldmark ganz bedeutend niedriger halten. Um wieviel es sich handelt, entzieht sich jeder zuverlässigen Berechnung. Zwar dürfen hier auch die Aktivposten des Zusammenbruches nicht vergessen werden. Wie z. B. der Umstand, daß Millionen von Frauen, die es früher nicht nötig hatten, jetzt berufliche Arbeit leisten, so daß die durch den Krieg in die Reihen der Arbeiter gerissenen Lücken zum guten Teil aufgefüllt wurden. Auch das durch die Abrüstung gesparte Geld soll an dieser Stelle seiner Bedeutung wegen noch einmal erwähnt werden. Und zuguterletzt soll nicht vergessen werden, daß das Gold, das uns ja als rechnerische Unterlage der Reparationen gesetzt wurde, nicht unerheblich, nach dem amerikanischen Preisindex sogar um 40% unter die nach der Friedenszeit bemessenen Anschaffungskosten gesunken ist, was so viel bedeutet, wie wenn uns die 132 Milliarden Goldmark um 52 Milliarden Goldmark gekürzt worden wären.

Die Sachwertsteuer muß, man kann das nicht oft genug wiederholen, *unter allen Umständen und auf den ersten Hieb* das Ziel erreichen.

Im vollen Bewußtsein der ungeheuren Verantwortung, die auf der Aktion lastet, stehen wir nicht an, die Forderung zu stellen, daß die Sachwertsteuer auf fünfundsiebzig Prozent ihres Gegenstandes angesetzt werde.

Wir verlangen hier: 75% aller Dividenden, 75% aller Grundrenten, 75% aller Wohnungsmieten (nach den üblichen Abschreibungen) und 75% des in Waren angelegten Kapitals. Sind wir fest überzeugt, daß diese 75% reichen werden, dann gut, sonst verlangen wir noch mehr. Wir verlangen das Ganze, wenn es als nötig erachtet wird. Aber es wird mit 75% genügen. Wenn wir von dem Friedensstand des in Deutschland vor dem Kriege angelegten Vermögens von 400 Milliarden Goldmark die Hälfte aus den oben angezogenen Gründen abziehen, dann blieben doch immer noch 200 Milliarden oder zu 4% jährlich 8 Milliarden Goldmark Zinsen und Grundrenten, die zu 75% versteuert 6 Milliarden Goldmark ergeben. Dann bleiben den Besitzern der Sachwerte an Stelle von 16 Milliarden, die sie in Friedenszeiten zu 4% von 400 Milliarden bezogen, noch 2 Milliarden, mit denen sie haushalten müssen. Es wären das 13% ihres ursprünglichen Einkommens. Wollen wir nun die Besitzer der Sparkassenbücher, der Krieganleihen, der Hypotheken, mit den Besitzern der Sachwerte gleichstellen, so wären dazu ungefähr eine Milliarde Goldmark im Jahre nötig. Und diese dürfte die oben errechnete Einnahme von 7 1/2 Milliarden Goldmark als Überschuß über die laufenden Ausgaben abwerfen. Dann wäre das erreicht, was erstrebt werden muß: die Gleichstellung aller Kapitalisten, der Besitzer der Sachwerte, denen die Schulden durch die Papiergeldwirtschaft erlassen wurden, mit ihren Gläubigern, die Besitzer von Staatspapieren, Sparkassenbücher, Hypotheken usw.

Es versteht sich von selbst, daß die Sachwertsteuer von den Liegenschaften jährlich erhoben wird, von den Waren aber nur einmal. Von den Liegenschaften wird der Zins, von den Waren die Substanz genommen. Zur Erleichterung der Liquidation dieser Waren werden langfristige, verzinsliche Wechsel in Zahlung der Steuer genommen. Die Sachwertsteuer kann durch Zahlung eines entsprechenden Kapitals abgelöst werden. Die Last wird im Grundbuche eingetragen.

In dem Maße, wie die Sachwertsteuer eingeht, werden alle anderen Steuern abgebaut. Durch entsprechende Erhöhung der direkten Steuern werden die Einnahmen auf die Höhe der Abgaben gebracht und die Notenpresse stillgelegt. Dann wird die Lohnsteuer und die Kohlensteuer, die unsinnigste aller Steuern,

beseitigt. Ihnen folgen die indirekten Steuern, die Lustbarkeitssteuern und wie sie alle heißen. Die Grenzzölle werden aufgehoben; die Zollgrenze gänzlich beseitigt.

Es muß hier noch ausdrücklich erwähnt werden, daß es sich um einen einmaligen Eingriff handelt, der das zur Zeit in Deutschland angelegte Kapital treffen soll. *Daß aber alles neu entstehende Kapital* von dieser Steuer befreit bleiben soll.

Selbstverständlich fallen mit dieser Sachwertsteuer und mit der mit ihr bezweckten Sanierung der Währung alle gesetzlichen Beschränkungen über die Preisbildung der Waren, wie auch über die Entwicklung der Wohnungsmieten. Jeder wird für das, was er hat, wieder fordern, was er nach Lage des Marktes glaubt fordern zu können. Die Wohnungsämter, die Preisprüfungsämter, die Ausfuhrüberwachungsämter, die Ausfuhrbewilligungen, die Wuchergerichte, der Paßzwang, verschwinden. Spurlos und auf Nimmerwiedersehen.

Nirgends hat das Gesetz schwerer gepfuscht, als bei den Wohnungsmieten, und nirgends ist die Unordnung – ausgenommen bei der Notenbank – so ungeheuer geworden wie dort. Darum muß beim Abbau der Mieterschutzgesetzgebung eine gewisse Vorsicht walten, damit nicht noch mehr Unheil entsteht. Wir machen den Vorschlag, daß den Hausbesitzern gestattet werde, die Mieten alle Monate um 25% zu erhöhen, und zwar solange, bis daß unter dem Drucke solcher immer teurer werdenden Mieten das Volk den jetzt betriebenen, ganz unzeitgemäßen Wohnungsluxus aufgibt und durch Zusammenrücken den Obdachlosen Platz gemacht wird. Dann kann die unter den heutigen Verhältnissen direkt als Blödsinn zu bezeichnende Bauerei zuerst aufgegeben werden und die hier verwendeten Kapitalien können dann auf dem Umwege über die Sparkassen der Industrie zugeführt werden, die das Geld sicherlich nötiger hat.

Wir haben mit den Wohnungen, die wir aus der Friedenszeit übernommen haben, reichlich Raum, um so zu wohnen, wie es einem geschlagenen, hungrigen Volke entspricht, das ruhig zuschaut, wie aus Not die Greise und Kranken, denen die Notenpresse die Notgroschen entwendete, in den Tod gehen. Auf der einen Seite baut man neue Häuser und auf der anderen Seite läßt man die alten Häuser wegen Mangel an Reparaturgeldern zerfallen! Mit der Freigabe der Mieten nimmt solcher Unsinn alsbald ein Ende. Wenn die Mieten, wie vorgeschlagen, monatlich um 25% erhöht werden dürfen, dann wird die Wohnung, die heute 100 kostet, in einem Jahre 1580 kosten. Das dürfte zunächst ausreichen, um alle die, die heute in zu weiten Wohnungen hausen, zu veranlassen, in kleinere Wohnungen umzuziehen oder um Zimmer an Wohnungssuchende abzugeben. Es ist sogar wahr-

scheinlich, daß schon bei einer nur 10fachen Mietesteigerung (und was bedeutet das gegenüber einer 1000fachen allgemeinen Preissteigerung?) alle Obdachlosen unter Dach gebracht sein werden und darüber hinaus noch viele Wohnräume leerstehen werden. Dann nimmt natürlich die Steigerung zunächst von selbst ein Ende, bis daß der Wohlstand sich langsam hebt und das Volk für die Wohnzwecke wieder mehr Geld ausgeben kann. Viele Herrenhäuser werden von ihren Besitzern aus Not und weil es keine Käufer und Mieter dafür geben wird, abgebrochen werden. Das gibt dann billiges Baumaterial für die Aufteilung der zu großen Wohnungen in kleine Wohnungen. Wenn das Reich für solchen Umbau aus den Mitteln der 75% Wohnungsmieten einen Zuschuß zahlt, und auch einen Teil der Umzugskosten trägt, dann dürfte die jetzige sogenannte Wohnungsnot in weniger als einem Jahre ohne Neubauten radikal beseitigt sein.

Was haben wir nun von solcher Sachwertsteuer zu erwarten?

1. Der Reichsetat wird balanziert, und zwar ohne, übrigens ganz hoffnungslose, Anleiheversuche.
  2. Die finanzielle Grundlage für die Stabilisierung der Währung, wovon so gut wie alles übrige abhängt, ist geschaffen.
- Damit kann die Preisbildung sich selbst überlassen werden und alle Notstandsgesetze, Puschereien und Quacksalbereien können nun endlich auf den Unrathaufen des Krieges geworfen werden.
3. Die Versuche, die Kriegslasten auf den Arbeitslohn abzuwälzen und die, ohne daß der Zweck erreicht wird, nur dazu führen, unsere tüchtigsten Arbeiter zur Auswanderung zu treiben, wird man nicht mehr zu wiederholen brauchen. Statt, daß die Arbeiter auswandern, werden die bereits ausgewanderten, mit Einschluß der polnischen und italienischen Arbeiter, wieder zurückkehren und uns so helfen, die schwere Bürde der Kriegslasten zu tragen.
-



## **K: Die Metamorphose des Steuerzettels in eine Reparationsdevisen.**

Man ist sich in Deutschland, wie auch sonst in der Welt vielfach nicht recht klar über den Weg, den der deutsche Steuerzettel einschlagen muß, um sich in eine Devisen für Reparationszwecke verwandeln zu können. Man erwartet hier auch allerhand Störungen, die auf der einen Seite gefürchtet, auf der anderen Seite jedoch willkommen geheißen werden. So schreibt man in England die dort seit drei Jahren herrschende gewaltige Arbeitslosigkeit, statt der dort von engen Finanzkreisen geförderten Preisabbaupolitik, den deutschen Reparationen zu.

Begreiflicherweise teilt man in Deutschland gerne diese Meinung über die Wirkung der Reparationen. Denn weit verbreitet ist noch der Glaube, daß alles, was den anderen schadet, uns nutzen muß. Auch handelt es sich oft um einfache, verzeihliche Schadenfreude. Wer aber erkannt hat, daß diese Schadenfreude nicht umsonst zu haben ist, ja, daß wir sie teuer bezahlen müssen, der gesellt sich zu den Wahrhaftigkeitsprotzen, die sagen, daß man die Wahrheit unter allen Umständen verkünden muß und daß der Irrtum uns immer, wenn auch vielleicht nur auf Umwegen, mehr schaden wird, als wenn wir den wahren Sachverhalt aufdecken. Wie wahr das ist, können wir jetzt schon an den nächstliegenden Auswirkungen der Preisabbaupolitik in England und in Amerika ermessen. Die Antidumpinggesetze in England, die verschärften sogenannten Schutzzölle in Amerika sind unmittelbare Folgen der Preisabbaupolitik. Wenn wir hier in Deutschland die Aufmerksamkeit der Amerikaner und Engländer auf die irrige Bewertung der deutschen Reparationen als Ursache der Krise und der Arbeitslosigkeit gelenkt hätten, wenn wir ihnen gezeigt hätten, daß ihre Not auf die Preisabbaupolitik zurückzuführen ist, dann wäre die Weltwirtschaft schon lange wieder in Vollbetrieb und der wiederkehrende Wohlstand hätte dann den Herzen wieder Blut zugeführt und die Revision des Diktates wäre nicht als Angstprodukt, sondern als ein natürliches Erzeugnis der den Wohlstand als Schatten begleitenden Friedensatmosphäre gekommen. Der hungrige Mensch hat eine niedrige, bösartige, tierische Gesinnung. Hunger und Krieg, Speck und Frieden sind Zwillingenbrüder.

Wenn dem Steuerzahler in Deutschland die Steuern für Reparationszwecke erhöht werden, dann wird er auch den Verbrauch von Waren um den gleichen Betrag herabsetzen müssen. Seine Kaufkraft

nimmt um den Betrag der Steuern ab. Es sei denn, daß er, um den Schaden wett zu machen, nun mehr arbeitet. Da aber dem Arbeitslohn infolge seines Charakters als *internationale Größe* keine besonderen nationalen Lasten, wenigstens nicht für die Dauer, aufgebürdet werden können, die Reparationen somit für den Schaffenden keinen Grund zur Mehrarbeit bieten werden, so werden die Mittel für die Reparationen in der Hauptsache durch Konsumbeschränkungen der nicht arbeitenden Klasse aufgebracht werden müssen. Zins und Grundrente werden die Reparationen zahlen trotz aller Winkelzüge der Steuerpolitik, die sich immer noch zu sträuben scheint, den Lohn als unantastbare Größe anzuerkennen und die Erfahrungen, die wir mit den Schutzzöllen gemacht haben, nicht als abschließend anerkennen wollen.

Reparationen bedeuten also für Deutschland *Konsumeinschränkungen* bei gleichbleibender Produktion.

Wenn dem französischen Steuerzahler infolge der deutschen Reparationszahlungen die Steuern ermäßigt werden können, oder wenigstens nicht erhöht zu werden brauchen, so wird der Warenverbrauch in gleichem Maße steigen. Der Franzose wird dasselbe Geld, das er für die Steuerkasse gesammelt hatte, zum Ankauf tausenderlei Dinge verwenden, auf die er sonst hätte verzichten müssen. Der eine wird eine neue Egge kaufen, der andere eine Geige, die Gemeinde wird zwei Kriegsdenkmäler erwerben statt eines, der Staat wird dem Militarismus neue Altäre errichten. Gelegenheiten zur Ausgabe von Geld fehlen nie, es sei denn, daß das Geld in die Hände der Sparer gelangt und daß der Kapitalmarkt gesättigt sei und neue Anlagen nicht mehr „rentieren“. Der Krieg hat aber dafür gesorgt, daß das Kapital keine Sorgen mehr wegen der Rentabilität zu haben braucht. Wir können also heute ohne Einschränkung sagen, daß die deutschen Reparationszahlungen sich in Frankreich in eine entsprechende Vermehrung des Konsums umsetzen werden.

Was in Deutschland weniger verbraucht werden wird bei sonst unveränderter Produktion, das wird in Frankreich mehr verbraucht werden. Das Gleichgewicht zwischen Produktion und Konsum wird durch die Reparationen nicht gestört werden. Freilich sind die Waren, die in Deutschland nun weniger verbraucht werden, nicht immer von der Gattung der Waren, die in Frankreich mehr verbraucht werden. Eine solche Übereinstimmung ist aber auch gar nicht nötig. Wir werden den gesparten Überschuß an Waren auf den Weltmarkt bringen, und die Franzosen werden dem Weltmarkt ein mehr an Waren nach ihrem Geschmack und nach ihren Bedürfnissen entziehen. Dann wird eine geringfügige Umstellung der Weltmarktproduktion genügen, um das Gleichgewicht nach allen Seiten wieder herzustellen.

Es wird vielleicht nützlich sein, den Weg ins einzelne zu verfolgen, den der Steuerzettel zu seiner Verwandlung in eine Reparationsdevisen zurücklegen wird. Wir werden diesen Weg nun hier beschreiben und bei der Gelegenheit auch einige Dinge berühren, die einmal gesagt werden müssen.

Ein Bauer hat vor dem Kriege nach dem Tode des Vaters das Gut übernommen und seine 5 Geschwister mit einer Hypothek abgefunden. Das Gut war auf 60 000 Goldmark abgeschätzt, d. h. es warf eine Grundrente ab, die zu 4% kapitalisiert obige Summe ergab. Die fünf Geschwister erhielten in bar je ein Sechstel, also je 10 000 Goldmark. Das Geld lieferte die Sparkasse, die das Geld hier vollkommen mündelsicher angelegt zu haben glaubte.

Der Bauer zahlte auch pünktlich den Zins von 4%, also jährlich 2000 Goldmark, die die Sparkasse an die Einleger verteilte.

Die von der Reichsbank auf Befehl der Reichsregierung betriebene Papiergeldwirtschaft befreite nun den Bauer von der Schuldenlast. Er verkaufte an den Abdecker ein verunglücktes Pferd und mit dem Erlös tilgte er die Schuld von 50 000 Mark auf der Sparkasse. Und die Sparkasse gab das Geld an die Einleger zurück. Für je eine Goldmark, die die Vormünder, die Witwen, Greise, Kranken als Notpfennig „mündelsicher“ angelegt hatten, erhielt jeder von ihnen fein säuberlich je eine Mark in Papiergeld. Kein Pfennig fehlte, denn die preußische Polizei wacht, daß die Gelder der Mündel mündelsicher angelegt werden. Und wenn etwa die Polizei unachtsam ist, dann greift in Preußen zum Schutze der Rechte der Unmündigen das Vormundschaftsgericht ein. Also erhielten die Mündel für je eine Goldmark eine Papiermark, mit der sie jetzt beim Abdecker  $\frac{1}{50\,000}$  eines krepierenden Gaules käuflich erwerben könnten. Und nicht nur das Vormundschaftsgericht war zufrieden, auch der Bauer war der Meinung, daß bei der Schuldentilgung alles mit richtigen Dingen zugegangen sei. Eine Fuhre Aas für 50 000 Goldmark, für  $\frac{5}{6}$  des schönen Gutes seines Vaters.

Nun aber erscheint beim Bauer die Steuerbehörde und erhebt Ansprüche. Sie behauptet, daß durch die Papiergeldwirtschaft des Reiches dem Bauer in Gestalt der Schuldbefreiung ein unverdienter „Wertzuwachs“ zugeschanzt wurde von 50 000 Goldmark, abzüglich des Wertes eines verunglückten Gaules. Und von diesem „Wertzuwachs“ will die Steuerbehörde jetzt dem Bauer laut Gesetz 80%, also 40 000 erheben, d. h. sie will das Gut mit einer Reichshypothek von 40 000 Goldmark zu 4% belasten. Das aber versteht der Bauer nicht. Er hat ja seine Schulden „restlos“ getilgt. Er weigert sich also und droht den Steuermann niederzuschießen. Doch bleibt er vernünftigerweise bei dieser Drohung,

als ein mit Handgranaten bewaffneter Reichswehrmann bei ihm erscheint, der ihm eine 10köpfige Familie eines Berliner Arbeitslosen als Einquartierung vorstellt. Einquartierung, bis daß die Sache mit der Steuer geregelt, d. h., bis daß der Bauer 50 Pfandbriefe zu je 1000 Goldmark und 4% jährlich unterzeichnet hat und die Schuld im Grundbuch eingetragen ist! Die Familie muß standesgemäß, d. h., dem Stande des Gastgebers entsprechend gepflegt werden. Sie hat den Auftrag, sich im Haufe möglichst breit und lästig zu machen. Wenn der Bauer eine Gans auf dem Tische hat, so verlangt die 10köpfige Einquartierung deren zwei. Sie besteht stramm auf ihrem Rechte, als Familienmitglieder behandelt und gepflegt zu werden, genau wie der Bauer auf seinem Rechte bestand, als er die 50 000 Goldmark mit 50 000 Papiermark tilgte. Unter solchen Umständen verliert der Bauer bald die Geduld und geht hin und unterzeichnet die 40 Pfandbriefe zu je 1000 Goldmark, die er von nun an mit jährlich 1600 Goldmark verzinsen muß, und die er auch jetzt, wie vor dem Kriege, wird verzinsen können. Denn es ist jetzt ja nur ein schon früher als erträglich betrachteter Zustand wiederhergestellt. Die Reichsbank hatte die Schulden des Bauern getilgt; der Staat stellt sie wieder her. Als Steuer, als eine Bedrückung kann die Sache nicht betrachtet werden.

Der Zins einer solchen Hypothek war vor dem Kriege allerdings keine Kleinigkeit und ist es auch jetzt wieder nicht. Um das Geld dazu aufzubringen, mußte der Bauer den Speck, die Butter, Kartoffeln und Mehl zur Stadt führen. Mit der Papiergeldwirtschaft hatte er das nicht mehr nötig gehabt. 1600 Mark Papiergeld brachte der Bauer durch den Verkauf von drei Pfund Butter schon auf. Jetzt, für die Reichshypothek muß er jährlich an Zins 1600 Goldmark aufbringen und das sind heute 1000 Pfund Butter oder entsprechende Mengen Speck, Getreide und Kartoffeln. Seit Kriegsbeginn pflegte er das zu Hause in irgend einer Form allein auf seinem Tische zu verzehren. Und so wie er, die ganze landwirtschaftliche Bevölkerung, 40% des deutschen Volkes schwelgte während des Krieges in ungewohnten Genüssen, weil die Reichsbank die bäuerliche Bevölkerung befreit hatte von der Last, die sie in Friedenszeiten zwang, einen Großteil der Ernte als Zins für die Ernährung der städtischen Bevölkerung in die Stadt abzuliefern. Gehörte dieses auch zu der finanziellen Kriegsbereitschaft, von der vor dem Kriege so viel die Rede gewesen war? War die Tilgung der bäuerlichen Schulden wirklich das geeignete Mittel, um die Städte während der Blockade zu ernähren? Wir glauben, daß für diesen Zweck eine Verdoppelung der den Bauer bedrückenden Lasten mehr geleistet hätte, als der gesamte bürokratische Apparat, der sich Reichsernährungsministerium nannte.

Man kann den Zins, den die ländliche Bevölkerung für Hypotheken jährlich aufzubringen hatte, getrost mit 5 oder 6 Goldmilliarden einschätzen. Und mit der gleichen Summe muß man auch die Lebensmittel einschätzen, die die Bauern zur Aufbringung dieser Milliarden zur Stadt bringen mußten, und – die sie nun infolge Tilgung der Hypotheken selber verzehren konnten und zum großen Teil wohl auch verzehrten. Es handelt sich um eine Lebensmittelmenge, die zum mindesten so viel ausmachte, wie die sonst in Friedenszeiten vom Ausland eingeführten Lebensmittel. Übrigens ist auch die Ursache, warum in Rußland die Städte unter der Bolschewistenherrschaft so schlecht verproviantiert waren, zumeist in dieser Entschuldung des Landes zu suchen.

Wir werden also damit rechnen können, daß, sobald die Bauern wieder unter dem Drucke der Schulden stehen werden, der Zufluß von Lebensmitteln vom Lande zur Stadt sich wieder im alten Umfang einstellen wird.

Hier sehen wir schon die erste Häutung des Steuerzettels in seinem Verwandlungsprozeß zur Devise. Die Stadt erhält ein beträchtliches Mehr an Lebensmitteln aus der Umgebung geliefert und braucht nun umso weniger aus dem Ausland zu beziehen. Das macht einen Ausfall in der Nachfrage von Devisen von mehreren Milliarden Goldmark.

Oben sagten wir, daß der Bauer einen Großteil der ihm erlassenen Hypothekenzinsen zur Besserung seiner Küche verwendet. Über den Rest verfügt er auf andere Weise. Er kauft in der Stadt eine Menge Dinge für seinen Haushalt auf, für die er bis zur großen Havensteinschen Seisachtheia einfach kein Geld hatte. Manches von diesem Kram ist als Luxus zu betrachten. So z. B. sollen sogar Pianos ihren Weg in Bauernhäuser finden, wo es niemand gibt, der das Luxusinstrument spielen kann. Gefördert wird dieser Blödsinn durch die „Wuchergesetze“, die gegen den Wucher gerichtet sein sollen, in Wirklichkeit aber den Wucher fördern, und zwar den Wucher, der darin besteht, daß der Kaufmann die Waren weit unter dem Wiederbeschaffungspreis verkaufen muß (Timm).

Zu diesen bäuerlichen Käufern in den Luxusläden der Stadt gesellt sich nun noch eine andere Gruppe von Leuten, die auch von der Reichsbank verhätschelt werden, die *Inflations- und Valutagewinner*, die sich breit und breiter machen, die Leute, die immer noch Dumme finden, die ihnen Geld oder Waren auf Kredit geben. Diese Leute verdienen heute das Geld wie Heu. Sie erhalten von der Reichsbank (alle anderen Geldinstitute sind ausgepumpt, durch die Geldverwässerung „trocken“ gelegt) und von den Dummen, die nie ganz „alle“ werden, Geld geliehen. Dieses Geld setzen sie in Waren um, weil sie wissen,

daß die sinnlose Politik der Reichsbank (durch die sie in den Besitz des Geldes gelangten) die Preise immer höher treiben wird. Dann werden die Waren mit einem Gewinn von über 100% (aufs Jahr berechnet) wieder abgestoßen. Mit diesem Gewinn, der den Gewinnlern nicht so recht sicher erscheint und den sie der Steuerbehörde zu entziehen wünschen, werden nun die Läden geplündert, zuerst die Lebensmitteläden, dann die anderen, alle anderen. Unterschiedslos wird alles gekauft.

So kommt es, daß trotz dem allgemeinen Notstand in den Läden starker Betrieb ist und daß von den Läden, die vor dem Kriege bestanden, kaum einer geschlossen wurde. Im Kriege waren diese Läden leer. Jetzt in der Zeit der Reparationen und des Moratoriums füllen sie sich. Daß es hier nicht mit rechten Dingen zugeht, das sieht jeder, auch die französischen Agenten sehen das. Und gestützt eben auf diese Erscheinung, berichten die Agenten an Herrn Poincaree, daß der Kurs des Dollars kein Maßstab sei für die deutsche Zahlungsfähigkeit, daß, wenn die Bauern und die Inflationsgewinnler die *Produkte der deutschen Industrie nicht aufkaufen würden, daß dann die Ausfuhr dieser Waren Deutschland wohl die Zahlung einiger Milliarden Goldmark auf Reparationskonto ermöglichen würde.*

Und so ist es tatsächlich. Und es wird sich das auch erweisen, sobald durch die Wiederherstellung der Hypotheken, durch die Sachwertsteuern, durch die damit ermöglichte Balanzierung des Etats die Notenpresse stillgelegt wird, wodurch die Valuta- und Inflationsgewinne verschwinden und dann wegen Mangel an Käufern die Mehrzahl der Läden auf eine Reihe von Jahren geschlossen werden. Dann werden die Waren, die heute *ohne Gegenleistung* an die Inflationisten, Valutaristen und Seisachtheisten abgegeben, d. h., verschenkt werden, automatisch den Weg ins Ausland finden *und die Devisen, die solcher Export den deutschen Börsen zuführen wird, wird das Reich mit dem Ertrag der Sachwertsteuern und mit dem Zins der oben beschriebenen, den Grundbesitzern auferlegten Hypotheken, aufkaufen können.* An Geld für die Reparationen, für die Befreiung der besetzten Gebiete und für die auskömmliche Versorgung der notleidenden Teile unseres Volkes wird es dann nicht fehlen.

---

## **K. Die Falltüren des Versailler Vertrages und die deutsche Goldpolitik.**

In London zeichnete unsere Regierung einen Wechsel von 132 Milliarden Goldmark, das sind rund 50 Millionen Kilo Feingold oder mit den Zinsen bis zum Jahr 1960 rund 150 Millionen Kilo Feingold. Seit der Entdeckung Amerikas bis auf den gültigen Tag betrug die Weltproduktion laut Angaben im Stat. Jahrbuch des Deutschen Reiches nur 27 Millionen Kilo Feingold. Von diesen 27 Millionen Kilo ist in den Jahrhunderten ein bedeutender Teil durch den Verschleiß der Münzen und sonstwie verloren worden. Ein noch viel bedeutender Teil ist zu Schmucksachen verarbeitet worden. Als Münze in für Reparationszwecke greifbarer Gestalt mögen somit nur etwa 15 Millionen Kilo bleiben. Diese 15 Millionen sind verteilt auf der ganzen Welt und dienen vielfach als *unantastbare* Deckung den Staaten für die Ausgabe von Banknoten.

Wenn die Franzosen darauf bestehen, daß wir ihnen die Milliarden in Goldmetall bezahlen, dann müssen wir ihnen das gesamte greifbare und ungreifbare Gold der Welt 10 mal, zehn mal aushändigen!

Der Preis, den wir für dieses Gold bezahlen müssen, wird bestimmt durch Nachfrage und Angebot. Wenn das Angebot fehlt, so müssen wir einen höheren Preis anbieten, um das Gold auf den Markt zu locken. Da wird es uns nichts nützen, wenn wir den Franzosen sagen würden: Wir wissen nicht, wo das Gold, das wir euch zu liefern haben, aufzutreiben ist. Wir bieten unsere Industrieprodukte zu herabgesetzten Preisen an, sogar zu Dumpingpreisen, die uns die Antidumpinggesetze Englands und Amerikas gebracht haben. Es nützt nichts. Es ist einfach kein Gold aufzutreiben. Dann werden die Franzosen die Antwort für uns haben, die die Gläubiger seit Jahrtausenden für solche Fälle bereit halten. „Es ist nicht unsere Sache, euch zu zeigen, wie ihr das Gold aufbringen sollt, das ihr nach dem Vertrag uns zu liefern habt. Wir bestehen auf Zahlung und schreiten zur Pfändung, d. h., wir besetzen das Ruhrgebiet, wenn das Gold nicht zur Stunde geliefert wird.“

Wir können uns das Gold für die Reparationen nur auf dem Wege des Geldumlaufes des Goldkarussells, beschaffen. Es ist die einzige Möglichkeit, die uns für die Erfüllung offensteht. Wir müssen alles Gold der Welt zehn mal an die Franzosen abliefern. Das Gold muß kreisen und unsere Sache ist es, den Kreislauf des Goldes über unsere Märkte zu leiten und ihn dauernd

zu schließen. Können wir das? Vielleicht können die Herren, die den Wechsel bedingungslos unterzeichneten, uns jetzt sagen, wie wir es machen sollen, daß der Kreislauf des Goldes in den 40 Jahren, über die sich die Reparation erstreckt, immer geschlossen bleiben wird, daß auch dieser Kreislauf in seiner Schnelligkeit nicht erlahmt. Denn von der Schnelligkeit, womit das Gold kreist und kreisen wird, hängt es ab, welchen Preis wir für das an die Franzosen abzuliefernde Gold werden zahlen müssen. Und auf diesen Preis kommt es uns doch an.  $G \times U =$  Nachfrage, Goldumlaufgeschwindigkeit mal Goldmenge, das ist die Nachfrage nach Waren, die den Preis unserer Industrieerzeugnisse zu bestimmen hat und nach diesem Preis werden wir die Last bemessen, die die Reparationszahlungen für uns bedeuten. Haben die Herren, die nach London fahren, um den Wechsel von 132 Milliarden Goldmark, von 50 Millionen Kilo Feingold, zu unterzeichnen, diese Umstände in den Kreis ihrer Betrachtungen gezogen?

Die Franzosen werden so wenig wie wir je wieder zur Goldwährung zurückkehren. Für sie spielt das Gold von nun an die Rolle einer gewöhnlichen Ware. Ihre Währung ist gänzlich vom Gold gelöst. Sie haben für das Gold jetzt nur noch sofern ein Interesse, als Deutschland ihnen 50 Millionen Kilo dieser Ware zu liefern verpflichtet ist und sie nun für diese Ware den höchsten Preis erzielen wollen. Wie können sie nun den Preis dieser Ware heben? Oben haben wir es den Franzosen gezeigt.  $G \times U =$  Nachfrage. Wenn die Franzosen das Gold, das wir ihnen abliefern, ganz oder zum Teil festhalten (thesaurieren), dann bedeutet das eine Verlangsamung in der Umlaufgeschwindigkeit und dann muß Deutschland einen höheren Preis für das Gold bezahlen. Das heißt, Deutschland muß die Waren, die es für die Beschaffung des Goldes auf den Weltmarkt wirft, zu herabgesetzten Preisen verkaufen und die Franzosen erhalten eine größere Menge deutscher Waren für die gleiche Reparationsleistung. Was hindert die Franzosen nach diesem, jedem Wucherer, jedem Bankier, jedem Spekulanten, jedem Morgan und Rockefeller bekannten Verfahren zu handeln? Im Londoner Vertrag ist nichts von der Umlaufgeschwindigkeit des Goldes gesagt worden. Man spricht nicht gerne über diese Dinge, in den Kreisen, die etwas davon verstehen. Und nach London hat das Reich Männer geschickt, die entweder auch nicht gerne davon reden, oder die nichts davon verstanden. Dabei ist es eine Wahrheit, die sogar in den Schriften unserer Nationalökonomien zu lesen ist, daß die Preise auf der Geldseite bestimmt werden durch die Geldmenge beschwert mit der Umlaufgeschwindigkeit dieser Geldmenge. Je geringer die Umlaufgeschwindigkeit ist, umso niedriger sind die Preise. Geht die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes um 50% zurück, so gehen auch die



Warenpreise um 50% zurück. Gehen aber die Warenpreise um 50% zurück, so ist das dasselbe, genau dasselbe, wie wenn uns die von der Entente auferlegten Tribute von 132 Milliarden auf 264 Milliarden erhöht worden wären. Und umgekehrt natürlich bedeutet für uns eine Beschleunigung der Kreislaufgeschwindigkeit des Goldes um 50% genau dasselbe, wie wenn wir statt 232 Milliarden nur 66 Milliarden zu zahlen hätten. Die Franzosen aber, denen wir sämtliches Gold der Erde 10 mal auszuhändigen haben, haben es in der Hand, den Goldkreislauf nach Wunsch zu beschleunigen oder zu hemmen! Sie können dadurch, daß sie das von uns abgelieferte Geld thesaurieren, die uns auferlegte Last beliebig verdoppeln und vervielfachen. Jeder Fachmann weiß das. Wenigstens wissen das die Physiokraten, die seit dem Jahre 1912 ihre regel-mäßigen Zusammenkünfte in einer finsternen Höhle der Alten Schönhauser Allee abhalten. Warum hat die deutsche Regierung diese Fachleute nicht zu ihren Beratungen herangezogen? Fürchtete sich die sozialdemokratische Regierung vor diesen Proletariern?

Die Deutsche Regierung läßt sich von in- und ausländischen „Sachverständigen“ den wissenschaftlichen Nachweis liefern, daß 132 Milliarden zu viel sind für die Deutsche Tragkraft. Diese Gutachten sind aber wieder nichts als chiffons de papier, als Papierfetzen. *Denn im Gutachten ist die Umlaufgeschwindigkeit des Goldes gar nicht erwähnt.* Die Hauptsache haben diese Sachverständigen wieder vergessen. Es ist doch hier genau dasselbe, wie wenn die Sachverständigen befragt worden wären, ob die Zahl der deutschen Eisenbahnwagen für den zu bewältigenden Verkehr genügten, und sie die Antworten gegeben hätten, ohne sich vorher nach der Geschwindigkeit zu erkundigen, mit der die Züge in Deutschland fahren und fahren können. Dieser Vergleich stimmt aufs Haar. Danach beurteile man den Wert des Sachverständigengutachtens. Und danach beurteile man den Sachverstand der Leute, die auf Grund eines solchen leichtsinnigen Elaborats gleich ein ganzes Programm entwerfen und den schmunzelnden Franzosen nach Paris schicken.

So lange wir über die Umlaufgeschwindigkeit nichts wissen, die das Gold während der nächsten 40 Jahre erreichen wird, d. h. die ihm von den Interessenten gegeben wird, wissen wir von der Last der 132 Milliarden rein nichts. Ist es so Herr Professor Cassel? Stimmt es, was man heute sagt, daß die Preise von der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes abhängen? Und das die deutsche Tragkraft (in Gold gemessen) mit den Preisen, d. h. also zusammen mit dieser Umlaufgeschwindigkeit steigt und fällt? Stimmt es, daß in Nordamerika die Preise der Waren seit dem Kriegsende um 50% dadurch gesenkt wurden, daß ein Teil des Goldes im Staatsschatz am Umlauf verhindert worden

ist? Stimmt das? Warum haben Sie dann dieses hochbedeutsamen Umstandes in Ihrem Gutachten nicht Erwähnung getan? Sie haben die Last der 132 Milliarden Goldmark nach dem Umgang, nicht nach dem spec. Gewicht beurteilt. Taten Sie das mit Absicht oder haben Sie es nur vergessen? Ich denke, man hat sie als Wissenschaftler, nicht als Politiker berufen. Wie aber konnten sie als Wissenschaftler die Kreislaufgeschwindigkeit des Goldes vergessen, als sie das Gewicht der Last der uns auferlegten Reparationen einschätzten? Ist das etwa für die Goldwährung, für die Rückkehr zur Goldwährung, die sie zu empfehlen scheinen, eine zu kritische Frage? Würde „man“ sie nicht mehr als Sachverständigen betrachten und als solchen dem Deutschen Reich empfehlen, wenn sie gesagt hätten: Ohne eine Kontrolle des Goldkreislaufes ist die Last, der Deutschland auferlegten Kontribution überhaupt nicht zu messen. Die Summe von 132 Milliarden Goldmark bleibt eine willkürlich zu beeinflussende Größe, so lange es den Gläubigern frei steht, die Umlaufgeschwindigkeit des Goldes an irgend einem Tage der 40 Jahre währenden Reparation zu hemmen. Ich, Gustav Cassel, erinnere daran, daß im Jahre 1907 Morgan an der Börse in New-York ein Differenzgeschäft von einer Milliarde Golddollars gemacht hat, einfach dadurch, daß er das Goldkarussell einige Tage anhielt. Deutschland, wie jeder Goldschuldner bleibt der Willkür der Börsenräuber auf Gnade und Ungnade ausgeliefert, wenn keine Gewähr dafür besteht, daß der Goldkreislauf unter allen nur denkbaren Umständen geschlossen bleibt!

Professor Cassel hat von diesen Dingen kein Tönchen erwähnt. Und wenn er sie erwähnt hätte, dann wäre er in den Augen der Morgan und Rockefeller, der Stinnes, die seine Berufung wohl betrieben haben mögen, eben kein Sachverständiger mehr.

Aus Amerika hat man einen anderen Sachverständigen kommen lassen, den Prof. Jenks. Wer kennt ihn? Warum hat man nicht den Professor *Yrving Fisher* berufen? Der versteht etwas wenigstens vom Kreislauf des Geldes und von seinem Einfluß auf die Preise und auf das Gewicht der Reparationslasten. Vielleicht hatte er die Aufmerksamkeit der ganzen Welt auf diesen heiklen Punkt gelenkt und die Goldwährung als den größten Schwindel aller Zeiten entlarvt. Warum hat man in Berlin diesen weltbekannten Fachmann, den Verfasser des Werkes „Die Kaufkraft des Geldes“ vergessen? Wer leitet diese Dinge im Deutschen Reich? Sicher nicht unsere Regierungsleute, die es fertiggebracht haben und es zum Mindesten duldeten, daß das Geldwesen in der Reichsverfassung zu Weimar völlig vergeben wurde? Hier in Weimar haben unsere Deutschen Staatsmänner öffentlich bekundet, daß sie von diesen Dingen absolut nichts ver-

stehen. Wer sind nun die maßgebenden Persönlichkeiten, die dafür gesorgt haben, und weiter dafür sorgen, daß Professor *Irving Fisher* nicht befragt wurde? In der Reichsbank sind nur Beamte, preußische Beamte, die keine eigene Meinung haben dürfen. Keiner von ihnen ist auch je an die Öffentlichkeit getreten.. Man weiß heute noch nicht welcher Theorie des Gelder die Reichsbankdirektoren huldigen. Hier ist also auch niemand zu vermuten, der in der Berufung Irving Fishers eine revolutionäre Tat erblickt hätte. Nein, die maßgebenden Persönlichkeiten in diesen Dingen müssen wir hinter den Kulissen vermuten. Vielleicht sind sie im engen Kreise der Reichsbankaktionäre zu finden. Und diese haben andere Interessen als dem Deutschen Volke die Falltüren der Goldwährung und des auf ihr beruhenden Versailler Vertrages zu lenken. Denn diese Falltüren haben ihnen ja von jeher die Taschen gefüllt. Die Goldwährung ist die Quelle der Zinswirtschaft, die Hochburg des Kapitalismus, und so lange die Aufmerksamkeit der Welt von der Umlaufgeschwindigkeit des Goldes als wichtigsten Faktor der Preisbildung und der Börsenkurse abgelenkt werden kann, fühlen sich die Herren von der Hochfinanz vollkommen sicher. Darum hat auch niemand den Namen *Irving Fisher* genannt, als es sich darum handelte „Sachverständige“ zu berufen.

Mit der Unterzeichnung des Wechsels sind wir nun an Händen und Füßen gebunden der Entente ausgeliefert. Ich glaube nicht, daß hierin eine besondere Gefahr noch liegen wird, wenn wir den Sachverhalt dem französischen Volke darlegen und in der breiten Öffentlichkeit behandeln. Mit der Erkenntnis, daß der Kreislauf des Goldes einer öffentlichen Kontrolle bedarf, bricht die Goldwährung in sich zusammen. Sie ist dann als Räuberhöhle erkannt und kein Mensch, dem sein Leben lieb ist, wird dann noch den Mut haben, ein Wörtchen zugunsten dieser Unglückswährung zu sagen.

Mit dem endgültigen Fall der Goldwährung wird es sich als nötig erweisen, den Sinn jener uns in London aufgebürdeten Leistung zu ergründen. Dann wird es erst möglich sein die Frage zu beantworten, ob der Vertrag erfüllbar ist oder nicht. Wir werden dann wissen, was 132 Milliarden bedeuten. Bis dahin ist alles leeres Stroh, was darüber gesagt wird. Man wird dann im Unterbewußtsein vielleicht die Begriffe zu der Summe von 132 Milliarden suchen und finden, daß das, was Deutschland zu leisten hat, dem entsprechen muß, was im Kriege zerstört wurde. Und das war nicht Gold. Kein Körnchen Gold ist zerstört worden. Was zerstört wurde, das sind Arbeitserzeugnisse. Diese haben wir zu leisten und diese können wir leisten. Ein Maß für diese Leistungen ist das Gold nicht. Bedingung hierfür wäre, daß es wie sonst die Waren überall in beliebiger Menge zu erzeugen wäre und sein Preis dadurch unter die Kontrolle der Erzeugungs-

kosten stände. Das Maß für unsere Leistungen kann darum nur im Index, wie ihn die Warenpreisstatistik liefert, zu schaffen sein. Die Summe von 132 Milliarden muß also in einem Warenpreis-Index abgedruckt werden, und dann wollen wir sehen, ob wir zahlen können oder nicht. Hier will ich nur soviel sagen, daß die Summe, die wir zahlen sollen nach dem geschätzt wurde, was die Entente während des Krieges an Geld ausgegeben hat, **also nach Kriegspreisen. Diese Kriegspreise müssen also auch dem Index für die Reparationsleistungen zugrunde gelegt werden. Sie standen um etwa 100% höher als heute.**

Wenn wir nun die wohlbegründete Forderung stellen, daß man unsere Reparationsleistungen nach einem zu Kriegspreisen aufgestellten Index umrechnet, dann brauchen wir auf eine weitere *Revision* nicht mehr zu bestehen, denn dann schrumpfen die 132 Milliarden zu 66 Milliarden zusammen und diese 66 Milliarden werden wir sicher zahlen können, wenn . . . *die Amerikaner und Engländer ihre auf Preisabbau eingestellte Währungspolitik aufgeben und die Weltwirtschaft so wieder in Vollbetrieb gesetzt wird.* Und sogar spielend werden wir die Reparationen im vollen Nennbetrag der 132 Milliarden aufbringen können, wenn nach dem Vorschlag verfahren wird, den ich zu Ostern ds. Js. in einem Vortrag in Essen machte, und der hier in der Hauptsache wiedergegeben werden soll:

---

## L. Die letzte Hoffnung.

### Eine in Höhe und Zeit begrenzte, gesetzlich festgelegte, währungstechnisch beherrschte Inflation des amerikanischen Warenpreisindex

**zwecks Einstellung der Dynamik des Geldes in den Dienst der Staats-, Privat- und Weltwirtschaft, zur Erleichterung der Last der internationalen Kriegsschulden und Ermöglichung der deutschen Reparationsleistungen im vollen nominellen Umfang des Londoner Vertrages und Schaffung der Friedensatmosphäre, die immer eine regelmäßige Begleiterscheinung widerkehrenden Wohlstandes ist.**

Der Umstand, daß man in England und Amerika, daß auch namentlich *Lloyd George* der Meinung ist, die ungeheure Arbeitslosigkeit und die sie begleitende Not seien auf die deutschen Reparationsleistungen zurückzuführen, ist für die Vertretung der Meinung, daß der Londoner Reparationsvertrag revisionsbedürftig sei, zweifellos ein günstiger. [Heute noch, den 30. November 1922, verbreitet W.T.B. folgende Nachricht: *Ein Antrag der Arbeiterpartei*. London, 30 November. (W.T.B.) „Im Unterhause brachte der Arbeiterführer Clynes einen Abänderungsantrag der Arbeiterpartei zur Erwiderung auf die Thronrede ein. In dem Antrag heißt es, angesichts der beispiellosen Arbeitslosigkeit, die zum großen Teil das Ergebnis von vier Jahren *verfehlter Politik* sei, für die die Regierung als die beherrschende Partei in der früheren Koalition verantwortlich sei, sei keinerlei Vorschlag für eine Aufnahme- oder Sonderbehandlung der Opfer dieser Politik vorhanden und kein Anzeichen einer Änderung, um die europäischen Abnehmer Englands in den Stand zu setzen, wieder englische Waren zu kaufen und so den internationalen Handel wieder herzustellen und die internationalen Währungen zu stabilisieren.“ – Hierzu bemerkt der Vorwärts: „Die Einbringung dieses Antrags bedeutet die Aufrollung der Reparationsfrage im Unterhaus.“] Diesen Glauben dürfen wir aber trotzdem nicht nähren, wenn es sich herausstellen sollte, daß er irrig ist, denn nur auf dem Boden rücksichtsloser Wahrheit werden die Konferenz zu Genua und ihre Nachfolgerinnen aufbauende Arbeit leisten können. Diese Erkenntnis gibt den Anstoß zu folgendem Vorschlag:

1. „Alle Kriegsschulden der alliierten Mächte, sowie auch die Reparationsschulden des Deutschen Reiches werden in U.S.A.-Dollars umgerechnet.
2. Der Dollar wird von den U.S.A. so verwaltet, daß der Warenpreisindex in Amerika langsam, aber stetig und regelmäßig, steigt.
3. Diese Inflation wird durch Gesetz und Vertrag festgelegt, in Höhe und Zeit begrenzt und unterliegt der Kontrolle einer *internationalen Indexkontrollkommission*. Vorgetragen wird hier eine Inflation, die von Jahr zu Jahr um

5% steigt und die in fünf Jahren mit rund 27% ihren Abschluß finden soll. [Falls den deutschen Reparationsleistungen nach dem im vorangehenden Kapitel gemachten Vorschlag die Kriegspreise zugrunde gelegt werden und dann nach einem auf Grund derselben Kriegspreise aufgestellten Index beziffert werden, erübrigte sich vielleicht die hier geforderte Inflation des Dollarpreisindex als Erleichterung der uns zgedachten Last. Der hier gemachte Vorschlag, obschon er im Widerspruch steht mit den in dieser Schrift vertretenen Anschauungen einer gesunden Währung, dürfte unter Berücksichtigung der heutigen außergewöhnlichen Schwierigkeiten die einzige Revision des Vertrages bedeuten, die überhaupt politisch durchzusetzen ist, weil zu seiner Durchführung keinerlei fiskalische Maßnahmen zu ergreifen sein werden. Die Erleichterung der Last aller Schuldner der Vereinigten Staaten geht hier vor sich, ohne daß die Vereinigten Staaten besondere Steuern von ihren Bürgern einzutreiben hätten. Die Abbürdung von 27% der Last geht unmittelbar vom Schuldner auf den Gläubiger.] Der heutige oder Ausgangsindex mit 100 angenommen, würde sodann im Jahre 1927 auf 127 stehen und von da an auf dieser Höhe erhalten bleiben. Es wird ein europäischer Kontrollindex fortgeführt, der an die Stelle des U.S.A.-Indexes tritt, im Falle die U.S.A.-Regierung durch politische Ereignisse die Macht über die Notenausgabe verlieren sollte. Auch dieser Index ist der Kontrolle der Internationalen Indexkommission unterworfen, der alle souveränen Staaten angehören.

4. Dieser so geschaffene Dollar ist vertragsmäßiges Zahlungsmittel nicht nur für die unter 1. genannten Kriegsschulden, sondern für alle Schulden überhaupt, also auch für die Privatschulden.“

*Begründung:*

- a) Juristische Begründung.
- b) Politische Begründung.
- c) Wirtschaftliche Begründung.
- d) Finanzielle Begründung.
- e) Theoretische Begründung.

*Juristische Gesichtspunkte.* Unter einem Dollar Schilling, Franken, wird kaum jemand sich ein bestimmtes Gewicht Gold vorstellen. Die Vorstellung, die der Name obiger Münzen erweckt, gleitet ab vom Metall jener Münzen, um an mehr oder weniger konkreten Sachgütern haften zu bleiben. Das, was man für eine solche Münze an *Waren* erstehen konnte, das ist es, was sich jeder unter einem Dollar vorstellt. Auch in *London* ist das der Fall gewesen, als man die deutsche Reparationsschuld mit 132 Milliarden Goldmark in den Vertrag eintrug. Der Umstand, daß 132 Milliarden mit den Zinsen von 40 Jahren eine Summe geben, die *siebenmal* größer ist als alles Gold, das seit den fernen Zeiten der Entdeckung Amerikas gefunden wurde, zeugt dafür, daß die Goldmark nur die Rolle eines Rechenmittels spielen sollte im Vertrag von London. Denn wie kann man jemand zur Lieferung einer Sache zwingen, die zur Erfüllung des Vertrages in solcher Menge nicht vorhanden ist. Wendet man hier ein, daß der Vertrag auf Grund der Hylodromie, des

Kreislaufes des Goldes erfüllbar sei, dann wird die Höhe der Leistung, die Deutschland aufgebürdet wurde, abhängig von der Schnelligkeit dieses Kreislaufes des Goldes, *die von den Gläubigern Deutschlands beliebig gehemmt werden kann!* Der Umstand, daß Amerika seit zwei Jahren den Kreislauf des Goldes bereits gehemmt hat, um eine Deflation zu erzwingen, und der Umstand, daß dieser Zweck auch erreicht wurde und daß durch diese hydromische Politik der U.S.A. die deutschen Reparationsleistungen in dieser kurzen Spanne Zeit zu einem um 62 Punkte (etwa 33%) niedrigeren Index abgeführt werden mußten (was für Deutschland gleichbedeutend mit einem um 33% größeren Aufwand an Waren ist, die für die Erfüllung der Reparation abgeführt werden mußten), liefert den Beweis für die eben aufgestellte Behauptung. Gemessen mit den Warenpreisen, die der Berechnung der Reparationssumme zugrunde gelegt wurden, ist die Summe der 132 Milliarden Goldmark durch die hydromische Politik der U.S.A. bereits um reichlich ein Drittel gewachsen. Das gleiche gilt übrigens für alle Schulden, auch für die internationalen Kriegsschulden. Die Klagen des französischen Volkes, daß ihm der Dollar durch die Politik der U.S.A. stetig verteuert wurde, sind, von diesem Standpunkt betrachtet, vollkommen berechtigt.

Die juristische Frage nach der Berechtigung der vorgeschlagenen Inflation wird man auf Grund der oben verzeichneten Tatsachen wohl bejahen müssen. Waren die U.S.A. berechtigt, ihren Schuldner die Last der Schulden um X% durch *Deflation* zu heben, so sind sie auch berechtigt, diese Last auf dem Wege einer *Inflation* zu senken. Der Schuldner aber hat das Recht, die Rückführung des Indexes auf den zur Zeit des Vertragsabschlusses gewesenen Stand zu verlangen. Dieser, nicht der nominelle Gold-Betrag ist maßgebend für den Inhalt des Vertrages.

*Politische Begründung.* Von den U.S.A. wird gesagt, daß dort eine starke Strömung für die Streichung oder doch für eine erhebliche Herabsetzung der Kriegsforderungen besteht. [Seitdem dies geschrieben wurde, hat die Währungspolitik anscheinend eine andere Richtung genommen. Die Preise steigen wieder. Der Fall ist also schon eingetreten, von dem ich sagte, daß er alle Revisionsgelüste zerstreuen würde. Jetzt besteht man in U.S.A. stramm auf Erfüllung gegenüber den Schuldner. Man hat dort Verwendung für das Kapital, das infolge der Deflationspolitik brach in den amerikanischen Banken lag.] Es ist auch anzunehmen, daß, wenn diese Forderungen in den Händen des Staates und nicht in Privathänden wären, dann solche Streichung schon erfolgt wäre. Die Streichung der Forderungen wäre heute nur möglich dadurch, daß die U.S.A., der Staat, die Schuldenforderungen übernimmt, d. h., sie in eine innere Anleihe verwandelt. Dann müßte diese innere Anleihe durch Er-

hebung neuer Steuern verzinnt werden. Und bei den Verhandlungen um diese Steuern könnte es dann im Kongreß zu unliebsamen Erörterungen kommen darüber, ob die Vereinigten Staaten genügend Grund hatten, in den Krieg einzugreifen, und namentlich, ob sie berechtigt waren, den Kriegsausgang in derart entscheidender Weise zu beeinflussen, wie es geschehen ist.

Die vorgeschlagene Inflation käme einer Streichung der Kriegsschulden bis zur Höhe von etwa 27% gleich, ohne daß die U.S.A. darum einen Cent mehr an Steuern zu erheben brauchten.

Genau so verhält es sich in Frankreich und in England. Auch dort wäre man geneigt, die deutsche Reparationssumme auf ein erträgliches Maß herabzusetzen. England mehr aus wirtschaftlichen Erwägungen heraus, Frankreich mehr aus Gründen des „Prestige“, um die Rolle des Gendarmen und Gerichtsvollziehers, des hartherzigen Shylock, des imperialistischen, brutalen Siegers, die Marianne so ganz und gar nicht liegt, wieder abstreifen zu können. Da aber jede Herabsetzung der Reparationssumme eine entsprechende Erhöhung der Steuern erfordert, deren Erörterung im Parlament ganz unübersehbare Folgen nach sich ziehen kann, so unterbleibt jeder Schritt in dieser Richtung. Selbstverständlich spielt besonders bei Frankreich der finanzielle Selbsterhaltungstrieb eine Rolle. Die Finanzen Frankreichs bauen sich ja zum großen Teil auf die Hoffnung auf die deutschen Reparationen auf.

Mit der vorgeschlagenen Inflation des amerikanischen Warenpreisindex wird die *nominelle* Höhe der Reparation unberührt gelassen. Die Inflation erleichtert dem Schuldner die Zahlung und der Gläubiger braucht keine besonderen Maßnahmen zur finanziellen Bilanzierung dieser Erleichterung zu treffen. Der Zahlungsverkehr bleibt unberührt. Neue Steuern sind nicht nötig. Einen besonderen Anlaß zu parlamentarischen Debatten gibt solche Erleichterung nicht. Außerdem genießt dann auch Frankreich als Schuldner der U.S.A. die gleiche Erleichterung, da ja auch Frankreichs Auslandsschulden in Dollars umgerechnet werden sollen, deren Gewicht mit der Inflation bis zu 27% abnehmen soll.

Bedenkt man, daß die Sozialisten in Frankreich und in Deutschland in immer engere Berührung kommen, daß in diesen Kreisen der menschliche Solidaritätsgeist starke Wurzeln geschlagen hat, daß dieser Geist in Frankreich von jeher in den breitesten Schichten gepflegt, mit heißer Liebe gepflegt wurde, so erkennt man, wie wohlthätig sich die vorgeschlagene Formel für die Reparationserleichterung auch in politischer Hinsicht erweisen würde.

*Wirtschaftliche Gesichtspunkte.* Es ist eine alte, namentlich von Amerikanern, in Europa vom Franzosen *Emil de Laveleye* und vom Italiener *Cernuschi* vertretene Wahrheit und Erkenntnis, daß jeder Rückgang der Warenpreise, also



jede Herabsetzung des Indexes, auch eine allgemeine Krise zur Folge hat, haben muß. Die geschichtlichen Ereignisse lassen darüber keinen Zweifel zu, daß es so ist. Diese alte Erkenntnis wird durch die Ereignisse der letzten Jahre auf wirtschaftlichem Gebiet in hellstes Licht gebracht. In Amerika, wo der Krieg die geringste Spur hinterließ, wo darum auch die Mittel zur Senkung der Preise am reichlichsten zur Verfügung standen und die Deflation mit Begeisterung unter Mitwirkung des ganzen Volkes durchgeführt wurde (Käuferstreik), hat die Krise auch am schrecklichsten gewütet. Niemals hat es in einem Lande so viele Arbeitslose gegeben wie dort in Amerika. Arbeitslosigkeit ist die unmittelbare Wirkung jeder Senkung des Indexes, namentlich wenn diese vorhergesehen wird von den Unternehmern, also als sicherer Faktor in Rechnung gestellt wird.

Das Gegenstück zu dieser amerikanischen *Deflationspolitik* liefert die deutsche *Inflationspolitik*, die ständige, zwar ungewollte, aber doch von allen Unternehmern als sicher angenommene, ständige Erhöhung des Indexes. Noch niemals ist in Deutschland die Arbeitslosenziffer so niedrig gewesen wie jetzt, obschon nirgendwo in der Welt die Arbeitslosigkeit, wenn sie bestände, so überzeugend begründet werden könnte wie gerade hier. Die Wegnahme der Schiffe, die Zerreißung des Wirtschaftsgebietes, die Wegnahme der Kohlenprovinzen, integrierende Bestandteile dieses Wirtschaftsgebietes, die Zerstörung der internationalen Handelsbeziehungen durch Ausweisung aller Kaufleute aus den gegnerischen Staaten und Kolonien, Beschlagnahme des Eigentums dieser Kaufleute, die vollkommene Ausschaltung Rußlands, des wichtigsten Absatz- und Bezugsgebietes Deutschlands, die Reparationskohlen, die Wegnahme von Lokomotiven, die vollkommene Entblößung von Rohstoffen, die Valutahopsereien, die kriegsgesetzlichen Hemmungen des freien Wirtschaftsverkehrs, die kommunistischen Aufstände usw., alles das hat nicht verhindern können, daß der deutsche Handel, die deutsche Industrie sich besser entwickeln konnten als in irgendeinem anderen Lande. Den Beweis liefert uns unmittelbar die Arbeitslosenstatistik. Wäre die Aufnahmefähigkeit der Märkte in Amerika und in England durch die Deflationspolitik und durch die aus ihr entstandene Arbeitslosigkeit nicht auf so niedrige Stufe gesenkt worden, dann wäre die Lage in Deutschland noch ungleich günstiger in bezug auf den Beschäftigungsgrad der Industrie. Auch hätte dann die größere Nachfrage die Entwicklung zu den *Dumpingpreisen* verhindert. Diese Dumpingpreise sind eine unmittelbare Folge der durch die Arbeitslosigkeit bewirkten Verarmung der breiten Massen in Amerika und in England. Natürlich spielen die deutschen gesetzlichen Eingriffe in die Preisgestaltung, die Wuchergesetze, auch noch eine Rolle in dieser Sache.

Die vorgeschlagene, gesetzlich geregelte Inflation des *U.S.A.-Indexes* würde die von der amerikanischen Währungspolitik ausgehenden Hemmungen der Wirtschaft augenblicklich beseitigen, und zwar umso sicherer, als die Inflation dann kein spekulatives Element der Unternehmerrechnung wäre, das versagen, dessen Höhe niemand im voraus berechnen kann, dessen Schwankungen in Höhe und Zeit vollkommen unbekannt sind, sondern ein allgemein bekannter, gesetzlich festgelegter Faktor. Furcht vor neuen Preisstürzen braucht dann kein Unternehmen mehr zu haben. Die jetzt in den Banken brachliegenden Gelder, *Idle Money*, werden sofort von den Unternehmern abgeholt werden, um damit alle die Werke in Angriff zu nehmen, die sie bisher aus Rücksicht auf die Deflationspolitik immer wieder zurückstellen mußten. So daß mit Sicherheit angenommen werden kann, daß mit derselben Plötzlichkeit, womit die Wirtschaftskrise über die U.S.A. hereinbrach, sie nun auch wieder verschwinden wird.

Nach den in „The Nation“ vom 25. Januar veröffentlichten Berechnungen des *Senator Ladd* hat die Deflationspolitik der U.S.A. den Farmern Amerikas im Jahre 1920 einen Verlust von 14 Milliarden Dollar und im Jahre 1921 einen solchen von 18 Milliarden Dollar verursacht. Verständlich werden diese gewaltigen Zahlen, wenn man erfährt, daß laut Mitteilungen des Amtes für Arbeitsstatistik die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse vom August 1920 bis August 1921 um durchschnittlich 47% gefallen sind, und daß in Amerika, wie überall, der Rückgang der Löhne und sonstigen Produktionskosten dem Niedergang der Preise folgt, nicht aber vorangeht.

Mit der hier vorgeschlagenen, gesetzlich geregelten Inflation des amerikanischen Indexes wird diese Farmernot in völlig befriedigender Weise geordnet ohne daß irgendwelche besondere Maßnahmen nötig sein werden. Die Inflation wird gutmachen, was die Deflation verdarb. Und dies gilt für alle Länder, die unter der Deflationspolitik und der sie begleitenden Arbeitslosigkeit leiden, namentlich also auch für England, dessen Währungspolitik selbstverständlich ebenfalls auf Inflation eingeteilt sein wird, wenn auch England in der Wahl des Inflationssatzes autonom vorgehen können wird, da nur der Dollar als Grundlage der internationalen Verpflichtungen gelten soll, darum auch nur der U.S.A.-Index internationale Bedeutung hat. So könnte z. B. England den Inflationssatz etwas niedriger ansetzen, etwa auf 3% statt auf 5%, um so allmählich den ursprünglichen Stand des Pfundes zum Dollar wieder herzustellen. Dollar und Pfund Sterling würden so automatisch ineinanderwachsen, je größer der Unterschied in den

beiden Inflationssätzen, um so schneller würde das geschehen. Dasselbe gilt selbstverständlich für alle übrigen Staaten. Die Inflation des U.S.A.-*Indexes* gibt allen Staaten die Gelegenheit und die wirtschaftliche Möglichkeit, in mehr oder weniger kurzer Zeit ihre Währung in ein stabiles Verhältnis zum Dollar und zum Sterling zu bringen. Sie bildet einen Übergang zu der vom Freiwirtschaftsbund vorgetragenen *internationalen Valuta-Assoziation*.

Es soll natürlich hier nicht verheimlicht werden, daß die Inflation sich auf Kosten der Gläubiger vollziehen wird. In dieser Angelegenheit ist aber sehr viel zu sagen. Und wenn wir alles sagen könnten, so würden wahrscheinlich die Gläubiger aller Länder diejenigen sein, die sich in erster Reihe für die Durchführung der hier vorgeschlagenen Inflation einsetzen würden. Unmittelbar hat die Deflation freilich viele Gläubiger begünstigt, insofern als sie für das Geld mehr Ware kaufen können. Aber nur unmittelbar. Wieviel die Gläubiger dadurch verlieren, daß ihre Schuldner infolge der andauernden Krise zahlungsunfähig wurden, ist natürlich nicht festzustellen, doch dürfte in vielen Fällen bei Andauer der jetzigen Krise das Kapital der Gläubiger als im höchsten Grade gefährdet zu betrachten sein. Wie oft ist doch schon aus einer Deflation und der ihr folgenden Arbeitslosigkeit eine Revolution entstanden, die das Kapital der Gläubiger vernichtete. (Hierüber werden wir wohl bald aus der Erfahrung sprechen können, die in der ganzen Welt gemacht wird.)

Aber auf einen Grund allgemeiner Natur, der für die vorgeschlagene Inflation spricht, möchte ich hier die besondere Aufmerksamkeit lenken. Die Pfänder, die das Vermögen der Gläubiger sichern sollen, und die in der Regel aus den Produktionsmitteln der Unternehmer und Bauern bestehen, also Land, Häuser, Fabriken, sind durch den Krieg und die darauffolgende Krise in der ärgsten Weise mitgenommen worden. Die Produktivität der Arbeit hat außerordentlich gelitten. In der Zeit, wo der Arbeiter den demoralisierenden Einflüssen des Krieges ausgesetzt war, sind daheim die Maschinen verrostet, sind die Gebäude verwahrlost, sind die Felder verunkrautet. Wer soll nun diesen Schaden tragen? Nur allein der Schuldner? Wäre es nicht gerecht, daß auch der Gläubiger einen Teil des Schadens trüge? Nun gut. Die Inflation, in der, wie vorgeschlagen, gesetzlich geregelten Form, würde dem Gläubiger diesen Teil aufbürden, und zwar in einer Weise, die seine Kaufkraft zwar schmälert, die aber seine Zahlungsfähigkeit etwaigen eigenen Gläubigern gegenüber völlig unberührt läßt. Auch in den Händen der Gläubiger behält der inflierte Dollar natürlich seinen Charakter als vollgültiger, gesetzliches Zahlungsmittel. Man beachte in diesem Zusammenhang auch noch das folgende.

*Finanzielle Gesichtspunkte.* Die Deflationspolitik hat allen Staaten, die sich daran beteiligten, schwere finanzielle Schwierigkeiten gebracht. Überall arbeitet der Staat mit Defizit, und das ist auch erklärlich. Der Staat hat nur so lange Geld, als die Steuerquellen fließen. Mit der Krise gehen auch die Staatseinnahmen zurück, während die Ausgaben mit der Krise vielfach wachsen. Man denke nur an die Ausgaben, die dem englischen Staate, den Gemeinden aus der Unterstützung der Arbeitslosen erwachsen.

Wenn nun die gewöhnlichen Steuern, die der Verkehr, die Wirtschaft, der Handel, die Zölle einbringen, mit der Krise zusammenschrumpfen, dann bleibt den Staaten, den Gemeinden nichts anderes übrig, als neue Steuern zu erfinden. Es sind dann in der Regel Einkommensteuern, die die *Gläubiger* in erster Linie treffen. So daß auch aus diesem Gesichtspunkt heraus die Gläubiger stärker als die werbenden Kassen an der Inflation, wie sie hier vorgeschlagen wird, ein unmittelbares Interesse haben.

Mit der Inflation werden sofort alle Betriebe wieder mit Volldampf arbeiten können. Alle Steuerbrunnlein werden wieder fließen, und zwar in ständig verstärkten Güssen, und wenn, wie vorgeschlagen, die Inflationszeit auf einen längeren Zeitraum sich erstreckt, dann dürften bald Überschüsse dort erscheinen, wo heute nur von Defizits gesprochen wird. Man vergleiche, wenn man in dieser Sache nicht der Logik allein trauen will, die Staatsfinanzen aller Staaten mit dem Index der Warenpreise. Man wird regelmäßig, sogar mit tödlicher Sicherheit Defizit im Staatsbudget als Begleiterscheinung der Deflation und Überschüsse bei Inflation wahrnehmen.

*Theoretische Gesichtspunkte.* Die dynamischen, merkamotorischen Eigenschaften des Geldes, die bislang nur wenigen bekannt waren, haben sich infolge der Ereignisse der letzten Jahre weiteren Kreisen offenbart, und mit ihrer Offenbarung entstand auch naturgemäß der Wunsch, diese heute noch völlig hemmungslos sich auswirkenden Kräfte eingehend zu studieren, um sie zu bändigen und sie dann in den Dienst der Wirtschaft und des Wiederaufbaues zu stellen. Das Wunder, das man heute erlebt, daß in dem am meisten mitgenommenen Staate, Deutschland, der Beschäftigungsgrad der Industrie größer ist als in allen anderen Staaten, ist eine direkte Wirkung der Dynamik des Geldes.

Die gesamte Volks-, Pivat- und Weltwirtschaft löst sich auf in einzelne Tauschhandlungen und zu jeder dieser Tauschhandlungen gehört Geld, Geld in irgendeiner Form, Bargeld oder auf Geld lautende Schuldurkunden. Nun hat das Metallgeld oder das in Metall einlösbare Papiergeld die Eigentümlichkeit, daß es den Tausch versagt, wenn es in die Hände eines Sparers kommt (der

es nur gegen Zins und Sicherheiten ausgibt) oder wenn die Marktverhältnisse keine genügenden Sicherheiten bieten, was immer dort und dann der Fall ist, wo die Währungspolitik auf Preisabbau eingestellt ist, wo darum jeder, der Geld in Ware anlegt, damit rechnen muß, daß der Wiederverkauf infolge eben des Preisabbaues weniger Geld zurückbringen wird, als die Ware gekostet hat. Die merkamotorischen Kräfte des Geldes werden durch den Preisabbau unbedingt lahmgelegt, sobald der Preisabbau Programm der Notenbank wird und das Publikum damit rechnet, daß die Notenbank die Macht hat, solche Politik durchzuführen, was in U.S.A. eben der Fall ist. Gegen diese Wirkungen des Preisabbaues gibt es kein anderes Mittel, als den Preisabbau einzustellen. Jede private oder korporative Anstrengung, gegen den Strom des Preisabbaues vorzugehen, hat regelmäßig den ärgsten Mißerfolg zu gewärtigen. Aber auch die Einstellung des Preisabbaues dürfte den Besitzern des Geldes als Sicherheit nicht genügen, wenn der Markt so starke Erschütterungen durchgemacht hat, wie zurzeit in U.S.A. Der kreditgebende Geldbesitzer stellt heute infolge des allgemeinen Mißtrauens, dem noch auf lange Zeit hinaus durch die Tagesereignisse immer wieder Nahrung gegeben werden wird, ganz besondere Bedingungen an die Hergabe seines Geldes. Er will doppelte und dreifache Sicherheiten haben und solches verlangsamt die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes, mit der Wirkung, *daß eine verdoppelte und vervielfachte Geldmenge (Gold) nötig wird, um die gleichen Umsätze auszuführen*. Schon aus diesem Grunde ist die Wiedereinführung der Goldwährung als Welttauschmittel nicht möglich. Die Ereignisse auf dem Geldmarkt August 1914, wo wir überall das Gold von der Bildfläche verschwinden sahen, würden sich überall und in jedem Lande beim geringsten Alarm wiederholen. Das Metallgeld, namentlich das Gold, braucht zu seiner Funktion als Tauschmittel unbedingte Sicherheit vor Krieg, Revolution, vor staatlichen Zugriffen (Zwangsanleihen) ja, sogar vor Börsenalarm.

**Aus diesen und vielen anderen Gründen brauchen wir zurzeit ein derberes, mutigeres Geld als das Gold, ein Geld, das auch dann nicht versagt, wenn sich der politische Himmel verfinstert. Ein solches Geld wäre der, der gewollten, gesetzlich geregelten Inflation ausgesetzte U.S.A.-Dollar. Er sichert mit unter allen Umständen zureichenden Mitteln den Unternehmer und Kaufmann vor jedem Preissturz oder Preisrückgang, da die Mittel zu dieser Sicherung unerschöpflich der Notenbank (Federal Reserve Bank) zur Verfügung stehen. Und das ist es, was zurzeit für die Wiederaufnahme des Handels, des Welthandels auf der Grundlage des Kredites und Vertrauens vor allem not tut.**

---

## Schlußbemerkung.

Den Gewerkschaftlern habe ich in den vorangehenden Ausführungen ein ungefähres Bild von dem geben wollen, was das Wort „*Währungsfrage*“ für sie und für alle bedeutet. Mancher wird erschrocken fragen, wie es möglich gewesen ist, daß man bisher von diesen Dingen so wenig in der Öffentlichkeit gesprochen hat. Mancher wird nun aber auch diese Dinge in die Hand nehmen wollen um sie zu beherrschen und um die ungeheuren Kräfte, die im Geldwesen schlummern sich und der Menschheit dienstbar zu machen. Er wird darum in manchen Punkten, die ihm noch unklar erscheinen, nach weiterer Aufklärung suchen. Diese findet er in der Literatur, die auf den folgenden Seiten verzeichnet ist.

Eine besonders gut gelungene Schrift, die über die Währungsfrage in Verbindung mit der Krisen- und Ausbeutungsfrage unterrichtet, ist die in den nächsten Tagen in neuer Auflage erwartete Schrift von Georg Blumenthal. Darüber näheres im Schriftenverzeichnis

In noch größerer Knappheit, in scharf geprägten Sätzen, legt uns Otto Weißleder die Währungsfrage in seinem „Grundriß der Freiwirtschaftslehre“ dar (s. Schriftverzeichnis). Wer aber gar keine Zeit zu ernsten Studien hat, dem die „Agitation“ genügt, der bestelle sich die Flugschriften, die die Geschäftsstelle des Freiwirtschaftsbundes, so weit es die Mittel noch erlauben, unentgeltlich an alle ihm aufgegebenen Adressen verschickt. – Freiwirtschaftsbund Erfurt 55, Rudolfstraße.

---

# Die Ausbeutung, ihre Ursachen und ihre Bekämpfung

(eine Gegenüberstellung meiner Kapitaltheorie und  
derjenigen von Karl Marx)

V o r t r a g

gehalten in der sozialistischen Vereinigung zur gegen-  
seitigen Weiterbildung in Dresden, 8. Mai 1922

\*

## 2. Denkschrift

für die

### Deutschen Gewerkschaften

zum Gebrauch bei ihren Aktionen gegen den

### Kapitalismus.

„Genau genommen ist nicht der Sozialismus unser Endziel, sondern dies besteht in der Aufhebung jeder Art der Ausbeutung und Unterdrückung, richte sie sich gegen eine Klasse, ein Geschlecht, eine Partei, eine Rasse. Die sozialistische Produktionsweise setzen wir uns in diesem Kampfe nur deshalb zum Ziel, weil sie bei den heute gegebenen technischen und ökonomischen Bedingungen als das einzige Mittel erscheint, unser Ziel zu erreichen. Würde uns nachgewiesen, daß wir darin irren, daß etwa die Befreiung des Proletariats und der Menschheit überhaupt auf der Grundlage des Privateigentums an Produktionsmitteln allein oder am zweckmäßigsten zu erreichen sei, dann müßten wir den Sozialismus über Bord werfen, ohne unser Endziel im geringsten aufzugeben. Ja, wir müßten es gerade tun im Interesse dieses Endziels“

Kautsky

---



## Vorwort.

Lange bevor die goldenen Strahlen der Morgensonne den schlummernden Kapitalisten zu necken beginnen, hat sich sein Mayordomus vom harten Lager erhoben und brütet über dem Plan, wie er heute wieder für seinen Herrn die süßen Freuden des Daseins zu einem Fest und Hochgenuß gestalten kann.

Der Kapitalist lebt ganz in der Gegenwart. Seine Zukunftspläne reichen nie über den Abend hinaus. Zukunft ist für ihn nichts als verkürzte, verbrauchte Gegenwart. *Er* braucht keine Hoffnung. Diesen billigen Gegenwartersatz überläßt er dem Proletarier. Der Proletarier braucht Hoffnung. Ganz bestimmt würde der Proletarier für sich und für den Kapitalisten das Ende mit Schrecken dem Schrecken ohne Ende vorziehen, wenn er die Hoffnung verlöre,

Worauf aber könnte sich die Hoffnung des Proletariers heute noch gründen? Hat nicht *Kautsky* selber dem Proletariat den Rat gegeben, sich wieder still unter das Joch des Kapitalismus zu beugen? Und geduldig zu warten, bis daß er an der Schwindsucht stirbt, will sagen, bis daß er «reif» sei für die marxistisch-kommunistische Wirtschaftsordnung! Denn vergessen wir es nicht: Der Reifeprozess des Proletariats heißt doch praktisch nichts anderes als in der dritten Generation aussterben.

Der Reifeprozess, dem sich nach Kautskys Rat (gewiß gab er ihn blutenden Herzens) das Proletariat nun wieder unterwerfen soll, hat ungezählte Völker, gewaltige Staaten und Weltreiche verschlungen, oft spurlos vertilgt. Das alte Römerreich, das Reich der Babylonier und Ägypter gingen an diesem Reifeprozess zugrunde. Denn dieser kapitalistische Reifeprozess ist im Grunde nichts anderes als ein Fäulnisprozess. Sollen wir nun in Erwartung der «Reife» ebenfalls untergehen, wie die Römer, Griechen und Babylonier untergingen? Ist das die letzte Hoffnung des Proletariats und darüber hinaus des ganzen Volkes?

Noch hoffen die Proletarier. Zweifeln sie etwa daran, daß Kautsky aus *Marx'* Theorie des Ka-

pitals die richtigen Schlüsse gezogen? Die Experimente und Erfahrungen sprechen doch eine sehr überzeugende Sprache! Oder hofft das Proletariat etwa, daß in der Lehre von Marx sich ein Fehler eingeschlichen, daß sich trotz Kautsky doch noch irgendwo ein Ausweg aus der kapitalistischen Rattenfalle entdecken läßt? Einerlei, noch hofft das Proletariat, noch stehen die Arbeiterorganisationen. Das Vertrauen zu diesen Organisationen ist zwar stark erschüttert, jedoch sie stehen noch. Sie werden erhalten durch die Hoffnung, daß sie trotz allem und noch rechtzeitig zur rettenden Aktion durch ihre Führer eingesetzt werden. Gewehr bei Fuß wartet das Proletariat auf das Kommando. Erfolgt dieses Kommando nicht bald, dann wird der letzte Rest der Hoffnung verfliegen, die Fahnenflucht wird einsetzen und nichts mehr wird die Auflösung der Arbeiterorganisationen aufhalten können, derselben Organisationen, deren Aufbau so viele mühevoll und treue Arbeit gekostet hat.

*Auf der marxistischen Darstellung des Kapitals können die Hoffnungen des Proletariats vernünftigerweise nicht mehr gründen.* Diese Darstellung führt zwangsläufig zur Forderung des kommunistischen Wirtschaftsbetriebes. Entweder Kapitalismus oder Kommunismus, das ist die Forderung, die jeder aus der Marxschen Kapitalstheorie ziehen muß. Da nun, wie Figura zeigt, die kommunistische Wirtschaftsordnung an der Natur des Menschen, also schon an ihrer Grundlage scheitert, und dieser Adam, wenn überhaupt, dann nur sehr langsam Wandlungen durchmacht, so muß eigentlich jeder Marxist dem Proletariat zurufen: Wir kämpfen für eine hoffnungslose Sache. Der Zukunftsstaat ist und bleibt aus bestimmten, unabänderlichen Gründen ein unerreichbares Ideal. Unsere Eingriffe ins kapitalistische Getriebe stören, hemmen und vermindern zum Schaden aller, auch der Arbeiter, das Arbeitsprodukt. Dort, wo, wie in Amerika, der kapitalistische Betrieb am wenigsten durch gesetzliche Eingriffe gestört wird, dort ist der Lohn am höchsten. Wir müssen die Aus-

beutung ertragen, wie wir die Plagen der Natur, die Erdbeben, ertragen. Der Zukunftsstaat ist und bleibt ein Traum. Laßt uns von ihm weiter träumen, aber suchen wir nicht ihn hier auf Erden zu verwirklichen.

Marxisten dieser Art, die solche Folgen aus ihrer Lehre ziehen müßten, gibt es heute wohl kaum noch. Auch bei den Führern hat die Kritik das Vertrauen in die Richtigkeit der marxschen Darstellung vom Kapital erschüttert. Darum reden sie nicht oder noch nicht im obigen Sinne zum Proletariat. Auch sie haben noch eine Hoffnung, eine letzte Hoffnung, nämlich die, daß sich in die marxsche Lehre vom Kapital an einer entscheidenden Stelle ein Fehler eingeschlichen haben mag. Und diese Hoffnung gründet auf den zahllosen Widersprüchen, die zwischen Marx „Kapital“ Band III und Marx Band I. bestehen.

**Sie hoffen also mit dem Proletariat, daß der erfahrene Marx, Marx III., den jüngeren Marx, Marx L, erschlagen wird. Daß Marx III-, der selbständige Forscher, Marx I., den Schüler der Vulgärökonomie, erledigen, daß Marx, der Wissenschaftler, Marx, den Politiker, den Verfasser des kommunistischen Manifestes, den Knockout geben wird.** Dann wird Marx III. der Forschung und dem Befreiungskampf des Proletariats neue Bahnen brechen.

Mögen die folgenden Blätter solchen wissenschaftlichen und proletarischen Hoffnungen neue Nahrung geben.

Silvio Gesell.

## **Die Ausbeutung, ihre Ursachen und ihre Bekämpfung.**

Der Sozialismus zieht seine Triebkräfte in erster Linie aus dem Wunsche der Ausgebeuteten, sich der ausbeutenden Mächte zu erwehren. Dieser Satz gestattet die Verallgemeinerung, *daß als Sozialist jeder zu betrachten ist, der sich am Kampfe wider die Ausbeutung beteiligt*. Umgekehrt kann man niemand als Sozialist bezeichnen, der sich der Ausbeutung gegenüber gleichgültig verhält.

Ich will nicht behaupten, daß sich der Sozialismus im Kampfe gegen die Ausbeutung erschöpft. Aber dieser Kampf ist doch, besonders im heutigen Stadium des Sozialismus, das eigentliche Kennzeichen der sozialistischen Geistesrichtung.

Auch bei den Kommunisten wüßten manche nicht mehr, warum sie sich Kommunisten nennen, wenn es keine Ausbeutung mehr gäbe. *Wenn sich die Ausgebeuteten darüber einig wären, wie die Ausbeutung am sichersten und schnellsten zu beseitigen ist, so hätte es niemals Spaltungen in den sozialistischen Kreisen gegeben. Die Einheitsfront aller Sozialisten wäre von vornherein dagewesen, fest und unerschütterlich. Sie kommt nur darum nicht zustande, weil man sich noch kein klares Bild von der Natur der Ausbeutung macht. Bei den meisten Sozialisten handelt es sich nicht um Wissen, sondern um Glaubenssätze und wir wissen aus der Geschichte, daß der Streit zumeist dort beginnt, wo das Wissen in das Gebiet der Glaubensartikel übergeht. Glauben und Streiten ist ein und dasselbe.*

Die Ausbeutung des Menschen geht auf die verschiedenste Weise vor sich. Man kann sie einteilen in

1. Ausbeutung auf dem Wege *persönlicher Übermacht*,
2. Ausbeutung mittelst *wirtschaftlicher Übermacht*.

Der *persönlichen* Übermacht bedient sich der Räuber, der Piraten, der Sklavenjäger. Diebe und Kuppler gehören auch noch in diese Kategorie.

Den Kampf wider die Ausbeutung durch Räuber, Piraten, Kuppler, haben die Ausgebeuteten dem *Staate* übertragen. Es ist ein ewiger Kampf, der seiner Natur nach niemals ganz beendet werden wird. Immerhin kann man sagen, daß, verglichen mit früheren Zuständen, dieser Kampf sein Ziel erreicht hat. Die Mittel, die hier angewandt worden sind, waren entschieden wirksam. Die Burgen der Raubritter sind niedergelegt, die Schiffe der Piraten sind gekapert, die Sklavenjäger sind hinter Schloß und Riegel gebracht worden. In letzter Zeit geht man auch bereits scharf und international gegen den Handel mit weißen Sklavinnen vor. Die Ausbeutung auf dem Wege persönlicher Übermacht hat so gut wie aufgehört.

Nicht so ist es mit der Ausbeutung mit Hilfe *wirtschaftlicher* Waffen. Zwar auch auf diesem Gebiete hat man gekämpft und sich der verschiedensten Waffen bedient, aber irgend ein Erfolg ist bis heute nicht wahrzunehmen. Im Gegenteil. Die Zahl der Ausgebeuteten wächst, ebenso die Masse der Beute, die täglich gewaltigeren Umfang annimmt. Vor dem Kriege betrug diese Beute in Deutschland reichlich 20 Milliarden Goldmark. Jedes Land in der Zinswirtschaft, mit allem, was darin steckt und darauf steht und gebaut wurde, Häuser, Äcker, Bergwerke, Warenlager, Läden, Banken mit ihrem Inhalt, Eisenbahnen, Viehherden, Wälder, Handelsflotten usw., müssen die Ausgebeuteten alle zwanzig Jahre in Gestalt von Grundrenten und Zinsen an die Ausbeutenden abliefern. Der Kaufpreis irgend eines Kapitalgegenstandes wird im Handel ganz allgemein mit dem zwanzigfachen seiner jährlichen Ausbeute, d. h. also des Zinses oder der Rente eingeschätzt. Als Helfferich das in Deutschland angelegte Vermögen, von ihm Volksvermögen genannt, mit 350 Milliarden einschätzte, da hat er die Zinsen und Grundrenten, die im Jahre über die Zahlische

der Rentner gingen, mit 20 oder 25 multipliziert, kapitalisiert. So kam die genannte Summe zustande.

Wie geht nun diese Ausbeute vor sich? Man sollte meinen, daß man sich über eine Erscheinung von so gewaltigem Umfange längst klar sein müßte, zumal es sich hier um einen Vorgang handelt, der sich vor unseren Augen vollzieht, einen rein menschlichen Vorgang, den wir leicht in allen Einzelheiten verfolgen können. Und dennoch streiten wir noch über das *wie, wann und wo* der Ausbeutung. Wir bezahlen alle Jahre 20 Milliarden Goldmark an unsere Ausbeuter und wissen noch nicht, wie das geschieht! Und *weil wir in dieser Beziehung uneinig sind, streiten wir über den Weg, der einzuschlagen ist zur Bekämpfung der Ausbeutung*. Unglaublich erscheint es, aber es ist wahr: Die Einheitsfront kommt nicht zustande, weil wir nicht wissen, ob der Kapitalist uns das Geld aus der linken oder aus der rechten Tasche nimmt.

Zwei Theorien streiten heute um Anerkennung in den Kreisen der Ausgebeuteten:

1. *die Theorie, wonach im Privatbesitz an den Produktionsmitteln schlechthin der Grund der Ausbeutung zu suchen ist, und*
2. *die Theorie, wonach die Ausbeutung eine Folge unseres fehlerhaften Geld- und Bodenrechtes ist.*

Nach der einen Theorie erfolgt die Ausbeutung direkt und ausschließlich bei der Arbeit, in der Fabrik, auf dem Felde. Nach der anderen erfolgt sie bei der Benutzung des Bodens und beim Tausche der Arbeitsprodukte mittels des Geldes, sowie bei allen Darlehen, wobei auch das Verhältnis des Arbeitnehmers zum Arbeitgeber als Darlehensverhältnis behandelt wird, ebenso wie das des Mieters und Vermieters.

Die zuerst genannte Theorie fordert in folgerichtiger Anwendung die *Abschaffung des Privateigentums*, und damit auch die der

Privatwirtschaft, der *Selbstverantwortung*. Die Verteilung der Produkte erfolgt durch den *Staat*, der *die Produktion leitet*. Die Grundsätze, nach denen die Verteilung erfolgen soll, werden *gesetzlich* geregelt.

Nach der anderen Theorie braucht es solcher Eingriffe nicht. Es genügt, wenn der *Boden und das Geld* «sozialisiert» werden. Das Übrige besorgt dann zwangsläufig, automatisch, die nun wirklich freie, zu ihrer Ordnung gelangte, den *eigenen* Gesetzen folgende *Wirtschaft*. Die Ausbeutung ist nach dieser Theorie ein Produkt gewaltsamer Eingriffe in die natürliche, von selbst sich ergebende Ordnung der Wirtschaft. Mit der Beseitigung dieser Eingriffe muß auch die Ausbeutung fallen.

Auf der einen Seite also *Staat*, Gesetz, auch *Zwang*, auf der anderen das gerade Gegenteil: *Freiheit*, in Neuland, in noch nicht erlebte voll*Abbau*. Dort führt der Weg rechts in den Kommunismus hinein, also *zurück*, dorthin, woher wir gekommen sind, *hier* umgekehrt führt der Weg links ab, aus dem Hohlweg des Kapitalismus in die *Freiheit*, nicht Ausbau des Staates, sondern kommen neue Verhältnisse.

Aber *beide* Systeme beanspruchen für sich die Kraft, das *Hauptziel des Sozialismus*, die *Beseitigung der Ausbeutung*, *restlos zu verwirklichen*.

Daß mit dem Kommunismus, mit der Abschaffung des Privateigentums die Ausbeutung gründlich erledigt ist, haben wir in Rußland jetzt auf breiter Grundlage erfahren können. Die Ausbeuter sind tatsächlich alle verhungert und ausgestorben. Das Hauptziel des Sozialismus hat *Lenin* tatsächlich erreicht. Aber, aber: die Russen scheinen das Erreichte teuer gekauft zu haben, so teuer, daß manche die glücklichen Zeiten der kapitalistischen Ausbeuter wieder zurückverlangen.

Mit der freien Wirtschaft, die ich hier dem Kommunismus gegenüberstelle, wird die Ausbeutung nicht durch höhere Gewalt beseitigt, abge-

schaft. Daß sie verschwinden wird, dafür muß allein die Logik der der freiwirtschaftlichen Theorie zugrunde gelegten Tatsachen eintreten.

Was uns nun interessiert, das ist die Frage, welche von beiden hier zur Erörterung gestellten Ausbeutungstheorien falsch ist. Wohlverstanden, es handelt sich nicht darum, welche der beiden Theorien wir wählen sollen, um ein uns gestecktes, als erstrebenswert erscheinendes Ziel wissenschaftlich zu schmücken, sondern unabhängig von allen persönlichen Wünschen und Neigungen, das an sich *Richtige* festzustellen. Über die wahre *Ursache* der Ausbeutung wollen wir uns klar werden und unsere Kenntnisse in einem Lehrsatz formulieren. Ob diese Erkenntnis uns zunächst süß oder bitter schmecken wird, steht hier nicht in Frage. Die Wahrheit soll ans Licht gezogen werden. Mehr nicht. Was mit der erkannten Wahrheit dann gemacht werden kann oder soll, darüber werde ich weiterhin reden.

*Marx* als Hauptvertreter der Lehre, wonach die Ausbeutung auf das Privateigentum zurückzuführen sei, geht von einer sehr wichtigen, von ihm aber nur ganz oberflächlich untersuchten Voraussetzung aus, nämlich, daß das Geld kein selbständiges Kapital sei. *Das Geld ist ein vollkommenes Äquivalent der im Tausch erhaltenen Waren, sagt Marx.* [Werden Äquivalente ausgetauscht, so entsteht kein Mehrwert, und werden Nicht-Äquivalente ausgetauscht, so entsteht auch kein Mehrwert, Die Zirkulation oder der Warenaustausch schafft keinen Wert. *Marx: Das Kapital. Bd. I. S. 126. 4. Aufl.* Für die Wertveränderung des Geldes, das sich in Kapital verwandeln soll, kann nicht an diesem Geld selbst vorgehen, denn als Kaufmittel und als Zahlungsmittel realisiert es nur den Preis der Ware, die es kauft oder zahlt, während es in seiner eigenen Form verharrend, zum Petrefakt von gleichbleibender Wertgröße erstarrt. Ebenda S. 129.

Im eigentlichen Handelskapital erscheint die Form G-W-G, kaufen um teurer zu verkaufen, am reinsten. Andererseits geht seine ganze Bewegung innerhalb der Zirkulationssphäre vor. Da es aber unmöglich ist, aus der Zirkulation selbst die Verwandlung von Geld in Kapital, die Bildung von Mehrwert zu erklären, so erscheint das Handelskapital unmöglich, sobald Äquivalente ausgetauscht werden, daher nur ableitbar aus der doppelseitigen Übervorteilung der kaufenden und verkaufenden Warenproduzenten durch den sich parasitisch zwischen sie schiebenden Kaufmann. *In diesem Sinn sagt Franklin: Krieg ist Raub, Handel ist Prellerei, Ebenda S. 126.] Für*



die von ihm selbst geprägte allgemeine Formel des Tausches –  $G-W-G'$  – also Geld, Ware, Mehrgeld, findet er in den Eigenschaften des Geldes keine Erklärung. Wenn diese Formel nicht durch eine ganz regelmäßig und ungestraft vor sich gehende «Prellerei», also nicht durch *Machtfaktoren* erklärt werden soll, dann, sagt Marx, gehört zu dieser Erklärung eine lange Kette von Mittelgliedern, [Die Zirkulation des Geldes als Kapital ist Selbstzweck, Marx. Kapital, 4. Aufl., Bd. I, S. 115. Das Geld bildet Ausgangspunkt und Schlußpunkt jedes Verwertungsprozesses. Er war 100 Pfd., er ist jetzt 110. Ebenda S. 117.

Das Geld in der Warencirkulation ist die erste Erscheinungsform des Kapitals. Historisch tritt das Kapital dem Grundeigentum überall zunächst in der Form von Geld gegenüber. Jedoch bedarf es nicht des Rückblicks auf die Entstehungsgeschichte des Kapitals, um das Geld als seine erste Erscheinungsform zu erkennen. Dieselbe Geschichte spielt täglich vor unseren Augen. Jedes neue Kapital betritt in erster Instanz den Markt (Warenmarkt, Arbeitsmarkt) immer noch als Geld, Geld, das sich durch bestimmte Prozesse in Kapital verwandeln soll. Ebenda S. 109.

Soll die Verwertung des Handelskapitals nicht aus bloßer Prellerei des Warenproduzenten erklärt werden, so gehört dazu eine lange Kette von Mittelgliedern. Ebenda S. 127.] Diese Mittelglieder sucht nun Marx im Produktionsprozeß. Er erklärt dann die hier vor sich gehende Ausbeutung wie folgt: Die Arbeitskraft ist eine Ware, Der Wert der Waren richtet sich nach den Produktionskosten. Der Unternehmer zahlt ohne Prellerei, also kraft seiner Übermacht, den vollen Wert der Arbeitskraft, wenn er ihre Produktionskosten bezahlt. Die Ware Arbeitskraft hat die Eigentümlichkeit, daß ihr Gebrauchswert größer ist als ihr Tauschwert, d. h. daß der Verbrauch der Arbeitskraft in der Fabrik mehr liefert als das, was sie gekostet hat, also mehr als die Produktionskosten der Arbeitskraft. Der Unterschied

der beiden Größen gehört selbstverständlich dem Eigentümer, *dem Käufer der Arbeitskraft*. Der Mehrwert ist so erklärt.

Auf diesen Sätzen ist das große Werk *«Das Kapital»* aufgebaut. *Wenigstens die ersten zwei Bände sind auf diesen Sätzen aufgebaut.* (Daß der dritte Band von Widersprüchen wimmelt, interessiert uns nicht, da dieser Band in der sozialistischen Politik keine Rolle spielt.) Mit ihnen ist die Forderung der Abschaffung des Privateigentums wissenschaftlich begründet. Wer Marx verstehen will, muß diese Sätze in sich aufnehmen. Wer ihn kritisieren will, muß hier beginnen. Mehr sagt auch Marx nicht zur Begründung seiner Forderung des Kommunismus.

Hier werde ich nun auf einige Widersprüche aufmerksam machen, die die Voraussetzungen dieser Marxschen Lehre als unhaltbar erweisen, womit dann auch der von Marx geführte Beweis erschüttert wird, daß zur Beseitigung der Ausbeutung das Privateigentum abzuschaffen sei. *Den positiven Beweis, daß eine ausbeutungsfreie Wirtschaft vollkommen vereinbar ist mit dem Privateigentum und der Privatwirtschaft, werde ich dann weiterhin geben.*

Der Ausgangspunkt in der Marxschen Darstellung ist der Satz: *«Die Arbeitskraft ist eine Ware»*. Marx behauptet das. Er hat den Satz aus der volkswirtschaftlichen Literatur seiner Zeit übernommen. [Der Wert der Arbeitskraft, gleich dem jeder anderen Ware, ist bestimmt durch die zur Produktion, also auch Reproduktion, dieses spezifischen Artikels notwendige Arbeitszeit, Soweit sie Wert, repräsentiert die Arbeitskraft selbst nur ein bestimmtes Quantum in ihr vergegenständlichter gesellschaftlicher Durchschnittsarbeit. Der Wert der Arbeitskraft ist der Wert der zur Erhaltung ihres Besitzers notwendigen Lebensmittel. (Diesen schönen Satz hat Marx nicht selbst verbrochen. Er zitiert als Autor Th. *Hobbes*:: The value or worth of a man, is as of all other things, his price: that is to say, so much as would be given for the use of his power. Marx: Kapital. 4. Aufl., Bd. I. S. 133.) Der Besitzer des Geldes und der Besitzer der *Arbeitskraft* (also der Arbeiter) begegnen sich auf dem Markt und treten in Verhältnis zu einander als ebenbürtige Warenbesitzer, beide also juristisch gleiche Personen sind. Ebenda S. 130.]

*Er begründet die Behauptung nicht. Ihre Richtigkeit mochte ihm ohne weiteres einleuchten.* Vielleicht stammt der Satz von einem Manne, der seiner Empörung darüber Ausdruck geben wollte, wie sehr der Kapitalismus den Menschen herabwürdigt. Als Ausdruck solcher Empörung kann man ihn auch gelten lassen. Dort aber, wo er, wie bei Marx zum Träger einer schwerwiegenden Theorie erhalten muß, da ist es nötig, seine Richtigkeit genauer zu untersuchen.

Was wäre die *Arbeitskraft* ohne den *Arbeitswillen*? Was nützt dem Unternehmer die *Arbeitskraft*, wenn der Arbeiter sie nicht gebraucht? Und was nützt dem Unternehmer wieder der *Arbeitswille*, wenn die *Arbeitskraft* fehlt? Wille und Kraft vereint liefern das Produkt, *und auf das Produkt kommt es dem Unternehmer an.* Der Unternehmer kauft also nicht die *Arbeitskraft*, sondern das *Arbeitsprodukt*. Bei der Anstellung des Arbeiters richtet sich das Angebot des Unternehmers ganz nach den Produkten, die er vom Arbeiter erwartet. Und auch der Arbeiter richtet seine Forderungen nach seinem *Arbeitsprodukt*.

Der *Lohnvertrag* ist demnach nichts anderes als ein *Kaufvertrag über die Waren*, die der Arbeiter herstellt und dem Unternehmer verkauft. *Beim Stücklohn tritt dieses Verhältnis ganz klar zu Tage.* Daß die Maschinen, die der Arbeiter benutzt, dem Unternehmer gehören, ändert an diesem Verhältnis nichts. In dieser Beziehung kann man das Verhältnis des Unternehmers zum Arbeiter mit dem eines Pfandleihers vergleichen. Der Unternehmer leiht dem Arbeiter gegen eine Vergütung das Werkzeug und den Rohstoff. Die Höhe dieser Vergütung setzt der allgemeine Wettbewerb der Regel nach auf den

Zins des Geldes herab, das der Unternehmer zur Anschaffung seiner Produktionsmittel verausgaben muß. Mehr kann er nicht herauschlagen, weil der Wettbewerb es ihm nicht gestattet. Und dafür, daß es nicht weniger wird, sorgt auch wieder der allgemeine Wettbewerb, da niemand Geld in ein Unternehmen anlegen wird, das weniger als den Zins des Anlagekapitals verspricht. Es verhält sich hier wie bei der Verpachtung eines Ackers an einen Bauern, nur mit dem Unterschied, daß der Grundbesitzer dem Bauer die Sorge für den Verkauf der auf seinem Acker erzeugten Waren überläßt. Keinem Grundherrschaft wird es in Sinn kommen zu sagen, daß er die Arbeitskraft des Bauern gekauft habe.

*Der Unternehmer ist ein Kaufmann.* Er handelt mit den Rohstoffen, die seine Arbeiter verbrauchen und mit den Erzeugnissen, die die Arbeiter *abliefern*, besser gesagt, *die sie ihm verkaufen*.

Die Maschinen sind als Darlehen zu betrachten, die der Unternehmer den Arbeitern macht, deren Zins er im Lohn und Stücklohn abzieht oder verrechnet und die ihm gleichzeitig als Pfand dienen. Wären die Arbeiter allgemein kreditwürdig, so würden die Arbeiter das Geschäft, das der Unternehmer macht, selber machen können. Vorausgesetzt, daß sie auch die dazu nötigen Kenntnisse besäßen – *ähnlich wie das die Pachtbauern tun*.

Ziehen wir die Folgerungen aus dem eben Gesagten: so viel wie Marx auf dem Satze, daß die Arbeitskraft eine Ware sei, gebaut hat, so viel muß auch mit diesem Satze wieder stürzen.

Marx sagt: Der Wert der Ware Arbeitskraft richtet sich nach ihren Produktionskosten. Diese Folgerung liefert Marx die allgemeine Lohntheorie. Er braucht keine andere, da sie sich aus dem Satze, daß die Arbeitskraft eine Ware sei, vollkommen logisch ergibt. Treten Widersprüche auf mit den Tatsachen, so muß die Erklärung anderswo gesucht werden, da der Satz, die Arbeitskraft sei eine Ware, als *Axiom* außerhalb der Kritik steht, und da die Folgerung, daß der Wert sich nach den Produktions-

kosten richtet, unerschütterlich fest steht. *Im dritten Band müht sich Marx auch redlich mit der Klärung der Widersprüche ab.*

Aus der Lohntheorie, die Marx aus seinem Axiom, daß die Arbeitskraft eine Ware sei, zieht, ergibt sich, wiederum mit vollkommener Logik, die allgemeine Kapitaltheorie, die Erklärung für die allgemein anerkannte Ausbeutung. Er sagt: Der Unternehmer kauft die Ware Arbeitskraft zu ihrem vollen Wert, also ohne Prellerei. Er kauft sie aber nicht wegen ihres Tauschwertes, also nicht als Kaufmann. Er kauft sie als Konsument, um sie zu verbrauchen. Die Ware Arbeitskraft hat aber die Eigentümlichkeit, daß ihr Gebrauchswert größer ist als ihr Tauschwert, d. h., daß der Verbrauch der Ware Arbeitskraft ein Produkt ist, das größer ist als die Produktionskosten dieser Kraft, größer also als der Lohn. *Der Unterschied ist der Mehrwert.* Die Kapitaltheorie ist fertig.

Als Käufer für die Ware Arbeitskraft kommt natürlich nur ein Konsument dieser Ware in Betracht und konsumieren läßt sich diese eigentümliche Ware nur *mit Hilfe der Produktionsmittel*. Der Besitz der Produktionsmittel gibt dem Unternehmer die Möglichkeit, den Unterschied, der zwischen dem Gebrauchswert und dem Tauschwert der Ware Arbeitskraft liegt, für sich zu beanspruchen. So ist auch der Beweis erbracht, daß die Ausbeutung des Menschen allgemein zurückzuführen ist auf das *Privateigentum an den Produktionsmitteln*. Der Sozialist, der die Ausbeutung beseitigt wissen will, hat keine andere Möglichkeit, als ja und Amen zu der Forderung zu sagen, wonach die Produktionsmittel *verstaatlicht* werden müssen.

So folgt aus dem Satze, daß die Arbeitskraft eine Ware sei, zwangsläufig die Forderung nach dem Kommunismus. Mit dem Nachweis, daß nicht die Arbeitskraft, sondern das Arbeitsprodukt Gegenstand des Lohnvertrages ist, ergibt sich für den *Sozialisten die Notwendigkeit, sich*

*nach allen Richtungen hin neu zu orientieren.* Theoretisch, wirtschaftlich und politisch. Er steht vor der Notwendigkeit, eine neue Lohntheorie, eine neue Kapitaltheorie, eine neue sozialpolitische Bewertung des Privateigentums an den Produktionsmitteln herbeizuschaffen. Denn alles, was er in diesen Beziehungen bisher gesagt und geglaubt hat, ist nicht mehr theoretisch begründet. Der wissenschaftliche Sozialismus steht und fällt mit der Behauptung, daß die Arbeitskraft eine Ware sei.

—

Die *Freigeldlehre* geht ebenfalls bei ihren Untersuchungen über die Natur des Kapitals von der Marxschen Formel des Tausches aus.  $G-W-G'$ , d. h. Geld-Ware-Mehrgeld. Sie setzt aber nicht, wie *Marx* es tut, kritiklos voraus, daß das Geld ein vollkommenes Äquivalent der Waren sei, sondern findet in der von *Marx* selbst formulierten allgemeinen Gestaltung des Tausches den Beweis, daß das Geld mehr ist als ein Äquivalent. Die Marxsche Formel  $G-W-G'$  ist für sie unmittelbarer Beweis, daß das Geld ein selbständiges Kapital ist, daß das  $G'$  nicht Produkt einer ewig wiederholten Prellerei ist, sondern *Ergebnis einer Ueberlegenheit des Geldbesitzers über den Warenbesitzer, also Produkt eines wirtschaftlichen Machtfaktors.*

Die Freigeldlehre hat sich aber nicht damit begnügt, das  $G'$  als Beweis für die Kapitalnatur des Geldes hinzustellen, sondern hat auch die Frage beantwortet, *warum das Geld den Waren als Kapital gegenüber treten kann.*

Sie gibt darüber folgende Erklärung: Die Ware ist ihrem Verfertiger oder ihrem Besitzer direkt nutzlos. Um Nutzen aus ihr zu ziehen, muß die Ware *getauscht* werden. Dazu müssen sich die Warenbesitzer, durch die Lage der Dinge gezwungen, des *Geldes als Tauschmittel* bedienen. Der *Preis*, den der Warenbesitzer erhält, wird souverän durch *Nachfrage und Angebot* bestimmt. Unter Nachfrage ist das angebotene Geld und unter Angebot die angebotene Ware zu verstehen.

Der Preis ist als Bruch anzusehen, wo der Zähler durch das Geld, der Nenner durch die Ware dargestellt ist. Geld dividiert durch Ware = Preis.

Wird der Zähler (Geld) verkleinert, so fallen die Preise. Wird der Zähler vergrößert, so steigen die Preise. Und umgekehrt verhält es sich beim Nenner.

Hier ist nun zu beachten, daß das Angebot des Geldes, sofern wir hier nur an die eigentlichen Geldleute denken, an die Bankiers, an die Rentner, an die Spekulanten, wie auch an die Sparer, eine vollkommen *willkürliche* Sache ist. *Wer über seine unmittelbaren Warenbedürfnisse hinaus noch Geld übrig hat, der kann damit vollkommen frei schalten. Er kann es hamstern.* Er kann es auf die Bank bringen und es dort unberührt liegen lassen. Zwar verliert er dann den Zins. Das sind bei einem regulären Depositenzins von 4% für den Monat etwa 30 Pfennig auf 100 Mark. Betrachten wir diesen Verlust als einen Druck, dem der Geldbesitzer unterliegt, so können wir diesen Druck mit der eben angegebenen Zahl messen, also einem Druck von etwa einem Pfennig im Tage für je 100 Mark. Wohlgemerkt, *der Geldbesitzer hat keinen Substanzverlust an seinem Geldvorrat zu verzeichnen, sondern beklagt nur einen ihm entgangenen Gewinn.* Wer einen Geldschatz unter einem Apfelbaum vergräbt, der findet seinen Schatz nach Jahr und Tag unversehrt wieder. Bedenken wir hier noch, daß alles Geld, auch das Lohngeld des Unternehmers, in der Regel aus den Banken und Sparkassen kommt, so können wir sagen, *daß das in Umlauf befindliche Geld durchwegs unter einem Druck von einem Pfennig für je 100 Mark und Tag steht.*

Vergleichen wir nun hiermit den Nenner des Bruches, das *Warenangebot*. Betrachten wir die Waren, Artikel für Artikel. Betreten wir einen Markt, einen Laden, ein Kaufhaus, einen Hafenplatz, einen Eisenbahnschuppen, einen Güterzug. Alle diese Waren haben ihre bestimmten Eigentümer. Und

alle diese Eigentümer haben Sorgen, Sorgen um ihre Waren. Ob sie nicht gestohlen werden, ob es nicht regnet, ob es nicht frieren wird, ob die Sonne nicht darauf brennt. Vielleicht werden sie von Motten angegriffen. Wie leicht kann so ein Schuppen auch abbrennen. Der Hagel kann die Fensterscheiben zerschlagen und dann sind die Seidenstoffe dem Regen ausgesetzt. Der Staub schadet auch manchen Waren. Der Wechsel der Mode spielt eine Rolle. Das Vieh ist den Seuchen ausgesetzt. Auf der Jagd nach der Maus wirft die Katze das Porzellan um: Scherben. Schließen wir *Geld* in einen Schrank ein, so ist das Geld nach Jahr und Tag noch vollzählig da. Der Besitzer des Geldes hat einen Gewinnverlust von 1 Pfennig für den Tag und 100 Mark. So hatten wir es eben ausgerechnet. Schließt ein Bankier sein Geschäft, so ist sein Gewinnverlust ebenso zu bemessen.

*Aber wie geht es dem Besitzer eines Warenhauses, der etwa auf den tollen Gedanken käme, es ebenso wie der Bankier zu machen und sein Warenhaus eines Angestelltenstreiks wegen für ein Jahr verschlösse? Wie viel müßte er wohl auf Konto der Diebe, des Rostes, der Motten, der Fäulnis, des Bruches, des Modenwechsels usw. von seinem Kapital abschreiben? Wenn er dazu noch die Miete des Geschäftshauses, die Feuerversicherung rechnet? Wie viel beträgt das Lagergeld auf der Bahn? Was geschieht mit den Zeitungen, mit den Kartoffeln, die vergessen wurden?*

Es gibt Leute, die hamstern jetzt schon Gold für den nächsten Krieg. Wie viele gibt es, die für denselben Zweck heute Eier, Butter, Schuhe und Salat hamstern? Also wie viel muß der Besitzer des Kaufhauses von seinem Kapital abschreiben, wenn er es nur um ein Jahr verschließen wollte? Sind etwa 50% zu viel, so sind sicherlich 20% zu wenig. Doch rechnen wir hier nur mit 15 oder gar mit nur 10% und dann vergleichen wir die Lage der beiden Personen, des Geldhamsterers und des Warenhamsterers! Jener hat einen Gewinnverlust von 5%, die-



ser hat den gleichen Gewinnverlust und dazu noch den Substanzverlust. Den *Gewinnverlust* des *Geldbesitzer* berechneten wir mit einem Druck von 1 Pfennig pro Tag und 100 Mark, Den Substanzverlust beim *Warenbesitzer* aber müssen wir mit einem Druck von 3 Pfennig pro Tag und 100 Mark berechnen.

Das heißt also: die Nachfrage auf dem Markte sucht durch den Tausch einem Druck von einem Pfennig auszuweichen. Das Angebot sucht einem Druck von *dreifacher* Stärke zu entgehen. *Wenn der Handel nicht zustande kommt, so muß der Warenbesitzer mit dem dreifachen Schaden rechnen, den der Geldbesitzer erleidet. Wer ist unter solchen Verhältnissen der Gefügigere? Wer ist zu Ermäßigungen bei seinen Forderungen am geeignetsten?*

*Es ist also ganz klar, daß es sich hier nicht um volle Äquivalente handelt, daß der Geldbesitzer aller Regel nach vom Warenbesitzer eine besondere Vergütung dafür fordern kann, daß er darauf verzichtet, dem Besitzer der Ware durch Verschleppung des Handels einen direkten Substanzverlust zu verursachen.*

Wie viel diese Vergütung in jedem *Einzelfall* beträgt, kann natürlich nicht festgestellt werden. Die Vergütung geht stillschweigend mit in den Preis über. Die Erfahrung zeigt aber, daß die Kaufleute das im Geschäft angelegte Geld aller Regel nach mit 5% im Jahre verzinsen können. Diese 5% sind die Summe der während eines Jahres beim Einkauf der Waren auf Grund der kaufmännischen Überlegenheit des Geldes gemachten Abstriche. Wenn das Geld kein Kapital an sich wäre, dann wäre es auch den Kaufleuten unmöglich gemacht, das Anlagekapital zu verzinsen. Von wem würden sie dann den Zins erheben können? Im Tauschhandel gibt es keinen Zins. Wenn beim Tausch beide mit Zins rechnen, dann würden sich ja die Zinsrechnungen gegenseitig aufheben.

*Das Rätsel, das in der Marxschen*

*Formel des Handels steckt, G-W-G', das Marx nicht lösen konnte und das ihn dann zwang, den verzweifelten Versuch zu machen, das G' fern vom Markte im Produktionsprozeß zu suchen, dieses Rätsel wäre also gelöst. Das Geld ist als selbständiges Kapital entlarvt. Es ist kein vollkommenes Äquivalent. Es ist mehr. Und dieses Mehr schafft den Mehrwert.*

Mit dieser Lösung des Rätsels finden nun alle Erscheinungen in der kapitalistischen Wirtschaft eine außerordentlich einfache und einleuchtende Lösung. Wir brauchen jetzt keine drei dicken Bände mehr, um diese Erscheinungen zu erklären.

Mit der Entdeckung der Kapitalnatur des Geldes findet ein allgemeiner Rollenwechsel statt. Der Zins des Handelskapitals richtet sich nun nicht mehr nach dem Zins des Produktionskapitals. Umgekehrt: der Zins aller Kapitalien richtet sich nach dem Zins des Geldkapitals. Hier braucht dann nichts mehr ver-gewaltigt zu werden. Die Überlegenheit des Geldes ist eine feste Größe. So ist also auch der Ertrag dieser Überlegenheit eine feste Größe. Die auffallende Erscheinung, die bis dahin niemand zu erklären vermochte, nämlich, daß der Zins seit Jahrtausenden immer auf demselben Stand geblieben war, ist erklärt.

Wenn das Geld ein Kapital an sich ist, dann versteht es sich auch von selbst, daß niemand sein Geld in Häuser und in Industrieanlagen festlegen wird, *wenn er von diesen Anlagen nicht denselben Zins erwarten kann, den das Geld im Handel abwirft*. So schafft der Zins des Geldes die uralte, bis dahin völlig rätsel-hafte *Rentabilitätsgrenze*, die seit Bestehen der Geldwirtschaft noch niemals von einem Unternehmer unterschritten wurde. *Was den Zins des Geldes nicht ein-trägt, bleibt ungeboren*. Kann der Bauunternehmer der Hypothekenbank nicht nachweisen, daß sein geplantes Mietshaus die 5% Zins abwerfen wird, so schlägt

ihm der Bankier die Tür des Geldschrankes vor der Nase zu. Kein Zins, kein Geld, heißt es hier. Geht der Mietzins der Häuser als Folge einer regeren Bautätigkeit unter das „Normale“, d. h. unter 5% herunter, so heißt es: Stopp! Wir haben zu viel gebaut! Wir müssen warten, bis der Zins der Häuser wieder die «normale» Höhe erreicht. Dann kann wieder gebaut werden. Und so mit allen Kapitalanlagen: mit den Schiffen, Eisenbahnen, Bodenverbesserungen, Gartenanlagen, Theatern. *Das Geld sperrt alle Arbeiter aus, die ihm die 5% nicht bewilligen wollen. Das Geld streikt.* Und niemals seit der Einführung unseres herkömmlichen Geldes hat das Geld solchen Streik verloren. *Wer sein Geld in ein kapitalistisches Unternehmen anlegt, erhält sozusagen einen Garantieschein vom Geld ausgestellt, daß niemand ihm unter 5% Konkurrenz machen wird.* Seit 6000 Jahren ist das so gewesen, so daß es als eine Selbstverständlichkeit gilt und niemand mehr danach frug, warum das so ist.

—

Mit der Entdeckung der Kapitalnatur des Geldes und mit der Erklärung der Natur dieses Kapitals tritt für den Sozialisten, der die Ausbeutung bekämpfen will, die *Frage* auf, ob es nicht möglich ist, *ein Geld zu schaffen, das den Waren nicht überlegen ist und das sich diesen gegenüber darum auch nicht als Kapital erweisen kann.*

Mit dieser Frage betreten wir das Forschungsgebiet des französischen Sozialisten P. J. Proudhon. Proudhon ist der erste gewesen, der die Kapitalnatur des Geldes feststellte, wenn er auch die Natur dieses Kapitals nicht durchschaut hat. Letzteres geht klar aus seinen Vorschlägen zur Bekämpfung des Geldkapitals hervor, die in der Forderung gipfeln, die Ware auf die Rangstufe des Geldes zu erheben.

Wenn er die Natur, den Grund der Überlegenheit des Geldes erkannt hätte, dann hätte er un-

möglich eine solche Forderung stellen können. Immerhin zeigen seine Aussprüche ganz klar, daß es für ihn keinen Zweifel darüber gab, das Geld sei ein Kapital. Er suchte den Schlüssel zur Erklärung der Marxschen Formel des allgemeinen Warentausches Geld-Ware-Mehrgeld darum auch im Tausch der Waren gegen Geld. Dort und nicht anderswo mußte der Schlüssel zu dem Rätsel gefunden werden. Die Marxsche Theorie des Kapitals hat er darum glatt, als außerhalb jeder Diskussion stehend, abgelehnt. Die von seinem Standpunkt angestellten Betrachtungen über die Natur des Realkapitals, also der Fabriken, der Produktionsmittel, der Mietswohnungen usw., mußten bei ihm die Überzeugung bis zur Evidenz steigern, *daß die Wurzeln des Kapitalismus im Gelde stecken*. Hier durchschaute er die Dinge mit absoluter Klarheit.

Es war für ihn außer Zweifel, daß, wenn vom Geld her keine Hemmungen einträten, daß dann die Akkumulation der Produktionsmittel bis zum Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Kapitalmarkt, also bis zur völligen Unterdrückung des Kapitalzinses, vor sich gehen müßte. Der Kapitalismus war ihm eine Nebenerscheinung des herkömmlichen Geldwesens. Die Natur der Dinge, die Natur des Menschen und seiner Technik, die Natur der Wirtschaftsordnung war direkt gegen den Kapitalismus gerichtet. Wenn sie sich nicht in dieser Richtung voll auswirken konnte, so lag das an den Mängeln, an organischen Fehlern des Geldes, desselben Geldes, das wir ungeprüft und unverändert von den Römern, den Griechen, von Hammurabi übernommen haben. *Ungeprüft!*

70 – 80 Jahre sind es her, daß Proudhon dem Kapital auf die Spur gekommen war. Von der vollkommenen Lösung des uralten Problems trennte ihn nur noch ein Schritt. Er brauchte nur vor die Frage gestellt zu werden, *warum* denn das Geld den Waren überlegen ist. Dann hätte die Antwort darauf auch gleich die weitere sozialistische Frage beantwortet, wie man dem Geld den Giftzahn ausbrechen kann. Und die Antwort darauf wäre dann ein

fach Sache der Techniker gewesen, die für solche Probleme immer die Lösung finden. Proudhon hat keinen solchen Fragesteller, keinen äquivalenten Mitarbeiter gefunden. Er war auf sich selbst angewiesen. Marx war in die eigene Formulierung des Kapitals verliebt. Er konnte sich in die Gedankengänge Proudhons nicht hineinfinden. Er bekämpfte ihn.

Durch die Tagespolitik wurde Proudhon von der wissenschaftlichen Ausarbeitung seiner Erkenntnisse abgelenkt. Er nahm diese Erkenntnisse mit ins Grab. Die Bücher, die er hinterließ, waren bei den Kapitalisten verpönt und bei den Sozialisten durch Marx diskreditiert worden. Nur die Anarchisten hatten ihn nicht vergessen. Sie interessierten sich aber für andere Gedankengänge Proudhons. So blieb die Proudhonsche Lehre vom Kapital so gut wie unbeachtet, trotz den Bemühungen *Gustav Landauers*, Marx beherrschte das Feld.

—

Die Fragen, die *Proudhon* offen ließ, *die hat die Freigeldlehre beantwortet*. Das Geld ist Kapital, weil sein Angebot nicht dem gleichen Drucke ausgesetzt ist, wie das Angebot von Waren, Bei der Preisbildung kann dieser Umstand von den Geldbesitzern ausgebeutet werden, nach der allgemeinen Handelsformel Geld, Ware, Mehrgeld,

Wenn wir darum das Geld so gestalten, daß der Druck, unter dem das Warenangebot steht, auch auf das Geldangebot übertragen wird, so fällt die Übermacht des Geldes dahin. Dann ist der Tatbestand da, den Marx bei seiner Untersuchung bereits als gegeben voraussetzte. Wenn das Geld im Besitze des Kaufmannes, des Bankiers, des Sparers, der Spekulanten ebenso schnell verdirbt wie die Ware verdirbt, wenn der Besitz des Geldes mit denselben Unkosten verknüpft ist wie der Besitz von Waren, wenn der Geldbesitzer mit einem Substanzverlust zu rechnen hat, der proportional der Zeit wächst, die das Geld in seinem Besitze verbleibt, *dann* sind Geld und Ware äquivalent und dann wird es

undenkbar, daß der Besitzer des Geldes dem Besitzer der Waren einen besonderen Abzug dafür machen kann, daß er darauf verzichtet, den Handel auf die lange Bank zu ziehen. Denn dann würde ja der Schaden, der den Warenbesitzer für eine Preisermäßigung mürbe machen soll, in gleicher Stärke den Geldbesitzer treffen.

Diesen Gedanken setzt das *Freigeld* in die Tat um. Wenn Proudhon lebte, so würde er sagen: ihr habt meinen Gedanken umgekehrt. *Ich wollte die Ware auf die Rangstufe des baren Geldes erheben.* Ware und Geld sollten vollkommene Äquivalente dadurch werden, daß ich den Waren all die guten Eigenschaften verlieh, die das Gold besitzt. Das gelang mir nicht und konnte mir auch nicht gelingen, denn wie könnte man dem Stroh, den Lumpen, dem Petroleum, Eigenschaften verleihen, die es bedingen würden, daß der Sparer sagt: es ist mir einerlei, ob ich Gold besitze oder Lumpen, Petroleum, Rindshäute, Kartoffeln usw. Durch die Hände der Sparer geht aber alles Geld. Im Laufe eines Jahres würde alles Geld des Landes in den Kassen der Sparer verschwinden, wenn sie es nicht wieder, vom Zins angelockt, den ich ja beseitigt sehen will, dem Verkehr zurückgäben. *An die Verwendung des baren Geldes als Sparmittel hatte ich nicht gedacht.* Es ist klar, daß, wenn ich meinen Gedanken zur Ausführung bringen will, das Geld auch als *Sparmittel* den Waren gleichgestellt werden muß. Das heißt, das Geld muß körperlich vom Sparmittel getrennt werden. [Wenn Dühring das Metallgeld beibehalten will, so kann er nicht verhindern, daß die einen sich einen kleinen Geldschatz zurücklegen, während die anderen mit dem gezahlten Lohne nicht auskommen . . . Hiermit sind alle Bedingungen gegeben, ... einerseits zur Schatzbildung, andererseits zur Verschuldung . . . Alle Gesetze und Verwaltungsnormen der Welt sind ebenso ohnmächtig dagegen wie gegen das Einmaleins oder gegen die chemische Zersetzung des Wassers. *Und da der Schatzbildner in der Lage ist, von Bedürftigen Zinsen zu erzwingen, so ist mit dem als Geld fungierenden Metallgeld auch der Zinswucher wiederhergestellt, ...* Die Wucherer verwandeln sich in Händler mit dem Zirkulationsmittel, in Bankiers, in Beherrscher des Zirkulationsmittels und des Weltgeldes, *damit in Beherrscher der Produktion und damit in Beherrscher der Produktionsmittel*, mögen diese auch noch jahrelang dem Namen nach als Eigentum der Wirtschafts- und Handelskommune figurieren, – Aus Friedrich Engels „Anti-Dühring“.]

Dies ist nun mit eurem Freigeld geschehen. Ihr habt die Ware nicht auf die Rangstufe des Geldes gehoben, sondern umgekehrt habt ihr *das Geld auf die Rangstufe der Ware herabgesetzt*. Das war ein glücklicher Gedanke. Er ist praktisch durchführbar. Das Geld kann man nach Wunsch gestalten. Das Ziel meiner Bestrebungen ist erreicht. Das Freigeld ist so schlecht wie die Ware. Nun erst sind Ware und Geld wirklich äquivalent.

So würde sich Proudhon ausgedrückt haben. *Mit dem Freigeld sind alle Vorzüge des Geldes, die Überlegenheit des Geldes über die Ware beseitigt*. Damit muß natürlich alles fallen, was mit dieser Überlegenheit zusammenhing. Und das ist nichts mehr oder weniger als der Kapitalismus, soweit dieser nicht mit dem Privateigentum an Boden verknüpft ist.

Aus der Ware kann der Geldbesitzer keinen Zins mehr schlagen, denn, wenn Äquivalente getauscht werden, wer soll dann den Zins zahlen? Ebenso gut könnte man erwarten, daß die Ware das Geld mit Zins besteuert. Das Freigeld ist also kein Kapital an sich mehr.

So gibt es also auch keine Rentabilitätsgrenze mehr für die Kapitalakkumulation. Diese Grenze war gegeben durch den jährlichen Ertrag, den das Geld in seiner Funktion als Tauschmittel abwarf. Sie stand da seit 6000 Jahren und niemals war sie durchbrochen worden. Jetzt ist durch das Freigeld zum ersten Male seit Hamurabi eine Bresche in diese Rentabilitätsgrenze gelegt.

Das Freigeld kennt keine untere Rentabilitätsgrenze, Es ist ja kein selbständiges Kapital mehr, Wenn die Rentabilität der Kapitalanlagen sinkt, etwa infolge besonders angestrenzter Arbeit, da

kann das Geld nicht mehr sagen: ihr Unternehmer und Arbeiter habt durch eure ungezügelte Arbeitswut das reale Kapital, die Produktionsmittel, die Wohnungen und so weiter derart vermehrt, daß ihr Zinsertrag unter die «normale» Grenze, die Rentabilitätsgrenze, gesunken ist. Ich streike. Schluß mit dieser Baupest. Nein, solches kann das Freigeld nicht sagen. *Es kann nicht streiken*. Es steht ja unter Druck. Es trägt den Streikbrecher in sich. Damit es nicht streiken kann, darum wurde dieser Druck erfunden. Und der Druck erfüllt seinen Zweck.

Das Freigeld mahnt unausgesetzt seine Besitzer daran, daß das Geld als *Tauschmittel* geschaffen wurde. Es stellt seine Besitzer vor die Wahl, entweder sich mit einem geringeren Zins zu begnügen, oder aber mit einem Verlust an der Substanz des Geldes vorlieb zu nehmen. Wenn also etwa ein Unternehmer an den Hypothekenbankier herantritt mit den Worten: Wir haben in den letzten Jahren sehr viel gebaut. Der Mietzins geht abwärts. Statt 5% netto bringen die Wohnungen jetzt nur mehr 4% ein. Ich habe hier einen neuen Plan für eine Mietskaserne und wünsche von Ihnen, daß Sie aus Rücksicht auf den erwähnten Rückgang der Mieten mir den Hypothekenzins entsprechend herabsetzen – dann wird der Freigeldbankier dem Unternehmer, wie es heute in solchen Fällen geschieht, die Tür des Geldschranks nicht mehr vor der Nase zuschlagen und sagen: Ich werde mit meinem Gelde warten, bis daß der Zins der Wohnungen wieder auf den normalen Stand, bis an die alte Rentabilitätsgrenze gestiegen ist! Nein, er wird sich hüten, solches zu sagen. Ist er nicht zu sehr zugeknöpft, dann wird er etwa folgendes antworten; „Lieber Herr, die Zeiten sind vorbei, wo wir von einer ehernen Rentabilitätsgrenze reden konnten. Was soll ich mit diesem Gelde anfangen, wenn Sie es mir nicht abnehmen? Ich stehe unter Druck. Ich muß jetzt das Geld unter allen Umständen und zu jedem Zinsfuß abgeben. Können Sie keine 5% mehr aus den Mietskasernen herauswirtschaften, weil zu viel ge-



baut wurde, nun, dann in Gottes Namen, so liefere ich es Ihnen zu 4%. Ich sehe aber schon die Zeit kommen, wo Sie mir sagen werden: „Ich kann auch keine 4% zahlen. Wir haben jetzt ununterbrochen gearbeitet und der Wohnzins geht ebenso ununterbrochen herab. Sie müssen mir schon das Geld zu 3% geben.“ Und dann werde ich Ihnen antworten: Ich gebe Ihnen das Geld sogar zu 2<sup>1</sup>/<sub>2</sub>%, wenn Sie größere Summen abnehmen können. Denn schauen Sie: in demselben Verhältnis wie die Mieten als Folge ihrer unausgesetzten Tätigkeit heruntergehen, kann das Publikum jetzt mehr Geld sparen, und dieses Geld bringen sie mir. Meine Kasseneingänge sind im gleichen Verhältnis zum Rückgang des Zinses und der Mieten gestiegen. Ich stehe unter dem Drucke des Freigeldes und der wachsenden Kassenbestände und muß für Absatz sorgen. Darum wiederhole ich das eben gemachte Angebot zu 2<sup>1</sup>/<sub>2</sub>% (bezw. zu 2, 1, 0%).“

Was hier vom Häuserkapital gesagt wurde, gilt selbstverständlich für alle Kapitalgegenstände, für den Kapitalismus in seiner ganzen Breite und Tiefe, Mit alleiniger Ausnahme des Bodens und der unterirdischen Schätze ist alles, was der Arbeiter zum Leben und zur Arbeit gebraucht, unter den zinsdrückenden Einfluß des Freigeldes gestellt worden. Nichts kann sich diesem Einfluß entziehen. Keine Macht, kein Kapitalist kann sich der Folgen der jetzt entfesselten freien Arbeit erwehren. Die freie Arbeit schafft dem Kapitalisten immer neue Konkurrenten. Das Meer von Kapital überflutet die alte Rentabilitätsgrenze. *Der Zins wird in einem Meer von neuem Kapital ersäuft.*

Die Rentabilitätsforderung des Kapitals hieß 5%. Jenseits dieser 5% erstreckte sich das weite Gebiet *der Krise, das Manöverfeld der Arbeitslosenbataillone*, die Wüste, in der ungezählte Millionen von arbeitswilligen Menschen verhungerten und verdursteten. Und zwar war es keine gewöhnliche Wüste, wo den Verdurstenden am weiten Horizont in Fatamorganaspiegelung Alpen, Seen und Ströme vorgetäuscht werden! Nein:

eine Tantaluswüste war es, wo in handgreiflicher Nähe vor den hungernden Massen die Lebensmittel in appetitlichster Aufmachung ausgebreitet waren. Sie konnten sie nicht erreichen, weil es sich um *Überproduktion handelte*. *In dieser Wüste, unter Tantalusqualen, nahmen die revolutionären Geister den Rachegeist auf, den Geist, der die Ausbeuter und Ausgebeuteten zusammen in den Abgrund reißt.*

—

Die Beseitigung der Ausbeutung durch den Mehrwert ist das eigentliche Ziel des Sozialismus. Dieses Ziel erreichen wir selbstverständlich, wenn wir die *Ursachen* des Kapitalismus beseitigen. Wir haben gesehen, daß wir diese Ursache darin suchen müssen, daß das herkömmliche Geld, weil es ein Kapital an sich ist, der Produktion und Akkumulation von Kapital eine Grenze zieht, *die Rentabilitätsgrenze*. Und wir haben gesehen, wie das Freigeld, das *kein* Kapital an sich ist, diese Grenze durchstößt und schleift.

Aber die Wünsche der Sozialisten gehen weiter. Sie wollen auch noch von der Plage der *Krisen* und der sie begleitenden *Arbeitslosigkeit* befreit werden. Für den, den es trifft, ist die Arbeitslosigkeit unmittelbar sogar noch schlimmer als die Ausbeutung durch das Kapital. Mancher Arbeiter, ja alle ohne Ausnahmen wären bereit, den Kapitalisten den verlangten Mehrwert in der vollen Höhe der Rentabilitätsgrenze weiter zu zahlen, wenn sie sich vor der Arbeitslosigkeit schützen könnten.

*Die Wirtschaftskrisen sind auf zwei Ursachen zurückzuführen, die beide vom Geld ausgehen. Die eine ist der Rückgang der Preise, die andere der Rückgang des Kapitalertrages unter die Rentabilitätsgrenze.*

Wie der Rückgang der Warenpreise die Krise erzeugt, das können die, die den Zusammenhang von Preisrückgang und Krise noch nicht kannten, jetzt im größten Maßstabe beobachten. Überall, wo

heute auf Preisabbau hingearbeitet wird, in England und in Amerika, herrscht die Krise, und zwar in einer noch nie erlebten Stärke. (Geschrieben 1922!)

In *Deutschland*, wo die Wirtschaft stärker als irgendwo anders durch den Krieg getroffen wurde, und wo es darum für krisenhafte Zustand so viele Erklärungen geben würde, da hat es noch nie so wenig Arbeitslose gegeben wie heute. Nur eine kurze Zeitspanne von wenigen Monaten gab es im Jahre 1920, wo man einen Preisrückgang und Preisabbau „erhoffte“, *und wo es auch hier zu einer bedenklichen Stockung kam*. Sie verschwand aber gleich, als die Arbeitslosenunterstützungen eine stärkere Anspannung der *Notenpresse* veranlaßte und es allen Kaufleuten klar wurde, daß für deutsche Verhältnisse der Preisabbau ein utopischer Gedanke war.

Diese Erfahrungen haben dem Volk eine Erkenntnis gebracht. Heute lacht man in Deutschland nicht mehr, wenn jemand den Grund der Arbeitslosigkeit und der Krise in den Manipulationen der Notenbanken, in den Unzulänglichkeiten der Goldwährung sucht.

Vor dem Kriege war es anders. Wie oft sind die Vertreter der Freigeldlehre von Marxisten ausgelacht worden, wenn sie sagten: ihr erfreut euch jetzt der Wohltaten der Hochkonjunktur, die Arbeitslosenbataillone lösen sich auf, weil die afrikanischen Goldfunde die Preise hochgetrieben haben. Oder; ihr habt keine Arbeit, weil die Preise fallen. Sie hätten ja alle so gerne die Besserung ihrer proletarischen Lebenslage, der Politik ihrer Gewerkschaften zugeschrieben und die Verschlechterung als eine notwendige Folge des Privateigentums an den Produktionsmitteln ausgegeben. Daß die Währung, die Entwicklung des Warenpreisindexes solche Folgen haben könnte, das kann ja auch der, der das Gold (oder das ihm nachgeäffte Papiergeld) für nichts anderes als ein einfaches Äquivalent der Waren, mit Einschluß der Arbeitskraft betrachtet, niemals zugeben. Noch viel weniger kann er die Krise in Zu-

sammenhang mit dem Gelde bringen, wenn er mit Marx behauptet: "Daß nun, obschon Gold und Silber nicht von Natur aus Geld, Geld aber von Natur Gold und Silber ist, beweist die Kongruenz seiner Natureigenschaften mit denen seiner Funktionen als Tauschmittel." [Marx, Kapital, Bd. 1.] Wer könnte auch diesen Marschen Satz beanstanden, ohne dann auch gleich zugeben zu müssen, daß an der Marxschen Kapitaltheorie nicht alles in Ordnung sein kann; denn dieser Satz, eine Apotheose der Goldwährung, steht ja auf allen Vieren in Übereinstimmung mit grundlegenden Voraussetzungen der Marxschen Kapitaltheorie.

Die Ereignisse der letzten Jahre auf dem Geldmarkt haben viele Sozialisten bereits stutzig gemacht. Man beginnt einzusehen, daß die vollkommene Vernachlässigung der Währungsfrage in der sozialistischen Literatur ein schwerer Mangel war, der sich jetzt, wo alle Welt von Währung, Valuta, Wechselkurse etwas verstehen möchte, bitter rächt. In den Konferenzen, die in *Brüssel*, in *Genua* abgehalten wurden, und wo die Währungsfrage als die wichtigste Frage bezeichnet wurde, *da ist die sozialistische Richtung ohne Vertretung geblieben. In der ganzen gewaltigen Millionenpartei ist nicht ein Mensch anzutreffen, der in der Währungsfrage beschlagen ist.* (Geschrieben 1922.) Das hat dazu geführt, daß die Sozialisten die wichtigsten, wirklich entscheidenden Posten in der Regierung an die anderen Parteien abtreten mußten und sie sich nur mit Posten begnügen mußten, die auf das, worauf es in erster Linie ankommt, nur sehr mittelbar von Einfluß sind.

Nun, vielleicht wird es jetzt in dieser Beziehung besser werden. Aber man vergesse nicht, daß jede Erkenntnis, die sich die Sozialisten auf diesem Gebiete aneignen werden, an der Marxschen Kapitaltheorie nagen wird. Und weiter, daß mit dem völligen Sturz dieser Theorie dann gerechnet werden

muß. Das bedeutet dann, daß es notwendig wird, die sozialistische Aktionspolitik vollkommen neu zu orientieren. Wenn im Parteitag die Frage gestellt wird, ob die Marxsche Annahme, daß das Geld kein selbständiges Kapital sei, richtig oder falsch ist, und diese Frage verneint wird, dann schwenkt die Sozialdemokratie entweder links ein in die freiwirtschaftliche Bewegung, oder sie zerfällt in Atome, eine Beute der Wölfe und Demagogen. Denn dann ist die Forderung wissenschaftlich nicht mehr begründet, daß das Privateigentum abzuschaffen sei, um die Ausbeutung beseitigen zu können.

Die Erfahrungen der letzten Zeit haben vielen Sozialisten etwas offenbart, was in ihrer Literatur nirgends berührt wird. Sie haben im Geld ungeahnte Kräfte entdeckt, urgewaltige Kräfte, die je nachdem Unheil oder Heil stiften können. Nicht nur haben sie erkannt, daß mit Hilfe der Notenpresse, durch die Inflationspolitik alle durch Streik oder sonstwie erlangten *Lohnaufbesserungen immer wieder, so von hinten herum, zunichte gemacht werden können. Sie haben erkannt, daß, so lange die Notenpresse nicht unter Aufsicht der Gewerkschaften steht, jede Tarifpolitik nutzlos wird.* Sie haben aber auch gesehen, daß mit Hilfe derselben Notenpresse dem Proletariat die Notgroschen, die es auf die Sparkasse gebracht hatte (es waren vor dem Kriege etwa 18 Milliarden Goldmark), bis auf den schäbigen Rest von kaum 2% von der Notenpresse ohne Gewaltanwendung bolschewikiert worden sind. Sie haben ferner gesehen, daß mit Hilfe der Notenpresse den deutschen Gläubigern, den Besitzern der Hypothekenbriefe, der Staatspapiere, der Obligationen usw. ein Vermögen von mehr als 150 Milliarden Goldmark expropriert wurde. *Kein Marxist hatte eine Ahnung von solcher Expropriationskraft des Geldes, der Notenpresse.* Denn sonst wäre doch schon einmal der Vorschlag gemacht wor-

den, durch Eroberung der Notenpresse die Expropriation der Expropriateure etwas zu beschleunigen.

Weiter haben sie erkannt, daß man mit Hilfe der Notenpresse nach Belieben alle Arbeiterreservebataillone auflösen, wie daß man mit dem Notenverbrennungsofen zum Zwecke des Lohndruckes Aussperrungen automatisch herbeiführen kann, wie z. B. jetzt in Amerika, wo 5 000 000 Mann seit Jahr und Tag arbeitslos herumlungern, ohne daß die Unternehmer das Odium der gewöhnlichen Aussperrung auf sich zu nehmen brauchen. Man hat dort die Unwissenheit der Sozialisten heimtückisch dazu benutzt, sich selbst in die lächerliche Lage des Arbeiters zu versetzen, der im Interesse der Unternehmer alles das tut, was dazu führen muß, den eigenen Lohn herabzudrücken, nämlich die Unterstützung der Preisabbaupolitik, die wohl noch heute in vielen Ländern auf dem Programm der marxistisch orientierten Parteien steht. In Amerika, in England, in der Schweiz, in Japan.

*Die sich in den eben erwähnten Erscheinungen offenbarenden Kräfte des Geldes lassen sich unmöglich mit der Marxschen Theorie des Geldes vereinen. Infolgedessen auch nicht mit seiner Theorie des Lohnes, des Kapitals, der Krise, überhaupt mit keiner marxistischen Theorie der Güterverteilung, denn wie wir gesehen haben, stehen und fallen diese Theorien sämtlich mit dem Satze, daß das Geld ein vollkommenes Äquivalent der Waren sei.*

Die jetzt endlich im Gelde wahrgenommenen Kräfte möchte man nun sozialpolitischen Zielen dienstbar machen. Jetzt wirken sie sich noch wild und unkontrolliert im Interesse einzelner Kapitalistengruppen aus, die sich ihrer mit gewaltigem Erfolge für die Börsenspekulationen großen Stiles bedienen. *Die märchenhaften Vermögen der amerikanischen Börsenfürsten sind alle unter entscheidender Mitwirkung der Geldkräfte gemacht worden.*

Diese Kräfte dienen heute, wie die Wildbäche, der Zerstörung. Wie sie zerstören, *so könnten sie aber auch aufbauen*. Um sie jedoch in den Dienst der Menschheit zu spannen, muß man sie zuerst *erkennen*. Die Marxsche Theorie gibt uns nicht die geringsten Anhaltspunkte, wie wir die *Geldkräfte* gegen die *Geldmächte* ins Feld führen könnten. Marx hat mit seiner Theorie das Geld getötet, einen Leichnam aus ihm gemacht. Dieser Leichnam läßt sich menschlichen Interessen nicht dienstbar machen, weder dem Staate, noch sogar, wie der Marxist unbedingt von seiner Theorie ableiten muß, den Zwecken der Börsenspekulation! Das Gold ist ja, nach Marx, von Natur Geld und was könnte man mit diesem leblosen Stoff anders anfangen, als es als vollkommenes Äquivalent hinzugeben, etwa so, wie Professor Liefmann, der das Geld nur als nominelles Zahlungsmittel kennt, oder wie Bendixen, der es mit einer Garderobenmarke vergleicht, oder wie Seumes Indianer, der ohne schlaue Rednerkünste, so wie man ihm bot, sein Geld hingab. Die Hemmung des Geldumlaufes, die Förderung seiner Umlaufgeschwindigkeit durch die Börsenmanöver, alles muß nach Marx ohne Einfluß auf das Geld bleiben.

Bisher wurde bei der öffentlichen Verwaltung des Geldes überhaupt nach keiner theoretischen Erkenntnis gefragt. Die einzige Theorie, die noch neben der marxschen Leichnamstheorie erwähnt wird und ein kümmerliches Dasein führt, die Quantitätstheorie, konnte mit den Tatsachen nur unter Duldung unzähliger Widersprüche in Einklang erhalten werden. Die sogenannte bereinigte Quantitätstheorie suchte diese Widersprüche unter Dach zu bringen. Sie war die *Theorie eines Chaos*.

*Dieses Chaos verwandelt sich mit dem Freigeld in einen Kosmos*. Dadurch, daß das Freigeld unter Druck steht, fallen alle Wenn und Aber aus der Quantitätstheorie weg. Sie, um die so viel gestritten wurde in allen Sprachen der Welt, die die eigentliche Ursache war dafür, daß so viele die Währungsfrage als unlösbar bei Seite war-

fen, sie wird durch das Freigeld von allen Widersprüchen befreit. Sie wird absolute Wahrheit, absolut in des Wortes verwegenster Bedeutung. Die Voraussetzungen für die Quantitätstheorie fehlten. Sie werden durch das Freigeld geschaffen. Die *Umlaufgeschwindigkeit* des Geldes, heute ein ganz irrationaler Begriff und Hauptfaktor der Preisbildung, der alle Bemühungen für eine wissenschaftliche Erklärung der Preisbildung zu Schanden machte, wird mit dem Freigeld in eine Konstante verwandelt, und braucht, weil sie eine Konstante geworden ist, überhaupt nicht mehr in Rechnung gezogen zu werden.

Die Quantitätstheorie, die als die bereinigte Quantitätstheorie bezeichnet wurde, gab von der Preisbildung die mathematische Formulierung:

$$\frac{\text{Geldmenge mal Umlaufgeschwindigkeit}}{\text{Warenproduktion minus Kredit}} = \text{Preis.}$$

Praktisch war damit nicht viel anzufangen, weil Umlaufgeschwindigkeit und Kredit unkontrollierbare, willkürliche Größen waren und außerdem die Geldmenge durch die Deckungsvorschriften an ein Gut gebunden war, das *Gold*, dessen Beschaffung vom *Zufall* abhängig war.

Mit dem Freigeld wird die mathematische Formel der Preisbildung zurückgeführt auf die Formel, die der ursprünglichen, der sogenannten rohen oder naiven Quantitätstheorie (und zu Unrecht) zugrunde gelegt wurde, nämlich: Geldmenge geteilt durch die Warenproduktion gibt den Preis.

Wenn das Sprichwort; Die Einfachheit ist das Merkmal der Wahrheit, gut ist, dann haben wir hier einen neuen Beweis für die Richtigkeit dieser Formel des Preises, Einfacher kann die Formel des Preises nicht mehr ausgedrückt werden. Die genannte Formel; Geldmenge geteilt durch die Warenproduktion, die für das *Metallgeld* voller Widersprüche war, deckt mit dem *Freigeld* restlos alle Erscheinungen des Marktes. Beim *Metallgeld* konnte man immer fragen, was denn die in Gleichung gebrachten Massen, Geld und Waren, in Bewegung



setzen wird, um den Preis zustande zu bringen. Geld und Waren konnten ja ewig nebeneinander liegen bleiben. Es fehlte jede motorische Kraft, wenigstens was das Geld anbetrifft. Dynamisch konnte der Preis nicht mit jener Formel erfaßt werden. Von der Ware, ja da wußte man, daß sie zum Markte drängte. Sie stand unter Druck. In ihr steckte natürliche motorische Kraft. Aber beim Geld? Was trieb das Gold zum Markt? Die *Ware* blieb niemals in den Händen der Sparer hängen. Gerade die Sparer stießen die Waren ab, während dieselben Sparer das *Geld* anzogen und festhielten, bis man ihnen als Lösegeld etwas anbot, was besser war als *Ware*. *Das war der Zins und der Zinseszins*. Die bewegende Kraft der *Ware* war in der *Ware* selbst; die bewegende Kraft des *Geldes* steckte *nicht im Geld*; sie wurde von außen hineingetragen.

Das machte den Preis abhängig von der Psyche des Menschen und nahm der Quantitätstheorie das Hauptmerkmal einer richtigen Theorie, nämlich für *alle* Vorkommnisse *volle* Deckung zu liefern. Sie deckte nur einzelne Erscheinungen.

Mit dem Freigeld verliert die kritische Frage nach dem Motor der beiden zu vergleichenden Größen ohne weiteres jeden Sinn. Der Motor, der die *Ware* und das *Geld* zur Preisbildung treibt, steckt jetzt in beiden Dingen und braucht von außen nicht mehr hineingetragen zu werden. Die Psyche des Geldbesitzers bleibt ohne Einfluß, *Ware und Geld* stehen unter Druck, und zwar unter dem *gleichen* Druck, Der Preis kann jetzt vollkommen dynamisch als Wirkung einer der *Ware* und dem *Gelde* eigenen *Kraft* begriffen werden.

*Ware* und *Geld* ziehen sich jetzt gleichmäßig an, während sie sich bis dahin abstießen und nur durch eine von außen auf sie einwirkende Kraft vereinigt werden konnten. *Diese Kraft war der Zins*. Wenn *diese* Kraft versagte, so konnte der Tausch nicht mehr zustande kommen. Zinsverbote legten das *Geld* lahm, der Rückgang des Zinses ebenfalls. Dann versagte die Quantitätstheorie. Dann wurde es

nötig, eine neue Formel für die Quantitätstheorie zu schaffen. Und so in unzähligen anderen Fällen.

Mit der Möglichkeit, die Preisbildung theoretisch zu erfassen, eröffnete sich uns auch die Möglichkeit, in die Preisbildung zielstrebig *einzugreifen*. Und diese Möglichkeit stellt uns vor die Frage, was wir mit dieser Möglichkeit anfangen sollen.

Mit dieser Frage betreten wir ein neues Gebiet, das weite Gebiet der Währungsfrage, das für die sozialistische Literatur als schwarzer Kontinent gilt: ein vollkommen vernachlässigtes Gebiet.

Die *Freigeldlehre* beantwortet die Frage, was nun mit der Möglichkeit, in die Preisbildung willkürlich eingreifen zu können, anzufangen sei, dahin, daß sie sagt: **Das Geld ist Tauschmittel. Es soll den Tausch sichern und verbilligen. Es soll die Schwierigkeiten, auf die der direkte Tauschhandel stößt, beseitigen. Diese Sicherung und Verbilligung des Tausches fordert, daß die Warenpreise möglichst vor Schwankungen geschützt werden. Da das Geld Tauschmittel aller Waren ist und die Preise der einzelnen Waren ihren eigenen Gesetzen unterworfen sind, die es bedingen, daß oft zu derselben Zeit einzelne Waren im Preise steigen, während andere durch besondere Verhältnisse herabgedrückt werden, so kann auf den einzelnen Preis nicht Rücksicht genommen werden. Der Einfluß, den wir mit dem Freigeld auf die Preisgestaltung gewinnen, kann sich nur auf den Durchschnitt der Preise beziehen. Dieser Durchschnitt aller Preise wird durch den heute so oft genannten Index ermittelt. Und diesen Index gilt es festzuhalten.**

Wie das zu geschehen hat, ist nach den vorangegangenen Erklärungen nicht schwer zu erkennen. Die Geldmenge dividiert durch die Warenproduktion gibt ohne *wenn* und *aber* den Preis, hier also den *Index*. Geben wir also unserer Notenbank den Auftrag, den Index zum Kompaß der Notenpolitik zu nehmen und sich stramm an die Quantitätstheorie zu halten. *Sagen wir ihr, daß sie Noten einzuziehen hat, sobald der Index eine allgemeine Preissteige-*

zung anzeigt und daß sie umgekehrt Noten ausgeben soll, sobald der Index einen allgemeinen Preisrückgang anzeigt. Dann wird der Index zwar nicht absolut im mathematischen Sinne des Wortes fest bleiben, aber doch im Sinne des täglichen Gebrauches des Wortes. Ähnlich wie wir von einem Schiffe auch sagen, daß es den Kurs hält, trotzdem es durch den Steuermann unausgesetzt in den Kurs zurückgebracht werden muß. Die Summe der Abweichungen nach Back- und Steuerbord gibt doch eine gerade Linie.

Kann die Notenbank solche Politik betreiben, hat sie die Mittel dazu? Warum nicht, was hält sie davon ab, so viel Geld auszugeben, wie ihre Aufgabe es verlangt? Papier ist alles was sie braucht. Mit der Goldwährung wäre auch schon aus dem Grunde, daß das Gold für eine solche Währungspolitik ja erst *gefunden* werden müßte, abgesehen also von der *Unmöglichkeit*, die *Umlaufgeschwindigkeit* des Goldgeldes zielstrebig zu beeinflussen, eine solche aktive Währungspolitik absolut unmöglich gewesen.

Mit dem *Papiergeld* sind alle Voraussetzungen für eine solche Anpassung des Geldumlaufes an die täglichen Bedürfnisse des Verkehrs restlos erfüllt. Geben wir also der Notenbank den Auftrag, gerade so viel Geld drucken zu lassen und in den Verkehr zu bringen, wie die Aufrechterhaltung des Indexes es erfordert, so muß sie diese Aufgabe erfüllen, weil sie die Mittel dazu zur Hand hat. Es gibt keinen vernünftigen Grund, warum wir der Notenbank solche Aufgabe nicht stellen und warum die Notenbank sich solcher Aufgabe nicht gewachsen erklären könnte,

Man hat gegen diesen Vorschlag allerhand eingewendet. Aber alle *Einwendungen* scheitern an der Tatsache, daß mit dem *Freigeld* die *Quantitätstheorie unbedingte Gültigkeit* hat. Wer an der Möglichkeit zweifelt, die eben skizzierte aktive Währungspolitik zu betreiben, muß zuerst den Nachweis liefern, daß mit dem

Freigeld die Quantitätstheorie, die ursprüngliche, rohe, naive Quantitätstheorie, doch noch Mucken haben könnte.

Man hat gegen die beschriebene Währungspolitik den *Einwand* erhoben, daß die Preise nicht *sofort* auf die Notenausgabe reagieren und hat sich für diesen Einwand auf die statistischen Arbeiten Nicholsons gestützt, aus denen hervorgehe, daß die Preise erst nach etwa drei Monaten die der Quantität der Noten entsprechende Höhe erreichen, daß der Preisbazillus also sozusagen eine Inkubationszeit von drei Monaten braucht. Dieser Einwand, der übrigens nur bedingte Gültigkeit hat und z. B. in einer Zeit allgemeiner Preissteigerung, wie wir sie zur Zeit in Deutschland haben, vielleicht umgekehrt zu verstehen ist, daß nämlich die Preise der Notenausgabe vorauslaufen, weil die Furcht vor einer neuen, durch die Notenausgabe veranlaßten Preiswelle *die Umlaufgeschwindigkeit verstärkt, dieser Einwand ist für das Freigeld völlig hinfällig.*

Da das Freigeld nur für den unmittelbaren Warenkauf gesucht wird, so ist es auch selbstverständlich, daß die Notenbank das von ihr auszugebende Geld nur unter Personen unterbringen kann, die unmittelbaren Bedarf an Waren haben, die also das erhaltene Geld unmittelbar auf den Markt bringen, So ist es vollkommen sicher, daß, wenn die Notenbank am Morgen Geld ausgibt, um die Preise zu heben, dieser Einfluß sich bereits am Abend fühlbar gemacht haben wird. Das neue Geld wird eine zusätzliche Nachfrage erzeugt haben, die nicht dagewesen wäre, wenn das Noteninstitut nicht eingegriffen hätte. *So kann man tatsächlich das Freigeld als verkörperte Nachfrage bezeichnen.* Jede Änderung im Warenangebot kann darum in ihrer Wirkung auf den Preis sofort durch einen Gegenzug der Notenbank neutralisiert werden.

Ein anderer *Einwand*, der gegen die hier besprochene Währungspolitik erhoben wird, geht von der Meinung aus, *daß der Index nicht*

*mit der gebotenen Schnelligkeit ermittelt werden kann.* Einige meinen, man brauche hierzu Wochen und Monate und in der Zwischenzeit wisse die Notenbank nicht, wie sie sich zu verhalten hat. Dieser Einwand wird gewöhnlich von den Verteidigern der Goldwährung gemacht, ausgerechnet von Personen, die überhaupt keine Rücksicht auf die Warenpreise bei der Notenausgabe nehmen und gelten lassen. Man muß sich schon sehr wehrlos fühlen, um solchen Einwand zu erheben. Tatsächlich liegt nicht der geringste Grund vor, warum die Statistik hier versagen sollte. Schon jetzt bringen die Handelszeitungen die telegraphischen Berichte der Börsen der ganzen Welt, Für den Index brauchen wir aber nur die Preise der inländischen Märkte. Es ist eine Arbeit, die auf der Addiermaschine nur Minuten braucht, sobald die Unterlagen eingelaufen sind, so daß es nicht im geringsten Schwierigkeiten bieten würde, den Index, wenn gewünscht, täglich mehrere Male zu ermitteln. Es dürfte aber vollauf genügen, wenn der Index dem Noteninstitut wöchentlich einmal angezeigt wird.

**Ist es also technisch möglich, den Index beliebig oft zu ermitteln, ist es auch technisch ebenso möglich, die Geldmenge den Bewegungen des Indexes mit der nötigen Schnelligkeit entgegenwirken zu lassen, so ist das Problem gelöst, wie man den Index mittels aktiver Währungspolitik auf einen Punkt festnageln kann, und zwar unter allen denkbaren Umständen, auch im Kriege.**

Der Sozialist marxistischer Richtung ist gewöhnt, alle üblen Erscheinungen unserer Wirtschaftsordnung auf den Kapitalismus, d. h. also auf das Privateigentum an den Produktionsmitteln zurückzuführen, auch alles, was auf Konto der Mängel unserer Währungsverhältnisse mit Einschluß aller offiziellen Währungspuschereien zurückzuführen ist. Er muß es tun, hat ihm doch Marx gesagt, daß das Geld ein vollkommenes Äquivalent der Waren sei, daß also von hier aus keine Störungen des Tauschprozesses kommen können. Die Ursache für das Gelingen so vieler Börsenspekulationen muß der Marxist überall an

derswo, nur nicht im Geld suchen. Die Ursache dafür, daß die Warenpreise zuweilen Jahrzehnte lang abwärts gingen und den verschuldeten Unternehmern, namentlich den Bauern und Hausbesitzern, die Möglichkeit nahmen, die Zinsen der Hypotheken zu zahlen, was zur Expropriation der *Proprietäre* führt, und die Latifundienbildung schafft, die muß der Marxist auch wieder weit, weit ab vom Geldwesen suchen. Kurz: Krise, Arbeitslosigkeit, Überproduktion, Hochkonjunktur, Baisse, Börsenspekulation, die Bildung der Riesenvermögen der Milliardäre, der Dollarmilliardäre, auch der gewaltig hohe allgemeine Handelsprofitsatz, alle die Schönheitsfehler unserer Wirtschaftsordnung, sie werden vom Marxisten auf das Konto des Privateigentums an den Produktionsmitteln gesetzt und so wird der Masse des Volkes diese Wirtschaftsordnung verkehrt. Alle Mängel, die wir auf Schritt und Tritt beobachten können, werden als Attribute des Privateigentums an den Produktionsmitteln bezeichnet, *die darum nur unter der Bedingung verschwinden können, daß das Privateigentum an den Produktionsmitteln radikal beseitigt werde. So wird man dann Kommunist!*

Mit der eben beschriebenen *aktiven Währungspolitik*, die uns vor allen Preisschwankungen allgemeiner Natur befreien wird, *fallen alle die genannten Mängel unserer Wirtschaftsordnung fort.*

Die Krise bricht heute aus, wenn die Preise sinken, Mit der beschriebenen aktiven Währungspolitik werden die Preise nicht mehr sinken, also wird es aus diesem Grunde keine allgemeine Krise mehr geben, also auch keine Arbeitslosigkeit. Die Krise brach aber auch dann aus, wenn der *Kapitalzins unter die Rentabilitätsgrenze* sank. Mit dem Freigeld gibt es für die Kapitalakkumulation überhaupt keine Grenze, keine Rentabilitätsgrenze mehr. Folglich kann aus diesem Grunde auch keine Krise mehr entstehen. Die Reservearbei-

terbataillone, die für die Lohnpolitik der Gewerkschaften immer ein so großes Hindernis waren, verschwinden. Die Preisschwankungen allgemeiner Natur, die das ausmachen, was man die Konjunktur nennt, liefern den Stein, über den so viele Kaufleute stolpern und stürzen. Der Kaufmann, der die Entwicklung der Konjunktur richtig vorausgesehen hatte, oft eine reine Stimmungssache, und seine Dispositionen danach getroffen hatte, der konnte sich freuen, Die anderen, die in dieser Sache weniger Glück hatten, die trugen den Schaden.

Zahlungseinstellungen, Bankrott, Zwangsverkäufe waren die Folge. Unzählige kleine, selbständige Gewerbetreibende wurden dadurch ihrer Produktionsmittel beraubt und zum Proletariat geworfen. Dann sagte der Marxist: Seht, wie sich das System des Privateigentums an den Produktionsmitteln auswirkt. Weg mit einem solchen System!

In der heutigen Wirtschaft ist es so, daß alle Berufe, die zu ihrer Ausübung besonderer Eigenschaften bedürfen, einen gehobenen Lohn einbringen. Der Handel ist heute ein solcher Beruf. Und wenn heute der Handelsprofit etwa 40% des Arbeitsproduktes des Volkes verschlingt, so liegt das daran, daß für diesen Beruf der Wettbewerb relativ gering ist. Wenn wir durch eine aktive Währungspolitik den Handel vor Konjunkturschwankungen schützen, wenn der Index festgelegt wird, dann wird der Handel tief in den Wettbewerb der Massen gezogen werden, und dann wird der Lohn des Kaufmannes den allgemeinen Gesetzen des Wettbewerbs entsprechend auf den Lohn der Massen gesenkt werden. Dann wird der Handelsprofit nicht mehr die schier lächerliche Höhe von 40%, sondern vielleicht 20, vielleicht nur 10% betragen. Das entspräche dann einer Mehreinnahme des gesamten Volkes von 20 bis 30%.

Deutschland verteilte vor dem Kriege an Lohn, Grundrenten und Zinsen ein Gesamteinkommen von etwa 40 Milliarden Goldmark. Wenn hiervon an Handelsprofiten 40% in Abzug kamen, so waren das 16 Milliarden Goldmark .Also allein mit dem, was wir

durch Stabilisierung der Währung an Handelsprofiten sparen würden, könnte man die Reparation von 132 Milliarden Goldmark in 8 Jahren zahlen. Es verhält sich hier genau so, wie wenn wir die Produktivkraft des ganzen deutschen Volkes durch eine Erfindung um 30% gehoben hätten.

In der sozialistischen Kritik der heutigen Wirtschaftsordnung spielt dieser Profit der Kaufleute, die gewaltige Zahl von Kaufleuten, der Luxus der Ladeneinrichtungen, die Zahl der Geschäftsreisenden, die Reklame, die Geschäftsstockungen, die häufigen Zahlungseinstellungen, die gewaltige Anzahl und der Umfang der Bankbetriebe usw. eine sehr große Rolle. Man sagt, daß mit der sozialistischen Betriebsweise alle diese toten Kosten, womit das Privateigentum an den Produktionsmitteln die Volkswirtschaft belastet, so gut wie wegfallen würden. Der ganze Handel würde mit einfachen Bezugsschemen, mit Brot- und Zuckermarken, reibungs- und also auch fast kostenlos abgewickelt werden. Ähnliches sagten auch die Vertreter der Konsumgenossenschaften von ihren Bestrebungen. Und die Vertreter der freien Wirtschaft hatten gegenüber solcher Kritik einen schweren Stand. Denn 40% Handelsprofit waren ein schwerer Defizitposten bei der Aufrechnung der Vorzüge der freien Wirtschaft. Es genügte oft nicht, daß man sagte: mit der Geldwirtschaft werden alle die unvermeidlichen Klagen über die Beschaffenheit der Waren unmittelbar zwischen den Interessenten, also zwischen Käufer und Verkäufer abgewickelt und erledigt. Es kommt niemals vor, daß jemand das Gericht mit diesen Angelegenheiten beschäftigt. Es sind rein private Angelegenheiten. Die Geldwirtschaft errichtet einen Puffer zwischen den Gerichten und dem Volke. Bei der *sozialistischen* Verteilung der Produkte, da fehlt dieser Puffer. Jeder, der Grund zur Klage zu haben glaubt, der etwa verdorbene Butter, kalte Brötchen, faule Eier erhält, der wendet sich an den Staat. Der Bürger erhält in den staatlichen Depots mit dem geforderten Gut zugleich ein Beschwerdebuch ausgehändigt und dann würde die Erledigung dieser sich täglich millionen-



fach wiederholenden Beschwerden einen so gewaltigen Apparat erfordern, daß auch hierfür wieder ein großer Teil der Arbeitsprodukte als tote Last zu buchen sein würde. Aber nur wenige verstanden die Schwere dieses Einwandes. Da standen die 40% allgemeine Handelprofitrate ! 40%!

*Mit dem Freigeld und der damit möglich gewordenen festen Währung fallen die Handelsprofitsätze auf einen Stand, den auch optimistische Vertreter der sozialistischen Güterverteilung als außerordentlich gering bezeichnen werden, so daß auch in dieser Beziehung die freie Wirtschaft den Wettbewerb bestehen wird, und es nicht nötig wird, um an den Handelsspesen zu sparen, die Beseitigung des Privateigentums an den Produktionsmitteln zu fordern. Wie in der Technik, so wird auch im Handel die Privatwirtschaft, die Privatverantwortung, der Egoismus der Menschen, der private Tatendrang das Höchstmaß von dem leisten, was wir vom Menschen überhaupt erwarten können. Und das wirkt sich dann aus in einem hohen Arbeitsertrag für alle.*

Oft wird der Privatwirtschaft auch *Anarchie* im falschen Sinne des Wortes vorgeworfen in Bezug auf ihren *Plan*. Man denkt sich dann eine Wirtschaft, die vollkommen planmäßig geleitet wird, mit Hilfe der Statistik. Es ist ein etwas naiver Gedanke. Man vergißt, daß die Produktion der Hauptverbrauchsgüter, die der Landwirtschaft, nur sehr ungefähr im Voraus zu bestimmen ist, daß der beste Plan, die sorgfältigste Statistik, durch einen Spätfrost über den Haufen geworfen werden kann. Die Ernteerträge Deutschlands schwanken oft zwischen 20 und 50 Millionen Tonnen Kartoffeln. Es genügt aber, daß ein Mehr oder Weniger von 10 Millionen Tonnen Kartoffeln eintritt, um auch den allgemeinen Produktionsplan über den Haufen zu werfen. Ein Mehr an Kartoffeln bedeutet einen Minderverbrauch an allen übrigen Lebensmitteln. Um den

Verbrauch dann auf der Höhe der Produktion zu halten, wird die Planwirtschaft der Landwirtschaft Arbeiter entziehen und der Industrie zuführen. Die Planwirtschaft wird also das tun, was auch die Freiwirtschaft tut. Sie richtet sich nach der Lage des Marktes, nach der Erfahrung. Die freie Wirtschaft sammelt diese Erfahrung an der Hand der Preisbewegung, also an der Quelle. Sie braucht keine Statistik über den Verbrauch und die Produktion abzuwarten. *Der Preis ist für den Fabrikanten und den Bauer zugleich ein Produktions- und Bedarfsindex, nach dem er sich richtet.* Jeder Mangel an Waren setzt sich um in eine Preiserhöhung. Diese reizt zur Produktionsvermehrung, Die Preiserhöhung wirkt unmittelbar wie eine Produktionsprämie. Und so ist es auch gekommen, daß in all den Jahrzehnten vor dem Kriege die Privatwirtschaft die Weltmärkte so mit Gütern versorgte, daß es kaum an Waren mangelte, wohl aber ein *Überschuß* zu verzeichnen war: *Überschüsse, die daher kamen, daß Mängel des Geldes den Absatz störten.* Ich glaube nicht, daß irgend ein Planmacher es hätte besser machen können. Wenn die Privatwirtschaft nun noch mittels des Freigeldes und der festen Währung von den Konjunktur-schwankungen befreit wird, dann wird die großartige Einfachheit des Produktionsplanes der freien Wirtschaft erst recht sich bewähren. **Planlos war bezeichnenderweise in der heutigen Wirtschaft nur allein der Teil, der seiner Natur nach vom Staate geleitet werden muß: das Geld. Hier herrschte Anarchie.** Richtet sich nun der Staat bei der Verwaltung des Geldwesens nach demselben Plan, der der Privatwirtschaft zugrunde liegt, nämlich nach den Preisen, dann fallen alle die Mängel, die man unserer Wirtschaftsordnung in dieser Beziehung vorwerfen kann, auch noch fort.

Ein Wort ist noch zu sagen über die Aussichten, die sich den beiden hier besprochenen Wirtschaftssystemen für ihre Verwirklichung in *politi-*

*scher Beziehung* bieten. Denn die Vertreter beider Systeme ringen nach der *Macht zu ihrer Verwirklichung*. Und für die, die die Ausbeutung heute zu ertragen haben, ist es von größter Bedeutung, wie lang der Weg zum Ziele ist und ob auch namentlich damit gerechnet werden kann, ob das Ziel überhaupt in absehbarer Zeit sicher zu erreichen ist.

Wie steht es nun in dieser Beziehung mit dem kommunistischen Sozialismus, mit der allgemeinen Verstaatlichung der Produktionsmittel? Auf dem Wege der Gewalt geht es nicht, das haben die Erfahrungen in Rußland und anderswo gezeigt. Eine Wirtschaftsordnung, die sich auf *altruistischen* Grundlagen auswirken soll, kann sich nicht der *Gewalt* zu ihrer Durchführung bedienen, denn die Gewalt ist keine Schule für die altruistische Gesinnung. Wenn es schon *vor* der gewaltsamen Expropriation der Expropriateure heißt, wir wären noch nicht reif für den Sozialismus, so erst recht nicht *nach* einer solchen Anwendung der Gewalt.

Der Kommunist, dessen ganzes Wesen nicht durch Herzensgüte verklärt ist, der alle Gewaltanwendung ablehnt – wird wirtschaftlich nie etwas erreichen.

Geht es aber auf *gesetzlichem* Wege, auf dem Wege des *Stimmzettels*? Also durch Beschluß der gesetzgebenden Körperschaften? Ich glaube kaum, daß es in Deutschland noch einen Sozialisten gibt, der auf den Stimmzettel seine Hoffnungen setzt. Es müßten schon Wunder geschehen, damit den Kommunisten die Stimmenmehrheit im Reichstag gesichert werde. *Für die Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln werden immer nur die Ärmsten unter den Armen zu haben sein. Gegen sie werden die Bauern, die Kaufleute, die Handwerker, die freien Berufe, also gerade die, die das Getriebe der Volkswirtschaft in Händen haben, ohne die nicht das Geringste gemacht werden kann, geschlossen stimmen. (1922!)*

Weder mit Gewalt noch auf gesetzlichem Wege ist das marxistische Ziel zu erreichen. *Die Natur des Menschen ist gegen dieses Ziel gerichtet, bäumt sich dagegen auf.* Der Kommunismus ist nur für die Armseligen anheimelnd. Für die, die sich nur einer Spur von Wohlstand einmal in ihrem Leben erfreut haben, ist er *unerträglich*. Der wohlhabende Mensch strebt nach *Befreiung*, nicht nach neuen Gebundenheiten. Und wenn der Kommunismus den Wohlstand für alle bringen sollte, *so hätte er damit auch schon alle gegen sich. Sein Zweck vernichtet also seine Mittel.*

Mit der anderen der beiden hier besprochenen Wirtschaftsordnungen, mit der befreiten Wirtschaft, sieht es in Bezug auf die Verwirklichungsmöglichkeit ganz wesentlich hoffnungsvoller aus. *Hier können wir wirklich mit einer Einheitsfront aller am Produktionsprozeß Beteiligten rechnen.* Die befreite Wirtschaft tastet die Unabhängigkeit der *Bauern* in keiner Weise an. Sie sichert ihm die unbeschränkte freie Benutzung des Bodens und schützt ihn vor der hypothekarischen Verschuldung dadurch, daß der Boden als unveräußerliches Gemeingut erklärt wird. Das ganze Deutsche Reich wird als Freiland zum Fideikommiß des ganzen Volkes, Die Unabhängigkeit der *Kaufleute* bleibt ebenfalls unangetastet und wird womöglich noch erhöht. Der Staat mischt sich in keiner Weise in ihre Angelegenheiten. Sie schalten und walten nach freiem Ermessen. Bei den *Unternehmern* ist es ebenso. Sie werden von den so störenden Konjunkturschwankungen und vom Zins der von ihnen benötigten Kapitalien befreit. Den *Industriearbeitern* reicht die befreite Wirtschaft den Löwenteil der von ihr erwarteten Früchte. Ohne daß die Preise darum steigen werden, *wird der Lohn sich verdoppeln, verdreifachen.* Sie werden nach und nach zu Wohlstand gelangen und auch die Aktien ihrer eigenen Unternehmungen erwerben können, allerdings ohne

von diesen Aktien dann noch mehr als die gewöhnlichen Abschreibungen erwarten zu dürfen.

Die befreite Wirtschaft verlangt nicht, daß wir alle zu Proletariern werden, Proletariern, die von einer Zentralbehörde geleitet werden und nach einem von dieser Zentralbehörde aufgestellten Plan arbeiten, ohne Interesse, ohne Freude, ohne Sorgen. Nein, im Gegenteil, die befreite Wirtschaft wird diese traurigen Produkte des Kapitalismus dadurch mit Stumpf und Stiel wieder von der Bildfläche wegfegen, daß sie sie alle wieder in freie, selbständige, selbstverantwortliche Männer, in *Vollbürger* zurückverwandelt.

Und ich glaube, wenn wir dem deutschen Volk sagen müßten, daß, um den marxistischen Sozialismus zu verwirklichen, wir den Proletarisierungsprozeß mit allen Mitteln zu Ende führen müssen, daß wir die große Masse des Volkes hinabstoßen müssen ins Elend, daß der Hunger, die Arbeitslosigkeit, der Selbstmord, die Schwindsucht, den Weg markieren, auf dem der Marxismus das Volk ins kommunistische Paradies führt, daß die meisten dann überhaupt an der Durchführbarkeit solcher Bestrebungen zweifeln werden. Die Schwindsucht ist das Endglied der Entwicklungskette, nicht der Weg zu neuen Zielen. *Auf dem Wege der allgemeinen Proletarisierung ist nichts zu erreichen.* Die Hoffnungen, die hierauf gegründet werden, sind eitel. Eine Politik, die sich mit Hilfe des Wahlzettels durchsetzen will, und deren Träger auf dem Wege zur Wahlurne an der Schwindsucht zusammenbrechen, also eigentlich sich selbst auf den Aussterbeetat setzt, die muß in sich Widersprüche bergen.

**Wir kommen vom Kommunismus her, der Weg dahin ist also Reaktion. Das Ziel des Kommunismus ist also der letzte reaktionäre Schritt.**

**Auf dem Wege von der Befreiung vom Kommunismus sind wir durch das herkömmliche Geld nebst dem verderbten Bodenrecht in den Kapitalis-**

mus hinein gesegelt. Wir stecken in einer Sackgasse, links das Geldwesen, rechts das Bodenrecht. Wenn wir auch wollten, wir können nicht umkehren. Was sollen wir tun?

Wir wollen hinaus ins Freie, In die freie Ebene, die wir da vor uns sehen. Hinaus wollen wir, ehe wir, durch den Hunger getrieben, uns gegenseitig würgen. Wie sollen wir das? Nun, sprengen wir die Hindernisse, Räumen wir auf mit dem Plunder, den wir unbesehen von unseren Ahnen übernommen, sprengen wir den Panzer, den uns das Geld- und Bodenrecht angelegt und der uns zu ersticken droht.

Ja, Hand ans Werk, Feuer an die Lunte – sprengen wir den Panzer. –